

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 1. Dezember 1953

Blatt 2022

## Freie Ärztstellen

=====

1. Dezember (RK) Im Wilhelminen-Spital der Stadt Wien ist die Stelle eines Assistenten an der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung ausgeschrieben.

Bewerbungsgesuche sind mit den entsprechenden Personaldokumenten bis spätestens 15. Jänner bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, Wien 1, Gonzagagasse 23, einzubringen.

## Rinderhauptmarkt vom 30. November

=====

1. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 10 Ochsen, 14 Stiere, 17 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 45. Neuzufuhren: 630 Ochsen, 244 Stiere, 1341 Kühe, 131 Kalbinnen, Summe 2346. Gesamtauftrieb 640 Ochsen, 258 Stiere, 1358 Kühe, 135 Kalbinnen, Summe 2391. Verkauft wurden 640 Ochsen, 249 Stiere, 1336 Kühe, 135 Kalbinnen, Summe 2360. Unverkauft blieben: 9 Stiere, 22 Kühe, Summe 31. Kontumazanlage: 17 Rinder. Preise: Ochsen 6.- bis 9.- S, Extrem 9.10 bis 9.50 S (6 Stück), Stiere 7.- bis 8.80 S, Extrem 8.90 bis 9.- S (11 Stück), Kühe 5.70 bis 7.50 S, Extrem 7.60 bis 8.- S (4 Stück), Kalbinnen 7.40 bis 9.- S, Extrem 9.10 bis 9.50 S (4 Stück), Beinvieh 4.50 bis 5.80 S.

Bei anfangs ruhigem, später etwas lebhafterem Marktverkehr verbilligten sich Ochsen um 30 Groschen, Kühe und Beinvieh um 20 Groschen, Stiere bis 30 Groschen und Kalbinnen bis 50 Groschen.

Fremdenverkehrsbilanz Sommer 1953  
=====Die meisten Sommergäste kamen aus Italien

1. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben die Fremdenverkehrsbilanz für das Sommerhalbjahr vom 1. Mai bis Ende Oktober. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich heuer wieder ein erfreulicher Fortschritt. Insgesamt weilten in dieser Zeit 202.875 Fremde in Wien, gegenüber 166.346 im Sommerhalbjahr 1952. Insgesamt wurden 602.877 Übernachtungen gezählt, im vergangenen Sommer nur 494.348. Aus den österreichischen Bundesländern kamen im heurigen Sommerhalbjahr 104.860 Besucher. 1952 waren es 94.147. Aus dem Ausland weilten 97.994 Besucher in Wien, gegenüber 72.197 im Sommerhalbjahr 1952.

Die Spitze in der Fremdenverkehrsbilanz dieses Sommers nimmt auch heuer Italien ein. 16.283 Italiener weilten in diesem Sommer in der österreichischen Bundeshauptstadt, gegenüber 15.576 im vorigen Jahr. An zweiter Stelle folgt die USA mit 13.923, gegenüber 10.828 im Sommer 1952. In der weiteren Reihenfolge ergibt sich jedoch eine bemerkenswerte Verschiebung. An dritter Stelle der Statistik steht heuer Westdeutschland mit 9.361 Gästen, eine Steigerung gegenüber dem Sommer 1952 um das Dreifache. Damals rangierte Westdeutschland unter ferner liefen mit 3.146 Besuchern. Die dritte Stelle nahm im Vorjahr die Schweiz mit 7.952 Besuchern ein. Sie folgt heuer erst an vierter Stelle mit 9.182. An fünfter Stelle steht heuer Frankreich, während im Sommer 1952 die Zahl der französischen Besucher die vierte Stelle einnahm, gefolgt von Schweden. Aus der Sowjet-Union weilten heuer im Sommer 55 Besucher in Wien, im Vorjahr 43. Auch aus den östlichen Nachbarländern läßt der Fremdenverkehr sehr zu wünschen übrig. Aus der Tschechoslowakei kamen heuer 528, Vorjahr 285, aus Ungarn heuer 527, im Vorjahr 374. Einen bemerkenswerten Zuwachs hat hingegen der Fremdenverkehr aus Jugoslawien erfahren. Während im Sommer 1952 nur 1.391 Besucher gezählt wurden, waren es in diesem Sommer immerhin 3.057.

Im Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf wurden im Sommerhalbjahr 1953 10.680 Jugendliche, darunter 4.793 Ausländer gezählt. Im vergangenen Jahr waren es 7.526, darunter 4.007 Ausländer.

### Neue Wasserleitung Wienerberg-Favoritenstraße

1. Dezember (RK) Wie der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller heute im Wiener Stadtsenat berichtete, soll nun nach Errichtung des Drucksteigerungswerkes Wienerberg der Wiener Wasserwerke als nächste Maßnahme zur Beseitigung der Wasserversorgungsschwierigkeiten und den damit verbundenen schlechten Druckverhältnissen im 10. Bezirk vom Behälter Wienerberg ausgehend ein 2.3 km langer Rohrstrang bis zur Favoritenstraße gelegt werden. Der Rohrstrang wird 500 mm Durchmesser haben. Die Arbeiten sollen im März des kommenden Jahres beginnen. Stadtrat Thaller beantragte heute den Ankauf der Rohre, die 1,740.000 Schilling kosten werden.

### 167.000 Schilling für den Wiener Sport

1. Dezember (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung hat vor kurzem wieder einer Reihe von Turn- und Sportorganisationen aus dem Wiener Sportfonds Kostenbeiträge von insgesamt 167.000 Schilling gewährt. Die einzelnen Subventionen, die zwischen 1.000 und 10.000 Schilling ausmachen, sind für den Ankauf von Sportutensilien, für die Durchführung eines Sportbetriebes sowie für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen bestimmt.

Die den Vereinen bewilligten Gelder werden ihren zuständigen Verbänden übergeben, die die widmungsgemäße Verwendung überwachen müssen. Die Verbände leiten die Subventionen an die Vereine weiter.

Beiwagen geht eigene Wege  
=====Ein Straßenbahnunfall in Mödling

1. Dezember (RK) Heute, um 7.27 Uhr, ist in Mödling auf dem eigenen Bahnkörper, ungefähr 120 Meter vor der Kreuzung mit der Marktgasse, aus noch ungeklärter Ursache einem Zug der Linie 360 beim Befahren der Verzweigungsweiche der erste Beiwagen mit beiden Räderpaaren entgleist. Der Triebwagen fuhr in der Linkskrümmung statt in der Geraden und der zweite Beiwagen in die Gerade. Dadurch wurden zwei Fahrgäste leicht verletzt, zwei Fahrgäste erlitten Sachbeschädigungen.

Bei den Verletzten handelt es sich um den Bundesgewerbeschüler Erwin Weiler, 25., Perchtoldsdorf, Bahnzeile 5, der auf den Bahnkörper geschleudert wurde. Er erlitt eine leicht blutende Rißwunde an der rechten Kopfseite, konnte sich jedoch selbst erheben und beanspruchte keine ärztliche Hilfeleistung. Der zweite Verletzte, der 62jährige Leopold Hascher, 25., Perchtoldsdorf, Schweglergasse 19, erlitt einen leichten Nervenschock. Auch er nahm keine ärztliche Hilfe in Anspruch.

Die Rüstwagenmannschaft des Bahnhofes Rudolfshaus hat den Beiwagen, der im Schotterbett stand, wieder eingegleist; mit einem Hilfswagen wurde er nach dem Bahnhof Perchtoldsdorf eingezogen. Die Störung dauerte mehr als drei Stunden, von 7.27 bis 10.32 Uhr. Während dieser Zeit wurden die Züge der Linie 360 bis zur Unfallstelle geführt, die ungefähr 200 Meter von der Endstation entfernt liegt.

Wagner Jauregg-Hof im 9. Bezirk  
=====

1. Dezember (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung hat beschlossen, der städtischen Wohnhausanlage im 9. Bezirk, Lustkandlgasse 26-28, einen Namen zu geben. Der Bau wird nach dem bekannten Neurologen und Nobelpreisträger für Medizin, Prof.Dr.Julius Wagner-Jauregg, benannt, der vor siebenzig Jahren seine so überaus erfolgreiche Tätigkeit begann.

Schweinehauptmarkt vom 1. Dezember  
=====

1. Dezember (RK) Neuzufuhren 6.219 Stück, die alle verkauft wurden. Kontumazanlage 222.

Preise: Extrem 17.40 bis 17.50 S Schlachtgewichtspreis; 1. Qualität 13.50 bis 14.- S Lebendgewichtspreis; 2. Qualität 13.20 bis 13.50 S; 3. Qualität 12.90 bis 13.20 S; Zuchten 12.- bis 13.20 S; Altschneider 11.- bis 11.80 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr verbilligten sich Extremware und 1. Qualität bis zu 40 Groschen, 2. Qualität bis zu 30 Groschen. Bei der 3. Qualität wurden die Preise behauptet.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 2. Dezember 1953

Blatt 2027

## 111 Millionen Schilling liegen in den Kanälen

=====

2. Dezember (RK) Anlässlich der Fertigstellung eines weiteren Bauloses am Leopoldauer Sammler teilte Stadtrat Thaller mit, daß mit Ende dieses Jahres 6.3 km dieser für die Sanierung der Stadtteile links der Donau so wichtigen großen Kanalanlage fertiggestellt sein werden. 2.4 km Kanal waren schon von früher vorhanden. Seit September 1950 bis zum Ende des Vorjahres wurden weitere 1.630 m und heuer 2.294 m fertiggestellt. 5 km müssen noch bewältigt werden. An dieser Baustelle sind ständig 100 Arbeiter beschäftigt.

Stadtrat Thaller gab sodann einen Rückblick auf den Kanalbau seit 1945. Allein für die Wiederherstellung des an 1.765 Stellen beschädigten Wiener Kanalnetzes mußten rund 11 Millionen Schilling aufgewendet werden. Um 81 Millionen Schilling wurden 64.5 km neue Kanäle gebaut. 15 km Kanalumbauten kosteten weitere 19 Millionen Schilling. Insgesamt wurden seit 1945 für den Kanalbau 111,179.650 Schilling ausgegeben.

## Frühjahrsmesse 1954 mit Autoausstellung

=====

2. Dezember (RK) Wie die Wiener Messe-Aktiengesellschaft mitteilt, findet die Wiener Frühjahrsmesse in der Woche vom 14. bis 21. März 1954 statt. Nach mehrjähriger Unterbrechung wird wieder bei der Messe die Wiener Internationale Automobil-Ausstellung mit folgenden Ausstellungsgruppen abgehalten: Personen- und Lastkraftwagen, Motorräder, Fahrräder, Anhänger, Bereifung, Zubehör.

Ein offenes Wort an das "Offene Wort"

=====

Stadtrat Mandl bei der Eröffnung der Ausstellung "Das gute Bild für jeden"

2. Dezember (RK) Heute mittag wurde in den Räumen der Secession die vierte Ausstellung "Das gute Bild für jeden" von Stadtrat Mandl eröffnet. Die Ausstellung wird wie alljährlich vor Weihnachten vom Amt für Kultur und Volksbildung gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden Art-Club, Berufsvereinigung bildender Künstler, Gemeinschaft bildender Künstler, Gesellschaft bildender Künstler-Künstlerhaus, Der Kreis, Neuer Hagenbund, Verein heimischer Künstler Klosterneuburgs, Vereinigung bildender Künstler-Wiener Secession und Vereinigung der bildenden Künstlerinnen veranstaltet. Sie ist bis 30. Dezember von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Stadtrat Mandl beschäftigte sich in seiner Eröffnungsansprache mit einem Artikel der Wochenzeitschrift "Offenes Wort" unter dem Titel "Was tut Wien für Kultur?" und führte dazu aus: "Ein Wiener Wochenblatt hat in seiner letzten Nummer zur Kulturarbeit der Stadt Wien in einer Weise Stellung genommen, die nicht nur jede Objektivität vermiesen läßt, sondern in ihrer, an Gehässigkeit grenzenden Art zu einer Antwort herausfordert.

Es werden dort die Bundesausgaben auf dem kulturellen und dem Schulsektor aufgezeigt, die Länderausgaben dieser Art in Prozentziffern genannt und zueinander verglichen. Wenn man diese Ziffern gegeneinander stellt, so muß man sagen, daß Wien nicht gerade günstig wegkommt. Dies herauszustreichen, war auch der Zweck der Übung, und man bediente sich dabei aller rechnerischen Kunststücke, um nur ja die Leistungen der Stadt möglichst herabzusetzen.

Ich habe schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, betonte der Stadtrat, daß die Ziffern des Budgets meiner Geschäftsgruppe nur Ausgaben für jene Stellen umfassen, die unmittelbar von meinen Abteilungen betreut werden und große Summen auf anderen Rubriken ausgewiesen werden, weil sie eben

budgetmäßig dorthin gehören. Ob man diese Art der Budgetierung ändern sollte oder nicht, ist eine andere Sache. Jedenfalls entsteht dadurch leicht ein falsches Bild von den Leistungen der Stadt Wien auf kulturellem Gebiet.

Gestatten Sie, daß ich die Situation kurz an einem Beispiel erläutere. Die künstlerische Ausschmückung unserer Bauten dient doch sicher ausschließlich kulturellen Interessen und letzten Endes einzig und allein der Beschäftigung unserer Künstler. In vier Jahren wurden dafür insgesamt 6,676.000 Schilling ausgegeben. Aber nicht ein Groschen dieser Summe ist im Kulturbudget zu finden, sondern hat seine Deckung auf den Konten des Bauamtes.

Für die Schulbildung, die primärste und wichtigste Volksebildungsarbeit, hat die Stadt Wien im Jahre 1950 71,5 Millionen Schilling aufgewendet, 1951 112,1 Millionen Schilling, 1952 130,3 Millionen und 1953 135,1 Millionen, insgesamt wieder in den letzten vier Jahren 449 Millionen Schilling. Auch diese Summen findet man nicht auf dem Kulturbudget.

In keinem dieser Beträge ist nur ein Schilling für den Bauaufwand für Schul- und Kultureinrichtungen enthalten, weil diese Beträge wieder dort budgetiert sind, wohin sie gehören, beim Bauamt.

Aus diesen wenigen Beispielen, die fortzusetzen ich jederzeit in der Lage bin, schloß Stadtrat Mandl dieses Kapitel, kann man ersehen, daß auch wir uns bemühen, soweit wie möglich zu helfen und zu fördern, und daß die Stadtverwaltung Jahr für Jahr beträchtliche Mittel auswirft - reinen Kulturaufgaben gewidmet - auch wenn diese Gelder nicht unmittelbar im Budget meiner Geschäftsgruppe aufscheinen und auch, wenn sie ein mißgünstiger Artikelschreiber nicht nur Kenntnis nehmen will.

Zur Ausstellung sagte Stadtrat Mandl: Die beteiligten Künstler bieten hier gute, künstlerisch einwandfreie Arbeiten zum Ankauf an. In den bisherigen drei Ausstellungen sind 589 Graphiken um den Erlös von 159.000 Schilling verkauft worden. Fast 600 Blätter, Zeugen einwandfreier künstlerischer Haltung, haben den Weg in die tägliche Umgebung ihrer neuen Besitzer gefunden. Eine Tatsache, die umso dankenswerter ist, weil wir nur so, nur durch die tägliche und häufige Begegnung mit dem

Kunstwerk jene Brücke über die Kluft der Mißverständnisse schlagen können, die zu unser aller Leidwesen zwischen Künstler und seiner Umwelt so häufig zu beobachten ist. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es für den Laien nicht so leicht ist, in dieser vom Foto überschwemmt Welt den Weg zum Kunstwerk zu finden. Trotzdem: 600 Graphiken dieser Ausstellungen wurden eben doch gekauft und ich glaube und hoffe, daß wir mit diesem Ergebnis nur am Anfang einer Entwicklung stehen, daß das, was hier möglich ist, auch noch an anderen Stellen geschehen kann und früher oder später geschehen muß. Wir müssen mit unseren Arbeiten unter die Menschen gehen, wir müssen die Begegnung mit dem wirklichen Kunstwerk möglich machen.

Wie immer, so ist auch heuer in dieser Ausstellung die gute konservative Arbeit neben dem um die Probleme unserer Tage ringenden Experiment zu sehen. Der Besucher hat - eine sehr willkommene Erweiterung der eigentlichen Aufgabe dieser Ausstellung - auch die sonst nicht und nirgends vorhandene Gelegenheit, Werke verschiedener Haltung nebeneinander zu sehen und gegeneinander vergleichen zu können. Er hat somit einen sehr aufschlußreichen Einblick und den Überblick über die in dieser Stadt um Anerkennung ringenden Kunstanschauungen. Wir zeigen heuer zum erstenmal neben dem guten Bild die gute Keramik. Einige wenige Grundformen, Gefäße, die in erster Linie zur Aufnahme von frischen Blumen dienen und, da sie in keinem Falle mehr als 150 Schilling kosten, auch nicht schwer den Weg in die bewußt eingerichtete und gut zusammengestellte Wohnung finden werden."

Schulerstraße wieder befahrbar  
=====

2. Dezember (RK) Nach Fertigstellung der Bauarbeiten wird ab 5. Dezember der Verkehr durch die Schulerstraße und Strobelgasse, Richtung Stephansplatz wieder freigegeben.

Unfall bei einer Feuerwehrrübung  
=====

2. Dezember (RK) Bei einer Übung im Hof der Zentralfeuerwache 1, Am Hof 10, ereignete sich heute vormittag um 10.20 Uhr bei einem Leitermanöver ein schwerer Unfall. Der Fahrstuhl der mechanischen Feuerwehrleiter rutschte aus einer Höhe von 26 Meter ab und prallte auf den Boden auf. Der im Fahrstuhl stehende 27jährige Oberfeuerwehrmann Ludwig Kaspar, Wien 2, Springergasse 29, erlitt durch den Aufprall schwere Verletzungen und wurde vom Rettungsdienst sofort in das Unfallkrankenhaus gebracht. Dort wurden mehrere Knochenbrüche an den Beinen festgestellt.

Die Ursache des Unfalles ist noch nicht geklärt. Die Untersuchung ist im Gange.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 3./Dezember 1953

Blatt 2032

## Weitere WdU Bezirksräte gegen Verzichtserklärungen

3. Dezember (RK) Bezirksrat Franz Schuster richtete im Namen der WdU Bezirksräte des 9. Bezirkes an die Stadtverwaltung ein Schreiben, in welchem es u.a. heißt: "Als Fraktionsführer der Bezirksräte der WdU Fraktion für den 9. Wiener Gemeindebezirk erkläre ich im Namen meiner Fraktion die Verzichtserklärungen lautend auf die Namen Anna Blum, Rudolf Kneussel und Franz Schuster als ungültig und nicht zu Recht bestehend. Sollten von irgendeiner Stelle diese ungültigen Verzichtserklärungen vorgelegt werden, sind diese als unwirksam zu betrachten".

## Pferdemarkt vom 26. November

3. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 15 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 15 verkauft. Der Marktverkehr war ruhig.  
Herkunft der Tiere: Niederösterreich 12, Steiermark 1, Burgenland 2.

K.J. Pratobevera zum Gedenken  
=====

3. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 100. Todestag des bedeutenden österreichischen Rechtsgelehrten Karl Joseph Pratobevera Freiherr von Wiesborn.

Am 17. Februar 1769 als Sohn eines italienischen Kaufmannes zu Bielitz in Schlesien geboren, betrieb er an der Wiener Universität Rechtsstudien. Zu seinen Lehrern gehörten Sonnenfels und Zeiller. Nach seiner Promotion und nach Ablegung der Advokatenprüfung wurde er zum Appellationsrat in Krakau ernannt, wo er auch als Direktor der juristischen Studien und als Rektor der Universität fungierte. 1806 wurde er als Hofrat an die oberste Justizstelle nach Wien berufen. Als Beisitzer der Hofkommission in Gesetzessachen nahm er an der Schlußredaktion des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches teil und verfaßte das Kundmachungspatent. Von 1814 bis 1818 gehörte er als Referent dem Staatsrat an. 1817 wirkte er bei der Ausarbeitung der Statuten der österreichischen Nationalbank mit. Von 1818 bis 1838 war er als Vizepräsident des niederösterreichischen Appellationsgerichtes tätig. Daneben führte er den Vorsitz der Kommission zur Reform des Strafgesetzbuches. 1824 bekleidete er die Rektorswürde. Er starb im Alter von 85 Jahren in Wien. Pratobevera gehörte zu jenen Persönlichkeiten, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Verbindung von Theorie und Praxis eine Blüte des österreichischen Rechtslebens bewirkten. Die von ihm in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen behandelten Fragen sind der Verfahrensrechtslehre zuzurechnen. Sein Hauptwerk sind Miscellen und Abhandlungen in den von ihm herausgegebenen "Materialien für Gesetzkunde und Rechtspflege in den österreichischen Erbstaaten". Weiter beschäftigten ihn Pläne zur Reform des Zivil- und Strafprozesses, die ihn veranlaßten, den Entwurf für eine allgemeine Gerichtsordnung auszuarbeiten. Seine größte juristische Leistung ist eine umfassende Untersuchung des Beweisproblems im Verfahrensrecht. Diese nimmt in Konzept und Methode die allgemeine Verfahrensrechtslehre unserer Tage vorweg und hat in ihrer Fragestellung an Aktualität nichts eingebüßt. Auch viele Veröffentlichungen interessanter Rechtsfälle stammen von ihm.

Eine Warnung des Stadtschulrates  
=====

3. Dezember (RK) Wie der Stadtschulrat für Wien mitteilt, gibt es Handelsvertreter, die bei der Werbung für Waren angeben, vom Stadtschulrat für Wien zu kommen, oder sich in ähnlicher Form auf den Stadtschulrat berufen. Der Stadtschulrat für Wien stellt dazu fest, daß er niemand mit der Werbung für Waren auch nicht für Bücher beauftragt oder zu einer Werbung in seinem Namen ermächtigt hat.

Wien hat genug Wasser  
=====

3. Dezember (RK) Aus Salzburg kommt die Nachricht, daß die klaglose Trinkwasserversorgung durch die langanhaltende Trockenheit stark gefährdet ist. Die Wiener Bevölkerung braucht jedoch, wie die "Rathaus-Korrespondenz" von den städtischen Wasserwerken erfährt, keine Sorge zu haben. Dem Durchschnittsverbrauch von 210 Liter pro Kopf im Tag stehen 315.000 bis 320.000 Kubikmeter Wasser gegenüber, die täglich nach Wien fließen. Beide Zahlen entsprechen dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die 2. Hochquellenleitung rinnt voll, die 1. Hochquellenleitung liefert zwar etwas weniger, doch wird dieses Manko durch die Grundwasserwerke leicht ausgeglichen, die zur Spitzendeckung herangezogen werden. Die Trockenheit wirkt sich also auf die Wiener Wasserversorgung nicht aus. Auch in den Behältern rund um Wien sind genügend Reserven vorhanden.

Schwierigkeiten in der Wiener Wasserversorgung wären nur dann zu erwarten, wenn es auch in den nächsten Wochen in den Bergen nicht regnet und dann sofort starker Frost eintritt.

Der Voranschlag der Stadt Wien für 1954  
=====

3. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen, Johann Resch, gab heute einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Darstellung des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1954.

Die Ansätze des Voranschlages 1954 unterscheiden sich von den für 1953 nur geringfügig. Trotz den aus den Reformen der Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Lohnabzugssteuer zu erwartenden Mindereingängen, sind durch eine optimistische Budgetierung der eigenen Einnahmen die Gesamteinnahmen noch um ein geringes höher angenommen worden als heuer. Diese Annahme steht und fällt mit der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Die Exportkonjunktur des letzten Jahres habe zwar die Handels- und Zahlungsbilanz Österreichs aktiv und der Nationalbank die Anhäufung einer hohen Devisensumme möglich gemacht, sie hat aber keine Steigerung der Produktion, des Inlandkonsums und der Zahl der Beschäftigten mit sich gebracht. Wird das bei den Geldinstituten angehäufte Kapital der Wirtschaft in der Form von langfristigen, billigen Krediten zur Verfügung gestellt, so ist durch die Schaffung neuer Produktionsstätten und durch die Modernisierung vorhandener Betriebe eine Steigerung der Produktion zu erhoffen, die, wenn die Preise den verbilligten Gesteigungskosten entsprechend herabgesetzt werden, auch eine Steigerung der Konsumkraft und damit des Lebensstandards unserer Bevölkerung mit sich bringen wird. Unter dieser Annahme einer Expansion unserer Wirtschaft und der dadurch bedingten höheren Steuereingänge haben der Bund und mit ihm auch die Gemeinde Wien ihre Budgets erstellt. Das Problem war für Wien deshalb besonders schwierig, weil Wien mit vollen 50 Prozent an den Mindereingängen durch die Reform der Einkommen- und Lohnsteuer beteiligt ist und die Mindereingänge aus der Gewerbesteuerreform zur Gänze allein wird tragen müssen. Die voraussichtlichen Mindereinnahmen Wiens aus den Steuerreformen schätzt der Finanzreferent auf mehr als 250 Millionen Schilling.

Das Budget der Stadt sieht im ordentlichen und außerordent-

lichen Haushalt Gesamteinnahmen von 2.900 Millionen Schilling vor, das sind um 211 Millionen Schilling oder 7.9 Prozent mehr als im Voranschlag 1953. Die Ausgaben werden auf 3.089 Millionen Schilling, also um 224 Millionen Schilling oder 7.8 Prozent mehr geschätzt. Der Gesamtabgang beträgt 189 Millionen Schilling, um 13 Millionen Schilling mehr als heuer. Er macht immerhin 6.1 Prozent des Budgetvolumens aus und soll aus Rücklagen gedeckt werden. Von den Einnahmen werden 818 Millionen Schilling aus städtischen Steuern und Abgaben, 931 Millionen Schilling aus Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und 877 Millionen Schilling aus sonstigen Gebühren städtischer Einrichtungen und Betriebsentgelten erwartet. Dazu kommen die sogenannten Wertdurchführungen in der Höhe von 272,8 Millionen Schilling, das sind die kassenmäßig nicht wirksamen Verrechnungsposten zwischen den einzelnen Gemeindedienststellen.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind zwar gegenüber dem Ansatz im Voranschlag 1953 von 873 Millionen um 58 Millionen höher, doch ist dies nur darauf zurückzuführen, daß die Voranschlagsansätze des Bundes für 1953 viel zu nieder angesetzt waren. Vergleicht man die Ertragsanteile 1954 mit den tatsächlich eingelaufenen Ertragsanteilen 1952 und 1953, so wird das Ergebnis 1954 um 148 Millionen geringer sein als 1952 und um 119 Millionen geringer als 1953. Der Finanzreferent hofft, daß die erhöhten Einnahmen aus den eigenen Abgaben und Gebühren diese Mindereinnahmen wettmachen werden.

Von den Gesamtausgaben von 3.089 Millionen Schilling entfallen 980 Millionen Schilling, um 6.9 Prozent mehr, auf den Personalaufwand, 1.197 Millionen Schilling, um 9.1 Prozent mehr, auf den laufenden Sachaufwand und 912 Millionen Schilling, um 7.3 Prozent mehr, auf Investitionen. Es ist also wieder gelungen, den Aufwand für die Arbeitsbeschaffung höher anzusetzen als heuer. Die Steigerung des Personalaufwandes um nur 6.9 Prozent trotz der vollen Auswirkung der ersten Etappe der Entnivellierung konnte durch eine neuerliche Senkung des Personalstandes erreicht werden. Im Voranschlag 1953 waren 33.590 vollbeschäftigte Angestellte vorgesehen, im Voranschlag 1954 ist

diese Zahl um 418 Angestellte auf 33.172 Vollbeschäftigte gesunken. Die Zahl der Pensionisten wird von 13.711 im Voranschlag 1953 um 164 Pensionisten auf 13.875 ansteigen.

Nun einige interessante Ausgabeposten. Im Finanzressort ist ein Betrag von 50 Millionen Schilling, gegenüber heuer 30 Millionen Schilling, für Darlehen an gemeinnützige Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften vorgesehen. Der Finanzreferent erklärt, daß dieser Betrag auch noch erhöht werden könnte, wenn der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die Genossenschaften in der Lage wären, gleichfalls ihre Zuwendungen zu steigern. Erstmals ist für die Vorfinanzierung von Hausratsdarlehen aus dem Bundes-Wiederaufbaufonds ein Betrag von 40 Millionen Schilling in das Budget eingestellt. Für heuer wurde bekanntlich ein Betrag von 20 Millionen Schilling durch eine nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates bereitgestellt. Die Gemeinde wünscht, daß die Bombenschäden am Hausrat endlich durch die rasche Zuweisung der angeforderten Kredite behoben werden können. Auch hier ist der Finanzreferent bereit, einen noch höheren Betrag zur Verfügung zu stellen, falls die Arbeiten im Handelsministerium so beschleunigt werden können, daß möglichst die gesamten Wiener Ansuchen im kommenden Jahr erledigt werden. Die Wiener Möbelindustrie würde eine solche Beschleunigung der Kreditgewährung zweifellos begrüßen. Für unvorhergesehene Ausgaben sind wie im Vorjahr 50 Millionen Schilling im Budget vorgesehen.

In der Verwaltungsgruppe für Kulturangelegenheiten sind 30 Millionen Schilling als erste Baurate für den Bau der Stadthalle und 5 Millionen Schilling für das städtische Museum vorgesehen. Auch die sonstigen Aufwendungen im Kulturbudget wurden von 23 Millionen Schilling im Jahre 1953 auf 27 Millionen Schilling im Jahre 1954, also um 18 Prozent gesteigert, während der Durchschnitt der Ausgabensteigerung nur 7.8 Prozent ausmacht.

Rechnet man zu diesen Ausgabebeträgen noch die Personal- und Sachaufwandskosten, die von fünf Rubriken dieser Verwaltungsgruppe in der Allgemeinen Verwaltung verrechnet sind, dazu die Kosten der künstlerischen Ausschmückung unserer Wohnhäuser, die jährlich einige Millionen Schilling ausmachen und im Baubudget verrechnet sind, sowie den Schulaufwand von weit über 100 Millionen, der zweifellos auch ein Kulturaufwand ist und in anderen Ländern in dieser Verwaltungssparte verrechnet wird, so kommt man zum Ergebnis, daß die Kulturaufwendungen der Gemeinde Wien sich mit denen jeder anderen Gebietskörperschaft messen können.

Für das Wohlfahrtswesen sind 380 Millionen Schilling im Budget, um 12 Millionen mehr als heuer. Die Erwachsenenfürsorge allein wird 244 Millionen Schilling kosten, die Jugendfürsorge 136 Millionen Schilling. In der Erwachsenenfürsorge sind die Renten der Hauptunterstützten erhöht worden, die Zahl der Tagesheimstätten wurde neuerlich erhöht, die Verpflegung wesentlich verbessert und die Zahl der Fürsorge-Urlauber höher angesetzt als heuer.

Trotzdem die für die Kindergärten maßgebenden Kinderzahlen in Wien stark zurückgehen - so hat die Zahl der Drei- bis Fünfjährigen im letzten Kindergartenjahr 60.190 Kinder betragen, sie wird für das heurige Kindergartenjahr nur mehr 50.792 ausmachen - sind in einzelnen neuen Siedlungsgebieten und in zurückgebliebenen Bezirksteilen neue Kindergärten nötig. 14 neue Kindergartenabteilungen und der Neubau für vier alte unbrauchbar gewordene Abteilungen sind im Budget vorgesehen.

Für unsere Wohlfahrtsanstalten, also für die Spitäler, Erziehungs-, Alters- und Obdachlosenheime werden 603,5 Millionen Schilling nötig sein. Allein aus Steuermitteln der Stadt ist zu diesen Aufwendungen ein Zuschuß von 329 Millionen Schilling, gegen 293 Millionen Schilling heuer nötig. Ein Patient unserer Spitäler wird je Tag einen Aufwand von 90 Schilling erfordern, gegen 73 Schilling im Voranschlag 1953. Die Gemeinde anerkennt, daß Krankheit Not bedeutet und Anspruch darauf hat, von der Allgemeinheit unterstützt zu werden. Diese Allgemeinheit ist aber nicht die Gemeinde allein, schon deswegen nicht, weil rund 25 Prozent der Patienten unserer Spitäler aus Gebieten

außerhalb Wiens kommen. Es ist unbillig, die gesamten Spitalskosten den Gemeinden aufzubürden. Im nächsten Finanzausgleich wird die Regelung der Frage der Deckung der Spitalskosten eine Hauptforderung der Gemeinden sein.

Für das Bauwesen ist ein Gesamtaufwand von 1.082,5 Millionen Schilling vorgesehen, um 81 Millionen Schilling mehr als 1953. Für den Wohnungsneubau sind 520 Millionen Schilling im Budget, das sind um 57 Millionen mehr als heuer. Die Stadtbauverwaltung erwartet, daß sie mit diesem Betrag mindestens 7.000 neue Wohnungen herstellen kann. Mit dem 50-Millionen-Schilling-Darlehen für genossenschaftliche Bauten, die durch die Beiträge des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und der Baugenossenschaften einen Bauaufwand von rund 170 Millionen Schilling ermöglichen und durch den Wiederaufbau kriegsbeschädigter städtischer Wohnhäuser, für den ein Betrag von 39 Millionen Schilling im Budget ist, wird der Bau von mindestens weiteren 2.000 Wohnungen sichergestellt. 11.000 neue Wohnungen bei einem Abfall von höchstens 1.000 Wohnungen bedeuten einem Wohnungszuwachs von 10.000 Wohnungen und damit einen bedeutenden Beitrag zur endlichen Behebung der Wohnungsnot.

Für Straßenbauten sind 69 Millionen, um vier Millionen mehr, für Brücken- und Wasserbauten 40 Millionen Schilling, um zwei Millionen weniger, dazu kommen neun Millionen Schilling für die Behebung von Kriegsschäden, für Kanalbauten 36 Millionen Schilling, um eine Million weniger, für die Wasserwerke 99 Millionen Schilling, um 10 Millionen mehr, für die Öffentliche Beleuchtung 14,7 Millionen, um 1,4 Millionen Schilling mehr, dazu 3,3 Millionen Schilling für die Behebung von Kriegsschäden, für Gärten 34,5 Millionen Schilling, um vier Millionen mehr, für Bäder 37 Millionen Schilling, um 1,4 Millionen Schilling mehr, für Friedhöfe 25 Millionen Schilling, um zwei Millionen Schilling mehr, und für den Fuhrpark und die Straßenpflege 141 Millionen Schilling, um acht Millionen Schilling mehr, vorgesehen. Der Bauaufwand für laufende bauliche Erhaltungsarbeiten für Neubauten und für die Behebung von baulichen Kriegsschäden, also der gesamte Aufwand für das Bau- und das Baunebengewerbe, wird 1954 1.024 Millionen Schilling, um 91 Millionen mehr als heuer, ausmachen. Erstmals wird im Budget die Milliardengrenze für den Bauaufwand überschritten. Er beträgt allein 33,1 Prozent des Budgetvolumens.

Die Wohnhäuserverwaltung wird 119,8 Millionen Schilling, um 27 Millionen mehr als heuer, benötigen. Der reine Betriebsabgang ohne Investitionen und ohne Wertabschreibung wird 9,4 Millionen ausmachen und durch einen Zuschuß der Finanzverwaltung gedeckt werden, der erstmals im Budget ausgewiesen wird.

Für Schulen sind 109 Millionen, um 6 Millionen weniger als heuer im Budget. Der geringere Aufwand ergibt sich nur durch das Aufhören der Beschaffung moderner Schulmöbel, die bereits für 95.000 Kinder angeschafft sind, wogegen die statistische Abteilung des Magistrates dauernd nur mit 67.000 Schulkindern rechnet. Allein der Bauaufwand für die Schulen macht 31 Millionen Schilling aus.

Für Märkte und Schlachthöfe sind 37,6 Millionen, der gleiche Betrag wie im Vorjahr, im Budget. Dazu 1,8 Millionen für die Behebung der restlichen Kriegsschäden.

Die Feuerwehr wird 45,6 Millionen verbrauchen, um 2 Millionen mehr als heuer, und dazu noch 7 Millionen für die Behebung der Kriegsschäden der Feuerwache Ottakring und der Zentrale Am Hof ausgeben.

Die Aufwendungen der Unternehmungen der Stadt werden bekanntlich getrennt budgetiert. Im Voranschlag der Hoheitsverwaltung ist nur die Abfuhr eventueller Überschüsse der Nichtmonopolbetriebe vorgesehen. Erstmals gehört heuer zum Voranschlag der Wiener Stadtwerke auch die Städtische Bestattung. Die Gesamtausgaben der nunmehr vier Unternehmungen der Stadtwerke, E-Werk, Gaswerk, Verkehrsbetriebe und Bestattung werden 1.888 Millionen Schilling ausmachen. Der Voranschlag der Stadtwerke schließt mit einem Abgang von 8 Millionen Schilling, also mit weniger als einem halben Prozent des Ansatzes. Er ist also praktisch ausgeglichen. Für Investitionen, die voraussichtlich kassenmäßig gedeckt sind, sind 385 Millionen vorgesehen. Weitere 66 Millionen Investitionen werden durchgeführt werden, falls eine Bedeckung dieses Aufwandes gefunden wird.

Der Voranschlag des Brauhauses der Stadt Wien sieht einen Überschuß von 326.000 Schilling und Investitionen in der Höhe von 5,6 Millionen Schilling vor. Der Betrieb wird modernisiert und damit auf eine wirtschaftlich tragbare Grundlage gestellt

werden.

Die Gewista sieht einen Überschuß von 392.000 Schilling und Investitionen von 243.000 Schilling vor.

Mit den Investitionen der Hoheitsverwaltung und der Unternehmen, sowie mit dem Erhaltungsaufwand dieser Körperschaften werden nächstes Jahr mehr als zwei Milliarden Schilling für Arbeitsbeschaffungsvorhaben ausgegeben werden. Die Gemeinde Wien wird damit ihre Aufgabe, die Arbeitslosigkeit in Wien zu bekämpfen, soweit es ihre finanzielle Kraft erlaubt, auch im Jahre 1954 erfüllen.

Rindernachmarkt vom 3. Dezember  
=====

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 9 Stiere, 22 Kühe, Summe 31. Neuzufuhren: 3 Ochsen, 6 Stiere, 8 Kühe, Summe 17. Gesamtauftrieb: 3 Ochsen, 15 Stiere, 30 Kühe, Summe 48. Verkauft wurden: 2 Ochsen, 6 Stiere, 19 Kühe, Summe 27. Unverkauft: 1 Ochse, 9 Stiere, 11 Kühe, Summe 21. Kontumazanlage: 12 Rinder.

Schweinenachmarkt vom 3. Dezember  
=====

3. Dezember (RK) 29 Fleischschweine. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 114 Schweine.

Weidner Markt vom 3. Dezember  
=====

3. Dezember (RK) 13 Schweine 16.70 bis 17.50 S, 2 Kälber 14.50 S.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 4. Dezember 1953

Blatt 2043

## Wieder acht Millionen Schilling für Straßenumbauten =====

4. Dezember (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten genehmigte gestern zusätzlich zu den bereits in Angriff genommenen Straßenumbauten weitere neue Aufträge an Wiener Straßenbauunternehmen. Unter den größeren Projekten, die nun genehmigt wurden, befindet sich der Umbau des inneren Neubau- und Lerchenfelder Gürtels von der Mariahilfer Straße bis zur Josefstädter Straße. Dieses Bauwerk, das bereits begonnen wurde, wird 2,930.000 Schilling kosten.

Im 1. Bezirk werden mehrere Stampfasphalt-Fahrbahnen auf Hartgussasphalt umgebaut. Für die Modernisierung der Fahrbahnen im 9., 10., 16. und 26. Bezirk wurden weitere 3 Millionen Schilling bereitgestellt. Insgesamt wurden für Straßenumbauten 8 Millionen Schilling bewilligt. Dazu kommt noch 1 Million Schilling für die Asphaltierung von Gehwegen und Parkanlagen, mit der gleichfalls noch heuer begonnen wird.

Für 480.000 Schilling wurde ein weiteres Spezial-Straßenbaugerät angekauft, das sich vor allem für die Bearbeitung von Verkehrsflächen in Siedlungsgebieten eignet.

Stadtrat Thaller referierte in dieser Sitzung des Bauausschusses über die ersten Vorbereitungsarbeiten für den Bau der neuen Schwedenbrücke.

Bitte vormerken!

Geehrte Redaktion!  
=====

Vor einem Jahr wurde auf Beschluß des Wiener Gemeinderates in der Stadtbauamtsdirektion die "Forschungsstelle für Wohnen und Bauen" geschaffen. Aufgabe dieser Forschungsstelle ist es, die technischen, sozialen und kulturellen Probleme auf dem Gebiete des Wohnens und des Bauens wissenschaftlich zu untersuchen, neue, billige und wirtschaftliche Lösungen zu erforschen und sie mit den Erfordernissen unserer Zeit sinnvoll in Einklang zu bringen.

Am Mittwoch, dem 9. Dezember, um 10 Uhr vormittag, werden der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller und der Leiter der Forschungsstelle Prof. Schuster den Vertretern der Presse über die bisherige Tätigkeit der Forschungsstelle berichten. Sie sind eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu dieser Pressekonferenz zu entsenden.

Ort der Pressekonferenz: Forschungsstelle für Wohnen und Bauen, Wien 1, Neues Rathaus, Stiege 8, Halbstock, Tür 217.

Gemeindepensionisten Achtung!

=====

4. Dezember (RK) Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Hauptgruppe VII, Wien 9, Maria Theresien-Straße 11, teilt mit, daß wegen Auszahlung der Weihnachtshilfe die Sprechstunden bis 14. Dezember entfallen.

Nur die Sterbebeiträge können behoben werden. Näheres beim Portier.

Max Theuer zum Gedenken

=====

4. Dezember (RK) Am 7. Dezember wäre der Architekt und Professor für Baukunst Dr. Max Theuer 75 Jahre alt geworden.

Ein geborener Wiener, absolvierte er seine Fachstudien an der Technischen Hochschule und trat zunächst in den staatlichen Baudienst. In der Folge war er als Assistent an der Lehrkanzle für antike und neuere Baukunst der Technischen Hochschule tätig und habilitierte sich 1918 als Privatdozent. 1924 wurde er ordentlicher Professor und bekleidete dreimal die Würde eines Dekans der Fakultät für Architekten. Seine rege **Anteilnahme an den** Ausgrabungsarbeiten des Archäologischen Institutes der Universität Wien in Ephesos wurde in Fachkreisen gewürdigt. Neben seiner akademischen Lehr- und Forschungstätigkeit ist Theuer auch als schöpferischer Architekt hervorgetreten und hat eine Reihe öffentlicher und privater Bauten geplant oder ausgeführt. Am 26. Juni 1949 ist er gestorben.

Ferkelmarkt vom 2. Dezember

=====

4. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 86 Ferkel, verkauft wurden 86. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 190 S, 6 Wochen 210 S, 7 Wochen 250 S, 8 Wochen 273 S, 10 Wochen 300 S, 12 Wochen 420 S. Der Marktbetrieb war sehr rege.

Neue Verkehrsregelung auf dem Stock im Eisen-PlatzNoch heuer eigenes Lichtsignal für Fußgänger

4. Dezember (RK) Nach der Fertigstellung des Haas-Hauses sind nun die von der Wiener Stadtverwaltung durchgeführten Umbauarbeiten zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Stock im Eisen-Platz so weit fortgeschritten, daß der neue Verlauf des Fahrzeugverkehrs in Kraft gesetzt werden konnte. Gegenüber früher ergeben sich durch die Neugestaltung einige Veränderungen.

Fahrzeuge, die vom Graben zum Stephansplatz fahren wollen, können nun nicht mehr die Fahrbahn zwischen der Mittelinsel und dem Haas-Haus benützen, sondern müssen über die durch die Ampel geregelte Kreuzung Kärntner Straße - Stephansplatz fahren. Die Fahrbahn auf der Seite des Haas-Hauses sollen nur mehr Fahrzeuge benützen, die vom Stephansplatz zum Graben, bzw. in die Seilergasse fahren. Der Grund für diese Maßnahme liegt darin, daß früher die vom Graben kommenden Fahrzeuge beim Linksabbiegen zum Stephansplatz bereits bei der Seilergasse verkehrsbehindernd wirkten und beim Einbiegen auf den Stephansplatz praktisch dem Gegenverkehr entgegenfahren. Man hat daher hier die entsprechenden Verkehrszeichen "Einfahrt verboten" aufgestellt.

Im Kreuzungsbereich sind die Schutzwege für Fußgänger neu gekennzeichnet worden. Auch hat man sogenannte Leitlinien auf der Fahrbahn vor den Schutzwegen angebracht, die das richtige Einordnen erleichtern sollen. Die durchgehende weiße Linie teilt die Fahrbahn für die beiden Fahrtrichtungen. Die unterbrochen geführten Linien sollen den Fahrzeugverkehr sozusagen sortieren; sie führen also den Fahrzeuglenker, der nach links abbiegen will, in den linken Spurstreifen, den rechts abbiegenden in den rechten Spurstreifen.

Eine Neuerung ergibt sich auch beim Linksabbiegen auf der Kreuzung Kärntner Straße - Stephansplatz. Gegenwärtig ist es auf Kreuzungen üblich, bei "grün" zur Kreuzungsmitte vorzuziehen, wo die nach links abbiegenden Fahrzeuge einander umfahren

müssen. Auf dem Stock im Eisen-Platz sollen nun die Fahrzeuglenker vor der Mitte der Kreuzung bei einer Lücke im Gegenverkehr gleich nach links abbiegen, also sozusagen die Kurve schneiden. Die Fahrzeuge umfahren einander nicht sondern fahren aneinander vorbei. Beim Abbiegen muß selbstverständlich auf den Fußgängerverkehr Rücksicht genommen werden. Ein zu starkes Schneiden der Linkskurve ist nicht gestattet.

Noch heuer wird schließlich die Lichtsignalanlage auf dem Stock im Eisen-Platz zur Erleichterung des Abbiegeverkehrs der Fahrzeuge und zum Schutz der Fußgänger im ganzen Kreuzungsbereich eigene Freizeichen für Fußgänger aufweisen. Wenn dann die Kreuzung für Fußgänger frei gegeben wird, ist für alle Fahrzeuge im Kreuzungsbereich "rot". Die Fußgänger können in dieser Phase alle Schutzwege benützen. Hingegen sollen, auch wenn die eine Richtung "grün" für den Fahrzeugverkehr zeigt, die in gleicher Richtung gehenden Fußgänger die Kreuzung nicht überschreiten, sondern auf das Fußgängerfreizeichen warten. Der Verkehrsposten wird also in Zukunft von zum Beispiel "grün" für Richtung Kärntner Straße - Stephansplatz auf "gelb" schalten, dann auf "Fußgänger gehen!", womit gleichzeitig für alle Fahrzeuge rotes Licht leuchtet.

#### Pferdemarkt vom 1. Dezember

=====

4. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 292 Pferde, hievon 17 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 270 verkauft, als Nutztier 1. Unverkauft blieben 21. Der Marktverkehr war anfangs flau, später lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 18, Niederösterreich 146, Oberösterreich 92, Steiermark 10, Burgenland 20, Salzburg 3, Tirol 3.

Die Städtischen Unternehmungen im Jahre 1954  
=====

4. Dezember (RK) Stadtrat Dkfm. Nathschläger sprach heute über die Sender Rot-Weiß-Rot und Ravag über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1954. Er sagte u.a.:

Dank der auch im Jahre 1953 fortschreitenden Festigung unseres Wirtschaftslebens, das durch die glückliche Regierungspolitik in den letzten Jahren immer neue Impulse empfangen hat, konnten die Wiener städtischen Unternehmungen, das sind die E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe und die Bestattung, zusammengefaßt in den Wiener Stadtwerken, sowie das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista, auch für das kommende Jahr einen durchaus von Optimismus getragenen Voranschlag ausarbeiten. Sie präliminieren an Einnahmen insgesamt 2.075 Millionen Schilling und an Aufwendungen 2.082 Millionen Schilling, so daß sich ein Abgang von rund 7 Millionen Schilling ergibt, der im Verhältnis zu den Aufwendungen verschwindend ist und nur 0.35 Prozent beträgt. Die Bedeutung der Unternehmungen gegenüber dem Hoheitsbereich wird besonders durch den Hinweis augenfällig, daß sowohl die Einnahmen als auch die Aufwendungen rund 70 Prozent des gesonderten Budgets der Hoheitsverwaltung ausmachen.

Die sechs Unternehmungen werden im Jahre 1954 zusammen 20.985 aktive Bedienstete beschäftigen und 18.562 Pensionsparteien eine sichere Existenz gewährleisten. Unter den Aktiven scheinen in Auswirkung der Aufnahmen auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes insgesamt 185 jugendliche Arbeitskräfte auf. Fast 40.000 Menschen werden es somit im Jahre 1954 wieder sein, die von diesen großen Unternehmungen der Stadt Wien Lohn, Gehalt oder Rente beziehen. Mit den Familienangehörigen werden weit mehr als 100.000 Menschen ihre Existenz den städtischen Unternehmungen verdanken.

Naturgemäß hat die Wiener Bevölkerung ein besonderes Interesse daran, zu erfahren, was die städtischen Unternehmungen im nächsten Jahre an Leistungen, die allen entweder direkt oder indirekt zugute kommen, zu erbringen beabsichtigen. Die Gesamtinvestitionen werden im Jahre 1954 auf 391 Millionen Schilling **steigen**, während sie im laufenden Geschäftsjahr mit 356 Millionen Schilling veranschlagt wurden. Wir können somit eine erfreuliche Steigerung um nicht weniger als 35 Millionen Schilling, ungefähr 10 Prozent, feststellen.

Beim E-Werk werden es um 17,4, bei den Verkehrsbetrieben um 19,8 und beim Brauhaus um 5,3 Millionen Schilling mehr sein, während sich nur beim Gaswerk eine Verringerung um 7,9 Millionen Schilling ergibt, die dadurch zu erklären ist, daß die Produktionsanlagen infolge der besonderen Anstrengungen in den Vorjahren keiner so großen Aufwendungen mehr bedürfen.

Das E-Werk verwendet von den zur Verfügung stehenden insgesamt 167,8 Millionen Schilling den größten Prozentsatz und zwar 63,7 Millionen Schilling für den Ausbau der Leitungsnetze. 28,2 Millionen Schilling entfallen allein auf das Drehstromkabel - und Gleichstrombahnnetz. 5,5 Millionen werden für Ortsnetze und Hausanschlüsse reserviert und die Umschaltung von Gleich- auf Wechselstrom wird mit einem Betrag von 9,7 Millionen Schilling gegen 5,3 Millionen Schilling im Jahre 1953 im verstärkten Ausmaß fortgesetzt. Für Zähler und sonstige Meßeinrichtungen werden 9,9 Millionen Schilling benötigt, für die Fortsetzung der Arbeiten am vierten Hochleistungskessel in Simmering 15 Millionen Schilling, für die Fertigstellung der ersten Etappe des Umspannwerkes Weissgärber 11 Millionen und für den Beginn eines Umspannwerkes in Mödling 5,7 Millionen Schilling.

Die Gaswerke verwenden die veranschlagten 67,7 Millionen Schilling unter anderem mit 9,2 Millionen Schilling für das Werk Simmering, mit 12,9 Millionen Schilling für das Werk Leopoldau, für das Straßenrohrnetz mit 28,3 (um 8,6 mehr als im Vorjahr) und für die Anschaffung von Gasmessern mit 15,4 Millionen Schilling. Für Rohrleitungen in Siedlungen und Randgebieten, darunter unter anderem auch in Klosterneuburg, sind allein 13 Millionen Schilling eingesetzt, während 3,6 Millionen Schilling für den Anschluß neuer Wohnhausbauten in Wien dienen sollen.

Das besondere Sorgenkind unter den städtischen Unternehmungen, die Wiener Verkehrsbetriebe, verwenden die ihr zur Verfügung gestellten, abermals erhöhten Investitionsbeträge von 148,2 Millionen Schilling mit 91,9 Millionen Schilling für die Straßenbahnen, mit 45,2 Millionen für die Stadtbahn und mit 11 Millionen für den Autobusbetrieb. Bei der Straßenbahn und bei der Stadtbahn werden damit um 8, bzw. um 9 Millionen

mehr aufgewendet werden können als im heurigen Jahr und beim Autobusbetrieb um rund 3 Millionen Schilling mehr. Der Erneuerung des Fahrparks werden allein 96 Millionen gegen 71 Millionen im heurigen Jahr zugewendet, das ist also um 25 Millionen mehr als heuer. Für die Erneuerung von Gleisanlagen werden rund 30 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Es ist zu hoffen, daß die Lieferungen der pro 1954 bestellten Wagen seitens der damit betrauten Firmen termingemäß erfolgen. Unter anderen werden erwartet 19 Großraumzüge mit Trieb- und Beiwagen für die Linie 46, 25 Großraumbeiwagen, um dem fühlbaren Mangel gerade auf diesem Sektor endlich beizukommen, und ferner, neben einer Reihe von Aufbauwagen für die Straßenbahn, die Lieferung von 92 Stadtbahntrieb- und Beiwagen mit den wiederholt erwähnten Neuerungen, um das Fahren auf der Stadtbahn wenigstens einigermaßen wieder großstädtisch zu gestalten. Außerdem sollen mindestens zehn neue Autobusse im kommenden Jahr in Betrieb genommen werden.

Unter den neuen Gleisanlagen figuriert endlich die seit langem erwartete Schleife Troststraße - Neilreichgasse - Jaureshof, eine Gleisanlage in der Landstraße Hauptstraße von der Invalidenstraße bis zur Rochusgasse, die Neuverlegung der Gleise in der Praterstraße von der Aspernbrückengasse bis zum Praterstern, eine neue Gleisanlage am Schwarzenbergplatz, der Umbau von Gleisanlagen am Urban Loritz-Platz im Zusammenhang mit dem Bau der Wiener Stadthalle, die Mittellage in der Marchfeldstraße und eine Schleife am Engelsplatz und schließlich soll auch die Schleife in Bodaun in Angriff genommen werden. Von besonderer Bedeutung nicht nur für den Berufs- sondern auch für den Ausflugsverkehr ist die Wiederherstellung der Stadtbahnlinien nach Heiligenstadt, mit deren Fertigstellung und Inbetriebnahme voraussichtlich im Herbst des kommenden Jahres gerechnet werden kann.

Im Brauhaus der Stadt Wien soll im nächsten Jahr ein größeres Rationalisierungsprogramm durchgeführt werden, wofür 5,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Von der Städtischen Bestattung und von der Gewista ist lediglich zu bemerken, daß diese Unternehmungen auch im Jahre 1954 den an sie gestellten Anforderungen in jeder Weise nach-

kommen werden.

Alles in allem kann wohl gesagt werden, daß die städtischen Unternehmungen alle Anstrengungen gemacht haben, um der Wiener Bevölkerung auch im nächsten Jahr wieder mit besonderen Leistungen zu dienen, die dazu angetan sein werden, das Leben in unserer Stadt in fortschrittlicher Weise zu fördern und damit den Ruf Wiens als größte Metropole im Mitteleuropäischen Raum erneut zu vertiefen.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 7. bis 13. Dezember  
 =====

4. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 7. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Berufsschulen Wiens - Kulturamt: Schubert-Gedenkkonzert (Wiederholung vom 19.Nov.1953).
	Kammersaal (MV) 17.00	Österr.Ges.f.zeitgenössische Musik: 8.Studiokonzert (Werke von Franz Hasenöhrl, Rudolf Jettel, Alfred Uhl)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Klavierabend Mireille Auxiètré
Dienstag 8. Dez.	Kammersaal (MV) 19.30	Konzert Lucy Steidl-Teutphoeus Karl Bitzan
	Mozartsaal (KH) 19.30	Österreichischer Blindenverband: Werbekonzert
	Musikakademie Vortragssaal 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Liederabend Eva Brick (Akademie); musikal.Leitung: Prof.Dr. Erik Werba
Mittwoch 9. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wr. Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wr.Symphoniker - Wr. Kammerchor: F.Schubert "Alfonso und Estrella" (Konzertfassung); Leitung Victor Quirin Plasser
	Brahmsaal (MV) 19.30	Trioabend Mario Beyer - Ernst Knava - Dr. Erich Roubicek
	Kammersaal (MV) 19.30	Liederabend Annie Vilmar, am Flügel Max Kundegraber
	Musikakademie Vortragssaal 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Praktikum für zeitgenössische Musik; Leitung Prof. Anton Heiller

Donnerstag 10. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Abonnement-Liederabend Hans Hotter; am Flügel Prof. Viktor Graef
	Mozartsaal (KH) 19.30	Chor-Orchesterkonzert des Männer- gesangvereines Ottakringer Lieder- tafel
	Konservatorium der Stadt Wien Zimmer 22 19.45	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Vortrag Prof. Andre Espiau de la Maestre "Das französische Lied"
	Urania Großer Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Aufführung des Singspiels "Ein Ele- fant geteilt durch sechs" (für Schüler)
Freitag 11. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Konzert für die Hietzinger Rettungs- gesellschaft
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Aufführung der Tanzspiele "Der Schulmeister" und "Aschenbrödel - einmal anders" (für Schüler)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Neuer Wiener Musikverein: Orchesterkonzert
	Mozartsaal (KH) 19.30	Konzert des "Pro Arte-Orchesters"; Dirigent Dr. Meinhard Winkler
	Schubertsaal (KH) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Prof.Dr. Josef Dichler (ausländische Stu- dierende)
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Liederabend der Klasse Prof.Dr. Ernst Reichert
Samstag 12. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wr. Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 3.Abonnementkonzert Dirigent Dr. Wilhelm Furtwängler
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: J.S.Bach-Orgelkonzert; Franz Schütz
	Brahmssaal (MV) 19.30	Liederabend Geri Chisolm (Sopran)
	Kammersaal (MV) 19.00	Horak-Konservatorium: Schülerkonzert
	Gr.K.H.Saal 20.00	Lieder- und Arienabend Benjamino Gigli (zweites Konzert)

4. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2053

Samstag 12. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Gesangverein Engelsbergbund: Chorkonzert
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Trio-Abend der Kammermusikklasse Prof. Franz Samohyl
Sonntag 13. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: 3. Abonnementkonzert, Dirigent Dr. Wilhelm Furtwängler
	Brahmssaal (MV) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Konkurrenzspiel um den Bösendor- ferflügel (Teilnehmer: Absolven- ten der Akademie)
	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: J.S.Bach "Weihnachtsoratorium"; Dirigent Prof. Julius Peter

Zusammenstoß Straßenbahn - Lastwagen  
=====

4. Dezember (RK) Heute um 12.52 Uhr ist in der Schweglerstraße ein aus dem rechten Teil der Hütteldorfer Straße herauskommender mit Betonschutt beladener Lastkraftwagen mit der hinteren Beiwagenplattform eines Richtung Mariahilf fahrenden Straßenbahnzuges der Linie 9 zusammengestoßen. Dabei wurden vier Fahrgäste leicht verletzt, die sich jedoch ohne ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen, entfernen konnten. Der Beiwagen des Zuges war entgleist und erheblich beschädigt. Er wurde von der Rüstwagenmannschaft auf das Achsbruchwagerl gehoben und nach dem Bahnhof Rudolfsheim eingezogen. Durch den Unfall entstand eine Störung von 33 Minuten.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 5. Dezember 1953

Blatt 2055

## Weihnachtsspende der Casino A.G.

=====

5. Dezember (RK) Der Vorstand der Österreichischen Casino A.G. hat dem Wohlfahrtsamt der Stadt Wien 50.000 Schilling überwiesen. Der Betrag ist bedürftigen, arbeitsunfähigen Personen als Weihnachtsspende gewidmet. Der städtische Wohlfahrtsreferent, Vizebürgermeister Honay, hat dem Vorstand der Casino A.G. für diese Spende schriftlich gedankt.

## 85. Geburtstag von Max Neuburger

=====

5. Dezember (RK) Am 8. Dezember vollendet Prof.Dr.med. et phil. Max Neuburger sein 85. Lebensjahr.

Nach einer hervorragenden medizinischen Ausbildung an der Universität seiner Geburtsstadt Wien vermehrte er seine praktischen Kenntnisse auf seinem engeren Fachgebiet, der Neurologie, wandte sich aber dann medicohistorischen Arbeiten zu. 1898 erfolgte seine Habilitierung, 1904 seine Berufung zum Leiter der Lehrkanzel für Geschichte der Medizin, 1917 seine Ernennung zum Ordinarius. Professor Neuburger hat durch seine Lehr- und Forschungstätigkeit der Medizingeschichte internationale Anerkennung verschafft und ihr in der ehemaligen Josefinischen Militärakademie eine würdige Pflegestätte errichtet. Bis 1938 leitete er das von ihm gegründete Universitätsinstitut, dem eine umfangreiche Bibliothek und eine Sammlung anatomischer Wachspräparate angegliedert wurde. Der Nationalsozialismus zwang ihn, die Heimat zu verlassen. Er fand in London am

"Welloome Historical Medical Museum" einen neuen Wirkungskreis und ging 1948 nach Amerika. 1952 kehrte er wieder nach Wien zurück, um hier seinen Lebensabend zu verbringen.

Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar ihre heralichen Glückwünsche übermittelt.

#### Die Bilanz einer Schreckenstat

5. Dezember (RK) Eine unscheinbare Postnummer im Verzeichnis der Baumeisterarbeiten, die dieser Tage im Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten behandelt wurde, berichtet in trockenen Zahlen über ein tragisches Lokalereignis, welches im heurigen Herbst tagelang die Bevölkerung Wiens in Atem hielt. Das Aktenbündel gibt Aufschluß über den Sachschaden, der durch den Bombenanschlag eines Jugendlichen am 30. September dieses Jahres in einem Trakt des Allgemeinen Krankenhauses entstanden ist. Für den Wiederaufbau der durch die furchtbare Explosion zerstörten Räume der Verpflegskostenstelle müssen nun 200.000 Schilling aufgewendet werden.

Der materielle Schaden, der übrigens durch die Städtische Versicherungsanstalt ersetzt wird, steht aber in keinem Vergleich zum Unglück der 25 Angestellten, die durch die Tat eines Wahnsinnigen schwere Verletzungen davontrugen. Der letzte der Schwerverwundeten, Kanzleikommissär Michael Trittner, wurde erst dieser Tage aus dem Allgemeinen Krankenhaus in häusliche Pflege entlassen. Er wird sich aber später noch verschiedenen chirurgischen Eingriffen unterziehen müssen. Der Kunst und den Anstrengungen der Ärzte und des Pflegepersonals ist es gelungen, das Leben dieses Verunglückten zu retten. Die Mehrzahl der beim Bombenanschlag Verletzten, darunter auch Amtsrat Lazar, versehen bereits wieder ihren Dienst beim Anstaltenamt.

#### Entfallende Sprechstunden

5. Dezember (RK) Am 8. und 15. Dezember entfallen die Sprechstunden beim Geschäftsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Dr. Zechner.

Landesjugendreferenten tagen in Pötzeleinsdorf  
=====

5. Dezember (RK) Wie in jedem Jahr werden auch heuer die österreichischen Referenten für außerschulische Jugenderziehung eine Tagung abhalten. Diese findet stets in einem anderen Bundesland statt. Diesmal wurde die Tagung von Bürgermeister Jonas in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann nach Wien in das Jugendgästehaus Schloß Pötzeleinsdorf eingeladen. Die Tagung, an der auch Vertreter des Unterrichtsministeriums teilnehmen, wird Dienstag, den 8. Dezember, um 9 Uhr vormittag, eröffnet.

Das Arbeitsprogramm ist sehr umfangreich. Jedes Bundesland wird über das abgeschlossene Arbeitsjahr berichten. Die Themen befassen sich eingehend mit der Notwendigkeit und mit der Bedeutung der Jugenderziehung und der Jugendbetreuung außerhalb der Schule. Im Verlauf der Tagung, die bis 12. Dezember dauern wird, werden die Gäste aus den Bundesländern Gelegenheit haben, vorbildliche Einrichtungen wie Lehrwerkstätten, Kindergärten, Horte, Schulen, usw. in Wien kennenzulernen. Zum Abschluß der Tagung ist auch ein Empfang bei Bürgermeister Jonas vorgesehen.

- - -

Geehrte Redaktion!  
=====

Sie sind herzlich eingeladen, an der Eröffnung dieser Tagung der Landesjugendreferenten, Dienstag, den 8. Dezember, um 9 Uhr vormittag, im Jugendgästehaus Schloß Pötzeleinsdorf, teilzunehmen.

40 neue Diplomschwestern  
=====Ein Drittel absolvierte den Lehrgang mit Auszeichnung

5. Dezember (RK) Heute vormittag fand in der Schwesternschule im 3. Bezirk, Juchgasse, die feierliche Überreichung der Diplomnadeln an vierzig Schwesternschülerinnen statt, die die dreijährige Schule mit Erfolg absolvierten, Ein Drittel der Schülerinnen konnte den Lehrgang sogar mit Auszeichnung beenden. Ein überaus schönes und erfreuliches Ergebnis, das den jungen Schwestern alle Ehre macht.

Bei der kleinen Feier waren Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Sigmund, sowie der Leiter des Anstaltenamtes Obersenatsrat Dr. Schwarzl, Ärzte des Rudolfsplatzes und Schwestern anwesend. Nach der Begrüßung durch den Leiter der Schule, Prof. Dr. Zimmermann, sprach Vizebürgermeister Weinberger. Die Ärzte und Schwestern, so betonte er, sind die Hauptträger des Wiener Gesundheitsdienstes. Alle Errungenschaften der Technik würden uns nichts nützen, wenn Sie nicht dafür sorgten, ihre kranken Mitmenschen zu heilen. Der Vizebürgermeister bat die Schwestern, trotz allem gelernten Wissen nicht zu vergessen, daß sie vor allem gute Menschen sein müssen. Es wird also wichtig sein, daß die Schwestern auch ihren Charakter weiterbilden. Zum Abschluß wünschte der Vizebürgermeister den Schwestern alles Glück für den schönsten Frauenberuf, den es gibt.

Bürgermeister Jonas sagte, der Anlaß, der uns heute zusammenführt, ist der Abschluß eines dreijährigen Lehrganges für die jungen Schwestern. Als sie sich entschlossen haben, diesen Beruf zu ergreifen, werden sie sicher gewußt haben, daß es nicht leicht wird. Aber die Schwestern werden wohl erst später darauf gekommen sein, wie schwer es ist. Das Ausmaß an Wissen und Kenntnissen, das man heute für diesen Beruf braucht, ist wesentlich größer als seinerzeit geworden. Nun sollen die Schwestern das hier erworbene Wissen anwenden. Der Bürgermeister sagte, ich möchte das wiederholen, was Vizebürgermeister Weinberger ausgeführt hat: Wissen und Kön-

5. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2059

nen ist notwendig, aber es wäre zu wenig, wenn es nicht mit der Liebe zum Nächsten, mit dem Verständnis für den leidenden Menschen verbunden wäre. Abschließend dankte der Bürgermeister den Schwestern, daß sie diesen Beruf erwählt haben und gratulierte ihnen zu dem ausgezeichneten Abschluß des Lehrganges. Hierauf überreichte der Bürgermeister den vierzig Schwesternschülerinnen die Diplomnadeln und das Diplom.

Staatsprüfung mit Auszeichnung

=====

5. Dezember (RK) Die Absolventin des Konservatoriums der Stadt Wien Helga Hellebrand, eine Volksdeutsche aus der Klasse des Professor Raupenstrauch, hat die Staatsprüfung für Klavier mit Auszeichnung bestanden.

Kein Kriegsspielzeug unter den Weihnachtsbaum!

=====

5. Dezember (RK) Anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes hat Bürgermeister Franz Jonas an die Wiener Bevölkerung folgenden Appell gerichtet:

Wiener und Wienerinnen!

In kaum drei Wochen wird wieder das Weihnachtsfest, das Fest des Friedens, gefeiert.

Erinnert Euch als Eltern und Erzieher Eurer Pflicht gegenüber Euren Schützlingen und haltet alles von ihnen fern, das ihr Denken auf verderbliche Bahnen lenken könnte. Legt daher kein Kriegsspielzeug auf den Gabentisch Eurer Kinder, schützt die unverdorbenen und unschuldigen Gemüter vor Einflüssen, die den giftigen Keim des furchtbaren Krieges in sich tragen. Wenn es sich auch anscheinend um oft ungefährliche und harmlose Spielzeuge handelt, so sind und bleiben sie doch Symbol des Krieges - der größten Tragödie der Menschheit.

Kauft und schenkt kein Kriegsspielzeug! Ihr nützt dadurch Euren Kindern!

J o n a s

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 7. Dezember 1953

Blatt 2061

## Weitere WdU Bezirksräte gegen Verzichtserklärungen

7. Dezember (RK) Die WdU Bezirksräte des 7. Bezirkes Dr. Tassilo Broesigke, Alfred Marek und Alexander Reck haben an die Stadtverwaltung geschrieben, daß sie weiterhin ihr Mandat im Rahmen dieser Wahlpartei ausüben werden. Gleichzeitig haben sie eventuell einlangende Verzichtserklärungen widerrufen und als ungültig erklärt.

## Die Wiener Festwochen 1954

### Stadtrat Mandl am Freitag im Österreichischen Presse-Club

7. Dezember (RK) Auf Einladung des Österreichischen Presse-Clubs wird der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung, Hans Mandl, Freitag, den 11. Dezember, um 15 Uhr, in den Räumen des Clubs, Wien I, Bankgasse 8, vor den in- und ausländischen Journalisten über die Wiener Festwochen 1954 sprechen.

## Josef Wimmer zum Gedenken

7. Dezember (RK) Auf den 9. Dezember fällt der 25. Todestag der Wiener Lokalhistorikers und Journalisten Josef Wimmer.

Am 23. Jänner 1834 geboren, betätigte er sich frühzeitig als Schriftsteller, trat in die Redaktion der Theaterzeitung ein und gründete 1858 mit O.F. Berg das Witzblatt "Tritschtratsch". Dann wurde er Restaurateur in Dornbach und organi-

sierte großangelegte Faschingszüge. Seine Wohlhabenheit ermöglichte es ihm, sich verschiedene **Liebhabereien** zu leisten und sich insbesondere in die Topographie Wiens zu vertiefen. 1872 gründete er wieder mit O.F. Berg das "Wiener Extrablatt", schied aber bald aus und lebte bis zu seinem Tode als freier Schriftsteller in Wien. Seine Arbeiten sind unübersehbar und enthalten interessante Details aus dem kulturellen Leben der Zeit. Das Zentrum bilden wertvolle Beiträge zur Wiener Theatergeschichte. Auch zahlreiche Volksstücke, **Burlesken**, Charakter-szenen und Komödien stammen von ihm. Seine größten Erfolge waren die beiden Lustspiele "Die Gigerln von Wien" und "Groß-Wien". Josef Wimmer hat fast sein ganzes Vermögen für wohltätige Zwecke gestiftet. Sein literarischer Nachlaß, vor allem seine Sammlung von Zeitungsausschnitten und sein Theaterkatalog, wird von der Stadtbibliothek betreut.

Die Stadt Wien hat ihn durch Benennung einer Gasse im 5. Bezirk geehrt.

#### Die ersten Weihnachtsbäume für Wien

=====

7. Dezember (RK) Am Ende der vorigen Wochen sind die ersten Weihnachtsbäume in Wien eingetroffen. Die Lagerplätze der Großhändler auf dem Naschmarkt und in anderen Stadtgebieten beginnen sich mit Ladungen aller Qualitäten und Größen zu füllen, denn schon am kommenden Samstag beginnt in ganz Wien an den rund 400 reservierten Verkaufsständen der Kleinverkauf.

Auch heuer stehen das Waldviertel und das Schneeberggebiet unter den Hauptlieferanten an erster Stelle. Ein kleinerer Teil kommt aus Oberösterreich und aus der Steiermark. Stärker als sonst interessiert sich heuer auch das Land Tirol für Wien als Absatzmarkt seiner überschüssigen Weihnachtsbäume. Die Qualität der zum Verkauf vorbereiteten Bäume kann im Durchschnitt als gut bezeichnet werden. Der Großhandel hat sich auch heuer den Wünschen der Wiener angepaßt und kauft überwiegend nur mittelgroße Bäume bis zu zwei Metern.

Über die Preise selbst läßt sich vorläufig noch nichts voraussagen. Sie werden im hohen Maße von der Qualität der Ware

und wahrscheinlich auch heuer wieder von der Nachfrage abhängig sein. Im vergangenen Jahr kosteten Tannen in der dichtesten Spanne bis zu einem Meter 10 bis 20 Schilling, von ein bis zwei Meter 20 bis 40 Schilling, von zwei bis drei Meter 30 bis 60 Schilling und über drei Meter 50 bis 80 Schilling. Für Fichten bis zu ein Meter wurden 5 bis 15 Schilling, von ein bis zwei Meter 10 bis 20 Schilling, von zwei bis drei Meter 20 bis 30 Schilling und über drei Meter 30 bis 40 Schilling verlangt. Die Händler sind optimistisch und hoffen, wieder an die 200.000 Weihnachtsbäume in Wien abzusetzen.

Auf dem Rathausplatz und vor dem Westbahnhof stehen seit Samstag neun Meter hohe Weihnachtsbäume, die bei Einbruch der Dunkelheit im Lichte der elektrischen Kerzen erstrahlen. Die beiden schlanken Riesen standen noch vor einer Woche schneebedeckt im städtischen Forst Stixenstein im Raxgebiet. Heuer übermitteln sie als erste Boten des nahenden Weihnachtsfestes allen Wienerinnen und Wienern die Feiertagsgrüße der Gemeinde Wien.

#### Pferdemarkt vom 3. Dezember

=====

7. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 14 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 14 verkauft. Der Marktverkehr war ruhig.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 11, Burgenland 3.

Konstituierung des neuen Wiener Landessanitätsrates  
=====

7. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat heute vormittag im Wiener Rathaus im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger und Magistratsdirektor Dr. Kinzl die Konstituierung des neuen Landessanitätsrates für Wien vorgenommen. Der Landessanitätsrat hat eine dreijährige Amtsdauer. Er hat die Aufgabe, bei wichtigen Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens als beratendes und begutachtendes Organ des Landeshauptmannes zu fungieren. Der Wiener Landessanitätsrat besteht jeweils aus dem Landessanitätsreferenten (Leiter der Magistratsabteilung 15) und acht ordentlichen Mitgliedern, von denen sechs auf Vorschlag des Bürgermeisters als Landeshauptmann vom Bundesministerium für Soziale Verwaltung ernannt und zwei unmittelbar vom Wiener Stadtsenat als Landesregierung entsendet werden. Neben diesen acht ordentlichen Mitgliedern beruft der Landeshauptmann auch noch sechs außerordentliche Mitglieder.

Die ordentlichen Mitglieder sind: Se. Magnifizienz Univ. Prof. Dr. Leopold Schönbauer, Rektor der Wiener Universität, Vorstand der I. chir. Univ. Klinik Wien und Direktor des Allgemeinen Krankenhauses, Univ. Prof. Dr. Karl Fellinger, Vorstand der II. med. Univ. Klinik Wien, Univ. Prof. Dr. Karl Kundratitz, Vorstand der Univ. Kinderklinik, Dr. Emil Tuchmann, Chefarzt der Wiener Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte, Univ. Prof. Dr. Richard Bieling, Vorstand des hygienischen Institutes der Universität Wien, Univ. Prof. Dr. Franz Brücke, Vorstand des pharmakologischen Institutes der Universität Wien, Univ. Prof. Dr. Hans Heidler, Leiter und Primararzt der Ignaz Semmelweis-Klinik und Univ. Prof. Dr. Hans Hoff, Vorstand des neurologischen Institutes der Universität Wien. Die beiden letztgenannten Ärzte wurden unmittelbar von der Wiener Landesregierung entsandt.

Die außerordentlichen Mitglieder sind: Prim. Dr. Wilhelm Demuth, Präsident der Österreichischen Ärztekammer, Prim. Dr. Marcel Schnardt, Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer, Mg. Ph. Walter Haagner, Leiter der Geschäftsstelle der

Österreichischen Apothekerkammer, Doz.Dr.Paul Grüneis, Leiter und Primararzt der Wiener allgemeinen Poliklinik, Dr.Wilhelm Baier, Chefarzt der Invalidenversicherungsanstalt, und Univ. Prof.Dr.Hubert Kunz, Primarius und Leiter der I.chir.Abteilung im Krankenhaus Lainz.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Mitglieder des neuen Landessanitätsrates und wünschte ihnen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit Erfolg und gutes Gelingen. Im Anschluß daran wählte der Landessanitätsrat zum Vorsitzenden Se.Magnifizenz Univ.Prof.Dr. Leopold Schönbauer und zu dessen Stellvertreter Univ.Prof.Dr.Karl Fellinger.

#### Rinderhauptmarkt vom 7. Dezember

=====

7. Dezember (RK) Unverkauft: 1 Ochse, 9 Stiere, 11 Kühe, keine Kalbinnen, Summe 21. Neuzufuhren Inland: 554 Ochsen, 170 Stiere, 992 Kühe, 83 Kalbinnen, Summe 1.799. Gesamtauftrieb: 555 Ochsen, 179 Stiere, 1003 Kühe, 83 Kalbinnen, Summe 1.820. Verkauft wurden: 541 Ochsen, 179 Stiere, 1000 Kühe, 83 Kalbinnen, Summe 1.803. Unverkauft: 14 Ochsen, keine Stiere, 3 Kühe, keine Kalbinnen, Summe 17. Kontumazanlage: 2 Stück.

Preise: Ochsen 6.50 bis 9.20 S, extrem 9.30 bis 9.70 S. Stiere 7.20 bis 9 S, extrem 9.10 bis 9.40 S. Kühe 5.90 bis 7.50 S, extrem 7.60 bis 8 S. Kalbinnen 7 bis 9 S, extrem 9.10 bis 9.50 S. Beinlvieh 4.50 bis 6 S,

Bei lebhaftem Marktverkehr verteuerten sich Stiere, extrem und I. Qualität bis zu 40 Groschen, II. und III. Qualität um 20 bis 30 Groschen. Die Preise für Ochsen, Kühe und Beinlvieh blieben fest behauptet, für Kalbinnen behauptet.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 8. Dezember 1953

Blatt 2065

## "Das gute Bild für jeden" - sehr gefragt

=====

Bereits 136 Bilder verkauft - Morgen der 10.000ste Besucher

8. Dezember (RK) Die vom Amt für Kultur und Volksbildung gemeinsam mit allen Wiener Künstlerverbänden in der Secession veranstaltete Ausstellung "Das gute Bild für jeden", in der erstklassige Aquarelle zum Höchstpreis von 400 Schilling, Graphiken von 300 Schilling und Keramiken zum Betrage bis zu 150 Schilling verkauft werden, erfreut sich eines regen Besuches. Bis Sonntag wurden bereits 136 Arbeiten verkauft. Morgen, Mittwoch, wird der 10.000ste Besucher erwartet.

## 500 Theaterkarten für Kinder

=====

8. Dezember (RK) Die Direktion des Raimundtheaters hat Vizebürgermeister Weinberger in einem Schreiben 500 Theaterkarten für das "Weihnachtsmärchen" zur Verfügung gestellt, das gegenwärtig auf dieser Bühne auf dem Spielplan steht. In dem Schreiben ersucht die Direktion, diese Karten für die von der Gemeinde Wien betreuten Kinder zu verwenden. Die Vorstellung findet morgen, Mittwoch, um 15.30 Uhr, statt. Vizebürgermeister Weinberger hat die Karten sofort an die von seiner Geschäftsgruppe betreuten Anstalten weitergeleitet.

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Mittwoch, den 9. Dezember, um 10 Uhr vormittag, in der "Forschungsstelle für Wohnen und Bauen" Wien 1, Neues Rathaus, Stiege 8, Halbstock, Tür 217, eine Pressekonferenz stattfindet, in der Stadtrat Thaller und Prof. Schuster über die bisherige Tätigkeit der Forschungsstelle berichten werden. Die Forschungsstelle für Wohnen und Bauen wurde vor einem Jahr auf Beschluß des Wiener Gemeinderates in der Stadtbauamtsdirektion geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, die technischen, sozialen und kulturellen Probleme auf dem Gebiete des Wohnens und des Bauens wissenschaftlich zu untersuchen, neue, billige und wirtschaftliche Lösungen zu erforschen und sie mit den Erfordernissen unserer Zeit sinnvoll in Einklang zu bringen.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu dieser Pressekonferenz zu entsenden.

Blinde Kinder lernen Eislaufen

=====

8. Dezember (BK) Die Jugendrotkreuz-Gemeinschaft der Bundeslehrerinnenbildungsanstalt Wien 1, Hegelgasse 14, hat sich für die Wintermonate eine sehr schöne Aufgabe gestellt: die Mädchen, fast alle gewandte Schlittschuhläuferinnen, lehren blinde Kinder Eislaufen.

Jeden Dienstag von 10 bis 12 Uhr kann man auf dem Platz des Wiener Eislaufvereines Knaben und Mädchen, Zöglinge des Blindeninstitutes, üben sehen, rechts und links geführt von jugendlichen Lehrmeistern. Auch die jungen Blindenlehrer selbst, soweit sie den Eissport beherrschen, helfen mit und es ist erstaunlich, wie geschickt sich die Blinden anstellen. Manche sind schon am ersten Tag von den Trippelschrittchen zum richtigen Schleifen vorgeschritten, aber sie wollen alle auch Bogenfahren, Rückwärtsfahren, ja besonders Ambitionierte sogar tanzen lernen. Viele von ihnen haben sehende Geschwister oder Freunde, mit denen sie später den gesunden Sport ebenso pflegen wollen, wie im Sommer das Schwimmen, das die meisten schon recht gut können.

### Schutz der Wasserleitungseinrichtungen gegen Frost

=====

8. Dezember (RK) Im Augenblick sieht es zwar nicht darnach aus, als ob der Winter nach Wien kommen wollte. Die städtischen Wasserwerke erinnern aber schon jetzt die Wiener Bevölkerung daran, daß die Wasserleitungen durch Frost besonders gefährdet sind.

Zur Verhinderung des Einfrierens der Wasserleitungseinrichtungen sind die Kelleröffnungen geschlossen zu halten. Die freiliegenden Wasserleitungsteile, wie Hauswechsel, Wassermesser usw., sind in geeigneter und ausreichender Weise vor Frost zu schützen. Dies geschieht durch Umhüllung der freiliegenden Wasserleitungsteile mit Stoffresten oder dergleichen; Wassermesser und Hauswechsel können auch in einem mit Sägespänen, Holzwohle oder ähnlichem Material ausgefüllten und mit einem leicht abnehmbaren Deckel versehenen Holzkasten untergebracht werden. Bei starker andauernder Kälte empfiehlt es sich, um ein Einfrieren der Stockwerksleitungen zu vermeiden, auch die Haustore und die Gangfenster geschlossen zu halten und jene Leitungen, die der Frosteinwirkung stärker ausgesetzt sind, während der Nachtzeit im Einvernehmen mit den Hausparteien abzusperren und zu entleeren. Bei der Entleerung, bzw. Füllung der Leitungen, ist die höchstgelegene Wasserentnahmestelle jedes Steigstranges solange geöffnet zu halten, bis die Leitung vollständig entleert ist, bzw. bei Füllung, bis Wasser aus dieser austritt, sodann aber wieder zu schließen.

Keinesfalls darf man zur Verhinderung von Frostschäden die Wasserleitungsauslässe, Auslaufhähne, Klosette etc. rinnen lassen, weil dadurch bekanntlich große Wassermengen ungenützt verloren gehen.

Die gewissenhafte Befolgung der angeführten Hinweise gibt die beste Gewähr für das einwandfreie Funktionieren der Wasserleitungseinrichtungen auch bei strengstem Frost.

Jugendreferenten tagen in Pötzleinsdorf  
=====

8. Dezember (RK) Stadtrat Mandl eröffnete heute früh im Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf die Herbsttagung der Jugendreferenten. An der Tagung, die sich mit wichtigen Fragen der außerschulischen Jugend-erziehung beschäftigen wird, nehmen Delegierte aus allen Bundesländern sowie Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht und des Wiener Stadtschulrates teil.

Stadtrat Mandl begrüßte die Tagung als Verwalter des Wiener Jugendreferates und überbrachte die Grüße des Bürgermeisters. In seinen Ausführungen erinnerte er einleitend an die schwierige Lage auf dem Gebiete der Jugendbetreuung nach 1945. Diejenigen, die sich damals mit diesen Problemen beschäftigten, haben eine Jugend vorgefunden, die vielfach durch die Gestalt des "Schlurfs" verkörpert, nur gewissen seichten Vergnügungen zugänglich war. In den Wiener Berufsschulen wurde damals durch eine Fragebogen-Aktion festgestellt, daß 70 Prozent aller Berufsschüler in ihrer Freizeit tanzen wollten. Die Schulgemeinden an den Wiener Berufsschulen, die damals ins Leben gerufen wurden, mußten also vorerst Tanzkurse veranstalten, um mit den Jugendlichen überhaupt in Kontakt zu kommen. Es galt den Wünschen der Jugend entgegenzukommen, ohne ihnen aber zu verfallen. Eine zweite Feststellung, nämlich daß zu dieser Zeit nur 14 Prozent der Jugendlichen irgendeiner Jugendorganisation angehörten, verpflichteten die Schulgemeinden an den Berufsschulen umso mehr zu ihren erzieherischen Bestrebungen. Aus dieser Schulgemeindefarbeit entwickelte sich im Laufe der Jahre die dankenswerte Tätigkeit des Landesjugendreferates Wien und der übrigen Bundesländer.

Stadtrat Mandl verwies auf die vor einigen Tagen erfolgte Konstituierung des Bundesjugendringes und bezeichnete sie als ein erfreuliches Ereignis, das nicht stark genug hervorgehoben werden kann. Jede Form der gefährlichen Idee einer "Staatsjugend" ablehnend hat sich diese Vereinigung österreichischer Jugendorganisationen vorgenommen, alles Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Die Jugendreferenten erwartet im Zusammen-

wirken mit dem Bundesjugendring nun die Aufgabe, die Entwicklung genau zu verfolgen, und dieser Institution helfend und koordinierend zur Seite zu stehen. Sie werden darauf zu achten haben, daß das Nebeneinander nicht zu einem Gegeneinander, sondern zu einem Miteinander werde.

Stadtrat Mandl wünschte den Jugendreferenten die besten Erfolge für ihre Arbeit. Die Tagung im Jugendgästehaus der Stadt Wien möge dazu beitragen, die besten Methoden zu finden, die jeder Erzieher, der guten Willens und offenen Herzens ist, für seine Arbeit braucht, wenn er seine erzieherischen Ziele erreichen will.

Im Rahmen der Tagung, die am 12. Dezember abgeschlossen wird, sind Exkursionen in Lehrwerkstätten, Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen der Stadt Wien vorgesehen.

#### 1954: Baubeginn an der Schwedenbrücke

#### Neue Brücke wird um drei Meter breiter

8. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates den Wiederaufbau der Schwedenbrücke über den Donaukanal, der voraussichtlich 10 bis 12 Millionen Schilling kosten wird. Vorläufig sollen die für die Ausschreibung und die Entwürfe erforderlichen 200.000 Schilling bereitgestellt werden.

Die Schwedenbrücke, die während der Kampfhandlungen im Frühjahr 1945 gesprengt wurde und ins Wasser stürzte, wurde 1946 gehoben. Der noch verwendbare Rest wurde durch Hilfskonstruktionen aus Holz und Stahl ergänzt. Nach Fertigstellung der Marienbrücke besteht <sup>nunmehr</sup> die Möglichkeit, dieses schon übermäßig beanspruchte Provisorium aus dem Verkehr zu ziehen und durch eine neue Brücke zu ersetzen. Die alten Reste der Brücke können wegen des Zustandes der gehobenen Tragwerkteile nicht mehr verwendet werden. Außerdem soll die neue Brücke um drei Meter breiter werden als die alte. Da die im Bau befindliche Rotundenbrücke im Herbst 1954 fertig sein wird, beabsichtigt die Gemeinde Wien die Vorarbeiten für den Wiederaufbau der Schwedenbrücke so zu betreiben, daß zu diesem Zeitpunkt mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. Vorher muß die Hilfsbrücke abgetragen werden. Die Ausschreibung der Arbeiten soll noch heuer erfolgen.

### Eine "Wiener Straße" in Nieuw-Vossemeer

=====

8. Dezember (RK) Der Bürgermeister von Nieuw-Vossemeer (Holland) teilte Bürgermeister Jonas in einem Schreiben mit, daß seine Gemeinde, die bei der großen Überschwemmungskatastrophe im Februar dieses Jahres schwer getroffen wurde, aus der österreichischen Hilfsaktion zehn Häuser der Bauart "Friesland" erhalten hat. Als eine bleibende Erinnerung an diese schöne Geste schlägt die Verwaltung der Gemeinde Nieuw-Vossemeer vor, eine der Straßen, in der einige dieser Häuser aufgestellt worden sind, "Weense straat" ("Wiener Straße") zu benennen.

Bürgermeister Jonas hat in seinem Antwortschreiben diesem ehrenden Vorschlag, der geeignet ist, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem niederländischen und dem österreichischen Volk weiter zu vertiefen, die Zustimmung gegeben.

### "Bahnhof" auf dem Schottenring

=====

8. Dezember (RK) Im Laufe des morgigen Tages wird die Hauptfahrbahn des Schottenringes für den Verkehr freigegeben. Die auf Hartgußasphalt umgebaute Straßendecke des Schottenringes war das letzte große Bauwerk bei der Umgestaltung der Ringstraße, die nun in ihrer gesamten Länge allen Anforderungen des modernen Verkehrs entspricht.

### Schweinehauptmarkt vom 8. Dezember

=====

8. Dezember (RK) Neuzufuhren: 5.778. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage 187 Schweine.

Preise: Extrem und I. Qualität 17.30 bis 18 S Schlachtgewichtspreis, extrem und I. Qualität 14 S Lebendgewichtspreis, II. Qualität 13.70 bis 13.90 S Lebendgewichtspreis, III. Qualität 13.20 bis 13.60 S, Zuchten 12.50 bis 13.50, Altschneider 11 bis 12 S.

Bei überaus lebhaftem Marktverkehr verteuerten sich alle Qualitäten bis zu 40 Groschen.

Neuregelung der Besuchsgelder in den städtischen Kindergärten  
=====

8. Dezember (RK) Das Besuchsgeld für die Säuglings- und Kleinkinderkrippen beträgt gegenwärtig 30 Schilling und für die Kindergärten und Horte 6 Schilling wöchentlich für jedes Kind. Für die Ausspeisung in den städtischen Kindergärten und Horten beträgt der Wochenbeitrag 10 Schilling. Diese Gebühren wurden ohne Rücksicht auf das Einkommen der Eltern eingehoben. Das Jugendamt konnte bei sozialer Bedürftigkeit diese Beiträge bis auf einen Schilling wöchentlich herabsetzen.

Die Gemeindeverwaltung hat in den Jahren nach dem Kriegsende dem Ausbau der Kindergärten größtes Augenmerk gewidmet. Die seit 1948 gebauten Kindergärten können mit vollem Recht als Modellanlagen bezeichnet werden, die vielfach dem Ausland als Muster dienen. Der finanzielle Aufwand für das Kindergartenwesen ist besonders groß. Im Jahre 1954 sind hierfür mehr als 43 Millionen Schilling veranschlagt gegen 37 Millionen im Jahre 1953. Allein für Neubauten und Adaptierungen sind 7,7 Millionen Schilling angesetzt gegenüber 3,5 Millionen Schilling im Jahre 1953. In den städtischen Kindergärten und Horten werden 1.357 Angestellte beschäftigt; der Personalaufwand wird im kommenden Jahr 31 Millionen Schilling übersteigen.

Die städtischen Kindergärten und Horte werden gegenwärtig von rund 14.000 Kindern besucht. Ein großer Teil dieser Kinder kommt aus Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind und demnach über ein größeres Einkommen verfügen. Es entspricht dem Grundsatz, wonach jeder entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen angemessenen Teil zu den Lasten der Stadtverwaltung beitragen soll, daß Eltern mit **einem** höheren Einkommen auch höhere Beiträge für den Aufwand der Kindergärten leisten müssen. Von diesem Grundsatz geleitet hat der Wiener Stadtsenat heute eine Staffelung der Besuchsgelder in den Säuglings- und Kleinkinderkrippen, in denen die Kinder bis zu zwei Jahren ganztägig betreut werden sowie in den Kindergärten und Horten beschlossen, die bei einem monatlichen Nettoeinkommen der Eltern bis 1500 Schilling die jetzt

bestehenden Gebühren unverändert läßt. In den Säuglings- und Kleinkinderkrippen werden bei einem Nettoeinkommen von 1500 Schilling bis 2000 Schilling 35, bei 2000 bis 2500 Schilling 45 Schilling, bei 2500 bis 3000 Schilling 55 und bei einem monatlichen Nettoeinkommen der Eltern von mehr als 3000 Schilling werden 70 Schilling wöchentlich eingehoben werden. In den Kindergärten und Horten, in denen sich Kinder von 2 bis 14 Jahren befinden, betragen bei den gleichen Gehaltsstufen die Besuchsgelder 9, 12, 15 und 20 Schilling wöchentlich.

Der wöchentliche Beitrag für die Ausspeisung, die wesentlich verbessert werden wird, wurde mit 13 Schilling festgesetzt, deckt aber keineswegs die Eigenkosten. Unverändert bleibt der Wäschebeitrag von 50 Groschen wöchentlich für jedes Kind.

Diese Bemessungsgrundlagen gelten in dieser Höhe für Familien mit einem Kind. Für jedes weitere unversorgte Kind vermindert sich die Grundlage für die Berechnung der Gebühr um 300 Schilling.

Ein Ehepaar mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3000 Schilling und zwei Kindern, von denen eines den Kindergarten besucht, wird also nach dieser Regelung wöchentlich als Besuchsgeld und für die Ausspeisung insgesamt 25.50 Schilling gegenüber früher 16.50 Schilling zu zahlen haben.

Einer Familie, die drei Kinder der Gemeinde zur Betreuung übergibt, von denen eines in der Säuglingskrippe ist, eines den Kindergarten und eines den Hort besucht und die ein monatliches Nettoeinkommen von 2600 Schilling hat, wird durch diese Neuregelung eine wöchentliche Mehrausgabe von 17 Schilling erwachsen.

Das Jugendamt hat festgestellt, daß rund 60 Prozent aller Eltern, deren Kinder die städtischen Kindergärten und Horte besuchen, nach der neuen Bemessungsgrundlage von der Erhöhung der Gebühren nicht betroffen werden, während rund 20 Prozent, die in die Einkommenstufe von 1500 bis 2000 Schilling fallen, nur eine geringfügige Mehrleistung zu erbringen haben. Es werden demnach nur jene Eltern, die über ein größeres Einkommen verfügen, auch einen höheren Betrag für die Erhaltung und den Ausbau der Kindergärten zu leisten haben. So wie

bisher ist auch bei dieser Neuregelung bei sozialer Bedürftigkeit die Herabsetzung der neuen Gebühren bis auf einen Schilling vorgesehen.

Die neuen Gebühren werden am Montag dem Gemeinderat zur Annahme unterbreitet. Ihr Wirksamkeitsbeginn wurde mit 2. Jänner 1954 bestimmt.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 9. Dezember 1953

Blatt 2074

## Jetzt auch in Wien:

### Radar im Dienste der Medizin

=====

9. Dezember (RK) Als erstes Krankenhaus in Österreich hat das Wilhelminenspital vor einigen Tagen mit der praktischen Erprobung eines neuen Mikrowellengerätes begonnen. Die guten Heilerfolge, die durch Ultrakurzwellen-Therapie bei einer Reihe von Krankheiten erzielt werden, sind allgemein bekannt. Die neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiete der physikalischen Medizin führten zur Anwendung immer kürzerer Wellen, denn es hat sich gezeigt, daß die Durchwärmung der verschiedenen Gewebeschichten mit unterschiedlichem Aufbau um so gleichmäßiger ist, je kürzer die verwendeten Wellen sind. Kürzere Wellen verhindern nämlich eine thermische Überlastung der mehr fetthaltigen Gewebeschichten bei gleichzeitig zureichender Durchwärmung der stark wasserhältigen Gewebepartien. Von dieser Erkenntnis war zur Nutzbarmachung der Radartechnik nur ein kleiner Schritt. In den USA und in Deutschland hat die Elektrotechnik bereits verläßlich arbeitende Mikrowellen-Generatoren entwickelt. Nun ist es möglich, auch bei uns, nachdem von den Besatzungsbehörden gewisse Bestimmungen aufgehoben wurden, die Radartechnik in den Dienst der Medizin zu stellen. Im Ausland werden diese Apparate vor allem zur Behandlung gewisser Formen von Gelenkentzündungen, Neuralgie und Zirkulationsstörungen mit Erfolg verwendet.

Neue Förderungsbeiträge der Stadt Wien  
=====

9. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl beantragte gestern in der Sitzung der Wiener Landesregierung Förderungsbeiträge von zusammen 5.000 Schilling aus dem Kultur Groschen an drei Vereinigungen. Es erhalten die Gemeinschaft der bildenden Künstler für ihre Ausstellungen 3.000 Schilling, die Gesellschaft für zeitgenössische Graphik für eine Jahresmappe 1.000 Schilling und der Österreichische Esperantistenverband für seine volksbildnerische Tätigkeit 1.000 Schilling.

August Neilreich zum Gedenken  
=====

9. Dezember (RK) Auf den 12. Dezember fällt der 150. Geburtstag des hervorragenden Botanikers August Neilreich.

Ein gebürtiger Wiener, erhielt er eine sorgfältige Erziehung, studierte Philosophie und Jurisprudenz und trat in den gerichtlichen Dienst. In verschiedenen Funktionen erwarb er sich eine umfassende Kenntnis der Gesetze und Gerichtspraxis, so daß ihm wichtige legislative Aufgaben übertragen wurden, er mußte aber aus gesundheitlichen Rücksichten die Beamtenlaufbahn aufgeben und vorzeitig in den Ruhestand treten. Neben seinem Amtsgeschäften **hatte er sich schon seit Jahren** mit der Pflanzenkunde Österreichs befaßt und konnte sich ihr jetzt mit ganzer Kraft widmen. Das Ergebnis einer 15jährigen Forschungstätigkeit waren die beiden Werke "Die Flora Wiens" und "Die Flora Niederösterreichs", die von Fachkreisen des In- und Auslandes als epochemachend bezeichnet wurden. Dazu kommen zahlreiche botanisch-historische und kritische Abhandlungen über Geschlechter und Arten der Pflanzen, die teils selbständig, teils in Fachzeitschriften erschienen sind. Dr. August Neilreich, der Mitglied der österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Leopoldinisch-Karolinischen Akademie der Naturforscher sowie verschiedener bedeutender wissenschaftlicher Vereinigungen war, ist am 1. Juni 1871 gestorben und wurde auf dem Friedhof in Liesing begraben.

### Brände durch heiße Asche

=====

9. Dezember (RK) Es mehren sich die Fälle, daß durch glühende Asche in Müllsammelwagen Brände entstehen. Die Bevölkerung wird daher eindringlich gebeten, nur erkaltete Heizrückstände in die Coloniakübel zu leeren. Es wird auch auf die Kundmachung des Wiener Magistrates über die Hauskehrichtabfuhr in Wien verwiesen.

### Ein Jahr "Forschungsstelle für Wohnen und Bauen"

=====

9. Dezember (RK) Heute vormittag wurden im Rahmen einer Pressekonferenz im Wiener Rathaus die ersten Berichte der knapp vor einem Jahr im Stadtbauamt errichteten "Forschungsstelle für Wohnen und Bauen" der Öffentlichkeit vorgelegt. Stadtrat Thaller, der in Begleitung von Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Gundacker der Pressekonferenz beiwohnte, benützte die Gelegenheit, um über die Absichten, die zur Gründung dieses Institutes führten, zu sprechen. Er verwies darauf, daß das ökonomische Bauen heute nicht nur eine schwierige bautechnische und bauwirtschaftliche Aufgabe ist. Mit dem Bauen sind äußerst ernste soziale, kulturelle, bevölkerungspolitische, allgemein wirtschaftliche, lebensmäßige und künstlerische Probleme und Forderungen verbunden. Die Wiener Gemeindeverwaltung, als größter Bauherr der Stadt, mit einem Wohnbauprogramm von mehr als 7.000 Wohnungen in diesem und auch dem nächsten Jahr, mit ihren Schul- und Kindergartebauten sowie den vielen anderen Bauaufgaben hat sich eine Institution geschaffen, die - unabhängig von den Tagesnöten - sich mit der Klärung der damit verbundenen Probleme, Forderungen und Schwierigkeiten befaßt, um diese Nöte aufs beste lösen zu können.

Die Tätigkeit der Forschungsstelle erstreckt sich daher vor allem auf Untersuchungen und Zusammenstellung von Ermittlungen und Herausstellung von eigenen und fremden Forschungsergebnissen, auf praktische Versuche, auf Zusammenarbeit mit ähnlichen Institutionen des In- und Auslandes und schließlich

auf Sammlung von Planmaterial und der einschlägigen Literatur des In- und Auslandes.

Wie Stadtrat Thaller weiter ausführte, arbeitet die Forschungsstelle völlig unabhängig und frei. In der kurzen Zeit ihrer Wirksamkeit hat sie Verbindungen bekommen nicht nur zu allen anderen Stellen in Österreich, die mit dem Bauen verantwortlich befaßt sind, sie steht auch in enger Fühlung mit ähnlichen Einrichtungen im Ausland. Das Aufgabengebiet ist sehr umfassend. Neben Fragen, die im Augenblick als brennend bezeichnet werden, beschäftigt sich die Forschungsstelle mit umfassenden Untersuchungen zur prinzipiellen Klärung und Darstellung von Fragen, die die Fachwelt ganz allgemein beschäftigen.

Den Bericht über die bis jetzt geleistete Arbeit des neuen Institutes gab dann dessen Leiter Prof. Franz Schuster. Es liegt bereits eine Fülle von fachlichen Arbeiten und Studien vor, die größtenteils auch schon die volle Anerkennung im praktischen Bauwesen gefunden haben. Auf bauwirtschaftlichem Gebiet wurde z.B. eine umfangreiche Arbeit über den Bauindex der Nachkriegsjahre, über die örtliche Bauleitung und ihre betriebswirtschaftliche Funktion geschaffen. Die Forschungsstelle befaßte sich weiter mit Dachstuhlkonstruktionen, mit dem Schnellbauprogramm der Stadt Wien, mit der Rentabilitätsberechnung von Aufzügen, mit Fußbodenbelägen und darüber hinaus auch mit der Frage der neuzeitlichen Wohnungseinrichtung.

Die Forschungsstelle hat in vielen Fällen auch außenstehenden Fachkreisen beratende Hilfe geboten und sehr oft auch Gutachten über Planungen, Bauweisen und sonstige Baufragen gegeben. Prof. Schuster konnte mit Genugtuung hervorheben, daß es gelungen ist, in der österreichischen Fachwelt für die Arbeit der Forschungsstelle Interesse zu wecken. Die periodischen Ausstellungen, die in den Räumen der Forschungsstelle im Rathaus veranstaltet werden, finden gleichfalls in Fachkreisen große Beachtung.

Nach den mit großem Interesse verfolgten Ausführungen des Prof. Schuster wurden in einer Diskussion, an der sich auch Stadtrat Thaller und Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker beteiligten, einige Anfragen über die Tätigkeit der Forschungsstelle beantwortet.

Eine freudige Bilanz:

Heuer gab es 930 Goldene Hochzeitspaare  
=====

9. Dez. (RK) Gestern und heute fanden im Stadtsenats-sitzungssaal des Wiener Rathauses wieder Ehrungen von Goldenen Hochzeitspaaren statt; morgen, Donnerstag, werden noch 70 Jubelpaare aus den Bezirken 16 bis 22 erwartet. Unter den 193 Paaren, die zu den drei letzten Feiern des Jahres ins Rathaus eingeladen wurden, sind gleich acht Diamantene Hochzeiter. Josef und Veronika Findeis aus Meidling, feierten bereits das seltene Fest des Eisernen Hochzeitstages. Das greise Paar hat zugesagt, in zweieinhalb Jahren am Tag seiner Steinernen Hochzeit wieder ins Rathaus zu kommen.

Die Ehejubilare wurden von Bürgermeister Jonas, den beiden Vizebürgermeistern Honay und Weinberger sowie den Mitgliedern des Stadtsenates und den Bezirksvorstehern zu ihrem Jubelfest beglückwünscht. Der Bürgermeister gab in seiner Gratulationsansprache der Freude darüber Ausdruck, daß von Jahr zu Jahr immer mehr Wiener Eheleute das Goldene Hochzeitsfest erleben. Wenn sich das Durchschnittsalter in den letzten vierzig Jahren bei den männlichen Wienern um 14, bei den Wienerinnen sogar um 15 Jahre erhöhte, sagter der Bürgermeister, dann erblickten wir mit Recht die Ursache in den günstigeren Lebensbedingungen. Wir verdanken es nicht nur dem Fortschritt in der Medizin und der Sozialpolitik, sondern auch dem Umstand, daß die Lebensweise der Wiener vernünftiger geworden ist. Im Jahre 1910 erlebten nur 80 Wiener Ehepaare den Goldenen Hochzeitstag. Im vergangenen Jahr waren es 806 und heuer sogar 930 Wiener Ehepaare, die den fünfzigjährigen Bestand ihrer Ehe feierten. Die Stadtverwaltung bringt mit der Ehrung der Jubelpaare ihre innige Verbundenheit mit dieser Generation zum Ausdruck, erklärte Bürgermeister Jonas. Ihr Lebensmut und ihre Arbeit waren es, die der Stadt über die schwerste Zeit in und nach den beiden Weltkriegern hinweggeholfen haben.

Bürgermeister Jonas überreichte den Paaren zur Erinnerung an ihren Jubeltag ein Diplom der Stadt Wien und wünschte allen Gesundheit und viele zufriedene Jahre im Kreise ihrer Familien.

Brauhaus und Wök im Aufbau  
=====

9. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger besuchte heute das Brauhaus der Stadt Wien in Rannersdorf, um sich von dem Fortschritt der vor einiger Zeit in Angriff genommenen Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen zu überzeugen. In erster Linie wäre hierbei der Umbau der Flaschenabfüllerei und der Mälzerei zu erwähnen. Beim Umbau der Flaschenabfüllerei ist es gelungen, eine prinzipiell neuartige Lösung des gesamten Arbeitsvorganges, der nach modernsten hygienischen Gesichtspunkten gegliedert ist, zu finden. Selbstverständlich wird bei dieser Gelegenheit auch der gesamte einschlägige Maschinenpark nach den letzten technischen Erkenntnissen erneuert. Diese Arbeiten werden voraussichtlich bis Ostern nächsten Jahres abgeschlossen sein. Dem Umbau der Mälzerei wird eine auch in Fachkreisen vollkommen neue Konstruktion zugrundegelegt.

Einen wichtigen Teil des Rationalisierungsprogrammes bildet die bereits teilweise abgeschlossene Umstellung der Energiewirtschaft des Brauhauses der Stadt Wien. Das Kesselhaus erhält eine Mehrzweckheizung nach dem Heißwasserprinzip. Hiedurch wird es möglich, die verschiedenartigsten Brennstoffe, wie Erdgas, Schweröl, Koksgrüß und Braunkohle zu verwenden. Dies bedeutet insofern einen Vorteil, als auch solche Brennstoffe, die wegen ihrer minderen Qualität für andere Heizungen nicht in Frage kommen, noch mit einem guten Wirkungsgrad Verwendung finden können. Es kann jedenfalls schon jetzt gesagt werden, daß das Brauhaus der Stadt Wien nach Durchführung aller geplanten Neuerungen eines der modernsten Brauhäuser darstellen wird.

Anschließend an den Besuch des Brauhauses besichtigte Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Wök-Filialen Schönbrunner Straße, Mariahilfer Straße, Döblinger Hauptstraße, Währinger Gürtel, Wächtergasse und Schottengasse. Er konnte auch hier feststellen, daß sich die Leitung der Wök durch Renovierungen der Gaststättenräume und durch Verbesserungen der sonstigen betrieblichen Einrichtungen bemüht, die für den Gast interes-

santen Leistungen zu verbessern und die Arbeit des Personals zu erleichtern. In letzterer Hinsicht ist besonders der Umbau einiger Küchen auf Gasheizung sowie deren Ausstattung mit elektrischen Kühlanlagen hervorzuheben.

Die im Brauhaus der Stadt Wien und in den Wöcküchen in Durchführung befindlichen Modernisierungs- und Rationalisierungsarbeiten stellen nicht zuletzt auch einen wertvollen Beitrag zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt Wien dar.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSSTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 10. Dezember 1953

Blatt 2081

## Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

10. Dezember (RK) Montag, den 14. Dezember, um 10 Uhr vormittag, tritt der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen drei kleinere Gesetze. Es handelt sich um Änderungen der Gesetze über die Einhebung der Ausgleichsabgaben auf Lebendvieh und auf frisches Fleisch, sowie um eine Ausdehnung des Geltungsbereiches des Gesetzes über die Räumung von Unratanlagen und die Einhebung der Räumungsgebühren. Referent ist der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen, Resch.

Im Anschluß daran tagt der Wiener Gemeinderat. Stadtrat Resch wird über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1954 referieren. Die Budgetverhandlungen werden voraussichtlich bis Samstag, den 19. Dezember, dauern. Die Sitzungen werden jeweils um 9 Uhr früh beginnen.

## Schulmädchen fabrizieren Wolldecken

10. Dezember (RK) Sämtliche Wiener Haupt- und Sonderschulen haben sich dem Roten Kreuz zur Schaffung eines Katastrophenfonds an wollenen Decken zur Verfügung gestellt. Bunte Strickwollreste, die in fast jedem Haushalt zu finden sind, wurden gesammelt. Daraus werden von den Mädchen Quadrate 20mal 20 cm gestrickt, von denen je 60 Stück zu einer Bettdecke im Ausmaß von 200mal 120 cm, zusammengenäht werden. Seit Schulanfang wurden bereits 120 solcher Decken angefertigt

doch soll die Aktion während des ganzen Schuljahres fortgeführt werden. Die Mädchen steckten mit ihrem Eifer die ganze weibliche Verwandtschaft an, sogar die Buben wollten als Klassenkollegen nicht zurückstehen und sammelten im Bekanntenkreis Wollsträhnchen und Knäuel.

Die Decken sind nicht nur warm, sondern auch hübsch. Sie können, falls sie in den Katastrophengebieten ausgeteilt werden, Zeugnis ablegen für den Geschmack der Wiener Schulfrauen, aber auch für das goldene Wiener Herz.

#### Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag

10. Dezember (RK) Am Silbernen Sonntag, dem 13. Dezember, und am Goldenen Sonntag, dem 20. Dezember, werden in der Zeit von 8.30 bis 19 Uhr folgende Autobus-Taglinien betrieben:

Linie 4, Westbahnhof - Stephansplatz - Praterstern;  
Linie 5, Stephansplatz - Floridsdorf Am Spitz; Linie 7, Südtiroler Platz - Stephansplatz - Franz Josefs-Bahnhof; Linie 8, Hernalser Gürtel - Stephansplatz - Sechskrügelgasse (Rochuskirche).

#### Pferdemarkt vom 8. Dezember

10. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 294 Pferde, davon 27 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 257, als Nutztiere 8 verkauft. Unverkauft blieben 29 Pferde. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 10, Niederösterreich 140, Burgenland 38, Oberösterreich 88, Steiermark 15, Salzburg 1, Tirol 1, Vorarlberg 1.

#### Ferkelmarkt vom 9. Dezember

10. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 100 Ferkel, verkauft wurden 94. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 217 S, 7 Wochen 246 S, 8 Wochen 286 S, 10 Wochen 358 S. Der Marktbetrieb war rege.

10. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2083

Bitte vormerken!

Geehrte Redaktion!  
=====

Das Kuratorium der "Dr. Karl Renner-Stiftung" hat nunmehr die Auswahl der Preisträger für 1953 getroffen. Die Namen der ausgezeichneten Personen und Personengemeinschaften werden Samstag, den 12. Dezember, um 11 Uhr vormittag, vom Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung Hans Mandl der Presse mitgeteilt.

Sie werden eingeladen, an dieser Pressekonferenz im Sitzungssaal des Büros von Stadtrat Mandl, Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, teilzunehmen.

Daehgleiche in Dornbach  
=====Erfolgreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinde Wien

10. Dezember (RK) Ende Mai wurde in der Promenadegasse in Dornbach auf einem 14.000 Quadratmeter großen Grundstück, das früher zum Park des Kuffner-Palais gehörte, mit dem Bau einer städtischen Wohnhausanlage mit 96 Wohnungen begonnen. Nur etwa ein Zehntel des Grundstückes wurde verbaut. Die freigebliebenen Flächen werden später zu einer Gartenanlage mit Kinderspielplätzen ausgebaut.

Gestern sprach Stadtrat Thaller bei der Daehgleichenfeier in der Promenadegasse zu den versammelten Bauarbeitern über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinde Wien. Diesem Programm ist es zu danken, daß die Bauarbeiter in Wien nicht mehr um ihre Arbeitsplätze besorgt sein brauchen. Früher war es so, daß in der Regel jedes Gleichenfest mit der Entlassung vieler Bauarbeiter verbunden war. Leider steht die Gemeinde Wien mit ihren Bemühungen um eine möglichst große Beschäftigung in den Wintermonaten vereinzelt da. Stadtrat Thaller verwies auf die Arbeitslosenentwicklung in den übrigen Bundesländern in den Monaten August bis Oktober. Mit Ausnahme von Wien ist die Zahl der Arbeitslosen in dieser Zeitspanne überall gestiegen; in Niederösterreich um 10.5 Prozent, in der Steiermark um 16.2 Prozent, in Kärnten um 23.8 Prozent, in Salzburg um 29.2 Prozent und in Tirol sogar um 32.8 Prozent. In Wien dagegen hat in den Monaten August bis Oktober die Zahl der Arbeitslosen um 5 Prozent abgenommen.

Stadtrat Thaller erklärte, daß die Gemeinde Wien auch im kommenden Jahr ihre erfolgreiche Politik fortsetzen werde. Im Zusammenhang beschäftigte er sich auch mit den Bemühungen um die Senkung der Baukosten. Der Magistratsabteilung 24, ihrem Leiter Senaterat Dr. Dipl. Ing. Pecht, und der beim Wiener Stadtbauamt vor einem Jahr errichteten Forschungsstelle für Wohnen und Bauen sprach er für ihre auf diesem Gebiet geleisteten Arbeiten seinen Dank aus. Zugleich gab er seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß auf einigen städtischen Baustellen die Unternehmer und die Bauarbeiter durch ihre Leistungen bereits bewiesen haben, daß sie gewillt sind, auf die Intentionen der Gemeinde Wien einzugehen.

Erhöhung der Kredithilfe für die Umschaltung von Motoren  
und Aufzügen

10. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat über Antrag von Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Wiener Elektrizitätswerke ermächtigt, den zur Finanzierung der Umschaltung von Motoren und Aufzügen anlässlich der Netzumschaltung zur Verfügung stehenden Kreditbetrag von zwei auf vier Millionen Schilling zu erhöhen.

Diese Kredithilfe, deren Höchstbetrag im Einzelfall von 30.000 Schilling auf 70.000 Schilling erhöht wurde, hat sich bei der Durchführung der Netzumschaltung bestens bewährt; dadurch wird den Stromabnehmern die Möglichkeit gegeben, die Umschaltung von Betrieben und Aufzügen unter tragbaren Bedingungen durchzuführen. Das rege Interesse vieler Betriebe und Hausinhabungen an dieser Aktion ist auch daran ersichtlich, das bisher Kredite in der Höhe von rund 6,5 Millionen Schilling in Anspruch genommen wurden. Davon wurde ein beträchtlicher Teil bereits wieder zurückgezahlt.

Der bisherige Kreditbetrag reichte schon deshalb nicht mehr aus, weil in Zukunft immer schwierigere Fälle umgeschaltet werden, je mehr sich die Wiener Elektrizitätswerke bei der Netzumschaltung von den Randgebieten dem inneren Kern des Gleichstromgebietes nähern. Auch das Tempo der Umschaltung ist ständig im Steigen.

Praktische staatsbürgerliche Erziehung

10. Dezember (RK) Die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer und Absolventen der Musiklehranstalten der Stadt Wien wohnten Mittwoch der Budgetdebatte im Parlament bei, in der Fragen des Unterrichtes, der Lehrerschaft und solche allgemein kultureller Natur behandelt wurden.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 14. bis 20. Dezember  
 =====

10. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 14. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.30	Mozartgemeinde Wien: Mozartkonzert mit den Wiener Philharmonikern; Friedrich Gulda (Klavier); Dirigent Clemens Krauss
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 4. Abends im Zyklus "Meisterwerke der Kammermusik" der GdM.; Musikvereinsquartett
Dienstag 15. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Österreichisch-amerikanisches Wohltätigkeitskonzert (N.Ö. Tonkünstler-Orchester, Dirigent Prof. William Strickland)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Abend im Zyklus "Meisterwerke der Kammermusik"; Musikvereinsquartett
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus II der Wr.KHG. (Wiener Symphoniker, Dirigent Fritz Lehmann)
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Opernfragmentabend der Klasse Kammer Sänger Prof. Hans Duhan; Einstudierung und Begleitung Prof. Hermann Nordberg
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Klassenabend der Violinklasse Lily Weiss
Mittwoch 16. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus II der Wr.KHG. (Wiener Symphoniker, Dirigent Fritz Lehmann)
	Urania Großer Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Aufführung des Singspiels "Ein Elefant geteilt durchs sechs" (für Schüler)

Donnerstag 17. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Franz Litschauer)
	Gr.M.V.Saal 20.00	Verband der Kriegsblinden Öster- reichs: Beethoven-Konzertakademie; Wr. Philharmoniker; Dirigent Clemens Krauss
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 4.Konzert im Zyklus II "Klassische Musik"; Wiener Symphoniker, Arthur Grumiaux (Violine); Dirigent Fritz Lehmann
	Musikakademie Vortragssaal 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Vortragsabend der Gesangsklasse Prof. Elisabeth Rado; musikalische Leitung Prof. Dr. Erik Werba
Freitag 18. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Franz Litschauer)
Samstag 19. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Franz Litschauer)
	Gr.M.V.Saal 15.00	Sendergruppe Rot-Weiß-Rot: Öffentl. Rundfunkkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Dr. Volkmar Andreae)
	Schubertsaal (KH)	Schülerkonzert Friedrich Maschner 19.00

#### Rinderneohmarkt vom 10. Dezember

=====

10. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 14 Ochsen,  
3 Kühe, Summe 17. Neuzufuhren: 5 Ochsen, 2 Stiere, 22 Kühe,  
Summe 29. Gesamtauftrieb: 19 Ochsen, 2 Stiere, 25 Kühe, Summe 46.  
Verkauft wurden: 3 Ochsen, 2 Stiere, 19 Kühe, Summe 24. Unver-  
kauft blieben: 16 Ochsen, 6 Kühe, Summe 22.

#### Schweinenachmarkt vom 10. Dezember

=====

10. Dezember (RK) Keine Zufuhren. Kontumazanlage: 22 Stück  
Fleischschweine.

#### Weidner Markt vom 10. Dezember

=====

10. Dezember (RK) 9½ Schweine 17.- bis 17.30 S, 2 Kälber  
15.50 S.

"Mißverstehen wir uns richtig"  
=====

10. Dezember (RK) Für die am Freitag, dem 11. Dezember, um 20.30 Uhr im Wiener Werkel, 3., Landstraßer Hauptstraße 97, stattfindende geschlossene Vorstellung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mit den international bekannten "Kabarettischen" "Mißverstehen wir uns richtig" sind noch restliche Karten in allen Preislagen an der Kasse des Theaters erhältlich.

Ein ungetreuer Beamter verhaftet  
=====Gemeindewohnungen sind nicht käuflich!

10. Dezember (RK) Auf Veranlassung des Amtsführenden Stadtrates für das Wohnungswesen Koci wurde heute die Anzeige gegen Oberamtsrat Adalbert Halama erstattet, welcher früher dem Wohnungsamt zugeteilt war. Es besteht gegen ihn der dringende Verdacht, daß er unter der Vorspiegelung, Gemeindewohnungen verschaffen zu können, Geld angenommen hat. Selbstverständlich hatte er keine Möglichkeit sein Versprechen zu verwirklichen. Oberamtsrat Halama wurde heute nachmittag der Polizei übergeben und in Haft genommen.

Das ungetreue Verhalten dieses Beamten ist nur möglich gewesen, weil es immer wieder noch Leichtgläubige gibt, die glauben, daß man durch Bestechung in den Besitz einer Gemeindewohnung gelangen kann. Auch der erst in jüngster Zeit bekannt gewordene Fall der Wohnungsschwindler in Währing hat gezeigt, daß die Wohnungssuchenden auf derartige unsinnige Versprechungen hereinfallen. In keinem einzigen Fall ist es solchen Betrügern möglich gewesen, tatsächlich eine Gemeindewohnung zu vermitteln. Die Bevölkerung wird daher aufgerufen, daß sie jeden derartigen Fall, der ihr bekannt werden sollte, sofort anzeigt. Nur so wird es möglich sein, skrupellosen Betrügern das Handwerk zu legen, deren Treiben nicht nur die bedauerndsten Wohnungssuchenden um ihr Geld prellt, sondern auch das Ansehen der Stadtverwaltung schädigt.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 11./Dezember 1953

Blatt 2090

## Wintersport-Unfalldienst für 1953/54

=====

11. Dezember (RK) Die seit über 20 Jahren bestehende Arbeitsgemeinschaft des Wintersport-Unfalldienstes (WUD) hat sich neuerlich für die kommende Schisportsaison konstituiert. Sie besteht derzeit aus dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem Österreichischen Bergrettungsdienst für Wien und Niederösterreich und dem Wiener Landesverband "Rotes Kreuz". Die bisher beteiligte Hietzinger freiwillige Rettungsgesellschaft ist im Roten Kreuz aufgegangen.

Bei der gemeinsamen Sitzung wurde der bisherige Vorsitzende Hudec wieder gewählt. Aus seinem Bericht über die Hilfoleistungen im Winter 1952/53 war zu entnehmen, daß in 1.090 Fällen Erste Hilfe geleistet werden mußte, obwohl sich die Wintersportunfälle infolge disziplinierteren Verhaltens der Sportler erfreulicherweise verminderten. 161 Verletzte wurden abtransportiert und dem Rettungsdienst übergeben.

An den 34 WUD-Hilfsstellen standen an 18 Einsatztagen 78 Ärzte, 220 Helferinnen und 821 Helfer, bzw. Rettungsmänner in freiwilligem Hilfsdienst. Unterstützt wurde die WUD-Gemeinschaft durch einen Patrouillendienst der Wiener Sicherheitswache. Besonders dankenswert war auch die Mithilfe der Rundfunkstationen, die jeweils kostenlos die Helfer an Einsatztagen zum Dienst aufgerufen haben.

Bei der konstituierenden Sitzung wurde allen Mitarbeitern für ihre uneigennützigte Hilfe der Dank ausgesprochen.

Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung hat über Vorschlag des Wiener Sportbeirates der Arbeitsgemeinschaft auch für die Saison 1953/54 eine Subvention bewilligt.

## Die Häuser-, Wohnungs- und Volkszählung in Wien

11. Dezember (RK) In einem soeben erschienenen Sonderheft des Statistischen Amtes der Stadt Wien über die Häuser-, Wohnungs- und Volkszählung in Wien vom 1. Juni 1951 sind die Zählungsergebnisse auch für den Nichtstatistiker "mundgerecht" gemacht worden. Wilhelm Horak berichtet darüber im "Amtsblatt der Stadt Wien":

### Das Haus wird kleiner

Die Zahl der bewohnbaren Häuser Wiens hat im alten Stadtgebiet gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg um 55 Prozent zugenommen und war im Jahre 1951 trotz der vollständigen Zerstörung von rund 6000 Häusern im zweiten Weltkrieg bereits wieder höher als 1934. Diese Zunahme geht in erster Linie auf den Bau von Eigenheimen und Siedlungshäusern sowie auf die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien zurück.

Die Zahl der Einfamilienhäuser im Jahre 1951 ist viermal so groß wie 1910. Mehr als die Hälfte der Wiener Häuser sind Eigenheime und nur ein Drittel der Häuser Wiens ist höher als ein Stockwerk. 43 Prozent der Wiener Häuser sind erst nach 1918 erbaut oder vollständig umgebaut worden.

### Die Wohnungsnot

Bei Kriegsende waren in Wien rund 87.000 Wohnungen zerstört oder unbenützlich geworden, das ist fast der gesamte Wohnungsbestand von Linz, Salzburg, Innsbruck und Bregenz zusammen. Bis zum Ende des Jahres 1952 wurden rund 70 Prozent dieses Verlustes wieder aufgeholt. Trotzdem ist die Wohnungsnot noch sehr groß, zum Teil auch deshalb, weil die Wiener Wohnungen im Durchschnitt zu klein sind: 70,7 Prozent aller Wohnungen sind Kleinwohnungen. Sie sind vor allem die Wohntype der Arbeiterbezirke: im 10., 16. und 20. Bezirk beträgt ihr Anteil mehr als 85 Prozent. In den kleinen Wohnungen leben die Menschen gedrängter beisammen: Die Wohnungen mit nur einem Wohnraum sind im Durchschnitt mit mehr als zwei Personen belegt, in diesen Wohnungen müssen jedoch mehr als ein Drittel der

Bevölkerung leben. Unterbelag von weniger als einer Person pro Zimmer tritt in Wien nur in der durchschnittlichen Wohndichte der Großwohnungen auf, in denen jedoch nur 7 Prozent der Bevölkerung wohnen. Die Hälfte aller Wohnungen befindet sich in Häusern, die vor 1900 erbaut wurden. Nur 13.7 Prozent der Wiener Wohnungen besitzen ein Badezimmer, bei 60.1 Prozent der Wohnungen ist der Abort und bei 49.2 Prozent die Wasserleitung außerhalb der Wohnung.

Auf 100 Wohnungen kamen im Jahre 1910 101, 1934 105 und 1951 110 Haushalte. Ungleich häufiger als früher tritt also jetzt der Fall ein, daß die Angehörigen von zwei Haushaltungen in einer Wohnung zusammenwohnen müssen.

#### Wien 1951 = Wien 1898

Wien hatte im Jahre 1951 auf seinem alten Stadtgebiet nur mehr so viele Einwohner wie im Jahre 1898. Aus den Sterbetafeln ist ersichtlich, daß die mittlere Lebensdauer eines Wieners jetzt 62.0 Jahre, einer Wienerin 67.8 Jahre beträgt, das ist eine Steigerung um 19.1 und 20.4 Jahre gegenüber der Zeit vor Beginn des ersten Weltkrieges. Geburtenrückgang und Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer führten zur Überalterung. 1951 gab es verhältnismäßig dreimal soviel Personen über 65 Jahre und doppelt soviel Verwitwete als 1910; auf einen Pensionisten, Rentner usw. kommen nur 3 Berufstätige, 1910 waren es noch 14.

Auch der Frauenüberschuß ist zum Großteil eine Folge der Überalterung, da die Frauen von der Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer mehr "profitierten".

Die Anteile der Verheirateten sind in allen Altersstufen gestiegen; so waren z.B. von den 20- bis unter 30jährigen Männern im Jahre 1910 19.9 Prozent, 1951 39.3 Prozent verheiratet, bei den Frauen stieg dieser Prozentsatz von 33.0 auf 51.8.

Infolge des Rückganges der Zuwanderung gibt es jetzt viel mehr gebürtige Wiener als früher. Fast zwei Drittel der Einwohner sind in Wien geboren, vor dem ersten Weltkrieg war dies nur bei knapp der Hälfte der Fall.

Die Betrachtung der konfessionellen Zugehörigkeit gibt die Bilanz der Judenverfolgungen des Nationalsozialismus. Etwa 170.000 Wiener Juden sind ausgewandert, verschleppt worden oder

zugrunde gegangen. Bis zum Zeitpunkt der Volkszählung sind bloß 2.4 Prozent dieser Zahl zurückgekehrt.

### Die Wiener im Berufsleben

Nicht ganz die Hälfte der Einwohner ist berufstätig, die übrigen sind noch nicht oder nicht mehr berufstätig oder sind erhaltene Angehörige. Während unter der männlichen Bevölkerung zwei Drittel einem Beruf nachgehen, ist dies beim weiblichen Teil bloß bei einem Drittel der Fall. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat der Anteil der Frauen besonders in den Berufen der Industrie und des Gewerbes, im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen zugenommen. Es gibt heute bereits weibliche Dachdecker, Rauchfangkehrer, Tierärzte und Richter. Im Jahre 1934 waren noch 25 Prozent der berufstätigen Frauen im häuslichen Dienst beschäftigt, 1951 nur noch 5.9 Prozent.

Die Altersgliederung der Berufstätigen zeigt große Verschiedenheiten in Hinblick auf die Stellung im Beruf. Das mittlere Alter der Selbständigen liegt mit 51.5 Jahren 12 Jahre über dem der Arbeiter. Mehr als ein Viertel aller Selbständigen hat bereits das 60. Lebensjahr vollendet.

### Verkleinerte Haushalte

Während die Bevölkerungszahl Wiens seit 1910 um 23 Prozent gesunken ist, hat sich die Zahl der Haushalte seit diesem Jahr um 35 Prozent erhöht. Knapp ein Viertel (24.0 Prozent) der Haushalte besteht nur aus einer Person, fast ein Zehntel der Bevölkerung (9.9 Prozent) ist alleinstehend. Die Hauptursache hierfür, die Überalterung, und der Geburtenrückgang beeinflussen auch die Zusammensetzung der Familienhaushalte. In fast zwei Dritteln (65.2 Prozent) dieser Haushalte befinden sich keine unversorgten Kinder unter 14 Jahren. Nur in jeder 40. Familie gibt es noch drei oder mehr Kinder.

Frohe Weihnachten im Lehenhof  
=====

11. Dezember (RK) Unter den vielen Kindern, die das Jugendamt der Stadt Wien betreut, sind auch ständig solche von Arbeitslosen, die eine besondere Fürsorge benötigen. Vizebürgermeister Honay als Stadtrat für das Wohlfahrtswesen hat nun verfügt, daß siebzig solcher erholungsbedürftiger Buben und Mädeln am 14. Dezember in das Erholungsheim Schloß Lehenhof bei Scheibbs entsendet werden. Sie bleiben dort bis 9. Jänner 1954. Die Kosten dieser Aktion betragen rund 40.000 Schilling.

Ferdinand Gregori zum Gedenken  
=====

11. Dezember (RK) Auf den 12. Dezember fällt der 25. Todestag des Schauspielers und Regisseurs Dr. Ferdinand Gregori, der durch sein für das Wiener Theater bedeutungsvolles Wirken ehrendes Gedenken verdient.

Am 13. April 1870 in Leipzig geboren, war er ursprünglich Mediziner, entschied sich aber bald für den Schauspielberuf. Über Lübeck und Barmen kam er nach Berlin und trat zuerst am Deutschen Theater, dann am Schiller-Theater mit wachsendem Erfolg auf. Den Höhepunkt seiner Laufbahn erreichte Gregori in Wien, wo er am Burgtheater klassische Rollen spielte und auch Regie führte. Er wurde zum Hofschauspieler und Professor ernannt und war Leiter der Schauspielschule an der Staatsakademie. Nach zweijähriger Tätigkeit als Intendant in Mannheim kehrte er 1912 wieder nach Wien zurück und betätigte sich von 1916 bis 1921 als Darsteller und Regisseur unter Max Reinhardt im Verbands des Deutschen Theaters in Berlin. In der Folge entfaltete er als Dozent am dortigen Theaterwissenschaftlichen Institut, als Fachschriftsteller und als Vortragender eine fruchtbare Wirksamkeit. Seine Tournées führten ihn durch ganz Deutschland. Auch die Theaterzeitschrift "Die Szene" rief er ins Leben.

1.300 Kilo Banknoten und 1.800 Säcke mit Münzen  
=====

Die Sparsamsten wohnen in Favoriten und in Ottakring

11. Dezember (RK) Unbemerkt von der Bevölkerung hat das Wiener Christkindl im Laufe des heutigen Tages eine wichtige Mission anstandslos erfüllt. Eine volle Woche war es mit zwei massiven Lastkraftwagen durch alle Wiener Bezirke, einschließlich der Randgemeinden unterwegs. Um 8 Uhr früh verließ es jeden Tag sein Hauptquartier, das es auch heuer im Alten Rathaus aufgeschlagen hatte, und begab sich streng bewacht von einem halben Dutzend Polizeibeamten auf seine vorweihnachtliche Toru, belastet mit schweren Körben vollgestopft mit Banknoten. Nach seiner letzten Ausfahrt konnten die Kassenbeamten der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Wipplingerstraße endlich aufatmen und Bilanz machen.

Heute und morgen gibt es in den meisten der 2.400 Wiener Sparvereine den Auszahlungstag. Etwa zwei Drittel der Sparvereine mit rund 180.000 Mitgliedern stehen seit Jahrzehnten mit der Zentralsparkasse, dem größten Sparinstitut Österreichs, in Verbindung. Die Hauptanstalt in der Wipplingerstraße hat in den letzten Tagen ihren Filialen 93,5 Millionen Schilling überwiesen, eine Summe, die in den Nachkriegsjahren von den Wienern noch nie aufgebracht wurde. Die meisten Wiener werden sich kaum eine Vorstellung von der manuellen Vorarbeit machen können, die in der Zentralsparkasse in den letzten Tagen geleistet wurde. Für den Festtag des kleinen Sparers mußten 1,250.000 Stück Banknoten im Gewicht von 1.300 kg bereitgestellt werden. 1,300.000 Stück Münzen wurden in 1.800 Säcken in die Filialen gebracht.

Die erfreuliche Tatsache, daß das Sparen wieder zur Tugend der Wiener geworden ist, findet durch den Bericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ihre Bestätigung. Ihm ist weiter zu entnehmen, daß sich die Spartätigkeit des kleinen Mannes wieder konsolidiert hat. Die eifrigsten Kleinsparer sind wie früher wieder in Favoriten und Ottakring zuhause. Die Sparvereine von Favoriten werden heute und morgen 11 Millionen Schilling verteilen, die Ottakringer bekommen 9,4 Millionen. Es folgen Meidling mit 7,7 und Hernals mit 7,1. An vorletzter Stelle befindet sich Hietzing. Das Schlußlicht bildet Wieden mit 1,2 Millionen.

Das Programm ist fertig  
=====

## Stadtrat Mandl über die "Wiener Festwochen 1954"

11. Dezember (RK) Heute nachmittag berichtete Stadtrat Mandl den Vertretern der Wiener und der ausländischen Presse im Österreichischen Presse-Club über die "Wiener Festwochen 1954" und ihr Programm.

Die Werbung hat schon jetzt begonnen. Das Festwochenplakat aus dem Atelier Hofmann ist fertig. Es zeigt auf blauem Grund Fahnen in den Farben der Stadt Wien. Das Vorprospekt wurde in einer Auflage von 150.000 Stück in vier Sprachen gedruckt und ist bereits auf dem Weg ins Ausland. Auch die Poststempelreklame, die sich heuer als sehr wirksam erwies, wird für die kommenden Festwochen, die vom 29. Mai bis 20. Juni stattfinden, verwendet werden.

Wie jedes Jahr, so steht auch heuer das Musikprogramm im Vordergrund; seine Hauptträger sind die Gesellschaft der Musikfreunde und die Wiener Konzerthausgesellschaft. Die "Musikfreunde" haben sich für die Festwochen Joseph Haydn sozusagen als Motto genommen. Wie Stadtrat Mandl mitteilte, ist auch beabsichtigt, zu Pfingsten den Schädel des großen österreichischen Komponisten in Eisenstadt in feierlicher Weise mit den Gebeinen endlich zu vereinen. Aus diesem Anlaß werden in Eisenstadt und in Wien "Die Schöpfung" und "Die Jahreszeiten" aufgeführt. Auch "Orpheus und Euridice" stehen auf dem Programm der Gesellschaft der Musikfreunde. Ferner ist die Aufführung von Mozarts Requiem hervorzuheben. Zu den Festwochen wird im Musikverein auch das Orchester der Mailänder Scala zu hören sein.

Die Konzerthausgesellschaft wird sich auch im kommenden Jahr dem modernen Musikschaffen widmen. Zwei Welturaufführungen gibt es hier: "Orfeo" von Paul Hindemith", der auch selbst dirigieren wird und als zweite der "Psalm 117" von Paul Claude!

## PRESSEDIENST

### BEILAGE ZUR RATHAUS-KORRESPONDENZ

Musik von Hindemith. Als besondere Attraktion kann es gewertet werden, daß Paul Claudel bei der Aufführung in Wien anwesend sein wird. Ferner will das Konzerthaus sämtliche Werke Alban Bergs u.a. eine konzertante Aufführung von "Lulu" bringen. Erwähnenswert ist ein Ballettabend in der Choreographie von Antony Tudor.

Die Sender Rot-Weiß-Rot und Ravag leisten 1954 gleichfalls einen Beitrag für die Festwochen. Rot-Weiß-Rot wird sich heuer in zwei Nachmittagskonzerten mit den Philharmonikern, bzw. den Symphonikern der klassischen Musik widmen, während Ravag die leichtere Muse bevorzugen. Die Ravagkonzerte sollen vor dem Schloß Schönbrunn stattfinden. Die Eintrittspreise werden dafür besonders ermäßigt sein. Die Karten sollen zwischen 1 und 10 Schilling kosten.

Von den übrigen Musikveranstaltungen erwähnte Stadtrat Mandl eine Schubertiade in Schuberts Geburtshaus, eine Mozartmatinee im Hof des Deutschen Ritterordens, eine Beethoven-Serenade in Heiligenstadt und wie im Vorjahr Serenaden auf Burg Kreuzenstein.

Auch das kirchenmusikalische Schaffen findet seinen Platz bei den Festwochen 1954. In historischen Wiener Kirchen werden Meßaufführungen von der klassischen bis zur modernen Messe zu hören sein.

Schließlich gibt es ein Chorkonzert des Staatsopernchores, wie alljährlich das festliche Singen der Kinderschulen der Stadt Wien, ein Johann Strauß-Konzert und viele andere Musikveranstaltungen. Eröffnung und Schlußveranstaltung der Festwochen finden wie immer auf dem Rathausplatz statt. Bei der Eröffnung werden die Wiener Philharmoniker konzertieren. Als Dirigenten will man Wilhelm Furtwängler gewinnen.

Im Theaterprogramm nehmen die Operaufführungen einen breiten Raum ein. Die Staatsoper im Theater an der Wien bringt einen Zyklus von Opernwerken unter dem Titel "Vom Barock zur Moderne". Als Premiere ist Händels "Julius Cäsar" hervorzuheben. Im Redoutensaal, der diesmal zur Verfügung steht,

sind Aufführungen der Mozartopern "Die Entführung aus dem Serail" und "Cosi fan tutte" geplant. Vor dem Schloß Schönbrunn gibt es wiederum vier Aufführungen von "Hochzeit des Figaro". Die Volksoper bringt als klassische Operettenneuinszenierung Lehars "Graf von Luxemburg".

Das Burgtheater stellt diesmal eine Uraufführung in den Mittelpunkt seines Festwochenrepertoires: "Die große Entscheidung" von Rudolf Henz; im Akademietheater ist unter der Regie von Ernst Lothar ein Arthur Schnitzler-Abend vorgesehen.

Das Theater in der Josefstadt bleibt seiner guten Gewohnheit treu, alljährlich zu den Festwochen eine Uraufführung eines österreichischen Autors zu bringen. Die Wahl zwischen "Klara" von Juliane Kay und "Mademoiselle Löwenzorn" von Ulrich Becher ist noch nicht entschieden. Möglicherweise werden sich auch die Kammerspiele mit einem österreichischen Lustspiel einstellen.

Das Volkstheater plant eine Neubearbeitung der "Lysistrata" von Aristophanes; besonders reizvoll durch die Möglichkeit, Parallelen mit der Aufführung der Scala zu ziehen.

Die Ausstellungen zu den Festwochen 1954 bringen wieder viel Interessantes. Im Künstlerhaus wird das Wiener Bühnenbild in einer repräsentativen Schau vereinigt. Demgegenüber zeigt der Ausstellungsraum des Amtes für Kultur und Volksbildung "Das Bühnenbild der Wiener Avantgarde-Bühnen". Die Akademie der bildenden Künste bringt "Österreichische Landschaftler des 19. Jahrhunderts". Daneben richten selbstverständlich die Wiener Museen und Gemäldegalerien interessante Ausstellungen ein.

Unter den übrigen Veranstaltungen fallen auf, der "Tag der Blume", der bereits im vorigen Jahr viel Erfolg hatte, ferner zwei Kongresse: der Internationale Kongreß der Gartenarchitekten und der III. Internationale Kongreß der Heilpädagogen. Nicht zu vergessen wie jedes Jahr die Bezirksveranstaltungen, an denen sich erfreulicherweise immer mehr Bezirke beteiligen. Die Veranstaltungen gewinnen von Jahr zu Jahr an

Niveau.

Abschließend sagte Stadtrat Mandl, er hoffe, daß sich die Wiener Festwochen 1954 diesmal stärker auf den Fremdenverkehr nach Wien auswirken werden. Zum erstenmal sind die Einreisebeschränkungen gefallen. Sowohl die Alliierten als auch die Besucher aus Westdeutschland können ohne weiteres nach Wien kommen. Schon jetzt ist eine bedeutende Zunahme des Fremdenverkehrs zu bemerken. Während im Oktober 1952 7.000 Ausländer Wien besuchten, waren es im Oktober 1953 18.000 Fremde.

## Symphoniker zu den Festwochen in Wien

=====

11. Dezember (RK) Zu den Gerüchten über eine Südamerika-tournee der Wiener Symphoniker zur Zeit der Wiener Festwochen 1954 gab Stadtrat Mandl heute nachmittag im Österreichischen Presse-Club eine Stellungnahme ab. Er versicherte, daß die Wiener Symphoniker zu den Festwochen zur Verfügung stehen werden. Wie der Stadtrat weiter ausführte, wurde er am 12. November mit einem Schreiben zum erstenmal von der Absicht der Symphoniker verständigt, eine Südamerikatournee zu unternehmen. Damals war das Programm für die Festwochen 1954 bereits abgeschlossen. Er habe daraufhin die Direktoren zu sich gebeten. Man dachte daran, das Orchester zu teilen und durch Substituten zu ergänzen. Mit dem einen Teil sollte Karajan nach Südamerika fahren. In einer Sitzung des Direktionsrates sprach sich Stadtrat Mandl gegen das Gastspiel während der Festwochen aus, weil die Wiener Symphoniker, die von der Stadt Wien jährlich 1,2 Millionen Schilling erhalten, zu den Wiener Festwochen anwesend sein sollten. Man kam daraufhin zu dem Entschluß, die Tournee abzusagen. Karajan hat allordings weitere Konsequenzen angekündigt, doch gab Stadtrat Mandl der Hoffnung Ausdruck, daß das Südamerika-Gastspiel, dessen propagandistischen Wert er voll würdige, zu einem anderen Zeitpunkt zustande kommen werde.

Es lohnt sich wieder, die Bundeshauptstadt zu besuchen!

=====

Abschluß der Tagung der Landesjugendreferenten

11. Dezember (RK) Zum Abschluß der Tagung der Österreichischen Jugendreferenten, die am Montag im Jugendgästehaus in Schloß Pötzleinsdorf begonnen hatte, waren die Delegierten und Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht heute Mittag Gäste der Stadtverwaltung. An dem Empfang nahmen Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Mandl, der Geschäftsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, Nationalrat Dr. Zechner, Sektionschef Dr. Zeissl vom Unterrichtsministerium und Magistratsdirektor Dr. Kinzl teil.

Vizebürgermeister Weinberger gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch in diesem Fall Wien zum Tagungsort ausersehen wurde. Er wünschte den Bestrebungen und Absichten der Tagung viel Erfolg. Es gäbe nichts Entscheidenderes, als daß unsere jungen Menschen gesund werden und sich weiter entwickelten. Auf dem Gebiet der außerschulischen Jugenderziehung bleibe noch viel zu tun übrig. Es sei sehr erfreulich, daß die Delegierten aus den Bundesländern Gelegenheit hatten, viele neue städtische Einrichtungen zu sehen und zu studieren. Vizebürgermeister Weinberger stellte mit Genugtuung fest, daß es in den acht Jahren seit 1945 den gemeinsamen Anstrengungen und Bemühungen der Wiener Bevölkerung gelungen ist, viel Neues zu schaffen. Wer mit kritischen Augen durch die Stadt geht, wird sehen, daß viel aufgebaut wurde, ja sogar schöner geworden ist, als es jemals in dieser Stadt war. Er sagte am Schluß seiner Ansprache: "Berichten Sie draußen, daß es in Wien wieder schön ist, und daß es sich lohnt, die Bundeshauptstadt zu besuchen!"

Der Geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Dr. Zechner, sprach ebenfalls in Vertretung des Bürgermeisters. Er wünschte der Tagung die besten Erfolge und ersuchte die Delegierten, Wien in guter Erinnerung zu behalten.

Sektionschef Dr. Zeissl dankte dem Wiener Bürgermeister

11. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2101

und der gesamten Stadtverwaltung für die Einladung der Landesjugendreferenten nach Wien und würdigte die generöse Art, in der ihr durch die Bundeshauptstadt Rechnung getragen wurde. Die hier vorgefundene angenehme und der Tagung förderliche Atmosphäre hätte man sich nicht besser vorstellen können. Sektionschef Dr. Zeissl dankte im Namen aller Jugendreferenten und des Unterrichtsministeriums auch für die Eindrücke, welche die Delegierten bei der Besichtigung der vorbildlichen Wiener Einrichtungen gewonnen haben.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 12. Dezember 1953

Blatt 2102

## Die Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung 1953

=====

12. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl gab heute den Vertretern der Presse die Namen der Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung für das Jahr 1953 bekannt. Zum dritten Mal erfolgt heuer die Verleihung der Preise der Dr. Karl Renner-Stiftung, deren Errichtung der Wiener Gemeinderat anlässlich des 80. Geburtstages des verewigten Bundespräsidenten beschlossen hat. Mit der Verleihung, die durch ein Diplom beurkundet und im Stiftungsbuch verzeichnet wird, sind Geldwidmungen verbunden, die insgesamt 100.000 Schilling betragen. Da für heuer zehn Preise verliehen werden, entfallen auf jeden Preisträger 10.000 Schilling. Die Preise werden für besondere Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Nach dem Statut können Personen oder Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten, die durch ihr Wirken oder ihr Urteil zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beitragen, durch Förderung fruchtbarer Ideen, die der Sicherung der Republik und ihrer ideellen und realen Grundlagen, dem Frieden, dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt dienen, durch Forschertätigkeit oder durch sonstige Leistungen das Ansehen Österreichs und der Stadt Wien erhöhen oder durch ihr Beispiel das Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft heben. Nur Personen, die mit Wien verbunden sind, oder Personengemeinschaften, die in Wien ihren Sitz haben, können beteiligt werden, doch ist es gleichgültig, ob sie ihre Tätigkeit im In- oder Ausland ausgeübt haben. Auf die Verleihung wurde auch heuer in der "Rathaus-Korrespondenz" und im "Amtsblatt der Stadt Wien" aufmerksam gemacht. Die Vergebung der Preise erfolgt durch

den Bürgermeister auf Grund des Vorschlages eines Kuratoriums, das aus ihm selbst als Vorsitzenden, den beiden Vizebürgermeistern, dem Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung sowie aus sechs Vertretern des zugehörigen Gemeinderatsausschusses besteht. In der Sitzung des Kuratoriums vom 5. Dezember wurden sieben Personen und drei Personengemeinschaften zu Preisträgern vorgeschlagen und vom Bürgermeister genehmigt.

#### Die Preisträger:

Dr. Bruno Buchwieser, 1919 in Wien geboren, studierte an der Hochschule für Welthandel und übernahm die kaufmännische Leitung des väterlichen Betriebes. Seit 1945 widmete er sich der Lehrlingsausbildung und -betreuung. Er erblickt die Problematik des Lehrlingswesens in der Entwurzelung der Jungarbeiter durch die Großstadt und in der Schwierigkeit, sich in den neuen Lebens- und Arbeitskreis einzufügen. 1946 wurde das von ihm geschaffene erste österreichische Jungarbeiterinternat für Maurerlehrlinge in Wien eröffnet. Es beherbergt Jungarbeiter gleicher Berufszugehörigkeit und sorgt für ihre fachliche Fortbildung, will ihnen aber auch einen vollwertigen Familienersatz geben. Weitere Internate wurden in Greifenstein a.D. und im Perlhof bei Gießhübl geschaffen, das zum Jungarbeiterdorf Hochleiten ausgebaut wurde. Das Wiener Heim dient körperbehinderten Jungarbeitern, die einer Sonderschulung bedürfen. Die Jungarbeiterinternate und das Jungarbeiterdorf werden interkonfessionell, überparteilich und nicht gewinnbringend geführt. Die Aufnahme ist nur von der Eignung und Bedürftigkeit abhängig. Die Finanzierung erfolgte zuerst durch die Firma Buchwieser, seit 1950 hat die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien die materielle Sicherung übernommen. Die Internate stellen einen Staat im Kleinen dar und sorgen neben der fachlichen Schulung auch für einen Ergänzungsunterricht, der das allgemeine Bildungsniveau der Heimangehörigen hebt. Diese erhalten eine Heimstätte, die ihnen den Familienkreis ersetzt. Die fruchtbare Idee Dr. Buchwiesers hat sich geeignet erwiesen, den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der österreichischen Arbeiterschaft zu fördern.

Univ.Prof.Dr.Hans Kelsen, einer der bedeutendsten Staatsrechtler der Gegenwart und Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung 1920, dessen Theorie der reinen Rechtslehre als Wiener Schule der Staatswissenschaft weltbekannt geworden ist, wurde 1891 in Prag geboren, studierte in Wien, Berlin und Heidelberg und wirkte von 1919 bis 1929 als ordentlicher Professor an der Wiener Universität. Aus seiner Tätigkeit am Verfassungsgerichtshof erwuchs die weitverbreitete Lehre vom indirekten Kompetenzkonflikt, die wie die Bundesverfassung das Ergebnis seiner rechtstheoretischen Auffassung ist. In der Folge lehrte er in Köln, Genf, Prag und an der Cambridge University in den Vereinigten Staaten. Seit 1942 ist er Professor für Völkerrecht und Rechtsphilosophie an der University of California in Berkeley. Die Werke Kelsens, der Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist, wurden in alle Sprachen übersetzt. Seine wichtigsten Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Rechtslehre sind "Hauptprobleme der Staatsrechtslehre", "Allgemeine Staatslehre" und "General Theorie of Law and State". Die Nordamerikaner nennen ihn stets "The Austrian Scholar", die Südamerikaner "el gran maestro de Vienna". Der Gelehrte hat durch seine besonderen wissenschaftlichen Leistungen das Ansehen Österreichs und der Stadt Wien in bedeutsamer Weise gehoben.

Regierungsrat Prof.Adolf Melhuber, 1888 in Nebotein, Mähren, geboren, widmete seine mehr als 40jährige Tätigkeit der Blindenausbildung und Blindenfürsorge am Wiener Blindenerziehungsinstitut. Früheste Kindheitserinnerungen und Jugendeindrücke bewogen ihn, die Laufbahn des Blindenlehrers zu ergreifen. Seit 1912 wurde ihm eine Lehrerstelle am Blindeninstitut übertragen. Mit Beginn des ersten Weltkrieges erwuchs ihm neben dem Lehr- und Erziehungsdienst blinder Kinder die Aufgabe, sich der Fürsorge und Umschulung der Kriegsblinden zu widmen. 1916 wurde er mit der Einrichtung und Leitung der Landwirtschaftlichen Kriegsblindenschule in Straß betraut, in der zum erstenmal der Versuch unternommen wurde, erblindete Landwirte wieder zu ihrem Beruf zurückzuführen. Auch im zweiten Weltkrieg oblag dem Wiener Institut die zusätzliche Aufgabe der Blindenbetreuung. Der Mangel an geeigneten Berufen führte Melhuber zu dem Versuch, Kriegsblinde in zweijährigen Lehrgängen zu Stenotypisten auszu-

bilden und ihnen damit eine neue, zeitgemäße Beschäftigung zu erschließen. Seit 1940 richtete er Lehrgänge ein und eröffnete Zivil- und Kriegsblinden in der Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Verwaltung neue Existenzmöglichkeiten. Daneben galt sein Interesse der Erhaltung und dem Ausbau des an seinem Institut bestehenden Museums des Blindenwesens und der dortigen Fachbibliothek. Alle Schüler fanden in ihm einen vorbildlichen Lehrer und väterlichen Freund, der sich ihrer Sorgen annahm. Auch als Fachschriftsteller und als Vortragender entfaltete er eine fruchtbare Tätigkeit, für die ihm verdiente Auszeichnungen zuteil wurden. Das Wirken Prof. Melhubers, der langjähriger Schriftführer des Zentralvereins für das österreichische Blindenwesen war, hat wesentlich zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Besserstellung seiner vom Schicksal hart getroffenen Mitmenschen beigetragen.

Ing. Franz Schuster, 1909 in Wien geboren, erlernte das Elektroinstallationshandwerk, studierte dann am Technologischen Gewerbemuseum Elektrotechnik und legte die Lehramtsprüfung als Gewerbelehrer ab. Nach mehrjähriger Praxis erfolgte sein Eintritt in den Lehrberuf an der Fachschule für Technik, deren Leiter er seit 1945 ist. Seit 1940 in der Körperbehindertenfürsorge und -schulung tätig, erwarb er sich große Verdienste um die Wiederertüchtigung Kriegs- und Zivilinvaliden. Die heutige Aufgabe der Lehranstalt, die dem Bundesministerium für soziale Verwaltung untersteht, geht auf das Jahr 1940 zurück, in dem ihr die Kriegsversehrtenschulung übertragen wurde. Von 1940 bis 1945 wurde sie von ca. 6000 Kriegsversehrten besucht, die vorwiegend aus Wien und den übrigen Bundesländern stammten. Bis 1953 waren es bereits 9000. Auch Ing. Schuster hat durch seine Sachkenntnis und sein Einfühlungsvermögen eine schwierige Aufgabe der Pädagogik gemeistert und viele Invalide zu vollwertigen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft ausgebildet.

Helene Thimig-Reinhardt, 1889 in Wien geboren, wandte sich gegen den Willen ihrer Eltern der Bühnenlaufbahn zu, nahm bei Hedwig Bleibtreu Unterricht und debütierte im Alter von 17 Jahren am Badner Stadttheater. Sie mußte anfangs um den Publikumerfolg hart ringen und ihr Wirkungskreis am Hoftheater in Meiningen sowie am Königlichen Schauspielhaus in Berlin bestand

fast nur in Chargenrollen und kleineren Sprechpartien. 1917 trat sie in den Verband des Deutschen Theaters in Berlin ein und traf mit Max Reinhardt zusammen, der ihre Gestaltungskraft erkannte und ihr immer größere Aufgaben übertrug. In zahlreichen klassischen und modernen Stücken errang sie durch außerordentlich starke schauspielerische Leistungen und durch ihre menschlich ergreifende Darstellung leidgeprüfter Frauencharaktere großen Erfolg. Während ihrer langjährigen Tätigkeit an den Reinhardt-Bühnen trat sie auch am Theater in der Josefstadt und bei den Salzburger Festspielen auf. Helene Thimig folgte ihrem Gatten in die Emigration und wirkte in New York und Hollywood als Lehrerin an Reinhardts dramatischer Schule und im Film. Nach dem Tode ihres Gatten erblickte sie ihre Aufgabe in der Bewahrung und Weiterführung seines künstlerischen und pädagogischen Erbes. 1946 kehrte sie nach Wien zurück, wurde in den Verband des Burgtheaters aufgenommen und mit dem Titel einer Kammerschauspielerin geehrt. Seit 1947 ist sie Professorin für Schauspiel und Regie des Reinhardtseminars, seit 1948 seine Leiterin. Bei den Salzburger Festspielen führte sie bei "Jedermann" Regie. Helene Thimigs Gesamtwirkung und Lebenswerk reicht über ihre schauspielerischen Leistungen hinaus, sie ist als Bewahrerin und Hüterin des Erbes Max Reinhardt eine bedeutende Gestalt der Theatergeschichte geworden. Ihre besonderen künstlerischen Leistungen, die das Ansehen Wiens und Österreichs gehoben haben, rechtfertigen den Preis aus der Dr. Karl Renner-Stiftung.

Wendelin Wallisch, 1907 in Wien geboren, erlernte das Schlosserhandwerk und trat in den staatlichen Telephondienst, wurde aber nach fünfjähriger Tätigkeit abgebaut. Während seiner Arbeitslosigkeit sattelte er auf das Autofach um und fuhr als Chauffeur, arbeitete aber auch als Mechaniker. Im zweiten Weltkrieg geriet er nach fünfjähriger Wehrdienstleistung in russische Gefangenschaft und kehrte Ende 1947 nach Wien zurück. Er wandte sich wieder dem Autofach zu, wurde in der Folge Monteur bei den Erdgastankstellen und ist derzeit als Werkmeister tätig. Am 11. September nachts wurde die Anlage einer Erdgasleitung außerhalb Fischamends erprobt. Bei seinem Kontrollgang nahm er wahr, daß Erdgas ausströmte. Ein wahrscheinlich durch Stein-schlag entstandener Funke führte zur Selbstentzündung des ent-

weichenden Gases. Das Feuer konnte jederzeit die Sonde ergreifen. Als er sich der Leitung näherte, schlug eine 5 m hohe Flamme auf. Er warf sich mit seinem Körper darüber und konnte sie erstickten. Wallisch erlitt hierbei Brandwunden ersten und zweiten Grades. Werkmeister Wallisch hat im Augenblick großer Gefahr hohes persönliches Verantwortungsgefühl bekundet und durch seine beispielgebende Leistung dem Gemeinschaftsgedanken gedient.

Direktor Karl Weigl, 1879 in Wien geboren, erlernte das Tapeziererhandwerk, trat dem Fachverein seiner Branche bei und wurde 1907 Sekretär seiner Gewerkschaft. 1910 zum Sekretär des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter berufen, bekleidete er diese Funktion bis 1934 und bewirkte, daß der Verband sich zu einer einflußreichen Gewerkschaftsorganisation entwickelte. Nach 1918 wurden auch die im öffentlichen Verkehr stehenden Arbeitnehmer in den Verband eingegliedert und unter Weigls Führung ihr Lohn- und Dienstrecht auf neuer Grundlage geregelt. Er gehörte auch der Gewerkschaftskommission Österreichs und dem Vorstand des Bundes der freien Gewerkschaften Österreichs an. 1921 wurde er in die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte gewählt, 1930 zum Präsidenten der Arbeiterkammer berufen. Neben seiner gewerkschaftlichen Wirksamkeit steht eine umfangreiche politische Betätigung. 1918 in den Wiener Gemeinderat berufen, wurde er in der Folge bei jeder Erneuerung der Wiener Stadtvertretung zum Gemeinderats- und Landtagsabgeordneten gewählt. Der Wiener Landtag wählte ihn zu seinem Vorsitzenden. Im Februar 1934 wurde er verhaftet und unter Polizeiaufsicht gestellt. Er nahm eine Berufung zum Gewerkschaftssekretär des tschechischen Handels- und Transportarbeiterverbandes an und ging nach der Okkupation der Tschechoslowakei in die Schweiz, wo er für das internationale Sekretariat der Transportarbeiter tätig war. 1945 kehrte er nach Österreich zurück und beteiligte sich am Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeiterkammer Wien bestellte ihn zum leitenden Sekretär. In dieser Eigenschaft fungierte er auch als Sekretär des österreichischen Arbeiterkammertages. In beiden Eigenschaften hat er hervorragende Anteil an der Einrichtung der wiedererrichteten Arbeiterkammern und gehört zu den Bahnbrechern der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Direktor Karl Weigl hat durch sein verantwortungsbewußtes Wirken in fruchtbarer Weise zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beigetragen.

Österreichisches Jugendrotkreuz, Landesleitung Wien.

Das Österreichische Jugendrotkreuz, Landesleitung Wien beruht auf der Idee, seine Ziele im Rahmen der Schule zu verwirklichen und erblickt seine Hauptaufgabe darin, die Jugend zu vernünftiger und gesunder Lebensführung, zur Hilfsbereitschaft und Menschenfreundlichkeit, zur Völkerverständigung und Völkervereinigung zu erziehen. Die Aktion bringt jährlich eine Reihe von Broschüren über Ernährung, Krankheits- und Unfallsverhütung, fördert den Briefwechsel mit dem In- und Ausland, Heimatpflege usw. Die österreichischen Schulen haben seit 1948 Spenden im Werte von mehreren Millionen Schilling aufgebracht. Das Jugendrotkreuz arbeitet in der ganzen Welt und Österreich wird von den ausländischen Schwesterorganisationen unterstützt. Seit dem Wiedererstehen der Organisation im Jahre 1948 hat sich die Landesleitung Wien bemüht, die Schüler aller Schulkategorien zu erfassen und die Mitgliederzahl stieg in Wien von 20.000 Junioren im Jahre 1948 auf 120.000 im Schuljahr 1952/53. Derzeit bekennen sich in Österreich 750.000 Personen zu der Idee des Jugendrotkreuzes. Verschiedene Aktionen der Landesleitung Wien dienen den Hauptzielen des Jugendrotkreuzes: Hygiene, Caritas und Völkerverbindung, wie Weihnachtsaktionen für Patienten von Kinderspitälern und für die Pfleglinge in den Altersheimen durch Sammlung von Büchern, Zeitschriften, Handarbeits- und Bastelmaterial, Radioapparate, Spiele usw. Rettungsschwimmkurse und Kurse in Erster Hilfe wurden am Pädagogischen Institut der Stadt Wien und im Dianabad veranstaltet. Ferner ein Kurs für Hauskrankenpflege. Die Landesleitung unterstützte auch die von der Wiener Verkehrspolizei veranstalteten Prüfungen für jugendliche Radfahrer. Die erfolgreichsten Absolventen erhalten ein schönes Abzeichen. Auch heuer konnten wieder Lebensretter belohnt werden. Eine Großtat der Jugendrotkreuzmitarbeiter ist die Spende für die Opfer der Hochwasserkatastrophe in Holland. Nahezu 90.000 S liefen in Wien allein ein, von allen österreichischen Kindern wurden fast zwei Millionen Schilling aufgebracht, die zur Errichtung eines Heims für Flüchtlinge der Insel Shouwen verwendet wurden.

Auch das Erdbeben in der Türkei gab dem Österreichischen Jugendrotkreuz Anlaß, Hilfe zu leisten. Die Mitarbeiter des Jugendrotkreuzes, Landesleitung Wien, haben heuer insgesamt rund 76.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Das Österreichische Jugendrotkreuz, Landesleitung Wien, hat durch seine beispielgebenden Leistungen das Verantwortungsgefühl der Jugend gegenüber der Gemeinschaft gehoben.

Das Theater der Jugend besteht seit zwanzig Jahren und wird von einem Aufsichtsrat überwacht, der unter dem Vorsitz des Leiters der Sektion Erziehung und Unterricht des Bundesministeriums für Unterricht steht und dem neben Vertretern dieser Behörden auch Vertreter des Stadtschulrates für Wien, des Landesschulrates für Niederösterreich und des Kulturamtes der Stadt Wien angehören. Der Vorstand setzt sich aus Lehrern verschiedener Schulzweige zusammen. Das Theater der Jugend sucht die Schüler durch die Vermittlung des verbilligten Besuches von Theatervorstellungen und Symphonien, Konzerten für die Pflege ernster Musik und Kunst zu gewinnen. Seine Erziehungsarbeit umfaßt folgende Tätigkeitszweige: Theatervorstellungen, Opern und Operetten, Konzerte, Hand-, Puppen- und Marionettenspiele, Filmvorführungen und -diskussionen, Kunstbetrachtungen, Führungen, Besuche Wiens für Obermittelschüler aus den Bundesländern und die Herausgabe der Kulturzeitschrift "Neue Wege". Während der Spielzeit 1952/53 wurden die Bundestheater von über 85.000, die Privattheater von 87.000 Schülern und Schülerinnen besucht. 74.000 Schüler besuchten Symphoniekonzerte. Für die Kleineren war durch die Veranstaltung von Hand-, Puppen- und Marionettenspielen, die von rund 200.000 Kindern besucht wurden, vorgesorgt. Das Theater der Jugend hat, wie sein Leistungsbericht beweist, die geistige Verbundenheit der österreichischen Jugend vertieft und ihr den Weg zu wertvollen Kulturgütern erschlossen.

Der Verein Arbeitermittelschule, eine Gründung des Jahres 1945, baut auf dem früheren Mittelschulkurs sozialistischer Arbeiter auf, dessen erste Anfänge in Wien auf das Jahr 1922/23 zurückgehen. Die Arbeitermittelschule ist die einzige im Bereich des Bundeslandes Wien und erfüllt eine kulturpolitische Aufgabe. Sie dient der Erwachsenenbildung und ist als ordentliche Abend-

mittelschulé für Berufstätige eine den Erfordernissen des Erwachsenenunterrichtes angepaßte Sonderform der Mittelschule. Sie ist eine soziale Einrichtung und kommt einem wirklichen Bedürfnis der arbeitenden Bevölkerung entgegen. Ihr Vorläufer, der Mittelschulkurs sozialistischer Arbeiter, umfaßte zwischen 1927 und 1939 jährlich durchschnittlich 250 bis 400 Hörer. Die Institution ist überparteilich und ihre seit 1945 erzielten Ergebnisse haben die volle Anerkennung der Schulbehörden gefunden. Subventionen der Gemeinde Wien, der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien sowie Beiträge der Gewerkschaften ermöglichen den Hörern das Studium mit einem Minimum von Kosten. Im Gegensatz zu der durch die Volksbildungshäuser vermittelten freien Weiterbildung gewährleistet sie eine systematische Ausbildung in allen Mittelschulfächern und führt zur Hochschulreife. Sie eröffnet den arbeitenden Menschen einen neuen Weg zu den Kulturgütern und zur Erlangung verantwortungsvoller Posten in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen. Die Arbeitermittelschule Wien erfüllt in vorbildlicher Weise eine wichtige kulturpolitische Funktion, indem sie hilft, soziale Gegensätze zu überwinden.

- - -

Die feierliche Preisverleihung durch Bürgermeister Jonas findet am 16. Jänner um 11 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt. Der Feier werden Bundespräsident Dr.h.c. Körner, Mitglieder der Bundesregierung, der Wiener Stadtsenat sowie prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beiwohnen.

100. Geburtstag von Theodor Frimmel  
=====

12. Dezember (RK) Auf den 15. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Kunst- und Musikschriftstellers Theodor von Frimmel, der durch gründliche kunsthistorische Arbeiten und wertvolle Beiträge zur Beethovenforschung bekanntgeworden ist.

In Amstetten, Niederösterreich, geboren, trat er mit Untersuchungen über Fragen der Kunst und Musik hervor und gab u.a. einige unveröffentlichte Briefe Beethovens an Goethe heraus. Sein verbreitetstes Werk ist das "Handbuch der Gemäldekunst", das die historische Entwicklung der Ölmalerei behandelt und heute noch aktuell ist. Theodor von Frimmel hat seine hervorragenden Kenntnisse dieses Stoffgebietes als Galeriedirektor der Schönborn-Buchheimischen Gemäldesammlung in Wien erworben. Weiter veröffentlichte er zahlreiche Studien, Skizzen und Aufsätze. Theodor von Frimmel ist am 27. Dezember 1928 gestorben, so daß sich sein Todestag jetzt zum 25. Male jährt.

Eine Umfrage über die Autobahn Salzburg-Wien  
=====Die interessierten Gemeinden nehmen Stellung

12. Dezember (RK) Der Österreichische Städtebund hat seine Mitgliedsgemeinden in Salzburg, Oberösterreich und im westlichen Teil von Niederösterreich darüber befragt, wie sie sich zu dem Projekt der Autobahn Salzburg-Wien stellen. Über das Ergebnis dieser Umfrage sprach heute der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Hans Riemer, über den Sender Rot-Weiß-Rot. Er führte u.a. aus:

Seitdem die Absicht bekannt geworden ist, die Autobahn nach Wien fertigzubauen, ist in der Öffentlichkeit über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit dieses Planes eifrig diskutiert und argumentiert worden. Wie jedes große Projekt, das Arbeit und Verdienst verspricht, hat auch das Autobahnprojekt in dem an seiner Realisierung interessierten Kreis Zustimmung ausgelöst. Gleichzeitig meldeten sich aber auch kritische Stimmen, die einerseits die Zweckmäßigkeit dieses Straßenbaues bezwei-

felten, andererseits den Zeitpunkt als verfrüht bezeichneten und dies mit anderen dringenderen Straßenproblemen begründeten. Wirtschaftlich betrachtet ist der Bau einer Österreich durchquerenden Autobahn ein so bedeutungsvolles Projekt mit so weitgehenden Konsequenzen, wie es nur der Bau einer Hauptverkehrsader sein kann. Die Durchführung eines solchen Projektes ist zweifellos geeignet, vielen Personen Arbeit und Verdienst zu bringen, die Verkehrssituation der berührten Gemeinden zu verbessern und neue wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Aber wo es Licht gibt, dort gibt es auch Schatten und es muß daher von vornherein damit gerechnet werden, daß gleichzeitig andere Existenzen wirtschaftlichen Schaden nehmen werden und bedeutende wirtschaftliche und verkehrspolitische Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden können. Da die vom Autobahnbau berührten Interessen sich vornehmlich in den im Bereich der Autobahn gelegenen Städten und Gemeinden konzentrieren, war es naheliegend, die Auffassung dieser Gemeinden zu dem vorliegenden Projekt zu erkunden. Der Österreichische Städtebund hat sich dieser Aufgabe unterzogen und bei seinen Mitgliedsgemeinden in den Bundesländern Salzburg, Oberösterreich und im westlichen Teil von Niederösterreich diesbezüglich Umfrage gehalten. Es wurden Städte und Gemeinden befragt, die direkt an der projektierten Autobahntrasse liegen, also vermutlich unmittelbar vom Autobahnbau profitieren werden, aber auch jene Städte und Gemeinden in diesen Bundesländern, die etwas abseits der Autobahn liegen, an der Durchführung des Projektes aber doch indirekt interessiert sein können. Die Antworten der befragten Städte und Gemeinden gewähren einen interessanten Einblick in deren wirtschaftliche Struktur und in die vielfältigen Zusammenhänge ihrer lokalen Wirtschaft mit den Verkehrsbedingungen und nicht zuletzt mit der staatlichen Investitionstätigkeit und Straßenbaupolitik.

Gemeinsam ist allen Gutachten dieser Städte die Feststellung, daß das österreichische Straßennetz an vielen Stellen verbesserungsbedürftig ist, ja, daß in manchen Gebieten der Republik richtige und für den Fremdenverkehr und die Gesamtwirtschaft bedeutungsvolle Straßenverbindungen überhaupt erst hergestellt werden müßten, um insbesondere dem ausländischen Fremdenverkehr, der heute vielfach ein Autoverkehr ist, zu

dienen, und bisher vom Fremdenverkehr vernachlässigte Gebiets-  
teile, die wegen ihres landschaftlichen Reizes außerordentli-  
ches bieten könnten, dem in- und ausländischen Fremdenverkehr  
zu erschließen. Aus vielen Gutachten spricht auch die Sorge,  
daß das Autobahnprojekt ausschließlich in den Mittelpunkt des  
öffentlichen Interesses treten könnte, wodurch zwangsläufig  
der Ausbau und die Pflege des übrigen österreichischen Straßen-  
netzes zurückgesetzt werden würde. Die Städte und Gemeinden,  
die unmittelbar an der geplanten Autobahn liegen, sprechen  
sich selbstverständlich für deren Ausbau aus, weil sie sich  
davon vorerst Beschäftigungsmöglichkeiten für ihre Arbeitslo-  
sen und insbesondere für das Transportgewerbe, in der Folge  
aber auch eine Belebung ihrer Fremdenverkehrswirtschaft ver-  
sprechen. Die Stadt Linz erhofft sich durch den Ausbau der  
Autobahn vor allem eine Verbesserung ihrer Verkehrslage zur  
Stadt Salzburg, aber auch für den Linzer Hafen. Allen positi-  
ven Gutachten gemeinsam ist die Forderung nach dem Bau günsti-  
ger Zubringer-, bzw. Einbindungsstraßen durch die Autobahnges-  
ellschaft.

Außerordentlich interessant ist die Stellungnahme einiger  
Städte, die etwas abseits, aber doch in den von der Autobahn  
durchzogenen Bundesländern liegen. So klagt Bad Hofgastein  
über die Unzulänglichkeit der einzigen durch das Gasteiner Tal  
führenden Straße, die den sehr lebhaften Autoverkehr zwischen  
Salzburg und Kärnten bewältigen muß und einer Verbreiterung  
oder stellenweisen Umlegung dringend bedürfte. Mittersill im  
Pinzgau ist der Meinung, daß der Wirtschaft und dem österrei-  
chischen Fremdenverkehr vor allem durch den Ausbau der Felber-  
Tauernstraße und damit einer Nord-Süd-Verbindung außerordent-  
lich gedient wäre. Bad Hall in Oberösterreich, ein aufstrebendes  
Heilbad von internationalem Rang, verlangt die Herstellung  
einer Zufahrtsstraße zur Autobahn. Bad Ischl urgiert den Aus-  
bau der Bundesstraße Ischl-Salzburg, die dem angespannten  
Fahrzeugverkehr nicht mehr genügt. Eferding fordert den Aus-  
bau der seinerzeit geplanten Walerner-Landesstraße als Zubrin-  
gerstraße zur Autobahn. Auch Gmunden und Steyr fordern die  
Errichtung moderner leistungsfähiger Zufahrtsstraßen.

Die Stadt Amstetten, an der die Autobahn in drei Kilome-  
ter Entfernung vorbeigeführt werden soll, wird die teilweise

Einbuße seiner jetzigen Stellung als beliebter Haltepunkt der Fernfahrer und damit eine Schädigung ihres Gast- und Beherbergungsgewerbes zu beklagen haben. Amstetten und die Gemeinden des Ybbstales verlangen den Bau einer Zufahrtsstraße und damit eine Verbindung mit der durch das Ybbstal führenden Bundesstraße. Dringende Straßenprobleme werden von den Städten der Wachau und des Waldviertels aufgezeigt. Die Stadt Gmünd verweist auf die Wichtigkeit, "einen modernen und der wirtschaftlichen Bedeutung des hoch industrialisierten Bezirkes entsprechenden Straßenzug Gmünd-Weitra-Freistadt als Anschluß an die Bundesstraße Freistadt-Linz zu schaffen". Weiter wird ausgeführt, daß, "die derzeitige Straßenverbindung derart unzulänglich ist, daß oftmals Güter, die von den Industriestädten Heidenreichstein und Schrems nach Linz oder nach den westlichen Bundesländern versendet werden sollen, über Wien - Enns - Linz befördert werden" müssen. Die Stadt Krems a.d. Donau verlangt den Ausbau der Straße durch den Nibelungengau und durch die Wachau und die Errichtung von Umfahrungen in Spitz, Wösendorf, Weißenkirchen sowie die Verbreiterung der Passage in anderen Orten der Wachau, wie Emmersdorf und Schwallenbach. Besonders ausführlich beschäftigt sich die Stadt Melk a.d. Donau mit den derzeitigen Tücken der Straßenverhältnisse in der Wachau. Nach Ansicht der Stadt Melk wird der Ausbau der Autobahn Salzburg-Wien die Wachau neuerlich in den Blickpunkt der Fremdenverkehrsinteressen rücken. "In dem hervorragenden Fremdenverkehrsgebiet, wie es die Wachau ist", heißt es in dem Gutachten der Stadt Melk, "sind solche Straßenverhältnisse, daß zu gewissen Verkehrsspitzen wie während der Baublüte, der ÖAC Warnungen an seine Mitglieder herausgab, die Wachau wegen der Straßenverhältnisse nicht zu besuchen. Durch die straßenmäßige Vernachlässigung wird aber der gesamtösterreichische Fremdenverkehr geschädigt". Wie diese Gutachten der Städte zeigen, wird durch das Autobahnprojekt eine Fülle von Verkehrs- und Straßenbauproblemen aufgeworfen, deren Lösung durch die Verwirklichung des Autobahnprojektes nur noch dringender wird.

Die neu gegründete Autobahn Ges.m.b.H. wird sich also nicht darauf beschränken dürfen, nur die Hauptverkehrsader von Westen nach Osten zu errichten. Wenn die Autobahn einen Sinn haben soll, wird mit ihrem Ausbau nicht nur die Herstellung

der Anschlußstraßen, sondern zugleich auch der Ausbau, die Erneuerung und die Verbesserung des übrigen Straßennetzes Schritt halten müssen. Soll die Autobahn dem österreichischen Fremdenverkehr einen dauernden Nutzen bringen, dann müssen gleichzeitig die Straßenverhältnisse besonders jener Gebiete auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden, wo sie jetzt noch den Zuständen der Postkutsche entsprechen. Dies ist die Stimme der Gemeinden, deren Interessen durch den Bau der Autobahn unmittelbar berührt erscheinen. Ihre Stellungnahmen sind deswegen besonders beachtenswert, weil die Gemeinden mehr als alle anderen Verwaltungsorgane ihre Ansichten aus der unmittelbaren und täglichen Berührung mit der Bevölkerung schöpfen.

Die Gutachten der Gemeinden wurden in einer Denkschrift zusammengefaßt und der Bundesregierung übermittelt.

#### Erinnerung an Hans Scherpe

12. Dezember (RK) Auf den 15. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Wiener Bildhauers Hans Scherpe.

Er studierte an der Kunstakademie bei Carl Kundmann und schuf zahlreiche Brunnen, Bauplastiken und Porträts, die für die Ausschmückung seiner Vaterstadt bestimmt waren. Von ihm stammen die Büsten der Chemiker Berzelius, Wöhler und Hlasiwetz der Technischen Hochschule, die Austriastatue am Kaiser-Jubiläums-Brunnen in Ottakring, eine Herkulesgruppe an der Fassade des Michaelertraktes der Hofburg, das Anzengruber-Denkmal auf dem Schmerlingplatz, die Tizianstatue vor dem Künstlerhaus und das Rudolf von Alt-Denkmal auf dem Minoritenplatz. Der Augustin-Brunnen, der gleichfalls sein Werk war, fiel dem zweiten Weltkrieg zum Opfer und wurde erneuert. Der Künstler ist am 15. Februar 1929 gestorben.

Richard Thonet zum Gedenken  
=====

12. Dezember (RK) Am 15. Dezember wäre der Industrielle Dr. Richard Thonet 75 Jahre alt geworden.

Als Enkel des Begründers der weltbekannten Möbelfirma in Biestritz C.S.R. geboren, war er in der Fabrik zuerst als Gesellschafter, später als Seniorchef tätig und erwarb sich um die Erzeugung, insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg, große Verdienste. Dr. Thonet leitete sein Unternehmen mit bemerkenswerter Tatkraft, aber auch mit sozialem Verständnis und starb am 3. Jänner 1951 in Wien.

Dichterlesung in einer Städtischen Bücherei  
=====

12. Dezember (RK) Dienstag, den 15. Dezember, findet um 19 Uhr in der Städtischen Bücherei 21, Brünner Straße 36 (Schlinger-Hof), eine Dichterlesung statt, bei der Erich Pogats und Gerhard Fritsch aus eigenen Werken lesen werden.

Leser der Städtischen Büchereien und Gäste sind zu dieser Veranstaltung eingeladen; der Eintritt ist frei.

Pferdemarkt vom 10. Dezember  
=====

12. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 30 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 26, als Nutztier 1, verkauft. Unverkauft blieben 3. Der Marktverkehr war ruhig.

Herkunft der Tiere: Wien 11, Niederösterreich 16, Oberösterreich 2, Burgenland 1.

1953 Rekordjahr im städtischen Wohnhausbau  
=====

12. Dezember (RK) Bei der Dachgleichenfeier, die gestern auf der Baustelle 19., Springsiedelgasse, stattfand, wo die Stadt Wien 19 Stiegenhäuser mit 184 Wohnungen baut, gab Stadtrat Thaller einen Überblick über die Bautätigkeit der Gemeinde Wien in diesem Jahr. Seit Jänner bis Ende November, führte er aus, wurde mit dem Bau von 7.775 städtischen Wohnungen begonnen, was zugleich einem Rekord in den Nachkriegsjahren gleichkommt. Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues wurde bisher insgesamt mit dem Bau von 33.759 Wohnungen begonnen. 21.872 dieser modernen Wohnungen sind bereits fertig. Stadtrat Thaller erklärte, daß die Gemeinde Wien auch im kommenden Jahr mit der gleichen Intensität die Bautätigkeit fortsetzen wird. Nicht weniger erfreulich ist die Zahl der an den städtischen Baustellen beschäftigten Arbeiter. Sie beträgt jetzt Mitte Dezember noch 19.662 Bauarbeiter. Stadtrat Thaller gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß jetzt vor Weihnachten auch noch 1803 Arbeiter beim Straßenbau beschäftigt werden können.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSSTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 14. Dezember 1953

Blatt 2118

## Wiener Landtag

=====

14. Dezember (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Marek (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Da die beiden ersten Tagesordnungspunkte dieselbe Materie betreffen, werden sie auf Vorschlag des Präsidenten unter einem behandelt.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Resch (SPÖ) referiert zunächst über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh im Gebiete der Stadt Wien. Dieses Gesetz hat sich in den abgelaufenen Jahren als wertvolle Waffe erwiesen, um der Verödung des Wiener Schlachtviehmarktes entgegenzuwirken. Die Umgehung des Wiener Schlachtviehmarktes bringt der Stadt Wien nicht nur fiskalische Nachteile, es weist vielmehr auch die Viehbeschau außerhalb Wiens viele Mängel auf.

Mit der vorliegenden Novelle soll die Geltungsdauer der Einhebung der Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh um drei Jahre verlängert werden.

Die Arbeiterkammer hat gegen die weitere Einhebung der Ausgleichsabgabe keinen Einwand erhoben. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat sich gegen die Verlängerung mit der Begründung ausgesprochen, daß durch diese Ausgleichsabgabe eine Mehrbelastung für das fleischverarbeitende Gewerbe in Wien eintrete. Hiezu stellt Stadtrat Resch ausdrücklich fest, daß von dieser Ausgleichsabgabe nur Großbetriebe des fleischverarbeitenden Gewerbes betroffen werden, die sich durch den Direkt-einkauf die gesamten Marktkosten und zum Teil die Handelsspanne ersparen. Es wäre unbillig, wenn diese Betriebe, die wesentlich

besser daran sind als die übrigen Gewerbebetriebe, keine Beiträge zur Erhaltung des Großmarktes in Wien leisten, der ja für das gesamte übrige fleischverarbeitende Gewerbe unbedingt notwendig ist. Auch das Veterinäramt hat sich aus sanitären Gründen für die Aufrechterhaltung ausgesprochen.

Der zweite Gesetzentwurf, über den Stadtrat Resch berichtet, ist die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch im Gebiete der Stadt Wien. Auch dieses Gesetz soll um drei Jahre bis 31. Dezember 1956 verlängert werden.

Zu dem Einwand der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, daß die Gebühren ohnehin die Selbstkosten der Schlachthöfe decken, sodaß die Einhebung der Ausgleichsabgabe wirtschaftlich nicht notwendig sei, stellt der Berichterstatter fest, daß der Betriebsaufwand der Schlachthöfe im kommenden Jahr 12 Millionen Schilling betragen werde, während die Gebühren nur 5,1 Millionen Schilling hereinbringen werden.

Bei der Abstimmung werden beide Gesetze vom Landtag in beiden Lesungen angenommen.

#### Wiener Kanalräumungsgebühren in den Randgemeinden

Stadtrat Resch (SPÖ) berichtet sodann auch über die Ausdehnung des Gesetzes betreffend die Räumung von Unratsanlagen durch die Stadt Wien und die Einhebung von Räumungsgebühren auf die Randgemeinden.

Als 1938 die Randgemeinden an Wien angeschlossen wurden, wurde einfach übersehen, daß Gesetz über die Kanalräumungsgebühren auf diese Gebiete auszudehnen. Dies muß nun nachgeholt werden, weil in einer Reihe dieser Gebiete nicht mehr haltbare juristische Verhältnisse bestehen. In neun Randgemeinden werden sieben verschiedene Rechtsvorschriften angewendet. Durch den Bau des Liesingbach-Sammelkanals würde eine große Zahl von Gemeinden an das Kanalnetz des Liesingbaches angeschlossen; es ist aber nicht möglich, Kanalgebühren einzuheben. Die Vorlage betrifft im übrigen nur die Kanalgebühren, nicht aber die Gebühren über die Räumung von Senkgruben.

Das Gesetz soll auf alle Randgemeinden mit Ausnahme des Gebietes von Mödling und Klosterneuburg ausgedehnt werden, weil dort jetzt schon die Gebühren in ihrer Höhe ungefähr den

Wiener Verhältnissen entsprechen.

Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat in ihrem Gutachten die Ausdehnung begrüßt, aber gegen den gegenwärtigen Zeitpunkt mit Rücksicht auf die bevorstehende Klärung der Gebietsverhältnisse zwischen Wien und Niederösterreich Bedenken erhoben. Der Magistrat ist aber der Ansicht, daß eine Verschiebung nicht möglich ist, denn es darf aus dem Titel der Steuergerechtigkeit nicht zugelassen werden, daß die Vorteile der **Kanalisation** diesen Gebieten zugute kommen, die Kosten aber von den übrigen Gebieten der Gemeinde Wien getragen werden müssen.

Abg. Dr. Altmann (LBl.) spricht sich grundsätzlich für die Ausdehnung der Kanalgebühren auf die Randgemeinden aus, bemängelt jedoch, daß aus dem Bericht nicht zu ersehen ist, wie groß das Ausmaß der Erhöhungen für die Randgemeinden sein wird und welche finanzielle Auswirkung sich für die Gemeinde Wien ergeben werden.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) ist der Meinung, daß die Vorlage auch der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer zur Begutachtung zu übermitteln gewesen wäre. Eine Vereinheitlichung sei zu begrüßen, man müsse aber auch auf die besonderen Verhältnisse in den Randgemeinden Bedacht nehmen. Durch die wesentlich längeren Kanalleitungen auf dem Lande ergeben sich für die dortige Bevölkerung erheblich höhere Belastungen. Der Redner unterstreicht die Feststellung des Berichtserstatters, daß grundsätzlich nicht daran gedacht werden soll, die Senkgruben durch die Gemeinde Wien zu räumen, um den Landwirten die Verwendung des Düngers zu ermöglichen. (Beifall von der Volkspartei.)

Stadtrat Resch (SPÖ) stellt in seinem Schlußwort fest, daß von der Ausdehnung dieses Gesetzes vor allem die Gemeinden Atzgersdorf, Fischamend-Markt, Liesing, Schwechat, Siebenhirten, Wiener-Neudorf und **Alt-Kettenhof** betroffen sind. Die Größe der Erhöhung ist verschieden. Sie beträgt im äußersten Fall, dort, wo überhaupt keine Gebühren bestanden haben, 2 S im Jahr je Meter und je Abortanlage. Der Magistrat schätzt die Mehreinnahmen aus dieser Vorlage auf weit unter 100.000 Schilling pro Jahr. Es handelt sich dabei um kein finanzielles sondern um ein

rechtliches Problem.

Ein Gutachten der Landwirtschaftskammer wurde nicht eingeholt, weil die Vorlage nicht die beruflichen Interessen der Landwirtschaft sondern die Interessen von Hausbesitzern und Mietern berührt.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Präsident Marek schließt hierauf die Sitzung.

Ausstellung Ladislaus Tuszinsky  
=====

Zum 10. Todestag des Illustrators der Kronenzeitung

14. Dezember (RK) Zum 10. Todestag des Zeichners Ladislaus Tuszinsky zeigt die Wiener Stadtbibliothek gemeinsam mit dem Museum der Stadt Wien eine kleine Auswahl aus dem Lebenswerk des populären Künstlers. Tuszinsky hat 40 Jahre hindurch die Titelseite der Kronenzeitung bezeichnet. 12.000 Zeichnungen stammen von seiner Hand. Die Kleinausstellung zeigt Tuszinsky als Illustrator, Filmzeichner und Postkartenmaler. Sie ist Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt bis 9. Jänner geöffnet. Neues Rathaus, IV. Stiege, I. Stock, Lesesaal der Stadtbibliothek.

Wiener Gemeinderat

=====

Beginn der Budgetberatungen

14. Dezember (RK) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zusammen.

Vom Linksblock lag ein Antrag auf "Auszahlung einer Weihnachts-Unterstützung an alle Dauerbefürsorgten" vor. Die dringliche Behandlung wird verlangt: darüber wird vor Schluß der Sitzung (voraussichtlich Samstag) abgestimmt werden. Ferner lagen vom Linksblock zwei Anträge vor. Die SPÖ stellte einen Antrag auf Verlesung der schriftlichen Beantwortung der im Gemeinderat am 7. November gestellten Anfrage über die Schulden der Usia-Betriebe bei den Wiener Stadtwerken. Darüber wird gleichfalls vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden. Eine Anfrage stammt von der WdU.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Wahl des Gemeinderates Fucik (SPÖ) zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Gesundheitswesen und zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten vorgenommen.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1954

Hierauf begann der Wiener Gemeinderat mit den Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1954. Auf Vorschlag von Bürgermeister Jonas werden sich die Beratungen folgendermaßen abspielen. Als erstes wird die Generaldebatte über den Voranschlag zugleich mit der Spezialdebatte über das Finanzwesen abgewickelt. Hierauf folgt die Abstimmung über die Ansätze des Finanzwesens. Dann werden die Geschäftsgruppen I und III bis X einschließlich der Ansätze des außerordentlichen Voranschlages behandelt und darüber abgestimmt. Als letztes wird über Bilanz und Bedeckung referiert und abgestimmt, womit der Voranschlag 1954 erledigt ist. Im Anschluß daran berichtet Stadtrat Dkfm. Nathschläger über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen. Bisher haben sich 73 Redner zu Wort gemeldet, davon 12 Referenten. Stadtrat

Resch berichtet auch über Bilanz und Bedeckung. Von den 61 Debatten-Rednern entfallen 9 auf die WdU, 12 auf den Linksblock, 21 auf die ÖVP und 19 auf die SPÖ.

Stadtrat Resch referierte über das Budget. Er führte aus: Der Voranschlag einer Stadt ist gleichzeitig ihr Programm für die Tätigkeit im kommenden Jahr. Seine Gestaltung beeinflusst wesentlich das Wiener Wirtschaftsleben. Es hat Zeiten gegeben, in denen die Verwaltung und die Wirtschaft einer Stadt nur wenig Berührung miteinander hatten. Heute ist es anders geworden; heute greift die öffentliche Hand unmittelbar in das wirtschaftliche Geschehen ein. Die Gemeinde Wien zum Beispiel ist nicht nur der größte Auftraggeber unserer Stadt geworden, sie ist auch der größte Arbeitgeber und beeinflusst durch die Gestaltung der Lebensverhältnisse ihrer eigenen Angestellten die gesamte Wirtschaft. Die Kaufkraft von 200.000 Menschen, die von den Gehältern und Ruheentzügen leben, die die Stadt zahlt, ist für die Wirtschaft eine wesentliche Stütze, zumal diese Kaufkraft durch die definitive Anstellung unserer Angestellten nur wenig Schwankungen unterliegt. Die Milliardenbeträge, die die Gemeinde jährlich an Aufträgen an die Wirtschaftstreibenden dieser Stadt vergibt, sind die Grundlage der Existenz vieler Betriebe der Industrie und des Gewerbes geworden. Sie geben Zehntausenden von Arbeitern und Angestellten direkt Arbeit und Brot. Niemand kann sich heute mehr vorstellen, wie das Wirtschaftsleben unserer Stadt ohne die Aufträge der Gemeinde existieren sollte. Das Ausmaß der Befruchtung unserer Wirtschaft hängt natürlich von der Höhe der Mittel ab, die aus den Einnahmen der Stadt hierfür bereitgestellt werden können. Die voraussichtlichen Einnahmen genau zu schätzen und bei ihrer Aufteilung die direkt arbeitsschaffenden Ausgaben möglichst stark zu berücksichtigen, ist das wirtschaftlich wichtigste Problem bei Aufstellung des Voranschlages. Leider sind bei der Schätzung der Einnahmen Unsicherheitsfaktoren zu berücksichtigen, die die Richtigkeit der Schätzung außerordentlich erschweren. So mußten zum Beispiel im Vorjahr bei Aufstellung des Voranschlages für 1953 die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern nur aus provisorischen Schätzziffern des Finanzministeriums übernommen

werden, weil bekanntlich im Vorjahr ein Bundesbudget überhaupt nicht zustandekam. Diese provisorischen Schätzziffern für 1953 waren so nieder angesetzt, daß nunmehr bei Aufstellung des Budget 1954 alle Vergleichszahlen zum Voranschlag 1953 über gemeinschaftliche Bundessteuern ein optimistisches Bild ergeben, das garnicht den Tatsachen entspricht. Die wirklichen Einnahmen 1953 aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern, die wir heute schon fast zur Gänze kennen, werden voraussichtlich wesentlich höher sein als sie uns für den Voranschlag 1953 angegeben wurden.

Heuer mußte mit einem noch stärkeren Unsicherheitsfaktor gerechnet werden, und zwar mit der voraussichtlichen Auswirkung der Reformen der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und der Lohnabzugssteuer, die alle erst am 1. Jänner 1954 in Kraft treten, so daß bis jetzt ihre Auswirkungen auf die Höhe der Einnahmen nur vermutet werden können; dabei gehen die Meinungen stark auseinander.

#### Mindereinnahmen an Gewerbesteuer . . .

In Verhandlungen mit dem Finanzministerium ist es gelungen, die ursprünglich vorgesehene Ermäßigung der Gewerbesteuer bis zu einem Einkommen von 102.000 Schilling auf 72.000 Schilling herabzudrücken. Die Forderung nach Einführung einer Mindeststeuer und die Forderung, daß auch endlich die Bundesbetriebe gewerbesteuerpflichtig werden sollen, konnten leider nicht durchgesetzt werden. Der voraussichtliche Verlust Wiens an Gewerbesteuer wird im nächsten Jahr 25 Millionen Schilling betragen.

#### . . . und an Einkommensteuer

Die auf Grund der Einkommensteuerreform zu erwartenden Mindereinnahmen an Einkommensteuer- und Lohnsteuer werden auf insgesamt 1 Milliarde bis 1.2 Milliarden Schilling geschätzt, wovon Länder und Gemeinden die Hälfte zu tragen haben. Von den Mindereingängen an Einkommen- und Lohnabzugssteuer entfällt allein auf Wien der gigantische Betrag von 175 bis 210 Millionen Schilling.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich

Stadtrat Resch gibt hierauf einen ausführlichen Überblick über die diesjährigen Finanzausgleichsverhandlungen und stellt hiezu ausdrücklich fest, daß die Gesetzgebungskompetenz auf diesem Gebiet dem Nationalrat zusteht. Die Finanzausgleichsverhandlungen mit den Vertretern der Länder, Städte und Gemeinden entsprechen einer seit Jahrzehnten eingehaltenen Übung, wobei der Bund den Grundsatz vertritt, daß es sich hier um ein paktiertes Recht handelt, das vorher mit den Verhandlungspartnern abgesprochen werden muß.

Die erste Forderung des Finanzministers, daß die Länder die Aktivbezüge der Lehrer und alle nach dem 1. Jänner 1954 neu anfallenden Pensionen zu übernehmen hätten, wurde von den Ländern nicht akzeptiert, da die daraus erwachsende jährliche Belastung der Länder rund 861 Millionen betragen hätte. Als Ausgleich hatte der Finanzminister einen Abbau des Bundespräzipiums in drei Etappen in Aussicht gestellt. Der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer und an der Lohnsteuer sollte auf 6 Prozent - statt bisher 17 bzw. 20 Prozent - herabgesetzt, hingegen der Anteil der Länder von 33 bzw. 30 Prozent auf 44 Prozent erhöht werden. Diese Forderung wurde vom Finanzministerium damit begründet, daß die Mehrausgaben des Bundes gegenüber 1952 im kommenden Jahr 3 Milliarden Schilling betragen werden, wodurch mit einem Nettoabgang von 2 Milliarden Schilling gerechnet werden müsse.

Länder und Gemeinden haben die Forderung nach Übernahme der Lehrerbezüge durch die Länder einheitlich abgelehnt, außerdem haben sich auch sämtliche Organisationen der Lehrerschaft gegen die "Verlängerung" der Lehrer zur Wehr gesetzt.

Nach Ablehnung dieser ersten Forderung stellte der Finanzminister das Verlangen nach einer Erhöhung des Bundespräzipiums von 575 Millionen auf 1 Milliarde jährlich.

Auch diese Forderung fand nicht die Zustimmung der Vertreter der Länder und Gemeinden. Bundeskanzler und Finanzminister erklärten, daß es nicht möglich sei, mit dem Bundespräzipium unter 800 Millionen Schilling herunterzugehen. Die Erhöhung des Bundespräzipiums wurde mit der Steigerung der Gewerbesteuererträge von 800 Millionen im Jahre 1952 auf 1,2 Milliarden im Vorschlag 1954 begründet. Der Kompromißvorschlag der Länder und Gemeinden ging dahin, das Bundespräzipium mit 700 Millionen Schilling festzulegen. Mit der Ablehnung dieses Vorschlages durch den Finanzminister waren die Verhandlungen als gescheitert anzusehen und der Ministerrat mußte die auf der Tagesordnung stehende Beratung des Budgets 1954 absetzen. Damit war tatsächlich wieder eine Budgetkrise ausgebrochen. Schließlich ist es in Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien gelungen, das Bundespräzipium mit 700 Millionen Schilling festzusetzen, allerdings nur unter der Bedingung, daß schon im Frühjahr 1954 neue Finanzausgleichsverhandlungen aufgenommen werden, wobei eine Regelung auf längere Zeit - es wurde von 3 Jahren gesprochen - gefunden werden soll.

Es soll ausdrücklich festgehalten werden - betonte Stadtrat Resch - daß es sich bei der Festlegung des Bundespräzipiums für 1954 keineswegs um ein Diktat des Bundes handelt, es haben vielmehr die Länder, Städte und Gemeinden Österreichs einvernehmlich dem Bunde diese Summe angeboten. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung für die kommenden neuen Finanzausgleichsverhandlungen, daß die Einheit der Länder, Städte und Gemeinden bei diesen langwierigen Verhandlungen gewahrt werden konnte.

Wien hat ein Drittel der Mehrbelastung aus dem Bundespräzipium, nämlich 42 Millionen Schilling, zu tragen.

Der Finanzminister hat trotz der durchgeführten Steuerreformen für das kommende Jahr äußerst optimistisch budgetiert und begründete diese ~~optimistische~~ Auffassung mit der von ihm angenommenen Expansion der österreichischen Wirtschaft. Er rechnet mit einer Fortdauer der aktiven Zahlungs- und Handelsbilanz und der Exportkonjunktur.

Die aktive Handels- und Zahlungsbilanz, auf die sich der Finanzminister stützt, ist zweifellos nur vorübergehend möglich durch die Tatsache, daß unsere Exportkonjunktur begünstigt, unsere Importe jedoch benachteiligt wurden. Alle übrigen Staa-

ten der Europäische Zahlungsunion mußten ihre Wareneinfuhr mit mindestens 75 Prozent liberalisieren, eine Reihe von Staaten hat die Wareneinfuhr in ihrem Land schon mit mehr als 90 Prozent freigegeben, sodaß Österreich ungehindert seine Waren in diese Staaten verkaufen konnte, während umgekehrt Österreich bis vor kurzem überhaupt nichts oder jedenfalls unzureichend seine Importe liberalisiert hat. Die EPU-Staaten üben daher mit Recht einen gewissen Druck auf Österreich aus und weisen darauf hin, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Wenn wir unsere Liberalisierung ähnlich wie die anderen EPU-Staaten erhöhen, wird natürlich der Import nach Österreich wesentlich ansteigen und damit die Grundlage der aktiven Handels- und Zahlungsbilanz verlorengehen.

Die zweite Ursache, warum man nicht mit so großem Optimismus in die Zukunft sehen darf, ist - betont Stadtrat Resch - die Tatsache, daß trotz Erhöhung der Exporte die Produktion in Österreich im letzten Jahr überhaupt nicht gestiegen, sondern sogar gesunken ist.

Drittens konnte der Devisenvorrat, auf dem wir mit Recht so stolz sind, und der eine gewisse wirkliche Deckung für die zukünftige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft bietet, überhaupt nur zustandekommen, weil wir einen Zwangskurs für unseren Schilling und weil wir eine Devisenbewirtschaftung haben.

Hätten wir keine Devisenbewirtschaftung und keinen Zwangskurs, dann würde sich jede aktive Zahlungsbilanz in kurzer Frist ausgleichen. Wenn wir einen freien Zahlungsverkehr hätten, dann würde der Überschuß an Devisen auf dem Markte angeboten werden. In einer freien Geldwirtschaft würde sich die automatische Wirkung von Nachfrage und Angebot geltend machen. Ein höheres Devisenangebot aus Exportüberschüssen bewirkt automatisch, daß der Wert der fremden Devisen sinkt und der Wert des Schillings steigt. Damit würden unsere Preise gegenüber dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig sein, unser Export würde auf vielen Gebieten unmöglich werden und sinken.

Steigt der Wert des Schillings durch ein Überangebot an Devisen, so wird andererseits auch der Import leichter werden, weil wir um den gestiegenen Wert des Schillings mehr Waren aus dem Ausland bekommen.

Ich behaupte daher, sagt Stadtrat Resch, daß der ganze Devisenvorrat, den die Österreichische Nationalbank in den letzten eineinhalb Jahren sammeln konnte, nur möglich war, weil sich das Überangebot von Devisen durch Devisenbewirtschaftung und durch den Zwangskurs nicht auf den Schillingkurs auswirken konnte. Wenn wir morgen in Österreich einen freien Geldmarkt hätten, würde der Dollar in kürzester Frist nicht mehr 26 Schilling, sondern wesentlich weniger kosten. Man kann aber nicht damit rechnen, daß sich das Ausland diesen Zustand auf die Dauer gefallen läßt, daß die Ansammlung von Devisen nicht die naturnotwendige geldmarktliche Anwendung findet wie anderswo.

Entscheidender ist aber noch die Tatsache, daß sich die Exportsteigerung des letzten Jahres auf die Produktion in Österreich überhaupt nicht ausgewirkt hat. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat in seinem letzten Bericht festgestellt, daß in der Zeit vom Jänner bis August, wo wir eine ausgesprochene Exportkonjunktur hatten, die Produktion in Österreich überhaupt nicht gestiegen, sondern um 2 Prozent gesunken ist. Wenn wir die Exportsteigerung nicht gehabt hätten und allein auf den Inlandskonsum angewiesen wären, wäre ein Sinken um volle 10 Prozent eingetreten. Es wurde also im Inland um volle 10 Prozent weniger konsumiert als vor einem Jahr. Die Exportkonjunktur ist daher durch einen Verzicht des Inlandes auf einen Teil des Konsums erfolgt. Keiner der unselbständig Erwerbstätigen in diesem Lande hat in diesem Jahr das Gefühl gehabt, daß sein Lebensstandard gestiegen ist, denn der Inlandskonsum ist tatsächlich um 10 Prozent gesunken.

Ich bin daher der Meinung, betont Stadtrat Resch, daß trotz der aktiven Handels- und Zahlungsbilanz und trotz der Erhöhung unseres Devisenvorrates dadurch, daß keine Erhöhung für den Inlandskonsum erfolgt ist, daß keine Erhöhung der Produktion und keine wesentliche Änderung der Beschäftigtenzahlen eingetreten ist, diese Grundlagen nicht ausreichen zu

einer wirklich optimistischen Auffassung der kommenden Entwicklung. Nur wenn aus der reinen Geldkonjunktur eine Waren- und eine Mengenkonzunktur wird ist der Optimismus des Finanzministers gerechtfertigt.

Dazu ist vor allem notwendig, daß das jetzt brachliegende Kapital, das aus der Exportkonjunktur kommt, endlich in langfristige billige Kredite umgewandelt werden muß. Wenn mit diesen billigen langfristigen Krediten neue Produktionsstätten in diesem Lande geschaffen werden können, die vorhandenen Modernisierungen verbessert werden, wenn damit die Gestehungskosten unserer Waren und die Preise sinken, die Konsumkraft der großen Massen erhöht wird und eine dauernde Vollbeschäftigung erreicht werden kann, dann erst werden wir mit erhöhten Steuereinnahmen rechnen können.

Zu dieser wünschenswerten Entwicklung gehört, daß die öffentliche Wirtschaft das Möglichste beiträgt und einen möglichst großen Teil der ihr zur Verfügung stehenden Mittel für Zwecke der Arbeitsbeschaffung verwendet. Im Bunde ist aus einem Saulus bereits ein Paulus geworden. Während der Finanzminister noch im Vorjahr öffentliche Investitionen als unwirtschaftlich abgelehnt und erklärt hat, daß die private Wirtschaft mit dem gleichen Geldbetrag einen viel größeren Effekt erzielen könnte als die öffentliche Wirtschaft, ist der Finanzminister heuer schon zu dem von uns vertretenen Grundsatz zurückgekehrt und hat in sein Budget gegenüber dem Vorjahr um eine volle Milliarde mehr für öffentliche Investitionen eingesetzt, was ich mit großer Anerkennung zur Kenntnis nehme.

Stadtrat Resch zeigt sodann auf, in welcher günstiger Weise sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinde Wien auf die Zahl der Beschäftigten und der Arbeitslosen in dieser Stadt auswirkt. Die Gemeinde Wien hat wieder ein Winterarbeitsprogramm aufgestellt. Sie hat damit, gewitzigt durch die Erfahrungen der Vorjahre, heuer schon viel früher begonnen und schon im Oktober die meisten Vorhaben in die Wirklichkeit umgesetzt. Ein Vergleich zwischen den Monaten

August und Dezember 1953 zeigt nun, daß die Arbeitslosenzahl in allen Bundesländern, nämlich in Niederösterreich um 38 Prozent, in Oberösterreich um 48 Prozent, in Steiermark um 54 Prozent, in Burgenland um 71 Prozent, in Salzburg um 100 Prozent, in Kärnten um 131 Prozent und in Tirol um 145 Prozent, wesentlich gestiegen ist. In dem gleichen Zeitabschnitt steht Wien allein auf weiter Flur mit einer Abnahme seiner Arbeitslosenzahl um 0.7 Prozent. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - Zustimmung bei der ÖVP.) Der Arbeitslosenstand hat sich von 59.528 im August auf 59.143 am 1. Dezember gesenkt. Wir vermochten die Zahl der Beschäftigten durch eine kluge Verteilung unserer Arbeitsaufträge noch um 400 zu steigern und konnten damit die von den Arbeitern so schwer empfundene Zeit der Saisonarbeitslosigkeit des Winters wesentlich verkürzen. Wenn auch das gute Bauwetter hiezu einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet hat und in den westlichen Bundesländern die Sommersaison im Fremdenverkehr berücksichtigt werden muß, ist aber das Gesamtergebnis dieser Gegenüberstellung für Wien und seine Wirtschafts- und Finanzpolitik zweifellos erfreulich.

Ein gleiches Ergebnis zeigt die Zahl der in Wien Beschäftigten. Bei der Wiener Gebietskrankenkasse waren am 1. Dezember mit 371.000 Arbeitern um 7.000 mehr versichert als im Vorjahr. Auch bei den Angestellten ist die Zahl der Versicherten heuer mit 170.000 um 4.000 höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Es sind somit insgesamt um 11.000 Arbeiter und Angestellte am 1. Dezember in Wien mehr beschäftigt als 1952. Den 371.000 beschäftigten Arbeitern in der privaten Wirtschaft standen am gleichen Stichtag des Jahres 1937 nur 194.000 beschäftigte Arbeiter, also um 180.000 weniger gegenüber. Während wir heuer 170.000 Angestellte beschäftigen, betrug die Vergleichszahl vom 1. Dezember 1937 nur 118.000, also um 52.000 weniger als heute. Zusammen beschäftigen wir also in Wien um 230.000 Arbeiter und Angestellte mehr als 1937, wohl ein eklatantes Zeugnis für den Erfolg der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die in dieser Stadt in der Zweiten Republik geführt wird. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Die Einnahmen und die Ausgaben

Der Redner erklärt, er habe die optimistischen Ansätze des Bundes übernommen. Die eigenen Einnahmen wurden genau nach dem letzten Ergebnis der Einnahmen 1953 errechnet und festgesetzt. Bei gleichbleibender Wirtschaftslage, das heißt, wenn sie sich nicht bessert, sind keine Reserven in diesem Budget enthalten. Es seien keinerlei neue Steuern und Abgaben vorgesehen, jedoch auch keine Ermäßigungen. Die Gesamteinnahmen im kommenden Jahr im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag werden 2.900 Millionen Schilling einbringen, das ist um 7.9 Prozent mehr. Die Ausgaben sind mit 3.089 Millionen Schilling angesetzt, sie steigen also um 7.8 Prozent. Es ergibt sich somit ein Abgang von 189 Millionen, das sind um 13 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Der Abgang macht daher 6.1 Prozent des Budgetvolumens aus.

Die Einnahmen gliedern sich nun in Nettoertragsanteile, also in Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern in der Höhe von 931 Millionen. Sie werden trotz der Erhöhung des Bundespräzipiums gegenüber dem Voranschlag 1953 um 58 Millionen oder 6.6 Prozent höher sein. Die Einnahmen aus den eigenen Steuern und Abgaben sind mit 819 Millionen, um 106 Millionen höher, angesetzt. Die sonstigen Einnahmen betragen 838 Millionen, um 33 Millionen mehr. Darlehen sind mit 39 Millionen im Budget angesetzt. Die Wertdurchführungen, das sind die Verrechnungsansätze zwischen den Gemeindedienststellen machen 273 Millionen Schilling aus. Der Referent bezeichnet diese Vergleichsziffern nur deswegen so günstig, weil die Ansätze des Voranschlages 1953 zu niedrig gehalten waren, mit den tatsächlichen Einnahmen verglichen ergibt sich ein anderes Bild. So wurden an Nettoertragsanteilen für 1954 931 Millionen angesetzt, sie haben jedoch zum Beispiel im Jahre 1952 tatsächlich 1.079 Millionen ausgemacht. Die Ertragsanteile 1954 werden also um 148 Millionen geringer sein. Auch im Vergleich zu 1953 sind die Nettoertragsanteile um 119 Millionen geringer. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei den Gesamteinnahmen. Sie betragen im Jahre 1952 3.029 Millionen, waren also um 129 Millionen höher als es die Einnahmen 1954 sein werden. Für das Jahr 1953 rechnet man mit 3.091 Millionen. Das nächstjährige Ergebnis wird also um volle 191 Millionen Schilling hinter dem tatsächlichen Ergebnis

des heurigen Jahres zurückbleiben.

Bei den eigenen Abgaben zeigt sich eine Steigerung um 106 Millionen Schilling. Diese teilen sich auf mit 85 Millionen auf die Gewerbesteuer, mit 10 Millionen auf die Lohnsteuer, mit 5 Millionen auf die Grundsteuer und mit 3 Millionen auf die Vergnügungssteuer. Alle anderen Ansätze sind im wesentlichen nur geringfügig geändert.

Bei den Ausgaben wurde stets nach dem Grundsatz budgetiert, keine Erhöhung des Verwaltungsaufwandes zuzulassen, und dort, wo eine solche Erhöhung zwangsläufig notwendig geworden ist, gleichzeitig neue Mittel zu ihrer Deckung zu schaffen. Der Referent verweist in diesem Zusammenhang auf die notwendig gewordene Erhöhung der Kindergarten- und Röntgenuntersuchungsgebühren. Er vertrete den Grundsatz, den Verwaltungsaufwand nicht erhöhen zu lassen und alle Kraft darauf zu verwenden, das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht zu schmälern. Zum Beweis hierfür dienen zum Beispiel die Vergleichszahlen für den Personalaufwand, der im kommenden Jahr 31.7 Prozent des Budgets ausmachen wird. Er wurde um 0.3 Prozent gedrückt, obwohl die Bezüge durch die erste Etappe der Entnivellierung gesteigert wurden. Die Reduzierung ist durch eine wenn auch geringfügige Reduzierung des Personals um 418 Personen erreicht worden. Der laufende Sachaufwand wird 38.7 Prozent des Budgets ausmachen, gegenüber 38.3 im Jahre 1953, was vor allem in der Steigerung der Spitalskosten seine Ursache hat. Bei den Investitionen ist es gelungen, den Prozentsatz am Gesamtaufwand mit 29.6 Prozent fast unverändert zu belassen.

Der Gesamtaufwand der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten beträgt 980 Millionen Schilling, das bedeutet eine Steigerung um 63 Millionen oder um 6.9 Prozent. In der Verwaltungsgruppe II steigen die Ausgaben um 54 Millionen auf 240 Millionen Schilling. Die Ursache dieser Steigerung ist, daß im kommenden Jahr für Darlehen an Genossenschaftliche Siedlungs- und Wohnungsbauten 50 Millionen Schilling bereitgestellt werden, gegenüber 30 Millionen Schilling im Jahre 1953.

Der Referent erklärt, die Gemeindeverwaltung wäre bereit, aus diesen Krediten auch Kredite für den Bau von Eigenheimen von Privaten zu geben, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese gleiche Regelung aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds erfolgt. Wenn also der Bund seine Kreditgewährung aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds auch auf den Bau von privaten Eigenheimen ausdehnt, ist auch die Gemeindeverwaltung bereit, aus ihren Mitteln solche Darlehen in dem gleichen Umfang wie für Genossenschaften zu geben. Für die Vorfinanzierung von Hausrat ist ein Betrag von 40 Millionen Schilling erstmalig vorgesehen. Stadtrat Resch erklärt sich bereit, über diesen Betrag hinaus Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn das Handelsministerium sämtliche Hausratsansuchen schnell erledigt. Gleichfalls erstmalig angesetzt ist ein Vorschuß, der zur Deckung des Betriebsabganges von der Wohnhäuserverwaltung benötigt wird und der im kommenden Jahr ohne Investitionen und ohne Kapitaldienst 9,4 Millionen ausmachen wird. An Zinsen, die an Rücklagen verrechnet werden müssen, wurden 10 Millionen mehr angesetzt. Die zusätzlichen Mehrausgaben betragen insgesamt 79 Millionen Schilling. Für Darlehen und Beteiligungen ist ein um 10 Millionen geringerer Betrag im Budget und für den Ankauf von Wertpapieren um 15 Millionen weniger. Es ergibt sich somit ein Mehraufwand von 54 Millionen Schilling.

In der Verwaltungsgruppe für Kulturangelegenheiten steigen die Ausgaben von 39 Millionen auf 62,8 Millionen. Hier sind allerdings einmalige Ausgaben eingeschlossen und zwar 5 Millionen für den Bau des Museums der Stadt Wien und 30 Millionen für den Bau der Wiener Sporthalle. Jedoch auch bei Außerachtlassung dieser beiden Beträge ergibt sich eine Steigerung im Kulturbudget um 4 Millionen, das sind 18 Prozent, gegenüber einer Steigerung des Gesamtbudgets von 7,8 Prozent. 1,7 Millionen Schilling, die gleichfalls im Kulturbudget aufscheinen, sind für das Landesjugendreferat vorgesehen.

Beim Wohlfahrtswesen steigt der Aufwand um 12 Millionen auf 380 Millionen Schilling. Allein die Erwachsenenfürsorge wird 244 Millionen kosten und gegenüber dem Vorjahr unverändert in der Höhe ihres Aufwandes bleiben, trotz einem Rückgang in der Zahl der Befürsorgten. Es tritt also eine Steigerung in dem Ausmaß der Fürsorgeleistungen ein. (Beifall bei der SPÖ.) Die Jugendfürsorge erfordert 136 Millionen, sie steigt um 12 Mill.

Es ist die Eröffnung von 14 neuen Kindergartenabteilungen geplant, ferner sollen vier neue Räume zu vorhandenen Kindergärten dazugebaut werden.

Die Aufwendungen für das Gesundheitswesen steigen um 35 Millionen auf 476 Millionen Schilling. Davon werden nur mehr 12 Millionen zur Behebung der Kriegsschäden im Franz Josef-Spital benötigt. Alle Wohlfahrtsanstalten zusammen, also alle Spitäler, Obdachlosenheime, Jugend- und Altersheime, werden im nächsten Jahr einen Aufwand von 603 Millionen Schilling erfordern, davon die Spitäler allein 454 Millionen. Zu diesem Aufwand von 603 Millionen für die Wohlfahrtsanstalten dieser Stadt wird das Finanzressort allein einen Zuschuß von 329 Millionen Schilling leisten müssen, gegenüber 293 Millionen im Jahre 1953. Ein Patient kostet heuer pro Tag 73 Schilling, im nächsten Jahr jedoch 90 Schilling. Stadtrat Resch erklärt in diesem Zusammenhang, daß er wisse, daß weder die Privaten noch die Krankenkassen die volle Höhe der Kostenersatzes tragen können. Er bekenne sich zu dem Grundsatz, daß Krankheit Not ist und daß der Kranke daher ein Recht darauf hat, daß ihm von der Allgemeinheit geholfen wird. Die Allgemeinheit ist aber nicht die Gemeinde allein, dazu gehören auch der Bund und die Länder. Im kommenden Finanzausgleich wird über eine Aufteilung des Defizites der Spitäler in der Art wie vor 1938 entschieden werden müssen. (Allgemeiner Beifall.)

#### Mehr als eine Milliarde für Bauaufgaben

Der Gesamtaufwand für das Bauwesen ist um 77 Millionen auf 1.097 Millionen Schilling gestiegen. Er enthält den größten Teil des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, doch sind, wie Stadtrat Resch erklärte, auch bei anderen Verwaltungsgruppen Aufwendungen für Bauaufgaben vorgesehen, wie zum Beispiel die Stadthalle im Kulturbudget.

Die Aufwendungen für den Wohnbau konnten erfreulicherweise trotz Rückgang der Einnahmen um 57 Millionen auf 520 Millionen Schilling gesteigert werden. (Beifall.) Die Baukosten sinken nicht nur durch Sparmaßnahmen sondern vor allem durch die Normierungen der Bauteile und durch die Steigerung der Produktivität. Der für den Wohnbau vorgesehene Betrag reicht für 7000 Normalwohnungen. Ferner sind im Budget ein Kredit bis zu 50 Millionen für Genossenschaftsbauten vorgesehen, das ergibt zu-

sammen mit dem Bundeszuschuß und den Eigenmitteln ein Baukapital von 170 Millionen Schilling. Weitere 2000 Wohnungen können damit gebaut werden. Durch die Kriegsschadenbehebung und durch private Bautätigkeit werden weitere 2000 Wohnungen gebaut werden können, zusammen also 11.000 Wohnungen. Das sind bei einem wahrscheinlichen Abgang von 1000 Wohnungen immerhin ein Zuwachs von 10.000 neuen Wohnungen. (Beifall.)

Der sonstige Bauaufwand für Straßen, Brücken, Wasserbauten, Kanäle, Gärten, Bäder, Beleuchtung, Friedhöfe, Straßenpflege und anderes hält sich ungefähr in der Höhe wie 1953. Von den größeren Bauvorhaben erwähnte Stadtrat Resch 2,5 Millionen für die Erneuerung der Telephonzentrale im Rathaus, 7 Millionen für den Bau von Großverkehrsstraßen - der Aufwand für den gesamten Straßenbau ist mit 65 Millionen veranschlagt - die Fortsetzung der Liesingbachregulierung mit 9,3 Millionen, der Ausbau des Freudenauer Hafens mit 8,7 Millionen Schilling. Diese Ausgaben sind allerdings nur möglich, wenn der Bund seine Verpflichtung einhält und den gesetzlichen Anteil für Wasserbauten wirklich leistet. Für den Wiederaufbau der Rotundenbrücke sind 5,5 Millionen vorgesehen, für den Wasserspeicher Steinfeld 15 Millionen, für den Ausbau des Rohrnetzes 9,5 Millionen, für Wasserleitungsbauten in den Randgemeinden 2 Millionen, für das Theresienbad 9,7 Millionen und für die Erneuerung des städtischen Fuhrparks 5,6 Millionen Schilling.

Der Gesamtbauaufwand, das ist die laufende Erhaltung, der Neubau und die Behebung von Kriegsschäden in allen Verwaltungsgruppen, überschreitet zum erstenmal die Milliardengrenze. Er ist mit einer Milliarde und 24 Millionen Schilling um 91 Millionen höher als für 1953 und beträgt 33,1 Prozent des gesamten Budgetvolumens, also ein volles Drittel.

In der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen sinkt der Aufwand um 3 Millionen auf 170 Millionen Schilling; dies ist nur auf den Rückgang der Kriegsschäden um 28 Millionen zurückzuführen. Sonst ergibt sich eine Steigerung um 25 Millionen Schilling. Zum ersten Male ist in der Wohnhäuserverwaltung, die einen Abgang von 9,4 Millionen aufweist, der Zuschuß der Finanzgruppe ausgewiesen, um den theoretischen Grundsatz festzuhalten, daß die Betriebskosten von den Mietern zu tragen sind.

In der Verwaltungsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten sinken die Ansätze um 16 Millionen auf 232 Millionen Schilling. Für Schulmöbel werden um 6 Millionen Schilling weniger ausgegeben, da die Anschaffung moderner Schulmöbel abgeschlossen ist.

Um 10 Millionen Schilling sinkt der Betrag für die Behebung von Kriegsschäden auf Märkten, Schlachthöfen und in Schulen.

Trotz dem Rückgang der Kinderzahl müssen jedoch neue Schulen gebaut werden, vor allem in den neuen Siedlungsgebieten und in schlecht dotierten Bezirksteilen. Doch ist hier wegen einer eventuellen Fehlinvestition Vorsicht nötig.

Der Schulbauaufwand beträgt für die Erhaltung und Modernisierung der bestehenden Schulen 15 Millionen Schilling. Für Neubauten und sonstige bauliche Veränderungen sind gleichfalls 15 Millionen Schilling vorgesehen, für die Behebung von Kriegsschäden 15,4 Millionen, so daß der Bauaufwand allein für Schulzwecke 45,4 Millionen Schilling beträgt.

Die Märkte und Schlachthöfe erfordern 39,4 Millionen. Sie sind schwer passiv, denn die Einnahmen betragen nur 23 Millionen Schilling.

Die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Verwaltung beansprucht den geringsten Aufwand von allen Verwaltungsgruppen. Er beträgt 93,4 Millionen Schilling, um 600.000 weniger. Davon entfallen allein 7 Millionen Schilling für die Behebung der Kriegsschäden der Feuerwachen Am Hof und Ottakring. Der Aufwand für die Feuerwehr ist um zwei Millionen auf 45,6 Millionen gestiegen. Der Beitrag zu den Kosten für die Bundespolizei bleibt mit 35,3 Millionen unverändert. Für die Gemeinderatswahlen im kommenden Jahr sind 3,1 Millionen präliminiert.

### 35 Erinnerungen zum Budget

Der Voranschlag ist durch acht Tage zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Die Bevölkerung hat das Recht und die Pflicht, dazu Stellung zu nehmen. Heuer wurden 64 Einsichtnahmen verzeichnet und 35 Erinnerungen zum Voranschlag abgegeben. Beim Voranschlag 1953 waren es 40 Einsichtnahmen und 34 Erinnerungen. Unter denen, die Einsicht **nahmen**, befanden sich 33 Arbeiter und Angestellte, 5 Angehörige eines freien Berufes, 2 selbständig Erwerbstätige, 6 Pensionisten, 5 Rentner, 10 Frauen, die im Haushalt beschäftigt sind, ein Kleinlandwirt und zwei ohne Berufe.

Die Gemeinde Wien ist kreditfähig

Zum Abschluß seiner großen Rede sprach Stadtrat Resch grundsätzlich über die Kreditfrage. Wie die Zahlen des vorliegenden Voranschlages beweisen, so betonte er, ist es auch heuer wieder gelungen, ein Budget aufzustellen, dessen Leistungen und Vorhaben in keinem Belang hinter denen des Voranschlages für das Jahr 1953 zurückbleiben. Wenn ich auch zugeben muß, daß die Einnahmenseite des Voranschlages wegen der noch nicht bekannten Auswirkungen der Steuerreformen mehr Unsicherheitsfaktoren enthält als in den Vorjahren, und wenn es leider auch richtig ist, daß die voraussichtlichen Gesamteinnahmen 1954 hinter den tatsächlich erzielten Gesamteinnahmen des Jahres 1952 ja selbst 1953 zurückbleiben werden, so geben uns die, wenn auch nur bescheidenen Rücklagen, die wir durch die vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre erübrigt haben, die Sicherheit, daß wir das Programm dieses Voranschlages auf jeden Fall voll erfüllen werden. Ich weiß, daß damit noch nicht alle berechtigten Wünsche und Forderungen unserer Bevölkerung erfüllt sein werden und noch große Aufgaben zu leisten sind. Ich wiederhole daher die Erklärung, die ich schon bisher alljährlich bei jeder Budgetberatung abgegeben habe. Auch die Stadt Wien benötigt Kredite! Auch sie kann die Kosten ihrer noch ungelösten großen Probleme nicht allein aus ihren laufenden Einnahmen decken. Kredite zur Deckung der Kosten einmaliger großer Aufwendungen aufzunehmen, ist keine Erfindung jetzt lebender Finanzsachverständiger. Schon Breitner hat eine große Anleihe für die Stadt aufgenommen, die Dollaranleihe des Jahres 1927. Sie war übrigens der letzte Kredit, den die Gemeinde Wien erhalten hat. Seither hat es außer kurzfristigen Schatzscheinen und einer Konversionsanleihe, die aber auch kein neues Geld gebracht haben, keine Wiener Anleihe mehr gegeben. Kredite ermöglichen bekanntlich nicht nur die Ausführung von Vorhaben, für die die eigenen Mittel nicht reichen, sondern sie haben auch die erwünschte Wirkung, die Kosten von langlebigen Neuerrichtungen wenigstens zum Teil von den Schultern der jetzt lebenden Generation auf die zukünftiger Generationen zu überwälzen, die auch noch Vorteile aus dieser Inve-

stitution genießen. Das ist wirtschaftlich und moralisch gerechtfertigt und wurde von uns nie bestritten. Was wir immer abgelehnt haben und auch heute noch ablehnen, ist, dauernde laufende Aufgaben der Gemeinde aus Krediten zu decken. Hierzu zählen wir auch den sozialen Wohnungsbau, den wir als eine dauernde Pflichtaufgabe der Gemeinde ansehen und den wir daher wie alle dauernden Aufwendungen nur aus laufenden dauernden Einnahmen decken können. Das soll nicht heißen, daß wir für einen einmaligen zusätzlichen Wohnbauaufwand Kredite ablehnen. Wir wären im Gegenteil gerne bereit, durch eine, durch Kredite mögliche einmalige zusätzliche Leistung die Behebung der Wohnungsnot in Wien zu beschleunigen, wenn die normale Kapazität der Wiener Bauwirtschaft für eine solche zusätzliche Leistung ausreicht. Ausdrücklich möchte ich feststellen, daß wir im Gegensatz zu anderen Körperschaften dieses Landes für die Behebung unserer Kriegsschäden keine Kredite mehr benötigen. Für die noch nicht behobenen Kriegsschäden an Gemeindefohnhäusern - es sind dies nur mehr alte Häuser - werden wir die Kredite des Wohnhauswiederaufbaufonds in Anspruch nehmen und die sonst noch vorhandenen relativ geringen Kriegsschäden an unseren Brücken und sonstigen Anlagen mit eigenen Mitteln beheben. Für die vielen noch zu lösenden neuen Probleme aber werden wir Kredite brauchen. Leider kann man durch Reden allein Kredite weder im In- noch im Ausland erhalten. Die Kreditgeber verlangen mehr, vor allem neben der Bonität des Schuldners eine ausreichende Sicherheit des Geldwertes und die Gewähr der unbehinderten Rückzahlung. Echte Auslandskredite, keine bloße Verpfändung von Wertobjekten, sind nach meinen Informationen derzeit nicht zu haben. Solange Österreich kein selbständiger Staat ist und solange die Besetzung dauert, sind ausländische Kommerz-Banken nicht bereit, Kredite zu gewähren. Inwieweit die Weltbank bereit ist, für eine Gemeinde einen ausreichenden Kredit selbst zu geben oder hierfür die Haftung zu übernehmen, kann mangels eines Präzedenzfalles nicht beurteilt werden. Sie gibt normal Kredite nur an ihre Mitglieder, und das sind die Staaten, die ihr angehören, also in unserem Fall Österreich aber nicht Wien.

Auch im Inland scheinen mir ernste Verhandlungen erst möglich, bis die Rekonstruktion unseres Bankenapparates die Umwandlung kurzfristiger Einlagen in langfristige Kredite möglich macht. Wir können aber schon jetzt viel tun und haben schon viel getan, um im Falle der Möglichkeit ausreichende Kredite zu für unserträglichen Bedingungen zu erhalten. Wir haben die Kreditwürdigkeit unserer Stadt nicht nur erhalten, sondern wir haben sie noch beträchtlich gesteigert. Wir haben schon seit Jahren ein ausgeglichenes Budget, wir haben keinen Groschen neue Schulden gemacht, sondern in der Hoheitsverwaltung einen schuldenfreien Realbesitz geschaffen, dessen Verkehrswert ein Vielfaches jedes denkbaren Kredites ausmacht; wir haben schließlich als Sicherstellung auch unsere großen Unternehmungen, die Milliarden wert sind. Wien ist auch jederzeit bereit, über die noch vorhandenen unbedeutenden Reste seiner Auslandsschulden ein den Römer Protokollen über die Abstattung der Auslandsschulden halbwegs entsprechendes Abkommen zu treffen. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit unseren Gläubigern sind bereits im Gange. Ich möchte daher heute nicht mehr darüber sagen. Damit glauben wir für die Aufnahme eines Kredites mehr und Wichtigeres getan zu haben, als nur darüber zu reden. Wien ist nach seiner Vermögenslage heute für jeden denkbaren Kredit sicherer als irgendein Kreditwerber in Österreich. Ich halte es aber für richtiger, nicht zu drängen, auch nicht die Kreditwürdigkeit der Stadt durch die Aufnahme kleinerer Beträge zu schmälern, sondern ich bin dafür, den richtigen Augenblick für die Aufnahme eines ausreichenden Kredites zu für uns annehmbaren Bedingungen abzuwarten. Ich bin sicher, daß wir auch dieses Problem im geeigneten Augenblick und zur Zufriedenheit unserer Bevölkerung lösen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend möchte ich daher der Erwartung Ausdruck geben, daß unser schwer geprüftes und in seinen Hoffnungen durch nicht eingelöste Versprechen so oft getäushtes Vaterland endlich seine Freiheit und seine staatliche Souveränität zurück-erhalten möge. (Allgemeiner Beifall.) Wenn wir dann die großen Leistungen, die wir schon in der Vergangenheit allein aus unseren Budgetmitteln vollbracht und im Budget 1954 wieder vorgesehen haben, noch dadurch steigern können, daß wir aus den möglichen Krediten noch weitere große Probleme werden

lösen können, wird Wien bald zu seinem alten Ruf als sozialste Stadt Europas noch den der fortschrittlichsten Großstadt dazugewinnen. Ich bin sicher, daß dann nicht nur wir Wiener, sondern endlich alle Österreicher stolz sein werden auf ihre Bundeshauptstadt, auf unser geliebtes Wien. (Beifall bei SPÖ und OVP.)

### Die Generaldebatte

GR. Wicha (WdU) wendet sich dagegen, daß das Budget der Gemeinde Wien erst dann veröffentlicht wurde, als es der Wiener Konferenz der SPÖ vorgelegt worden war. Die Sozialistische Partei verstehe es nicht, Partei und Verwaltung der Stadt auseinanderzuhalten.

Beim Wohnbau der Gemeinde Wien werde nach Ansicht der Unabhängigen auf die Bedürfnisse der Familie überhaupt keine Rücksicht genommen. Es werden weiterhin Zwingburgen und Wohnkaserne statt Siedlungsbauten errichtet. Auf diese Tatsache sei auch der katastrophale Geburtenrückgang zurückzuführen.

Es diene nicht der Vollbeschäftigungspolitik, daß die Mittel verschiedener Bauabteilungen eine starke Kürzung erfahren haben. Nach wie vor werden vom Wohnungsamt die Wohnungen zum größten Teil an sozialistische Parteimitglieder vergeben, so daß jede Eröffnung eines städtischen Wohnhauses in Wien einer sozialistischen Parteifeier gleichkomme. Die Baukosten müsse jedoch die gesamte Bevölkerung aufbringen. Auch die Frage der beschlagnahmten Möbel ehemaliger Nationalsozialisten sollte endlich gelöst werden. Neun Jahre nach Kriegsende wäre es höchste Zeit, das gesamte NS-Problem endgültig zu liquidieren.

Nach wie vor seien die Renten und Fürsorgeleistungen der Gemeinde Wien so niedrig, daß die Rentenbezieher nicht das Auslangen finden. Auch die Betreuung der Spätheimkehrer sei keineswegs ausreichend. Es wäre Aufgabe der öffentlichen Hand, diesen Menschen eine brauchbare Hilfe zu geben.

Die Gemeinde Wien sträube sich gegen die Liberalisierung von Koks, obwohl es der ganzen Bevölkerung zugute kommen würde, wenn der wesentlich billigere Koks aus Westdeutschland zollfrei eingeführt werden könnte.

Die gesamte Verwaltungstätigkeit stehe im Zeichen der kommenden Wahlen, und davon zeugen auch die lawinenartig angewachsenen Inscrates der Städtischen Unternehmungen in verschiedenen sozialistischen Zeitungen, die eine versteckte Subvention darstellen. Mit Zuckerbrot und Peitsche werden besonders jetzt städtische Angestellte in die SPÖ gepreßt. Noch dazu geschehe dies in der Amtszeit.

Die Unabhängigen lehnen die Diktatur einer einzigen Partei ab und fordern eine wahrhaft demokratische Verwaltung. Daher werden sie gegen dieses Budget stimmen.

GR. Lauscher (LBl) hebt hervor, daß seine Fraktion in den Jahren seit 1945 eine treibende Kraft des Wiederaufbaues in der Wiener Gemeindeverwaltung und von der Sorge erfüllt war, ein besseres und leichteres Leben für die arbeitende Bevölkerung dieser Stadt zu schaffen. Wo immer es um die Nöte arbeitender Menschen ging, habe sich die Opposition für eine wirksame Hilfe eingesetzt. Wir sind damit nicht zufrieden, sagt GR. Lauscher, wir sind der Meinung, daß die Gemeindeverwaltung im Interesse des arbeitenden Wiens mehr als bisher tun muß. In dem vorliegenden Budget seien keine wesentlichen Änderungen geplant, es verspreche höchstens, daß nichts schlechter werde.

Als dringendste und brennendste Probleme bezeichnet der Redner die Beseitigung der Verkehrsmisere, die Behebung der Wohnungsnot, den Kampf gegen die Krebskrankheit, die Sorge um das Leben und die Zukunft der Kinder und der Jugend, die Sicherung eines sorgenfreien Lebensabends für unsere Alten, den Kampf gegen Schmutz und Schund sowie die Herstellung der Vollbeschäftigung und die Erhaltung des Arbeitsplatzes für die Arbeiter und Angestellten.

Im Verkehrswesen, das am besten durch den Bau einer Untergrundbahn gelöst werden könnte, sehe das Budget für 1954 wieder 25 Großraumwagen vor, dieselben 25 Wagen, die man bereits für das heurige Jahr versprochen habe. Der Ausbau der Verkehrsbetriebe sei nur Stück- und Flickwerk.

Man könnte die Vorortelinie und die Verbindungsbahn elektrifizieren und eine Schnellbahn nach Floridsdorf bauen. Die Randgebiete sollten in das Wiener Verkehrsnetz einbezogen werden. Der Redner verlangt eine Modernisierung der alten Trieb- und Beiwagen, eine Kürzung der Intervalle zwischen den Straßenbahnzügen, die Heizung der Beiwagen und die Beseitigung von Verkehrsfällen.

Es sei erfreulich, daß die Gemeinde Wien mit 520 Millionen um 57 Millionen mehr für Wohnbauten ausgabe. 7000 neue Wohnungen im Jahr seien gewiß eine Hilfe für die Bevölkerung, damit werde aber der Wohnungsbedarf noch lange nicht befriedigt. Die Sozialistische Partei habe leider ihren ursprünglichen Vorschlag, die Besatzungskostensteuer für Mittel des Wohnbaues zu verwenden, über Bord geworfen. Die Menschen klagen darüber, daß es bei Wohnungsvergebungen, besonders von Gemeindewohnungen viel Protektion gebe. Der Redner schlägt vor, die Wohnungsvergebung unter öffentliche Kontrolle zu stellen.

Der Jugend müsse in großzügigerem Ausmaß Gelegenheit zu sportlicher Betätigung gegeben werden. Die Gemeinde Wien sollte darauf verzichten, Amateursportveranstaltungen mit hohen Steuern zu belegen. Neue Sportplätze seien zu errichten und der Jugend zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde möge darauf hinarbeiten, daß den Sportlern auf den Bundesbahnen die schon lange geforderte 50prozentige Preisermäßigung bei Fahrten zu Wettkämpfen gewährt werde.

Zur Sicherstellung eines sorgenfreien Lebensabends für die Alten verlangt der Redner eine Angleichung der Geldunterstützungen der Dauerbefürsorgten an die derzeit in der Sozialversicherung gewährten Renten.

Um die Kaufkraft der Bevölkerung und die Beschäftigung zu heben, muß der Handel nach allen Seiten gefördert werden, denn das Bauprogramm der Stadt Wien allein kann die Vollbeschäftigung nicht sichern. Die Wiener Gemeindeverwaltung muß darüber hinaus im eigenen Wirkungsbereich weitere Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Die Fraktion des Redners werde alle Maßnahmen der Gemeindeverwaltung unterstützen, die darauf abzielen, den Hausfrauen durch die Modernisierung des Haushaltes Erleichterungen zu schaffen.

Der Finanzreferent habe eine Milliarde Schilling auf Bank-

kontos gelegt und wiederum einige hundert Millionen Schilling zuwenig im Budget eingesetzt, wie sich beim Rechnungsabschluß zeigen werde. Auch der Anteil Wiens am Bundespräzipuum werde von Jahr zu Jahr größer. Diese Tatsachen stellen eine Beteiligung der Wiener Stadtverwaltung an der sogenannten Kamnitz-Sanierung dar.

Für das vorliegende Budget zu stimmen, würde bedeuten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Lösung aller dringender Probleme weiterhin nicht in Angriff genommen wird, würde bedeuten, sich mit den ungenügenden Leistungen der Gemeindeverwaltung einverstanden zu erklären.

Die Gemeinderäte der Volksopposition werden alle künftigen Maßnahmen der Gemeindeverwaltung prüfen und ihnen, soweit sie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegen, zustimmen. Sie lassen sich dabei nur von dem Bestreben leiten, für die arbeitende Bevölkerung ein leichteres und besseres Leben zu schaffen.

GR. Schwaiger als Hauptredner der ÖVP weist darauf hin, daß für die Stadt Wien und ihre Bevölkerung und nicht zuletzt auch für die Wiener Gemeinderäte wieder ein arbeitsreiches Jahr zu Ende geht, ein Jahr, das ohne Zweifel ein Jahr des Erfolges, der Konsolidierung und des Wiederaufblühens der Donaumetropole war. Dieser Erfolg wurde durch die kluge Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik ermöglicht, die auf Bundesebene gemacht wurde. Dieser klaren Politik ist es gelungen, Österreich und damit auch Wien aus der inflationistischen Nachkriegszeit herauszuführen, den Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung zu sichern und einer ruhigen und steten Aufwärtsentwicklung zuzuführen.

Die Wiener ÖVP-Gemeinderäte sind auf diesen Erfolg stolz, weil sie wissen, daß es Männer der Österreichischen Volkspartei - das gut eingespielte Team Raab-Kamnitz - gewesen sind, die für diese erfolgreiche Entwicklung verantwortungsvoll zeichnen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Im Zeichen dieser begrüßenswerten Tatsache steht auch das Wiener Budget für das Jahr 1954, das nun dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorliegt.

Die Zahlen des Wiener Budgets 1954 zeigen, daß sich trotz des geäußerten Skeptizismus des SPÖ-Finanzreferenten der Stadt Wien der Optimismus des Finanzministers auch im Wiener **Gemein-**  
**debudget** : klar und eindeutig durchgesetzt hat. Der Redner **erklärt** sodann, daß kein Grund zum Pessimismus wäre, da das Defizit von 190 Millionen Schilling in den Rücklagen, bzw. in den Mehreinnahmen reichliche Bedeckung finde. Auch im Budget 1952, und dieses kann zum Vergleich herangezogen werden, war ein Defizit von 132 Millionen Schilling veranschlagt. Der Rechnungsabschluß für 1952 hat dann jedoch einen Rechnungsüberschuß von 183 Millionen ergeben. Daraus ergab sich ein Ansteigen der Rücklagen auf 646 Millionen Schilling. Auch jetzt haben die Rücklagen trotz des Nachziehverfahrens eine beachtliche Höhe erreicht. Der Redner erklärt, es müsse einem hier der Gedanke kommen, daß die Gemeinde Wien durch die Zinsenerträge dieser hohen Rücklagen mit den Steuergeldern der Bevölkerung Geschäfte mache. Seine Fraktion verlange, daß man sich eingehend damit beschäftige, wie man der ohnedies so schwer geprüften Wiener Bevölkerung, die die am meisten besteuerte von ganz Österreich ist, durch Steuerherabsetzungen eine finanzielle Erleichterung schaffen könnte. Man begehe den großen Fehler, daß man der jetzt lebenden Generation innerhalb ganz kurzer Zeit übergebürliche Lasten aufbürde. GR. Schwaiger erklärt, daß durch eine weitblickende und großzügige Finanzpolitik schon längst die Möglichkeit zum Bau einer Untergrundbahn, zur Verlängerung der Schnellbahn nach Floridsdorf, der Bau eines Fernheizkraftwerkes und vieles andere hätte ermöglicht werden können. In diesem Zusammenhang müsse erwähnt werden, fuhr der Redner fort, daß die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien laufend Kredite an Städte und Gemeinden in allen Teilen Österreichs vergebe, jedoch nicht an die Gemeinde Wien. Hier müsse Wandel geschaffen werden.

Bezüglich der Mitarbeit seiner Fraktion an der Lösung dieses Fragenkomplexes erklärte GR. Schwaiger, daß sich Stadtrat Resch keine Sorge zu machen brauche. Seine Partei sei es seit Jahren in Österreich gewöhnt die Verantwortung zu tragen und schwierige Aufgaben zu lösen. Die Wiener Mandatäre der Volkspartei, die in führenden Positionen in der Ver-

waltung mitarbeiten, haben seit 1945 große und schwierige Probleme im Interesse der Bevölkerung gemeistert, so zum Beispiel auf dem großen Sektor der Städtischen Unternehmungen. Es wurden hier in den Jahren nach dem Krieg Leistungen gesetzt, wie sie vor 1938 in Jahrzehnten nicht zustande gebracht wurden. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner bemängelt sodann, daß den Gemeinderäten erst kurz vor Beginn der Budgetverhandlungen die Einsicht ins Budget gestattet wurde. Es bedeute dies zwar keinen Vorstoß gegen die Verfassung, zeige jedoch deutlich, daß die Verfassung hier einer Änderung bedürfe, wenn sie noch als demokratisch gelten will. Der Redner bezeichnet es auch als untragbar, daß über jede Anstellung der Gemeinde Wien lediglich der Personalstadtrat und über die Wohnungsvergebungen gleichfalls nur der Stadtrat für Wohnungswesen entscheide. Hier müßte demokratischer gehandelt werden und zumindest der zuständige Gemeinderatsausschuß Mitspracherecht haben. Der Redner verweist darauf, daß in anderen österreichischen Städten derartige Entscheidungen in den Gemeinderatsausschüssen oder sogar im Stadtsenat getroffen worden. Es dürfte hier nicht nach parteipolitischen Grundsätzen gehandelt werden.

Der Redner kommt sodann auf das Problem der bei der Gemeinde Wien angestellten Spitzensportler zu sprechen. Er bezeichnet es als nicht richtig, daß zwei in den Gaswerken beschäftigte Gaswerk-Fußballspieler nach ihrem Übertritt zu einem anderen Sportverein ihre Gemeindeanstellung "freiwillig" kündigen mußten. Der Handel mit Existenzen um des Sportes willen müsse energisch angeprangert werden.

Abschließend zum Kapitel Personalangelegenheiten erklärt GR. Schwaiger, daß er namens seiner Fraktion allen Arbeitern und Angestellten dieser Stadt den herzlichsten Dank aussprechen möchte. Er wisse, daß ihre Arbeit nicht immer leicht ist und daß sie noch lange nicht gerecht entlohnt wird. Auf Grund der klugen Finanzpolitik des Bundes, fuhr der Redner weiter fort, ist es jedoch gelungen, über den Weg des Nachziehverfahrens und durch die Steuermäßigung das Realeinkommen wieder etwas zu heben.

Zum Kapitel Kultur und Volksbildung erklärte der Redner, daß der Bund für Kultur in Wien wesentlich mehr übrig habe als die Gemeinde Wien. Er gibt der Meinung Ausdruck, die Gemeinde Wien interessiere sich für die Kultur nur dann, wenn auch der geschäftliche Erfolg gegeben ist. So ist aus dem Projekt der Sporthalle eine Stadthalle geworden, weil man befürchtet, daß man mit dem Sport allein keine Geschäfte machen könnte. Aus diesem Grunde wird auch die Aufstockung des Stadions unterlassen. In Wien gebe es derzeit kein Operettentheater und die Denkmäler werden verschenkt, weil sonst die Betreuung die Gemeindeverwaltung viel Geld kosten würde. Der Redner kritisiert dann die künstlerische Ausschmückung eines Gemeindebaues in Ottakring, für den als Motiv ein Schlagerlied gewählt und dieses dann in Verbindung mit Peter Rosegger gebracht wurde.

Der Redner setzte sich dann für eine gleichmäßigere Verteilung der Fürsorgegelder ein und verlangte, man solle auch seelisch gefährdete Kinder bei Familien unterbringen. Ein im Heim untergebrachtes Pflegekind kostet die Gemeinde Wien 53 Schilling, ein Kind in Familienpflege kostet aber nur 8 Schilling. Der Redner meint, es gebe genug Familien, die sich auch kranker und gefährdeter Kinder annehmen würden.

Zum Kapitel Gesundheitswesen führte er aus, daß auf diesem Gebiete seit 1945 ganze und verantwortungsvolle Arbeit geleistet wurde. Der Wiederaufbau in den Spitälern sei fast vollendet und es stehen bereits mehr Betten zur Verfügung als in der Vorkriegszeit. Eine Anzahl wertvoller Einrichtungen wurde geschaffen, sodaß das Wiener Gesundheitswesen wieder zu den modernsten in Europa gezählt werden darf. Das Defizit der Krankenhäuser bezeichnete er als erschreckend und sprach sich dabei gegen die gegenwärtige Praxis der Krankenkassen aus, die der Spitalsverwaltung überflüssige Konkurrenz machen und meinen durch Schaffung eigener Einrichtungen wie Ambulanzen, billiger arbeiten zu können.

Der Redner gab dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß im Budget für das Jahr 1954 ein namhafter Betrag den städtischen Wohnhausbau sichert. Er erklärt, daß seine Partei den städtischen Wohnhausbau nach wie vor bejaht und ihn unterstützen wird. Dem fügte er hinzu, daß sich seine Partei bis zur letzten Konsequenz für das Wohnungseigentum weiter einsetzen

werde, weil dieses den Mietern die Unabhängigkeit gegen den Moloch Staat und den Moloch Kommune sichert. Der Redner meint, daß die Gemeinde Wien auch dem Bund zu Dank verpflichtet sei, weil dieser im kommenden Jahr in Wien 600 Millionen verbauen werde. (Zwischenruf bei der SPÖ: Das ist ja seine Pflicht!)

Zum Kapitel Wohnungswesen bringt der Redner einige kritische Bemerkungen vor und bemängelt unter anderem, daß der Gemeinderatsausschuß für das Wohnungswesen im heurigen Jahr nur viermal einberufen wurde. Er wirft dem Wohnungsamt eine Verpolitisierung vor und verlangt u.a. die Korrektur des Wohnungsanforderungsgesetzes. Seiner Meinung nach werden verschiedene Vorschriften für Einweisungen von Wohnungssuchenden sehr oft geändert und er verlangt daher, man solle sie durch klarere Richtlinien ersetzen.

Die 30 Millionen Schilling, die im Budget für Grundbeschaffung festgelegt wurden, bezeichnete er als eine wesentliche Post. Er verweist darauf, daß die Grundbeschaffung für den Wohnungsbau der Gemeinde Wien sich immer schwieriger gestalte und verlangt im Zusammenhang die Schaffung eines modernen Grundbeschaffungsgesetzes. (Zwischenrufe der SPÖ: Hört, Hört! und Seit wann?)

Zum Schluß sagte der Redner, er sähe es für eine Pflicht des Wiener Gemeinderates an, der Bevölkerung dieser Stadt herzlich Dank zu sagen; denn sie ist es, die durch ihre vielen Opfer unsere Arbeit erleichtert und ermöglicht. Die Volkspartei ist jedenfalls der Meinung, man müsse mehr dem Volk danken, denn von ihm bekommen wir das Geld. Das Volk ist es aber auch, das sich auf Grund seiner Opfer und Anstrengungen die Freiheit und Unabhängigkeit schon längst verdient hat! (Beifall bei der ÖVP.)

Sodann meldete sich GR. Dr. Soswinski (LBl) zu Wort: Er stellt die Frage, warum jedes Budget mit einem Defizit abschließt und warum es dann jedes Jahr beim Rechnungsabschluß einen Überschuß gibt. Diese Überschüsse der Jahre 1946 bis 1952 haben dazu geführt, daß die Gemeinde Wien mit ihren Unternehmungen ungefähr eine Milliarde Schilling in den Kassen, Sparkassen und Banken aufbewahrt hat. Der Redner stellt demgegenüber fest, daß die arbeitende Bevölkerung dieser Stadt eine Reihe von Forderungen habe, die zu einem Teil hätten befriedigt werden können, wenn man zumindest einen Großteil

dieses Betrages rechtzeitig ausgegeben hätte. Wieviel hätten unsere Alten und Befürsorgten bekommen können, was hätte für den Verkehr geschehen können, was hätte man im Wohnungsbau zusätzlich leisten können, wenn man diese Geldbestände benützt hätte.

In Wien gab es zwischen 1925 und 1930 Budgets, die ebenfalls mit einem Abgang abgeschlossen haben, aber beim Rechnungsab-schluß waren nur zwei davon ausgeglichen. Der damalige Finanz-r.ferent hatte auch nicht den Ehrgeiz, mit einem großen Über-schuß abzuschließen. Er war kreditwürdig, obwohl sein Budget mit einem Abgang abschloß. Damals war eben die Befriedigung der <sup>Budget</sup> Bedürfnisse der Bevölkerung der Leitgedanke und nicht die Stärkung der Re-serven. Der Redner sieht in diesen großen Reserven Gefahren für die Stadtverwaltung und bringt unter anderem die schwache Stel-lung der Gemeinde Wien bei den Verhandlungen mit dem Finanz-minister damit in Zusammenhang. Der Bund drückt sich um die Bezahlung des Defizits der Krankenhäuser! Das Notopfer betrug in den Jahren 1949 bis 1952 je 400 Millionen Schilling. 1953 sogar 575 Millionen und im kommenden Jahr 700 Millionen Schil-ling! Die Fraktion des Linkblockes hat seit Jahren auf diese Benachteiligung hingewiesen. Es besteht die Gefahr, daß bei neuen Anschlägen des Bundes auf die Länder sich die anderen Länder untereinander auf Kosten Wiens einigen könnten. Der Red-ner zitiert die Stellungnahme jener Delegierten bei der Sitzung des Hauptausschusses des Österreichischen Städtebundes im Okto-ber dieses Jahres, die sich gegen das Bundespräzipuum wendeten.

Zu der Frage, was die Stadt Wien von einer Abgabenteilung verlangen müsse, bringt Dr. Soswinski einen Resolutionsantrag ein in dem es heißt, daß alle bisherigen Zugeständnisse an den Bund rückgängig gemacht werden müssen; ferner müsse das Notopfer, beziehungsweise Bundespräzipuum, beseitigt werden; der Bund müsse den entscheidenden Anteil am Defizit der Spitäler über-nehmen; alle Bundesbetriebe müssen ihre Gemeindesteuern ent-richten und schließlich dürfen neue Lasten und neue Leistungen nur übernommen werden, wenn der Gemeinderat vorher seine Zu-stimmung gegeben hat. Der Redner beschäftigt sich ferner mit der Frage der Verbesserung der Steuereingänge für Wien. Es ist bekannt, daß die Steuermoral der Besitzenden von Jahr zu Jahr sinkt.

Der Finanzminister läßt die Steuerschulden wachsen, Wenn die Länder und Gemeinden die Steuern selbst einheben könnten, hätten sie Dutzende von Millionen Schilling Mehreinnahmen im Jahr. Ende 1951 zum Beispiel betragen die Gesamtschulden der Gewerbesteuerzahler 327 Millionen Schilling; ein Jahr später waren es bereits 430 Millionen. Die Einkommensteuerpflichtigen waren Ende 1951 dem Bund 690 Millionen schuldig und Ende 1952 sogar 817 Millionen. (Zwischenruf bei der ÖVP: "Usia-Steuern!")

Die Gemeinde Wien könnte, meint Dr. Soswinski ferner, weitaus mehr leisten, als in diesem Budget steckt. Das Defizit existiert nicht! Die Gemeinde und ihre Unternehmungen, ihre Kassenbestände und Einlagen machen heute eine runde Milliarde Schilling aus, aber die Wiener verlangen, daß der Finanzreferent nicht gegenüber der Bevölkerung sondern gegenüber dem Finanzminister eine harte Hand hat. Die Bevölkerung muß verlangen, daß diese Gelder nicht nutzlos aufgehoben werden!

Wien - Hauptstadt des sozialen Gewissens!

GR. Planek (SPÖ) bezeichnet das vorliegende Budget nicht nur als eine Frage der Finanzen, sondern darüber hinaus als ein Budget der sozialen Gesinnung, der Kultur und der Fürsorge für die Bevölkerung dieser Stadt. Aus der Fülle der Zahlen spricht immer wieder diese kommunale Gesinnung, die im Jahre 1918 in die Gemeindestube eingezogen ist: die Verpflichtung der Gemeinschaft dem Einzelnen gegenüber. Wie immer auch die politischen Parteien die Absicht der Mehrheit des Hauses beurteilen mögen, die historische Tatsache bleibt bestehen, daß die Sozialistische Partei eine neue, soziale Kommunalpolitik begründet hat. Wien wird daher auch in aller Welt als Hauptstadt des sozialen Gewissens bezeichnet (Beifall bei der SPÖ). Wie der Redner weiter ausführt, verleitet dieses historische Verdienst seine Partei jedoch nicht, von den Taten der Vergangenheit zu leben, sondern von den Taten der Gegenwart und dem Ziel der Zukunft. Aus der Vergangenheit kann man lernen, aber in der Gegenwart muß man nach den Grundsätzen der realen Möglichkeiten der Zeit wirken. Aus dieser Erwägung muß jene Auffassung abgelehnt werden, die am Landesparteitag der Österreichischen Volkspartei ausgedrückt wurde, zum vorwärtstrebenden Lueger-Geist zurückzukehren und ihn zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Es wurde in diesem Zusammenhang auch zitiert, welche lukrative kommunale Quelle die Gaswerke, Elektrizitätswerke, die Verstaatlichung der Tramway usw. für die Gemeinde Wien zu Luegers Zeit waren. Der Redner wirft nun die Frage auf, ob damit vielleicht gemeint war, daß man zu dieser hohen Gewinne abwerfenden Tarifpolitik, die für die Jahre vor 1918 und nach 1934 so charakteristisch war, zurückkehren wolle. Man scheine auch vergessen zu haben, daß es zu Luegers Zeit in diesem Lande eine antisemitische Bewegung gegeben hat. Wie immer man auch Dr. Lueger betrachten will und ohne den Menschen schreien zu wollen, treten wir dagegen auf, aus Dr. Lueger eine Legende zu machen. Wenn die Österreichische Volkspartei von Gesinnungsterror spreche, so sei zu sagen, daß Dr. Lueger im Dienstrecht festlegte, daß innerhalb der Gemeinde ein Republikaner oder Altdeutscher nicht zu dulden ist.

Der Redner stellt sodann fest, daß die Gemeinde Wien beim Bundespräzipium Opfer bringen mußte, und zwar um 21.7 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Zum Kapitel der Lohn- und Einkommensteuerreform könne er nur mit Genugtuung feststellen, daß es seiner Partei gelang, daß sich diese Steuerreform zugunsten des kleinen Mannes auswirke. Daß auch den Großen diese Steuerbegünstigung zugute kommt, wurde gegen ihren Willen durchgesetzt. Der Finanzminister hat zwar das Versprechen abgegeben, mit der Gemeindeverwaltung die Steuerreform zu besprechen, sich jedoch dann nicht daran gehalten. Sollten sich Mindereinnahmen aus dieser Steuerreform für die Gemeinde Wien ergeben, werden bei den nächsten Verhandlungen über das Finanzausgleichsgesetz entsprechende Forderungen gestellt werden.

Zu den Forderungen des GR. Schwaiger nach Herabsetzung der Steuern und Abgaben sei zu sagen, daß die Gemeinde Wien abgesehen von der Steuerreform große Opfer bringt, daß aber festgestellt werden muß, solange es in dieser Stadt Arbeitslose gibt, hat die Stadt Wien die Verpflichtung dafür zu sorgen, daß diese Menschen ihre elementarsten Bedürfnisse befriedigen können. Elend und Verelendung sind große Gefahren, die uns in dieser Hinsicht drohen. Seine Partei werde nicht zustimmen, daß dieser Zustand eintritt und ersucht alle um ihre Unterstützung.

Zum Kapitel Personalpolitik könne er GR. Schwaiger nur erwidern, daß es diesem hier bestimmt nicht auf das Mitspracherecht sondern auf den politischen Proporz ankomme. Die Einstellungen werden jedoch nur nach den Bedürfnissen der Stadt und der Eignung der Leute vorgenommen. Die Frage der Einstellung kann auch nur durch den natürlichen Abgang, also durch die Erreichung der Altersgrenze, gelöst werden. Auch die Frage der Verbesserung der Bezüge müsse, wie viele andere wichtige Angelegenheiten, gelöst werden. Im übrigen sei er überzeugt, daß das Referat für Personalangelegenheiten in sehr guten Händen ist (Beifall bei der SPÖ).

Zum Kapitel Kultur und Volksbildung übergehend, erklärte GR. Planek, daß man hier nicht immer nur die Finanzseite betrachten solle, sondern auch den damit erzielten Erfolg. Außerdem werden viele Posten, die auch zur Kultur gehören, in anderen Verwaltungsgruppen verrechnet. So wurden zum Beispiel allein für den Schulaufwand in den letzten vier Jahren nicht weniger als 112 Millionen Schilling ausgegeben. Zu bedenken sei auch, wie die Kulturbereitschaft, das Kulturbedürfnis bei der breiten Masse entwickelt ist. Es sei auch die Frage aufzuwerfen, in welchem Maße die Kunstschaffenden selbst sich ihrer sozialen Funktion bewußt sind. Was tun die Künstler und ihre Vereine und Verbände, um ihren Berufssorgen zu begegnen und das kulturelle Leben unserer Stadt zu durchbluten? Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die heranwachsende Jugend der Kulturfrage gegenüber immer aufgeschlossener wird. Allmählich erwacht in ihr wieder das Gefühl für Kulturwerte. Den Vorwurf, daß in dieser Stadt zu wenig für Kultur getan wird, bezeichnet der Redner als ungerechtfertigt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Denkmalpflege, die Gartenanlagen, den künstlerischen Schmuck der Gemeindehäuser, die Aktion "Wien im Blumenschmuck", die Betonvasen auf den Straßen, die Förderung des Kunstgenusses durch Schülerkonzerte usw., die Konzerte im Arkadenhof, die Festwochen mit ihren Bezirksveranstaltungen, die Musiklehranstalten, Stipendien, Ehrenpreise, Subventionen usw., usw. Viele dieser Dinge scheinen dabei gar nicht immer im Kulturbudget auf, sondern werden anderswo verrechnet. Wenn man von Kultur redet, müsse man auch

unterscheiden Kunst, Wissenschaft und Bildung. Die Frage der Wissenschaft sei aber eine Frage des Staates.

Auf verschiedene Wohnungsfragen der Gegenwart eingehend verwies GR. Planek auf die Tatsache, daß mehr als 50 Prozent der Wiener Wohnungen in den Jahren 1888 bis 1919, also in der Ära der Spekulation mit Wohnungen, errichtet wurden. Hier ist auch die Ursache zu finden, warum wir soviele Schwierigkeiten bei der Lösung des Wohnungsproblems haben. 70 Prozent der Wiener Wohnungen sind typische Kleinwohnungen; zu Luegers Zeiten standen oft 7.000 dieser Wohnungen leer, weil damals die Arbeiter den Zins nicht zahlen konnten. Der Redner beschäftigte sich dann mit einigen interessanten Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahre 1951, wobei u.a. ermittelt wurde, daß 10,8 Prozent der Wohnungen stark überbelegt und dagegen 7 Prozent der Wiener Wohnungen unterbelegt sind. Der Redner erklärte, seine Fraktion beschäftige sich mit der optimalen Frage, nämlich mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel Wohnraum für die Wiener Bevölkerung zu schaffen. GR. Planek beschäftigte sich weiter mit der statistischen Erforschung aus der letzten Zeit, die klar eine steigende Qualität der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau aufweisen. Die Schaffung von gesunden Wohnungen bezeichnete er als die Voraussetzung für eine gesunde Familienpolitik überhaupt.

Er setzte sich dann mit den Ausführungen von Gr. Schwaiger auseinander, namentlich mit seiner Feststellung, daß das Wohnungseigentum für seine Partei das Problem Nr. 1 sei. Er erklärte, daß für die Sozialisten die Wohnung nicht als Ware gelte, sondern als eine grundsätzliche Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Seiner Partei gehe es bei der Verwirklichung dieser Politik nicht allein um die Arbeitsbeschaffung, sondern darum, den Menschen dieser Stadt, vor allem aber den Arbeitern und Angestellten, eine billige Wohnung zur Verfügung zu stellen. Zu den Ausführungen seines Vorredners über die Bodenfrage bemerkte er, daß die ÖVP im Gegensatz zu dieser heute vorgebrachten Erkenntnis immer wieder Schwierigkeiten bereite, wenn es um die Behandlung dieser Frage geht.

14. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2153

Zu dem von GR. Schwaiger erwähnten deutschen Bodenbeschaffungsgesetz vom 11. Juli 1953 erklärte GR. Planek, daß in ihm eben das enthalten ist, was die Sozialisten in Wien fördern, nämlich das Verhindern der Bodenspekulation.

GR. Planek wandte sich dann gegen die vorgebrachten Vorwürfe, die Gemeinde Wien betreibe mit ihrem Wohlfahrtswesen eine "Auslagenpolitik". Alles was in unserer Fürsorge geschieht, sagte er, richtet sich nach dem Grundsatz: "Vorbeugen ist besser als heilen" oder wie es Vizebürgermeister Honay immer ausdrückt: "Das höchste Gut ist der Mensch!" Es geht darum, den Menschen nicht nur zu helfen, sondern ihnen auch Freude zu bereiten. Es ist eine Schmähung der 3.700 Wiener Fürsorgeräte, wenn man von einer Auslagenpolitik spricht. Obwohl die Zahl der Dauerbefürsorgten zurückgegangen ist, was auch darauf zurückzuführen ist, daß immer mehr Menschen die Maisel-Rente beziehen, gibt die Gemeinde Wien für Unterstützungen immer mehr aus. Wir sind uns bewußt, daß das Problem der Vereinsamung des Menschen nicht durch Renten gelöst werden kann. Darum bemüht sich das Wohlfahrtsamt, durch Freude das Dasein der Befürsorgten angenehmer zu gestalten. Neben den Tagesheimstätten wurde auch die Urlauberkolonie geschaffen und man ist darüber hinaus bemüht, den alten Menschen durch Veranstaltungen das Leben freudiger zu gestalten. Dabei verkennen wir nicht die Tiefe der Erkenntnis, wie sie einmal Vizebürgermeister Honay mit Worten ausgedrückt hatte: "Möge es gelingen, eine Gesellschaft zu schaffen, die jegliche Fürsorge überflüssig macht!"

Durch einen Zwischenruf aus den Bänken der WdU herausgefordert, streifte der Redner auch die Frage der Nationalsozialisten. Er erklärte, seine Fraktion sei bemüht, diese Frage einer menschlichen Lösung zuzuführen. Dennoch müsse von dieser Seite das ehrliche Bekenntnis über das von diesem Regime verursachte Elend gefordert werden. Die WdU sollte endlich einmal aufhören, immer wieder zu versuchen mit diesen Dingen seine politische Suppe zu kochen.

Abschließend kam der Redner noch einmal zu den Ausführungen des GR. Schwaiger über die Finanzpolitik des Bundes zu sprechen. Er sprach über die Bemühungen der ÖVP um die

Schaffung einer "Kamnitzlegende". Er bemerkte hiezu, man habe noch nicht vergessen, daß der jetzige Finanzminister noch vor kurzem gegen jede Investitionspolitik war, auch wenn er nun seine Anschauung geändert hat. Wenn hier vorgebracht wurde, daß der Staat angeblich so unendlich viel für Wien leiste, dann muß daran erinnert werden, daß Wien 45 Prozent aller Steuern aufbringt und daher für alles, was der Bund in Wien tut, also in der Bundeshauptstadt, zu der er nicht ohne Verpflichtungen ist, die Wiener Bevölkerung aufkommen muß.

Abschließend stellt der Redner fest, daß das Budget wieder versucht, die großen Fragen unserer Stadt zu lösen. Es will Kultur und Volksbildung fördern, für Wohlfahrt und Gesundheit sorgen, Arbeit beschaffen, neue Wohnungen bauen und das Gesicht der Stadt weiter verbessern und verschönern. Der Redner schließt mit Worten des Bürgermeisters: "Wir werden dafür arbeiten, daß Wien als Stadt im Herzen Europas die Sendung erfüllt, die Drehscheibe Europas zu sein, in der sich die wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Spannungen des Kontinentes lösen, in jener großen Harmonie einer besseren erkenntnisreicheren Gesellschaft, die letzten Endes auch den dauerhaften Frieden bringen wird, der gewährleistet wird durch den Respekt vor der persönlichen Freiheit und Sicherheit und durch die bedingungslose Anerkennung des Rechtes jedermanns auf Arbeit, Nahrung, Wohnung und Bildung! (Beifall bei der SPÖ.)"

GR. Ing. Keller (parteilos) sagt, daß mit den vorhandenen Mitteln das Beste gemacht wurde. Doch konnten verschiedene schwerwiegende Probleme nicht gelöst werden; allerdings nicht durch die Schuld der Wiener Gemeindeverwaltung. Der Redner spricht dann über die Nationalbank und warnt vor dem Einfluß der ausländischen Bankiers auf diese Institution. Er erhebt die Forderung, daß die Österreichische Nationalbank eine Staatsbank werde; dann könnten alle Schwierigkeiten in Österreich gelöst werden.

In seinem Schlußwort bespricht Stadtrat Resch die Ausführungen der Debattenredner. GR. Wicha hat beanstandet, daß das Budget zuerst der Wiener Konferenz vorgelegt wurde. Dies sei jedoch, wie der Referent betont, nicht zur Beschlußfassung geschehen, sondern um die Öffentlichkeit auf diesem Weg über den Voranschlag zu informieren.

Der WdU-Redner hat ferner den Bau von Einfamilienhäusern verlangt. Dies ist aber nicht nur ein wirtschaftliches sondern auch ein städtebauliches Problem.

Der Bau eines Einfamilienhauses kostet um 20 bis 25 Prozent mehr! Ferner ist dies auch eine Frage der Grundbeschaffung. - Der Redner hat beanstandet, daß wohl die Kosten für den Bau der Stadthalle und des Museums im Kulturbudget ausgewiesen sind, nicht aber die Wohnungsbauten in der Gruppe Wohnungswesen. Der Grund dafür liegt jedoch darin, daß Stadtrat Mandl mit Recht gefordert hat, daß sein Einfluß auf diese Bauten vom Anfang an gesichert werde (Stadtrat Mandl: "Auch beim Stadionbau war das so!")

Zu der Kritik über die Dienstautos stellt Stadtrat Resch fest, daß von 98 Wagen, über die die Gemeinde 1946 verfügte, fast die Hälfte abgebaut wurden. Wien ist die letzte Gebietskörperschaft, die sich noch mit alten, im Betrieb unrentablen Wagen begnügt. Die Wagen, die wir einzukaufen beabsichtigen, sind keineswegs Luxuswagen sondern die billigsten. Vor allem ihre Betriebskosten sind billiger als die der alten Wagen. Im übrigen besteht die Verpflichtung, für die 13 neu anzuschaffenden Autos eine um 20 bis 25 Prozent höhere Zahl der alten Wagen abzubauen.

GR. Lauscher hat diesmal doch anerkannt, daß Leistungen vollbracht werden, auf die man stolz sein kann. Er führt dies allerdings auf den Einfluß der Kommunisten zurück. Ich gestehe zu, sagte Stadtrat Resch, daß die Kommunisten jene 6 Prozent Einfluß ausgeübt haben, die ihrem Einfluß in diesem Haus entsprechen (GR. Lauscher (LBl.): Das ist eine politische Rechnung!) Politisch ist das anders, repliziert Stadtrat Resch, da ist der Einfluß gleich Null! (Gelächter)

Im folgenden geht der Referent auf einige vom Debattenredner des Linksblocks vorgeschlagene Maßnahme ein. Zur Verkehrsmisere stellt er fest, daß diese keine Eigenschaft des Wiener Verkehrs allein ist sondern eine Eigenschaft jedes Großstadtverkehrs. - Die Aufhebung aller Sondertarife für Autobusse usw. würden bedeuten, daß man die Tarife erhöhen müßte. Eine viel größere wirtschaftliche Gefährdung läge jedoch darin, daß die notwendige Verkehrsleistung auf diesen Linien auf ein Vielfaches stiege. Gegen den Vorschlag, die B satzungskosten für den Wohnungsbau zu verwenden, habe der Referent nichts einzuwenden. Bei den Kindergärten ist es tatsächlich so, daß zu Beginn des Kindergartenjahres weit mehr als 800 Kinder weniger einge-

geschrieben waren. Das ist eine Folge des Wegfalles des Geburtenjahrganges 1947 und des Nachrückens des schwächeren Jahrganges 1950, bei dem sich die Zahl der Kinder um weit mehr als 10.000 gesenkt hat. - GR. Lauscher hat auch im Zusammenhang mit der Forderung nach Vollbeschäftigung gemeint, man dürfe nur auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht nehmen. Wir aber, hielt Stadtrat Resch demgegenüber, die wir die Verantwortung tragen, haben natürlich die Interessen der gesamten Bevölkerung zu beachten. - Es wurde auch bemängelt, daß die Gemeindeverwaltung jedes Jahr einen Überschuß aufweist. Es ist richtig, daß nicht nur die Stadt Wien sondern alle Gebietskörperschaften bis hinauf zum Bund in den letzten Jahren zwar einen negativen Voranschlag gelegt haben, die Rechnungsabschlüsse aber positiv abschließen konnten. Die Ursache liegt darin, daß wir in inflationistischen Zeiten gelebt haben, so daß die Einnahmen automatisch stiegen. Auf der Ausgabenseite aber war das nicht der Fall.

Zu GR. Schwaiger gewendet, erklärt Stadtrat Resch, daß dieser sehr hart geurteilt hat. Er hat der so großzügigen und vorausschauenden Finanzpolitik dieser Stadt die Finanzpolitik des Bundes gegenübergestellt. Dazu müsse er sagen, daß er von maßgebenden Herren der Österreichischen Volkspartei schon andere Urteile über die Wiener Finanzpolitik gehört habe. Auch im Ausland urteilt man über die Finanzpolitik Wiens weit aus besser. Sie wurde als mustergültig bezeichnet gegenüber allem anderen was in Österreich geschieht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn GR. Schwaiger der Ansicht ist, daß ich mit Pessimismus über die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich gesprochen habe, müsse ich das zurückweisen,

fuhr Stadtrat Resch in seinem Schlußwort fort. Ich habe nur weniger Optimismus als gewisse Kreise des Bundes. Ich nehme jedoch mit Freuden zur Kenntnis, wenn es zu einer wirklichen weiteren Aufwärtsentwicklung der Wiener und österreichischen Wirtschaft kommt. Ich habe nur die Überzeugung, daß wir augenblicklich noch nicht die Hände in den Schoß legen und die weitere Entwicklung abwarten dürfen. Zum Thema Steuerreform kann ich nur sagen, daß ich sie ausdrücklich begrüßt habe, schon deswegen, weil die Steuersätze in den unteren und mittleren Einkommenstufen wesentlich überhöht waren.

Ich verstehe jedoch nicht, daß auch die GroBeinkommen mit einer Verminderung der Steuer bedacht werden müssen, dafür habe ich kein Verständnis.

Die von GR. Schwaiger als so hoch bezeichneten Rücklagen machten im Jahre 1953 20,3 Prozent des Budgetvolumens aus. Sie decken also kaum zwei Monate des Budgets und sind relativ gering. Diese Rücklagen sind heuer schon mit 380 Millionen Mehrausgaben belastet, die nicht mehr in den Mehreinnahmen bedeckt werden konnten. Wir sind jederzeit bereit diese Rücklagen entsprechend zu verwenden, wenn es nötig ist. Ohne Not sollen sie jedoch nicht ausgegeben werden. Sie dienen dazu, die nötigen Schwankungen während des Jahres zu überbrücken und zur Sicherung, daß die Unternehmen, die für die Gemeinde arbeiten, nicht auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten müssen. Dies entspringt nur der Vorsicht, die wir uns in der Finanzpolitik zur Grundlage machen.

Die von GR. Schwaiger verlangte Steuerherabsetzung entspricht der alten bürgerlichen Forderung: Zurück zum Obrigkeitsstaat. Wir lehnen diese Politik, daß man der öffentlichen Wirtschaft die Mittel so knapp zuteilt, daß sie gerade nur ihren Betrieb und ihre Verwaltung aufrecht erhalten kann, grundsätzlich ab. Unsere Absicht geht vorwärts und aufwärts zum Wohlfahrtsstaat und zur Wohlfahrtsstadt. Dazu brauchen wir Mittel und sind daher nicht bereit diese abzugeben oder zu ermäßigen, so lange noch ein Arbeitsloser in dieser Stadt keine Beschäftigung hat. Derzeit haben wir 59.000 Arbeitslose. Es wäre daher ein Unrecht Steuern nachzulassen, denn dies würde im Endeffekt nichts anderes bedeuten, als daß die Einnahmen der Gemeinde geringer werden, sie also weniger Arbeit schaffen kann und damit mehr Arbeitslose sind.

Zum Thema Anleihepolitik des Bundes kann ich nur sagen, daß ich als verantwortlicher Vertreter der Finanzpolitik Wiens eine Anleihe zu den Bedingungen, zu denen die letzte Bundesanleihe abgeschlossen wurde, ablehnen würde. Wenn GR. Schwaiger meinte, wir sollen Kredite in der Zentralsparkasse aufnehmen, ist dazu zu sagen, daß dies nach den Statuten der Zentralsparkasse nicht möglich ist, da diese nicht an ihren Eigentümer Gelder verleihen kann.

Zu den genannten Leistungen der Unternehmungen zur Zeit Luegers muß ich sagen, daß u.a. in den letzten vier Jahren das E-Werk so ausgebaut wurde, daß seine neugeschaffene zusätzliche Leistung in Kilowatt größer ist, als die Leistung seit Gründung bis 1948 ausgemacht hat. Wir können sagen, daß auch nach 1945 Dinge geschaffen wurden, die alles übersteigen, was auf diesem Gebiete geleistet wurde.

Zur Beschwerde des GR. Schwaiger, daß das Budget den Gemeinderäten zu spät vorgelegt wurde, ist zu sagen, daß es sich hier lediglich um Terminschwierigkeiten handelt. Bereits im August erstellen die Abteilungen ihre Entwürfe. Anfang Oktober erhalte ich sie jedoch erst. Sie werden sodann zweimal überprüft, schließlich gedruckt, korrigiert und dann erst endgültig gedruckt. Sie können also auf keinem Fall vor dem 4. Dezember ausgesendet werden. Eine Änderung wäre nur durch eine Vorverlegung der Termine möglich, dies erscheint jedoch nicht zweckmäßig.

Wenn GR. Schwaiger Angriffe gegen die Verwaltung dieser Stadt gemacht hat, so möchte ich entschieden feststellen, fuhr Stadtrat Resch fort, daß die Gemeindeverwaltung in Bezug auf Reinheit ihrer Verwaltung jeden Vergleich mit irgendeiner Körperschaft in diesem Lande aushält. Ich will nicht von den Zuständen reden, die sich in einer Bezirkshauptmannschaft dieses Landes ereigneten, noch von den Zuständen, die sich im Ministerium für Vermögenssicherung zugetragen haben. Ich muß jedoch darauf verweisen, daß zwei faschistische Systeme nach 1934 sich ehrlich bemüht haben, auch nur einen berechtigten Vorwurf gegen die Reinheit der Verwaltung von 1918 bis 1934 zu finden. Es konnte jedoch von diesen beiden faschistischen Systemen nicht ein einziger Angriffspunkt gegen diese ordentlich und sauber geführte Verwaltung gefunden werden. Diesen Grundsatz haben wir beibehalten. Auch vom Rechnungshof wurde bei der Prüfung nichts wesentliches gefunden und die Verwaltung als mustergültig bezeichnet.

Beim Kulturbudget hat Gemeinderat Schwaiger gefunden, daß wir viel zu wenig getan haben. GR. Planek hat schon darauf hingewiesen, daß dieser Vorwurf ungerechtfertigt ist. Ich verweise auf die Zeit zwischen 1934 und 1938 und vor 1918 und behaupte, daß es noch nie in der Geschichte dieser Stadt, so weit sie uns bekannt ist, Perioden gegeben hat, in denen so viel für Kulturangelegenheiten aufgewendet wurde, wie in den letzten Jahren.

Zur Frage der Pflegekinder teilte mir Vizebürgermeister Honay mit, daß nur kranke Kinder in den Heimen untergebracht sind, die gesunden jedoch bei Pflegeeltern. Die Kinder, die an Familien gegeben wurden, konnten jedoch nur zum kleinsten Teil in Wien untergebracht werden. Hauptsächlich sind sie auf dem Lande, vor allem in Niederösterreich. Es ist also nicht so, wie GR. Schwaiger meint, daß mit einer Erhöhung der Pflegegebühren, genügend Pflegeeltern gefunden würden. Eine Gebührenerhöhung kann die Gemeinde Wien jedoch nur im Einverständnis mit Niederösterreich durchzuführen, da sie sonst Niederösterreich Konkurrenz machen würde, da jeder dann nur Wiener Kinder nehmen würde. Wenn Niederösterreich bereit ist seine Pflegegelder zu erhöhen, schließt sich selbstverständlich die Wiener Gemeindeverwaltung an.

Zum Bau von Wohnungseigentum erklärte Stadtrat Resch, daß ihn auch die Sozialisten bejahen. Was sie aber ablehnen ist, daß Mittel der Allgemeinheit dazu benützt werden, um Eigentum für Einzelne zu schaffen. Kredit auf 75 Jahre ist ein Geschenk, das man gleich an zwei Generationen macht. Der Bau der Eigentumswohnungen wird von der ÖVP aus politischen Motiven gefördert, wobei der Wiederaufbau eines großen Teiles der zerstörten Wohnungen, für die die Mittel bestimmt sind, vernachlässigt werde..

Zur aufgeworfenen Frage der Grundbeschaffung erklärte er, daß die Gemeinde Wien gegenwärtig Grundstücke für die Errichtung von etwa 50.000 Wohnungen besitze, die allerdings zum Teil verpachtet sind. Er verlas einen Brief, in dem Stadtrat Dkfm. Nathschläger in seiner Eigenschaft als Geschäftsführender Obmann der ÖVP-Fraktion im Österreichischen Städtebund seinerzeit<sup>zu</sup> den vorgeschlagenen Maßnahmen für die Grundbeschaffung ablehnend Stellung nahm. Stadtrat Resch gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Wiener Stadtverwaltung jederzeit bereit wäre, das vom Westdeutschen CDU geschaffene Grundbeschaffungsgesetz zu akzeptieren.

Stadtrat Resch beschäftigte sich dann mit den Ausführungen des Gemeinderats Dr. Soswinski und seinen Vorschlägen über die Verwendung der Rücklagen für Zwecke der Fürsorge. Seine Anträge, man möge aus diesen Rücklagen dauernd Unterstützungen auszahlen, bezeichnete er als Demagogie, gleichso seine Vor-

würfe, die Gemeinde Wien nehme eine schwache Stellung bei den Finanzverhandlungen mit dem Bund ein. In der Frage des klinischen Mehraufwandes hat der Bund noch vor den Verhandlungen mit Wien mit den Kliniken in Innsbruck und Graz verhandelt. Der Bund hat bekanntlich Wien nur 18 Prozent als klinischen Mehraufwand zugestanden, Wien hat aber mehr verlangt und als es zurückgewiesen wurde, hat es gegen den Bund die Klage eingebracht. Auch bei der Gestaltung des Bundespräzipiums trifft der Vorwurf, Wien ließe sich schlechter behandeln, nicht zu. Seiner Meinung nach benötige die Wiener Stadtverwaltung keiner Belehrung. Sie weiß, was sie zu verlangen habe.

Schließlich kam Stadtrat Resch auch auf die Ausführungen von GR. Dr. Soswinski über die gegenwärtige angeblich schlechte Steuermoral zu sprechen und hielt ihm das Beispiel der Usia-Betriebe vor. Nur an Lohnsummensteuer, Grundsteuer und Wassergebühren schulden diese Betriebe an die Stadt Wien 20 Millionen Schilling, nicht zu reden von den enormen Gas- und Stromschulden. Er schlug Dr. Soswinski vor, zuerst einmal dort Ordnung zu machen und dann erst der Wiener Stadtverwaltung zu empfehlen, was sie mit den übrigen Schuldnern machen soll.

Abschließend antwortete Stadtrat Resch noch GR. Ing. Keller (parteilos) Schulden machen, so führte er aus, wäre keine Kunst. Schulden machen war immer der letzte Ausweg einer Verwaltung, wenn sie nicht mehr weiter konnte. Was seine Warnung vor dem Überfremden der Nationalbank betrifft, so gab er der Meinung Ausdruck, daß keine Gefahr besteht, daß das österreichische Bankensystem mit fremdem Kapital überfremdet werden könnte.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des zweiten Hauptstückes, Finanzwesen, mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ angenommen. Der Beschlußantrag von GR. Dr. Soswinski wird gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt.

Hierauf unterbricht der Vorsitzende Bürgermeister Jonas, um 19.15 Uhr, die Sitzung des Gemeinderates. Die Beratungen über den Voranschlag werden morgen Dienstag fortgesetzt. Stadtrat Sigmund wird über die Ansätze der Verwaltungsgruppe I, Personalwesen, Verwaltung und Betriebsreform, referieren.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 15. Dezember 1953

Blatt 2161

Dr. Viktor Kritscha - Bürger der Stadt Wien  
=====

Die hohe Ehrung vom Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen

15. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern abend einstimmig den scheidenden Magistratsdirektor Dr. Viktor Kritscha in Würdigung seiner besonderen Verdienste um den Wiederaufbau der Stadtverwaltung nach ihrem Zusammenbruch bei Beendigung des zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Dr. Viktor Kritscha ist bekanntlich nach Erreichung der Altersgrenze aus Gesundheitsrücksichten in den dauernden Ruhestand getreten.

Dr. Viktor Kritscha, geboren am 1. August 1885 in Wien, ist am 20. April 1911 in den Dienst der Gemeinde Wien getreten und wurde dem Magistratischen Bezirksamt für den 4. Bezirk zugewiesen. Schon nach kurzer Zeit wurde er auf Grund seiner Dienstleistung in den damaligen Fuhrwerksbetrieb versetzt und mit dem Personalreferat betraut. Seine ausgezeichneten Kenntnisse in Personalfragen und Verwaltungsangelegenheiten rückten ihn in das Blickfeld des damaligen Amtsführenden Stadtrates für Personalangelegenheiten Paul Speiser. Auf Grund seiner fachlichen Qualitäten wurde er 1925 in die Abteilung für allgemeine Personalangelegenheiten, die damalige Magistratsabteilung 1, berufen und im Jahre 1928 zu deren Leiter bestellt. Hier erwies er sich als hervorragender Fachmann auf dem schwierigen Gebiete des Personalrechtes. Bereits 1927 wurde er auszeichnungswise zum Obermagistratsrat ernannt. Im Jahre 1932 wurde er von dem damaligen Finanzreferenten Stadtrat Dr. Danneberg in die Finanzverwaltung berufen. Er war damals bereits als künftiger Nach-

folger des Magistratsdirektors Dr. Karl Hartl in Aussicht genommen. Das Jahr 1934 brachte jedoch eine völlig neue Konstellation. Dr. Kritscha wurde wieder mit der Leitung der Personalabteilung betraut, die er bis 1945 behielt. Im Jahre 1935 erfolgte seine Ernennung zum Senatsrat. Nach Beendigung des 2. Weltkrieges und nach dem völligen Zusammenbruch der Verwaltung wurde er am 22.6.1945 zum Magistratsdirektor bestellt. Nur ein Mann mit außergewöhnlichen Fähigkeiten und reichen Erfahrungen war in der Lage, die geradezu chaotischen Verhältnisse zu meistern und die Verwaltung wieder in geregelte Bahnen zu führen. Die Aufgabe, die ihm gestellt wurde, war eine außerordentliche und unvergleichbare. Magistratsdirektor Dr. Kritscha bewältigte sie mit beispielgebender Hingabe und Aufopferung aller persönlichen Rücksichten. Er war dank seiner umfassenden Kenntnisse und Erfahrungen ein unersetzlicher Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der er in selbstloser Weise ohne Schonung seiner Gesundheit diente und deren Interesse er in hervorragender Weise vertrat.

Dank und Anerkennung für zwei verdiente Beamte  
=====

15. Dezember (RK) Ebenfalls gestern hat der Wiener Gemeinderat Obersenatsrat Dipl.Ing. Otto Steiner und Obersenatsrat Dr. Johann Goldhann anlässlich ihrer Versetzung in den dauernden Ruhestand für ihre stets ausgezeichnete und überaus verdienstvolle Tätigkeit den Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Ehrenmedaille für Professor Rudolf Marschall  
=====

15. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern beschlossen, dem Wiener Medailleur Hofrat Professor Rudolf Marschall anlässlich des 80. Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um die Wiener Medailleurkunst die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Marschall war am 3. Dezember achtzig Jahre alt. Er ist geborener Wiener. Gleich seinem Vater und seinen Großvätern

wurde er Graveur und Guillocheur. Seine guten Arbeiten fielen bald auf und am Ende seiner Berufsausbildung erhielt er den 1. Preis der Graveurinnung zuerkannt. Der gute Studienerfolg veranlaßte ihn, sich an der Akademie der bildenden Künste zu vervollkommen. Er wurde Schüler Prof. Tautenhayns, der damals die Meisterschule für Medailleurkunst leitete. An der Akademie erhielt Marschall alle Preise, die diese Schule zu vergeben hatte. Nach Beendigung seiner Studien lebte er als freischaffender Künstler. Bereits 1903 wurde er zum Kammermedailleur, 1904 als Nachfolger Tautenhayns zum ordentlichen Professor und 1905 zum Leiter der akademischen Meisterschule für Medailleurkunst ernannt. 1938 ist er in den dauernden Ruhestand getreten. Sein Gesamtschaffen umfaßt über 900 Werke, deren Originalentwürfe 1945 zum Großteil durch Brand vernichtet wurden. Seine Arbeiten sind in Museen und Privatsammlungen des In- und Auslandes zu sehen und geben Zeugnis von seiner unermüdlichen künstlerischen Tätigkeit. Außer Porträtmedaillen und -plaketten führender Persönlichkeiten aus der Zeit des Kaiserreiches und der ersten Republik, Orden, Preisen, österreichischen und ausländischen Geldmünzen hat er auch einige Großplastiken geschaffen. Für seine Arbeiten wurde er mehrfach ausgezeichnet.

Marschall galt aber auch als ausgezeichnete Lehrer und es ist sein Verdienst, daß die in aller Welt bekannte Wiener Medailleurschule ihren Ruf erhalten und vertiefen konnte.

#### Keramik-Ausstellungen in Städtischen Büchereien

=====

15. Dezember (RK) In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Secession werden neuer auch künstlerisch wertvolle Keramiken gezeigt.

Die Städtischen Büchereien sind bemüht, über ihre engere volksbildnerische Tätigkeit mit Hilfe der Literatur hinausgehend auch auf dem Gebiet der Geschmackskultur wegweisend zu wirken. Sie haben daher auch in ihren Zweigstellen Ausstellungen formechöner Keramiken veranstaltet.

Die Aktion, die unter der Devise "Gute Bücher - gute Keramiken" läuft, wurde von den Lesern der Büchereien sehr begrüßt

und konnte die Bestrebungen der Akademie für angewandte Kunst unterstützen, saubere, gediegene und einfache Handwerksarbeit als Gegengewicht zu den überladenen, häufig verkitschten Gegenständen sonstiger keramischer Produktion in möglichst breite Kreise zu bringen.

#### Rinderhauptmarkt vom 14. Dezember

=====

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 16 Ochsen, 6 Kühe, Summe 22. Neuzufuhren: 657 Ochsen, 219 Stiere, 1148 Kühe, 92 Kalbinnen, Summe 2116. Gesamtauftrieb: 673 Ochsen, 219 Stiere, 1154 Kühe, 92 Kalbinnen, Summe 2138. Verkauft wurden: 659 Ochsen, 213 Stiere, 1128 Kühe, 90 Kalbinnen, Summe 2090. Unverkauft: 14 Ochsen, 6 Stiere, 26 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 48. Preise: Ochsen 6.50 bis 9.20, Extrem 9.30 bis 9.60 (10 Stück), Stiere 7.50 bis 9.- S, Extrem 9.10 bis 9.20 S (4 Stück), Kühe 5.90 bis 7.60 S, Extrem 7.70 bis 8.- S (10 Stück), Kalbinnen 7.20 bis 8.80 S, Extrem 8.90 bis 9.50 S (7 Stück), Beinvieh 4.50 bis 6.- S.

Bei leichter Qualitätsverschlechterung wurden die Vorwochenpreise behauptet.

#### Wien im vergangenen Sommer

=====

15. Dezember (RK) Das soeben erschienene Heft der "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung" bringt interessantes Zahlenmaterial über das Leben in der Bundeshauptstadt in den Monaten Juli bis September. Der heißeste Monat war der Juli mit fünf Hitzetagen und Temperaturen bis zu 32.2 C<sup>0</sup>. Im Juli gab es nicht nur die meisten Niederschläge sondern auch die heftigsten Stürme bis zu 97 Stundenkilometern. Der Juli hält noch andere Rekorde: 1960 Paare haben geheiratet, 992 Kinder wurden geboren. Die städtischen Bäder hatten im Juli mit 1,313.000 Badegästen die stärkste Frequenz. Ende September wurden in Wien 88.662 Kraftfahrzeuge, um 2.200 mehr als zu Beginn des Sommers, gezählt. Die meisten Ausländer kamen auch heuer wieder im

15. Dezember 1953 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2165

August nach Wien, nämlich 32.346. In diesem Monat stieg die Zahl der Übernachtungen in den Wiener Hotelbetrieben auf 120.000.

Das Einzelheft der "Mitteilungen" kostet 4 Schilling.

Das Augenlicht für eine junge Frau  
=====

Ein persönliches Geschenk des Wiener Bürgermeisters

15. Dezember (RK) Eine 24jährige Penzingerin, die ein hartnäckiges Augenleiden hat und sich seit längerer Zeit in Behandlung des Hanusch-Krankenhauses befindet, erwartet eine große und freudige Überraschung: Kontaktschalen für ihre erkrankten Augen. Bürgermeister Jonas, der durch Zufall von dem Leiden dieser jungen Frau erfuhr, hat sich sofort mit dem behandelnden Arzt in Verbindung gesetzt und sich bereit erklärt, die Herstellungskosten der Augenschalen zu übernehmen. Sie werden ein persönliches Geschenk sein.

Die Patientin hat an beiden Augen eine kegelförmige Verwölbung der Hornhaut mit zahlreichen Hornhautnarben. Sie bekam zwar für beide Augen Zeiss'sche Kontaktschalen, mit denen sie fast normal sehen kann; zu ihrem Leidwesen aber entstehen nach kurzer Zeit an der Hornhaut so schmerzhaft Defekte, daß die Schalen wieder entfernt werden müssen. Bürgermeister Jonas hat in Erfahrung gebracht, daß in New York eine Firma besondere Kontaktschalen herstellt. Im Hanusch-Krankenhaus wird man mit den von dieser amerikanischen Firma gelieferten Materialien von beiden Augen Abdrücke machen, nach welchen dann der amerikanische Spezialist die Kontaktschalen anfertigen wird. Die Ärzte hoffen, daß die junge Frau mit den neuen Spezialgläsern wieder ihr volles Sehvermögen erhält und arbeitsfähig sein wird.

Das Personal der Stadt Wien  
=====Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat

15. Dezember (RK) Heute vormittag wurden unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat fortgesetzt. Stadtrat Sigmund (SPÖ) berichtete über die Geschäftsgruppe I, Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform. Eingangs erwähnte er, daß ihm im vorigen Jahr der Vorwurf gemacht wurde, er habe nur einen Tätigkeitsbericht der vergangenen Monate erstattet. Er wolle sich heuer diesen Vorwurf nicht wieder zuziehen, müsse aber darauf verweisen, daß eine Berichterstattung über das kommende Jahr für seine Geschäftsgruppe überaus schwierig ist. Finanziell ist der Rahmen gezogen; dienstrechtlich sind die Grundlagen vorhanden. Darüber hinaus sei ihm die Aufgabe gestellt, im Wege der Verwaltungsreform notwendige Veränderungen vorzunehmen.

87.899 Aktive und Pensionisten

Die öffentliche Verwaltung im Jahr 1953 hat keine wesentlichen neuen Aufgaben gebracht, sodaß eine Vermehrung des Personalstandes nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Der Referent sagte, er habe versucht durch organisatorische Veränderungen eine Senkung des Personalstandes herbeizuführen, umsomehr als wir alle das Gefühl haben, daß die Personalstände der Gemeinde Wien im Vergleich zu der Zeit vor 1934 heute zu hoch sind. Ich habe mich bemüht, die Grundlagen dafür zu finden, wie weit diese Behauptung gerechtfertigt ist. Seit 1934 ist nämlich zusätzliches Personal durch die Neuübernahme von Verwaltungsaufgaben notwendig geworden. Ich habe daher versucht, betonte Stadtrat Sigmund, den Rahmen festzustellen, der mir 1954 zugewiesen ist. Im kommenden Jahr wird die Stadt Wien für insgesamt 87.899 Aktive und Pensionisten zu sorgen haben. Das sind um 645 Aktive und Pensionisten weniger. Dabei wurden heuer die Beschäftigten im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien nicht mit einbezogen, weil dort das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni festgelegt ist und der Wirtschaftsplan daher nicht vorliegt. Die Entwicklung des Personalstandes im kommenden Jahr

ist verglichen mit dem Voranschlag 1953 folgendermaßen: 1953 waren 34.773 Bedienstete festgesetzt. Am 1. August 1953 hatte die Stadt Wien 34.877 und im Voranschlag 1954 sind 34.469 Bedienstete vorgesehen. Der Stand des vollbeschäftigten Personals ist gegenüber 1953 um 362 geringer, der des nichtständigen Angestellten um 56, während sich der Stand an Nichtvollbeschäftigten und Halbtagsbeschäftigten um 114 erhöht hat. Bei den Wiener Stadtwerken werden 1954 20.560 beschäftigt sein, um 138 weniger als 1953. Bei den Pensionisten ist die Entwicklung umgekehrt. 1953 waren es 17.931. Wir werden 1954 voraussichtlich 18.343, also um 412 Pensionisten mehr bekommen.

Der Personalaufwand, der mit 980 Millionen Schilling im Ansatz für 1954 angesetzt ist, ergibt als Folge der Neuregelung der Bezüge für die städtischen Bediensteten und Pensionisten folgende Details: Die Hauptbezüge werden sich für 1954 im Voranschlag auf rund 657 Millionen, die Nebenbezüge auf 35 Millionen, die Ruhe- und Versorgungsgenüsse auf 193 Millionen, die Beiträge für Sozialversicherung auf 32 Millionen, die Ersätze an fremde Stellen auf 19 Millionen, die Gehaltvorschüsse auf 40 Millionen, Aushilfen und Remunerationen auf 1 Million stellen.

Die Stadtwerke werden für ihr Personal einen Aufwand von rund 192 Millionen Schilling zu leisten haben. Alle Unternehmungen zusammen werden im Jahr 1954 insgesamt 887 Millionen Schilling ausgeben.

Stadtrat Sigmund zog nun einen Vergleich zwischen den Ziffern des Voranschlages und denen des Jahres 1930. Damals gab es in Wien 18.635 Aktive und 6.578 Pensionisten. Demgegenüber beträgt die Zahl der Aktiven im Jahre 1954 33.624 und die der Pensionisten 13.875. Eine Aufgliederung der Personalstände in der heutigen Form wurde vor 1938 nicht vorgenommen. Ein Vergleich kann daher nur für jene Dienstzweige angestellt werden, die betriebsmäßig verrechnet wurden. Eine starke Personalvermehrung ist bei den Kindergärten eingetreten, die durch die Errichtung neuer Kindergärten bedingt ist; ebenso bei den Kinderheimen. Bei den Altersheimen ist fast eine Verdopplung des Personalstandes zu verzeichnen. Hier drückt sich nicht nur die Überalterung der Bevölkerung aus, sondern auch der Umstand, daß immer mehr Sieche in den Altersheimen untergebracht werden.

Sehr groß ist die Personalvermehrung bei den Krankenhäusern durch den Zuwachs von Anstalten und bedingt durch neue Behandlungsmethoden; eine Erscheinung, die auch in anderen Ländern zu verzeichnen ist. Eine weitere Personalvermehrung ist durch die Übernahme der Freiwilligen Rettungsgesellschaft durch die Gemeinde eingetreten. Für den Rettungsdienst ist 1954 ein Personalstand von 130 Personen vorgesehen. Die Personalstände der Wasserwerke weisen gegenüber 1930 einen Zuwachs von 131 Personen auf, bedingt durch die vermehrte Wasserabgabe, die Errichtung von neuen Pumpwerken und die Erhöhung der Anschlüsse durch die Eingemeindung. Das Gartenpersonal hat sich fast verdoppelt. Die Ursachen dafür liegen in der Eingemeindung, durch die Übernahme verschiedener Parkanlagen, die Übernahme des Pflanzenschutzdienstes durch die große Zahl der Wohnhausgärten. Das Friedhofpersonal hat sich um 115 Personen vermehrt, bedingt durch die Übernahme von 50 Friedhöfen anlässlich der Eingemeindung. Auch die Vermehrung des Bäderpersonals um 63 Personen ist zum Teil auf die Eingemeindung zurückzuführen. Der Personalstand der Wäschereien hat sich fast verdoppelt durch den Zuwachs der Fondsanstalten. Die Personalvermehrung beim Fuhrpark ist auf die Erhöhung des Wagenparkes zurückzuführen, die Vermehrung des Personals der Straßenpflege auf die Erweiterung des Stadtgebietes. Das Personal des Wohnungsamtes hat gleichfalls eine Vermehrung zu verzeichnen, bedingt unter anderem durch die größere Zahl von Gemeindewohnhäusern. Die Personalvermehrung beim Beschaffungamt ist gleichfalls auf die Eingemeindung zurückzuführen. Auch die Vermehrung des Standes der Feuerwehr ist zum Teil durch die Vergrößerung des Stadtgebietes bedingt. Außer dieser Personalvermehrung um 12.000 Personen sind durch Zuwachs neuer Agenden noch folgende Personalvermehrungen begründet: Das Kulturamt der Stadt Wien mit seinen Einrichtungen, die Flüchtlingsfürsorge, die Kriegssachschadenbehebung, die Hafenverwaltung, die Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule, die Standesämter, die Aktion Jugend am Werk und die Bezirke 22 bis 26 haben gegenüber 1930 eine Personalvermehrung um fast 12.000 Personen gebracht. Es ergibt sich also daraus ein Gesamtpersonalzuwachs von 13.200 Personen. Somit entfällt auf die eigentliche Hoheitsverwaltung eine Personalvermehrung um rund 13.000 Personen, die durch vermehrte

Verwaltungsaufgaben usw. bedingt ist. Wenn wir also davon reden in welcher Richtung unsere Reformen gehen müssen, resümierte der Referent, glaube ich festgestellt zu haben, daß man nicht allgemein von einem aufgeblähten Beamtenapparat sprechen kann. Man muß vielmehr im einzelnen feststellen, welche Gründe zu einer Personalvermehrung führten und in den einzelnen Abteilungen durch Reorganisation versuchen, die Arbeit wieder auf ein vernünftiges Maß zurückzubringen.

#### 115.000 Ansuchen um Aufnahme

Der Wunsch in die Gemeindeverwaltung aufgenommen zu werden, ist bei der Wiener Bevölkerung nach wie vor sehr rege. Von 1946 bis Ende 1953 sind 115.000 Gesuche um Aufnahme bei der Gemeinde eingelaufen. Es muß also jener Meinung entgegengetreten werden, daß die Beschäftigung <sup>bei</sup> der Stadt Wien nicht erstrebenswert ist. Im allgemeinen muß man heute sagen, daß die finanziellen Unterschiede zwischen der Bezahlung in der Stadt und der Privatwirtschaft nicht mehr zu Ungunsten der städtischen Angestellten ausfällt. Die Aufnahmen wurden jedoch überaus stark gedrosselt. Von einer absoluten Aufnahmesperre kann jedoch nicht geredet werden. Es wird jeder einzelne Platz genau geprüft, ob eine Neuaufnahme notwendig ist. 1953 wurden in der Hoheitsverwaltung 238 Personen aufgenommen; im Schema I (Anmerkung: Arbeiter) 117 Personen und als Vertragsangestellte 478 zum Teil nebenberuflich beschäftigte Personen. Diesen Aufnahmen stehen die Ausscheidungen gegenüber. 1953 sind 608 Beamte ausgeschieden durch Pensionierung, Kündigung, Dienstentsagung, Ableben usw., und 427 Vertragsbedienstete, sodaß insgesamt 1.035 Personen ausgeschieden sind. Dazu kommen 525 durch den Tod abgegangene Pensionisten, sodaß sich der Gesamtstand insgesamt um 219 Personen vermindert hat

Im Zuge der Verhandlungen über das Jugendeinstellungsgesetz war die Stadt Wien bestrebt mitzuhelfen, den Schwierigkeiten der Jugend Herr zu werden. Es wurde auch dem Wunsch des Gemeinderates nach möglichster Berücksichtigung der Mädchen Rechnung getragen und die verfügbaren Stellen zur Hälfte auf männliche und weibliche Jugendliche aufgeteilt.

Zur Weiterbildung der städtischen Bediensteten wurden insgesamt 209 Kurse mit 10.326 Kursestunden abgehalten, an denen

nahezu 6.000 Personen teilgenommen haben.

Stadtrat Sigmund erklärt, es erscheine ihm wesentlich, die Liebe zur Arbeit der städtischen Angestellten im vermehrten Maße zu wecken und ihnen den Arbeitsplatz zu geben, den sie sich wünschen und für den sie sich auch eignen. Es wurden nach entsprechenden Schulungen aus diesem Grunde 403 gewünschte Versetzungen vorgenommen.

Zu der in der letzten Budgetdebatte gestellten Forderung nach gleichen Dienstverträgen für Männer und Frauen des Landwirtschaftsbetriebes kann berichtet werden, daß durch die Einführung von Melkmaschinen, die also die gleiche Arbeitsleistung bei Männern und Frauen erfordern, auf diesem Arbeitsgebiet die Gleichstellung bereits durchgeführt wurde. Sollten sich auch noch anderswo derartige Möglichkeiten ergeben, wird auch hier dem Wunsch des Gemeinderates entsprochen werden.

#### Die Verwaltungsreform

Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform wurden heuer zwei Maßnahmen getroffen, und zwar die Auflösung der Magistratsabteilung 22, Bauhöfe, und die Zusammenlegung der Magistratsabteilung 55 und 56, die sich beide mit dem Schulwesen beschäftigt haben. Die zur Magistratsabteilung 22 gehörende Heizwerkstätte wurde der Magistratsabteilung 32 hinzugefügt. Die Auflösung der Bauhöfe liegt darin begründet, daß die Kontrahenten nun ja jederzeit bereit sind, verlangte Arbeiten durchzuführen, mitunter sogar billiger und besser.

Stadtrat Sigmund verweist darauf, daß es auch für die Zukunft eine Reihe solcher Maßnahmen gäbe, die allerdings erst sorgfältig überprüft und erprobt werden müssen. Es wurde daher auch noch nicht mit den zuständigen Amtsführenden Stadträten darüber verhandelt. So beschäftigt man sich mit der Schaffung der Grundlagen für ein Amt für Provisionierung. Es könnte vielleicht auch das Marktamt mit dem Veterinäramt zusammengelegt werden, wobei zu prüfen ist, inwieweit die Kühl- und Lagerhäuser hier eingegliedert werden können. Auch eine Zusammenlegung der Bestattung mit der Friedhofsverwaltung könnte eine zweckmäßige Maßnahme sein, gleichfalls die Zusammenlegung der Gesundheitsämter mit den Jugendämtern in den Bezirken.

Stadtrat Sigmund teilt mit, daß in seiner eigenen Geschäftsgruppe durch die Bestellung Dr. Kinzls zum Magistratsdirektor die Stelle des Gruppenleiters in Hinkunft entfällt. Ab nun haben die Abteilungsleiter die vermehrte Verantwortung zu tragen. Dies soll jedoch nichts im Verhältnis der Abteilungsleiter zum Amtsführenden Stadtrat ändern. Als eine Fortsetzung dieses Beginnes der Vereinfachung in der eigenen Gruppe käme eine Zusammenlegung der Amtsinspektion mit dem Personaleinsatz in Betracht.

Der Referent weist dann auf die starke technische Ausrüstung gewisser Abteilungen hin, die er vor kurzer Zeit in der Stadt Graz feststellen konnte. Er bezeichnet dies auch für Wien als wünschenswert. Einige Ansätze hierzu gibt es in unserer Stadt ja bereits, wie zum Beispiel die Holleryth-Maschinen bei der Straßenbahn und andere moderne technische Büromaschinen. Stadtrat Sigmund erklärt, er wolle die Berichte auf diesem Gebiete jedoch dem zuständigen Stadtrat Dkfm. Nathschläger überlassen, der in diesem Zusammenhang ja auch über die Vereinfachung im Inkasso der Stadtwerke sprechen wird.

Die bisherige Gepflogenheit, daß für Arbeitsleistungen, die über den Rahmen der Verpflichtung hinausgehen, um außerordentliche Stufenvorrückungen angesucht wurde, bedürfe einer Änderung. Stadtrat Sigmund erklärt, er ist der Meinung, daß man die normale Beförderung des Angestellten von seiner Eintrittsbasis nach der Dienstordnung vornehmen soll. Außerordentliche Stufenvorrückungen sollen wirklich nur bei ganz außerordentlichen Leistungen gemacht werden. Normale, über das durchschnittliche Maß hinausgehende Leistungen soll man, so wie es in der Wirtschaft üblich ist, durch einmalige Zuerkennung von Beträgen, um die sich der Angestellte etwas kaufen kann, abgelten. Der Betrag für Remunerationen wurde in Besprechungen mit dem Finanzreferenten wesentlich erhöht. Die bisherige Form der listenmäßigen Anträge für solche Stufenvorrückungen lehne er in Zukunft jedoch ab.

Stadtrat Sigmund drückt seine Freude darüber aus, daß die Fälle, in denen wegen kleinen und größeren Ordnungswidrigkeiten Disziplinarverhandlungen eingeleitet werden mußten, sehr gering sind im Verhältnis zur großen Zahl der Beschäftigten.

Wenn es auch bedauerliche Einzelfälle gab, die in der Öffentlichkeit viel besprochen und oft auch aufgebauscht wurden, muß man bedenken, daß die Gemeinde Wien 60.000 Angestellte hat und gelegentlich eine Entgleisung vorkommt. Diese soll man jedoch nicht dazu benützen, den Gesamtstand der vielen braven Zehntausend zu verunglimpfen.

Der Stadtrat berichtet dann über die in die Berichtsperiode fallende Erledigung der Beamtenentschädigung. In der Zeit bis zum 5. September 1953, dem letzten Tag für die Einbringung der Ansuchen nach dem Beamtenentschädigungsgesetz, sind bei den städtischen Unternehmungen 1.020 und beim Magistrat 1.308 Ansuchen, somit insgesamt 2.328 Ansuchen eingereicht worden. 2.229 dieser Ansuchen wurden erledigt und nur 260 abgelehnt. Die Kosten für die berechtigten Ansprüche aus der Beamtenentschädigung werden ungefähr 30 Millionen Schilling betragen.

Unter den nicht erledigten Anträgen sind solche von Ausländern, deren Erledigung infolge der Korrespondenz mit dem Ausland noch nicht erfolgen konnte, ferner einige Anträge für deren Erledigung die Todeserklärung des gemäßregelten Bediensteten abzuwarten ist, und bei den übrigen Anträgen sind die Erhebungen über die Maßregelung noch nicht abgeschlossen. Es bestehen aber Bemühungen auch diese Fälle rasch zu erledigen.

Zu der Frage der Vordienstzeitenanrechnung gab Stadtrat Sigmund bekannt, daß seit dem Beginn der Vordienstzeitenanrechnung beim Magistrat 16.700 Ansuchen und bei den Städtischen Unternehmungen 9.800 Ansuchen eingebracht wurden, zusammen also 26.500. Von diesen wurden bisher beim Magistrat 15.510 und bei den Städtischen Unternehmungen 8.100 bescheidmäßig erledigt, zusammen also 23.610. Von den Erledigungen entfallen auf das Jahr 1953 2.462 beim Magistrat und 2.550 bei den Städtischen Unternehmungen.

Die Wiederverlautbarung des Dienstrechtsgesetzes wurde schon in der letzten Budgetdebatte besprochen. Dem fügte Stadtrat Sigmund hinzu, die Beratungen und Vorarbeiten wären nun soweit gediehen, daß sich die Wiener Landesregierung in Kürze mit dieser Angelegenheit beschäftigen kann. Damit wird in einem wichtigen Teil unserer öffentlichen Verwaltung die notwendige Klarheit wieder hergestellt sein.

Stadtrat Sigmund gab dann einen Überblick über die von seiner Verwaltungsgruppe durchgeführte Bearbeitung von Geschäftsstücken. So wurden z.B. dem Gemeinderatsausschuß I in 17 Sitzungen insgesamt 1.124 Geschäftsstücke zur Beschlußfassung vorgelegt. Davon entfallen auf Allgemeine Angelegenheiten 13, auf die Regelung von Nebenbezügen 69, Zuerkennung von Dienst- und Arbeitskleidern 33, Unterstellung unter die Dienstordnung 18 Akten mit 85 Bediensteten, auf die Anrechnung von Vordienstzeiten 184 Akten mit 1.883 Bediensteten, auf Überstellungen 72 Akten mit 539 Bediensteten. Der Gemeinderätlichen Personalkommission wurden in gleichem Zeitraum 965 Geschäftsstücke zur Beschlußfassung unterbreitet.

Abschließend nahm Stadtrat Sigmund Stellung zu den in der gestrigen Sitzung von Gemeinderat Schwaiger vorgebrachten Beschwerde über das Ausscheiden von 2 Bediensteten der Gaswerke, die freiwillig ihre Arbeitsplätze aufgaben, um sich voll ihrer sportlichen Tätigkeit widmen zu können. Wie Stadtrat Sigmund ausführte, wurde er von den beiden Bediensteten dahingehend informiert, sie hätten sich zur Aufgabe ihrer Anstellung bei der Gemeinde Wien entschlossen, nachdem ihnen von einem Ligaklub als Geschenk ein Delikatessengeschäft in Aussicht gestellt wurde, und zwar unter der Bedingung, daß sie der Städtische Sportklub Gaswerk sofort freigibt. Der Wiener Ligaklub hat sein Versprechen aber nicht eingehalten. Die Spieler blieben ohne Existenz und strebten eine Wiederanstellung bei der Gemeinde Wien an. In einem Fall ist sie tatsächlich wieder erfolgt, jedoch, wie der Stadtrat ausdrücklich betonte, ohne Rücksicht darauf, ob er bei einer städtischen Sportvereinigung Fußball spielen will oder nicht. Man wollte in diesem Fall eben vermeiden, daß ein unüberlegter Schritt für den jungen Menschen dauernde Konsequenzen nach sich ziehen soll.

Zur Frage der Beurlaubung von Spielern erklärte Stadtrat Sigmund, daß die Wünsche der Vereine um Beurlaubung von Spielern vielfach nicht mehr vertretbar sind. Es wurde eine Vereinbarung mit dem Bund getroffen, wonach Fußballer des Nationalteams, die bei der Gemeinde Wien beschäftigt sind, so lange Urlaub bekommen, wie sie ihn brauchen. Spieler, die außerhalb Österreichs von ihren Vereinen eingesetzt werden, können zusätzlich zu ihrem Normalurlaub noch bis zu 30 Tagen Sonderurlaub erhalten.

Stadtrat Sigmund gab der Meinung Ausdruck, daß manche aktive Sportler ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst nur als eine Tätigkeit für solche Tage erachten, an denen sie nicht als Sportler tätig sind. Man kann niemandem zumuten, daß er monatelang für abwesende Sportler arbeitet.

Stadtrat Sigmund dankte allen seinen Mitarbeitern und allen, die ihm geholfen haben, sein Amt ohne größere Reibungen zu führen und bat um Annahme seiner Ansätze (Beifall bei den Sozialisten).

In der Spezialdebatte ergriff als erster GR. Doppler (WdU) das Wort. Er beschäftigt sich mit den Veränderungen im Personalstand der einzelnen Verwaltungssparten und verglich dann die Ansätze für das kommende Jahr mit jenen in den vergangenen Jahren und insbesondere mit dem Jahr 1937. Daraus ergebe sich klar, führte er aus, daß die Gemeindebediensteten gegenüber Bediensteten anderer Körperschaften benachteiligt werden. Er bezeichnete dies als eine ungerechtfertigte Benachteiligung und setzte sich für eine Neuregelung der Arbeitszeit, die Gewährung des 14. Monatsgehältes sowie Erfüllung anderer Forderungen, wie sie im Jahre 1952 auch von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vorgebracht wurden, ein. In der Frage der Aufhebung der Vorrückungssperre für ehemalige Nationalsozialisten verlangt er eine generelle Lösung.

Der Redner stellt in Bezug auf die Novellierung des Dienstrechtes das Land Vorarlberg als ein Vorbild hin. Auch in Graz hätte man Verschiedenes versucht, das unter Umständen in Wien Vorbild sein könnte.

GR. Doppler spricht dann über die Behandlung jener Beamten, die nach 1945 vorzeitig aus dem Dienst gestellt wurden. Bei allen anderen Gemeinden hat man diese Leute, wenn sie eine entsprechende Dienstbeschreibung aufwiesen, wieder in Dienst gestellt. Wer hindert die Gemeinde Wien, so fragt der Redner, diese Beamten wieder einzustellen?

Abschließend sagt GR. Doppler, er stelle freimütig fest, daß unter der Leitung des derzeitigen Stadtrates verschiedene Maßnahmen als rein menschlichen Erwägungen getroffen wurden und sich vereinzelt wohltuend von der Ära seines Vorgängers abheben. Trotzdem sind verschiedene Forderungen der Gemeindebediensteten noch nicht berücksichtigt.

Er stellte mit Bedauern fest, daß in dieser Hinsicht bei den Worten des Stadtrates für die Zukunft nichts angedeutet wurde. Aus diesem Grund könne er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu diesem Budget nicht geben.

GR. Dr. Altmann (LBl.) stellt eingangs fest, Stadtrat Sigmund habe sich in seinem Referat wenig mit den entscheidenden Fragen des Personals der Stadt Wien beschäftigt. Die Hauptfrage, die im letzten Jahr alle öffentlichen Angestellten und auch die Wiener Gemeindebediensteten bewegt, war die Frage der sogenannten Entnivellierung. Man ist sich darüber klar, daß alles, was auf diesem Gebiet beschlossen wurde, dem Ziel nicht nahe gekommen ist: der Herstellung des Realwertes der Gehälter. Der Redner verweist dabei auf die Rücklagen der Gemeinde und meint, daß diese wenigstens dazu verwendet werden könnten, die zweite Etappe der Entnivellierung vorzeitig auszuführen. Er stellt einen Resolutionsantrag, Stadtrat Sigmund solle unverzüglich mit der Gewerkschaft in Verhandlungen über die Vorziehung der nächsten Etappe der Entnivellierung treten; diese solle ab 1. Jänner 1954 und nicht erst 1955 durchgeführt werden.

Im folgenden bespricht Gemeinderat Dr. Altmann als Beispiele einige Forderungen. So müsse die Frage des Grundgehaltes, der die Grundlage für die Gesamtentnivellierung darstellt, geregelt werden. Der Redner verlangt die Einbeziehung der starren Zulage von 50 S in den Grundgehalt, wodurch sich besonders für die niedrigen Gehälter eine berechtigte Erhöhung ergäbe.

Als eine andere Forderung bezeichnet der Redner die Wiederherstellung einer Berechtigung, die den städtischen Angestellten vor 1934 zustand: die Einführung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung auf den städtischen Verkehrsmitteln. Weiter verlangt er die Wiedereinführung der Sonn- und Feiertagszulagen, ebenso die Schaffung einer Monturordnung. Für einen sozialen Dienstgeber sollte es auch eine Selbstverständlichkeit sein, daß Krankheitstage während einesurlaubes nicht als Urlaub betrachtet werden. Des weiteren beschäftigt sich Dr. Altmann mit der Forderung nach einer Zusatzrente für die Vertragsbediensteten und verlangt auch, daß in allen Fällen, in denen die Pragmatisierung von der Altersgrenze abhängig ge-

macht wird, die nach sozialen Gesichtspunkten geprüft werden sollte.

GR. Dr. Altmann spricht sodann von jener Gruppe unter den städtischen Bediensteten, die 24stündigen Wechseldienst machen muß. Die bekannteste darunter ist die Feuerwehr der Stadt Wien. Er stellt eine, wie er sagt, außerordentlich bescheidene Forderung für diese Personengruppe, und zwar die nach Gewährung einer monatlichen ununterbrochenen Freizeit von 72 Stunden, verbunden mit einer Abgeltung der gesetzlichen Feiertage. Derzeit gibt es beispielsweise für die Feuerwehr nur alle zwei Monate eine solche 72stündige Freizeit.

Die von Stadtrat Sigmund vorgeschlagene Remuneration anstelle von Stufenvorrückungen bezeichnet der Redner als nicht genügend für außerordentliche Leistungen. Außerdem tritt der Redner für eine Entlohnung der Überstunden auch für die Beamten des Schemas II ein, ferner für eine automatische Angleichung der Nebengebühren gleichzeitig mit jeder Gehaltsregelung und für die Gewährung eines Wirtschaftstages an alle Frauen, die einen eigenen Haushalt führen. Er weist darauf hin, daß in den meisten Privatbetrieben, die eine Sechs-Tage-Woche haben, dieser Wirtschaftstag gewährt wird. Der Redner bezeichnet das Programm der notwendigen Verhandlungen mit der Gewerkschaft als äußerst groß und dringend. Als dringlichste Frage bezeichnet der Redner die Vorziehung der nächsten Etappe der Entnivellierung. GR. Dr. Altmann tritt auch für eine Modernisierung des Dienstrechtes und in diesem Zusammenhang für ein modernes Personalvertretungsrecht ein. Hierdurch könnte auch die so dringende Frage des pädagogischen Kindergartenpersonals, das sich derzeit in einem dienstrechtlichen Schwebzustand befindet, geklärt werden.

Abschließend nimmt der Redner zum Problem der Gastärzte Stellung und erklärt, daß diese nicht weiterhin dem Fürsorgebereich unterstehen dürfen, sondern in den Personalbereich zu übernehmen wären. Sie müßten wenigstens wie Vertragsbedienstete behandelt werden. Das geringste Gehalt wäre höher wie das gnadenreiche Stipendium, das sie jetzt bekommen.

GR. Dr. Altmann appelliert, man solle den sozialen Geist nicht nur in Einzelfällen sondern auch bei Gesamtregelungen nach Möglichkeit durchzusetzen trachten. Er ist überzeugt, daß die Stadt Wien dann wirklich ein beispielgebender und fortschrittlicher Dienstgeber sein wird.

GR. Dr. Freytag (ÖVP) erklärt, die Beschäftigten der Gemeinde Wien stehen nicht nur in einem Verhältnis zu ihrem Dienstgeber, sie stehen letzten Endes im Dienste der gesamten Bevölkerung Wiens. Es ist klar, daß der Dienstgeber diesen Menschen gegenüber eine ganz besondere Verpflichtung trägt. Aber auch die Bevölkerung dieser Stadt hat ein Recht zu fordern, daß die Personalpolitik streng objektiv nach den Grundsätzen der Demokratie und Gerechtigkeit ausgeübt wird. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Redner die Ausführungen des mit Einstimmigkeit der Parteien neubestellten Magistratsdirektors Dr. Kinzl bei seiner Antrittsrede als besonders erfreulich. Dr. Kinzl stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Wunsch nach einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen der Berufsbeamtenschaft und den gewählten Funktionären dieser Stadt. Er erklärte ferner, daß es sein Bestreben sein werde, sein Amt in völliger Unparteilichkeit zu führen und darauf zu dringen, daß dieser Grundsatz innerhalb der Gemeindeverwaltung konsequent durchgeführt werde. Seine Fraktion nehme diese Erklärungen mit Genugtuung und hoffnungsvoller Erwartung zur Kenntnis. Er beschäftigte sich dann mit der Aufzählung einiger, wie er sagte, Unzukömmlichkeiten und meinte, daß die noch immer gehandhabte Praxis des Proporz von der Bevölkerung mit wenig Verständnis aufgenommen werde. Alle, die den amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten Sigmund kennen, führte er weiter aus, wissen seine persönliche Note zu schätzen. Wenn es aber trotzdem noch immer zu gewissen unliebsamen Erscheinungen in der Praxis seiner Verwaltungsgruppe komme, dann könne er sich das nur so erklären, daß seine Amtszeit noch zu kurz ist um jahrzehntelangen Gepflogenheiten in diesem Ressort Einhalt zu gebieten. Die Handhabung des Stellenplanes bezeichnete er mit Bedauern als einseitig.

Es seien immer noch Benachteiligungen von Bediensteten zu verzeichnen, die oft unkorrigierbar werden und berechtigte Verbitterung unter den Beamten hervorrufen. Seiner Meinung nach sind Vorrückungen einer einmaligen geldlichen Gratifikation vorzuziehen. Die auf dem Gebiete der Verwaltungsreform ergriffene Initiative ist zu begrüßen und man muß diesen Bestrebungen den besten Erfolg wünschen.

GR. Dr. Freytag kritisierte dann einzelne Vorkommnisse, die sich bei der Nominierung von Abteilungsleitern und bei Kündigungsfällen zugetragen hätten. Er führte aus, daß es immer noch vorkommt, daß Beamte, die persönlich nicht genehm sind, auf Posten in solche Dienststellen versetzt werden, die sich vor der Auflassung befinden, und daß dann diese Beamten kurzerhand pensioniert werden. Weiter führte er Beschwerde, daß am 1. Dezember d.J. bei der Gehaltsauszahlung in einigen Dienststellen Geldsammlungen für Parteizwecke durchgeführt wurden. Abschließend regte er an, die Urlaubswünsche von Akademikern mehr zu berücksichtigen und setzte sich zugleich für eine Aufbesserung des Urlaubsanspruches der Gemeindebediensteten aus dem Kreis der Kriegsinvaliden des 1. Weltkrieges ein. Er empfiehlt dann eine Berücksichtigung von Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe, die in der Gehaltsstufe 16 und 17 eingereiht sind und meint, eine Lockerung der bestehenden Bestimmungen wäre in diesem Falle vertretbar. Den Ansätzen der Verwaltungsgruppe I wird die ÖVP zustimmen.

GR. Schiller (SPÖ) erklärt, daß die in der Geschäftsgruppe I eingeleiteten Reformmaßnahmen volle Unterstützung verdienen. Nach wie vor muß die wichtigste Voraussetzung, nämlich, daß den Bediensteten keine Nachteile erwachsen, bestehen bleiben. Niemand darf benachteiligt oder sogar arbeitslos werden. Er wandte sich sodann gegen gewisse Vorwürfe, die sich mit der Tätigkeit der Vertrauensleute beschäftigen. Er bezeichnete es als ungerecht, wenn man freigewählten Vertrauensleuten der Gewerkschaftsmitglieder, die sich nach demokratischem Recht für die Interessen der Bediensteten einsetzen, Vorwürfe macht.

Er erinnerte im Zusammenhang an die Antrittsansprache des neuen Magistratsdirektors Dr. Kinzl, in der dieser angeregt hatte, alle Fragen, bei denen es sich um den Menschen handelt, gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften zu behandeln. GR. Schiller begrüßte eine solche Stellungnahme, die er als den Weg bezeichnete, auf dem alle Personalfragen gelöst werden können.

Wir haben im abgelaufenen Jahr eine Reihe von Verbesserungen in der Dienstordnung durchführen können. Daneben gibt es natürlich eine Reihe von Forderungen und Wünschen. Eine Frage zum Beispiel wurde bisher nicht erwähnt: die Frage der Mutterschutzbestimmungen und ihre Anwendung auf pragmatisierte Bedienstete. Nach unserem geltenden Recht sind diese Bestimmungen, die auf reichsdeutschen Vorschriften beruhen, in Kraft. Von ihrer Wirkung aber sind die pragmatischen Bediensteten ausgenommen, obwohl die Bestimmungen de facto auch für die Pragmatisierten angewendet werden. Der Redner ersuchte den Referenten, hier eine Klärung herbeizuführen.

GR. Schiller beschäftigt sich dann mit den Ausführungen seiner Vorredner. GR. Doppler hat über die sinkende Personal tangente gesprochen. Diese Tatsache ist uns bekannt, antwortet ihm der Redner, aber ich glaube, daß wir alle nicht nur an der Frage interessiert sein können, wie hoch die Personal tangente im gesamten Budget ist, sondern daß auch alle Bediensteten an der Gesamtentwicklung unserer Wirtschaft interessiert sein müssen. Diese aber drückt sich in diesem Budget sehr zum Vorteil der Stadt und ihres Personals aus. Die städtischen Angestellten wissen genau, daß sie nur dann etwas von ihren Gehältern haben, wenn die gesamte Wirtschaft floriert.

GR. Doppler stellt auch die Frage der Arbeitszeit zur Diskussion und vergleicht sie mit anderen Städten. Dazu führte der Redner grundsätzlich aus, daß auch er für eine verkürzte Arbeitszeit ist. Man müsse aber bedenken, daß es wohl in anderen Städten andere Arbeitszeitverhältnisse gäbe, aber auch andere Dienstrechtverhältnisse. Es gibt dort eine Reihe von Forderungen, die in Wien längst zu den wohl erworbenen Rechten gehören. Das Vorarlberger Dienstrecht bezeichnet GR. Schiller

als das reaktionärste in Österreich. Zu den Ausführungen von Dr. Altmann bemerkt der Redner, dieser habe zum Großteil Fragen aus dem **Forderungsprogramm** der Gewerkschaft angeführt. Man hoffe, im nächsten Jahr einen Teil dieser Fragen regeln zu können.

Die ÖVP-Redner haben gestern und heute davon gesprochen, daß man in der Personalpolitik im Wiener Rathaus Gesinnungszwang übe. Der Redner zitiert demgegenüber ÖVP-Zeitschriften, aus denen hervorgeht, daß ein solcher Gesinnungszwang zum Beispiel in Niederösterreich tatsächlich ausgeübt werde. Wo also die ÖVP in schwächerer Position ist, dort will sie den Proporz in der Personalpolitik, ist sie aber stärker, will sie keinen Proporz! Von allen Bezirkshauptleuten in Niederösterreich zum Beispiel gehört kein einziger der SPÖ an! Die ÖVP habe also nicht das moralische Recht, anderswo das als ein Verbrechen darzustellen, was sie dort durchsetzt, wo sie stärker ist. Er sei hingegen der Überzeugung, unterstrich GR. Schiller nachdrücklich, daß in Wien in sehr loyaler und korrekter Art die Interessen nicht einseitig vertreten werden.

Abschließend sagte GR. Schiller: "Was in diesem Kapitel verhandelt wird, ist wohl das Schwierigste im ganzen Wiener Budget, weil es sich nicht um tote Akten, sondern um lebendige Menschen handelt. Er appellierte daher an alle Funktionäre, sich ihrer Aufgabe bewußt zu sein. Menschenschicksale zu gestalten ist schwer; allen Recht zu tun **ist** unmöglich! Aber es kommt darauf an, wie man auch ein "Nein" ausspricht. Wenn man also der Verwaltung helfen und die Angestellten befrieden wolle, sei man dann auf dem besten Weg, wenn man versucht, in gemeinsamer Aussprache die Probleme zu klären. Im übrigen gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des I. Hauptstückes (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Sigmund dankte in seinem Schlußwort allen Rednern für die Sachlichkeit, mit der sie versucht haben, die Probleme zu behandeln, wobei er auch die Sachlichkeit dort einschließe, wo verschiedene Redner andere Ansichten hatten als er.

Ich billige auch, so betonte der Stadtrat, den Vertretern anderer Parteien zu, daß sie die Dinge anders sehen als ich.

Soweit es sich um Einzelfälle handelt, werde er versuchen, in der nächsten Zeit diese Fälle einer menschlichen Behandlung zuzuführen. Soweit es sich um Grundsätzliches handelt, werde er sich mit der Gewerkschaft auseinandersetzen. Er sei jedoch, so meinte der Referent, über das Verhalten des Vertreters der ÖVP erstaunt, der mit ihm in vielen persönlichen Aussprachen versucht hat, Probleme zu bereinigen. Die mitverwaltende Partei hat natürlich das Verlangen, gewisse parteipolitische Wünsche auch dem Personalreferenten vorzutragen. Das ist geschehen. Die ÖVP hat nicht nur einen Mandatar, der immer, wann er es wünscht, mit dem Stadtrat sprechen könne; sie hat auch innerhalb der Gewerkschaft einen Vertreter, der stets vom Stadtrat empfangen werde. Wenn es daher heute so dargestellt wird, als ob der Personalreferent der einseitige **Exponent** seiner Partei wäre, sagte Stadtrat Sigmund, so habe er demgegenüber in unzähligen Fällen bewiesen, daß er menschlich zu lösende Probleme nie mit der Parteibrille gesehen habe.

Jeder der gewählten Funktionäre hat das Recht, für seine Partei zu werben. Wenn aber der Vertreter der ÖVP so tut, als ob dies nur eine Besonderheit der Mehrheit dieses Hauses sei, dann ist dies nicht ganz aufrichtig. Stadtrat Sigmund verliert zur Erhärtung seiner Behauptung verschiedene Briefe. In einem verlangt ein ÖVP-Stadtrat, daß ihm Personalveränderungen schon mitgeteilt werden, wenn sie sich noch als Wunsch in der Verwaltung befinden. Dann wieder heißt es in einem Schreiben, daß ein bestimmter Funktionär von der ÖVP beauftragt worden sei, Erhebungen über zwei Personen anzustellen, ob sie der ÖVP oder welcher Partei sie angehören. Dann wieder schreibt ein ÖVP-Stadtrat einer Frau, daß es auf Grund seiner Intervention gelungen sei, ihre Anstellung als Kurzschaffnerin durchzusetzen. Kurze Zeit später legt man der Frau nahe, der ÖVP beizutreten. In einem anderen Brief der ÖVP an Stadtrat Sigmund wird mit dem Hinweis, daß der Bewerber der Volkspartei angehört, um dessen Anstellung als Chauffeur gebeten.

"Jede Partei hat das Recht, auf soziale Notstandsfälle zu verweisen. Die ÖVP ist selbstverständlich hier nicht die einzige. Auch andere Parteien sind in solchen Fällen zu mir gekom-

men und ich habe zu helfen versucht. Aber daß sie so tut, als ob die anderen deshalb schlecht wären, und sie darin eine Politisierung des Referates erblicken", beendete Stadtrat Sigmund zur ÖVP gewendet die Kapitel, "halte ich absolut für unrecht!"

Dr. Freytag hat auch den Vorschlag gemacht, beim Personal den Proporz anzuwenden. Das halte ich für unmöglich. Was wäre das für eine Verwaltung, die die Besetzung eines Postens nicht nach sachlichen Gesichtspunkten vornimmt. Ich gebe zu, sagte der Referent, daß bei Besetzung von Leiterposten nicht ganz nach dem Grundsatz der Nachfolgerschaft vorgegangen wird; aber wenn jemand in 20 Jahren nicht imstande war, den Eindruck zu erwecken, daß er der Richtige für die Nachfolge ist, kann dies auch nicht für die Zukunft erwartet werden. Ich werde den Grundsatz durchsetzen, daß der Tüchtigste auf den Platz zu berufen ist, auf dem die stärkste Verantwortung getragen werden muß.

Stufenvorrückung oder Remunerationen: Für einmalige außerordentliche Leistungen werden einmalige Anerkennungen in Form von Remunerationen gegeben. Für dauernde Leistungen wird die dauernde Anerkennung durch die außerordentliche Stufenvorrückung ausgesprochen. Wesentlich ist es, daß in allen Angestellten das Gefühl entstehen muß, daß ihre Leistung belohnt wird.

Zu der Forderung des GR.Dr. Altmann nach einer vorzeitigen Erfüllung der zweiten Etappe der Entnivellierung ist es zu sagen, daß diesbezügliche Bemühungen bereits im Gange sind. Es handelt sich hier jedoch um ein großes Problem, das nicht im Kreis der Stadt Wien allein behandelt werden könne, sondern gemeinsam mit dem Bund. Ein Teil der übrigen Forderungen des GR. Dr. Altmann wurde bereits früher von der Gewerkschaft erhoben und mit ihr besprochen. In manchen Fragen sind Annäherungen vorhanden, in anderen Dingen sind die Voraussetzungen noch nicht gegeben.

Zum Problem der Gastärzte ist zu sagen, daß vor einigen Tagen Verhandlungen mit den Vertretern der Gastärzte stattgefunden haben, weil die Situation auf diesem Gebiet wirklich nicht leicht ist. Es ist dies jedoch nicht nur ein Problem, das die Gemeinde Wien allein angeht. Es ist hier die große Zahl der jungen Leute, die während des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg, obwohl der Bedarf nicht gegeben war, das Medizinstudium

vollendet haben und nun darauf waren, daß sie in den öffentlichen Krankenhäusern ihre Volontärzeit und später ihre Turnusausbildung durchmachen können. Es wird jedoch den Gemeinderäten bekannt sein, daß in Österreich ungefähr 30 Betten auf einen Arzt kommen, in den Wiener Krankenhäusern aber nur 16 bis 17 Betten. Die bestehende Regelung ist nun so, daß die Volontäre ein Stipendium von monatlich 750 Schilling erhalten, von dem die eine Hälfte die Stadt Wien, die andere der Bund bezahlt. Es sind nun vier Fälle bekannt, daß Gastärzte die Stadt Wien geklagt haben, ihnen die Differenz zwischen Stipendium und einem vertragsmäßigen Lohn zu bezahlen. Durch die Erfüllung dieser Forderungen würde das Verhältnis von einem Arzt auf 16 bis 17 Betten noch stärker sinken. Schon auf ungefähr 10 Betten würde dann ein Arzt kommen. Dies bedeute eine Belastung, die die Stadt Wien allein nicht tragen kann. Verhandlungen mit der Ärztekammer und Vertretern der Ärzte wurden gepflogen. Gegenwärtig gibt es 360 solcher junger Leute in unseren Spitälern. Der Normschlüssel sind 402. Es handelt sich also darum, wie man 42 dieser jungen Menschen vorläufig über die Zeit hinweg bringt, bis ein gültiges Urteil in dieser Sache gesprochen wurde. Es dürfte bereits ein gangbarer Weg gefunden sein, er müsse jedoch erst überprüft werden. Die Stadtverwaltung will menschlich sein und über den Streit der formalen Sache den Menschen nicht vergessen.

Stadtrat Sigmund ersuchte, die aufgeworfenen Einzelfragen mit den Vertretern der Gemeindegewerkschaft oder im Ausschuß zu besprechen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze für Personalangelegenheiten mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag des GR. Dr. Altmann wurde gegen die Stimmen des Linksblocks abgelehnt.

Kultur und Volksbildung

Stadtrat Mandl erwähnt einleitend, daß bereits gestern die einzelnen Redner viel und eingehend zum Kulturproblem Stellung genommen haben, jedoch mit Ausnahme des GR. Planek nie in die wahren Probleme der Kulturarbeit eingegangen sind. Er möchte daher eine Statistik der "Forschungsstelle zur Aufstellung wirtschaftlicher Bilanzen" an die Spitze seiner Ausführungen stellen, die sich mit einer Detaillierung des österreichischen Volkseinkommens beschäftigt. In ihr wird dieses österreichische Volkseinkommen für 1951 mit rund 50 Milliarden Schilling beziffert. Weiter wird festgestellt, daß ein Anteil von 22 Prozent für Investitionen, ein solcher von 14 Prozent dem öffentlichen Konsum und ein Anteil von 64 Prozent dem privaten Konsum zufließen. Ferner ist zu ersehen, daß 41 Prozent für die Ernährung, 17.3 für die Bekleidung und 12.8 Prozent, die unter der Sammelbezeichnung "Genußmittel" aufscheinen, ausgegeben werden. In weitem Abstand folgen die Ausgaben für Wohnung, mit 3 Prozent, für Beheizung und Beleuchtung mit 4.3 Prozent, Verkehr 3.4 Prozent und schließlich scheinen die Ausgaben für Unterricht, Bildung, Unterhaltung als niederster Prozentsatz mit 3.5 Prozent auf. Es scheint auch in dem Bericht auf, daß im Jahre 1951 nahezu 5 Milliarden für Genußmittel ausgegeben, also vertrunken und verrauchte wurden, das sind rund 10 Prozent des gesamten Volkseinkommens. In diesen Ziffern spiegelt sich die ganze Problematik der Kulturarbeit der heutigen Tage. Zur gleichen Zeit berichtet die Österreichische Tabak-Regie, daß der Konsum an Zigaretten von 6.5 Milliarden Stück im Jahre 1951 auf 7 Milliarden im Jahre 1952 angestiegen ist. Man muß nun bedenken, wie unser geistiges Leben befruchtet werden könnte, wie das künstlerische Schaffen wirksam und wie dem Bildungswesen geholfen werden könnte, gelänge es nur, eine dieser fünf Milliarden im kulturellen Bereich wirksam werden zu lassen. Diese Ziffern müssen allen Mahnung sein. Sie zeigen dem Kulturpolitiker in aller Deutlichkeit die Aufgabe, die er als Anwalt der kulturellen Arbeit zu erfüllen hat, nämlich in der Bevölkerung die kulturelle Bereitschaft zu schaffen, in der allein geistiges und künstlerisches Leben gedeihen und sich geistige Regsamkeit entwickeln kann.

Wir haben, fuhr Stadtrat Mandl fort, in unserer Arbeit diese Aufgabe immer gesehen. Was wir dazu tun konnten, ist geschehen und ich bitte Sie, all das, was ich zur Erläuterung des Budgets noch sagen werde, als Illustration dieser Bestrebungen aufzufassen, Atmosphäre und Bereitschaft zu schaffen. Die Bestrebungen erstrecken sich auf alle Sektoren unseres kulturellen Lebens genau so wie auf alle Altersstufen und wir suchen die Menschen dort, wo sie uns am meisten nötig haben, mit Methoden, die sich den Gelegenheiten anpassen.

Es ist immer das gleiche Ziel, dem wir dienen: unserer Bevölkerung in ihrem Streben nach einem besseren Sein zu helfen, sie nie vergessen zu lassen, daß der Mensch doch nicht nur vom Brot allein lebt und daß auch ein hochzivilisiertes Volk trotz allen technischen Fortschrittes noch lange kein Kulturvolk sein muß.

Stadtrat Mandl kommt sodann auf die Schülerkonzerte zu sprechen, die zur Musikerziehung der Kinder durchgeführt worden. Allein für die ersten Klassen wurden 26 Veranstaltungen für insgesamt 23.000 Kinder abgehalten, 15 Konzerte für die zweiten Klassen mit einer Besucherzahl von 26.000 Kindern und 14 Konzerte für die vierten Klassen mit 24.000 Besuchern. Es haben also 73.000 Kinder zum erstenmal das unmittelbare Konzerterlebnis empfunden. Als Abschluß dieser Veranstaltungen wurde ein Abonnement-Zyklus mit sechs Konzertveranstaltungen geschaffen. Die Schüler zahlen für diese 6 Konzerte insgesamt 20 Schilling, das Defizit trägt das Kulturamt. Stadtrat Mandl ist überzeugt, daß die Kinder, die heute Abonnenten der Schülerkonzerte sind, morgen auch Abonnenten der großen Abonnementkonzerte der Konzertsäle sein werden. Als erfolgreich können auch die 58 Konzerte in den Parkanlagen bezeichnet werden, an denen 75.000 Besucher teilnahmen, und die ein voller Erfolg waren. An den 9 Konzerten im Belvederegarten nahmen 12.000 Besucher teil, trotzdem man versucht hat, dort nur ernste Musik zu bringen. Die Arkadenhofkonzerte konnten durch Tanzveranstaltungen erweitert werden. An allen diesen Veranstaltungen haben insgesamt 106.000 Besucher teilgenommen.

Auch die Musiklehranstalten haben im abgelaufenen Jahr ihre Tätigkeit erweitert und ausgebaut. Das Konservatorium

zählt 534 Schüler und hat neben der Erfüllung seiner Aufgabe als höhere Musikschule auch noch Chorleiterkurse für Gesangsvereine abgehalten. In der Kindertanzgruppe sind gegenüber 300 Kindern heuer schon 600 Kinder gemeldet. Auch die Werbung für die Hausmusik blieb fast ausschließlich dem Konservatorium und den Musikschulen vorbehalten. Die 11 Musikschulen erfassen 1.565 Kinder. Es wird von den Bezirken immer wieder die Errichtung weiterer Musikschulen verlangt. Auch die Kindersingschulen haben mit **6.300 Kindern** ihren Höchststand erreicht.

Auch auf dem Gebiete der bildenden Kunst wurde viel geleistet, die Stadt Wien war hier der größte Auftraggeber. Allein für die Ausschmückung der städtischen Wohnhausanlagen wurden im Jahre 1953 3,072.000 Schilling ausgegeben; seit 1950 ist die Gesamtsumme 6,4 Millionen Schilling. Dieser Betrag wird jedoch in der Verwaltungsgruppe VI (Bauwesen) verrechnet. Zu den Ausführungen des GR. Schwaiger, der ein Mosaik an einer städtischen Wohnhausanlage einer Kritik unterzog, stellte Stadtrat Mandl u.a. fest, daß eben die Geschmäcker verschieden sind. Es gibt gerade auf diesem Gebiet sehr individuelle Auffassungen. Im Kapitel "Ausstellungen" verwies Stadtrat Mandl auf den außerordentlichen Erfolg der Ausstellung "Das gute Bild für jeden". Bis zum heutigen Tag wurde sie von 16.561 Besuchern besichtigt, die 203 Bilder um 52.657 Schilling kauften. Diese außerordentlich große Besucherzahl bedeutet einen Erfolg der Bemühungen, neue Interessenten für die Arbeit des bildenden Künstlers zu schaffen. Außer der im Rahmen der Festwochen im Wiener Künstlerhaus veranstalteten Ausstellung "Donau" gab es auch heuer zahlreiche Ausstellungen in den städtischen Büchereien. Die in Wien seit Jahren durchgeführte Plakatwertungsaktion hat in der letzten Zeit auch in einigen österreichischen und deutschen Städten Nachahmung gefunden.

Die sechs Fachklassen der Modeschule der Stadt Wien wurden am Ende des Schuljahres von 250 Schülerinnen besucht. Die Unterrichtserfolge dieser Anstalt sind sehr zufriedenstellend. Von den 26 Mädchen, die zu den Gehilfenprüfungen bei der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft gekommen sind, haben 25 die Prüfung bestanden.

Der Modeschule wurde das Öffentlichkeitsrecht rückwirkend ab Schuljahr 1950/51 verliehen. Bei den 11 Modeschauen des vergangenen Schuljahres wurden 5.293 Gäste im Schloß Hetzendorf gezählt. Stadtrat Mandl gab abschließend der Hoffnung Ausdruck, daß die Modeschule auch gewerberechtlich die Gleichstellung mit Schulen ähnlichen Charakters erlangen werde.

Im Berichtsjahr hat sich die Hörerzahl in der Wiener Volksbildung erfreulich erhöht. Mit 503.310 Hörem im Wintersemester wurde zum ersten Mal eine absolute Zahl erreicht, die höher ist als die in den besten Zeiten zwischen den beiden Weltkriegen. Gestiegen ist auch die Zahl der Kursteilnehmer, und zwar gegenüber dem Vorjahr um 17.5 Prozent im Wintersemester und um 12 Prozent im Sommersemester. Die Wiener Volksbildung erhielt 1953 1,274.000 Schilling, davon der Verband Wiener Volksbildung 966.000 Schilling.

Zu den 47 Zweigstellen der Städtischen Büchereien wird in den nächsten Tagen eine weitere in Simmering dazukommen. Die Zahl der Monatsdurchschnittleser betrug heuer 25.969. Das ist gegenüber der Leserzahl aus dem Jahre 1949 um 74 Prozent mehr. Diese Steigerung ist vor allem auch darauf zurückzuführen, daß es weitgehend gelungen ist, die veralteten Buchbestände zu erneuern. Auch im nächsten Jahr werden für Buchankäufe 800.000 Schilling aufgewendet. In den kommenden Monaten werden auch die letzten Provisorien und veralteten Einrichtungen durch solche modernster Art ersetzt, so daß unsere Büchereien auch äußerlich jene würdige Ausstattung bekommen, die solchen Volksbildungseinrichtungen gebühren. Als besonders begrüßenswert hob Stadtrat Mandl jene Bemühungen hervor, welche den persönlichen Kontakt zwischen den Lesern und den Dichtern fördern. Es gab 171 Dichterlesungen mit 37 Autoren, die von 8.063 Lesern besucht wurden. Er erwähnte auch die Bemühungen der Stadtverwaltung bei der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. Dem "Buchklub der Jugend" wurden 200.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Für die nächsten Wochen wird eine große Kampagne vorbereitet, von der man sich gleichfalls viel Erfolg verspricht. Eine erfreuliche Tatsache ist auch, daß so viele Kinder in den Städtischen Büchereien als Leser eingeschrieben sind. Die Kinder betragen 1953 nicht weniger als 32.6 Prozent der gesamten Leserschaft.

Aus dem Kultur Groschen wurden heuer insgesamt 6,907.100 Schilling verteilt, Davon erhielt die bildende Kunst 6.6 Prozent, die Literatur 6.2 Prozent, das Theater 42 Prozent, die Musik 25 Prozent, die Volksbildung 12.3 Prozent, die Wissenschaft 5 Prozent und der Kulturfilm 3 Prozent. Den Rest - etwa 1 Prozent - erhielten verschiedene Institutionen. Im kommenden Jahr werden Mittel zur Herstellung von Schmalfilmkopien, des nun auch im Ausland mit Erfolg laufenden Filmes "Symphonie Wien" hergestellt. Auch die neue Aktion der Arbeiterkammer, "Theater am Stadtrand", die wir außerordentlich begrüßen, wird unterstützt. An 15 Stellen wird monatlich einmal gespielt. Auf dem Repertoire der kommenden 4 Monate sind Werke namhafter Dramatiker. Abschließend zum Kapitel "Kultur Groschen" erklärte Stadtrat Mandl, diese Einrichtung habe sich als eine wertvolle Hilfe für alle Kulturorganisationen erwiesen. An diese Feststellung knüpfte er den Dank an alle Mitglieder des Gemeinderatsausschusses III, die als Beirat der Landesregierung fungieren. Bei der Verteilung des Kultur Groschens haben sie sich stets mit Verständnis und Verantwortlichkeit dieser oft sehr undankbaren Aufgabe unterzogen.

Die Wiener Festwochen bezeichnete er als eine Rechenschaft Wiens der Welt gegenüber. Der wichtigste Festwochenausschuß, nämlich der Programmausschuß, der erst kürzlich gebildet wurde, informierte bereits die Öffentlichkeit über die Festwochen 1954. Über die Gestaltung der Wiener Festwochen wird viel diskutiert, sagte der Redner, meist aber von denen, die zu ihren seltensten Besuchern zählen. Man sucht immer wieder ein Motto und möchte sie in eine Parole zwingen. Dazu wäre zu sagen: Es soll bei dieser Veranstaltung gezeigt werden, was Wien ist, die Überfülle eigenen Könnens, die Vielheit künstlerischer Gestaltung, die eben nur diese Stadt hat. Im Jahre 1953 wurden im Rahmen der Wiener Festwochen 44 Konzerte, 71 Theatervorstellungen, 19 Ausstellungen und 10 Bezirksausstellungen, deren Niveau besonders hervorzuheben ist, veranstaltet.

Bei allen diesen Veranstaltungen wurden 367.000 Besucher gezählt. Als besonderes Merkmal der Wiener Festwochen hob der Stadtrat hervor, daß es keine Festspielpreise gibt.

Die Landeslichtbildstelle hat im Laufe des Berichtsjahres ihren verdienten Direktor Sykora verloren, einen der besten Fachleute auf diesem Gebiete. Er war der Erfinder der Kleindia-Erzeugung und der technische Referent der Landesbildstelle. In diesem Jahr wurden 90.000 Kleindias hergestellt, also eine ganz hervorragende Leistung. In Wien allein wurden im Berichtsjahr 43.500 Schmalfilmrollen und 24.450 Lichtbildvorträge vermittelt. Stadtrat Mandl gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit dem Lande Niederösterreich ein Abschluß bevorsteht, durch den der Bestand der Landesbildstelle gesichert sein wird.

Bei der Denkmalpflege wurde mit der Reinigung der Wiener Denkmäler begonnen. Ein begrüßenwerter Anfang bedeutet auch die Anleuchtung von hervorragenden Denkmälern und Bauwerken. Für diese Zwecke stehen auch im kommenden Jahr 80.000 Schilling zur Verfügung. Für die Schaffung des Kunschak-Grabmals sind 100.000 Schilling vorgesehen.

Die vor zwei Jahren begonnene Neuordnung der Depoträume der Stadtbibliothek ist nicht nur baulich abgeschlossen worden. Es konnte auch die Einreihung der in der Volkshalle lagernden Bestände (über 200.000 Bände) in die neuen Depots beendet werden. Dadurch ist es möglich, jedes gewünschte Buch dem Leser innerhalb einer Viertelstunde in die Hand zu geben. Der Stadtrat sprach bei dieser Gelegenheit allen Bediensteten, die beim Büchertransport beschäftigt waren, für ihre besonderen Leistungen den Dank aus. Auch in der Stadtbibliothek hat sich die Leserschaft in den letzten Jahren vermehrt. Sie erreichte im Jahre 1953 23.200. Das neu angelegte Tonbandarchiv ist auf 46 Tonbandaufnahmen namhafter Wiener Dichter und Persönlichkeiten angewachsen. Im Jahre 1956 wird die Stadtbibliothek ihren 100jährigen Bestand feiern. Schon jetzt werden Vorbereitungen getroffen, dieses Gedenkjahr würdig zu begehen.

Das wichtigste Ereignis für das Historische Museum der Stadt Wien war der Beschluß des Wiener Gemeinderates, aus Anlaß des 80. Geburtstages unseres Bundespräsidenten Dr. h. c. Körner ein eigenes Museumsgebäude zu errichten. Wenn auch die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes für diesen Bau erwartungsgemäß nicht ein baufertiges Projekt bringen konnte, so hat dieser Wettbewerb doch weitgehende Klarheit gebracht, wie der Bau auszusehen hat und welche Erfordernisse für diese bedeutsame und interessante Aufgabe bestehen. Im Budget sind 5 Millionen als erste Beurate vorgesehen. Wir hoffen, daß dieses Stadtmuseum vorbildlich nicht nur für unseren engeren Umkreis, sondern auch für andere Länder sein wird. Heuer wurden auch andere Teile der städtischen Sammlungen völlig reorganisiert. Alle vier Erinnerungsstätten an die großen Musiker Haydn, Mozart, Beethoven und Schubert, wurden in erfreulich moderner und lebendiger Form den Besuchern zugänglich gemacht.

Das Sorgenkind ist nach wie vor das Archiv, dessen Raumsorgen nicht behoben werden konnten. Eine Lösung ist dringend notwendig, wenn nicht der ausgezeichnete wissenschaftliche Ruf verlorengelien soll. Das Archiv hat Ende 1953 einen Gesamtstand von ungefähr 81.000 Urkunden, Akten, Plänen usw. aufzubewahren.

Bezüglich des Sports hatte die Gemeinde auch im abgelaufenen Jahr die gleiche Haltung wie bisher eingenommen, den Sportvereinen und Verbänden bei der Grundbeschaffung für Sportplätze behilflich zu sein und aus städtischen Mitteln den Bau von Jugendspielplätzen zu forcieren. 1953 wurden fünf Neuverpachtungen von zusammen 89.828 Quadratmetern, meist an kleine Fußballvereine, vorgenommen. Das für Sportplätze gewidmete Gesamtareal beträgt derzeit 2,5 Millionen Quadratmeter. Dafür müssen pro Jahr und Quadratmeter zwei Groschen Pacht gezahlt werden. Ein Betrag, der wohl nur als Anerkennungszins bezeichnet werden kann. Außerdem sind die Vereine von der Grundsteuer befreit. Derzeit gibt es in Wien 132 Sportplätze, davon 75 auf Gemeindegrund. Beim Ausbau der Jugendspielplätze ergeben sich Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Grundflächen, besonders in den dichtverbauten Stadtteilen. Wir haben derzeit in Wien

50 Jugendspielplätze, davon 36 gemeindeeigene. Für 1954 sind sieben neue Jugendspielplätze geplant, außerdem 14 in öffentlichen Parkanlagen.

Auch für die Turnsäle sorgt die Gemeinde Wien. Von 400 Turnsälen waren im Jahre 1945 nur 75 benützbar, 1953 gab es wieder 385, von denen 317 Turnsäle komplett eingerichtet waren. Es bleiben also noch 68 Turnsäle zu richten, von denen im kommenden Jahr 25 instandgesetzt werden.

Die Subvention für das Kinderturnen und -schwimmen beträgt 110.000 Schilling.

30 Millionen sind im Budget 1954 für den Bau der Wiener Stadthalle vorgesehen. Der Referent erwähnt in diesem Zusammenhang die Schwierigkeiten, allen Wünschen beim Bau der Halle gerecht zu werden.

Durch den Sportfonds werden 1,7 Millionen ausgezahlt; von dieser Summe dienen 75 Prozent für den Bau von Übungsstätten und 25 Prozent zur Sportförderung. Der Sportgroschen wird ohne jeden Abzug verwaltet; es wäre wünschenswert, wenn auch die Gelder des Sporttotos in ähnlicher Weise Verwendung fänden. Es würden dann mehr Sportplätze gebaut und weniger Spieler gekauft und verkauft werden.

Neu im Budget der Geschäftsgruppe III ist das Landesjugendreferat Wien. Es wird dort in Zusammenarbeit mit den bestehenden Jugendorganisationen wertvolle Arbeit geleistet.

Abschließend sagte Stadtrat Mandl: Ich habe versucht, in knapper Form eine Art Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Amtes zu geben, die, so vielfältig sie auch ist, letzten Endes immer **volkbildend**, dem Volk dienend sein wird. Ich weiß, daß noch manche schwere und unbedankte Arbeit vor uns liegt, und daß manche Wünsche noch nicht erfüllt werden konnten. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß wir in den letzten vier Jahren ein beachtliches Stück vorwärtskamen. Ich hoffe und wünsche, diese Aufwärtsentwicklung möge auch im kommenden Jahr anhalten zum Nutzen unserer Kulturschaffenden und zum Wohle unserer Wiener Bevölkerung (Beifall bei der SPÖ).

GR. Martha Burian (WdU) erinnert daran, sie habe schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß ein solches Kulturbudget beinahe nicht mehr eine eigene Verwaltungsgruppe rechtfertigt. Heuer hat das Kulturbudget zwar eine Summe von 62 Millionen Schilling erreicht, bei Abzug der diversen Bausummen bleiben jedoch nicht mehr als 26 Millionen für kulturelle Zwecke übrig.

Die Rednerin beschäftigt sich dann mit Einzelheiten des Voranschlags für die Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung. So regt sie an, die Ehrenpensionen sollten ziffern- und zahlenmäßig erhöht werden. Sie macht den Vorschlag, die Ehrenmedaille in eine silberne und bronzene abzustufen. Bei den Subventionen bezeichnete sie u.a. die für das Künstlerhaus als unzulänglich. Die Rednerin kritisiert ferner den Rückgang der Ansätze für Wissenschafts- und Volksbildungspflege und der Kunstförderung. Die Fremdenverkehrsförderung ist seit 1950 mit 100.000 Schilling eingesetzt. Seit die Demarkationslinien gefallen sind und die Fremden ungehindert nach Wien kommen können, sollte man diesen Betrag wohl erhöhen.

In einem Resolutionsantrag setzt sich die Rednerin dafür ein, die Wiener Symphoniker in ein städtische Orchester umzuwandeln. Sie stellt ferner den Antrag, die Volksooper als städtisches Opernhaus zu übernehmen, wenn der Bau der Staatsoper auf dem Ring fertig sein wird.

Bei den städtischen Büchereien kritisiert sie, daß die Bücherauswahl politisch einseitig vorgenommen wird. Wohl sei Thomas Mann zu finden, es fehlen jedoch Werke von Srbik, Weinheber u.a.

Zum Kapitel Film stellte die Rednerin den Resolutionsantrag, die Kontrolle der Jugendlichen in den Kinos zu verschärfen.

Zur Denkmalpflege stellt sie die Frage, wo das Gluck-Denkmal hingekommen ist. Sie stellt ferner einen Antrag, ein Denkmal für Wilhelm Busch zu errichten.

Zur Sportförderung bemerkt sie, daß für Sportveranstaltungen die höchste Lustbarkeitssteuer zu entrichten sei.

Zum Kapitel Straßenbenennung stellt GR. Burian den Antrag, bedeutende Verkehrsflächen in Wien nach Richard Strauß, Hans Pfitzner und Josef Weinheber zu benennen.

Abschließend stellt sie fest, daß sie als verantwortungsbewußtes Mitglied dieses Hauses, das so niedrig dotierte Kulturbudget ablehnen müsse.

GR. Dr. Matejka (LBI) erklärt, wenn man auch einige Posten des Kulturbudgets als erfreulich bezeichnen könne, sei es andererseits bedauerlich, daß viele wesentliche Fragen unerwähnt geblieben sind. Den Kampf gegen Schmutz und Schund bezeichnet der Redner als viel zu gering, hier müßte Umfassendes geleistet werden. Auch die Sportpolitik der Gemeindeverwaltung könne er nicht gutheißen. Die Gemeinde müsse die Forderungen der Sportler nach einer fünfzigprozentigen Fahrpreisermäßigung auf Bundesbahn und Autobus unterstützen, ferner solle sie, wie es teilweise in den Bundesländern schon üblich ist, auf die Vergnügungssteuer aus Sportveranstaltungen verzichten. Für die Wiener Handballer müßte endlich eine Halle gebaut werden. Auch der Schwimmverband klagt über den Mangel an Hallen und Sommerbädern sowie über die hohen Bädermieten. In diesem Zusammenhang tritt der Redner auch für die Instandsetzung des Hallenbades in der Boerhaavegasse ein. Zum Kapitel Sporthalle, erklärt der Redner, müsse er Bedenken äußern, da diese Halle nach ihrer Fertigstellung als Mehrzweckhalle verwendet werden soll. Es müßten von vornherein die Interessen der sportlichen Bevölkerung grundsätzlich festgelegt werden. Sodann tritt GR. Dr. Matejka für die Schaffung eines modernen Spiel- und Sportplatzanforderungsgesetzes ein, das verhindern soll, daß, so wie es augenblicklich geschieht, Sportplätze verbaut werden. Der Redner stellt einen Beschlußantrag, der im wesentlichen die Aufhebung der Vergnügungssteuer bei Sportveranstaltungen, die Beistellung von mehr Fürsorgefahrtscheinen für Sportverbände, Vorkehrungen dafür, daß die Stadthalle den Sportlern zur Verfügung stehen soll, Instandsetzung des Bades in der Boerhaavegasse, die Bereitstellung von Subventionen für den Sport und ein entschiedenes Eintreten für eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung auf Bahn und Autobus verlangt.

Zum Thema Museum der Stadt Wien gibt Dr. Matejka zu bedenken, daß die Platzwahl keine glückliche ist. Es sei dies eine Frage, die fast alle Wiener bewegt, und die einer richtigen Lösung zugeführt werden muß. Man könnte auch vor einem öffentlichen Forum über die Platzfrage diskutieren.

GR. Dr. Matejka bemängelt die Verteilung des Kulturgroschens die nach seiner Meinung nach politischen Prinzipien vorgenommen wird. So wurden zum Beispiel dem Theater in der Josefstadt und mit ihm den Kammerspielen erhebliche Subventionen gewährt, während man einem anderen Theater, das ein weitaus wertvolleres Programm bot, nicht subventionierte.

Den Eintrittspreis von 5 Schilling für die Ausstellung österreichischer Kunstschatze, bekannt als Österreichische Amerika-Ausstellung, bezeichnet der Redner als viel zu hoch. Die Gemeinde Wien hätte deshalb beim Bund intervenieren müssen.

Zur Ausschmückung der städtischen Wohnhausanlagen, erklärte der Redner, die Höhe der bisher für diese Zwecke bereitgestellten Mittel hätte die Wiener Künstlerschaft enttäuscht. Er gab weiter der Meinung Ausdruck, man könnte die Schätze der Vergangenheit besser auswerten und regte einen engeren Kontakt der Stadtverwaltung mit einem bekannten Wiener Kunstverlag an. Auch sollte man mit dem Anleuchten von so vielen Denkmälern und Bäumen etwas sparen, um dafür gewisse Gebäude, vor allem die Secession und das Künstlerhaus mit Scheinwerferlicht zu bestrahlen.

Den Hauptteil der langen Debattenrede von GR. Dr. Matejka nahm das Thema Schmutz und Schund ein. Er stellte fest, daß es außer den Schundbüchern für Kinder auch eine Literatur gibt, die gleichfalls zum Sammelbegriff Schmutz und Schund gehört. Diese Bücher, er nannte eine Reihe von <sup>von</sup> Kriegsverbrechern verfaßter Memoirenbänden, könne man nicht durch zureden oder Austauschaktionen beseitigen. Er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß solche Bücher auch in der letzten repräsentativen Buchausstellung in der Secession zu sehen waren. Seiner Meinung nach gibt es für Schmutz und Schund nur das Buchverbot!

Die astrologischen Ratgeber in der Presse bezeichnete er gleichfalls als unwürdig für eine Stadt mit so großer Kulturtradition, wie sie Wien hat. Die Astrologie selbst nannte er einen Teil der Bemühungen, die auf die Vernichtung der Sowjet-Union hinzielt.

Er gab dann einen ausführlichen Überblick über die Programme der Wiener Lichtspieltheater der letzten Monate und stellte fest, daß im Kapitel Schmutz und Schund die 204 heuer nach Österreich eingeführten amerikanischen Filme eine besondere Rolle spielen. Ein Ignorieren des verderblichen Einflusses auf das Kinopublikum, insbesondere aber auf die Jugend, bezeichnete er als eine gefährliche "Vogel-Strauß-Politik". Er forderte radikale Maßnahmen gegen die Einfuhr dieser Filmprodukte.

GR. Dr. Matejka gab seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in den städtischen Büchereien immer noch gewisse Autoren fehlen. In einem Antrag verlangt er die Anschaffung von Büchern sowjetrussischer und volksdemokratischer Autoren. Er bemängelt weiter, daß manche hervorragende Persönlichkeiten in Wien nicht als Gäste behandelt werden. Vom Bürgermeister werden sie nicht empfangen, auch dann nicht, wenn diese Persönlichkeiten in anderen Bundesländern begrüßt und bewirtet werden. Als Beispiele führte er einige russische Ensembles an, die in der letzten Zeit in Wien weilten. In seiner letzten Anfrage regte Dr. Matejka an, die Stadtverwaltung möge dazu beitragen, wenigstens einen Teil der Forderungen der in der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Kunst vereinigten Kulturträger erfüllen zu helfen.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) beschäftigt sich zuerst mit einer Äußerung des Generalredners der Sozialisten, die ÖVP möge nicht immer so rückschrittlich sein und den Geist Luegers zitieren. Es wurde dabei gleichzeitig gesagt, daß erst in den letzten Jahren Bedeutendes auf kulturellem Gebiet in Wien geleistet worden ist. Aber auch bei den kulturellen Aufgaben dieser Stadt, so meint die Rednerin, ist es selbstverständlich, den Geist Luegers in Erinnerung zu rufen. Gerade er war es, der auf kulturellem Gebiet Großes geleistet hat. Die Rednerin erinnert daran, daß 1908 406 städtische Volks- und Hauptschulen unter seiner Führung erbaut waren. Gerade Lueger war es auch, der zum Beispiel die kostenlose Abgabe von Lernmitteln an Schüler eingeführt hat und er war es, der auch im Volksbildungswesen große Taten gesetzt hat. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Lueger hat auch

das erste Fortbildungsschulhaus in der Mollardgasse erbaut. (Beifall bei der ÖVP; GR. Mistingher (SPÖ): Das ist ein Schandfleck für Wien gewesen!) Gerade unter Lueger wurde der Grundstein für die Urania gelegt. Es wundert mich immer, meint die Rednerin zu den Sozialisten gewendet, wenn sie sich über die Feststellung dieser Tatsachen erhitzen und ereifern. (Vizebürgermeister Weinberger: Für Sie hat die Welt erst 1918 angefangen!)

Sowohl von Stadtrat Resch wie auch von Stadtrat Mandl wurde betont, daß das eigentliche Kulturbudget sehr arm und sehr schmal ist. Mir tut Stadtrat Mandl manchmal direkt leid, daß er hier eine so bescheidene Rolle spielen muß. (Gelächter bei der SPÖ.) Es zeigt ein bißchen das schlechte Gewissen, wenn man die schmückenden Beigaben der Millionenbeträge für Stadthalle, Museum und Kulturgroschen ins Kulturbudget nimmt. Die Rednerin hält diesen Ansätzen gegenüber, daß im Voranschlag 1954 allein 50 Millionen Schilling Einnahmen aus der Vergnügungsteuer eingesetzt sind.

GR. Hiltl geht dann auf einzelne Details ein. Sie beschäftigt sich damit, daß, die Bundestheater abgerechnet, Wien nur zwei große Bühnen hätte, die Josefstadt und das Volkstheater. Man müsse daher allen Ernstes einmal überdenken, wie die Bundeshauptstadt endlich wieder zu einem richtigen Operettentheater kommt. Die Rednerin stellt auch fest, daß die Leistungen, die von der Gemeinde Wien für die Theater aufgebracht werden, nur aus dem Kulturgroschen stammen. In diesem Zusammenhang urgiert sie auch die für diese Theater übliche zusätzliche finanzielle Hilfe zur Weihnachtszeit von je 100.000 Schilling.

Aber auch die kleinen Theater, die sogenannten Kellerbühnen, werden aus dem Kulturgroschen bedacht. Die Rednerin verlangt, daß auch das Theater im Palais Esterházy in die Subventionierung einbezogen wird. Sie stellt ferner den Antrag, die Stadt Wien möge das Vermächtnis von Teschners Figurenspiegel übernehmen und nicht hinter Museumsfenstern verstauben lassen. (Beifall bei der ÖVP)

Die Rednerin kritisiert im folgenden die künstlerische Ausgestaltung von Wohnhausbauten. Sie bezeichnet den hierfür ausgeworfenen Betrag von 6,7 Millionen Schilling in der Zeit von vier Jahren als verhältnismäßig niedrig und bemängelt auch die Art der Ausführung solcher Ausschmückungen. Sie vertritt die Ansicht, die Bevölkerung müsse auch verstehen können, was die einzelnen Kunstwerke darstellen sollen.

Zum Kapitel Denkmäler regt sie an, während des Sommers weitere Denkmäler zu beleuchten und ersucht, die Statue für die Marienbrücke möglichst bald fertigstellen zu lassen. Sie verlangt ferner eine entsprechende finanzielle Förderung der Ausgrabungen in Heiligenstadt und für die Renovierung und Erhaltung der Kirche auf dem Kahlenberg, die als Wahrzeichen Wiens das Interesse aller Wiener findet.

Zum Thema der Wiener Festwochen erklärt die Rednerin, diese werden erst dann richtig und schön sein, wenn eine bestimmte typisch wienerische Linie gefunden wird. Wenn auch ein gewisser Aufstieg auf diesem Gebiet festzustellen ist, haben doch die Leistungen der Bundestheater, der Konzerthausgesellschaft und des Musikvereines den größten Anteil daran. Der wunderbare Arkadenhof, der sich für Freilichtspiele so gut eignet, dürfte nicht außer Acht gelassen werden. Man müßte einen Dichter finden, der in diesem Rahmen ein wienerisches Festspiel zur Aufführung bringen könnte. Als erfreulich begrüßt die Rednerin die vielen Bezirksveranstaltungen anläßlich der Festwochen, doch sollten diese entsprechend subventioniert werden. Den für die Festwochen durch die Stadt Wien aufgewendeten Betrag von 800.000 Schilling bezeichnet GR. Hiltl als zu gering, um tatsächlich Großes leisten zu können. Wenn es nicht gelingt, zu einer wirklich typischen wienerischen Gestaltung der Festwochen zu kommen, wäre es vielleicht besser, sie nur alle zwei oder drei Jahre abzuhalten, aber dann etwas Großes und Interessantes herauszubringen. (Beifall bei der ÖVE)

Die Festwochenplakate bezeichnet die Rednerin als ein trauriges Kapitel. Es müßten alle Künstler zur Teilnahme an den Plakatwettbewerben aufgefordert werden. Die Rednerin vertritt den Standpunkt, daß man überhaupt bei den Wettbewerben auf finanziellem Gebiet großzügiger sein müsse. Dies gilt vor allem auch für den Wettbewerb für Operettenlibretti und Filmideen.

Besondere Anerkennung verdiene die Modeschule der Stadt Wien, die jedoch weit mehr finanziell unterstützt werden müsse. Auch den Musikschulen muß gedankt werden, die ihre Tätigkeit von Jahr zu Jahr weiter ausbauen und auf die Bezirke erstrecken. Die Errichtung von weiteren Zweigstellen wäre jedoch notwendig. Die Rednerin begrüßt die Konzerte für die Schuljugend, doch regt sie an, es wäre geschmackvoller, die Karten nicht mit dem Aufdruck "Geschenk der Stadt Wien" zu versehen.

Beim Bau der Sporthalle sollte auch eine Radrennbahn und eine Schwimmhalle mit einer 50-Meter-Bahn berücksichtigt werden. Hier dürfe man nicht vom Rentabilitätsprinzip ausgehen, sondern davon, daß der Sport ein soziales Gut ist und alle Menschen Anspruch darauf haben.

Die Rednerin verweist darauf, daß im Stadionbad den Bade-gästen pro Person eine Grünfläche von 26 Quadratmetern zur Verfügung steht, jedoch im Schwimmbassin auf einen Quadratmeter drei Personen kommen. Sie tritt daher für die Schaffung eines vierten Bassins ein. (Stadtrat Afritsch: Sie haben in der Zeit zwischen 1934 und 1938 nicht einmal eine Bassena gebaut!)

Die Rednerin regt auch eine Aufstockung des Stadions an: damit könnte der Fassungsraum auf 150.000 Besucher erweitert werden.

GR. Hiltl erklärt abschließend, es müßten alle darum besorgt sein, Wien auf dem Gebiet der Kultur, der Bildung und des Sportes jenes Ansehen zu geben, das diese Stadt als Mittelpunkt unserer Heimat und Mittelpunkt Europas verdient. In der Hoffnung, daß im kommenden Jahr das Kulturbudget weniger stiefmütterlich bedacht werde, will auch ihre Fraktion diesem Abschnitt die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP)

GR. Leibetseder (SPÖ) stellt einleitend fest, GR. Planek hätte nicht behauptet, in der Zeit Luegers wäre in dieser Stadt nichts geschehen. Er hätte nur u.a. gesagt, daß noch nie eine Stadtverwaltung in einer so universellen Form und mit so erheblichen Aufwand versucht hat, die Grundfragen des kulturellen Lebens zu lösen wie jetzt.

Er möchte nur daran erinnern, daß zum Beispiel im Jahre 1934 eine Verordnung des Stadtschulrates erlassen wurde, die die unentgeltliche Ausgabe der Lernmittel einstellt. Wir wissen, daß auch die Ära Lueger in dieser Stadt soziale und kulturelle Fortschritte mit sich gebracht hat. Wir glauben aber, daß die entscheidenden sozialen und kulturellen Fortschritte mit der Revolution des Jahres 1918 errungen wurden. Wir sind der Überzeugung, daß mit diesem historischen Zeitpunkt in unserem Lande und damit auch in dieser Stadt endgültig mit den Privilegien einer bevorrechteten Schicht aufgeräumt und die Gleichberechtigung der Menschen vollzogen wurde. (Beifall bei der SPÖ.) Mit der Gleichberechtigung der Menschen hörten auch die Unterschiede zwischen arm und reich, besonders bei den Kindern und somit in den Schulen auf.

Frau Gemeinderätin Burian hat es sich sehr einfach gemacht. Sie hat von den einzelnen Ansätzen so lange subtrahiert, bis nichts mehr davon übrig geblieben ist; auch das ist eine Methode sich mit einem Budget auseinanderzusetzen. Sie hat einige ungewisse Behauptungen aufgestellt, deren Aufklärung sie jedoch schuldig blieb. So hat sie u.a. erklärt, daß sie mit den Subventionen nicht einverstanden ist. GR. Burian hat festgestellt, daß die Ansätze für Fremdenverkehrswerbung zu niedrig gehalten sind. Die Veranstaltung der Wiener Festwochen ist aber zum Beispiel auch als Fremdenverkehrswerbung zu betrachten. Der Redner verweist auf die propagandistischen Anstrengungen des Amtes für Kultur und Volksbildung auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs. Wenn heuer schon in 10 Monaten die Besucherzahlen vom Vorjahr erreicht wurden, das sind 299.000 Personen und 837.000 Nächti- gungen, dann ist es auch zum großen Teil diesen Bestrebungen zuzuschreiben.

Zu der von GR. Burian vorgebrachten Forderung, aus den Wiener Symphonikern ein städtisches Orchester zu machen, verweist er darauf, daß dieser ausgezeichnete Klangkörper durch die Subvention von 1,8 Millionen, zu denen 600.000 Schilling vom Bund beigesteuert werden, seine materielle Sicherstellung gefunden habe.

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Matejka bemerkte der Redner, dieser habe sich bemüht, ein Bild zu zeichnen, nach dem die Kultur unserer Stadt einem infernalischem Abgrund zustrebe.

Dr. Matejka hat es in seinen Ausführungen fertiggebracht, von den astrologischen Rubriken der Zeitungen bis zur Vernichtung der Sowjetunion eine Brücke zu schlagen. Möge er auch subjektiv mit seinen Anschauungen über Schmutz und Schund recht haben, mutet es doch sonderbar an, wenn diese Anschauung von einem Mann ausgesprochen wird, dessen politische Richtung ein Beispiel für geistige Vernebelung ist. Auch in manchem, was er über Schundfilme gesagt hat, kann man beipflichten, doch seine Gesinnungsfreunde machen es nicht anders. In den Usia-Kinos werden mit denselben amerikanischen Filmen Geschäfte gemacht.

Den anerkennenden Worten, die GR. Hiltl für die Musikanstalten der Stadt Wien gefunden hatte, schließt sich der Redner mit Genugtuung an. Diese Anstalten sind bestrebt, Kunst ins Volk zu tragen. Wenn es uns gelungen ist, der Kulturkrise der Nachkriegszeit weitgehend entgegenzutreten, dann haben sie ihren großen Anteil daran.

Das Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf bezeichnet der Redner als das internationalste Hotel Wiens. In den Monaten Jänner bis November dieses Jahres hat dieses Haus 53 Nationen beherbergt und 42.723 Nächtigungen zu verzeichnen. Auch die Modeschule der Stadt Wien kann als eine vorzügliche Schöpfung bezeichnet werden. Die Atmosphäre des Schlosses begünstigt das Zusammenwirken künstlerischen Schaffens mit handwerklichem Können.

Abschließend stellt GR. Leibetseder mit Genugtuung fest, daß in der Berichterstattung des Stadtrates für Volksbildung von Jahr zu Jahr mehr das Grundelement der Kulturpolitik der Stadt Wien in Erscheinung tritt und seine Verwirklichung findet: Kunstpflege und Kultur zum Gemeingut des gesamten Volkes zu machen.

In seinem Schlußwort führte Stadtrat Mandl aus, man könne mit Freude feststellen, daß sich das Niveau der Festwochen in den letzten Jahren bedeutend gehoben habe. Alles brauche seine Zeit, und auch die Salzburger Festspiele mußten ihre Entwicklungsstadien durchschreiten.

Der Meinung von GR. Hiltl, man müsse die Festwochen unter einem Sammeltitle gestalten, könne er nicht beipflichten. Zum Vorschlag von GR. Burian, man möge aus den Wiener Symphonikern ein städtisches Orchester machen, erklärte Stadtrat Mandl, er sei dagegen aus den Symphonikern ein pragmatisiertes Orchester zu machen. Seiner Meinung nach gibt es keine bessere Garantie für das Orchester und seine Mitglieder als den Verein der Wiener Symphoniker, dessen Präsident Vizebürgermeister Honay ist.

Zur Übernahme der Volksoper sagte der Referent, man wisse heute noch gar nicht, wie sich die zukünftige Entwicklung der Staatsbühnen gestalten wird.

Die Kinokontrolle wird in Wien schon längst durchgeführt.

Das Gluck-Denkmal ist vorhanden, doch ist noch die Frage zu klären, wo es aufgestellt werden soll.

Zum Museum der Stadt Wien bemerkte Stadtrat Mandl grundsätzlich, es werde wohl nie einen Platz in Wien geben, mit dem alle einverstanden sind. Der Karlsplatz wurde im Einvernehmen mit der Wiener Stadtplanung ausgewählt. Man hat sich auch erst nach langen Überlegungen auf diesen Ort geeinigt. Es ist schließlich auch etwas anderes, ob man, wie früher geplant, einen Prunkbau auf den Karlsplatz hinstellen will, oder ein Museum, wie es uns vorschreibt.

GR. Burian hat einen Antrag auf Benennung von Verkehrsflächen gestellt. Der Referent bemerkte dazu, daß sich in Wien allein zwölf Strauß-Gassehund-Plätze befinden. Trotzdem wolle er den Antrag zur weiteren Behandlung empfehlen.

Zu den Ausführungen von Dr. Matejka meint der Stadtrat, er nehme sich jedes Jahr vor, besonders gut zuzuhören; aber Dr. Matejka möge ihm selbst sagen, wie der Referent das alles beantworten solle. Alle Fragen, die Dr. Matejka angeschnitten hat, sind solche, mit denen sich das Kulturamt längst beschäftigt. Diese Probleme lassen sich jedoch nicht von heute auf morgen lösen.

Stadtrat Mandl greift hierauf einiges von den Ausführungen Dr. Matejka's heraus: Wenn man jetzt nicht in der Lage ist, eine Radrennbahn für die Sporthalle einzubauen, könne nicht gesagt werden, daß deshalb die ganze Halle "nichts mehr heißt". Eine Kommission von Fachleuten war in 21 europäischen Städten. In keiner dieser Städte existiert eine reine Sporthalle. Das muß uns doch zu denken geben. Wir haben hier nicht Versammlungsreden zu halten, sondern verantwortungsbewußte Arbeit zu leisten.

85 Prozent aller Sportveranstaltungen, führte der Referent zur Frage der Besteuerung an, werden mit zehn Prozent versteuert. Nur die Veranstaltungen des Geschäftssportes bezahlen eine höhere Steuer. Will man wirklich von der Gemeinde verlangen, daß man einem Verein, der ein großes Spiel absolviert, die Steuern ermäßigt, damit er seine Einnahmen erhöhen kann? Der Referent führt an, daß ein Verein nach einer Südamerikatournee, jedem seiner Spieler 35.000 Schilling gegeben hat, ein anderer 20.000 Schilling.

Die Bücher, deren Fehlen Dr. Matejka in den städtischen Büchereien kritisiert, hat, sind alle in den Bibliotheken vorhanden.

Zu der Ausschmückung der Gemeindebauten, versicherte Stadtrat Mandl, daß das eine Prozent, das für die künstlerische Ausschmückung ausgegeben werden soll, auch wirklich zur Verfügung gestellt wird.

Bei den Bundestheatern sollte man nicht vergessen, daß diese schließlich aus Steuergeldern erhalten werden. 45 Prozent des gesamten Steueraufkommens in Österreich werden aber von der Wiener Bevölkerung getragen. So ganz ohne Anspruch auf die Leistungen der Bundestheater ist Wien also nicht.

Die urgierte Weihnachtsaushilfe für die Privattheater ist bereits beantragt.

Zu der verlangten Subventionierung des Theaters im Palais Esterházy bemerkt der Referent, das Gutachten seines Theaterreferenten über diese Bühne sei nicht so günstig.

Zum Schluß behandelte der Stadtrat die Frage von Teschners Figurenspiegel. Es gibt niemanden mehr, so führte er aus, und das ist vielleicht die Tragik dieser einmaligen Menschen, der solche Puppen nachmachen oder gar neu schöpfen könnte. Bei Teschner stand man eben vor der Frage, seine Figuren im Museum verstauben zu lassen oder sie in die Theatersammlung der Nationalbibliothek zu geben, wohin Teschner schon zu Lebzeiten einen Teil seiner Figuren gebracht hat.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des III. Hauptstückes des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlags der Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ angenommen. Die diversen Anträge werden teilweise abgelehnt, teilweise auf Empfehlung des Referenten der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Marek, unterbricht die Sitzung um 20.20 Uhr. Die Beratungen über den Voranschlag werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr, wieder aufgenommen. Vizebürgermeister Honay wird über das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien referieren.

#### Richtigstellung

=====

Auf Blatt 2125 soll es in der 7. Zeile anstatt "der Bund den Grundsatz vertritt" heißen: "die Länder und die Gemeinden den Grundsatz vertreten".

#### Obersenatsrat Johann Barousch 70 Jahre

=====

15. Dezember (RK) Der verdienstvolle ehemalige Beamte des Stadtbauamtes, Obersenatsrat Dipl.Ing. Johann Barousch, der seit 1952 Geschäftsführer der Wiener Betriebs- und Baugesellschaft ist, feiert morgen, am 16. Dezember, seinen 70. Geburtstag. Stadtrat Thaller hat ihm aus diesem Anlaß ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben übermittelt.

Entfallende Sprechstunde  
=====

15. Dezember (RK) Donnerstag, den 17. Dezember, entfällt die Sprechstunde beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

Schweinehauptmarkt vom 15. Dezember  
=====

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren aus dem Inland: 8.456 Schweine. Gesamtauftrieb: 8.456. Verkauft 8.427, unverkauft 29 Schweine. Kontumazanlage: 206.

Preise: Extrem und I. Qualität 17.20 bis 17.80 S (Schlachtgewichtspreis), I. Qualität 14 S (Lebendgewichtspreis), II. Qualität 13.50 bis 13.90 S, III. Qualität 13 bis 13.50 S, Zuchten 11.50 bis 13 S, Altschneider 10.50 bis 12 S.

Bei lobhaftem Marktverkehr und Qualitätsverbesserung verbilligten sich sämtliche Qualitäten bis zu 25 Groschen.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 16. Dezember 1953

Blatt 2205

## Das Wohlfahrtswesen

=====

16. Dezember (RK) Die Verhandlungen über den Voranschlag 1954 der Bundeshauptstadt Wien wurden heute mit der Gruppe Wohlfahrtswesen fortgesetzt.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) verwies einleitend darauf, daß auch im kommenden Jahr die Vorsorge und Fürsorge für unsere Kinder und Alten im Blickfeld der Verwaltung stehen wird und beachtliche Leistungen erbracht werden. Mehr als 380 Millionen Schilling werden allein den verschiedensten Zweigen der Jugendfürsorge und Betreuung der in öffentlicher Fürsorge befindlichen Alten zugewendet. Entscheidend aber ist der Geist, in dem diese Arbeit geleistet wird. Das Leitmotiv der Fürsorgearbeit ist: Die Gesellschaft hat die Pflicht, den in Not geratenen Mitmenschen zu helfen.

Diese soziale Einstellung führt in erster Linie zur Betreuung des heranwachsenden Geschlechtes. Die Mutterberatungsstellen, Kindergärten und Schulen sowie Spitäler wurden weiter ausgebaut. An diesem planmäßigen Ausbau haben vor allem unser Jugendamt und im besonderen unsere 400 Fürsorgerinnen den meisten Anteil, weshalb ich ihnen heute öffentlich Dank sage für ihre oft sehr schwierige Arbeit, die häufig nicht das richtige Verständnis findet. (Allgemeiner Beifall.)

Die seit Jahren stagnierende Geburtenzahl ermöglicht eine individuelle Behandlung der Fälle. Wien hatte 1946 16.323 Lebendgeburten, seit 1948 liegt die Geburtenzahl etwa über 12.000. Es ist interessant, diese Erscheinung rückschauend zu verfolgen.

So kamen auf 10.000 Einwohner in Wien im Jahre 1890 327 Lebendgeborene, 1900 317, 1905 272, 1910 221, im Jahre 1952

waren es aber nur mehr 71. Die Fortschritte der Medizin und der Ausbau der Fürsorge haben die Säuglingssterblichkeit in Wien stark verringert. Sind im Jahre 1900 von 1.000 Lebendgeborenen noch 193 im ersten Lebensjahr gestorben, so betrug die Sterblichkeit im Jahre 1951 nur noch 52 und ist jetzt weiter auf 43 gefallen!

Für die Säuglingsausstattung sind 1,8 Millionen Schilling präliminiert. Dafür können 10.400 komplette Säuglingswäschepakete angekauft werden. Ungefähr 90 Prozent der Mütter nehmen dieses Geburtstagsgeschenk der Gemeinde in Anspruch.

Die geringe Geburtenzahl, der seit Jahren die doppelte Sterbezahl gegenübersteht, wird, wenn nicht ein radikaler Aufstieg eintreten wird, zu einem beträchtlichen Rückgang der Schulpflichtigen führen. Die Statistiker haben errechnet, daß den 177.000 Wiener Schulkindern im Jahre 1965 nur mehr 75.000 gegenüberstehen werden! Die Bevölkerung unserer Stadt würde stark abnehmen, wenn nicht durch den Strom von Zuwanderern stets neues Leben zugeführt würde.

Gegenüber dem Vorjahr sind 63 Besatzungskinder dazugekommen. Insgesamt zählen wir jetzt 2.238 Armeekinder; 1.073 stammen von Amerikanern, 647 von Russen, 353 von Engländern und 165 von Franzosen. Das Jugendamt machte in der fürsorglichen Behandlung der Besatzungskinder keinen Unterschied gegenüber den Wiener Kindern; auch sie sind uns lieb und wert. Das gilt auch von den 90 schwarzhäutigen Kleinen.

Die Zahl der Amtsmündel ist etwas zurückgegangen. 1952 waren es 26.978, Ende Oktober 1953 26.536. Die anhaltende Geburtenstagnation bedingt auch einen kleinen Rückgang der Pflegekinder. Ihre Zahl war Ende Oktober 5.898 gegen 5.938 im Vorjahr. Davon befinden sich 1.329 in Familienpflege. Wir haben mehr Ansuchen um Adoption von Kindern als wir erfüllen können. Die Erfahrung zeigt, daß nicht die Höhe des Pflegegeldes maßgebend ist. Für Pflegegelder sind im Veranschlag 4,1 Millionen angesetzt.

Unsere Stipendien für Hoch-, Mittel- und Fachschulen sowie Lehrlinge erfahren keine Verminderung. Ebenso bleiben die Gastarztstipendien unvermindert. Wir rechnen mit einer Ausgabe von 4,454.000 Schilling, von denen 1,734.000 der Bund für den halben Anteil an den Stipendien für Gastärzte ersetzt.

Die seit 1948 gebauten Kindergärten können mit vollem Recht als Modellanlagen bezeichnet werden, die vielfach dem Ausland als Muster dienen. Im Jahre 1954 sind für das Kindergartenwesen mehr als 43 Millionen Schilling veranschlagt, davon für Neubauten und Adaptierungen 7,7 Millionen. In den städtischen Kindergärten und Horten werden 1.357 Angestellte beschäftigt.

#### 14.000 Kinder in den städtischen Kindergärten

Die städtischen Kindergärten und Horte werden gegenwärtig von rund 14.000 Kindern besucht. Von dem Grundsatz geleitet, daß jeder entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen angemessenen Teil zu den Lasten der Stadtverwaltung beitragen soll, hat der Stadteerrat eine Staffelung der Besuchsgelder in den Säuglings- und Kleinkinderkrippen sowie in den Kindergärten und Horten beschlossen, wonach Eltern mit einem höheren Einkommen auch höhere Beiträge für den Aufwand der Kindergärten leisten müssen. Bis zu einem monatlichen Nettoeinkommen der Eltern von 1.500 Schilling bleiben die jetzt bestehenden Gebühren vollständig unverändert. Die entsprechende Vorlage wird der Gemeinderat nach Beendigung der Budgetberatungen in Behandlung ziehen.

#### 5 neue Kindergärten

Im Voranschlag ist auch der Neubau von 5 Kindergärten vorgesehen. Sie werden in Favoriten, Hietzing, Floridsdorf, Donaustadt und Guntramsdorf gebaut werden und in 14 Abteilungen rund 450 Schützlinge aufnehmen können. Die Kosten dieser Neubauten werden 4,3 Millionen Schilling betragen; weitere 2,7 Millionen Schilling sind für die Vollendung der bereits heuer begonnenen 7 Objekte enthalten.

#### 1 Million für städtische Lehrwerkstätte

Für die Errichtung der städtischen Lehrwerkstätte ist 1 Million Schilling vorgesehen. Das vorgesehene Projekt wird jedoch einen Bauaufwand von 10 Millionen erfordern. Die Verhandlungen mit jenen Körperschaften, die an der Heranbildung einer fachlich gut geschulten Jugend besonders interessiert sind und die eine Beitragsleistung dieser Körperschaften zum Ziele haben, sind noch nicht abgeschlossen.

### Die Schülerspeisungen

Der Rückgang der Zahl der Schulkinder, die an der Ausspeisung teilnehmen, kann als ein erfreuliches Zeichen der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Eltern gewertet werden. In den ersten Jahren nach dem Krieg wurden unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen nahezu alle Wiener Schulkinder in die Ausspeisung einbezogen, womit der elementare Grundsatz verwirklicht wurde, daß kein Kind hungrig die Schule besuchen soll. Derzeit wird die Ausspeisung in den Schulen zum überwiegenden Teil von den Kindern der Arbeitslosen in Anspruch genommen.

Während im Schuljahr 1950/51 noch 5.700 Schulkinder an der Ausspeisung teilgenommen haben, waren es 1951/52 nur mehr 3.500, und in diesem Schuljahr ist ein weiterer Rückgang um rund 1000 Kinder festzustellen.

Von den derzeit 2.500 zur täglichen Mahlzeit angemeldeten Schulkindern sind nur 25 Prozent Vollzahler, die aus Familien stammen, in denen zumeist beide Elternteile in Arbeit stehen. Vom 1. Jänner an werden für die 6 Mahlzeiten pro Woche von den Vollzahlern 13 S eingehoben. 67 Prozent der Kinder, die die Schulausspeisung in Anspruch nehmen, zahlen nur den Mindestbeitrag von sage und schreibe 1 S wöchentlich. Die restlichen 8 Prozent der Kinder zahlen die Hälfte des Vollbeitrages. Der Stadtverwaltung erwachsen aus der Ausspeisung Kosten in der Höhe von rund einer Million Schilling.

### Erholungsfürsorge für die Jugend

Für die Erholungsfürsorge der Jugend sind 3,4 Millionen Schilling veranschlagt. Das Wiener Jugendhilfswerk und das Jugendamt haben in diesem Jahr 30.000 Kinder in Erholungsheime senden können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Durch die Sammlung in den Häusern und durch den Ertrag der Wiener Jugendhilfswerklotterie sind dem Wiener Jugendhilfswerk große Summen zugeflossen, die zweifellos einen begrüßenswerten Ausbau der Erholungsfürsorge für die Jugend ermöglichen.

Vizebürgermeister Honay dankt bei diesem Anlaß der Wiener Bevölkerung für diese praktische Bekundung ihrer Kinderliebe auf das herzlichste. (**Starker lebhafter Beifall.**)

Für die Beschäftigung der aus der Schule Entlassenen, die noch nicht in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert werden können, sind im Rahmen der Aktion "Jugend am Werk" 3,2 Millionen Schilling vorgesehen. Die Einführung des freiwilligen neunten Schuljahres hat hier eine gewisse Erleichterung gebracht.

### 70,7 Millionen für die Fürsorgerenten

Die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters wirkt sich besonders auf die städtische Altersfürsorge aus. Im Jahre 1910 erreichten die Männer ein durchschnittliches Lebensalter von 43 und die Frauen eines von 62 Jahren. Gegenwärtig beträgt jedoch das durchschnittliche Lebensalter bei Männern 62 und bei Frauen 68 Jahre. In der offenen Fürsorge stehen 40 Prozent aller Betreuten im Alter von mehr als 70 Jahren! 48 Prozent aller dauerbefürsorgten Personen sind alleinstehende Frauen. Die Folge dieser Überalterung in der Fürsorge ist eine erhöhte Sterblichkeit. So sind von den 26.192 Dauerunterstützten in den ersten neun Monaten dieses Jahres 973 gestorben. 1173 mußten wegen Altersgebrechlichkeit in die geschlossene Fürsorge überstellt werden. Die Einführung der Arbeiterrente des Bundes hat einen nennenswerten Zuwachs in der offenen Fürsorge verhindert, so daß die Zahl der in Dauerfürsorge befindlichen Personen mit Stichtag 30. September auf 22.290 zurückgegangen ist. An erster Stelle der Zahl der dauerbefürsorgten Personen steht der Arbeiterbezirk Favoriten mit 1.702 Dauerunterstützten, dann folgen Fünfhaus mit 1.675, Ottakring mit 1.405, die Landstraße mit 1.372 und die Leopoldstadt mit 1.262 Dauerbefürsorgten. Hietzing hat mit 234 Unterstützten den geringsten Anteil.

Trotz der kleineren Gesamtzahl der Betreuten sind die Ausgaben für die offene Fürsorge gestiegen.

Für die ständigen monatlichen Renten wurden 1952 rund 63,6 Millionen ausgegeben, 1953 65 Millionen, und im kommenden Jahr sind einschließlich der Geldaushilfen 70,7 Millionen für die Fürsorge der Ärmsten vorgesehen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Für die Tagesheimstätten sind 1954 Aufwendungen in der Höhe von 1 Million Schilling eingesetzt. Die wesentliche Erhöhung dieser Budgetpost hat ihre Begründung in dem "Sorgenfreien Tag", der heuer zum ersten Mal eingeführt wurde und der den Besuchern der Tagesheimstätte einmal im Monat eine volle Tagesverpflegung sichert.

#### Ausbau der Fürsorge für Körperbehinderte

In stetem Ausbau befindet sich die Fürsorge für körperbehinderte Hilfsbedürftige. Die "Arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte" wurden vermehrt. Mit Hilfe des Arbeitsamtes erfolgen ständig Vermittlungen von Körperbehinderten auf private Arbeitsplätze, womit das Leben dieser Menschen wieder Sinn und Inhalt bekommt. Für verschiedene Gruppen von Körperbehinderten wurden die Begünstigungen auf den städtischen Verkehrsmitteln stark vermehrt, vor allem bei den Blinden wurde die Einkommensgrenze bedeutend hinaufgesetzt.

#### Urlaubsaktion für 2.000 Dauerbefürsorgte

Auch die Urlaubsaktion für die Dauerbefürsorgten erfährt eine Ausweitung. 1952, als die Aktion begann, wurden rund 500 alte Leute erfaßt, heuer wurden 1.500 Gemeinderentner in Privatpensionen geschickt, und im nächsten Jahr werden es 2.000 sein. Der Aufwand für diese Urlaubsaktion beträgt im kommenden Jahr eine Million Schilling. In Hinkunft wird auch während des Urlaubsmonats keine Kürzung der Unterstützung erfolgen, auch das Taschengeld von 30 S bleibt diesen Dauerbefürsorgten gesichert.

Bei der Besiedlung der Wohnungen für die alleinstehenden dauerbefürsorgten Ehepaare haben sich gewisse Schwierigkeiten ergeben, weil die Menschen vielfach nicht aus ihrer lieb gewordenen Umgebung wegziehen wollen.

### Zusätzliche Leistungen Wiens für die Opferfürsorge

Neben den Leistungen des Bundes für die Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich gewährt das Wohlfahrtsamt eine zusätzliche Opferfürsorge im Gesamtbetrag von 400.000 Schilling, die sich auf einmalige Geld- oder Sachhaushilfen für Opfer und deren Hinterbliebene sowie auf die Zahlung von Vorschüssen auf staatliche Opferfürsorgerenten erstreckt.

### Die Betreuung der Flüchtlinge

Im übertragenen Wirkungsbereich betreut das Wohlfahrtsamt auch die Wiener Flüchtlingslager. Zu einem Großteil ist es gelungen, in engster Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt die Barackenlager nach und nach aufzulassen und vor allem Flüchtlinge, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt haben, in normale Wohnungen einzuweisen. Während sich 1950 noch 3.400 Flüchtlinge in den Lagern befanden, ist diese Zahl durch Übersiedlungen in private und städtische Wohnungen auf 2.416 gesunken, von denen 328 die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Rekonvalleszente Flüchtlinge werden in zwei Anstalten von Ärzten betreut. Hoffentlich können bald alle Lager geräumt werden, denn der größte Teil der Heimatvertriebenen ist produktiv tätig, und diese arbeitsamen Menschen haben längst das Recht auf eine einwandfreie Wohnstätte erworben.

### Noch 349 Wiener in russischer Kriegsgefangenschaft

Nach den zur Verfügung stehenden Aufzeichnungen sind noch 349 Wiener und 58 in Wien wohnhaft gewesene Volksdeutsche in Gefangenschaft. Die Gemeinde schickt jedem dieser Ärmsten im Jahr acht Lebensmittelpakete. (Lebhafter Beifall.) Für diese Liebesgaben sind 300.000 Schilling vorgesehen. Hoffentlich wird diese Aktion bald überflüssig sein, weil sicherlich alle, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, sehnlichst wünschen, daß diese Bedauernswerten bald in unserer Mitte weilen und von den weiteren Fährnissen und Schrecknissen des Lagerlebens bewahrt bleiben.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß der Jugend die größte Aufmerksamkeit der fürsorgenden Gemeinde gebührt, wurden planmäßig alle Einrichtungen, die der Gesundheit unserer Jugend

dienen, ausgebaut. Die Bemühungen der Gemeinde sind darauf gerichtet, in jedem Einzelfall den Menschen aus der Fürsorge zu lösen. Bei den Jungen und bei vielen Körperbehinderten ist die Eingliederung in den Arbeitsprozeß das Ziel. Für die Alten hingegen ist eine ausreichende Altersversorgung anzustreben.

Mit dem Ausbau der Fürsorgeämter zu einem sozialen Mittelpunkt der Bezirke und mit der Schaffung eines Beamtenstabes, der durch sein Wissen, aber auch durch innere Berufung zur Vertiefung der Fürsorgearbeit befähigt ist, wird es möglich sein, das Wohlfahrtswesen dahin zu bringen, daß es jedem Leidenden Fürsorge und jedem einzelnen Bürger Schutz gibt, bis schließlich eine gesunde Gesellschaftsordnung, von gesunden Menschen getragen, die Sozialarbeit der Fürsorge überhaupt überflüssig macht. (Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und LBL.)

Abschließend dankt Vizebürgermeister Honay allen in der Wohlfahrtspflege Tätigen, den Fürsorgerinnen, Kindergärtnerinnen, Kindergartenwärterinnen, den Amtsvormündern und allen weiblichen und männlichen Angestellten des Wohlfahrtsreferates. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

GR. Martha Burian (WdU) bemängelt, daß zwar einige Ansätze auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens erhöht wurden, daß aber diese Erhöhungen nicht in gesteigerten Sach- und Geldleistungen zum Ausdruck kommen, sondern hauptsächlich in erhöhten Personalausgaben bestehen. Einige Ausgabenrubriken weisen sogar niedrigere Ansätze als in den vergangenen Jahren auf, was zu einem Leistungsschwund im Fürsorgewesen führen wird.

Die Rednerin beantragt, den Fürsorgerentnern der Stadt Wien schon in diesem Jahr aus den Rücklagen entsprechende Weihnachtzulagen zu gewähren.

Ein weiterer Antrag hat zum Inhalt, den Wiener Heimkehrern sofort eine entsprechende Weihnachtsgeldspende zu gewähren. Diese Maßnahme sei vor allem deshalb notwendig, weil allein 140 Heimkehrer des letzten Spätheimkehrertransportes sich an die SOS-Gemeinschaft um Hilfe gewendet haben.

Außerdem beantragt sie, dem Wohnungsamt der Stadt Wien die Ermächtigung einzuräumen, zwangsdelegierte Personen und Familien soweit ihnen nicht Wohnungen zugewiesen werden können, in die städtischen Obdachlosenheime einzuweisen.

Die Rednerin wendet sich dagegen, daß auch reiche Wöchnerinnen genau so wie arme Wöchnerinnen das Säuglingswäschepaket kostenlos erhalten. Die Unabhängigen unterstützen die Bestrebungen, alleinstehende Gemeindebefürsorgte nicht mehr in geschlossenen Altersheimen, sondern in geeigneten Wohnräumen inmitten neu erbauter Gemeindefürsorgsiedlungen unterzubringen. Sie begrüßen auch die kostenlosen Urlaubsaufenthalte für Gemeindebefürsorgte, weil die Fürsorgeleistungen an sich vollkommen unzureichend sind.

Die Unabhängigen werden aus den eingangs angeführten Gründen gegen die Ansätze dieser Geschäftsgruppe stimmen. (GR. Frieda Nödl: Sie sind also gegen die Kindergärten und gegen unsere Fürsorge! - Lebhaftes Zwischenrufe)

GR. Lauscher (LBl) spricht einleitend über die ständig steigende Zahl der Amtsmündel und der städtischen Pflegekinder, die ein ernstes soziales Problem bedeuten. Er tritt für die Schaffung eines neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes ein, da das derzeit bestehende Gesetz aus der nationalsozialistischen Ära stammt und nicht mehr entspricht. Was auf dem Gebiete der Jugendfürsorge im abgelaufenen Jahr geschaffen wurde, bezeichnet der Redner als unzureichend. So ist die Zahl der Plätze in den Kinderkrippen und Krabbelstuben trotz des Geburtenrückganges viel zu gering, auch die Kindergartenplätze sind nicht ausreichend. Ein weiterer Ausbau wäre vor allem auch im Hortwesen notwendig. Die Horte könnten bis zu einer endgültigen Lösung in den Schulklassen untergebracht werden; geschultes Personal wäre in genügendem Maße vorhanden. GR. Lauscher spricht sich sodann gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren aus, die dazu führen muß, daß viele Eltern ihre Kinder zu Hause behalten. Die Beiträge dürften für alle von Kindern benützten städtischen Einrichtungen nur Anerkennungsbeiträge sein. Er bezeichnet es auch als unzureichend, daß im Budget lediglich für den Bau eines Kinder-

freibades und eines Kinderspielplatzes vorgesorgt wurde. Auch über die geplante Parkaufsicht durch städtische Fürsorgerinnen und die Bereitstellung von Spielgeräten wurde viel gesprochen, stellt GR. Lauscher fest, doch wurde davon außer im Stadtpark und in der Venediger Au kein Gebrauch gemacht.

Der Redner fordert die Anschaffung von Turngeräten, Spielbällen und Sandkisten für die städtischen Erziehungs- und Lehrlingsheime. Auch sollten dort mit den Kindern weitaus mehr Ausflüge und Wanderungen unternommen werden. Eine Möglichkeit zur Lösung der Frage der zu geringen Unterbringung von Pflegekindern in Familien sehe der Redner in einer Erhöhung der Pflegegelder. In diesem Zusammenhang verweise er darauf, daß der Gemeinde Wien die in Heimen betreuten Kinder zweieinhalb Mal so teuer kommen als jene, die sich in Familienpflege befinden. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß Kinder wegen Obdachlosigkeit ihrer Eltern in Gemeindepflege übernommen werden müssen. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen.

Als ein großes Problem bezeichnet der Redner die Sorge um die schulentlassene Jugend, die durch das Jugendeinstellungsgesetz wohl eine gewisse Erleichterung erfuhr, jedoch noch lange nicht als beseitigt bezeichnet werden kann. Die Gemeinde Wien habe heuer nicht einmal alle ihre Mündel auf Lehr- oder Arbeitsplätzen unterbringen können. Der Redner fordert den Bau der schon vor längerer Zeit geplanten Lehrwerkstätte und stellt die Frage, wieviel Jugendliche nach ihrer Fertigstellung dort untergebracht werden können.

Abschließend spricht der Redner über die Fürsorge für die alten Leute: In diesem Jahr ist eine bescheidene Erhöhung in der Fürsorgeunterstützung für die Alten durchgeführt worden. Der Linksblock sieht darin eine kleine Verbesserung, er möchte aber darauf hinweisen, daß im Budget für 1954 um 3,5 Millionen Schilling weniger für laufende Unterstützungen vorgesehen sind als für 1953. Demgegenüber hat der Referent versucht, dem Gemeinderat eine Erhöhung glaubhaft zu machen.

Der Redner verlangt ferner, daß die verschiedenen Sonderaktionen wie "Ein sorgenfreier Tag", Urlaubsaktion usw. allen zugutekommen soll.

Für alle Befürsorgten sollte man ein lebenswertes Leben gewährleisten. Die gegenwärtigen Richtsätze sichern jedoch den notwendigen Bedarf nicht. Der Redner stellt einen Resolutionsantrag, daß die Fürsorgeunterstützungen den Sozialrenten angepaßt werden, was einer Erhöhung auf ungefähr 520 Schilling im Monat entspräche.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) stellt an die Spitze ihrer Ausführungen ein Beispiel. Wenn ein Kranker zum Arzt kommt und über starke Schmerzen klagt, so wird der Arzt zuerst etwas tun, um diesen Schmerz zu lindern. Er wird aber selbstverständlich auch nach dem tieferliegenden Grund der Schmerzen suchen und das Übel an der Wurzel bekämpfen. Dieser Weg muß auch in der Fürsorge gegangen werden. Wir müssen der sozialen Not dieser Zeit auf den Grund kommen und darnach trachten, von der Wurzel her zu heilen.

So bemüht sich zum Beispiel das Jugendamt um Pflegeeltern für die Pflegekinder der Stadt Wien; aber die Pflegegelder, die bezahlt werden, sind bestimmt zu gering. Es darf freilich aus den Pflegekindern kein Geschäft gemacht werden, doch ist die Übernahme eines Pflegekindes heute beileibe kein Geschäft. Außerdem überprüfen und überwachen ja die Fürsorgerinnen die Pflegekinder. Wenn hingegen die Gemeinde die Pflegesätze erhöhte, dann könnte man sogar etwas ersparen und das Geld an anderer Stelle in der Fürsorge verwenden. Denn niemals werden Pflegeeltern jenen Betrag brauchen, den ein Kind in einem Heim kostet. Das Wichtigste bleibt selbstverständlich, daß die Kinder nur durch die Liebe der Pflegeeltern zu Menschen erzogen werden, die sich positiv zum Leben einstellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die städtische Fürsorge leidet an einer fixen Idee. Es scheint fast, unsere Stadtverwaltung hat nur dann Freude an einer sozialen Einrichtung, wenn man damit in die Öffentlichkeit gehen, filmen und fotografieren kann. Fotografieren wir jedoch, meint die Rednerin, den Kindergarten oder sonst eine Wohlfahrtseinrichtung, wenn sie in Betrieb ist und nicht bei der Eröffnung.

Wir sind nicht so schön, daß wir auf den **Bildern** drauf sein müssen. (GR. Planek, (SPÖ): Sie meinen doch nicht Vizebürgermeister Weinberger?) Das Wichtigste auf dem Gebiet der sozialen Tätigkeit ist nicht, daß man den sieht, der hilft, sondern daß geholfen wird. (Beifall bei der ÖVP)

Die Rednerin spricht im folgenden über die städtischen und privaten Kindergärten und meint, daß beide nebeneinander und miteinander arbeiten müßten. (Beifall bei der ÖVP) Dann könnte man das Ziel erreichen, all denen zu helfen, die einer Hilfe bedürfen.

Zur Jugendfürsorge regt Dr. Stürzer an, man möge für eine bessere Betreuung jener Jugendlichen sorgen, die aus einer Anstalt oder gar aus der Haft entlassen worden sind. Man könnte für diesen Zweck eigene Fürsorgeräte schulen. Sie verlangt ferner energisch, daß die Aktion "Jugend am Werk" nicht länger durch Beamte geleitet wird, sondern ähnlich wie beim **Wijug** durch ein Kuratorium.

Bei der Altersfürsorge bemängelt die Rednerin gleichfalls, daß die Ansätze im Budget um 3,5 Millionen Schilling zurückgegangen sind. Sie begrüßt die durchgeführte Erhöhung der Richtsätze und den Wirtschaftszuschuß, der eigentlich von der ÖVP angeregt wurde. Sie stellt schließlich einen Resolutionsantrag, für jene befürsorgten alten Leute, die nicht völlig gesund sind, um für die Urlaubsaktion in Betracht zu kommen, ein Heim ausfindig zu machen, in dem auch Ärzte und Pflegepersonal zur Verfügung stehen.

Die Einrichtung der Wärmestuben bzw. Tagesheimstätten und sorgenfreien Tagen für unsere alten armen Menschen ist zu begrüßen, doch sind im Vergleich zur großen Zahl der Dauerbefürsorgten zum Teil zu wenig Plätze vorhanden. Da auch nicht alle Dauerbefürsorgten in die Tagesheimstätten kommen können, müssen Wege gesucht werden, um allen Dauerbefürsorgten eine Erleichterung zu gewähren, wie etwa in jener Randgemeinde, wo sie zu Weihnachten ein Paket im Werte von 40 Schilling bekommen.

Das Versorgungsheim Lainz sollte wieder seiner ursprünglichen Widmung zugeführt werden, ein Heim für gesunde alte Leute zu sein. Es muß getrachtet werden, die großen Säle durch Zwischenwände abzuteilen. Für die Kranken müßten eigene Altersheime zur Verfügung gestellt werden.

Die Richtsätze für die anrechnungsfreien Beträge bei Hilfsbedürftigen, die im Familienverband leben, sind zu niedrig; ihre Neufestsetzung wäre dringend notwendig. Ebenso sollte ein österreichisches Fürsorgegesetz geschaffen werden, das alle diese Fälle zusammenfaßt und regelt.

Abschließend dankt die Rednerin allen Fürsorgeräten, Mitarbeitern und Beamten und gibt namens der ÖVP die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe Wohlfahrtswesen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hedwig Lehnert (SÖP) erklärt, aus dem Voranschlag ist mit aller Deutlichkeit zu ersehen, daß den Sozialisten die Fürsorge für jung und alt nicht nur eine Verstandes- sondern auch eine Herzenssache ist. Die Zeit, in der bedürftige Kinder und Greise als Almosenempfänger gegolten haben, ist vorüber. Das ist ein bleibendes Verdienst des verstorbenen Stadtrates Tandler. Wir freuen uns, daß die Arbeit in seinem Geist fortgesetzt wird.

Seit 1945 wurden wir aber vor neue Probleme gestellt. Wir mußten unsere Fürsorge auf die Flüchtlinge ausdehnen, von denen noch immer 2.416 Personen in Lagern untergebracht sind, und wir müssen noch immer 349 Wiener und 58 in Wien wohnhaft gewesene Kriegsgefangene betreuen. Wir schicken ihnen Pakete, um ihr Los zu erleichtern. Aber wir möchten doch an den Linksblock appellieren, sich für ihre Heimbeförderung einzusetzen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Rednerin begrüßt es, daß körperbehinderten Kindern in einer Werkstätte die notwendigen Berufskennntnisse vermittelt werden, damit sie sich selbst im Leben durchschlagen können und nicht das Gefühl der Abhängigkeit haben, weiter, daß die 580 Kinder, die keine Angehörigen haben, über Anregung einer Fürsorgerin gelegentlich einen Kartengruß oder kleine Aufmerksamkeiten erhalten, die ihnen zeigen, daß auch sie von der Gesellschaft anerkannt werden. Sie regt an, der Gemeinderat möge dieser Fürsorgerin den Dank zum Ausdruck bringen. (Beifall bei den Sozialisten.)

In Erwiderung auf die Ausführungen des GR. Dr. Stürzer erklärt sie, daß die Wärmestuben der Vergangenheit angehören und sich die Heimstätten sehr wesentlich von ihnen unterscheiden. Die alten Menschen finden dort geselligen Anschluß, der sich oft das ganze Jahr über fortsetzt. Man möge darum trach-

ten, ihnen auch in den Parkanlagen mehr Platz einzuräumen. Zu den Caritaskindergärten sagt sie, daß es ja dem Charakter der Caritas entspricht, an die Wohlhabenden zu appellieren, sie mögen von ihrem Überfluß abgeben.

Gegenüber der GR. Burian setzt sie sich für die uneingeschränkte Ausgabe der Säuglingspakete ein. Sie tritt weiter dafür ein, daß nach Möglichkeit alleinstehende Frauen in Kleinwohnungen von Wohnhäusern der Stadt Wien untergebracht werden.

Als die Rednerin dem GR. Lauscher erwiderte, daß in Ostdeutschland Mädchen zur Freizeitgestaltung in Uniform marschieren, kam es zu minutenlangen Zwischenrufen der Kommunisten und Gegenrufen bei den Sozialisten. (GR. Dr. Soswinski hielt ihr entgegen: Was geht uns Deutschland an?) Die Rednerin erwiderte: Das hat man vor 1938 auch gesagt! Wir wollen die Kinder zu friedensliebenden Menschen erziehen! (GR. Lauscher: Schaut auf Schmutz und Schund in Wien, da macht ihr nichts!) Wie viele sitzen dort wieder in den Lagern! Wir wollen doch einen Friedensstaat aufbauen. (GR. Lauscher: Wir leisten unseren Beitrag dazu! - Stadtrat Sigmund: Hitler und Stalin schlossen einen Freundschaftsvertrag, das war eine Koalition!) Wir müssen eine solche Methode der Freizeitgestaltung ablehnen. Wir bemühen uns, Mittel zu finden, um das Los dieser Kinder zu erleichtern.

In der Debatte wurden mancherlei Anregungen zum Ausbau unserer Fürsorge gegeben. Wir wollen uns diese zunutze machen und neue Wege suchen. Unsere Fürsorgeräte unterziehen sich dieser Aufgabe, und ich möchte ihnen dafür danken. Sie greifen dort zu, wo unbedingt Hilfe notwendig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist klar, daß alle Fürsorgefälle genau überprüft werden müssen. Wir wissen auch, daß es sich hier um Steuergelder handelt, mit denen sparsam umgegangen werden muß. Aber letzten Endes zahlen auch die Ärmsten Steuern. Wenn sie aber ihren Obulus für die Gemeinschaft leisten, haben sie auch ein Recht, von der Gemeinschaft betreut zu werden.

Die Sozialisten begrüßen alle Neuerungen, die bisher auf dem Wohlfahrtssektor durchgeführt werden konnten. Sie werden auch alle zukünftigen Bestrebungen zum Ausbau des Wohlfahrtswesens unterstützen. Sie sind auch bereit, jede Anregung und jede vorgeschlagene Verbesserung zu prüfen und, soweit es möglich ist, in die Tat umzusetzen.

Die sozialistische Fraktion wird für die Ansätze des vorliegenden Wohlfahrtsbudgets stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Berichterstatter Vizobürgermeister Honay beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den von der GR. Burian eingebrachten Anträgen. Dem Antrag, den alten Leuten eine Weihnachtsgabe zu gewähren, kann der Referent deshalb nicht beitreten, weil keine finanzielle Bedeckung für den Mehraufwand gegeben ist. Aus dem gleichen Grunde ist es der Gemeinde auch nicht möglich, eine Sonderaktion zu Weihnachten für die Spätheimkehrer zu machen. Die Gemeinde Wien hat für diese Menschen schon sehr viel getan: So ist es gelungen, einem Teil der Spätheimkehrer Wohnungen zu verschaffen. Im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt konnten auch viele einer passenden Beschäftigung zugeführt werden. 161 der Spätheimkehrer verbrachten in zwei Turnussen einen vierzehntägigen Urlaubsaufenthalt auf Kosten der Stadtverwaltung. Außerdem ist von seiten der Bundesregierung eine Weihnachtsaktion für die Spätheimkehrer geplant.

Der Antrag bezüglich der Obdachlosenheime falle nicht in das Ressort Wohlfahrtswesen.

Die vom GR. Lauscher bemängelte Tatsache, daß das Jugendwohlfahrtsgesetz noch nicht in Kraft gesetzt werden konnte, obwohl der fertige Entwurf schon seit dem Jahre 1951 vorliegt, ist darauf zurückzuführen, daß knapp vor der Einbringung des Gesetzes im Hause das Unterrichtsministerium sehr ernste Bedenken gegen diese Vorlage erhoben hat. Auch in den Verhandlungen mit den Bundesländern konnte noch kein Einvernehmen hergestellt werden. Vor allem aber hat das Unterrichtsministerium ein Junktum zwischen dem Jugendwohlfahrtsgesetz und den kommenden Schulgesetzen hergestellt.

Die Angaben über den Besuch der Kindergärten weisen deshalb oft große Schwankungen auf, weil nicht alle eingeschriebenen Kinder auch tatsächlich die Kindergärten besuchen. So waren beispielsweise am 1. Dezember 15.459 Kinder in den Wiener Kindergärten eingeschrieben, tatsächlich haben jedoch nur 13.632 Kinder den Kindergarten besucht und den Kostenbeitrag geleistet.

Grundsätzlich freut sich das Wohlfahrtsreferat über jede vorgebrachte Anregung, und es freut sich noch mehr, wenn solche Anregungen verwirklicht werden können, die den Kindern und Befürsorgten dieser Stadt zugute kommen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Die von GR. Lauscher geforderte Betreuung der Kinder in der heißen Jahreszeit in Parkanlagen läßt sich deshalb schwer verwirklichen, weil die Parkanlagen an sich zu klein sind und überdies diese Anlagen von alten Frauen und Männern besucht werden, die sich ständig über den von den Kindern verursachten Lärm beklagen.

Entgegen den Ausführungen des GR. Lauscher muß festgestellt werden, daß die Wiener Lehrlingsheime gut geführt werden und die Betreuer der Lehrlinge und Lehrlinge erstklassig arbeiten.

Die Pflegegelder wurden deshalb nicht erhöht, weil bisher von keiner Seite - insbesondere von den Pflegeeltern nicht - Beschwerden gekommen sind. Es ist auch nicht anzunehmen, daß eine Erhöhung der Pflegegelder zu einer Vermehrung der Pflegestellen führen würde. Hier ist besonders die Tatsache zu erwähnen, daß ungefähr 60 Prozent aller Pflegekinder überhaupt nicht in Familienpflege gegeben werden können, weil sie teils schwererziehbar sind und teils körperliche und geistige Fehler aufweisen. Freilich fällt der Umstand schwer ins Gewicht, daß die Anstaltsbetreuung wesentlich teurer als die Familienbetreuung zu stehen kommt.

Der Bau der vielzitierten "Musterlehrwerkstätte" konnte deshalb noch nicht in Angriff genommen werden, weil kein geeigneter Bauplatz zur Verfügung stand. Es liegt nunmehr ein fertiger Plan vor, der die Errichtung der Musterlehrwerkstätte auf dem Gelände der bereits bestehenden Lehrwerkstätte in der

Hellwagstraße vorsieht. Das zur Durchführung vorgeschlagene Projekt erfordert einen Gesamtaufwand von 10 Millionen Schilling, den die Gemeinde nicht allein aufbringen kann. Sie fühlt sich zur alleinigen Aufbringung auch nicht verpflichtet. Die Verhandlungen mit den zuständigen Faktoren über eine finanzielle Beitragsleistung werden hoffentlich dazu führen, daß schon im Frühjahr mit dem Bau der Musterlehrwerkstätte begonnen werden kann. Insbesondere werden jene Körperschaften zu Beitragsleistungen herangezogen werden, die an der sachlichen und fachlichen Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses interessiert sind.

Es geht nicht an, einen Vergleich zwischen den Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien und den Sozialrentnern des Bundes anzustellen, denn bei den Sozialrentnern handelt es sich um gesetzlich geregelte Ansprüche. Dennoch sind einschließlic der Sonderleistungen die Leistungen an die Dauerbefürsorgten der Gemeinde oftmals höher als die Sozialrenten.

Den Antrag des GR. Lauscher, der eine Gleichstellung der Dauerbefürsorgten mit den Sozialrentnern verlangt, müsse der Referent aus den angeführten Gründen zur Ablehnung empfehlen.

Es stimme nicht, daß in den sogenannten Alten-Wohnungen keine Mietverträge bestehen. Auch für diese Wohnungen werden regelrechte Mietverträge abgeschlossen, wobei die Mieten von der Fürsorge bestritten werden.

Frau GR. Dr. Stürzer hat die Propagandaarbeit der Fürsorge einer Betrachtung unterzogen. Ich weiß nicht, fuhr Vizebürgermeister Honay fort, warum Sie so eine Scheu vor den Lichtbildern haben. Ich werde jedoch veranlassen, daß bei der in Kürze in Wort und Bild erscheinenden Broschüre über die Leistungen des Jugendamtes keine Bilder von Funktionären hineinkommen. Es ist aber selbstverständlich, daß die Leistungen der Gemeindeverwaltung aufgezeigt werden müssen, damit die Bevölkerung erfährt, was mit den Steuergeldern geschieht.

Zum Thema der Hochwasserschäden im Bezirk Liesing ist zu sagen, daß alle Akten bereits erledigt sind. Die nachträglichen Forderungen wurden dem Landwirtschaftsministerium übergeben. Wenn der Bund dafür weitere Mittel zur Verfügung stellt, wird auch Wien versuchen, entsprechend einzugreifen.

Der Antrag der GR. Dr. Stürzer auf Gewährung eines Erholungsurlaubes für kranke Dauerbefürsorgte soll einer Prüfung unterzogen werden.

Bezüglich einer Entschädigung an Dauerbefürsorgte der Bezirke Liesing und Mödling, denen die Tagesheimstätten nicht zugute kommen, weil es in ihrem Bezirk keine gibt, wurde mit den Bezirksvorstehern verhandelt. Es wird eine derartige Entschädigung in Form einer Weihnachtsfreude erfolgen.

Die Ansätze für das Kapitel Wohlfahrtswesen wurden einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen)

#### Entfallende Sprechstunden

=====

16. Dezember (RK) Freitag, den 18. Dezember, entfallen beim Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Lakowitsch, die Sprechstunden.

#### Hugo Schoeppl zum Gedenken

=====

16. Dezember (RK) Auf den 17. Dezember fällt der 25. Todestag des Rezitators und Schriftstellers Hugo Schoeppl. Am 26. Juni 1867 in Wels geboren, befaßte er sich in Wien mit verschiedenen Studien und betätigte sich als Lehrer der Rede- und Schauspielkunst sowie als Spielleiter am Sulkowskytheater. Auch als Schriftsteller und Mitarbeiter verschiedener Tageszeitungen trat er hervor. Von ihm stammen Theaterkritiken, Dramen, Romane, Novellen, Übersetzungen und Lebensbeschreibungen. Ein Teil seiner Lebensarbeit war Adalbert Stifter gewidmet, zu dessen 50. Todestag er die Stiftergesellschaft gründete.

#### Entfallende Sprechstunden

=====

16. Dezember (RK) Donnerstag, den 17. und 24. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Bauer.

### Das Gesundheitswesen

Vizebürgermeister Weinberger erklärt, daß das Defizit auf diesem Sektor wieder sehr bedeutend ist. Es beträgt 203 Millionen Schilling, also um rund 32 Millionen mehr als heuer. Zu den Ausführungen des Vizebürgermeisters Honay während dieser Budgetdebatte darüber, daß in Wien pro Kopf der Bevölkerung rund 50 Schilling für die offene Fürsorge ausgegeben werden, in den Bundesländern jedoch durchschnittlich nur 20 Schilling, müsse er sagen, daß hier ein Vergleich kaum möglich ist. Die Verhältnisse auf dem Lande seien ganz andere als in der Stadt, außerdem sei es kein Grund stolz zu sein, wenn wir gezwungen sind, um so viel mehr auszugeben. Vizebürgermeister Weinberger erklärt, niemand neide den bedürftigen Mitbürgern diese Hilfe, im Gegenteil, sie kann als viel zu niedrig bezeichnet werden. Bedauerlich seien jedoch die schlechten allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja die Ursache für diese als so hoch bezeichneten Fürsorgenaufwendungen sind.

### Alarmierende volkspolitische Entwicklung

Zum Thema der Pflegekinder wäre zu sagen, daß hier durch eine Erhöhung der Pflegegelder Abhilfe geschaffen werden könnte denn dadurch würden sich sicher mehr Familien zur Aufnahme von Kindern bereiterklären. Es müßte auch dafür gesorgt werden, daß Familien gegründet werden können, daß gesunde Familien gesichert werden und bleiben und daß kinderreiche Familien ganz besonders unterstützt und bevorzugt behandelt werden müßten. In diesem Zusammenhang muß auch unsere derzeitige volkspolitische Entwicklung als alarmierend und beängstigend bezeichnet werden. Betrug im Jahre 1947 die Geburten in Wien/ <sup>noch</sup> 23.550, so waren es im Jahre 1952 nur noch 12.570, denen 26.000 Todesfälle gegenüberstehen. Auch der sinkende Prozentsatz der Kinder in den Ehen ist erschreckend. Der Redner erklärt, der Wille zum Kind ist in Wien unter allen Großstädten der Welt am geringsten. Er weist dies an Hand von Zahlenmaterial nach. Außer dieser niedrigen Geburtenziffer besteht auch noch immer eine hohe Säuglingssterblichkeit.

Vizebürgermeister Weinberger verweist darauf, daß nach verlässlichen Schätzungen die jährliche Anzahl der in ganz Österreich verhinderten Geburten rund 400.000 ist. Eine ungeheure Zahl, besonders wenn man ihr die Gesamtzahl der Geburten Österreichs im Jahre 1952 gegenüberstellt, die 103.012 betrug. Eine interessante Zahl ist auch, daß der Bevölkerungsabgang aus der Gegenüberstellung von Geburten und Todesfällen im Jahre 1947 1.729 betrug, im Jahre 1951 aber bereits 13.322. Wenn auch der Geburtenrückgang kein materielles Problem allein ist, müßte man doch die Familiengründung wesentlich fördern und sichern. Vizebürgermeister Weinberger ruft in diesem Zusammenhang zu einer großzügigen und umfassenden Familienpolitik nicht nur des Bundes, sondern auch unserer Stadt und überall dort auf, wo sie praktisch möglich ist.

#### Ein Patient kostet täglich 90 Schilling

Zu den Anstalten und Heimen. Der Normalbettenstand blieb mit rund 13.700 Betten unverändert. Die Ausnützung der Spitalsbetten im Jahresdurchschnitt betrug etwa 90 Prozent. Es ist an die Errichtung einer urologischen Abteilung im Franz Josefs-Spital mit 60 Betten gedacht. Allerdings sollte zum ungefähr gleichen Zeitpunkt das Rochusspital, das 105 Betten umfaßt, mit Rücksicht auf sein Alter geschlossen werden. Es bestehen gegen diese Schließung viele und sachliche Bedenken, die noch genau geprüft werden müssen. Die Verpflegungsgebühren in den städtischen Krankenanstalten wurden zuletzt am 1. Jänner 1953 erhöht. Sie betragen zur Zeit pro Patient und Tag für Krankenkassenpatienten 48 S und für Selbstzahler 55 S. In der II.Klasse 66 S, in der I. Klasse 72 S; Mit diesen Ansätzen sind die Selbstkosten jedoch nicht gedeckt, da der Aufwand pro Patient und Tag für 1954 mit 90 Schilling angenommen werden muß. Die Differenz, die aus Steuermitteln getragen werden muß, ist also sehr hoch. Die Frage eines größeren Beitrages des Bundes steht vor der Entscheidung. Im Jahre 1953 konnten rund 15,5 Millionen für Inventarerhaltung und Anschaffung verwendet werden und für die Neuherstellung von Anlagen, ohne das Franz. Josefs-Spital, rund 20 Millionen Schilling.

### Weiterer Ausbau der Spitäler

Der weitere Ausbau des Franz-Josefs-Spitals kostete 8 Millionen Schilling. Der neue Pavillon D ist fertig. Außerdem wurde im Oktober das Schwesternhaus im Wilhelminenspital der Benützung übergeben und nicht zuletzt die moderne Röntgenstation an der II. Medizinischen Universitätsklinik eröffnet.

Der Referent führte dann im einzelnen Umbauten, Zubauten und Verbesserungen an städtischen Anstalten an, wie neue Röntgenanlagen, Ambulanzen, die künstliche Niere im Krankenhaus Lainz und andere. 1954 sind für Inventarerhaltungen und Anschaffungen 42 Millionen vorgesehen, daneben 12 Millionen für den weiteren Ausbau des Franz-Josefs-Spitals; dazu kommen noch die normalen Erhaltungsausgaben. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Stadt Wien auch auf diesem Gebiet alljährlich erhebliche Summen zur Verfügung stellt, mit welchen beachtliche Erfolge erzielt wurden. 1953 sind auch fast keine wesentlichen Klagen mehr wegen der Krankenanstalten gekommen.

Der Arzneimittelbedarf ist auch heuer wesentlich gestiegen. Wir stehen hier in einer Entwicklung, die auch im Ausland nicht abgeschlossen ist. Der Hauptgrund für den gesteigerten Verbrauch liegt in der Anwendung von neuen Arzneimitteln und in einem Mehrverbrauch auf Grund moderner Therapien. An der Spitze stehen die Antibiotika.

### 23.505 Betten

Der gesamte Bettenstand des Anstaltenamtes beträgt für 1954 insgesamt 23.505 Betten. Für die Anschaffung von Kleidung und Wäsche benötigen wir einen Betrag von mehr als 5 Millionen. Das sind pro Bett und Jahr 214 Schilling. Der Lebensmittelaufwand wird dem Betrag von 67,5 Millionen, das sind täglich 184.820 Schilling erreichen. Für Arzneien, Verbandstoffe usw. ist mit einem Aufwand von 36,8 Millionen, täglich 100.988 Schilling, zu rechnen.

Die Altersheime sind zum größten Teil Altersspitäler geworden, ohne aber die nötige Zahl von Ärzten und Schwestern zugewiesen zu erhalten.

Ich glaube, betonte Vizebürgermeister Weinberger, daß es unerläßlich sein wird, bald eine klare Trennung zwischen wirklichen Altersheimen und Altersspitälern vorzunehmen. Das Altersheim Währing wurde mit seinen Zweiganstalten im Zug eines Rückstellungsverfahrens der Erzdiözese Wien zurückgegeben, die dieses Heim durch die Caritas wieder als "Haus der Barmherzigkeit" führt. Der Bettenausfall wird durch Belagserhöhung in Lainz und Klosterneuburg wettgemacht.

#### Mehr Trinkerpsychosen

Die Zahl der Erkrankungen psychischer Art steigt leider weiter. Vor allem nimmt die Zahl der Trinkerpsychosen zu. So erhöhte sich der Belag in der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs von 1.000 auf 1.175 Betten. Die Verhältnisse in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" sind zwar wesentlich verbessert worden, aber immer noch schwierig. Nach Ansicht der Fachleute müßten endlich zwei Pavillons für die heilbaren Behandlungsfälle eingerichtet werden. Die Trinker müßte man in einer eigenen Trinkerheilstätte unterbringen.

Die Herbergen für Obdachlose erfuhren erfreulicherweise einen schrittweisen Abbau. Der Durchschnittsbelag ging von 3.474 Betten im Jahr 1952 auf heuer 3.145 zurück.

Auch in den Jugendfürsorgeanstalten und Lehrlingsheimen wurden Verbesserungen durchgeführt.

#### Kein einziger Säugling starb an Tbc

Aus der Tätigkeit des Gesundheitsamtes berichtete der Referent ein neuerliches Sinken der Sterbefälle an Tbc. In den ersten neun Monaten 1953 sind in Wien 640 Personen an Tbc gestorben, gegenüber 823 in der gleichen Zeit des Jahres 1952. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1953 ist kein einziges Kind unter einem Jahr an Tbc gestorben! Hingegen ist die Zahl der Tbc-Krankheitsfälle nahezu unverändert; eine Diskrepanz, die in allen europäischen Ländern zu bemerken ist. 1953 standen 21 Tbc-Fürsorgestellen in Betrieb, 17 davon mit Röntgenapparaten. Das neu eingerichtete fahrbare Röntgengerät wurde bisher noch nicht entsprechend verwendet. Derzeit wird die Untersuchung der Bevölkerung einer Randgemeinde vorbereitet.

### Die Syphilis stirbt aus

Der Bericht der Geschlechtskranken-Beratungsstelle zeigt auch für 1953 einen starken Rückgang an syphilitischen Erkrankungen. 1952 sind noch 343 Lueskranke gemeldet worden, heuer nur mehr 183, wobei bei vielen die Infektionsquellen außerhalb Wiens lagen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß in wenigen Jahren die Syphilis als Neuerkrankung nicht mehr auftreten wird! Beim Tripper ist gegenüber dem Vorjahr kein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen. Die Leichtigkeit, mit der Penicillin diese Erkrankung heilt, verleitet leider die Patienten dazu, die Gonorrhoe zu bagatellisieren.

Die Fürsorge für Körperbehinderte hat Körperbehinderte aller Art, ausgenommen Kriegsversehrte, zu betreuen. Dringend erforderlich wäre ein Heim mit angeschlossenen Werkstätten für jene Körperbehinderten, die trotz allen ärztlichen und fürsorglichen Maßnahmen nicht in der Wirtschaft untergebracht werden konnten.

Besondere Beachtung kommt der gesundheitlichen Betreuung der Schulkinder zu. Der schulärztliche Dienst wurde im abgelaufenen Schuljahr von 88 Schulärzten der Stadt Wien besorgt. Hauptaufgaben waren u.a. eingehendere Untersuchungen der Schüler des ersten, vierten und achten Jahrganges. Zur gesundheitlichen Betreuung der Schulkinder gehört auch die Schulzahnpflege. Gerade während der Schulzeit kommt der ständigen Beobachtung und der rechtzeitigen Behandlung der Zähne große Bedeutung zu.

Vizebürgermeister Weinberger verwies dann auf die außerordentliche Bedeutung der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt für die öffentliche Wasserversorgung in Wien. Auch die bakteriologischen Untersuchungen aller Art sind für die Krankenanstalten und Gesundheitsämter, für das Personal von Lebensmittelbetrieben, die Werkküchen, Milchgewinnungs- und -verteilungsstellen und Gaststätten nach dem Bazillenausscheidergesetz von großer Wichtigkeit.

Gegenwärtig laufen Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Soziale Verwaltung zwecks Übernahme dieser Untersuchungsanstalt durch den Bund, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Im Fall einer Übernahme durch den Bund müßte selbstverständlich die gleiche gewissenhafte Betreuung unseres Trinkwassers gesichert werden.

### Die Krebsbekämpfung

Zum Kapitel Krebs und Krebsbekämpfung verweist er auf die Leistungen der Gesundenuntersuchungen, deren wichtiger gesundheitlicher Wert von der Bevölkerung voll erfaßt wurde. Obwohl es im Jahre 1953 möglich war, zwei neue Gesundenuntersuchungsstellen zu eröffnen, sind die Vormerkungen zur Untersuchung bis Ende Jänner 1954 voll besetzt. Weitere 1.800 schriftliche Anmeldungen liegen zur Zeit im Referat vor. Für die Gesundenuntersuchungsstellen bei den Männern befürwortet er die Zuziehung eines Facharztes für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten. Nach den bisherigen Erfahrungen wurden bei ca. 1.5 Prozent der Untersuchten Krebserkrankungen im Frühstadium festgestellt. Seit Eröffnung der ersten Gesundenuntersuchungsstellen im Jahr 1950 wurden insgesamt 15.034 Personen untersucht. Dabei wurden 1.082 karzinomverdächtige Befunde gemacht. 7.632 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Vizebürgermeister Weinberger stellt fest, daß der vor drei Jahren beschrittene Weg sich als ein voller Erfolg erwiesen habe und bezeichnet die Errichtung von mindestens drei bis vier neuen Stellen als notwendig.

### Unsere "Rettung" ist stets zur Stelle

Die anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten befinden sich im allgemeinen weiter im Rückgang. Ein Anstieg war nur beim Keuchhusten und bei der Tularemie festzustellen, während bei Diphtherie und Scharlach sowie bei den Darminfektionskrankheiten eine weitere Abnahme erfolgte. Die Leistungen des städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes waren hervorragend. Zusammenfassend könne man sagen, daß unsere "Rettung" stets zur Stelle ist. Sie ist zu einem Wiener Begriff geworden. Man kann und muß sie als eine besondere Einrichtung behandeln und ihre Leistungen besonders heraus-

stellen. Er sprach allen Bediensteten des Rettungsdienstes für ihre Leistungen den Dank aus.

Abschließend beschäftigt er sich mit dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses, den er als den Lieblingswunsch vieler bezeichnete. Er zitiert Auszüge aus den Akten verschiedener Fachleute. Übereinstimmend wird erklärt, führte er aus, daß es sich bei dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses nicht um den Neubau eines Spitäles schlechthin handelt, sondern um die Errichtung eines klinischen Spitäles, das gleichzeitig auch dem Unterricht und der Forschung dienen soll. Ob man die geplanten Neubauten auf den Gründen des alten Hauses oder auf den Gründen des neuen Hauses errichten soll, hängt von verschiedenen Erwägungen ab. Traditionsgründe sprächen zunächst einmal für den Raum des alten Hauses, ebenso die außerordentlich günstige Lage. Das Allgemeine Krankenhaus ist eines der ältesten noch bestehenden Krankenhäuser der Welt und es hätte sicher vieles für sich, die neuen Kliniken wieder auf dem gleichen Boden, also auf dem Gelände jenes Hauses zu erbauen, in dem die alte medizinische Schule groß geworden ist. Natürlich wird in jedem Falle die finanzielle Seite eine große Rolle spielen. Die Fachleute müßten berechnen, was mehr oder weniger kostet: ein Pavillonssystem oder ein Blocksystem.

Zum Schluß seiner Ausführungen verweist Vizebürgermeister Weinberger auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der sozial-medizinischen Forschung und Ausbildung. Diese Probleme einer gedeihlichen Lösung zuzuführen wird und muß, im Zusammenwirken mit allen zuständigen Stellen und führenden Wissenschaftlern, unsere nächste Aufgabe sein. Er hofft, daß es uns gelingen wird, die Sozialmedizin auch praktisch bekanntzumachen, zu lehren und anzuwenden.

Abschließend dankt er allen Ärzten, Schwestern, Beamten und Angestellten sowie Arbeitern und Arbeiterinnen für ihre Leistungen. Den Gemeinderat ersucht er um sachliche Stellungnahme zu seinem Bericht und um die Annahme der Budgetkosten der Verwaltungsgruppe V.

Als erster Debattenredner stellt GR. Wicha (WdU) mit Genugtuung fest, daß beim Wiederaufbau des Franz Josefs-Spitals und auch des Allgemeinen Krankenhauses die Errungenschaften der Technik in vorbildlicher Weise angewendet wurden. Die Entschädigung der Gastärzte bezeichnete er als ungenügend, gleichso die Behandlung der Trinker, deren Zahl in der letzten Zeit bedauerlicherweise gestiegen ist. Auf diesem Gebiet vermißt er die Initiative der Gemeinde Wien, die durch einen Aufklärungsfeldzug gegen den Alkoholismus viel erreichen könnte. Das Gebäude des Altersheimes in Liesing eigne sich wenig für diesen Zweck und auch manche Lehrlingsheime entsprechen in keiner Weise den modernen Anforderungen. Hat man Mittel für den Bau einer Sporthalle und eines Museums aufgebracht, müßten seiner Meinung nach auch für die Altersheime Gelder zur Verfügung stehen. Nach einer Stellungnahme zum Thema der Geburtenrückgänge stellt er einen Resolutionsantrag, in dem er die Abschaffung der Einweisung der Zwangsdeliquenten in Baracken fordert.

GR. Dr. Matejka (LBI) beschäftigt sich als nächster Debattenredner mit dem Gesundheitswesen. Er verlangt eine konsequente Bekämpfung der Tuberkulose bei Rindern und begehrt gleichzeitig, daß im Rahmen der Schulmilchaktion an die Wiener Kinder eine nicht einwandfreie Tbc-Milch zur Verfügung gestellt wird. Als große Notwendigkeit bezeichnet GR. Dr. Matejka trotz der Chlorierung die laufende hygienische Überwachung unseres Trinkwassers. Es sei daher erstaunlich, daß die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt monatelang ohne Leitung gewesen ist. Der Redner kommt sodann auf die Mutterberatungsstellen zu sprechen und erklärt, daß sich eine Rückwärtsentwicklung und Verfallserscheinung zeige. Wohl nicht bei allen, aber bei vielen mangelt es an einer zielbewußten ärztlichen Führung. In den Erziehungsheimen der Gemeinde Wien dürften gleichfalls nur wirklich geeignete und geschulte Fachkräfte besetzt werden und nicht Personen aus anderen Berufssparten, wie Techniker, Ingenieure usw. Die Jugendlichen dort müßten in kleinere Gruppen eingeteilt werden, engere Verbindung mit dem Leben bekommen. Sie sollten Radio hören und Exkursionen machen können.

GR. Dr. Matejka tritt sodann für die Schaffung einer modernen Trinkerheilstätte ein, da die bestehenden Einrichtungen unzureichend und nicht zweckentsprechend seien.

Die Ursachen für den starken Geburtenrückgang sieht er in der Verschlechterung der materiellen Lage, der Wohnungsnot, der allgemeinen Unsicherheit, der Angst vor dem Krieg, vor der Atombombe usw. Einer Abhilfe bedürfe auch die allzu große Belastung des Personals der Spitäler und vor allem der Altersheime. Die Ärzte und Schwestern tun vielfach weit mehr als es ihre Pflicht wäre. Der Redner stellt fest, daß auch die Verpflegung in den Spitälern und Altersheimen einer Kritik bedürfe. Es könnte mit den gleichen Lebensmitteln bei mehr Aufmerksamkeit ein qualitativ viel besseres Essen hergestellt werden. Das Problem der Gastärzte bezeichnet der Redner als einen unwürdigen Zustand, der endlich beseitigt werden müßte. Die Neuanschaffung von Rettungswagen begrüßt GR.Dr. Matejka, doch meint er, daß diese viel zu gering ist. Eine Änderung müsse auch in der Bezahlung der Rettungsmänner und Rettungsärzte eintreten. Ein Rettungsmann erhält pro Monat netto durchschnittlich 1.200 Schilling, ein Arzt der Rettung etwa 1.400 S, obwohl gerade der Dienst auf diesem Gebiet zermürbend ist.

Die Ausführungen des Referenten über die Krebsuntersuchungsstellen bezeichnet GR.Dr. Matejka als gänzlich unzulänglich. Es wurde bei der letzten Budgetdebatte die Errichtung von mehreren Krebsuntersuchungsstellen angekündigt, doch habe man sich nicht daran gehalten. Dabei kann es sich hier um keine Geldfrage handeln, da die Gesundenuntersuchungsstellen in den Tbc-Fürsorgestellen eingerichtet werden könnten. Auch auf dem Gebiete der Krebsforschung hat man in Wien keine Fortschritte gemacht. Der Redner stellt daher den Antrag, im Hinblick auf die hohe Sterblichkeit an Krebs und die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen zur Krebsbekämpfung die städtischen Krankenanstalten mehr als bis jetzt zur Krebsuntersuchung heranzuziehen. Alle im Krebsalter stehenden Menschen sollten jährlich einmal dazu verhalten werden, sich auf Krebe untersuchen zu lassen. GR.Dr. Matejka tritt auch für die Schaffung eines Bundesgesetzes ein, das die Verwendung krebsfördernder Farben in der Lebensmittelindustrie verhindern soll.

Zusammenfassend zu diesem Problem meint der Redner, er halte es für diese Stadt unwürdig, daß das "Kriegsbeil" durch ein stilles Übereinkommen begraben wurde. Vizebürgermeister Weinberger habe sich in irgend einer Weise mit Bürgermeister Jonas und Stadtrat Resch verständigt. Der Preis wurde uns nicht mitgeteilt, aber es ist klar, daß das geschehen ist, denn man sieht nirgends einen positiven Ansatz. In den Satzungen des Weltgesundheitsamtes heißt es: Die Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Wenn man darauf das Referat des Amtsführenden Stadtrates für Gesundheit ansieht, muß man sagen, es war recht dürftig.

GR.Dr. Eberle (ÖVP) spricht über den Geburtenrückgang und über die große Zahl von Abtreibungen. Diese Angelegenheit, führt er aus, geht jeden einzelnen von uns an, und muß jeden einzelnen berühren, wenn uns nicht die Geschichte einmal dazu verurteilen soll, ein österreichisches Volk gewesen zu sein und sich zu spät daran erinnert zu haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Heute debattiert man noch darüber, wann und wo der Mensch zum Menschen wird, obwohl dies für die Ärzte längst bewiesen ist. Man versucht vielfach noch nachzuweisen, daß der Mensch erst nach der Geburt Mensch ist. Wir Ärzte aber behaupten, daß er schon neun Monate vorher zur Welt kommt. Man möchte diesen ungeborenen Menschen heute sogar den problematischen Schutz des Paragraphen 144 wegnehmen. Wohin aber kämen wir, wenn man diesen Paragraphen fallen ließe? Wo würden die Grenzen zwischen Leben und Tod liegen? Der Geschlechtsverkehr würde zu einem rein tierischen Spiel werden, und jede schwangere Frau zu einem lächerlichen Kuriosum herabsinken. Wenn wir nicht lernen, vor dem Leben im Mutterschoß Ehrfurcht zu haben, dann wird es mit Österreich vom ärztlichen Standpunkt aus nicht besser werden.

Der Redner teilte mit, daß in unserem Staat jährlich mehr als 300.000 ungeborene Kinder umgebracht werden.

Diese ungeheuerlichen Zahlen muß man zur Kenntnis nehmen. Die 300.000 Kinder, die man nicht leben lassen will, werden der Wirtschaft einmal als Konsumenten und Kunden fehlen, sie werden vor allem uns einmal abgehen, wenn es sich darum handelt, unsere Gehälter und Pensionen zu tragen. Am Mord an diesen Ungeborenen tragen aber nicht nur die schwangeren Frauen Schuld. In dieser unheimlichen Zahl steckt vor allem große Mitschuld von Ärzten. Es sind Frauen, die nur zu oft aus Bequemlichkeit oder Egoismus zum Arzt kommen, oder sich wegen einer sozialen Indikation die Schwangerschaft unterbrechen lassen. Dazu ist zu sagen: Die medizinische Indikation ist bei einer sorgfältigen Überprüfung sehr, sehr, sehr eingeschränkt. Zur sozialen Indikation bemerkte der Redner, so sehr Mitleid für einen guten Arzt unerlässlich ist, müssen die Ärzte es doch entschieden ablehnen, wenn man ihnen zumutet, wirtschaftliche Not mit keineswegs ungefährlichen medizinischen Mitteln zu behandeln. Die Verantwortung für die soziale Not trägt die Gesellschaft.

Es kann aber immer wieder festgestellt werden, daß es **starker** Egoismus und Materialismus ist und das **Fehlen** der Liebe zum Kind, wenn die Frauen ihr Kind und damit ihre eigene Gesundheit wegwerfen.

Es sind wie schon gesagt auch Ärzte am Werk, die als medizinische Geschäftsleute bezeichnet werden müssen. Es gibt aber auch Ärzte, die durch Not auf diese schiefe Bahn geraten sind. Wir könnten unseren Ärztenüberschuß besser dazu verwenden, die Österreicher zum **gesundesten Volk** der Welt zu machen. Die Abtreibungen gehen jedoch auf **Kosten** der ärztlichen Moral und auf **Kosten** der Frauen. Jede Abtreibung fügt einer Frau **schwersten Schaden** in geistiger und körperlicher Art zu. Viele geistesgestörte Kinder sind auf solche Abtreibungen zurückzuführen. Die Natur läßt sich eben auch durch raffinierteste Methoden nicht ins Handwerk pfuschen.

Die Hebung der Moral unseres Volkes durch eine Abkehr vom egoistischen Zeitgeist ist notwendig. Fördern wir das Interesse an Kind dadurch, daß wir die Erhaltung der Familie möglich machen.

Der Redner gibt die Anregung, aus dem Gemeinderat einem Familienausschuß zu bilden, der die Aufgabe hätte, darüber nachzudenken, wie man aus dem sterbenden Wien ein geburtenreiches machen könnte. Der Ausschuß sollte sich auch damit befassen, die Familiengründung zu fördern. Er hätte ferner die Aufgabe, an der Reform der Sozialversicherung mitzuarbeiten. Man muß nun endlich den Weg zur prophylaktischen Medizin gehen. (Beifall bei der ÖVP.) Jede Maschine wird von Zeit zu Zeit kontrolliert und überholt, nur gegen unser eigenes Ich sind wir rücksichtslos. Die Übung in den Spitälern müßte man gleichfalls einer Reform unterziehen. Es soll in Wien Anstalten geben, in denen Abtreibungen am laufenden Band stattfinden. Der Redner ersucht den Amtsführenden Stadtrat, sich diese Anstalten genau anzusehen. Ärzte und Schwestern klagen, daß sie in bittere Gewissenskonflikte geraten.

Dr. Eberle stellt dann zwei Anträge im Interesse der Gastärzte. Der eine verlangt, daß man allen Gastärzten, die bei der Stadt Wien tätig sind, das Stipendium gibt; im zweiten wird ersucht, die zur Zeit freien gechzig Stipendisten-Stellen endlich zu besetzen.

Dr. Eberle bezeichnet den Bau des Schwesternheimes im Wilhelminenspital als eine Tat, die sich sehen lassen kann. Mit der Schaffung dieser Einrichtung war es möglich, die Schwestern und Schülerinnen endlich aus den Baracken herauszunehmen. Auch beim Ausbau des Infektionsspitals im Franz Josefs-Spital wurden erfreuliche Fortschritte erzielt, gleichso bei der inneren Ausgestaltung von anderen Anstalten. Es freue ihn, daß heuer auch mit der Umgestaltung der veralteten Heizanlagen begonnen wurde, die nun besser, moderner und rationeller arbeiten werden. Er bringt eine Bitte der Ärzte vor, bei der Anschaffung von modernen Einrichtungen die Aufträge an Firmen zu erteilen, die nicht am billigsten sondern am besten arbeiten. Erfahrungen haben gezeigt, daß oft ganz neue Einrichtungen gleich nach der Inbetriebnahme repariert werden müssen. Sein Lob findet auch die neue Röntgenstation in der Klinik Fellingner, die sich mit den modernsten Einrichtungen dieser Art im Ausland messen könne. Er erinnert dann an seine vor Jahresfrist vorgebrachte Forderung nach Errichtung einer Rheumaabteilung und regt an, für diese Zwecke die alten Räume der Klinik Fellingner heranzuziehen.

Sehr wünschenswert wäre auch die Errichtung einer Infektionsabteilung in der Kinderklinik und einer modernen Blutbank, damit auch bei uns das Blutspenderwesen endlich neuzeitlich angefaßt werden könne. Er unterstützt die Anregung, die Trinkerheilstätte nicht mehr am Steinhof zu belassen. Die Anstalt für Geisteskranke selbst müßte in ein modernes Krankenhaus umgewandelt werden, ohne Gitter und Schlösser, aber dafür mit mehr Ärzten und Pflegepersonal. Man müßte sich auch mehr mit Krankheiten alter Leute beschäftigen und dafür eigene Krankenabteilungen schaffen. Auch die Errichtung einer Diabetikerambulanz an einer internen Klinik wäre die Erfüllung einer der Wünsche der Ärzteschaft. Ein weiteres dringendes Erfordernis ist die Schaffung einer orthopädischen Anstalt. Die von geistlichen Schwestern in der Hofburg unterhaltene orthopädische Anstalt muß im nächsten Jahr geräumt werden. Die Schwestern beabsichtigen das Rothschild-Spital zu kaufen und Dr. Eberle regt an, dieses Vorhaben seitens der Stadtverwaltung durch ein langjähriges Darlehen in Höhe von 4 Millionen Schilling zu unterstützen.

Zu den Budgetbesprechungen im Anstaltenamt, die alljährlich abgehalten werden, bemerkt er kritisch, es wäre an der Zeit, ihre alte Form zu ändern. Manche schroffe Ablehnung von Forderungen seitens der Anstaltenleiter wirken verletzend und sind wenig geeignet die Arbeitslust zu fördern. Er würde es begrüßen, wenn das Verantwortungsbewußtsein der Anstaltenleiter entsprechend gehoben würde. Auch fehle es an Personalschulung und Personalreserven. Es wäre zu begrüßen, wenn man dem Amtsführenden Stadtrat für Gesundheitswesen mehr Einspruchsrecht in Personalfragen einräumen würde, denn wenn er für alles, was in seinem Ressort geschieht, einstehen muß, dann auch für das Personal. Er fordert weiter eine bessere Bezahlung der mit Arbeit überlasteten Amtsärzte.

Was die Gesundenuntersuchungsstellen betrifft, müsse man im Jahr 1954 weiter vorwärtskommen. Dr. Eberle spricht sich für die Errichtung neuer Stellen aus und regt an, man möge sich auch mit der Lärm- und Staubplage, die er auch als ein medizinisches Problem bezeichnet, ernsthaft beschäftigen.

Zu den Ausführungen Dr. Matejka über die Ausgabe von angeblich nichtkeimfreier Milch an die Kinder meint er, mit solchen Ausführungen werde in die Bevölkerung nur Unruhe gebracht. Die Milchkühe stehen unter ständiger Kontrolle und bei der Erzeugung von Babymilch werden die geltenden Sondervorschriften genau eingehalten. Dasselbe gelte auch für die Verwendung von Farbstoffen bei der Lebensmittelerzeugung, die ständig vom Marktamt überwacht wird. Seine Fraktion werde den Ansätzen des Gesundheitswesens selbstverständlich zustimmen.

GR. Franziska Krämer (SPÖ) stellt fest, daß die Spitäler und Irrenanstalten jährlich eine Summe von 440 Millionen Schilling erfordern. Diese Anstalten beschäftigen mehr als 10.000 Bedienstete. Es werden daher auf diesem großen Sektor verschiedene Beschwerden herangetragen, teils berechtigt, manchmal aber auch unberechtigt. Vizebürgermeister Weinberger dürfe sich aber die Antwort auf diese Beschwerden nicht so leicht machen, indem er erklärt, man müsse sie eigentlich an Stadtrat Resch richten, da der ja die Finanzen verwalte. Wir wissen, fuhr GR. Krämer fort, daß große Reformen mit großen Kosten verbunden sind. Wir verlangen aber auch nicht das Niederreißen von Spitälern, obwohl wir es begrüßen würden, wenn wir schon so weit wären. So lange es aber in dieser Stadt noch 50.000 Menschen gibt, die in schlechten Wohnverhältnissen leben, ist es das dringendste Problem, erst Wohnungen zu schaffen, denn auch dadurch werden die meisten Krankheitsherde aus der Welt geschafft. Es gibt aber auch viele Beschwerden, die nur kleine Dinge beinhalten, aber trotzdem für das Wohl der Patienten von Wichtigkeit sind. So wäre in einem Pavillon in Lainz die Anbringung von wenigstens je einer Zimmerglocke notwendig. Den bettlägerigen Patienten wäre auch mit der Beistellung eines Bettischerls sehr geholfen, auf dem sie ihre Mahlzeiten einnehmen und eventuell andere Kleinigkeiten in greifbarer Nähe haben könnten.

Eine Beschwerde richtet sich auch gegen das Zentralkinderheim. Obwohl die körperliche Betreuung der Kinder durch die Schwestern dort eine vorbildliche ist, müßte doch für die geistige Erziehung der Kinder mehr getan werden.

Als sehr bedauerlich bezeichnet es die Rednerin, daß jedes Jahr von neuem die Forderung nach einer Beitragsleistung des Bundes zum Spitalsaufwand gestellt werden muß. Bis jetzt hat der Bund immer nur einen Teil dieser Beitragsleistung an die Gemeinde bezahlt. Es müßte nun zur Klärung dieser Angelegenheit sogar der Gerichtsweg beschritten werden.

GR. Schwaiger hat in der **Montagsitzung** die Finanzpolitik des Finanzministers so hervorgehoben, als ob sie der Stadt Wien ein Muster sein könnte. Dazu muß festgestellt werden, daß im Bundesbudget des Finanzministers nichts für den Zuschuß an die **Fondskrankenanstalten** vorgesehen ist. Die Rednerin ersucht daher Vizebürgermeister Weinberger, der ja der Partei des Finanzministers angehört, sich hier sehr einzusetzen, um endlich zu einer Regelung zu kommen (Beifall bei der SPÖ). Gemeinderätin Krämer verweist darauf, daß, wenn schon kein neues **Krankenhaus** geschaffen werden konnte, so doch an den bestehenden Spitalern die Kriegsschäden behoben und alle medizinischen und technischen Fortschritte beim Wiederaufbau verwendet wurden. Die Rednerin verweist in diesem Zusammenhang auf den wiederaufgebauten Pavillon D im Franz Josefs-Spital, der nach den modernsten Gesichtspunkten ausgestattet wurde. Den Schwestern, die in die neue Schwesternschule im Wilhelminenspital einziehen konnten, wünschte sie, daß sie sich in ihrem neuen und schönen Heim wohlfühlen und ihre Studien mit dem besten Erfolg absolvieren mögen (Beifall bei der SPÖ).

Gemeinderätin Krämer ersucht Vizebürgermeister Weinberger zu untersuchen, ob die bestehenden Trinkerheilstätten in ihrer gegenwärtigen Form geeignet sind, diese ständig steigende Krankheit zu bekämpfen. Die Rednerin erklärt, daß

GR. Schwaiger darauf hingewiesen hat, daß die typische Wiener Krankheit, die Tuberkulose, in Wien im Rückschritt begriffen ist. Leider hat er die Begründung dazu nicht gesagt. Diese ist nun nachzuholen. Die Tbc hatte in Wien früher einen besonders guten Nährboden, da gänzlich unsoziale Wohnverhältnisse herrschten.

Es fehlte aber nicht nur an Licht, Luft und Sonne, sondern die Menschen mußten auch täglich 12 bis 16 Stunden arbeiten und es gab auch keinen gesetzlichen Urlaub. Erst durch die Schaffung der Tbc-Fürsorgestellen in Wien wurde dieser Krankheit erstmals entgegengetreten. Die Schöpfung der Wiener Tbc-Fürsorgestellen ist ein Werk der Sozialisten aus dem Jahre 1919. (Beifall bei der SPÖ.) Die Männer und Frauen, die diese Stellen damals schufen, haben von der Christlichsozialen Partei keinen Dank geerntet.

Leider scheint nun aber der Krebs die Stelle der Tuberkulose einzunehmen. Zu seiner Bekämpfung wurden die Gesundenuntersuchungsstellen eingerichtet. GR. Krämer erklärt, sie müsse ausdrücklich feststellen, daß die Sozialisten niemals gegen die Krebsuntersuchungsstellen waren. Die ÖVP hat in ihrer Presse jedoch dieses Problem zu einem politischen Problem gemacht. Ihre Fraktion habe nur jene Agitation verworfen, die statt Beruhigung zu schaffen, die Menschen in dieser Stadt in Angstpsychose versetzt hat. Es gab sogar Selbstmorde aus diesem Grund. Die Rednerin verweist darauf, daß ihre Fraktion gestern im Niederösterreichischen Landtag den Antrag gestellt hat, etwas für die Krebsbekämpfung zu tun. Dieser Antrag wird auch der nach Schaffung einer fahrbaren Mutterberatungsstelle wurde jedoch von der Österreichischen Volkspartei abgelehnt.

#### Eine Million für das Krebsforschungsinstitut

GR. Krämer verweist darauf, wie wichtig es auch ist, zur Erforschung des gefährlichen Lungenkrebses beizutragen. Die Erkrankung der Lunge im Anfangsstadium zu erkennen, sei eine der wichtigsten Aufgaben der neuer gegründeten Österreichischen Krebsforschungsgesellschaft. Um diese bei ihrer praktischen Arbeit zu unterstützen, stellt die Rednerin den Antrag, aus dem Ertragnis der öffentlichen Tbc-Sammlung einen Betrag von 1.000.000 Schilling dem Österreichischen Krebsforschungsinstitut zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu der genannten Zahl der ungeborenen Kinder, erklärt GR. Krämer, daß sie nicht wisse, wie diese Zahlen eigentlich zustande kämen. Wir Sozialisten, fährt die Rednerin fort, waren immer und sind auch jetzt für die soziale und medizini-

sche Indikation. Es sei erstaunlich, daß es trotz des § 144, der ja noch besteht, solche Zustände in unserer Stadt gibt. Es muß ganz ernstlich die Frage gestellt werden, was die Ärzteschaft dazu beiträgt, diese Zahlen entstehen zu lassen oder diese Zustände zu verhindern.

Mit dem Fortschreiten der besseren Gesundheit in unserer Stadt könne man nur zufrieden sein. Die Sozialisten werden bestrebt sein, die Mittel für den Fortschritt in den Spitälern herbeizuschaffen. Die Gesundheit der Bewohner dieser Stadt ist ein kostbares Gut. Selbstverständlich werden die Sozialisten den Ansätzen der Gruppe Gesundheitswesen zustimmen.

Vizebürgermeister Weinberger erklärt in seinem Schlußwort, daß die Forderung, alte Ehepaare in den Altersheimen in einem Zimmer unterzubringen, so weit es möglich ist, erfüllt wird. Bei Kranken sei dies jedoch nicht möglich. Daß es in den Altersheimen traurig aussehe stimme keineswegs. Es herrschen sehr gesunde Verhältnisse. Lediglich mit einem Überbelag ist zu kämpfen. Auch die Führung der Lehrlingsheime kann als mustergültig bezeichnet werden. Daß in Eggenburg Erzieher gebraucht werden, kann nicht bestritten werden. Leider ist das Angebot an qualifizierten Kräften nicht groß genug.

Dr. Matejka hat über die Verpflegung in den Krankenanstalten geklagt. Der Referent stellt dazu fest, daß wirkliche Beschwerden seit langem nicht mehr vorgebracht wurden. Mit der Anregung des Debattenredners, in den Anstalten wieder ärztliche Direktoren einzuführen, ist Vizebürgermeister Weinberger einverstanden. Er wendet sich jedoch gegen ungerechtfertigte Angriffe von Dr. Matejka. Er betont unter anderem, daß er keinen Pakt in der Frage der Krebsfürsorgestellen abgeschlossen habe. Seine Meinung ist auch weiterhin, daß in jedem Bezirk eine solche Untersuchungsstelle gebraucht würde. Der Referent ist jedoch an die finanziellen Möglichkeiten gebunden. Es habe keinen Sinn zu lizitieren.

GR. Krämer hat eine Reihe von Beschwerden vorgebracht. Der Referent ersucht sie um nähere Angaben. Er werde dann versuchen, die Übelstände abzustellen. Die über den Geburtenrückgang genannten Zahlen seien richtig. Das Problem sei so ernst, daß alle zusammenhelfen sollten.

Es wäre unsere gemeinsame Aufgabe, hier nach dem Rechten zu sehen. GR. Krämer hat auch über den Mangel an diplomierten Schwestern gesprochen. Wenn sich aber Schwestern durch Jahre hindurch bewährt haben, kann man sie nicht weggeben und an ihre Stelle eine Diplomschwester setzen. Im allgemeinen reichen jetzt die Schwesternschulen der Stadt Wien aus. Es meldet sich auch eine erfreulich große Zahl junger Mädchen für diesen Beruf.

Vizebürgermeister Weinberger betont, er anerkenne, was früher unter Professor Tandler vor allem auf dem Gebiete der Tbc-Bekämpfung geleistet worden ist. Niemals aber wurde in dieser Stadt der Kampf gegen die Tbc so erfolgreich geführt wie in den letzten Jahren (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Der Referent begrüßt ferner den Antrag der Gemeinderätin Krämer, eine Million Schilling dem Krebsforschungsinstitut zur Verfügung zu stellen.

Vizebürgermeister Weinberger spricht GR. Dr. Eberle seinen Dank dafür aus, daß er als gewissenhafter Arzt hier Anklage erhoben hat. Er hoffe, daß die Ärzte die Mahnung ihres Kollegen beherzigen und verstehen werden. Die Anregungen von Dr. Eberle greife er gerne auf, besonders die Anregung zur Schaffung eines Familienausschusses. Das Allgemeine Krankenhaus solle allerdings besser von Grund auf neu gebaut werden. Er stimme jedoch zu, daß man die Gründe der neuen Klinik jetzt auf gar keinen Fall verbauen dürfe.

Was die Lärm- und Staubplage betrifft, so sind leider hier viele Instanzen zuständig. Immerhin sind schon Aktionen in Gange, um Abhilfe zu schaffen.

Über die Blutbank könne er die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Hoffnung besteht, daß in Rahmen des Roten Kreuzes eine solche Blutbank errichtet wird.

Abschließend bemerkt Vizebürgermeister Weinberger: Wir können zufrieden sein, mit dem was uns nicht nur an Wiederaufbauarbeit, sondern auch an Neuem und Zusätzlichen in den letzten Jahren in dieser Verwaltungsgruppe gelungen ist. Es wurde viel verbessert und den modernen Verhältnissen **angepaßt**.

16. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2241

Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurden niedergokämpft, und ich bin überzeugt, daß es uns auch gelingen wird, den Geburtenrückgang zu beseitigen. Arbeiten sie weiter mit, um den guten Ruf dieser Stadt zu erhalten und zu erweitern! Entscheidend aber ist die Bevölkerung; ihr dienen wir alle zusammen! Wenn die Bevölkerung gesund ist, soll uns das der schönste Lohn sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 5. Hauptstückes im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ angenommen.

-----

In den Abendstunden wurden die Budgetverhandlungen mit dem Referat des Amtsführenden Stadtrates für das Bauwesen, Thaller, fortgesetzt. Den Bericht darüber bringt die "Rathaus-Korrespondenz" in der morgigen Ausgabe.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 17. Dezember 1953

Blatt 2242

## Das Bauwesen

=====

17. Dezember (RK) Gestern in den Abendstunden referierte der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen, Thaller, über den Voranschlag für die Geschäftsgruppe VI.

An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die bedeutende Tatsache, daß das Baubudget der Hoheitsverwaltung im kommenden Jahre erstmals die Milliardengrenze überschreiten wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Nicht weniger als 1.024 Millionen Schilling wird die Gemeindeverwaltung, ohne die beträchtlichen Ausgaben der Stadtwerke hinzuzuzählen, im Jahre 1954 für das Bauwesen ausgeben. Das sind um 91 Millionen mehr als im Vorjahr oder 33.1 Prozent des gesamten Budgetvolumens. Dieser hohe Betrag wird nicht nur das Gesicht unserer Stadt neuerlich schöner und liebenswerter machen, erklärte der Referent, er wird nicht nur Sorgen der Wiener und Sorgen der Gemeindeverwaltung auf allen Gebieten des täglichen Lebens beseitigen helfen, sondern er ist auch der Garant für einen möglichst hohen Beschäftigungsstand im nächsten Jahr. (Starker Beifall bei SPÖ.) Auf indirektem Wege werden so Grundlagen für das gesamte Budget geschaffen, dessen Einnahmeansätze nur bei möglichster Vollbeschäftigung erreicht werden können.

### Hoher Beschäftigtenstand auch im Dezember

Stadtrat Thaller verweist dann auf den günstigen Einfluß, den das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadtverwaltung auf die Beschäftigungslage genommen hat und stellt fest, daß während in allen übrigen Bundesländern im letzten Halbjahr

ein beträchtliches Steigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, die Arbeitslosigkeit in Wien während des gleichen Zeitraumes bedeutend gesunken ist. Der Stand der Beschäftigten auf den Baustellen der Gemeinde Wien erreichte im abgelaufenen Jahr eine bisher nicht für möglich gehaltene Höhe: Von 45.484 im Bauwesen Beschäftigten haben 22.320 auf den städtischen Baustellen gearbeitet und sogar jetzt im Dezember ist es schwierig, für manche Arbeiten die notwendigen Facharbeiter aufzutreiben.

#### 250 Millionen für Winterarbeiten

Für das Winterarbeitsprogramm, berichtete weiter Stadtrat Thaller, wurden heuer rund 150 Millionen, um 10 Millionen mehr als im Vorjahr, bereitgestellt. Dazu kommen noch 100 Millionen Schilling für normale laufende Winterarbeiten. Die zusätzlichen Winterarbeiten werden heuer Mehrkosten von 8 Millionen Schilling verursachen.

Der Referent benützt die Gelegenheit, um im Namen der Wiener Bevölkerung allen Bauarbeitern für ihre unermüdliche Tätigkeit, für ihr oftmaliges Ausharren allen Unbilden der Witterung zum trotz, Dank zu sagen. Das gute Verständnis zwischen der Gemeinde Wien und der Bauarbeiterschaft ist zweifellos ohne auch auf die von großem Verantwortungsbewußtsein getragene Tätigkeit der Gewerkschaft zurückzuführen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß im abgelaufenen Jahr ein großer Teil der Unternehmerschaft mit der Gemeindeverwaltung eng zusammengearbeitet hat und auf ihre Intentionen mit viel gutem Willen eingegangen ist. Erfreulicherweise setzt sich nunmehr auch in diesen Kreisen die Erkenntnis durch, daß nicht der momentane Profit sondern die gediegene Leistung und damit die dauernde gleichmäßige Beschäftigung der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Betriebe am besten dient.

#### Nicht Parteipolitik sondern objektive Leistung

Der Redner stellt mit Bedauern fest, daß diese Anerkennung bei den offiziellen Vertretungskörpern der Bauwirtschaft nicht zu finden sei. Diese überschlagen sich bei den kleinsten baulichen Leistungen irgend eines Bundeslandes vor Begeisterung, nehmen aber, es sei denn, daß ihre Vertreter sich um Arbeit für ihr eigenes Unternehmen bemühen, von der Bau-

tätigkeit der Gemeinde Wien kaum Notiz. Es bleibt nur zu hoffen, daß auch dort einmal ein Wandel eintritt und nicht Partei-politik sondern objektive Leistung entscheidet.

Vor der Behandlung der Ansätze der einzelnen Magistrats-abteilungen der Geschäftsgruppe VI macht Stadtrat Thaller dar-auf aufmerksam, daß sehr bedeutende Beträge des Baubudgets in anderen Gruppen aufscheinen, auch wenn es sich um Arbeiten handelt, die zum überwiegenden Teil von der Geschäftsgruppe VI durchgeführt werden.

#### Mehr als eine Milliarde Bauaufwand

Im ordentlichen Budget sind für das kommende Jahr auf der Einnahmenseite 154,190.200 Schilling, im außerordentlichen Budget 1,790.000 Schilling, zusammen also 155,980.200 Schil-ling vorgesehen. Auf Seite der Ausgaben rechnet das ordentli-che Budget mit 897.815.900 Schilling, bei den außerordentli-chen Ausgaben mit 14,300.000 Schilling, zusammen also mit 912,115.900 Schilling. Für den Gesamtbauaufwand, mitgerechnet die anderen Gruppen, sind vorgesehen: Laufende bauliche Er-haltung und Instandsetzungen 171,515.700 (um 13.4 Prozent mehr als im Vorjahr), sonstige einmalige Vorhaben des ordent-lichen Haushaltes 761,985.000 (um 17.5 Prozent mehr als im Vorjahr), Behebung von Kriegeschäden 90,700.000 (um 32.3 Pro-zent weniger als im Vorjahr). Zusammen 1.024,200,700 Schil-ling, gegenüber 933,169.200 im Jahre 1953. Den geringeren Aufwand für die Kriegeschäden erklärt er dahin, daß die be-deutendsten Kriegeschäden bereits behoben sind.

Die Baudirektion, die für die Koordinierung der Bauvor-haben, die Vertretung des Bauamtes nach außen sowie die Ver-bindung mit der Fachwelt zuständig ist, blickt im heurigen Jahr wieder auf eine weitverzeigte Tätigkeit zurück. Die von ihr herausgebrachten Publikationen haben auch im Auslande großen Anklang gefunden. Ihre Mitarbeit an fachlichen Aus-stellungen hatte die gewohnte Qualität.

Die seit einem Jahr der Baudirektion angeschlossene Forschungsstelle unter der fachlichen Führung von Professor Schuster hat sich durchgesetzt und in vielen Ländern begeisterte Mitarbeit gefunden. Abgesehen von einer unsachlichen, aus politischer Gehässigkeit vorgebrachten Kritik, haben die Leistungen der Forschungsstelle auch beim Bundesministerium für soziale Verwaltung und beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Unterstützung gefunden. Der Redner bedauert, daß das gleiche Verhältnis zum Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau bis jetzt noch nicht zustande gekommen ist.

#### Kampf um den Wald- und Wiesengürtel

Die Magistratsabteilung 18 - Stadtregulierung - hat im Jahre 1953 246 Flächenwidmungen und Bebauungspläne ausgearbeitet, 125 davon genehmigt, darunter vier neue Dauerkleingartenanlagen mit rund 16.4 ha Fläche und zehn Dauersportanlagen mit rund 127 ha Fläche.

Stadtrat Thaller machte auch bei dieser Gelegenheit auf die Gefahren aufmerksam, die dem Wald- und Wiesengürtel, der biologischen Notwendigkeit für unsere Stadt, drohe. Unverantwortliche Spekulanten sind am Werk, um den Wienerwald zu zerstören. Er verwies auf die Umgehungen des gesetzlichen Eintrittsrechtes der Gemeinde Wien und erklärte, daß in Zukunft ein weiterer Einbruch in das Erholungsgebiet aller Wiener und eine weitere Zerstörung der Landschaft nicht mehr toleriert werden würde. Die Wiener Bevölkerung wird aufgerufen, die Gemeindeverwaltung in ihren schweren Kampf um die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels zu unterstützen.

#### 112 Privatarchitekten werden beschäftigt

Die für die Architektur und Gestaltung des Stadtbildes verantwortliche Magistratsabteilung 19 hat für das kommende Jahr bereits 76 Projekte mit 5.960 Wohnungen vorgeben, und zwar 61 Projekte mit 5.170 Wohnungen an 112 Privatarchitekten und 15 Projekte mit 790 Wohnungen an die eigene Architekturabteilung. Wie Stadtrat Thaller berichtete, ist der Andrang der Architekten sehr groß. Vorgemerkt sind 441 Bewerber, von denen bereits 333 Aufträge erhielten.

Die Abteilung hat heuer an zwei großen Wettbewerben gearbeitet, an dem Projekt der Wiener Stadthalle und an dem des Museums der Stadt Wien. Bei der Festlegung von Wohnungstypen in städtischen Neubauten wurden einige Änderungen vorgenommen, wobei die Wohnungstypen für kinderlose Ehepaare besondere Berücksichtigung fand. Die durchschnittliche Wohnungsgröße blieb mit 47 Quadratmetern unverändert. Die künstlerische Ausschmückung von städtischen Wohn- und Nutzbauten wurde heuer intensiv fortgesetzt: 49 Arbeiten wurden fertiggestellt, 87 befinden sich in Arbeit und 70 Aufträge werden in Kürze vergeben. An Honoraren wurden 2,6 Millionen Schilling ausbezahlt. Widerliche Auswüchse geschmackloser Reklame an Fassaden, sind mit Ausnahme von wenigen Fällen, nicht vorgekommen,

#### Das Baumaterial muß billiger werden

Die Magistratsabteilung 21 - Baustoffbeschaffung - hat im heurigen Jahr für rund 200 Millionen Schilling 1,3 Millionen Tonnen Baustoffe beschafft. 60 Millionen Stück Ziegel wurden gekauft. Der Referent stellt fest, daß heuer zum ersten Mal das Angebot größer war als die Nachfrage. Er fordert Preissenkungen, und zwar schon beim Anbot und nicht erst nachher, wenn dem Auftrag nachgelaufen wird. Die Gemeinde Wien werde sich nicht scheuen, erklärte er, Firmen, die sich an Absprachen zur Hochhaltung der Preise beteiligen, von der Auftragserteilung auszuschalten.

#### 520 Millionen für Wohnhausbauten

Die Magistratsabteilung 23 - Nutzbauten - hat im Verzeichnis ihrer wichtigsten Bauvorhaben den Bau des Museums der Stadt Wien, der Wiener Stadthalle, von sieben Kindergärten, davon fünf neue Projekte, das Theresienbades, mehrerer Bauten auf Friedhöfen und in Wäschereien und schließlich vier Schulneubauten und zwei Schulhausprojekte, die demnächst in Angriff genommen werden. Gebaut wird im Zentralviehmarkt, im Schlachthof und an einigen Objekten für die Feuerwehr.

Das Kernstück bildet die Magistratsabteilung 24 - Wohnbau, Siedlung und Kleingärten.

Im ordentlichen Budget sind für diese Abteilung Ausgaben in Höhe von 534,537.700 Schilling vorgesehen, davon 520 Millionen für Wohnhausneubauten, das sind 16.9 Prozent des Gesamtbudgets und 57 Prozent des Gruppenbudgets. Aus den einzelnen Posten griff er die Ausgaben für Mansardeneinbauten in Höhe von 29 Millionen (um neun Millionen mehr als im Vorjahr) und die Darlehen für Genossenschaften in der Höhe von 50 Millionen (um 20 Millionen mehr als im Vorjahr) heraus.

#### 23.768 neue Gemeindewohnungen sind fertig

Im Jahre 1953 wurden bis Ende Dezember 7.913 Wohnungen zu bauen begonnen. Das sind um 1.463 mehr als im Vorjahr versprochen wurden. Im Laufe dieses Jahres wurden nicht weniger als 6.707 fertiggestellte Wohnungen dem Wohnungsausschuss übergeben.

Insgesamt wurden bis jetzt 33.897 Wohnungen begonnen, 23.768 fertiggestellt und weitere 10.129 befinden sich im Bau. In den ersten Monaten des nächsten Jahres wird die 25.000ste Wohnung fertig. Der Stadtrat verwies auf die bessere Ausstattung der Wohnungen, die erzielt werden konnte. So werden Kochnischen mit den Maßen für Einbauküchen gebaut. In einigen höheren Häusern wurden erstmals Aufzüge eingebaut. Stadtrat Thaller bedauerte, daß im aufgeschlossenen Gebiet nicht genügend freie städtische Baugründe vorhanden sind. Dagegen stellte er mit besonderer Befriedigung fest, daß sich im Bauwesen eine Senkung der Baukosten abzeichne, wobei er besonders die Verdienste des Senatsrates Dipl.Ing. Dr. Pecht und die des Prof. Schuster hervorhob. Die Baukosten für eine städtische Wohnung wurden wieder auf 75.000 Schilling herabgedrückt, wobei es gelungen ist, diese Wohnungen besser auszustatten.

#### Heuer 448 Räumungen wegen Wohnungsverfall

Im Aufgabengebiet der Magistratsabteilung 25 - Bauförderung - sagte der Referent, kann die Tendenz der Ersatzausführungen als rückläufig bezeichnet werden. 240 Sofort- und Ersatzausführungen kosteten 10,8 Millionen Schilling. Mit diesem Betrag wurden 1.340 Wohnungen dauernd gesichert, 22.500 Quadratmeter Dachflächen instandgesetzt. In diesem Jahr mußten 13.746 Bauaufträge erteilt werden, weil Bagatellschäden nicht beseitigt wurden. Das sind um 20 Prozent mehr als im Jahre

1952. Beim Wohnhauswiederaufbaufonds wurden heuer 697 Anträge mit 1.173,735.000 Schilling eingereicht. Genehmigt wurden 458 Anträge mit 444,832.000 Schilling. Seit 1948 wurden beim Wiederaufbaufonds 6.600 Anträge mit 4.145 Millionen eingereicht. Davon wurden 3.040 Anträge mit 1.469 Millionen genehmigt. Zu dem immer wieder aufgetischten Märchen von Wohnungsverfall wäre zu sagen, daß heuer 594 Räumungsbescheide und 448 tatsächliche Räumungen verzeichnet wurden. Die Magistratsabteilung 26, Gebäudeerhaltung, arbeitet wie die Magistratsabteilung 23 für andere Gruppen. Sie sorgt für die Erhaltung und Instandsetzung von Erziehungsheimen, Kindergärten, Altersheimen, Krankenhäusern, Schulen und Feuerwehren. Aus eigenem errichtet sie einen achtklassigen Schulpavillon in Fischamend. Auch der Wiederaufbau der zerstörten Schulen 3, Dietrichgasse und 5, Gassergasse, ist vorgesehen.

Die Magistratsabteilung 27, Wohnhäusererhaltung, sieht den Einbau von 528 Mansardenwohnungen vor. Im Jahre 1953 wurden 519 solcher Wohnungen gebaut. In Zukunft sollen nur mehr dort Mansardenwohnungen eingebaut werden, wo nicht mehr als vier Stockwerke vorhanden sind und außerdem nur dann, wenn sich gut gestaltete Wohnungen ergeben. Auch das sogenannte Schnellbauprogramm Duplex-Wohnungen wird nicht mehr in bisherigem Maße fortgesetzt werden. Die Kriegsschadenbehebung an Zwischenkriegsbauten ist praktisch beendet. Bis 30. November 1953 wurden 513 totalbeschädigte und 559 teilbeschädigte Wohnungen fertiggestellt. Bis Ende 1954 sollen für die Generalinstandsetzung der Zwischenkriegsbauten der Gemeinde Wien 50 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der hierfür noch erforderliche Betrag von weiteren 30 Millionen wird für das Jahr 1955 veranschlagt werden. Die Ausgaben im Straßenbau wurden um vier Millionen höher veranschlagt als 1953. Sie betragen im kommenden Jahr 69,4 Millionen Schilling. Es ist eine Reihe von großen Straßenumbauten vorgesehen, so u.a. der Umbau des Ringes beim Schwarzenbergplatz, die Wipplingerstraße, die Landstraßer Hauptstraße im unteren Teil, die Neillreichgasse, die Marchfeldstraße und eine große Zahl von Straßen und Siedlungen.

Auf dem Franz Josefs-Kai soll ein Parkplatz geschaffen werden.

Im Jahre 1953 wurden 3,5 Millionen Quadratmeter Straßen verbessert oder neu hergestellt, das sind 13 Prozent der Gesamtstraßenfläche unserer Stadt. Als fruchtbringend erwies sich eine Amerikareise des Leiters der Straßenbauabteilung. Sie brachte neue Straßenbaumethoden, die billiger und schneller sind, und die auch eine Arbeit in der kalten Jahreszeit ermöglichen. Es können dadurch derzeit noch 1.803 Arbeiter im Straßenbau tätig sein. Ein außerordentlicher Erfolg war ein Einschulungslehrgang für Jugendliche zu Betonstraßenarbeiten. Er wurde mit Unterstützung der produktiven Arbeitslosenfürsorge durchgeführt. Stadtrat Thaller appelliert an die Wiener, über die Straßenumbauten nicht zu "raunzen". Der anschwellende Verkehr fordere umfangreiche Regulierungen und Verbesserungen.

Durch die Inangriffnahme des Umbaus des Nordbahnhofes wird auch die Lösung des Problems Praterstern aktuell. Auch die Schottenkreuzung und die Opernkreuzung harren einer Lösung. Bei der Schaffung der vom Bund projektierten Autobahn müsse dafür Sorge getragen werden, daß diese an geeigneten Stellen in Wien einmündet und in einem Zuge mitgebaut wird.

Auch die Abteilung Brückenbau, Wasserbau- und Hafenverwaltung hat große Arbeit geleistet. Größere Instandsetzungsarbeiten wurden an 31 Objekten, darunter an der großen Marxerbrücke und am Rustensteg beendet. Neu- und Umbauten wurden an 22 Objekten, darunter die Malinowski-Brücke, die Brücke über die Liesing bei der Altmannsdorfer Allee usw. vorgenommen. An zehn Objekten erfolgte die Kriegsschadenbehebung, darunter ist die Fertigstellung der Marienbrücke zu nennen. Im Brückenbau in Ausübung der mittelbaren Bundesverwaltung wurde die Brücke über den Mitterbach in Schwechat umgebaut und die Brücke über den Kalten Gang in Schwechat verbreitert. Auch Tunnelbauten hat die Magistratsabteilung 29 durchgeführt, so den Fußgängertunnel Marienbrücke - Rotenturmstraße.

Im Hafen Freudenau wurde ein Wippdrehkran aufgestellt, im Hafen Albern erfolgte die Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes und der Ausbau der zweiten Molostraße. Die Gleisanlagen wurden in den Häfen Freudenau, Albern und Lobau instandgesetzt. Ebenso wurde in allen drei Häfen gebaggert. Im Hafen Kuchelau wurden die Uferböschungen instandgesetzt.

Bei der Liesingbachregulierung wurden die Baulose Unter-Laa, Inzersdorf II, Rodaun, Stelzerau, Kledoring, Schwarze Haide fertiggestellt; vor der unmittelbaren Fertigstellung steht das Baulos "Breitenfurt" einschließlich des Pölleritzgrabens, des Geschieberückhaltebeckens beim Laaber Spitz und des Laaberbaches bis zu den neuen Gemeindebauten. In Arbeit steht das Baulos "Steinhof". Größere Regulierungen sind auch am Mitterbach in Schwechat, am Kehrwandbach in Himberg, Lainzerbach und Mödlingbach bei Gaaden vorgesehen. Teilregulierungen werden am Hasel-, Kierling- und Dornbach vorgenommen und größere Instandsetzungen an der Pösting bei Moosbrunn. Diverse Instandsetzungen müssen auch am Wienfluß vorgenommen werden. Eine Drainagierung ist im Laxenburger Gebiet vorgesehen. Baggerungen müssen im Klosterneuburger Gerinne vorgenommen werden. Die Liesingbachregulierung wird für Restzahlungen und neue Baulose 9,3 Millionen, die Regulierung des Petersbaches 1.000.000 erfordern. Für diverse Hafengebauten, wie eine Einfahrtsverbreiterung im Freudenaucr Hafen usw. werden insgesamt 8,8 Millionen aufgewendet. Im außerordentlichen Budget sind u.a. für die einleitenden Arbeiten zum Baubeginn der Schwedenbrücke 200.000 Schilling und für die zweite Bau-rate der Rotundenbrücke 5,5 Millionen veranschlagt. Die Hafenverwaltung sieht im ordentlichen Budget für 1954 Ausgaben von 6.863.400 Schilling vor, darin sind für Erhaltung der Bahnanlagen 1.040.000 und für Baggerungen in städtischen Häfen 1.000.000 Schilling vorgesehen.

Die Magistratsabteilung 30 - Kanalisation - sieht im ordentlichen Budget Ausgaben von 36.097.500 Schilling vor. Davon werden für Anlagenerhaltung 7 Millionen ausgegeben, für Kanalbauten 13 Millionen. Im Jahre 1953 wurden u.a. 2.785 m überalteter Kanäle umgebaut, 5.963 m Kanäle in städtischen Wohnhausanlagen neugebaut, die sonstigen Kanalneubauten haben eine Länge von 6.492 m. Das Pumpwerk Schirlinggrund konnte vollendet werden. Die Gesamtkosten hierfür betragen 8 Millionen Schilling. Am Leopoldauer Sammler wurden 2.294 m gebaut. Die Anschlußkanäle zum Leopoldauer Sammler haben eine Länge von 1.012 m.

218 Liter Wasser pro Kopf und Tag

Bei den Wasserwerken sind Ausgaben von 99,5 Millionen Schilling vorgesehen, davon für Anlagenerhaltung 14 Millionen, für Inventarerhaltung 5,5 Millionen und für bauliche Herstellungen 31 Millionen. Darunter wieder befindet sich die 4. Bau-rate für den Leitungsspeicher Neusiedl mit 15 Millionen, die Rohrstrangneulegung Rosenhügel mit 2,7 Millionen, der sonstige Ausbau des Rohrnetzes mit mehr als 4 Millionen und die Errichtung von Behältern, Hebewerken u.a. in den Randgemeinden mit 2 Millionen.

Unter den Bauleistungen des heurigen Jahres sind hervorzuheben: Der Rohrkanal und die Zuleitungen für den Leitungsspeicher in Neusiedl, die Fertigstellung des Wasserleitungskraftwerkes in Hirschwang mit einer Leistung von 125 KVA, die Errichtung eines Anreicherungspumpwerkes der zweiten Hochquelleitung in Wildalpen, 16 Kilometer neue Rohrstränge u.a.

Der Wasserverbrauch hält sich mit 130 Millionen Kubikmetern heuer auf gleicher Höhe wie in den Vorjahren. Je Kopf und Tag wurden durchschnittlich 218 Liter verbraucht, im Sommer maximal 290 Liter. Der Mindestverbrauch betrug 168 Liter. Die Chlorierung wurde wie in den vergangenen Jahren "auf höheren Befehl" durchgeführt. Doch ist die Beimengung so gering, daß sie nur 0,2 Milligramm beträgt.

Die Magistratsabteilung für Heizung und Maschinenbau arbeitet für andere Abteilungen und hat keinen eigenen Vorschlag. Sie führt neben der laufenden Erhaltung der Feuerstätten und Heizanlagen Arbeiten durch, die der Verbesserung und der Heizverbilligung dienen; u.a. Umbauten an Fernheizanlagen, Einbauten von Ölfeuerungen und Neubauten in fast allen Spitälern und Schulen.

Die Hauptwerkstätte wurde der Magistratsabteilung 32 angegliedert; sie ist eine reine Heizwerkstätte und führt in Eigenregie kleinere Reparaturen durch.

Noch nie war Wien so gut beleuchtet

Die Magistratsabteilung 33 - Öffentliche Beleuchtung - sieht für 1954 Ausgaben von 14,7 Millionen Schilling vor. Heuer wurden 4.200 neue Lichtpunkte installiert. Ihre Gesamtzahl beträgt Ende dieses Jahres 54.800 elektrische Lampen

und 5.300 Gaslaternen, insgesamt 60.100 Lichtpunkte. Noch nie hat es in Wien so viele Straßenlampen gegeben. Vor allem in den Randgemeinden hat sich die Beleuchtung um mehr als 50 Prozent verbessert. Friedensmäßig beleuchtet sind alle Wiener Bezirke, ausgenommen Teile des 19., 21. und 22. Bezirkes. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Zahl der öffentlichen Uhren hat sich von 194 auf 201 erhöht. Erfreulicherweise kann mitgeteilt werden, daß diese Abteilung die Kriegsschadenbehebung beendet hat.

Die Magistratsabteilung 34 - Installation - arbeitet für andere Abteilungen und hat kein eigenes Budget. Ihre Hauptgebiete sind Überwachung und Planung von Installationen, Errichtung von Aufzügen u.a. Diese Abteilung hat durch Neukonstruktionen einen wertvollen Beitrag zur Verbilligung des Wohnhausbaues geleistet. (Beifall.)

#### 2.000 Alleebäume wurden gepflanzt

Die Magistratsabteilung 42 - Stadtgartenamt - sieht Ausgaben von 34,5 Millionen Schilling vor, um 4 Millionen mehr als heuer. Für die Anlagenerhaltung sind 3,1 Millionen vorgesehen, für bauliche Herstellungen 5,8 Millionen Schilling, darunter die Verlegung des Reservegartens nach Hirschstetten mit 3 Millionen. Im Jahr 1953 wurden 50.300 Quadratmeter Gartenanlagen neu hergestellt und 25.400 Quadratmeter wiederhergestellt. 2.000 Alleebäume wurden gepflanzt. Man muß also nicht gleich schreien, wenn irgendwo ein oder zwei Bäume gefällt werden. Ferner sind 45.000 Quadratmeter Wege in Gartenanlagen staubfrei gemacht worden. An 15 Kinderspielplätzen wurden Verbesserungen vorgenommen. 250 neue Normalsitzbänke und 11 neue Langsitzbänke wurden aufgestellt. Die Blumenschalen haben großen Anklang gefunden, desgleichen die Aktion "Wien im Blumenschmuck". Die Entfernung der Anschlagkasten wird wohl von der Bevölkerung allgemein begrüßt werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Stadtrat Thaller appelliert auch an die Bevölkerung, die Gärten zu schonen, die Luftreservoirs im verbaute Gebiet darstellen.

Bei der Magistratsabteilung 44 - Bäder - sind 37 Millionen an Ausgaben für 1954 eingesetzt, um 1,3 Millionen mehr als 1953.

Für Verbrauchsmaterialien sind 6,7 Millionen vorgesehen, für bauliche Herstellungen 10,2 Millionen, darunter das Therosienbad mit 9 Millionen, das voraussichtlich Ende 1954 fertig sein wird. Die Umgestaltung des Krapfenwaldls wird zu Saisonbeginn abgeschlossen sein.

Alle 67 städtischen Bäder standen heuer in Betrieb. Der Besuch der Sommer- und Kinderfreibäder ist wegen des schlechten Wetters gegenüber 1952 um 10 Prozent gefallen. Hingegen ist bei den Warmbädern bis Ende Oktober eine Zunahme von 20 Prozent zu verzeichnen.

Abschließend sagte Stadtrat Thaller, er glaube, daß aus seinen Ausführungen ein stolzer Arbeitsbericht des Stadtbauamtes geworden ist. Daß die diesjährigen Leistungen im kommenden Jahr noch gesteigert werden können, ist der aufopfernden Tätigkeit der Bediensteten des Stadtbauamtes zu danken. Während das Amt im Juni 1947 zu einem Zeitpunkt, in dem die Bautätigkeit noch nicht überwältigend war, 9.559 Mitarbeiter hatte, ist dieser Stand im Juli 1953 bei einem Riesenbauprogramm auf 9.483 gesunken. Stadtrat Thaller sprach unter allgemeinem Beifall allen Mitarbeitern der Gruppe VI seinen Dank und den Dank der Wiener Stadtverwaltung aus. Besonders hob er die Tätigkeit von Baudirektor Dipl. Ing. Gundaacker und von Senatsrat Dipl. Ing. Hosnedl hervor. Ihre Tätigkeit geht weit über das übliche Maß hinaus. Stadtrat Thaller schloß mit der Versicherung, daß sich an dem in Stadtbauamt herrschenden guten Geist auch im kommenden Jahr nichts ändern wird. (Allgemeiner Beifall)

#### Die Debatte über den Wohnungsbau

Als erster Redner in der Debatte über die Ansätze der Geschäftsgruppe VI kam heute früh bei der Fortsetzung der Budgetverhandlungen GR. Dipl. Ing. Haider (WdU) zu Wort. Er erklärt, der Wohnungsbau werde mit Recht als das Herzstück des Budgets der Gemeinde Wien bezeichnet. Bei einem jährlichen Tempo von 6.000 neuen Wohnungen wäre eigentlich in etwa sieben Jahren die Wohnungsnot behoben. In Kreiskreisen spreche man viel über die sogenannte "falsche Wohnungsnot", die sich daraus ergebe, daß jeder Heiratslustige die Stufenleiter zur Erwerbung einer Wohnung beschreite, während früher bis zu einem höheren Lebensalter die ledigen, aber auch die vor-

heirateten Kinder bei den Eltern blieben. Nach Ansicht des Redners ist es aber heute schon wieder so, daß die Kinder aus einem gewissen Zwang zum Sparen heraus länger bei den Eltern wohnen, weil sie daraufgekommen sind, daß es weit ökonomischer ist, zwei Haushalte zu einem zusammenzulegen und mit der Schwiegermutter auszukommen. Auch die sogenannten Gefälligkeitsdelegierungen scheinen schon etwas nachgelassen zu haben.

Das Problem sei heute darin gelegen, daß die einen in modernen Neubauten, die anderen aber zu dem gleichen Zins in veralteten und baufälligen Häusern wohnen. Dadurch werde sich der Zeitpunkt der Beseitigung der Wohnungsnot weiter hinauschieben, da der Zug nach den neuen Wohnungen immer vorhanden sein werde. Nach Ansicht der WdU ist der Streit müßig, ob der soziale Wohnhausbau oder das Wohnungseigentum die allein seeligmachende Methode sei. Beim Wohnhausbau soll aus allen Rohren geschossen werden. Die Bekämpfer des Wohnungseigentums mögen bedenken, daß auch jeder Besitzer einer Gemeindewohnung eigentlich ein verlängerter Rentner sei, denn er erhalte seine Wohnung aus öffentlichen Geldern. Aber auch den privaten Wohnungsbau mit eigenem Kapital müsse man fördern. Der Redner schlägt die Errichtung einer Wohnbaubank vor, in der alle öffentlichen und auch privaten Gelder für den Wohnungsbau zusammengefaßt werden sollen. Durch Zinsenverbilligung würde auch eine Verbilligung der Baukosten erreicht werden.

Auf dem Gebiete des Straßenbaus regt der Redner den Umbau der Wiedner Hauptstraße an und schlägt vor, zur Entlastung der Mariahilfer Straße endlich die Verlängerung der Stollgasse und Lindengasse vorzunehmen und den Durchbruch in der Schottenfeldgasse und Zieglergasse durchzuführen.

Im übrigen sei die Fraktion der WdU nicht in der Lage, dieser Gruppe die Zustimmung zu geben.

Als das übelste Problem in unserer Stadt bezeichnet GR. Maller (LB1) die Wohnungsnot, die nicht nur eine Folge des Krieges ist, sondern vor allen Dingen auch eine der Beendigung der Bautätigkeit der Gemeinde Wien im Jahre 1934. Es müsse daher alles darangesetzt werden, um möglichst viel zu bauen, denn eine Wohnung ist die Voraussetzung für ein glückliches Familienleben. Der Redner verweist darauf, daß nicht nur 60.000 Familien keinen eigenen Haushalt führen können,

weil sie keine Wohnung haben, sondern darüber hinaus zehntausende Familien in ungesunden und unzureichenden Wohnungen hausen müssen. Die Ansätze für Ersatzvorhaben bezeichnet er als zu gering, obwohl ja eigentlich der Bund und nicht die Gemeinde den Wiederaufbau der zerstörten Wohnungen und Häuser aus Fondsmitteln decken müßte. Es gehe nicht an, daß die Fondsmittel zum Bau von Eigentumswohnungen verwendet werden und zur gleichen Zeit kriegsbeschädigte Wohnungen, die mit relativ geringen Mitteln aufgebaut werden könnten, verfallen. Der Redner erklärt, daß auch der Bund einen Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot in unserer Stadt durch den Bau von neuen Wohnungen leisten müßte und legt ein diesbezügliches Programm seiner Fraktion vor. Dieses Programm soll durch Bereitstellung von Bundesmitteln in den nächsten drei Jahren den Bau von zusätzlich 20.000 Wohnungen ermöglichen.

Mit Genugtuung habe seine Fraktion zur Kenntnis genommen, daß der Bau von Notwohnungen, das sogenannte Schnellbauprogramm, nicht mehr in dem großen Ausmaß weitergeführt werden soll. Dank gebühre der "Forschungsstelle für Wohnen und Bauen", deren Arbeiten wirklich im Interesse der Bevölkerung sind, wie zum Beispiel die Arbeiten über den Schallschutz. GR. Maller stellt einen Antrag, der im wesentlichen die billige Herstellung von Wohnungseinrichtungen, Haushaltsgeräten und modernen technischen Errungenschaften auf dem Gebiete des Haushalts verlangt und daß diese Gegenstände durch Kreditgewährung für alle erschwinglich werden. Er ersucht, diese Frage einer Prüfung zu unterziehen und alles Notwendige zu veranlassen. Der Redner gibt dann eine Reihe von Anregungen. Er schlägt vor, die Möglichkeit zu prüfen, mehr als bisher Großbaustellen zu errichten, um rationeller und billiger bauen zu können. Er verlangt die Inangriffnahme des Baues einer Donaubrücke und die Durchführung des Schnellbahnprojektes nach Floridsdorf. Man müsse auch die ersten Maßnahmen für den Bau einer U-Bahn durchführen. Zur Beseitigung von Verkehrsfallen im Stadtgebiet schlägt er vor, noch mehr als bisher von der Möglichkeit von Unterführungen Gebrauch zu machen. Er begrüßt es, daß die Straßenverhältnisse auch in den äußeren Bezirken verbessert wurden und meint, man solle überlegen, ob sich nicht

die Methode der Straßenteppiche auch für die Entstaubung von Parkanlagen und Siedlungswege eigne. Bei der öffentlichen Beleuchtung sollen der Stadtrand und die Siedlungen nicht vernachlässigt werden.

Zu den Bädern bemerkt GR. Maller, es gäbe im 13. Bezirk kein Volksbad, ebenso nicht im 14. Bezirk. Er verlangt auch die Schaffung von neuen Kinderfreibädern.

Das Hafengebiet soll endlich benützlich gemacht werden. Es ist auch die Frage, ob es nicht klüger wäre, die Lagerhäuser in den vorderen Hafen zu verlegen.

Abschließend sagt der Redner, die vorliegenden Ansätze entsprächen nicht den Erwartungen seiner Fraktion. Vor allem den Wohnungsbau könne man noch entscheidend erweitern. Die Mittel dazu seien vorhanden. Die Gemeinde Wien habe bei weitem nicht alle Möglichkeiten ausgenützt. Trotzdem werde der Linksblock den Ansätzen dieses Kapitels zustimmen.

GR. Mühlhauser (ÖVP) bemerkt zu den Ausführungen des kommunistischen Debattenredners: Daß GR. Maller überhaupt hier so lange reden darf, verdankt er der Tatsache, daß es in Österreich eine Demokratie gibt. In "seinen" Ländern hätte er kaum etwas zu reden. Zu der Kritik über die Wohnungen für alte Leute bemerkt der Redner, es gibt in diesem Saal keinen, der sich nicht bemüht, den Alten ein gutes und schönes Wohnen zu verschaffen. Aber vielleicht könnte sich GR. Maller bei den alten Leuten in Ungarn erkundigen, die man aus ihren Wohnungen hinausgeworfen hat, weil sie nicht mehr arbeitsfähig sind. (Beifall bei der ÖVP, Gegenrufe beim Linksblock.)

GR. Maller hat auch eine Brandrede gegen das Wohnungseigentum gehalten. Der Redner ersucht die Sozialisten, sich das zu merken. Wenn man noch nicht so sicher gewesen wäre, daß das Wohnungseigentum richtig ist, dadurch, daß GR. Maller dagegen gesprochen hat, hat er den Beweis geliefert. Denn alles, wogegen die Kommunisten sind, ist für das österreichische Volk das Richtige. (Beifall bei der ÖVP)

Stadtrat Thaller hat davon gesprochen, daß dem Wohnungsamt 6.700 neue Wohnungen und 1.071 wiederaufgebaute Wohnungen übergeben wurden. Der Redner fragt den Referenten, wieviel aus den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds und im Weg der Vorfinanzierung errichtet wurde und wie die Typengrößen aussehen. Stadtrat Thaller hat auch bemerkt, es bestünden große Schwierigkeiten, den Baugrund für den sozialen Wohnhausbau zu erlangen. Der Referent dürfte nicht darüber informiert sein, daß die Stadt Wien 4 Millionen Quadratmeter Baugrund zur Verfügung hat, und damit das Bauen für 10 Jahre gesichert ist. Ich kann mir nicht vorstellen, bemerkte GR. Mühlhauser, daß die Gemeinde einen Baugrund kauft, den sie nicht verwenden kann.

Der Redner spricht die Anregung aus, die Gemeinde Wien möge für die Zeit des Wahlkampfes auf bestimmten Plätzen Plakatflächen aufstellen, damit das wilde Plakatieren eingestellt wird.

Bei der weiteren Besprechung des Baubudgets, das schon durch die eingesetzte hohe Summe die Wichtigkeit dieses Kapitels innerhalb des gesamten Voranschlages zeigt, stellt der Redner nachdrücklich wieder die Forderung nach dem Bau der U-Bahn und dem Ausbau des Wiener Hafens. Die Sozialisten waren bisher nicht dazu zu bewegen, das lebenswichtige U-Bahnprojekt einer ernststen Behandlung zuzuführen. Auch die Volkspartei ist sich darüber klar, daß die Bahn große Kosten verursacht. Es gibt jedoch in Wien einen Plan für die U-Bahn. Der Redner stellt daher den Antrag, diesen Plan auf seine Durchführbarkeit zu überprüfen. Zu den großen Kosten bemerkt er noch: seine Partei habe oft ausgesprochen, daß die Finanzierung durch Kredite geschehen müsse. Die Politik der Mehrheitspartei in diesem Haus, alles aus den laufenden Steuereinnahmen zu decken, ist für unsere Zeit falsch. Man möge doch von Finanzminister Dr. Komnitz lernen, wie man Projekte finanziert, die in die Zukunft reichen, damit eine Generation nicht übermäßig belastet wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Wiener Hafen sei ein anderes dringendes Problem. Der Bürgermeister hat im Herbst zu einer Rundfahrt in das Hafengebiet eingeladen. Man hatte damals die Hoffnung, daß nun Entscheidendes geschehen wird. Mit dem im Budget vorgesehenen Betrag kann aber nichts Entscheidendes für den Wiener Hafen getan werden. Es wäre an der Zeit, sich ernstlich mit dem Problem zu befassen und eine Hafengesellschaft zu gründen. Diese Gesell-

schaft hätte die Aufgabe, die Planung des Wiener Hafens durchzuführen. Er sei überzeugt, daß dann auch der Bund einen entscheidenden Beitrag zu den Baukosten leisten wird. (Beifall bei der ÖVP)

Unsere Stadt hat in der Vergangenheit eine große Rolle im mitteleuropäischen Raum gespielt. Sie war die Hauptstadt eines großen Reiches und der wirtschaftliche Mittelpunkt Südost- und Mitteleuropas. Der größte Bürgermeister, den es in dieser Stadt gegeben hat, Dr. Lueger, hat Wien den seiner Bedeutung entsprechenden Rahmen verliehen (Beifall bei der ÖVP). Man denke nur an die Hochquellleitung, an die Spitäler, E-Werk, Gaswerk und Straßenbahn. Daran erkennt man, was damals Großes und Einmaliges für diese Stadt geschaffen wurde. Wir haben heute die verantwortungsvolle Aufgabe, in Wien so großzügig zu planen und zu bauen, daß die Stadt wieder jene Bedeutung erlangen kann, die sie in der Vergangenheit hatte.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Wohnungseigentum und führt aus: Meine Partei hat nicht nur immer den sozialen Wohnhausbau bejaht, sondern hat auch dafür mitgesorgt, den Wohnungsbau zu ermöglichen. Wir sind aber der Meinung, daß alles in dieser Stadt gefördert werden soll, was dem Bau von Wohnungen dienlich ist. Es ist uns unverständlich, daß die Sozialisten den Bau von Wohnungseigentum nicht nur nicht unterstützen, sondern wo immer möglich bekämpfen, obwohl durch das Wohnungseigentum für tausende Wiener Familien Wohnungen geschaffen wurden (Beifall bei der ÖVP). Sagen Sie nicht, das Wohnungseigentum sei nur für begüterte Menschen geschaffen worden. Der überwiegende Teil sind Arbeiter und Angestellte und der andere Teil kleine Geschäftsleute. Ich könnte ihnen Briefe von Funktionären der SPÖ zur Kenntnis bringen, in denen sie ersuchen, Bekannten von ihnen Wohnungen zu verschaffen. Man kann nicht auf die Dauer gegen eine Sache Politik machen, die sich durchgesetzt hat und immer mehr durchsetzen wird. Der Redner zitiert in diesem Zusammenhang eine Äußerung des sozialistischen Nationalrates Pittermann, zur Haltung der Arbeiter-Zeitung gegenüber dem Wohnungseigentum.

Er sagte, die Arbeiter-Zeitung wolle einem vereisten Posthorn Töne entlocken. Mögen doch auch Sie endlich erkennen, fährt der Redner zu den Sozialisten gewendet fort, daß das Wohnungseigentum jene Synthese ist, die nicht nur in Österreich sondern auch in anderen Staaten, als die zweckmäßigste anerkannt werde. Versuchen wir doch, möglichst viele Wohnungen in diesem Land und in dieser Stadt zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner beschäftigt sich sodann mit den Vorwürfen gegen das Wohnungseigentum. Ein Mißbrauch öffentlicher Mittel liege nicht vor, denn für die meisten Hausbesitzer erschiene es unwirtschaftlich, eine Bombenruine aufzubauen. Durch die glückliche Koppelung zwischen Wiederaufbaugesetz und Wohnungseigentumsgesetz könne man diese Häuser wiederaufbauen und die Wohnungen den Benützern als Eigentum übergeben. Es sei nicht unsozial, sondern sogar noch sozialer, wenn statt eines Hausherrn 40 Arbeiter und Angestellte und kleine Gewerbetreibende den Aufbaukredit bekommen. (Beifall bei der ÖVP.) Es handle sich auch nicht um Geschenke, denn der Kredit werde ebenso wie vom Hausbesitzer auch von den Wohnungseigentümern in 75 Jahren zurückgezahlt. (Erneuter Beifall bei der Volkspartei.) Das Wohnungseigentum sei auch kein Schacherobjekt, denn für den Verkauf einer Eigentumswohnung sei die Zustimmung des Fonds nötig, und außerdem behalte sich der Verein der Freunde des Wohnungseigentums ein Optionsrecht vor, um die verkaufte Wohnung wieder einem Wohnungslosen zuzuführen und einen Wohnungsbedarf zu befriedigen.

Das Wohnungseigentum führe auch nicht zu einer Verzögerung beim Aufbau beschädigter Häuser, denn von den 60.000 mit Mitteln des Wiederaufbaufonds wiederhergestellten oder neugebauten Wohnungen entfallen nur 3.700 Wohnungen oder 6 Prozent auf das Wohnungseigentum, während 94 Prozent für andere Bauten, darunter auch für Bauten der Stadt Wien, verwendet wurden. Die 3.700 Wohnungen wären aber ohne Wohnungseigentum nicht gebaut worden. Statt den schönen und gesunden Wohnungen würden dort noch die Ruinen stehen. Die Altmieten, die vor der Zerstörung in diesen Häusern wohnten, würden restlos befriedigt.

(GR. Hedwig Lehnert: Wenn sie das Geld haben!); der Verein sei auch bereit, diesen Leuten in großzügiger Weise Ratenzahlungen zu gewähren.

Der Wohnungseigentümer sei ein freier Mensch; er könne zum Fenster jene Fahnen hinaushängen, die ihm passen und nicht den Hauseigentümer (Beifall bei der ÖVP). Aber die Sozialisten wollen anscheinend nicht den freien Menschen in seiner freien Wohnung. Gegenüber der kollektivistischen Bauweise und der Abhängigkeit des Menschen werde die Freiheit des Menschen in den Vordergrund gestellt. Schon der Freiheit wegen müßten die Sozialisten mit der ÖVP für das Wohnungseigentum eintreten (Beifall bei der ÖVP).

Der Redner fordert weiter einen Plan für die Sanierung der Wohnungen in den Althäusern, verlangt in einem Beschlußantrag die Bereitstellung von Mitteln aus dem Landes-Wohn- und Siedlungsfonds auch an Privatpersonen und bringt einen Antrag ein, Teile von Stammersdorf und Simmering ehestens an das Hochquellenwassernetz anzuschließen.

Der Straßen- und Brückenbau erfordere eine sorgfältige Planung. Der Umbau an der Kreuzung Alser Straße - Landesgerichtsstraße - Universitätsstraße habe keine Verkehrserleichterung, sondern ein Verkehrschaos geschaffen. An der mit großem Pomp eröffneten verlängerten Mariahilfer Straße habe man nach vierzehn Tagen wieder mit Reparaturen beginnen müssen. Durch die Schaffung der Autobahn sei es notwendig, rechtzeitig Vorsorge für eine Umfahrestrecke von Osten nach Westen zu treffen.

Wir müssen, sagt der Redner, jene Voraussetzungen schaffen, die notwendig sind, daß die Stadt Wien wieder jene Bedeutung bekommt, die sie in ihrer großen Vergangenheit gehabt hat. Unsere Stadt hat auf Grund ihrer geographischen Lage und ihrer weltaufgeschlossenen Bevölkerung die Aufgabe, in Mittel- und Südosteuropa in Zukunft eine große Rolle zu spielen. Erfüllen wir diese Aufgabe, damit diese Hauptstadt eines großen Reiches von gestern die Hauptstadt des vereinten Europas von morgen wird! Im übrigen wird die Volkspartei dem Budget dieser Gruppe die Zustimmung geben. (Starker Beifall bei der ÖVP)

GR. Wiedermann (SPÖ) stellt einleitend fest, daß im Jahre 1952 nicht weniger als 5.485 Firmen zu Arbeiten für die Gemeinde

herangezogen wurden (Beifall bei den Sozialisten). Diese Zahl zeigt, in welchem großen Umfang das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemeinde Wien nicht nur den Arbeitern, sondern auch dem Gewerbe zugute kommt. Auf Grund des neuen Voranschlages werden auch im nächsten Jahr wieder tausende Arbeiter Beschäftigung finden und die Sicherheit haben, daß sie von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit befreit sind. (Erneuter Beifall) Der Voranschlag gibt die Gewähr, daß auch im nächsten Jahr rund 7.000 neue Gemeindewohnungen errichtet werden können. Dies bedeutet für 7.000 Familien wieder die Hoffnung, daß sie endlich wieder aus ihrer Wohnungsnot befreit werden. (Starker Beifall der SPÖ.) Wenn wir noch die Bauvorhaben auf Grund des Bundeswohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds hinzurechnen, können wir mit ruhigen Gewissen sagen, daß im Jahre 1954 in dieser Stadt rund 10.000 Wohnungen errichtet werden. (Lebhafter Beifall)

Wir Sozialisten sind absolut nicht Gegner des Wohnungseigentums, wir sind nur gegen den Mißbrauch des Wohnungseigentums. Durch die Heranziehung öffentlicher Mittel aus dem Wiederaufbaufonds für Eigentumswohnungen werden nicht mehr Wohnungen gebaut, denn ohne Wohnungseigentum würden diese Mittel für andere Ansuchen Verwendung finden und dadurch nicht nur derselbe, sondern sogar noch mehr Wohnraum geschaffen werden (Zustimmung bei der SPÖ). Die Ansicht, daß nur in Eigentumswohnungen freie Menschen wohnen können, trifft genau so wenig zu wie die Behauptung, daß in einem Gemeindebau der Mieter delogiert werde, wenn er eine andere Fahne herabhängt. Im Jahre 1934 aber mußten Menschen aus den Gemeindewohnungen wegen ihrer aufrechten Gesinnung sehr rasch heraus! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)

Die Rede des kommunistischen Gemeinderates Maller habe in diesem Jahr ganz anders geklungen als im Vorjahr. Es scheint, daß selbst seine Schäflein nicht in der Lage sind, mit Scheuklappen in Wien herumzulaufen. Heute sieht jeder Wiener, was in dieser Stadt geleistet wird, und es ist selbst für die Kommunisten schwer, diese sichtbaren Taten zu verleugnen.

Wir waren uns von Haus aus schon seit 1945 bewußt, daß wir mit unserem sozialen Wohnhausbau nicht nur das Bestreben haben dürfen, die Wohnungsnot zu beheben, sondern gleichzeitig auch die Wohnkultur zu heben. (Beifall bei den Sozialisten.) Es war nur die Not auf dem Wohnungsmarkt, die uns in den vergangenen Jahren gezwungen hat, das Schnellbauprogramm in Angriff zu nehmen, um tausende Menschen rasch zu einem Obdach kommen zu lassen.

Wir würden mit Freuden die in der Generaldebatte vom Gemeinderat Schwaiger ausgesprochene Feststellung, daß die Volkspartei unumschränkt für die Bautätigkeit der Gemeinde Wien eintritt, zur Kenntnis nehmen, wüßten wir nicht, daß dieser Erklärung andere Erklärungen der ÖVP vorangegangen sind. So hat man erklärt, die Gemeinde Wien soll von ihren Mitteln Beträge für den Eigentumswohnungsbau zur Verfügung stellen und den sozialen Wohnungsbau nur auf die "bedürftigen Schichten" der Stadt beschränken. Auf der gleichen Linie liegt auch das Plakat, das gefordert habe: "Schluß mit der reaktionären Bauweise. Öffentliche Mittel nur für den Bau von Eigentumswohnungen!"

Bis heute wurden in ganz Wien seit der Beschlußfassung des Enteignungsgesetzes im Juni 1949 ganze 15 Enteignungen vorgenommen. Sieben davon betrafen Ruinen, die anderen Baulücken. 15 Enteignungen in viereinhalb Jahren ist wahrlich eine bescheidene Ziffer. Wir halten es nicht für gerechtfertigt, daß dann, wenn ein einsturzgefährdetes Haus von den Mietern geräumt werden muß, der Grundpreis sofort in die Höhe steigt und damit dem Grundbesitzer neue, zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Der Gemeinde Wien sollte das Verkaufrecht für derartige Grundflächen eingeräumt werden.

Die großen Leistungen im städtischen Straßenbau sind in erster Linie auf die neuen Baumethoden zurückzuführen, die der Leiter der Straßenbauabteilung aus Amerika mitbrachte, und auf die neu angeschafften modernen Straßenbaumaschinen, die immer wieder von der ÖVP kritisiert werden.

Mit Freude müsse zur Kenntnis genommen werden, daß durch den Wiederaufbau des städtischen Theresienbades der Wiederaufbau der zerstörten Bäder abgeschlossen ist. Nicht ganz so günstig ist die Lage bei den Strombädern; so müßte das Kuchelauer Bad wiederaufgebaut werden. Zu der Forderung der GR.Hiltl,

im Stadionbad ein zusätzliches Bassin zu bauen, ist zu sagen, daß dies in erster Linie die Stadion-Betriebs-Gesellschaft tun müßte. GR. Wiedermann erachtet es als viel nötiger, in jenen Gebieten Wiens Sommerbäder zu bauen, die augenblicklich von einem Bad sehr weit entfernt sind.

Begrüßenswert und erfreulich sind die vielen und schönen Grünflächen in unserer Stadt, doch müßte man endlich daran gehen, den Sesselverleih in den Parkanlagen zu beseitigen, damit auch die schönsten Plätze der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehen.

GR. Wiedermann richtet an Stadtrat Thaller die Frage, ob der Bund, der für den Ausbau der Häfen Linz und Korneuburg beträchtliche Mittel beigesteuert hat, auch für den Wiederaufbau des Wiener Hafens einen Beitrag leistet.

Der Redner erklärt, daß trotz der großen Leistung der Stadtverwaltung auf dem Bausektor noch immer viel zu tun übrig bleibt. Es müssen daher auch alle Wiener Hausbesitzer zur Einsicht kommen, daß auch sie wesentlich zur Verschönerung unserer Stadt beitragen können, denn viele Wohnhäuser sind noch zerstört oder beschädigt. Der Redner spricht abschließend die Hoffnung aus, daß es bei einigen guten Willen aller Gemeinderatsmitglieder möglich sein wird, auf dem Bausektor im bisherigen Sinne erfolgreich weiterzuwirken (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Thaller stellt in seinem Schlußwort fest, daß die existierenden Angaben über die Zahl des wirklichen Wohnungsbedarfes sehr verschieden sind. Er glaube auch, daß es dabei oft zu Übertreibungen komme, so zum Beispiel bei dem für ganz Österreich angegebenen Wohnungsdefizit von 300.000 Wohnungen. Außer dem wirklichen Bedarf wird der Drang nach einer neuen Wohnung in der Bevölkerung in dem Maße immer größer, als die neuen Wohnungen schöner und besser ausgestaltet werden. Wenn man den wirklichen Wiener Wohnungsbedarf feststellen will, dürfe man nur jene Ziffer nennen, die durch das Wohnungsamt festgestellt wurde.

Zur Kritik an der Mietzinsbildung in städtischen Wohnhäusern durch Ing. Haider, erklärt Stadtrat Thaller, daß die Wohnungen zu dem Zwecke gebaut wurden, der minderbemittelten Bevölkerung schöne und gesunde Wohnungen zu geben. Das Wesen des kommunalen Wohnungsbaues der Stadt Wien besteht darin, daß diese Wohnungen nicht amortisiert werden, sondern daß ihre Baukosten in dem Augenblick der Fertigstellung sofort abgeschrieben werden.

Wenn ein Widerspruch zwischen den Baukosten der öffentlichen Hand und Privatbauten festgestellt wurde, muß gesagt werden, daß der kommunale Wohnungsbau wegen seiner Normierung, Typisierung, des zentralen Einkaufes usw. selbstverständlich billiger kommen müsse.

Zu der kritisierten Herabsetzung der Ansätze für Ersatzvornahmen, stellt Stadtrat Thaller fest, daß diese nicht mehr in dem großen Umfang wie 1950 und 1951 notwendig sind. Außerdem müsse die Gemeinde bei Ersatzvornahmen nur mehr bei jenen kriegsbeschädigten oder überalteten Häusern einspringen, bei denen die Eigentumsverhältnisse unklar sind.

Stadtrat Thaller erklärt, daß bereits bei der Ausarbeitung des Schnellbauprogramms festgestellt wurde, daß dieses nur in einer Zeit besonders großer Wohnungsnot durchgeführt werden wird. Nun wird diese Bauweise allmählich fallengelassen. Außerdem besteht ja die Möglichkeit, in Zukunft die bestehenden Schnellbauwohnungen zusammenzulegen.

Das von GR. Maller zitierte Wohnbauprogramm der Kommunisten bezeichnete Stadtrat Thaller als undurchführbar. Nach diesem Programm müßte der Bund seine gesamten Investitionen einstellen, was also auf dem Gebiete des Wohnungsbaues geschaffen würde, würde auf der anderen Seite alle wirtschaftlichen Möglichkeiten verschütten. Stadtrat Thaller stellt in diesem Zusammenhang einen Vergleich mit der Bautätigkeit in den Volksdemokratien auf und stellt an Hand von Beispielen fest, daß die dort herrschende Wohnungsnot vielfach größer ist als in Wien, die dortige Bautätigkeit jedoch in keinem Verhältnis zu der in unserer Stadt steht.

GR. Maller hat den Vorwurf gemacht, daß die SPÖ für das Wohnungseigentumsgesetz gestimmt habe. Ich hätte damals nicht dafür gestimmt, wenn ich Nationalrat gewesen wäre, erklärt Stadtrat Thaller, weil ich bei allem vorsichtig bin, was in Wohnungsfragen von der ÖVP kommt. (Beifall bei der SPÖ.) Man konnte allerdings 1948 nicht wissen, welche Hintergedanken die ÖVP damals schon gehabt hat. Wir müssen uns nun mit den Tatsachen abfinden. Der Referent weist jedoch dem kommunistischen Redner nach, daß das Gesetz damals mit allen Stimmen beschlossen wurde.

Stadtrat Thaller richtet an die ÖVP die Gewissensfrage, ob sie glaubt, daß vom Besitz einer Wohnung alles Heil abhängt. Nach den heute gültigen Mieterschutzbestimmungen ist jeder in einer Mietwohnung genau so sicher wie in einer Eigentumswohnung. (Beifall bei der SPÖ.) Vor allem ist demjenigen seine Wohnung genau so gesichert, der in einer Wohnung der Stadt Wien wohnt (Beifall bei der SPÖ)! Der Referent stellt ferner fest, daß er einer der sozialistischen Funktionäre war, die an den Verein der Freunde des Wohnungseigentums geschrieben haben. Es handelte sich um einen Mann, von dem er annahm, daß er vom Wohnungsamt keine Wohnung zugewiesen bekommen kann und von dem er wußte, daß er es sich leisten konnte, ein paar tausend Schillinge zu bezahlen.

Es ist von GR. Mühlhauser davon gesprochen worden, wieviele Arbeiter und Angestellte durch das Wohnungseigentum zu Wohnungen kommen. Wer kommt aber wirklich in diese Wohnungen hinein? Das Wohnhauswiederaufbaugesetz ist geschaffen worden, damit jene, die ihre Wohnungen im Krieg verloren haben, wieder zu einer Wohnung kommen. Bekommen aber wirklich nur solche Leute Wohnungen in den Häusern, die aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds gebaut werden? Können sich alle diese Menschen eine Eigentumswohnung leisten? Der Redner zitiert einen Fall, in dem von einem solchen Mann 25.000 Schilling verlangt wurden. Immer wieder wird festgestellt, daß von dieser Art Wohnungseigentum die Altmieten am meisten geschädigt werden.

Durch das Wohnungseigentum mit Hilfe des Wohnungswiederaufbaufonds ist nicht eine einzige Wohnung Mehr geschaffen worden, als mit den Mitteln dieses Fonds geschaffen werden können!

Sie sagen dann, daß auch die Gemeindebauten mit dem Wohnhauswiederaufbaufonds gebaut werden, aber das ist kein Geschenk an die Gemeinde Wien, denn hier wird nur der Gemeinde etwas zurückgegeben, was sie einmal besessen hat.

Zu der Frage von GR. Mühlhauser, welchen Anteil die Gemeinde Wien am Wohnhauswiederaufbaufonds hat, teilt der Referent mit, daß fast alle Wohnungen, die die Gemeinde bisher wieder aufgebaut hat, aus Mitteln des Fonds errichtet wurden. Einen Großteil dieser Mittel hat jedoch die Gemeinde im Weg der Vorfinanzierung vorgestreckt. Stadtrat Thaller stellt mit Genugtuung fest, daß die Gemeinde heuer vollkommen wiederaufgebaut haben wird!

Was den Grundbesitz der Gemeinde anlangt, so sind die Ziffern dem Referenten bekannt. Die ÖVP braucht auch keine Angst zu haben, daß Gründe wahllos gekauft werden. Im übrigen gehören Grundkäufe in das Ressort von Stadtrat Bauer (ÖVP). Meine Ausführungen über die Schwierigkeiten der Grundfreimachung sind aber nicht ganz unbegründet, denn viele der Gemeindegründe sind "in Bestand" gegeben (verpachtet).

Nun beschäftigt sich Stadtrat Thaller im einzelnen mit kleineren Anregungen und Beschwerden der Debattenredner. Er geht in diesem Zusammenhang auch auf einen Artikel von Vizebürgermeister Weinberger ein, der in westdeutschen Zeitungen den sozialen Wohnhausbau in Wien als grundsätzlich falsch hinstellt (Hört, Hört-Rufe bei den Sozialisten). Der Referent folgert daraus, daß sich die ÖVP zum sozialen Wohnhausbau nur bekennt, weil sie es in Wien tun muß.

Über den Ausbau des Wiener Hafens sagt Stadtrat Thaller, daß die Gemeinde Wien vom Bund dafür nur einen geringen Betrag erhalten habe, während der Bund für den Linzer Hafen und für den Kremser Hafen beträchtliche Mittel zur Verfügung stellte, ohne sich darum zu kümmern, ob dort eine Hafengesellschaft besteht. In Wien aber macht das Finanzministerium die Gewährung von Bundesmitteln von der Sicherstellung der Eigentumsrechte und von der Gründung der Hafenbetriebsgesell-

schaft abhängig. Die Gemeinde ist jederzeit bereit diese Gesellschaft zu gründen. Nur über die Eigentumsverhältnisse ergeben sich noch Schwierigkeiten. Doch besteht gar nicht der gute Wille diese Gesellschaft zu gründen. Die Verhandlungen werden seit Monaten sabotiert. Der Redner sprach den Wunsch aus, daß der Stadt Wien das gegeben wird, was ihr von rechtswegen gebührt (Beifall bei der SPÖ).

Zu dem Plan einer U-Bahn erklärt der Stadtrat, es habe keinen Sinn, die bestehenden Pläne jetzt überprüfen zu lassen, solange man nicht wisse, wann mit dem Bau einer U-Bahn begonnen werden kann. Es seien seinerzeit drei Linien dieser Untergrundbahn geplant worden, nämlich eine Linie Ost-West mit 17 km, eine Linie Nordwest-Südost mit 16 km und eine Linie Nord-Süd mit 14,6 km. Nach den seinerzeitigen Berechnungen hätten die Baukosten für einen Kilometer 10,5 Millionen Reichsmark verschlungen. Nach den heutigen Baukosten könnte man mit Sicherheit damit rechnen, daß ein Kilometer mindestens 100 Millionen Schilling kosten wird. Wir stehen absolut nicht ablehnend einer Untergrundbahn gegenüber, sagt Stadtrat Thaller, aber es ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um diese Frage in Angriff nehmen zu können.

Dem Projekt der Autobahn werde die Gemeinde ihr besonderes Augenmerk zuwenden, da sie natürlich ein Interesse daran hat, wo die Autobahn in Wien einmündet und wie die Anschlustrecken in Wien gebaut werden.

Zu der Kritik, daß die Straßenbauarbeiten bis in den Winter hinein geführt werden und damit verbunden gewisse Mängel eintreten, bemerkt der Stadtrat, daß die im Straßenbau beschäftigten Arbeiter und Firmen sehr froh sind, daß sie ihre Tätigkeit so weit in den Winter hinein fortsetzen können. Für die während der Haftzeit der Firmen aufgetretenen Fehler und Mängel entstehen der Gemeinde keine zusätzlichen Kosten. In übrigen habe man mit den Teersplit-uberzugen im Straßenbau außerordentlich gute Erfahrungen gemacht.

Die Ausdehnung der Wasseranschlüsse auf die Randgemeinden sei sehr schwer durchzuführen, weil die Gemeindeverwaltung auf die niederösterreichischen Anschlußgebühren Rücksicht nehmen müsse. Es werde notwendig sein, zuzuwarten, bis die Frage der Randgemeinden geklärt ist.

Zu der Kritik des GR. Mühlhauser an der Straßenbeleuchtung erklärt Stadtrat Thaller, daß Wien eine der bestbeleuchteten und auch eine der reinsten Städte Europas und vielleicht der Welt sei.

Dem Wunsche, daß Wien seine alte Geltung und seinen alten Rang wieder erreicht, können wir, betont Stadtrat Thaller, nur zustimmen. Auch wir sind absolut der Ansicht, daß wir alles daranzusetzen haben, daß Wien als Bundeshauptstadt unserer kleinen Republik wieder ihren alten Rang in jeder Hinsicht einnimmt. Wir wünschen nur, daß alle Stellen das gleiche Interesse haben wie die Stadtverwaltung. Wir wünschen, daß die Bundesländer mit Stolz auf ihre Bundeshauptstadt blicken können und daß Wien für unsere Republik das Aushängeschild ist. Wir sind uns unserer Verantwortung absolut bewußt. Ich muß jedoch an die Volkspartei, die in dieser Stadt mitverwaltet, die Anfrage richten, ob sie sich auch der Verantwortung in dem gleichen Ausmaß bewußt ist wie die sozialistischen Stadträte. Wir würden wünschen, daß die Volkspartei mit uns zusammen nur die Interessen der Stadt Wien wahrt und nicht immer wiederum so sehr auf ihr eigenes Parteiinteresse bedacht ist, wie dies in den letzten Jahren so oft der Fall war. Wir von der Sozialistischen Partei haben als Ziel aller unserer Arbeit im Auge den Nutzen und das Frommen unserer Stadt und ihrer Bewohner, unserer geliebten Wiener! (Starker anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird die Gruppe VI, Bauangelegenheiten, mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und des Linksblocks angenommen.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen.)

### Die Krise der Gemeindespitäler

=====

17. Dezember (RK) Aus vielen Hilferufen der Gemeinden, die Krankenanstalten zu erhalten haben, ist es bereits bekannt, daß die Heilungs- und Verpflegskosten in den öffentlichen Krankenanstalten weit höher sind als die Vergütungssätze, die sowohl von den Sozialversicherungsinstituten, wie auch von den zahlenden Patienten geleistet werden. Daraus ergibt sich für alle öffentlichen Spitäler ein Gebarungsabgang, der für die betreffenden Gebietskörperschaften längst zu einer unerträglichen Last geworden ist. Die spitalerhaltenden Gemeinden haben daher schon vor Jahren an den Bund die Forderung gerichtet, die im seinerzeitigen österreichischen Krankenanstaltengesetz vorgesehene Beitragsleistung des Bundes zum Gebarungsabgang der Krankenanstalten wiederherzustellen. Da die Verhandlungen, die über diesen Gegenstand zwischen dem Bundesministerium für Soziale Verwaltung und dem Bundesministerium für Finanzen geführt werden, noch immer zu keinem Ergebnis gelangt sind, hat heute eine Abordnung der spitalerhaltenden Gemeinden unter Führung des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes, Riemer, beim Bundesminister für Soziale Verwaltung, Maisel, vorgesprochen und den Minister gebeten, die Fortsetzung dieser Verhandlungen zu betreiben und insbesondere den Entwurf eines neuen Krankenanstaltengesetzes möglichst bald fertigzustellen und dem Nationalrat zuzuleiten.

Bundesminister Maisel teilte der Abordnung mit, daß der Entwurf auf Grund der Gutachten der zur Stellungnahme berufenen Körperschaften neu bearbeitet wurde und daß er sich bemühen werde, die interministeriellen Verhandlungen über diesen Entwurf und den ganzen Fragenkomplex unmittelbar nach den Feiertagen wieder aufzunehmen. Minister Maisel anerkannte in diesem Zusammenhang die unbedingte Verpflichtung des Bundes, zur Deckung der Betriebsabgänge der öffentlichen Krankenanstalten einen entsprechenden Beitrag zu leisten und die Notwendigkeit, eine Lösung dieses die Gemeinden so schwer belastenden Problems in nächster Zukunft herbeizuführen.

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten  
=====

Der Gemeinderat tritt hierauf in die Beratung der Budgetgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, ein.

Berichterstatter Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) erklärt einleitend, daß es sein Bestreben ist, die Verwaltung in seinem Ressort möglichst zu vereinfachen.

Für diese Verwaltungsgruppe sind Ausgaben von 185 Millionen Schilling vorgesehen, denen Einnahmen von 107 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Die Baupolizei

Von der Baupolizei wurden 1953 1.450 Baubewilligungen für Neubauten, darunter 387 für solche nach totalem Kriegsschaden erteilt. In den Innenbezirken entfallen 72 Prozent der genehmigten Neubauten auf Ruinengründe, in den äußeren Bezirken nur etwas über 10 Prozent, da hier die Errichtung von Kleinhäusern überwiegt. Insgesamt wurde der Bau von 8.157 Wohnungen auf dem Privatektor bewilligt. Benützungsbewilligungen konnten für 4.048 Wohnungen in privaten Häusern erteilt werden. Im allgemeinen ist in den äußeren Bezirken ein nicht unbeträchtliches Nachlassen der Ansuchen um Wiederaufbauten nach Kriegsschäden festzustellen, während in den inneren Bezirken die Zahl der Ansuchen gegenüber dem Vorjahr um fast 150 Prozent gestiegen ist. Die Baupolizei mußte ferner 13.746 Bauaufträge zur Behebung von Bauschäden erteilen, das sind um 20 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Bevölkerung ist gerne geneigt, die Schuldan den Verzögerungen bei Behandlung von Baugebrechen der Baubehörde anzulasten, obwohl die Tätigkeit der Baupolizei und ihre Machtmittel mit der Beantragung der Ersatzvornahme erschöpft sind. Eigentlich müßte jedesmal, wenn es zu keiner Ersatzausführung kommt, prompt die Räumung des Gebäudes und die Absperrung der Straßenzüge vorgenommen werden.

Da derartige Maßnahmen sich manchmal geradezu zu einem Skandal in der Öffentlichkeit entwickelten und viele Vorwürfe eintrugen, scheuen sich die baupolizeilichen Dienststellen oft, diese letzte Folgerung zu ziehen, und nehmen lieber Verantwortung auf sich, für die sie im Katastrophenfall bitter bezahlen müßten. Man möge glauben, daß die Baupolizei sehr wohl wirkliche Gefahren von solchen zu unterscheiden weiß, bei denen erst das Zusammenspiel mehrerer Umstände zur Katastrophe führen würde.

#### Das unbefugte Bauen

Stadtrat Lakowitsch befaßt sich eingehend mit dem unbefugten Bauen in den Randgebieten und im Wald- und Wiesengürtel. Die einzig wirklich wirksame und für alle anderen abschreckende Maßnahme ist die zwangsweise Abtragung, da die von den Bezirksämtern verhängten Strafen von den Siedlern entweder bezahlt und in die Baukosten einkalkuliert werden oder nicht eingetrieben werden können. Der Wald- und Wiesengürtel, der mit seiner weltberühmten Fauna und Flora der Erholungsgarten der Millionenstadt Wien sein soll, muß unbedingt geschützt und erhalten werden. Es wird notwendig sein, das wilde Siedeln mit allen, auch den schärfsten Maßnahmen hintanzuhalten, um den Garten, der Millionen zur Erholung dient, nicht in Gärtchen aufzuspalten, die nur einigen Tausenden Freude geben können.

Es muß selbstverständlich auch von der Bevölkerung erwartet werden, daß sie ihren Wienerwald schont. Es wurden bis jetzt schon viele Blumen ausgerottet. In vielen Gebieten werden die jungen Pflanzen zertreten und damit ein Waldbild geschaffen, in dem der natürliche Jungwuchs fehlt, weil unter den alten Bäumen keine jungen mehr nachwachsen können. Der Kampf um die Erhaltung des Waldes in der Nähe der Großstadt ist nicht nur schwierig sondern auch unpopulär. Daher bedarf es einer weitgehenden Aufklärung der Bevölkerung, da ohne deren Mithilfe den Ausschreitungen kaum Einhalt geboten werden kann. Die lebende Generation ist hier mit großer Verantwortung belastet. Wir tragen für die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels nicht nur Verantwortung für die Jetztzeit, sondern für die Generationen, die nach uns kommen.

Die Magistratsabteilung 39 - städtische Prüf- und Versuchsanstalt - die im Berichtsjahr auf ihre 75jährige Tätigkeit zurückblickt, wird im kommenden Jahr endlich notwendige Inventaranschaffungen vornehmen können. Die rasch fortschreitende Entwicklung der Prüfverfahren erfordert die Anschaffung von hierzu notwendiger Apparaturen, die sich aber bei dem grossen Bauvolumen durch Ersparnisse bezahlt machen.

Mit den technischen Vorarbeiten für Grundtransaktionen der Gemeinde Wien beschäftigt sich die Magistratsabteilung 40.

Die Magistratsabteilung 41 - Stadtvermessung - beschäftigt sich mit der Durchführung der Vermessungen für alle städtischen Bauprojekte. Eine große Arbeit dieser Abteilung ist die Neuherstellung des Generalstadtplanes und anderer kartographischer Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 43 - Friedhöfe - konnte verschiedene Instandsetzungen, Verbesserungen und Planierungsarbeiten an den Friedhöfen vornehmen. Dazu kommt die Fertigstellung der Kriegsschadenbehebung an der Kuppel und dem Innenraum der Dr. Karl Lueger-Gedächtniskirche im Wiener Zentralfriedhof. Es wurden auch ausgedehnte Friedhofserweiterungen der Friedhöfe Ottakring, Ober-St.Veit, Dornbach, Neustift, Siebenhirten und Maria-Enzersdorf vorgenommen. Eine Neueinteilung der Friedhöfe erfolgte in gebührenrechtlicher Hinsicht; so wurden die beiden Friedhöfe Aspern und Liesing in Hauptfriedhöfe umgewandelt.

Die Magistratsabteilung 45 - städtische Wäschereien - muß wegen stetig steigendem Wäscheanfall, der in einer normalen Arbeitsschicht mit den vorhandenen maschinellen Einrichtungen nicht mehr bewältigt werden kann, in der Zentralwäscherei Schwenkgasse eine zweite Arbeitsschicht einführen. Durch dieses Ansteigen erweisen sich auch größere bauliche Herstellungen in den Wäschereibetrieben als notwendig. Der Preis für die Wäschereinigung konnte trotz der Entnivellierung gleichgehalten werden.

Die wesentlichsten Aufgaben der Magistratsabteilung 46 -

technische Verkehrsangelegenheiten waren die Beratungen über ein neues Straßenpolizeigesetz und ein Straßenverwaltungsgesetz, laufende Begutachtungen über Verkehrsplanungen, Mitarbeit bei Neuplanungen, Begutachtung über Bauvorhaben von Kinos, Tankstellen, Garagen, Märkten usw., die Obsorge für Verkehrsschilder, Straßenbenennungstafeln, Verkehrslichtsignalanlagen usw. Eine Erneuerung oder Abänderung des derzeitigen Kraftfahrzeuggesetzes erweise sich durch das starke Ansteigen der Motorisierung notwendig. Auch die Vorschriften, die derzeit bei den Prüfungen zur Erlangung von Führerscheinen in Anwendung sind, müssen einer Revision unterzogen werden. Man wird hauptsächlich darauf achten müssen, daß der Prüfling das Fahrzeug unter den schwierigsten Verkehrsverhältnissen beherrschen kann und so zur Verkehrssicherheit beiträgt, aber nicht, ob er Defekte seines Fahrzeuges selbst beheben kann.

Ein größeres Aufgabengebiet hat die Magistratsabteilung 48, welche die Straßenpflege, die Müllabfuhr und -beseitigung und den Fuhrwerksbetrieb umfaßt. Der Straßenpflege obliegt u.a. die Reinigung der Fahrbahnen und Marktflächen, die Abfuhr des Straßen- und Marktkehrichts, die Staubbekämpfung durch Bespritzung der Fahrbahnen, Schneeräumung, Schneefuhr und Bestreuung der Fußgängerübergänge bei Glätte. Der Stand an Straßenarbeitern beträgt derzeit rund 1.300 Mann, denen die Reinigung einer Gesamtfahrbahnfläche von rund 19 Millionen Quadratmetern in den 26 Wiener Bezirken obliegt. Für den Winterdienst der Straßenpflege wurden 50 zusätzliche Schneeräumgeräte, zum Teil durch Umbau alter Geräte, bereitgestellt. Damit verfügt der Winterdienst der Straßenpflege derzeit über rund 160 Schneepflüge, 4 kleine Schneeräumgeräte, 21 Sandstreuwagen und einige Spezialgeräte. Neben diesen automobilen Räum- oder Ladegeräten stehen noch 150 Pferdeschneepflüge für die Randgebiete Wiens zur Verfügung. Zwei neue Kleinräumgeräte, sogenannte "Snow-Boys", werden noch vor Jahresschluß geliefert. Durch diesen beträchtlichen Gesamtstand an Schneeräumgeräten wird auch bei starken Schneefällen eine rasche Schneeräumung der Hauptstraßen und der wichtigsten Verkehrslinien am Stadtrande möglich sein.

Auf dem Gebiete der Müllbeseitigung stehen mit den Lieferungen des Jahres 1953 64 Wibro-Müllwagen und vier Bergmüllwagen zur Verfügung. Auch für 1954 ist die Nachschaffung von Wibro-Wagen und eines Bergmüllwagens vorgesehen. In den Wiener Häusern sind derzeit insgesamt 166.202 Gefäße für den Kehricht aufgestellt. Im heurigen Jahr wurden bis Ende September rund 412.654 Kubikmeter Müll abgeführt, bis Ende des Jahres wird sich diese Leistung auf rund 560.000 Kubikmeter steigern. Der abgeführte Müll wird auf drei große Planierungen abgelagert, und zwar im 10. Bezirk, Eibesbrunner Gasse und Tolbuchinstraße, und im 21. Bezirk, Bruckhaufen. Außerdem stehen in den Randbezirken 11 kleinere Ableerplätze zur Verfügung. Die beiden Planierungen im 10. Bezirk haben ihre Aufnahmefähigkeit in wenigen Jahren erschöpft. Als Ersatz wurde im 11. Bezirk ein Grundstück angekauft. Man wird jedoch in Zukunft Müllverbrennungsanlagen errichten müssen. Eine andere Art der Müllbeseitigung und Verwertung wäre noch die, daraus Dünger zu bereiten. Die Müllverbrennung, die jedoch große Anlagekosten erfordern würde, wäre die hygienischste Art der Vernichtung der städtischen Abfallstoffe. Eine moderne Müllverbrennungsanlage für Wien, die etwa die Hälfte des anfallenden Mülls verarbeiten könnte, würde z.B. einen Betrag von rund 80 Millionen Schilling erfordern. Ein auf diesem Gebiet beabsichtigtes Projekt ist die Errichtung einer solchen Anlage im 16. Bezirk in der Nähe des Wilhelminenspitals und des Spitals am Steinhof. Der Müll aus den westlichen Bezirken müßte nicht weit transportiert werden und die beiden Spitäler wären genügend große Abnehmer für die erzeugte Wärme. Außerdem müßten in den beiden Spitälern in absehbarer Zeit die überalteten Kesselanlagen erneuert werden. Die Betriebskosten der Verbrennungsanlage könnten durch den Verkauf der Wärme an die Spitäler wahrscheinlich gedeckt werden. Die zweite Art der Müllverwertung ist die Düngerbereitung, die im Ausland mit gutem Erfolg durchgeführt wird. Es ist beabsichtigt, auch in Wien eine solche Anlage zu errichten, und zwar am städtischen Ableerplatz Bruckhaufen.

Dem Fuhrwerksbetrieb obliegt in erster Linie die Beistellung der für die Straßenpflege und Müllabfuhr benötigten

Fahrzeuge und Großgeräte, die Betreuung derselben, ferner die Behandlung aller technischen Angelegenheiten des Personenkraftwagenbetriebes der Magistratsdirektion und die Betreuung aller für die genannten Zwecke erforderlichen Betriebseinrichtungen wie Werkstätten, Lager, Tankstellen usw. Wegen der Unwirtschaftlichkeit in Bezug auf Treibstoffbedarf und Reparaturfähigkeit wird eine Reihe von Fahrzeugen ehestens ausgewechselt werden müssen. Dies kann jedoch wegen der zur Verfügung stehenden Geldmittel nur schrittweise geschehen und wird sich daher auf eine Frist von 5 bis 7 Jahren erstrecken. In Zukunft sollen nur solche Lastkraftwagen angeschafft werden, die als Mehrzweckfahrzeuge eine wichtige Funktion im Winterdienst der Straßenpflege erfüllen können. Durch den Austausch der Aufbauten wird ein Teil dieser Wagen, derzeit sind es 20 Stück, im Sommer als Sprengwagen verwendet werden können. Diese Mehrzweckverwendung der Wagen und die Austauschmöglichkeit soll auch bei den Fäkalwagen und sonstigen Tankwagen Anwendung finden. Die Sicherstellung der Schlagkraft des Betriebes erfordert das Bestehen einer leistungsfähigen Hauptwerkstätte sowie kleinerer Werkstätten im Anschluß an die derzeit 5 und später 4 Großgaragen des Betriebes. Das Werkstättenpersonal wurde im Lauf der letzten Jahre stark reduziert, sodaß verschiedene Arbeiten an Industrie und Gewerbe vergeben werden müssen. Die Zentrale bekommt nun ein neues Heim Ecke Einsiedlergasse - Margaretengürtel. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf 5,5 Millionen Schilling. Mit der Fertigstellung ist Ende 1954 zu rechnen.

Das Stadtforstamt sieht Ausgaben von 4,5 Millionen Schilling vor, um 130.000 mehr als 1953. Geschlägert wurden ungefähr 19.000 Festmeter Nutzholz und 16.800 Raummeter Brennholz. Dem steht die 1953 durchgeführte Neukultur auf 103 Hektar und die 44 Hektar Fläche zur Nachbesserung der Kulturen gegenüber. 810.000 Forstpflanzen wurden benötigt.

#### Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels

Im Herbst wurden auf breiter Basis Wohlfahrtsaufforstungen mit einem Betrag von mehr als 900.000 Schilling weitergeführt. 280.000 Forstpflanzen wurden auf 30 Hektar ausgesetzt.

Diese Aufforstungen stehen in engstem Zusammenhang mit dem Schutz und der Ausweitung des Wald- und Wiesengürtels. Es wird jedoch zweckmäßig sein, um die Planmäßigkeit der Arbeiten zu garantieren, die Mittel für Wohlfahrtsaufforstungen rechtzeitig flüssig zu machen.

Abschließend sprach Stadtrat Lakowitsch allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit seinen Dank aus (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Dipl.Ing. Haider (WdU) beschränkte seine Stellungnahme zu dem Kapitel "Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten" auf einige Anfragen. So ersuchte er den Referenten um Auskunft über das Personal der Baupolizei, brachte einen Antrag ein, in dem angeregt wird, zur besseren Kennzeichnung auf den Stadtbahnviadukten Straßentafeln anzubringen und kritisierte verschiedene Mißstände im Zentralfriedhof, wie Blumendiebstähle, Vernachlässigungen u.a. Besonders wandte er sich gegen die pietätlose Kennzeichnung von heimgesunkenen Grabstätten.

GR. Dr. Matejka (LBI) spricht zunächst von den Schwierigkeiten, die Siedlungswillige und Baulustige vorfinden. Vor allem sollten die Gebühren herabgesetzt werden, die für den unständlichen Papierkrieg eingehoben werden.

Der Redner verlangt, daß man die Hausbesorger für ihre Verpflichtung, die Gehsteige für die Allgemeinheit zu reinigen, entsprechend entlohnen sollte.

Der Redner spricht dann über die ständig wachsende Zahl der Verkehrsunfälle und verlangt eine entsprechende Planung, um Abhilfe schaffen zu können. Eine Verkehrsenquete, wie sie vom Linksblock bereits angeregt wurde, könnte vielleicht Abhilfe schaffen. Es gäbe außerdem viele Verbesserungsmöglichkeiten, die ohne viel Kosten durchgeführt werden können.

Dr. Matejka gibt auch verschiedene Anregungen, um den Wiener Wald in seinem Bestand zu erhalten und wendet sich gegen jeden Versuch, den Wald- und Wiesengürtel zu gefährden.

Die Baumpflanzungen gegen die drohende Versteppung verschiedener Gebiete am Rande der Stadt dürfen nicht auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, weil die Versteppung eine

allgemeine Gefahr darstellt. Der Redner verlangt eine gesetzliche Regelung.

Abschließend ersucht GR. Dr. Matejka, die geplante Errichtung des Museums der Stadt Wien auf dem Karlsplatz noch nicht als endgültig zu betrachten, da einerseits genügend andere Plätze für einen solchen Bau vorhanden seien und andererseits der Karlsplatz das Musterbeispiel für eine notwendige Stadtplanung sei. In den Karlsplatz seien die Wiener wirklich verliebt, die ganze Bevölkerung wolle daher Anteil daran nehmen, was dort geschieht.

GR. Kammermayer (ÖVP) erklärt, daß die Trennung der baubehördlichen Verwaltungsgruppe von der Gruppe der Bauangelegenheiten bestimmt sinnvoll und auch die Zuteilung der Agenden an zwei Stadträte gerechtfertigt ist. Diese Unterscheidung ist aber teilweise dadurch wieder hinfällig, weil beide Gruppen von der Baudirektion betreut werden. Die Gefahr, daß die Macht der Gruppe des Bauwesens größer ist als jene der baubehördlichen Angelegenheiten, ist nicht von der Hand zu weisen. Man möge die Verwaltungsgruppe VII mehr selbständig arbeiten lassen, Macht- und Eitelkeitsbedürfnisse ausschalten und eine sachlich gerechtfertigte Neuzuweisung der Agenden erwägen. Bei dem heutigen geringen Umfang dieser Verwaltungsgruppe wird keine Marmortafel von den Taten des Stadtrates künden, denn er hat keine Möglichkeit zu glänzen. Er steht nur dann im Mittelpunkt des Interesses, wenn ein Althaus einstürzt, wenn bei Glatteis nicht gestreut wurde, wenn auf dem Friedhof etwas gestohlen wurde oder wenn die Wasserversorgung nicht klappt, weil es zuwenig geregnet hat. Es wird daher notwendig sein, einige Agenden der Gruppe VI an die Gruppe VII zurückzuverweisen.

Zur Baupolizei geht die Forderung der ÖVP dahin, für einen entsprechenden Nachwuchs zu sorgen. Das Überhandnehmen des wilden Siedelns hat zum Teil die Ursache darin, daß zuwenig Aufsichtsorgane vorhanden sind. Wir müssen Wald und Flur schützen. Wir müssen den Naturräubern und Naturschändern, die sich trotz Aufklärung und Strafdrohungen über alle Gesetze hinwegsetzen, endlich das Handwerk legen. Ganz besonders verwerflich ist die Unsitte, im Wald alles wegzuwerfen. Von

Papierresten über Sardinendosen bis zu zerbrochenen Flaschen zeigt sich am Montag im Wiener Wald und am Stadtrand ein Bild, das ein Zeugnis von der Unkultur unserer Bevölkerung gibt.

Wenn auf den Friedhöfen noch nicht alles so in Ordnung ist, wie es sein sollte, so müssen wir anerkennend feststellen, daß seit 1945 schier Übermenschliches geleistet wurde. Es sind vielleicht einige Wege auf dem Zentralfriedhof noch vernachlässigt, es wächst noch Unkraut und Gestrüpp, auch die Abfuhr der Abfälle läßt zu wünschen übrig, aber auch hier ist viel die Bevölkerung mitschuldig. Der Raumangel hat die Gemeinde gezwungen, die seit 1920 bestehende Friedhofs- und Gräberordnung zu ändern. Dies hat bei der Bevölkerung ziemliche Beunruhigung hervorgerufen. Es ist ein besonderes Verdienst auch der Volkspartei, daß die Härten des ersten Entwurfes gemildert wurden. Die Friedhofsverwaltung sollte die Ausschmückung der Gräber den Privatgärtnern und die Steinmetzarbeiten den privaten Steinmetzmeistern überlassen.

Der Redner kritisiert die in der letzten Zeit im Stadtbild aufscheinenden vielen Verbotstafeln, durch die viele Kraftfahrer in der Inneren Stadt beinahe irrsinnig werden. Fremde wollten aus Wien wegfahren, weil sie wegen dieser Verbotstafeln nicht in die Stadt hineinflinden konnten. Es sollte einmal eine Art Verkehrsparlament tagen, das sich mit diesen dringenden Fragen zu beschäftigen hätte.

Ein Fußgänger kann heute eine belebte Kreuzung nur überqueren, wenn er Akrobat oder Artist ist. Unsere Parole muß lauten: Schutz dem Fußgänger! (Beifall bei der ÖVP.) Der Fußgänger ist heute der leidende Teil des Verkehrs, er hat aber keinen Kotschützer, keinen Stoßdämpfer und kein blechernes Gewand an. Wir müssen trachten, das Verkehrsproblem in wirklich vornehmer Form zu lösen.

Durch das Fehlen von Straßentafeln ist es oft schwer, sich zu orientieren. Die alte Unterscheidung zwischen ovalen und eckigen Straßentafeln ist leider in letzter Zeit in Vergessenheit geraten.

Die ovalen Tafeln zeigten dem Fußgänger oder Kraftfahrer an, daß die Straße gleich dem Ring im Stadtbild rundherumgeht, die eckige Tafel, daß die Straße an den Stadtrand hinausführt.

In den Stadtförsten sind große Mittel notwendig, um vieles aufzuholen, was versäumt wurde. Aufforstungen müssen in einem größeren Ausmaß durchgeführt werden. Als Wiener können wir stolz sein, daß wir 300 Liter Wasser pro Kopf und Tag verbrauchen können. Das verdanken wir einer weitreichenden Planung, die schon vor 60 oder 70 Jahren eingesetzt hat.

Die Fraktion der Volkspartei sagt allen Arbeitern und Angestellten dieser Verwaltungsgruppe herzlichsten Dank und wird für dieses Kapitel stimmen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) erinnert in Zusammenhang mit den Bemerkungen des Stadtrates über das wilde Bauen am Stadtrand daran, daß die Kleingartenordnung von Jahre 1928 in vorbildlicher Weise auf die Notwendigkeiten der Stadtplanung Rücksicht nahm und besonders die Kleingarten-Bezirkskommissionen die Kleingärten periodisch überwachten. Diese Kommission war jederzeit bereit, eine wilde Bauführung zu verhindern. Im Jahre 1936 fühlte man sich unter Schmitz jedoch bemüßigt, diese demokratische Einrichtung abzuschaffen. Die Versuche, neuerlich eine demokratisch geführte Kleingartenkommission auf die Beine zu bringen, sind in der Zweiten Republik leider bisher gescheitert.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung "Der Wienerwald in Gefahr" setzte leider auch eine wilde Bodenspekulation ein. Gerade wir Sozialisten, die wir die arbeitenden Menschen dazu bringen wollen, daß sie ihre Freizeitgestaltung sehr eng mit der Betätigung in freier Natur durchführen, wollen uns wirklich bemühen, daß das wilde Siedeln in jeder Form hintangehalten wird. Das können wir nur, wenn auch die andere Seite von ihren Profitinteressen absteht und im Interesse der Allgemeinheit von den wilden Verkäufen absieht. Wir laden die ÖVP ein, mitzuhelfen, daß wir durch ein ordentliches Baulandbeschaffungsgesetz auch dem wilden Siedeln endlich Einhalt gebieten können.

GR. Fürstenhofer ersucht, so viel wie möglich Baurechtsgrund zur Verfügung zu stellen, damit dort für die arbeitenden Menschen die entsprechenden Wohnungen geschaffen werden können. Besonders zu danken sei auf diesem Gebiete dem Finanzreferenten, der durch die Bereitstellung von 50 Millionen Schilling sehr wesentlich zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues beigetragen hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Einer Zusammenlegung der Friedhofsverwaltung mit der Städtischen Bestattung könne er nur zustimmen; die aufgezeigten Schwierigkeiten werden sicher gelöst werden können. Die Modernisierungen in den Wäschereien, die ja auch den dort Beschäftigten zugute kommen, begrüßte er sehr.

Zur Lösung der Verkehrsprobleme schlage er die Einberufung einer Enquete vor. Ein Parkverbot zum Beispiel in der Mariahilfer Straße, könnte dort eine gewisse Verkehrserleichterung bedeuten.

Als einen Zustand, der gleichfalls einer Lösung bedürfe, bezeichnet GR. Fürstenhofer die Kehrichtablagerungen an der Tolbuchinstraße. Bei Westwind sind besonders die Gebiete der Per Albin Hansson-Siedlung stark in Mitleidenschaft gezogen. Auch die Fliegenplage ist durch diese Ablagerungsstätten sehr groß.

Aus dem Müll Dünger zu erzeugen, erachtet GR. Fürstenhofer als vielleicht nicht ganz richtig, da die Gärtner diesen Dünger vielfach ablehnen. Es müsse noch genau überlegt werden, was auf diesem Gebiete getan werden kann.

Als bedauerlich und vor allem für unsere Quellschutzgebiete als gefährlich, bezeichnet der Redner die starken Schlägerungen. Die Gemeindeverwaltung müsse sich mit der ordentlichen Bewirtschaftung der Wälder intensiv beschäftigen, sonst stehen wir eines Tages vor der Tatsache, daß wir wohl hunderte Kubikmeter Holz verkaufen konnten, daß aber durch die Schlägerungen die Versorgung unserer Hochquellenwasserleitung in Gefahr gebracht wurde.. Auch der schöne Waldbesitz in der Lobau muß erhalten bleiben.

**StR. Lakowitsch** nimmt zu den Ausführungen des GR. Haider Stellung und erklärt, daß die Rückstände der Baupolizei bereits aufgearbeitet wurden, an welchen jedoch nicht der Personalmangel schuld war. Die Zweckmäßigkeit der Kennzeichnung der Stadtbahnbogen sei fraglich, außerdem würde sie in keinem Verhältnis zum erforderlichen Aufwand stehen. Daß sich der Zentralfriedhof in einem verwahrlosten Zustand befindet, sei unrichtig. Es erstreckte sich jedoch der Laubabfall heuer auf eine so lange Zeit, daß dadurch die Gehwege gleich nach der Reinigung wieder voll Laub waren und man vielleicht deshalb **eine** geringe Verschmutzung feststellen konnte. Zur Kennzeichnung der heimgefallenen Gräber mit Zetteln, gebe er zu, daß dies nicht schön aussieht, er sehe jedoch keinen andern Weg, um die Angehörigen davon zu verständigen.

Wenn GR. Dr. Matejka feststellte, daß jeder Siedler einen Papierkrieg mit den Baubehörden führen muß, bevor er sich sein Siedlungshaus bauen kann und daß dies außerdem erhebliche Kosten verursacht, ist dazu zu sagen, daß diese Kosten im Verhältnis zur Errichtung eines Hauses bestimmt nicht so hoch sind. Stadtrat Lakowitsch erklärt aber, er werde versuchen, daß diese Kosten auf ein für die Gemeindeverwaltung erträgliches Maß reduziert werden.

Die Frage der Gehsteigreinigung ist ein Problem, das augenblicklich noch nicht zu lösen ist. Für die Gemeindeverwaltung würde eine Übernahme dieser Arbeit ungeheure Kosten verursachen.

Das Ansteigen der Unfälle in der Mariahilfer Straße ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die bessere Fahrbahn den Anreiz zu erhöhten Geschwindigkeiten gibt.

Die Frage der Parkplätze ist bestimmt ein wichtiges Problem. Es wird dazu kommen müssen, daß die Kraftfahrer, wenn sie irgendwelche Vergnügungstätten aufsuchen, eben nicht vor den Lokalen parken können, sondern auf etwas abseits gelegeneren Parkplätzen. Es ist dies nicht nur ein Problem Wiens, sondern eines aller Großstädte. Stadtrat Lakowitsch erklärt, er könne sich zum Beispiel gut vorstellen, daß als Parkplatz für die Oper der Josefsplatz oder auch der Burghof in Frage käme.

17. Dez. 1953 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2282

Der Platz, auf dem der Philippshof stand und der jetzt eine Rasenfläche ist, eignet sich nicht dazu, da das eingestürzte Gebäude nur geebnet und mit Erde überdeckt wurde, also keine Tragfähigkeit hat. In unserer Stadt muß zuerst der Wohnungsbedarf gedeckt werden und dann kann man an eine Abtragung von Häusern zur Schaffung von Verkehrsflächen denken. In der Einberufung einer Verkehrsenquete sehe er keine Lösung. Es sollen sich vielmehr alle bereits bestehenden Institutionen, wie Kraftfahrbeiräte usw. miteinander besprechen.

Für die Müllabfuhr im 25. Bezirk und in Ebling wurden noch keine modernen Geräte angeschafft, da es noch fraglich ist, ob diese Gebiete überhaupt bei Wien bleiben und man nicht Fehlinvestitionen vornehmen will.

Abschließend beschäftigt sich der Referent mit einigen von GR. Kammermayer vorgebrachten Anregungen. Zu seinem Antrag über die Einführung einer zweiten Schicht in den Wäschereien äußert er Bedenken über die zu hohen Abnützungen der Maschinen. Die von GR. Fürstenhofer vorgebrachte Anregung bezüglich der Zusammenlegung von Friedhofsverwaltung und Bestattung bezeichnet er aus technischen aber auch finanziellen Erwägungen nicht vorteilhaft. Er verspricht eine intensivere Bekämpfung der Fliegen- und Rattenplage in der Umgebung der Planierungsstelle Tolbuchinstraße. Nach Erläuterungen einiger Fragen über die Wirtschaftlichkeit der städtischen Forste bittet Stadtrat Lakowitsch um weitere Unterstützung seiner Arbeit seitens des Gemeinderates und um Annahme seines Budgets. Die Ansätze wurden gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen.

### Das Wohnungswesen

=====

Stadtrat Koci (SPÖ) referierte über die Ansätze der Verwaltungsgruppe VIII, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen. Er betonte eingangs, daß die Tätigkeit der Magistratsabteilung 50, des sogenannten Wohnungsamtes, unter erschwerenden Umständen erfolgt, da die Zahl der wohnungsbedürftigen Wiener ungleich größer ist als der zur Verfügung stehende Wohnraum. Aufgabe des Wohnungsamtes kann es daher nur sein, die Not zu lindern. Obwohl die Gemeinde Wien die Wohnbautätigkeit intensiv fortsetzt und seit 1945 bis Ende November dieses Jahres schon 21.872 Wohnungen an die neuen Mieter übergeben hat, aber auch der Wiederaufbau der zerstörten Häuser fortschreitet, und sich Unternehmungen, Gewerkschaften und öffentliche Institutionen bemühen, Wohnraum zu schaffen, sind heute die Zerstörungen des Krieges noch nicht aufgeholt. Es ist auch bisher noch nicht gelungen, alle seinerzeit ausgebombten Familien wieder in eigene Wohnungen unterzubringen. Viele müssen noch warten, da vorerst noch dringlichere Fälle gelöst werden mußten. Die Notstandsfälle werfen jedes Konzept über den Haufen. Am 1. Jänner dieses Jahres wurden 11.595 solcher Fälle gezählt, am 30. November waren es 12.200, obwohl in dieser Zeit 6.608 Familien dieser Gruppe schon ein Heim gefunden hatten. 506 Familien mußten aus einsturzgefährdeten Wohnungen herausgenommen werden. Die gleiche Zahl an Fällen ist noch in Behandlung.

1.484 Wohnungswerber mit ihren Angehörigen, die bereits delogiert waren, fanden in Privathäusern und Gemeindehäusern ein Obdach. Die Gemeinde trachtet aber, auch die kriegsbedingten Herbergen zu räumen. Drei von ihnen wurden schon in diesem Jahr freigemacht; es sind dies die in der Pfeilgasse, in der Alserbachstraße und in der Sieveringer Straße.

Täglich gibt es neue Delogierungsfälle. Viele mögen darunter sein, die in der Öffentlichkeit als Gefälligkeitsdelogierungen bezeichnet werden, die aber doch einen bestimmten Notstand aufweisen. 3.918 solcher Wohnwerber im Alter bis 30 Jahre konnten mit ihren Angehörigen untergebracht werden. Das ist ein Beweis dafür, daß gerade die jüngere Generation

großen Anteil bei der Zuweisung hat.

Der Mangel an Wohnungen ist nicht allein die große Schwierigkeit. Es sind die hunderttausende Kleinwohnungen, die seinerzeit ohne jeden Komfort gebaut wurden. Aus ihnen drängen die Wiener heraus, um eine Neubauwohnung zu bekommen. Wie aus einer statistischen Publikation zu entnehmen ist, haben 15.060 Häuser in Wien ein Alter von mehr als 70 Jahren; dazu kommen 32.569 Häuser, die zwischen 1880 und 1918 erbaut wurden, zusammen mehr als die Hälfte des Wiener Hausbestandes.

Von 667.227 benützbaren Wohnungen hatten nur 296.324 den Wasserleitungsanschluß innen, 545.795 besaßen einen Anschluß an die Gasleitung und nur 271.303 ein Vorzimmer. Das Klosett befand sich nur bei 266.256 Wohnungen innen. Dazu kommt, daß 70 Prozent aller Wohnungen Kleinwohnungen sind. Ein wesentlicher Teil von ihnen sind ausgesprochen schlecht.

Nach einer im Jahre 1940 durchgeführten Erhebung wurden 52.121 Wohnungen festgestellt, die als dunkel, feucht und gesundheitsschädlich bezeichnet werden müssen. Ihre Zahl hat sich wohl noch erhöht.

Heuer war es möglich 15.593 Familien zu helfen, das sind um 2.607 mehr als im Vorjahr. Von diesen vergebenen Wohnungen waren 7.168 in gemeindeeigenen und 8.025 in Privathäusern. 40.487 Personen, darunter 11.535 Jugendliche wurden eingewiesen.

Die heuer im August wirksam gewordene Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes hat Veränderungen in der Zuweisung gebracht. Für freigewordene Wohnungen müssen die Hauseigentümer keine Vorschläge mehr erstatten. Sie können innerhalb von 3 Wochen mit jemandem, der seit mindestens sechs Monaten in Klasse I vorgemerkt ist, einen Mietvertrag abschließen. Außerdem werden nun die Benutzer von gesundheitsschädlichen Wohnungen und jene Bewerber, die in einer durch mehr als ein Jahr überbelegten Wohnung leben, in Klasse I eingereiht. Stadtrat Koci teilt auch mit, daß der Bürgermeister die Verordnung dahingehend ergänzt hat, daß auch Haushaltgenossen oder Untermieter in einer überbelegten Wohnung in Klasse I eingereiht werden können.

Obwohl durch die Novellierung viele Ansuchen in Klasse I

eingereicht wurden, ist die Zahl der in Klasse I Befindlichen geringer als zu Beginn 1953. Am 1. Jänner gab es 31.280 solcher Fälle, am 30. November 26.874. In Klasse II waren am 1. Jänner 23.714 Fälle vorgemerkt, gegenwärtig sind es 24.789. In der nächsten Zeit ist durch die Verordnung des Bürgermeisters eine Verschiebung von Klasse II in Klasse I zu erwarten.

Die Betreuung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude sowie des Siedlungs- und Kleingartenwesens gehört zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 52. 1.460 Objekte mit 95.624 Wohnungen werden von ihr verwaltet. Heuer sind 5.481 Wohnungen neu dazu gekommen, davon 4.404 durch Neubauten, der Rest durch Einbauten und Wiederaufbauten. Zur Betreuung all dieser Wohnungen sind 2.292 Hauswarte bestellt. Für die Erhaltung und Instandsetzung <sup>der</sup> gemeindeeigenen Häuser standen heuer 74,2 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die Amtshäuserverwaltung betreut 148 Baulichkeiten.

Für Kleingärten sind 6,4 Millionen Quadratmeter an 23.300 Kleingärtner zu einem Pachtzins von 10 Groschen pro Quadratmeter im Jahr verpachtet.

Für Erntelandzwecke werden derzeit noch immer mehr als 1,7 Millionen Quadratmeter von 8.519 Benützern beansprucht.

23.310 Ansuchen um ein Hausratsdarlehen mit einer Summe von ungefähr 150 Millionen Schilling sind in Behandlung. 50 Prozent der bis Ende November eingereichten Ansuchen wurden bereits positiv erledigt. Nachdem der Gemeinderat noch 20 Millionen Schilling zur Vorfinanzierung für heuer zur Verfügung gestellt hat und für nächstes Jahr 40 Millionen veranschlagte, werden alle eingereichten Ansuchen bald erledigt werden.

#### Die beschlagnahmten Wohnungen

Die Besatzungsmächte haben heuer bis 30. November 74 Wohnungen und 170 Objekte verschiedener Art freigegeben; das amerikanische Element 4 Wohnungen und 8 verschiedene Objekte, das britische 13 und 9, das französische 26 und 5, und das sowjetische Element 31 Wohnungen, 110 Untermieten und 38 verschiedene Objekte. Die Unterlagen über Beschlagnahmen und Freigaben werden zusammen mit den Verrechnungsstellen der Besatzungsmächte überprüft.

Da die Sowjets aber über keine gesonderte Verrechnungsstelle verfügen, ist es leider nicht möglich eine genaue Evidenz über die Beschlagnahmungen zu führen. Am 30. November waren in den Bezirken I bis XXVI von den Besatzungsmächten beschlagnahmt:

Von den Amerikanern 427 Wohnungen und 156 Objekte, von den Engländern 11 und 26, von den Franzosen 247 und 69 und von den Sowjets 1.386 Wohnungen und 386 verschiedene Objekte. Insgesamt werden in Wien 2.071 Wohnungen und 637 Objekte von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen. Außerdem sind in der sowjetischen Zone Wiens noch immer 1.062 verschiedene Objekte, darunter 886 Wohnungen, der Verfügungsgewalt der österreichischen Behörden dadurch entzogen, daß wohl die militärische Beschlagnahme durch die Sowjetische Besatzungsmacht aufgehoben wurde, jedoch über deren Bedarf sowohl Zivilpersonen wie auch ganze Organisationen unter völliger Ignorierung der österreichischen gesetzlichen Bestimmungen dorthin eingewiesen wurden. Stadtrat Koci teilte ferner mit, daß man aus eben aus russischen Bezirken eingelangten Meldungen mit Bangen erkennen könne, daß das sowjetische Element neuerlich nach Wohnungen Ausschau hält.

(GR. Marek (SPÖ): Das ist unerhört, das ist das Weihnachtsgeschenk an die Wiener! - Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP): Das sind die wirklichen Friedenstauben!)

Abschließend sagte der Referent, daß die Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes Einsparungen an Personal ermöglicht. Er könne jedoch feststellen, daß alle Beamten seiner Verwaltungsgruppe ihr Bestes dareinsetzen, der Gemeinde Wien und der Allgemeinheit zu dienen. Stadtrat Koci sagte zum Abschluß: Ich kenne die Schwierigkeiten ihres Dienstes, auf welchem Platz sie immer auch sitzen mögen und danke ihnen für die pflichtgetreue Erfüllung ihrer Arbeit. Ich verspreche aber auch allen Wienern, daß wir nach wie vor bestrebt sein werden, den an uns gestellten Aufgaben nach bestem Können gerecht zu werden und den Bedürftigsten zu helfen.

. - .

Hierauf begann die Debatte über die Ansätze der Geschäftsgruppe für das Wohnungswesen. Den Bericht darüber bringen wir in der morgigen Ausgabe.

Pferdemarkt vom 15. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 280 Pferde, davon 41 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 266, als Nutztiere 3, verkauft, unverkauft blieben 11. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 7, Niederösterreich 153, Burgenland 21, Oberösterreich 68, Steiermark 21, Salzburg 4, Tirol 6.

Schweinenachmarkt vom 17. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 29. Neuzufuhren: 130. Gesamtauftrieb: 159. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 49. Ruhiger Marktverkehr, Hauptmarktpreise.

Rindernachmarkt vom 17. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 14 Ochsen, 6 Stiere, 26 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 48. Neuzufuhren: 10 Ochsen, 5 Stiere, 37 Kühe, 1 Kalbin, Summe 53. Gesamtauftrieb: 24 Ochsen, 11 Stiere, 63 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 101. Verkauft wurden: 9 Ochsen, 7 Stiere, 31 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 49. Unverkauft: 15 Ochsen, 4 Stiere, 32 Kühe, 1 Kalbin, Summe 52. Ruhiger Marktverkehr, Hauptmarktpreise.

Weidner Markt vom 17. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) 2 Kälber zu 16 S, 10 Schweine zu 17 bis 17.30 S.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 18. Dezember 1953

Blatt 2288

## Die Debatte über das Wohnungswesen

=====

18. Dezember (RK) GR. Dipl. Ing. Haider (WdU) betont, daß immer wieder Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung über unfreundliches Verhalten einzelner Beamten des Wohnungsamtes kommen. Bei der Zuteilung von Wohnungen werde leider mit einer gewissen Parteilichkeit vorgegangen, die besser unterbleiben würde. Die WdU werde gegen diese Gruppe stimmen.

GR. Hausner (LBl.) erklärt, die Wiener Wohnverhältnisse hätten sich nicht gebessert sondern verschlechtert. Umso unverständlicher sei es, daß die Sozialisten der Forderung der ÖVP, das Wohnungsanforderungsgesetz zu novellieren, zugestimmt und dadurch tausende Wiener Wohnungslose der Profitgier vieler Hausbesitzer ausgeliefert hätten. Wir brauchen eine Verbesserung des Wohnungsanforderungsgesetzes, denn in Wien warten 90.000 Familien auf eine Wohnung.

Der Redner zählt dann einige Beispiele von den Wohnungsverhältnissen in Wien auf. Er berichtet von Familien, die nicht vom Wohnungsamt eingewiesen werden konnten. In einer kleinen Wohnung zum Beispiel waren nicht weniger als 14 Personen untergebracht. Sie mußten im Polizeiarrest Nachtquartier suchen. Daß das Wohnungsamt unpopulär ist, liegt nicht nur darin begründet, daß zu wenig Wohnungen zur Verfügung stehen, sondern vor allem darin, daß das bisherige System unzulänglich ist. Der Redner erhebt vor allem den Vorwurf, daß in der Bevölkerung der Eindruck bestehe, daß Ansuchen um eine Wohnung nur behandelt werden, wenn der Betreffende Mitglied der SPÖ ist.

GR. Hausner wendet sich gegen den Mißbrauch, der mit dem Wohnungswechsel getrieben wird; wirklich dringende Fälle aber bleiben unberücksichtigt.

Über den Wohnungstausch sagt er, daß oft das Wohnungsamt selbst Tauschansuchen ohne Angabe von Gründen verweigert. Es hat den Anschein, als ob hier so mancher Willkürakt gesetzt wird. Es wäre daher unbedingt notwendig, ein Kontrollsystem zu schaffen.

Der Redner bespricht dann einen Artikel in der "New York Times", in dem es unter anderem heißt, daß die Wiener die am schlechtesten untergebrachten Menschen des Kontinentes sind.

Zum Siedlungs- und Kleingartenwesen bemerkt der Redner, daß von einer Siedlungsförderung nicht gesprochen werden könne. In den Randgebieten gibt es noch Gründe, die man erwerben könnte, um den Siedlungswilligen Boden zu geben. Auf diese Weise wird man verhindern, daß sich Leute in Gebieten ansiedeln, die nicht dazu geeignet sind.

Abschließend sagt GR. Hausner, man müsse feststellen, daß bei der Verwaltungsgruppe VIII eine Reihe von schweren Mängeln bestehen. Man müsse alles tun um diese Mängel zu beseitigen, damit die Menschen das Gefühl haben, daß nach gerechten Grundsätzen vorgegangen wird.

GR. Hain (ÖVP) sagt, zu dem traurigsten Erbe des letzten Weltkrieges gehören neben den Toten, Invaliden, Witwen und Waisen die Obdachlosen. Wohnungssuchende sind verzweifelte Menschen. Man sollte sich daher innerhalb des Wohnungsamtes bemühen, daß der Kataster, der über die Wohnungssuchenden geführt wird, Leben gewinnt. Man könne leider bei der Art der Wohnungszuweisung durch das Wohnungsamt zu keinem anderen Entschluß gelangen, als daß mitunter jene Leute vermittelt werden, die sich gegenüber dem Wohnungsamt und vielleicht auch gegenüber den Funktionären am meisten bemerkbar machen.

Stadtrat Koci hat heute leider keinen erfreulichen Bericht gegeben. Wir sollten uns daher alle zusammen bemühen, ein neues Wohnbauförderungsgesetz zu schaffen, damit der Schaden, der durch den Krieg entstanden ist, endlich behoben werden kann.

Der Redner fragt dann den Referenten, wieso gerade die **Ziffer** der minderdringenden Fälle am meisten gesunken ist. Er beschäftigt sich ferner mit dem neuen Wohnungsanforderungsgesetz, das oft als eine Verschlechterung bezeichnet wird. Aber das Gesetz in seiner neuen Form sieht in besonderen zwingend vor, daß nur dringliche Fälle bei den freiwerdenden Wohnungen erledigt werden können. Wenn die Meinung ausgesprochen wird, daß dem Verkauf von Wohnungen Tür und Tor geöffnet sind, so wisse der Redner, daß es auch früher solche Fälle gegeben hat. Man wird dies kaum abstellen können, so bedauerlich es auch sein mag.

Über das Wohnungsamt selbst sagt GR. Hain, es herrsche im allgemeinen bei der Bevölkerung die Auffassung vor, daß man sich im Wohnungsamt wenig um die gesetzlichen Vorschriften kümmert, und daß ein Unterschied besteht zwischen den Pflichten, die das Gesetz dem privaten Hausherrn auferlegt und dem kommunalen Hausherrn. Eine Kontrolle wurde bisher abgelehnt. Er müsse daher dringend ersuchen, daß sich der Amtsführende Stadtrat für das Wohnungswesen endlich dazu entschließt, die Zuweisungstätigkeit des Wohnungsamtes einer Kontrolle zu unterstellen (Beifall bei der ÖVP).

Der Redner zitiert hierauf einige besonders krasse Fälle von Wohnungsnot und Überbelag. Auch dürften die Wohnungszuweisungen nicht nach parteipolitischen Grundsätzen vorgenommen werden. Bei den Einweisungen sollte bei bestimmten Berufsgruppen, wie bei Kellnern und anderen Nachtarbeitern, berücksichtigt werden, daß sie nicht in entgegengesetzter Richtung ihres Arbeitsplatzes untergebracht werden.

GR. Hain stellte mit Bedauern fest, daß der Gemeinderatsausschuß VIII im Jahr 1953 nur vier Sitzungen abgehalten hat. Es gab daher nur selten die Möglichkeit, sich auszusprechen. So müssen diese Dinge nun vor diesem Forum in der Öffentlichkeit vorgebracht werden. Er fordert die Einsetzung eines fach-

kundigen Beamten als Leiter des Wohnungsamtes, damit dieses endlich entpolitisiert würde. GR. Haim erklärt, daß es nicht angehe, daß Familien mit Kindern schon jahrelang in Herbergen wohnen müssen. Diese Fälle müßten in erster Linie erledigt werden. Es sei ihm auch unbegreiflich, daß die Zahl der beim Wohnungsamt vorgemerkten minderdringlichen Fälle gefallen ist, sich jedoch bei den dringlichsten Fällen eine Steigerung zeigt. Der Redner erklärt, wenn man sich schon nicht zu anderem entschließt, müßten doch zumindest dem Gemeinderatsausschuß Listen über die Einweisungen vorgelegt werden. Bei der Vergabe von Wohnungen müßten besonders die jungen Ehepaare berücksichtigt werden, damit sie eine Familie gründen können.

Der Redner verweist darauf, daß das Wohnungsamt Delogierungen ohne rechtskräftiges Gerichtsurteil vornahm. Da dies ungesetzlich war, müssen nun die Delogierungskosten aus Steuergeldern getragen werden.

Es gehe auch nicht an, daß in den städtischen Wohnhausbauten, also mit Steuermitteln, Parteisekretariate errichtet werden. Außerdem werden diese Sekretariate bei der Zinsberechnung bevorzugt. Man müsse es auch unterlassen, die städtischen Mieter zu nötigen, einer bestimmten Mietervereinigung beizutreten.

GR. Haim stellt dann einen Resolutionsantrag, der verlangt, daß bei Aufhebung einer provisorischen Benützungsbewilligung durch die Verwaltungsbehörden die Möbel an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben werden sollen. Der Redner tritt auch für die Rückgabe der im Jahre 1945 durch die Gemeinde übernommenen Kleingärten ein. Die Wohnungsansuchen der Heimkehrer bittet er einer raschen Erledigung zuzuführen.

GR. Otto Weber (SPÖ) bezeichnet als unumstößliches Recht jedes Staatsbürgers in einem Kulturland den Anspruch auf Brot, Kleidung und Wohnung. In dem vorliegenden Dreimilliarden-Budget wird ein Drittel dazu verwendet, um in dieser Stadt großangelegte Investitionen durchzuführen und um vor allem der Bevölkerung neuen Wohnraum zu schaffen. 7.000 neue Wohnungen werden 7.000 Familien wieder glücklich machen.

In den Monaten Jänner bis November wurden 15.193 Wohnungen vergeben, davon wurden eingewiesen 506 Einsturzfälle, 1.484 Obdachlosenfälle, 4.156 Delogierungsfälle und 413 Tuberkulosefälle. Von den 15.193 Wohnungen wurden 13.222 an Lohn- und Gehaltsempfänger vergeben, davon waren 8.013 Arbeiter, 2.209 Angestellte und 3.000 öffentliche Bedienstete.

In der Debatte wurde davon gesprochen, daß die Bauweise in Wien "kollektivisiert" werde. Wir Sozialisten wollen an dem Privateigentum nicht rühren, aber wir wollen mit dem sozialen Wohnhausbau verhindern, daß die Wohnung ein Schacherobjekt wird, daß sie wieder eine Hausherrnrente abwirft und daß jene gute alte Luegerzeit zurückkehrt, wo Familien mit drei oder vier Kindern von der Gnade des Hausherrn abhängig waren, ob sie eine Wohnung bekommen oder nicht. Aber auch das Untermieter- und Bettgeherwesen von damals darf nicht mehr wiederkehren! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Nachdem sich die Bevölkerung schon der leisen Hoffnung hingegeben hatte, daß der letzte Schritt der seit acht Jahren vorenthaltenen Befreiung Österreichs etwas in die Nähe gerückt sein könnte, kommt plötzlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Forderung der Besatzungsmacht nach neuem Wohnraum. In verschiedenen Bezirken Wiens forderte die russische Besatzungsmacht Wohnungen mit Küchenbenützung, das heißt, daß die Besatzungsmacht neuerlich ihre Angehörigen nach Wien zu bringen gedenkt.

Auch durch die Förderung des Siedlungswesens können einige hundert Wohnungen gebaut werden. Wir begrüßen dies, weil auch damit wieder ein Beitrag zur Linderung der ungeheuren Wohnungsnot geleistet wird. (Beifall bei SPÖ.) Im Vorjahr wurde begonnen, in den draußen an der Stadtgrenze liegenden Siedlungen gute Straßen zu bauen und die öffentliche Beleuchtung durchzuführen. Diese große Aktion wurde von vielen Siedlerfamilien dankbar aufgenommen. Als Sprecher dieser Siedler möchte er, erklärt der Redner, dem Finanzreferenten sowie dem Stadtrat für Bauresen für diese Aktion den Dank aussprechen. (Beifall bei SPÖ.)

Der Finanzreferent hat dieses Budget als ein Budget des Optimismus bezeichnet.

Die Verwaltungsgruppe für das Wohnungswesen mit dem gesamten Beamtenapparat wird sich bemühen, durch korrekte und saubere Arbeit, durch unparteiische und sachliche Behandlung der an sie herangetragenen Fälle mitzuhelfen, den aus dem Budget kommenden Optimismus in der Bevölkerung zu verwurzeln und so diese mit neuer Zuversicht für die Zukunft zu erfüllen. Die sozialistische Fraktion wird für die Ansätze dieser Gruppe stimmen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ)

Stadtrat Koci beantwortet in seinem Schlußwort zunächst die Anfrage des GR. Schwaiger, ob die Verteilung der Flugzettel der SPÖ im Wahlkampf dadurch ermöglicht wurde, daß das Wohnungsamt das Adressenmaterial geliefert hätte und erklärt: Dem Redner wird hier ein Irrtum unterlaufen sein, denn das dürfte im Gemeinderat in Innsbruck gewesen sein. Für meine Verwaltungsgruppe kann ich sagen, daß ein solches Vorgehen unmöglich wäre.

Die Meinung, daß dann, wenn die Bewirtschaftung aufgehoben wird, die Preise der Vermittlungsbüros sich senken werden, beruht auf einem Trugschluß. Wir können die Wohnungsnot nicht von heute auf morgen beheben. Wir hoffen aber, daß es uns recht bald gelingen wird, Erst dann werden sich die Preise für Wohnungen senken, denn wenn die Nachfrage geringer wird, werden die Menschen weniger bieten.

Zu dem Fall Halama erklärt der Stadtrat: Der Oberamtsrat Halama, der ein Außenbeamter des Wohnungsamtes war, hat in keiner Form interveniert. Er hat einfach unter dem Vorwand, er könne Gemeindewohnungen beschaffen, sich Geld geborgt. Ich kann grundsätzlich treu meinem Gelöbnis sagen, daß ich auf Sauberkeit in meinem Amte sehe und rücksichtslos und ohne Ansehen von Rang und Namen jeden, der sich vergeht, den Behörden übergebe. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ)

GR. Hausner hat über die Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes gesprochen. Der Referent könne für sich und seine Verwaltungsgruppe dazu nur sagen, daß die Novellierung eine Erleichterung gebracht hat.

Zu der Kritik am Benehmen der Beamten sagt der Stadtrat, daß er seine Leute immer zur Freundlichkeit ermahne. Man müßte freilich auch die andere Seite sehen und bedenken, was dazu führt, wenn ein Beamter nicht immer freundlich ist.

Daß viele Wohnungssuchende in die Parteisekretariate kommen, dies trifft wahrscheinlich auf alle Parteien zu. Auch von der ÖVP, sagte der Referent, habe ich Dinge in den Händen, die beweisen, daß genau das Gleiche geschieht. Es wird eben bei allen Parteien versucht, nur mit dem Unterschied, daß "funktionäre der ÖVP glauben, daraus politisches Kapital zu schlagen. Wir sind verpflichtet, den Menschen zu helfen, wenn sie in Not sind. Aber aus dieser Not politisches Kapital zu schlagen, ist zu verurteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die ÖVP spricht so schön von Eigentumswohnbauten. Aber in einem der kürzlich eröffneten Eigentumswohnbauten ist nur ein Fall der Klasse I untergebracht.

Der Referent wendet sich auch gegen die auf Eigentumsbauten angebrachten Inschriften und fragt, was würde die ÖVP sagen, wenn auf einem Gemeindebau stehen würde "auf Initiative der SPÖ wurde dieses Wohnhaus errichtet", obwohl es wahr ist, denn die Sozialisten haben diesen Wohnhausbau eingeführt. (Beifall bei der SPÖ.) Ich freue mich über jede Wohnung, die gebaut wird, aber in erster Linie sollte man sehen, daß die Wohnungslosen, für die dieser Fonds geschaffen wurde, für den alle Menschen in diesem Staat Steuern bezahlen, daß vor allem diese Menschen untergebracht werden. Diese aber bleiben eben für mich zu versorgen, und deshalb sinkt die Zahl dieser Fälle nur so gering.

Auch die Presse ohne Unterschied trägt viel dazu bei, daß die Bevölkerung zu einer schlechten Meinung über das Wohnungsamt kommen muß. Alle Mandatäre hätten jedoch die Verpflichtung, sich zu bemühen, auf die eigene Presse einzuwirken, daß sie sich wirklich nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten läßt.

GR. Haim hat gesagt, man solle sich um die Heimkehrer bemühen, die mit dem letzten Transport gekommen sind. Der Referent gab die Versicherung ab, daß jedem Heimkehrer sofort geholfen wird bei dem die Notlage tatsächlich gegeben ist. (Beifall.)

Zu der Kontrolle über das Wohnungsamt bemerkt der Referent, er könne verstehen, daß man versucht, auf diese Weise das Wohnungsamt im allgemeinen zu verunglimpfen, denn es gehört zu der Verwaltungsgruppe eines Sozialisten. Nachdem man ihm aber nichts vorwerfen könne, ~~s~~ wurde eben versucht, Mißtrauen in die Bevölkerung zu bringen. Ich verpflichte mich, nur das zu tun, was notwendig und gerecht ist, um meine Verwaltungsgruppe weiter zu führen.

Abschließend ersuchte der Referent, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben und ihn in Zukunft einer etwas objektiveren Kritik zu unterziehen. (Beifall bei SPÖ)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VIII. Hauptstückes gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Der Antrag der ÖVP wird gegen die Stimmen der ÖVP und der WdU abgelehnt.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen.)

#### 60. Geburtstag von Charlotte Bühler

18. Dezember (RK) Am 20. Dezember vollendet Prof. Dr. Charlotte Bühler, die lange Zeit in Wien gewirkt hat, ihr 60. Lebensjahr.

In Berlin geboren, habilitierte sie sich an der Technischen Hochschule in Dresden und wurde 1922 Privatdozentin für Ästhetik und Jugendpsychologie an der Wiener Universität. In der Folge betätigte sie sich auch als Psychologin der städtischen Kinderübernahmestelle und hielt auch zahlreiche Gastvorlesungen im Ausland.

1938 von ihrer Professur entfernt, lebt sie seit 1940 ständig in Amerika, wo sie gegenwärtig mit ihrem Gatten, dem ehemaligen Ordinarius für Psychologie der Wiener Universität, Prof. Dr. Karl Bühler, in Kalifornien ein Institut für Erziehungsberatung führt. Charlotte Bühler hat in umfassenden Studien und durch ihre praktische Untersuchungsarbeit vor allem das Kindes- und Jugendalter gründlich erforscht und ist

durch die von ihr entwickelte experimentelle Methode, die reiche Ergebnisse zeitigte, bekannt geworden. Während ihrer akademischen Wirksamkeit in Wien gelang es ihr, viele Mitarbeiter heranzubilden und eine eigene Richtung der Kinder- und Jugendpsychologie zu begründen, die internationale Anerkennung fand.

#### Tiberwasser für Wien

=====

18. Dezember (RK) Fünfundzwanzig Schülerinnen und Schüler des römischen Liceo Torricelli, die gestern mit ihren Professoren zu einem kurzen Ferienaufenthalt nach Wien gekommen sind, wurden heute vormittag im Wiener Rathaus empfangen. Vizebürgermeister Weinberger übermittelte den jungen Gästen in Anwesenheit von Stadtrat Mandl und Magistratsdirektor Dr. Kinzl die Grüße der Wiener Stadtverwaltung und des Bürgermeisters. Er verwies auf die alten kulturellen Bande, die Wien mit Rom verbinden. Die italienische Jugend wird nun in den Tagen ihres Besuches in Wien Gelegenheit haben, manche Sehenswürdigkeiten unserer Stadt kennenzulernen. Sie wird aber auch manche Einrichtungen sehen, die in gemeinsamer Arbeit nach 1945 wieder aufgebaut oder neugeschaffen wurden. Vizebürgermeister Weinberger wünschte den Studenten einen angenehmen Aufenthalt und bat sie, nach ihrer Heimkehr Rom und seinen Bürgermeister die Grüße Wiens zu übermitteln.

Als Gruß Roms an Wien überreichte Prof. Dino Satolli, der Direktor des berühmten Lyzeums, eine Amphora mit Tiberwasser und Erde aus den frühchristlichen Katakomben der ewigen Stadt. Dem Empfang im Wiener Rathaus wohnten auch der italienische Presseattaché Cabalzar sowie mehrere italienische Journalisten bei.

Eine "Steinerne Hochzeit"  
=====

18. Dezember (RK) Nach den Aufzeichnungen, die der Wiener Rathausverwaltung zur Verfügung stehen, war es bisher keinem Wiener Ehepaare vergönnt auf 67½ Ehejahre zurückblicken zu können. Die Zahl der Wiener Ehepaare, die 50, 60 und 65 Jahre gemeinsam verbracht haben, also die "Goldene", die "Diamantene" und die "Eiserne" feiern konnten steigt von Jahr zu Jahr. Nun ist der ganz vereinzelt Fall eingetreten, daß ein Ehepaar auch die "Steinerne" begehen kann. Franz und Karoline Fux aus Ottakring teilen durch 67½ Jahre Freud und Leid. Frau Fux, eine geborene Wienerin, ist seit 1886 mit dem in Horazdovice (Böhmen) geborenen Kaufmann Franz Fux verheiratet. Der Jubilar steht im 98. Lebensjahr, seine Gattin ist 87 Jahre alt. Franz Fux kam mit 14 Jahren nach Wien, erlernte hier das Kaufmannsgewerbe und arbeitete als Selbstständiger bis ins hohe Alter. Das Ehepaar erfreut sich einer bewunderungswürdigen geistigen und körperlichen Rüstigkeit. Der Ehe entsprossen drei Kinder, die alle am Leben sind. Außerdem erfreuen sich die alten Leute an drei Enkelkindern und vier Urenkeln.

Vizebürgermeister Honay, der im Jahre 1951 dem Jubelpaar anlässlich der Eisernen Hochzeit die Ehrengaben der Gemeinde überbrachte, wird morgen Samstag die "Steinernen" Hochzeiter in ihrer Wohnung besuchen, die Glückwünsche der Stadtverwaltung und das künstlerisch ausgeführte Diplom sowie eine Geldspende überbringen.

Wirtschaftsangelegenheiten

=====

Die Verhandlungen über das Budget der Gemeinde Wien für 1954 wurden heute mit einem Bericht des Amtsführenden Stadtrates Bauer (ÖVP) eingeleitet. Wie er ausführte, ist es ein wesentliches Merkmal konsolidierter Wirtschaft, daß gegenwärtig das Beschaffungsamt voll und ganz seinen Aufgaben nachkommen kann. Lieferschwierigkeiten treten fast nirgends mehr auf, ja es bemüht sich jederman, wieder mit der Gemeinde ins Geschäft zu kommen. Dadurch können auch die Lagerbestände, besonders die der Textilien, auf ein geringeres Maß zurückgeschraubt werden.

Die Verwaltungsgruppe weist wohl auf der Einnahmeseite einen Rückgang von 1.3 Prozent auf, aber auch die Ausgaben-seite weist mit 6.3 Prozent auf eine rückläufige Entwicklung hin. Das Beschaffungsamt besorgt den Einkauf und die Verteilung der Sacherfordernisse für die städtischen Dienststellen und Schulen. Derzeit sind zirka 3.815 Verbrauchsstellen zu beliefern.

Für die Anstalten mußten von Jänner bis Ende Oktober 1953 4.200 Lebensmittelkäufe besorgt werden. Diese Lebensmittel ergaben zusammen einen Betrag von rund 16,8 Millionen Schilling. Das zeigt, welch bedeutender Faktor die Stadt Wien auf dem Markt geworden ist. Für Textilien und Lederwaren mußten 13,2 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der Papierverbrauch ist durch den reduzierten Schulbedarf, Auflassung der Lebensmittelbewirtschaftungsämter und Herabsetzung der Lagervorräte bedeutend gesunken und betrug 1953 nur mehr zirka 400 Tonnen gegenüber 600 Tonnen im Vorjahr. Die Brennstoffanforderungen wurden im Jahre 1953 restlos und anstandslos befriedigt. Gelegentliche Schwankungen in der Anlieferung konnten durch entsprechende Vorratswirtschaft beseitigt werden. Der ständig steigende Verbrauch von Inlandsbrennstoffen verdrängt immer mehr die Importbrennstoffe. Vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1953 wurden an die städtischen Verbrauchsstellen insgesamt 85.210 Tonnen Brennstoff abgegeben. Für die Neanschaffung von Einrichtungsgegenständen wurden bisher rund 4 Millionen Schilling verausgabt. Hievon entfallen auf das

Wilhelminenspital (Schwesternhaus und Pflegerinnenschule) 1,15 Millionen, auf das Franz Josefs-Spital 500.000 S und auf das Krankenhaus Leinz 220.000 S.

Mit den Anschaffungen an Klasseneinrichtungsgegenständen im Jahre 1953 wurde die gesamte Erneuerung für den Normalbedarf erreicht. 1953 wurden u.a. beschafft: Einrichtungsgegenstände für rund 785 Klassenzimmer, 15 Schulkücheneinrichtungen, Physiksäle usw. im Gesamtbetrag von 7,3 Millionen. Im Schuljahr 1953/54 werden zirka 460 Pflichtschulen von insgesamt 147.467 Schülern besucht. Im Schuljahr 1954/55 ist mit ungefähr der gleichen Schülerzahl sowohl in den Volks- als auch in den Hauptschulen zu rechnen. Für Zwecke der Volks-, Haupt-, Hilfs- und Sonderschulen stehen 430 der Stadt Wien gehörende Schulgebäude einschließlich 89 Schulgebäuden in den Randgemeinden in Verwaltung der Magistratsabteilung 56. Von diesen Gebäuden dienen 399 dem Unterricht. Im Jahre 1953 wurden durch Instandsetzungen, Neubauten usw. 131 Klassen und 10 Turnsäle neu gewonnen. Für das Jahr 1954 ist beabsichtigt, 5 Gebäude mit 79 Klassen nach Kriegsschadenbhebung der Benutzung zuzuführen. Geplant sind ferner drei Neu- bzw. Zubauten, und zwar in Wien 2, Czerninplatz, 21, Kagran, Afritschgasse und 22, Ebling. Im Jahre 1954 werden voraussichtlich 139 Klassen sowie 8 Turnsäle neugewonnen werden. (Beifall bei ÖVP und SPÖ)

Der Studienbetrieb im Pädagogischen Institut hat im Allgemeinen den Umfang des Vorjahres gehalten, wenn auch Tendenzen zu einem leichten Absinken verzeichnet werden können. Es ist zu überlegen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, das Pädagogische Institut in einem einzigen Haus zu zentralisieren.

Am 1. November 1953 hatte die Gemeinde 33 Berufsschulen mit 822 Klassen und 27.953 Schülern zu betreuen; am 1. November 1952 waren es 699 Klassen mit 23.136 Schülern. Die Zahl der Berufsschüler hat sich also gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent erhöht. Trotzdem konnte auch diese große Schülerzahl in dem vorhandenen Schulraum ohne nennenswerte Schwierigkeiten untergebracht werden. Für den theoretischen und praktischen Unterricht sind im Jahre 1954 um 100.000 Schilling

mehr, insgesamt 1,3 Millionen vorgesehen.

Weiter betreut die Gemeinde 4 Lehranstalten für Frauenberufe, mit insgesamt 26 Klassen und 612 Schülerinnen, das sind um rund 23 Prozent mehr Schülerinnen als im Vorjahr.

Der Magistrat führt 3 Handelsakademien mit 1.913 Schülern und 6 Handelsschulen mit 1.266 Schülern. Die Rückstellung der 3 Handelsakademiegebäude an die Handelskammer konnte auch im laufenden Jahr nicht abgeschlossen werden.

Der städtische Grundbesitz umfaßte am 31. Dezember 1952 in Wien 2,459.397,78 ar, außerhalb Wiens 2,118.811,76 ar. Der vorhandene Grundbesitz ermöglicht es der Gemeinde, das soziale Wohnbauprogramm auch in Hinkunft fortzuführen. Im Jahre 1952 wurden zur Verbauung 350.000 Quadratmeter herangezogen. Der vorhandene Baugrund von 4,482.331 Quadratmetern dürfte für etwa 10 Jahre reichen.

Mit ungefähr 12.000 Pächtern bestehen Pacht- oder Bestandsverträge. Das Liegenschaftsamt verwaltet ferner 66 Konzessionen, hievon 50 Gastwirtschaftskonzessionen. Zu den infolge Beschädigung der Objekte durch Kriegsschäden nicht ausgeübten Konzessionen gehören die ehemaligen Betriebe im Türkenschanzpark und das Schloßhotel Cobenzl. Hinsichtlich Wiedereinbetriebnahme des Schloßhotels Cobenzl sind derzeit Verhandlungen im Gange. Eine wichtige Frage für eine großzügige Planung Wiens ist die dauernde und ausreichende Bereitstellung von Grundflächen. In vielen Fällen werden von den Grundbesitzern die Abschlüsse von Grundtauschverträgen dem Verkauf gegen Geld vorgezogen. Es sind auch eine ganze Reihe von Tauschfällen zwischen Bund und Gemeinde vor dem Abschluß.

In nächster Zeit soll die Praterbetriebsgesellschaft liquidiert werden. Die verbleibenden Agenden übernimmt gleichfalls die Magistratsabteilung 57.

Die Magistratsabteilung 58 hat im Laufe des Jahres die dringendsten Reparaturen an den gemeindeeigenen Stierhaltungen vorgenommen. Sie gewährte auch Ankaufsbeihilfen für Zuchtstiere. Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat vom 1. Jänner bis 31. August 1953 2.289 Betriebskontrollen durchgeführt. Es wurden hierbei 1.562 Beanstandungen vorgenommen. Eine Verordnung über die Vorschriften zum Schutze des Lebens

und der Gesundheit der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ist derzeit in Behandlung. Es muß festgestellt werden, daß auch die Großstadtbauern unter schwierigen Verhältnissen ihre Pflicht erfüllen und daher auch gefördert werden sollten.

Der Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule stehen durch einen Grundankauf und eine langfristige Pachtung nunmehr 6.4859 ha Weingärten zur Verfügung. Das Jahr 1953 war für den Weinbau nicht sehr günstig, da der Austrieb spät erfolgte und es auch Spätfröste gab. Die Qualität des Weines ist jedoch sehr gut.

Sehr umfangreich ist die Tätigkeit des Marktamtes. Durch die Auflösung des Landesernährungsamtes wurde es auch mit den verbleibenden Agenden dieser Abteilung betraut. Insgesamt werden vom Marktamt 42 Marktobjekte betreut. Der Markt auf dem Phorusplatz wurde auf Kosten der Stadt Wien in massiver Bauweise errichtet. Auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx war die Beschickung von Vieh im Jahre 1953 sehr gut, unbefriedigend war jedoch die Beschickung des Jung- und Stechviehmarktes und des Weidnermarktes. In der Großmarkthalle, Abteilung für Fleisch und Fleischwaren, wurde vom zuständigen Arbeitsinspektorat der Ausbau der Garderoben der Arbeitnehmer gefordert. Um den hierzu erforderlichen Raum zu schaffen, wurde vorgeschlagen, auf die neue polnische Halle einen Stock aufzubauen. Dort könnten neben den entsprechenden Garderoberräumen eine Anzahl von Büroräumen für Gewerbetreibende der Halle geschaffen werden. Zur Finanzierung dieses Aufbaues müßten die an dem Bau der Büroräume interessierten Unternehmer Baukostenbeiträge leisten. Durch die Verbauung des großen Platzes zwischen Hütteldorfer Straße und Meiselmarkt im 15. Bezirk müßten das Marktaufichtsgebäude und die Brückenwaage des Meiselmarktes abgetragen werden. Als Ersatz hierfür werden in der neuerrichteten städtischen Wohnhausanlage Räume für die Marktauficht und für eine neue Brückenwaage geschaffen. Durch die geplante Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage im 7. Bezirk, Burggasse und Neustiftgasse, muß die in der Burggasse bestehende Detailmarkthalle verkleinert werden, sie wird jedoch in den Neubau eingegliedert.

Instandsetzungsarbeiten und auch größere Ausgestaltungen wurden an vielen Marktanlagen vorgenommen, so zum Beispiel an der Rinderverkaufshalle, an der Fettschweineverkaufshalle und an den Schweine- und Rinderstallgebäuden. Es wurden auch Garderoben für Marktaufseher usw. geschaffen.

Auch die Marktbeobachtung und die Lebensmittelkontrolle unterliegt dem Marktamt. Es wurde auch die Überprüfung der eingeführten Lebensmittel eingerichtet, um dadurch die Hereinbringung nur wirklich einwandfreier Lebensmittel zu sichern. Auf Grund der durch die fortlaufende Marktbeobachtung und der bei der Einfuhrkontrolle gewonnenen Kenntnis der jeweiligen Angebotslage können vom Marktamt in engster Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres und dem für Land- und Forstwirtschaft die notwendigen Maßnahmen zur Behebung von Versorgungsschwierigkeiten und damit zusammenhängenden preislichen Auswirkungen herbeigeführt werden. Bei importierten Lebensmitteln wurde eine Überprüfung der Preisstellung beim Import und Großhandel, im beschränkten Maße auch bei den Kleinhändlern, durchgeführt. Die Zahl der Beanstandungen war verhältnismäßig gering. Vom Jänner bis Oktober wurden 1.288 Anzeigen erstattet. Die Lebensmittelpolizei hat in den Monaten Jänner bis Oktober über 32.000 Proben abgenommen und untersucht. Bei der Qualitätskontrolle bei Lebensmitteln, die sich auf Brot, Würste und Selchwaren, Butter und Käse erstreckt, wurden insgesamt rund 4.500 Begutachtungen durchgeführt.

Die warenkundliche Ausstellung in den Räumen der Marktamtsdirektion, die während der Amtsstunden offen ist, wurde sehr stark besucht, besonders von Schulen. Auch von der damit in Verbindung stehenden Pilzberatungsstelle wurde stark Gebrauch gemacht.

Die gewerbepolizeiliche Überwachung von Betrieben wurde auch in diesem Jahr in verstärktem Ausmaß durchgeführt. Das Marktamt erstattete ferner laufend Bericht über Lokaleignung, Lokalbedarf bei konzessionierten Gewerbe usw., ferner obliegt ihm die Prüfung der Meßgeräte, Waagen und Gewichte. Die Zahl der Straßenstände im Wiener Stadtgebiet ist mit 500 festgelegt. Neue Stände können daher nur bei einem Abfall bewilligt werden. Auch der Einhaltung der Naturschutzbestimmungen beim Sammeln und im Handel mit geschützten Pflanzen hat das Marktamt sein besonderes Augenmerk zugewendet.

Die Hauptaufgabe des Veterinäraramtes ist vor allen Dingen, darüber zu wachen, daß die Bevölkerung mit einwandfreiem Fleisch versorgt wird. Die Kriegsbeschädigungen an den städtischen Schlachthofanlagen waren sehr groß. Die Kriegsschädenbehebung wurde für St. Marx mit 4,9 Millionen Schilling geschätzt; tatsächlich wurden bisher 25,3 Millionen aufgewendet. Damit kann im Jahre 1954 die Behebung der Kriegsschäden im Schweineschlachthof abgeschlossen werden, während für Rinderschlachthof und Kontumazanlage im Jahre 1955 noch rund 1,5 Millionen zur endgültigen Fertigstellung benötigt werden. Die Gesamtkosten für die Kriegsschädenbehebung in den Schlachthöfen wird also rund 27 Millionen Schilling betragen. Wie wichtig der Wiederaufbau der zentralen städtischen Schlachthöfe war zeigen einige Vergleichsziffern der Schlachtungen. So wurden im Jahre 1937 411.297, im Jahre 1946 12.221 und 1952 bereits wieder 372.263 Schlachtungen vorgenommen.

Stadtrat Bauer stellt abschließend fest, daß die Verwaltungsgruppe IX eine sehr umfangreiche Tätigkeit auszuüben hat. Wenn auch noch nicht alle Vorhaben erfüllt werden konnten und auch im Jahre 1954 noch so manche Wünsche zurückgestellt werden mußten, kann doch festgestellt werden, daß im Jahre 1953 ein mächtiger Schritt vorwärts getan wurde. Er möchte auch allen Mitgliedern dieses Gemeinderatsausschusses, aber auch allen Beamten, Angestellten und Arbeitern herzlichst für ihren hingebungsvollen Dienst danken. (Allgemeiner Beifall.) Auch mit den vorgesehenen Ansätzen für 1954 werde man sicher einen Schritt weiterkommen. Der Referent ersucht daher um Annahme der festgelegten Ansätze. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Soswinski (LBl.) spricht zunächst zur Schulfrage. Er erwähnt, daß der ÖVP-Redner in der Generaldebatte gesagt habe, es werde in einigen Jahren zuviel Schulklassen geben. Dr. Soswinski hält dem entgegen, man dürfe das 9. Schuljahr nicht nur dazu benützen, um die heranwachsende Jugend ein Jahr länger vom Arbeitsplatz fernzuhalten. Der Linksblock sei der Meinung, daß man sehr wohl über ein neuntes und sogar zehntes Schuljahr sprechen kann und muß, doch sollten diese beiden zusätzlichen Jahre dazu dienen, Kenntnisse zu vermitteln, die für den späteren Beruf von Bedeutung sind.

Es mangelt auch nicht an Lehrern; was vielmehr entscheidend fehlt, ist der Lehrplan. Wenn man sich also ernstlich mit einem neunten und zehnten Schuljahr beschäftigt, dann kann von einem Zuviel an Klassenzimmern überhaupt keine Rede sein. Man kann vor allem nicht schon jetzt damit beginnen, Lehrer abzubauen.

Der Redner bezeichnet auch viele Schulen in Wien als veraltet. Er kritisiert, daß Favoriten bis heute keine Mittelschule hat und daß in einer Reihe von Mittelschulen die Klassenzimmer auf Kosten des Elternvereines ausgeputzt wurden. Er gibt ferner die Anregung, um die heranwachsende Jugend zur Achtung vor dem Buch zu erziehen, daß das erste Buch, das den Kindern in der Schule gegeben wird, nicht gebraucht, sondern immer neu sein soll. Der Redner meint auch, daß man wirklich alle Bedürfnisse des Schulunterrichts befriedigen soll, weil die verschiedenen kleinen Nebenausgaben zwar die Gemeinde Wien nicht wesentlich, wohl aber das Taschengeld der Schüler belasten.

GR. Dr. Soswinski wendet sich sodann der Bodenpolitik und den Grundkäufen der Gemeinde zu und verlangt, daß eine aktivere Bodenpolitik betrieben werden müsse. Die Bodenspekulation nimmt in Wien in den letzten Jahren immer mehr überhand. Es wäre zum Beispiel beim Franz Josefs-Kai schon vor Jahren möglich gewesen, vorausschauend zu enteignen, das heißt, die Grundbesitzer zu einem tragbaren Preis zu zwingen. Bei Stadtrat Bauer wohnen freilich in solchen Angelegenheiten zwei Seelen in der Brust. Auch der Verein der Freunde des Wohnungseigentums ist eine der entscheidenden Faktoren dafür, daß die Grundpreise in Wien steigen. GR. Dr. Soswinski meint, es wäre zu überlegen, ob man nicht die Magistratsabteilung für den Grundstückverkehr in die Obhut des Stadtrates für das Bauwesen übergeben sollte.

Ferner nimmt der Redner zu einer Reihe allgemeiner wirtschaftlicher Fragen **Stellung**. Stadtrat Bauer hat in eindrucksvollen Zahlen darauf hingewiesen, welche Warenmengen die Gemeinde Wien kauft und dadurch den Markt beeinflusst. Diese Waren konsumiert jedoch die Gemeinde selbst. Der Redner verlangt eine entsprechende Einflußnahme auf die Wirtschaft, um

die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Waren sicherzustellen. Er führt einige Beispiele für verfehlte Importe und Exporte an und erwähnt u.a., daß der erhöhte Zoll für Gänse erst Ende November herabgesetzt wurde, zu einem Zeitpunkt, in dem es zu spät war, das obligate "Weihnachtsgansl" billig nach Wien zu bringen. Diese Dinge spielen sich bei jeder saisonbedingten Einfuhr in Österreich ab. In Wien jedoch wird keine Initiative entwickelt, um die Stadt mit billigen Lebensmitteln zu versorgen.

Abschließend spricht GR. Dr. Soswinski über die Notwendigkeit des Osthandels. Er weist darauf hin, daß sogar Westdeutschland sich nicht mehr darum kümmert, ob der Osthandel den Amerikanern paßt oder nicht. Man sollte sich auch in Wien mehr mit dieser Frage beschäftigen. Es geht darum, daß in diesen Monaten ein Weltmarkt von 800 Millionen Menschen zur Diskussion steht, für den das Ausland großes Interesse aufbringt. Wien dürfe da nicht zurückstehen!

GR. Dr. Ing. Hengl stellt mit Befriedigung fest, daß sich bei der Beschaffung der vielfältigen, für die Dienststellen der Gemeinde Wien notwendigen Waren, heute keine Kalamitäten mehr ergeben. Er bittet, auch bei großen Aufträgen die kleinen Firmen mehr als bisher heranzuziehen.

Den Bemühungen des Stadtrates Bauer, fährt er fort, ist es zuzuschreiben, daß der Wechselunterricht wesentlich eingeschränkt werden konnte. Betrug der Wechselunterricht im Jahre 1945/46 50 Prozent, so war er im Oktober 1951 auf 17.9 Prozent 1952 auf 8.5 Prozent gesunken und beträgt nunmehr nur noch 6.2 Prozent. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß noch immer eine Schule von den Alliierten besetzt ist.

Es ist auch bedauerlich, daß eine so große Gebietskörperschaft, die gleichzeitig den Charakter eines Landes hat, kein eigenes Schulreferat besitzt. Die ÖVP-Fraktion erhebt neuerlich die Forderung auf Gewährung eines dritten Stadtschulratspräsidenten. (Beifall bei der Volkspartei.) Diese Stelle gebührt der ÖVP, und auch in jenen Ländern, die von ihren Gensinnungsfreunden verwaltet werden, wird diese Stelle der Minderheitspartei zugebilligt. Weiter muß gefordert werden, daß die privaten Schulen den öffentlichen Schulen gleichgestellt werden.

Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen über die neue Schulgesetzgebung in allernächster Zeit mit gutem Erfolg abgeschlossen werden.

Leider ist ein neuerlicher Rückgang der Schüler festzustellen. Es verdient Anerkennung, daß sich die Wiener Lehrerschaft bemüht, den Anforderungen des modernen Unterrichts in jeder Weise gerecht zu werden. Dies zeigt auch der starke Besuch des pädagogischen Institutes. Der braven Lehrerschaft ist für die großen Bemühungen um die geistige, körperliche und seelische Ertüchtigung unserer heranwachsenden Jugend der beste Dank auszusprechen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Die Volkspartei lehnt Enteignungen nicht grundsätzlich ab, sie sollen aber nur dann angewendet werden, wenn tatsächlich das öffentliche Interesse das Eigeninteresse überwiegt. Es soll nicht vorkommen, daß trotz vorhandener Bauwilligkeit des Privaten die Enteignung durch ein mathematisches Kunststück ermöglicht wird.

Besonders ist der neue Weg des Stadtrates Bauer zu begrüßen, die Investitionen und Neuanschaffungskosten der vielfach schwer geschädigten, von der Gemeinde verpachteten Gastbetriebe durch zeitweise Herabsetzung des Pachtzinses auszugleichen. In diesem Zusammenhang wäre es vorteilhaft, wenn der Finanzreferent ein allgemeines Investitionsbegünstigungsgesetz einbringen würde, wie es von der ÖVP schon öfters verlangt wurde, durch das dem Gastgewerbe Nachlässe bei der Lohnsummensteuer und Getränkesteuer gewährt werden, um so die Vollbeschäftigung zu sichern und die Betriebe konkurrenzfähig zu machen.

Der Redner spricht sich dafür aus, bei einer geringfügigen Abgabenschuldigkeit von der Einhebung des Säumniszuschlages abzusehen, spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen wegen Inbetriebnahme des Schloßhotels Cobenzl günstig verlaufen werden, und verweist auf die Leistungen aber auch die Sorgen der Landwirtschaft. Besonders bei Gemüse waren zeitweise schwere Absatzstockungen, wodurch die Gärtner die Früchte ihrer schweren Arbeit nur mit Verlust absetzen konnten. Er richtet an die Bevölkerung, vor allem an die Hausfrauen den dringenden Appell, bei Aufstellung ihres Küchenszettels mehr die einheimischen Produkte zu bevorzugen und

nicht immer teures ausländisches Obst und Gemüse kurz vor der heimischen Ernte zu kaufen.

In diesem Zusammenhang stellt Dr. Hengl zwei Anträge. In dem einen wird darauf verwiesen, daß auf Grund der Kanalisierung in Erlaa eine derartige Senkung des Wasserspiegels eingetreten ist, daß die dortigen Gartenbaubetriebe an eine neu zu erbauende Wasserleitung angeschlossen werden müssen. Der Antrag fordert, daß von diesen Gartenbaubetrieben hierfür keine Beiträge eingehoben werden. Nach dem zweiten Antrag soll der Magistrat beauftragt werden, die Wasserversorgung des Gebietes von Breitenlee einschließlich der Siedlung zu prüfen und dem Gemeinderat das Projekt der Verlängerung der Wasserleitung vorzulegen.

Schließlich regt der Redner an, die Entschädigungen für Hochwasserschäden in Ober-Laa und im 25. Bezirk in gleicher Weise wie in den anderen Bezirken vorzunehmen, und spricht den Wunsch aus, an Stelle des Naschmarktes einen neuen Obst- und Gemüse-Großmarkt für Wien zu schaffen, wofür Simmering und Kagran am besten geeignet wären.

Dr. Hengl appelliert an die Bevölkerung, nicht wegen eines scheinbar billigen Preises in den USIA-Läden zu kaufen und insbesondere den Weihnachtswein in Fachgeschäften zu besorgen.

Abschließend dankt der Redner allen in dieser Gruppe tätigen Beamten, Angestellten und Arbeitern, an ihrer Spitze dem Amtsführenden Stadtrat und gibt namens der Volkspartei die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) stellt fest, daß sich vielleicht die Frage erheben könnte, wozu die Gemeinde noch 30 Millionen Schilling für Grundankäufe ausgibt, wenn bereits für 50.000 Wohnungen Baugrund vorhanden ist, der für ungefähr zehn Jahre reicht. Stadtrat Bauer habe jedoch bereits darauf hingewiesen, daß die Gemeinde auch für die übrigen großen Stadtplanungsaufgaben Grund benötigt, wie für die Anlage von Grünflächen, die Möglichkeit der Verlegung der Industrien usw. Die vorsorgende Grundbeschaffung sei daher sehr zu begrüßen und er danke Stadtrat Resch, daß dieser hierfür wieder einen so hohen Betrag ins Budget eingestellt hat. Die Fehlentwicklung einer Stadt kann in Wirklichkeit ja auch nur

dadurch verhindert werden, daß sie sich beizeiten den nötigen Grund sichert. Wenn u.a. von den Gründen am Kai gesprochen wurde, so ist dies ein Beispiel dafür, wie die Stadt Wien durch ihre Grundpolitik eine planungswidrige Verbauung dieses Gebietes unter schweren finanziellen Opfern verhindert hat. Der Redner verweist auch darauf, daß in dem Augenblick, in dem die Gemeinde an einem Grundstück Interesse zeigt, der Preis hierfür in die Höhe schnellt. Wenn davon gesprochen wurde, die Bezeichnung "Enteignung" sei keine glückliche, könne er sich dieser Ansicht nur anschließen, denn es handle sich ja in Wirklichkeit um keine Enteignung, sondern nur um einen zwangsweisen Verkauf unter bestimmten Voraussetzungen.

Bei dem Ausbau der Schlachthöfe und des Viehmarktes hätte man vielleicht besser überlegen und planen sollen. Die Bereitstellung von 6,5 Millionen zur Fertigstellung der Anlagen sei zu begrüßen.

Zur Preisgestaltung lebenswichtiger Güter müsse er den Stadtrat ersuchen, dafür zu sorgen, daß sich derartige Dinge, wie bei den Äpfelpreisen, nicht mehr wiederholen. Er verweist dabei auf die hohen Preise der Inland-Äpfel, während man erst jetzt darangehe einen allerdings auch nicht ausreichenden Posten billiger Ausland-Äpfel einführen zu lassen.

Zu der Meinung von GR. Dr. Hengl, daß es Zeit wäre, eine geeignete Körperschaft zu schaffen, die sich mit den Schulfragen auf gesetzlicher Grundlage beschäftigt, ist zu sagen, daß die Wiedererrichtung des Stadtschulrates als Körperschaft im Zuge der Schulgesetze geregelt werden wird müssen. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß die Wiedererrichtung der kollegialen Schulbehörden an Meinungsverschiedenheiten verschiedener Art bisher gescheitert ist.

Ein Problem ist auch das weitere Schicksal der Lehrer hinsichtlich ihrer Besoldung und des Dienstrechtes. Als über das Lehrerkompetenzgesetz verhandelt wurde, wurde von verschiedenen Rednern darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Bundesverfassungsgesetz vom 21. April 1948 hinsichtlich der Besoldung des Dienstrechtes der Lehrer durch den Bund zwar sehr präzise Bestimmungen enthalten sind, die aber die Möglichkeit offen lassen, daß sie durch andere Gesetze, z.B. durch das Bundesfinanzgesetz, abgeändert werden. GR. Dr. Stemmer erklärt, daß er es verstehen könne, daß der Finanzminister jede Gelegenheit von Verhandlungen benützt, um die Lehrerbesoldung auf die Länder abzuwälzen.

So hatte der Finanzminister gehofft, daß er bei Stadtrat Resch, bedingt durch die sinkenden Geburten- und Schülerzahlen, auf besonderes Verständnis stoßen werde und dieser die Lehrerlasten übernimmt. GR. Dr. Stemmer stellt mit Befriedigung fest, daß Stadtrat Resch sich jedoch auf den Standpunkt stellte, daß eine so enorm wichtige Frage, wie die, ob die Lehrer bundes- oder landesbesoldete Angestellte sind, nicht über die Köpfe jener, welche die Konsequenzen zu tragen haben, entschieden werden kann. Die Lehrerschaft verlangt ein bundeseinheitliches Dienstrecht und eine bundeseinheitliche Besoldung. Die Wiener Lehrer gingen dieser Forderung seit je voran, obwohl sie heute, wie vor 1934, das beste Dienstrecht haben und vor 1934 auch die beste Besoldung hatten. Eine bundeseinheitliche Regelung könne nur den anderen Bundesländern zugute kommen.

Es wurde viel über die Auswirkungen des Geburtenrückganges gesprochen. GR. Dr. Stemmer erklärt, er sehe diesen im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Schulwesens und vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf den Personalstand der Lehrer und auf die weiteren Schulbauten. Wir haben im heurigen Jahr rund 148.000 Schüler und 6.036 pragmatisierte Lehrer. Wir werden im Jahre 1958/59, soweit kann man das mit Sicherheit voraussagen, rund 100.000 Schüler haben und somit nur mehr 4.200 Lehrer benötigen. Dabei beträgt in Wien die Schülerzahl auf einen Lehrer ohnedies nur 26. Wenn man nun annimmt, daß das Lehrerdienstrecht keine Verschlechterung der Lehrverpflichtung bringt, und ferner annimmt, daß nicht mehr Schüler die Mittelschulen besuchen, werden 1.800 Lehrer überzählig. Bei einer Annahme, daß 1.100 durch Pensionierung oder Tod ausscheiden, bliebe immer noch ein Rest von 700 überzähligen Lehrern, vorausgesetzt, daß keine Neuaufnahmen mehr erfolgen. Es sei jedoch nicht möglich, auf Jahre hindurch keine Lehrer anzustellen. Es wurden auch im heurigen Jahr wieder Lehrer angestellt. Der Redner hofft, daß man auch über diese Klippe hinwegkommen wird.

Es wurde auch darüber geklagt, daß man nicht so viel Lehrer angestellt hat, wie man gebraucht hätte. Die Lösung, zwei Überstunden von einem Teil der Lehrer zu verlangen, ist

sicher keine ideale, aber man möge überlegen: Was ist leichter zu ertragen? Überstunden oder Menschen nach einiger Zeit wieder abzubauen. Ob eine Dienstzeitherabsetzung für die Lehrer möglich sein wird, ist schwer zu sagen. Wir rechnen jedoch damit, daß auch das neunte Schuljahr einen Ausweg bringen wird.

Der Redner nahm dann zum Schulbau Stellung und sagte, obwohl wir keinen Schulraum mehr brauchen, werden wir weiter Schulhäuser bauen müssen, und zwar überall dort, wo neue Bevölkerungsschwerpunkte entstehen. In Bezug auf die Inneneinrichtung der Schulen kann sich die Stadt Wien mit dem Ausland in jeder Weise messen (Beifall bei SPÖ). Man darf natürlich auch nicht auf die alten Schulen vergessen, die modernisiert werden sollen. Durch den Schülerrückgang werden voraussichtlich 69 Schulen überzählig, darunter solche, auf die man gern und leicht verzichten kann.

GR. Dr. Stemmer beschäftigt sich auch mit der Kritik von GR. Dr. Soswinski an den Wiener Schulverhältnissen und hält dem gegenüber Zitate aus dem offiziellen Bericht der Schulverwaltung in der deutschen Ostzone. Daraus geht hervor, daß dort von 1945 bis 1952 die Anzahl der Schulen um 6 Prozent zugenommen hat, in Wien jedoch um 60 Prozent. Auch in der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse schneidet Wien im Vergleich zur Ostzone sehr gut ab, hier im Durchschnitt 32, dort über 44. Man darf nicht den Eindruck erwecken, daß hier alles schlecht und anderswo alles gut ist (Beifall).

GR. Dr. Stemmer erwidert dann GR. Dr. Eberle, der in der Debatte zum Kapitel Gesundheit über den Geburtenrückgang und die Abtreibungen gesprochen hat. Die Abtreibungen sind aber weder eine Erfindung der SPÖ, noch gehören sie zu ihrem Programm. Wogegen sich die Sozialistische Partei wendet, ist, daß es auf diesem Gebiet ein Privileg gegeben hat. Wer es sich leisten konnte, die Kosten zu bezahlen, für den ist die ganze Geschichte vertuscht worden (Beifall bei SPÖ).

GR. Dr. Eberle hat auch gesagt, die soziale Lage der Patienten zu beurteilen ist nicht Aufgabe eines Arztes: er hat aber gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß man bei der Beurteilung dieser Frage/ <sup>auch</sup> die Notlage der Ärzte in Betracht ziehen müßte. Hier klafft ein Widerspruch!

Es ist über die Ursachen des Geburtenrückganges sehr viel gesprochen worden. Aber eines kann man nicht übersehen, daß der Rückgang im Jahr 1948 beginnt. Das muß einem zu Denken geben. Dem Jahr 1948 gingen die politischen Entwicklungen in Ungarn und der Tschechoslowakei im Jahre 1947 voraus. Die Bedrohung der Welt durch Kriegsgefahr hat es mit sich gebracht, daß verantwortungsbewußte Menschen in dieser ernstesten Frage vorsichtiger geworden sind.

Der Redner nimmt ferner zu den Ausführungen der ÖVP über die Einführung der unentgeltlichen Abgabe von Lernmitteln durch Bürgermeister Dr. Lueger Stellung. Das waren die Armenlernmittel. Als 1920 die unentgeltliche Abgabe der Lernmittel im Gemeinderat beschlossen wurde, da waren die Stimmen der Christlich-Sozialen nicht dabei. Der Redner zitiert auch einen Erlaß aus dem Jahre 1934, in dem es heißt, daß jene die Schulbücher nicht unentgeltlich bekommen sollen, von denen angenommen werden kann, "daß die Beschaffung der Schulbücher keine unerschwingliche Ausgabe" darstellt. Damit war der Lueger-Zustand wiederhergestellt.

Nochmals auf die Rede von GR. Dr. Soswinski eingehend, weist der Redner nach, daß in der deutschen Ostzone die Eltern unter anderem zu Arbeiten und finanziellen Leistungen für die Schulen aufgefordert werden. Abschließend stellte er fest: Wäre es ein schlechter Weg, den wir hier gehen, dann würde sich das Schulwesen nicht so gut entwickelt haben. Die äußere Anerkennung für den hohen Stand des Wiener Schulwesens könne man Jahr für Jahr bei der Verleihung der Renner-Preise sehen: Schulrat <sup>Radl</sup> Volksschullehrer Bendl und jetzt erst Blindenlehrer Melhuber. Jeder für sich ist ein Symbol der hohen Qualität der österreichischen Schule. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Bauer zu dem Vorwurf der Bodenspekulation: Die Gemeinde Wien weiß ganz genau, was recht und billig ist. Wir können auch ganz genau unterscheiden, was wir bei Grundkäufen bieten können und was nicht; denn wir haben noch eine freie Willensbildung und können zu den Dingen frei und unabhängig unsere Stellung beziehen. In Wien wird bei Grundkäufen der drei- bis vierfache Einheitswert bezahlt.

Darüber hinaus sind wir noch nicht gegangen. Bei den Grundankäufen am Franz Josefs-Kai ist die Gemeinde Wien nicht leichtfertig vorgegangen. Wir waren nur auf Grund der Bauordnung verpflichtet, den Grund einzulösen. Der Preis wurde durch das Gericht festgesetzt.

Zu der Klage des GR. Dr. Soswinski, man schätze bei uns den Osthandel und die Notwendigkeit rechtzeitiger Einfuhren nicht richtig ein und berücksichtige die Preisdifferenzen zwischen Ost und West nicht gebührend, erklärt der Stadtrat: Die Zeit, da wir wurmige Erbsen als Geschenk bekommen haben und dann teuer bezahlen mußten, ist vorbei. Die österreichische Bevölkerung überlegt sich heute, was und zu welchem Preis eingeführt werden soll. Wenn man uns Gänse anhängen will, die in Westdeutschland preislich noch vertretbar sind, dann sind sie bei uns preislich eben nicht mehr vertretbar. Jedenfalls ist dank der vorsorglichen Politik des Wiener Marktamtes vorgesorgt, daß der Weihnachtstisch der Wiener voll gedeckt ist und daß die Preise entsprechend erstellt wurden.

Bei den Verhandlungen über die Stadtplanung ist auch das Problem des Naschmarktes und der Großmarkthalle besprochen worden. Der zunehmende Verkehr zwingt zu einer Lösung dieser Frage, jedoch muß unter Vermeidung von Fehlplanungen eine Dauerlösung gesucht werden.

Zu beanstandeten Fehlplanungen in St. Marx verweist der Stadtrat auf die Schwierigkeit, in den Wirren der Nachkriegszeit eine richtig vorausschauende Planung zu erstellen. Im übrigen wurde der Pferdeschlachthof Meidling nach St. Marx verlegt, wodurch einerseits wertvolle Baugelände gewonnen werden, andererseits die Kapazität von St. Marx besser ausgenützt werden konnte.

Die beiden Beschlusanträge des Dipl. Ing. Dr. Hengl empfiehlt der Berichterstatter in einer geänderten Fassung zur Annahme.

Bei der Abstimmung werden die Budgetansätze der Verwaltungsgruppe IX unverändert gegen die Stimmen der WdU und des Linksblockes angenommen.

Die beiden Beschlußanträge werden einstimmig in der vom Berichterstatter empfohlenen Fassung dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen)

Ein freudiger Ausblick auf das kommende Jahr

=====

Gemeinde Wien sichert Vollbeschäftigung für Bauarbeiter

18. Dezember (RK) Heute nachmittag wurde auf der städtischen Baustelle in der Czartoryskigasse, wo die Gemeinde Wien eine Wohnhausanlage mit 18 Stiegehäusern und 200 Wohnungen baut, die Dachgleiche erreicht.

Stadtrat Thaller, der aus diesem Anlaß die Baustelle besichtigte, beschäftigte sich in einer kurzen Ansprache an die Arbeiter mit der Bautätigkeit im kommenden Jahr. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er den Arbeitern und der Bauwirtschaft eine frohe Kunde überbringen kann: mit dem soeben im Wiener Gemeinderat angenommenen Baubudget wurde den Bauarbeitern im Jahre 1954 die Vollbeschäftigung gesichert!

Er verwies auf die großen Leistungen des heurigen Jahres, in welchem es gelungen ist, den Bau von 7.913 neuen Wohnungen in Angriff zu nehmen, um 1.463 mehr, als vor einem Jahr im Gemeinderat versprochen wurde. Stadtrat Thaller sprach den Bauarbeitern für ihre Leistungen seinen herzlichsten Dank aus und benützte zugleich die Gelegenheit, um auch die gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter zu würdigen.

Schwedenplatz und Stephansplatz für den Verkehr freigegeben

=====

18. Dezember (RK) Nach Fertigstellung der Straßenbauarbeiten werden ab Sonntag, den 20. Dezember, der Schwedenplatz und der Stephansplatz für den Verkehr freigegeben.

**Puppen werden adoptiert!**  
=====

18. Dezember (RK) Es ist eine alte pädagogische Weisheit, den Mädchen eigentlich ziemlich lange ihr geliebtes Puppenspiel recht schön und erstrebenswert zu machen. Es werden doch dabei viele wertvolle Eigenschaften wie als Vorwegnahme späterer Ernstsituationen im Leben erprobt. Wie aufmerksam, fleißig, aber auch zärtlich und mütterlich-hingebend können kleine Puppenmütter sein!

Das Puppenspiel sollte mit vielen Mitteln in allen Familien gepflegt werden. Aus diesem Grund eröffnet das Jugendamt der Stadt Wien mit freundlicher Hilfe der Wiener CARE-Mission zu Weihnachten seine erste Adoptionsstelle für Puppen. Vorläufig wurden zwölf Mädchen, acht bis zehn Jahre alt, ausgewählt. Sie sind bereit, die Puppen als Pflegekinder zu übernehmen - jene wunderschönen Puppen, welche die CARE-Mission gespendet hat.

Heute nachmittag hat Vizebürgermeister Honay im Kindergarten Stadtpark in einer kleinen Vorweihnachtsfeier den Puppenmüttern ihre neu. Lieblinge übergeben, freilich nur in Windeln gewickelt. Aber die Puppenmütter strahlen vor Glück, versprachen mit kindlichem Eifer, ihre Puppenkinder gut zu pflegen und wie es vorgesehen ist, monatlich einmal in den Beratungsstunden vorzustellen. Die beratende Kindergärtnerin wird jedesmal beurteilen, ob die Pflege der Puppen richtig ist, ob sich etwa die Puppenwäsche, Puppenkleider von Beratung zu Beratung vervollständigen, immer entsprechender, immer schöner werden. Und wenn dann ein Jahr der Beratung vorbei sein wird, dürfen die Puppenmütter darum bitten, ihre Pflegekinder als die eigenen Puppenkinder adoptieren zu dürfen .....

Mögen die Mütter Wiens, welche Töchter haben, diesen schönen Versuch beachten: Auch aus der kleinen Leistung der "Adoptionsstelle für Puppen" entwickeln sich wertvolle erzieherische Anregungen für viele ratsuchende Mütter. - Das Puppenspiel hat erzieherische, ja tatsächlich auch Werte im Sinne der Heilpädagogik.

Übrigens werden nicht nur Puppen als Leihgaben von der

18. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2315

CARE-Mission zur Verfügung gestellt: eine Gruppe von Jungen erhält Bälle, die ebenfalls zu gewissen Terminen vorgezeigt werden, um die betreffende Gruppe zur Pflege des Spielzeuges anzuhalten.

Vizebürgermeister Honay dankt im Namen des Jugendamtes der Stadt Wien der Wiener CARE-Mission für ihre schöne Hilfsbereitschaft, mit der sie bewiesen hat, daß sie auch hier bereit ist, ein kleines Projekt zu unterstützen, wenn es gilt, Wiener Kindern Freude zu schenken,

Ferkelmarkt vom 17. Dezember

=====

18. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 61 Ferkel, verkauft wurden 59. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 210 S, 7 Wochen 244 S, 8 Wochen 270 S, 10 Wochen 300 S, 12 Wochen 360 S.

Der Marktbetrieb war mäßig.

Allgemeine Verwaltung  
=====

Der Gemeinderat geht sodann zur Beratung der Verwaltungsgruppe X: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, über.

Amtsführender Stadtrat Afritsch bezeichnet die Präsidialausgaben der Stadt Wien im Vergleich zum Repräsentationsdienst anderer Städte als bescheiden. Mit Freude ist festzustellen, daß der Fremdenverkehr in der letzten Zeit sehr gestiegen ist. Wien ist wieder auf dem Wege, eine internationale Kongreßstadt zu werden. Im vergangenen Jahr wurde in Wien eine Reihe großer internationaler Kongresse abgehalten. Eine besondere Ehre war die Abhaltung des Internationalen Städtetages. Für das Jahr 1954 sind bis jetzt für Wien mehrere Kongresse vorgesehen, darunter die Internationalen Kongresse der Gartenarchitekten, der Heilpädagogen und der Tiergartendirektoren.

Im Jahre 1953 hat die Stadt Wien 35 Empfänge für rund 4.500 Personen, darunter 3.000 Ausländer, gegeben und zahlreiche Erinnerungsgaben, darunter 1.000 Exemplare des Buches "Profil einer Stadt" verteilt.

Eröffnungsfeiern wurden vom Präsidialdienst organisiert für: vier Schulen, vier Kindergärten, die Marienbrücke, 18 Wohnhausanlagen, die Schwesternschule und das Heim Wilhelminenspital, die Grundsteinlegung zum Großspeicher am Steinfeld, die Grundsteinlegung zur Stadthalle, die Einschaltung der 50.000. Straßenlampe u.a.m.

Gehrt wurden 884 Paare anlässlich ihrer Goldenen Hochzeit, 42 Paare anlässlich der Diamantenen, 6 Paare anlässlich der Eisernen und ein Paar anlässlich der Steinernen Hochzeit.

Anerkennende Worte fand Stadtrat Afritsch für die Tätigkeit der Pressestelle der Stadt Wien. Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint mindestens einmal, meist zweimal täglich und bringt wichtiges Informationsmaterial für Presse und Radio. Mit Befriedigung hebt der Stadtrat die erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiete hervor. Der Bilderdienst wurde ausgestaltet, ebenso die bildmäßige Gestaltung der Kleinprospekte "Die Stadt Wien gibt Auskunft". Die Bilderkästen an beiden Seiten des Rathauses und seit einiger Zeit auch an 21 Magistratischen Bezirksämtern finden großes Interesse bei der Bevölkerung.

Der Stenographendienst legt besonderes Gewicht auf die rasche Ausfertigung der Protokolle. Eine Magnetophonanlage unterstützt die Stenographen in ihrem schweren Dienst. Auch das Arbeitsverfahren bei der Drucklegung der Landtags- und Beschlußprotokolle wurde vereinfacht und beschleunigt.

#### Bevölkerungswesen

Am 1. September 1952 wurden in Wien 1.767.297 Einwohner gezählt, im August 1953 1.759.000 und im Oktober 1953 1.760.952. Wenn man berücksichtigt, daß der Gestorbenenüberschuß über 12.500 beträgt und der Rückgang der Bevölkerung rund 7.000 ausmacht, so sind 1953 immerhin rund 5.000 Personen nach Wien zugewandert.

Zum Geburtendefizit erklärt der Stadtrat: Wir hatten schon einmal in den Jahren der Weltwirtschaftskrise so niedrige Geburtenziffern wie heute. Während auf 10.000 der Bevölkerung in den Jahren 1906 bis 1910 245 Geburten kamen, waren es 1925 140, 1936 55, 1937 54, 1952 70 und in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 67. Trotz der unbefriedigenden und niedrigen Geburtenziffer ist die Geburtenfreudigkeit der Frauen heute etwas besser als in den Jahren der Weltwirtschaftskrise.

Die Säuglingssterblichkeit ist erfreulicherweise weiter zurückgegangen. Auf 1.000 Geborene kamen im Jahre 1945 191 Sterbefälle, 1950 57, 1952 46, 1953 43.

#### Ein Kraftfahrzeug auf 19 Einwohner

Die Entwicklung auf dem Verkehrssektor nimmt einen stürmischen Fortgang. Vielleicht stehen beide Zahlengruppen - die der Kinder und die der Kraftfahrzeuge - im gewöhnlichen Zusammenhange. Es kommt oft vor, daß die Kinder nicht mehr Adam und Eva, sondern Vespa und Lohner heißen.

1937 liefen in Wien 43.380 Kraftfahrzeuge, 1947 30.493, 1951 71.088, 1952 76.362, und am 31.10.1953 waren es bereits 92.727; die Zunahme in diesem Jahr beträgt somit 18,4 Prozent. 10.258 Motorräder standen am 31.10. mehr im Verkehr als zu Beginn des Jahres. Auf 19 Einwohner kommt ein Kraftfahrzeug.

Die Vermehrung der Kraftfahrzeuge verursachte eine erhöhte Unfallhäufigkeit. Vom Jänner bis Oktober ereigneten sich 13.160 Verkehrsunfälle, was einer Steigerung um rund 18 Prozent entspricht. Das größte Ausmaß der Erhöhung ist bei den Motorrädern und beträgt 50 Prozent. Bei den 13.160 Unfällen wurden 7.379 Personen verletzt oder getötet. Das ist um 23 Prozent mehr als im vorjährigen Vergleichszeitraum. 874 der insgesamt 7.379 Verletzten waren Kinder im Alter bis zu 14 Jahren.

Der Fremdenverkehr wies in einem Jahr - vom 1. Dezember 1952 bis 31. November 1953 - bei 327.471 Fremdenmeldungen 965.299 Übernachtungen auf, das ist ein Mehr um 13,5 Prozent. Diese Entwicklung hängt zweifellos mit der Aufhebung der Kontrolle an der Zonengrenze zusammen. Von den 38.423 Fremden, die heuer mehr nach Wien gekommen sind, waren 28.452 Ausländer. Das ist bei den Ausländern eine Steigerung um 28,9 Prozent. An erster Stelle steht bei den Fremden Italien mit 20.750 Besuchern, es folgen USA mit 18.990, Westdeutschland mit 12.521, das damit von der **siebenten Stelle auf die dritte** vorgerückt ist und <sup>die</sup> Schweiz mit 12.995 Besuchern.

Bei den Eheschließungen ist ein leichter Rückgang auf 13.800 zu verzeichnen. Nach der Statistik entsprechen einer Eheschließung eine Geburt und zwei Todesfälle.

Auch die Einbürgerungen und Staatsbürgerschaftserklärungen sind im vergangenen Jahr etwas zurückgegangen. Von 1945 bis 1.11.1953 wurden 78.303 Einbürgerungsgesuche und Staatsbürgerschaftserklärungen positiv erledigt, 1953 bis 30. November 5.097. Insgesamt erhielten damit 133.115 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft. Von den verliehenen Staatsbürgerschaften entfallen mehr als zwei Drittel auf Flüchtlinge. Es gibt kein Bundesland, das so viele Personen eingebürgert hat wie Wien. Bei einem 25prozentigen Anteil der Bevölkerung hat es einen Anteil von 38 Prozent Flüchtlingen. Die große Masse der Flüchtlinge, die sich um die Einbürgerung beworben haben, sind österreichische Staatsbürger geworden. Der Rückgang der Einbürgerungen beweist diese Tatsachen.

Die Beamten haben einige sehr schwere Jahre gehabt, und es gebührt ihnen der Dank für ihre Arbeit und das wirklich menschliche Verständnis. Auch die Zahl der ausgestellten Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsausweise ist zurückgegangen, ist aber immer noch beträchtlich. Vom 1. Jänner bis 30. November 1953 wurden 58.524 ausgestellt.

#### Keine ungünstigen Auswirkungen der Gewerberechtsreform

Bei der Schaffung der Gewerberechtsnovelle 1952 wurden Befürchtungen laut, daß sich durch die Aufhebung des Untersagungsgesetzes die Zahl der Gewerbeberechtigungen ungeheuer vermehren würde und die Wirtschaft großen Schaden erleiden würde. Die Befürchtungen in dieser Richtung trafen überhaupt nicht zu. In den ersten zehn Monaten 1953 wurden 873 Gewerbeberechtigungen für freie Gewerbe ausgestellt (in den ersten zehn Monaten 1952 waren es 908), 3.420 (3.076) für gebundene Gewerbe, 1.307 (1.392) für handwerksmäßige Gewerbe und 1109 (952) für konzessionierte Gewerbe. Alle, die für die Abschaffung des Untersagungsgesetzes eintraten, haben auf Grund der bisherigen Erfahrungen Recht behalten. Die Gewerberechtsreform hat sich auch verwaltungsmäßig günstig ausgewirkt; schätzungsweise sind ungefähr 25 Prozent der Gewerbeagenden weggefallen. Den vom 1. November 1952 bis 31. Oktober 1953 ausgestellten 8.873 neuen Gewerbeberechtigungen stehen 14.679 erloschene Gewerbeberechtigungen gegenüber.

Die meisten noch bestehenden öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Aufsichten betreffen das sogenannte Deutsche Eigentum. Derzeit sind 424 öffentliche Verwalter und 58 Aufsichtspersonen gegenüber 2.356 im Jahre 1946 eingesetzt.

Die Registrierungen sind kaum verändert. Im November 1952 waren 7.716 Belastete registriert, im Dezember 1952 7.662.

In den letzten elf Monaten wurden 595 Vereine gegründet, 33 Vereine aufgelöst und in 20 Fällen die Vereinsbildung oder -umbildung untersagt. Derzeit bestehen rund 9.700 Vereine.

Für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen sind 3,1 Millionen Schilling eingesetzt. Seit dem April 1932 wählen die Wiener im nächsten Jahr das erste Mal getrennt von den Nationalratswahlen und seit dieser Zeit das erste Mal die Bezirksvertretungen. Zur Durchführung der Wahl werden wieder Wählerverzeichnisse angelegt wurden.

Durch die Normalisierung der Verhältnisse ist die Zahl der von der Gemeinde geführten Prozesse wesentlich geringer geworden; es ist ein Rückgang um 35 Prozent. Erfreulicherweise konnten zahlreiche Rückstellungsfälle völlig abgewickelt werden, und nur noch eine Anzahl von besonders komplizierten Rückstellungsansuchen sind noch zu erledigen. Auch in diesen Fällen ist mit einer baldigen, zumeist vergleichswisen Erledigung zu rechnen.

Für die Feuerwehr ist ein Gesamtaufwand von rund 52,7 Millionen Schilling vorgesehen. Im außerordentlichen Voranschlag sind für Kriegsschädenbehebung 7 Millionen präliminiert, zu gleichen Teilen für den Weiterbau der Feuerwehrzentrale Am Hof und der Feuerwache Ottakring. Der Personalstand ist mit 1.284 fast unverändert geblieben. Der Mitgliederstand der 80 freiwilligen Feuerwehren beträgt 2.000 Mann. Die Berufsfeuerwehr verfügt über 156, die freiwilligen Feuerwehren über 31 Feuerwehrfahrzeuge. Die Feuerwehr ist personalmäßig auf dem Friedensstand, die technische Ausrüstung ist besser als vor dem Kriege. Vom 1. November 1952 bis 31. Oktober 1953 mußte die Feuerwehr 5.176 Mal ausrücken; sie hatte in dieser Zeit 1.235 Brände, davon 6 Großbrände und 48 Mittelbrände, zu bekämpfen.

Unter dem allgemeinen Beifall des Hauses dankt Stadtrat Afritsch allen Mitarbeitern, vor allem aber den Feuerwehrmännern für ihre Einsatzbereitschaft.

GR. Josef Doppler (WdU) stellt mit Bedauern fest, daß der Personalstand der Feuerwehr um 16 Bedienstete verringert wird. Erfreulich sei jedoch, daß die Ansätze für die Hauptbezüge etwas gestiegen sind. Er würde es als zweckmäßig erachten, diesen Verwaltungszweig der Geschäftsgruppe VII anzugliedern, weil es sich hier um eine technische Angelegenheit handelt.

Der Redner spricht sich gegen die Verringerung der Ansätze für die Anschaffung und Instandhaltung der Dienstkleidung der Standesbeamten aus. Man sollte auch gegen die Aufhetzung der Bevölkerung gegen die standesamtliche Zeremonie eintreten. Diesem Problem gebühre schon wegen der großen Zahl von Ehescheidungen besondere Beachtung.

Gewisse Publikationen der Statistik, vor allem auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens erachtet der Redner als unzulänglich. So müßte aus den Statistiken die Frage der Wohn-dichte in den Gemeindebauten, die Frage bezüglich des Baugrundbesitzes der Gemeinde in den einzelnen Bezirken, ein Veränderungsausweis über das von der Gemeinde Wien verwaltete Nazi-eigentum usw. zu ersehen sein. Es dürfe auch nicht vorkommen, daß sich beim Vergleich der verschiedenen statistischen Darstellungen untereinander Unterschiede ergeben.

GR. Doppler erklärt, er müsse auch heute, wie schon so oft, die Forderung darnach erheben, daß über die von der Gemeinde geführten Prozesse sowie die Summe der Prozeßkosten berichtet werde.

Die Magistratsabteilung 61, die auch die Evidenzführung der Kriegsgefangenen und Vermißten besorgt, müßte ihre Tätigkeit durch einen ähnlichen Suchdienst, wie der des Innenministeriums, erweitern.

Als erfreulich bezeichnet es GR. Doppler, daß bei den Einbürgerungen eine gewisse Erleichterung eingetreten ist, vor allen auch jenen Personen gegenüber, die man zu sogenannten "Deutschen Staatsbürgern" stempeln wollte, und gegen die man früher besonders rigoros war. Der Redner führt dies jedoch auch darauf zurück, daß die Gemeinde Wien solchen Personen, die schon lange vor 1938 in Wien lebten, die ihnen 1945 geraubten Wohnungen und Geschäfte zurückgeben und ihre Schäden ersetzen mußte. Die Gemeinde fürchtet nun, daß die ausgebürgerten ehemaligen Nationalsozialisten, die heute als sogenannte "Deutsche Staatsbürger" anerkannt werden, gleichfalls Schadeneratz und Rückstellung für das ihnen 1945 entzogene Eigentum fordern könnten. Um dem zu entgehen, will ihnen die Gemeinde wieder das Heimatrecht geben. Dank und Anerkennung spricht der Redner allen an den Wahlarbeiten zur Nationalratswahl beteiligten Personen aus. Der Redner tritt sodann für die Abschaffung verschiedener noch bestehender Härten gegenüber Nationalsozialisten ein.

Abschließend erklärt GR. Doppler, daß er noch einige ihn persönlich angehende Beschuldigungen widerlegen möchte.

So könne er belegen, daß er sich im Jahre 1945 nicht "ver-krochen" habe, sondern zu diesem Zeitpunkt in amerikanischer Gefangenschaft war. Zu der Beschuldigung, er hätte während der NS-Zeit hunderte Beamte entlassen, weise er ein Schreiben des Personalamtes aus dem Jahre 1947 vor, in dem ihm be-stätigt wird, daß seine Dienstleistung befriedigend war und er wegen Zugehörigkeit zur NSDAP entlassen wurde.

Seine Fraktion könne die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Gruppe nicht geben ehe nicht die wesentlichsten Fragen des NS-Problems, die in diese Gruppe fallen, gelöst werden.

GR. Dr. Altmann (LBl) stellt mit Befremden fest, daß wohl viele Kongresse und Tagungen durch die Stadtverwaltung empfangen wurden, dies jedoch beim Weltgewerkschaftskongreß unterblieb. Er kritisiert auch, daß die Pressestelle der Stadt Wien den Zeitungen der Opposition in parteiischer Art vor allem bei der Auskunftserteilung Schwierigkeiten bereitet. Er protestiert gegen diese Anmaßung von Zensurrechten. Der Red-ner verlangt, daß wichtige interne Erlässe auch der Öffent-lichkeit zugänglich gemacht werden. Man könnte solche Erlässe im Amtsblatt verlautbaren oder eventuell vervielfältigen und den Gemeinderäten zustellen. So war zum Beispiel die bevor-stehende Erhöhung der Kindergartenbeiträge durch einen Erlaß schon bekannt, bevor es den Mandataren mitgeteilt wurde.

Bei der Feuerwehr anerkennt Dr. Altmann, daß der Wieder-aufbau der Berufsfeuerwehr, wenn auch noch nicht abge-schlossen, so doch weit vorgeschritten ist. Die Wiener Feuer-wehr hat wieder jene Schlagkraft erreicht, die sie zu einer der besten in der Welt macht. Aber was anzuerkennen ist, ver-dankt man weniger der Verwaltung der Stadt Wien, als den Feuerwehrleuten.

Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, sind nach wie vor elend. 24 Stunden Dienst und 24 Stunden Freizeit gehen weit über das hinaus, was jede kommende gesetzliche Arbeitszeitregelung für irgend eine Berufsgruppe als zulässig erklären wird. Der Redner kritisiert auch die sanitären An-lagen in manchen Feuerwachen sowie den Zustand der Mann-schaftsräume. Er warnt ferner vor einer Personalverminderung und meint, es gibt kein Gebiet der Verwaltung bei dem Sparmaß-nahmen weniger am Platze sind als bei der Feuerwehr.

Man müsse vielmehr dafür sorgen, daß das Feuerwehrpersonal vermehrt wird, damit der Schutz der Wiener Bevölkerung gesichert ist. Auch für einwandfreies Material und eine gediegene Ausrüstung muß gesorgt werden.

Abschließend sagte GR.Dr. Altmann, daß trotz dem Aufbau der Feuerwehr, der nicht geleugnet werden soll, noch außerordentlich viel zu tun ist, daß aber in den Ansätzen für 1954 nicht die notwendigen Vorkehrungen getroffen wurden. Der Dank an die Feuerwehrleute allein genügt nicht, man müsse ihm auch Taten folgen lassen. Da er diese aber vermisse, könne er den Ansätzen im Namen seiner Fraktion die Zustimmung nicht geben.

GR.Dr. Fiedler (ÖVP) sagte, die Ziffern des Budgets dieser Geschäftsgruppe stehen keineswegs im Einklang mit dem umfangreichen Aufgabenbereich. Er beanstandet auch, daß der zuständige Gemeinderatsausschuß so selten einberufen wird. Zweifellos könnte in vielen Fällen der Ausschuß zur aktiven Mitarbeit herangezogen werden.

Im Hinblick auf die kommenden Wahlen bringt der Redner einen Antrag auf Einführung der Wahlpflicht für Wien ein. Ferner erhebt er die Forderung, die wahlkreismäßige Aufteilung der Landtagsmandate auf Grund der Volkszählung neu vornehmen zu lassen. Er verlangt, daß die Durchführung der kommenden Wahlen ordnungsgemäß erfolgen soll. Der Redner erwähnt in diesem Zusammenhang Vorfälle bei der Nationalratswahl, wo in Altersheimen die vorbereiteten Stimmzettel der alten Leute überprüft und in einigen Fällen ausgetauscht wurden.

Im Zusammenhang mit der Ausschmückung der Trauungssäle erneuert der Redner die Forderung nach Schaffung einer österreichischen Ehegesetzgebung. (Beifall bei der ÖVP.) Die Standesämter werden dadurch in ihrem Aufgabenkreis keineswegs überflüssig.

GR.Dr. Fiedler regt weiter an, für Simmering wieder ein eigenes Magistratisches Bezirksamt zu schaffen, da die Bevölkerungszahl seit der Zusammenlegung des Amtes mit dem des dritten Bezirkes um 4.200 Menschen zugenommen hat.

Zu der Kritik des GR.Dr. Altmann an der Praxis der Stadt-

verwaltung bei öffentlichen Einladungen stellt der Redner fest, daß es sich bei den nicht Eingeladenen meistens um solche handelt, die nicht mit offiziellen Reisepapieren nach Österreich, sondern in der Regel unter dem Schutz einer Besatzungsmacht auf einem Umweg zu uns kommen. Außerdem verfügen die Behörden über keine Unterlagen, da diese Personen in einer bestimmten Zone wohnen müssen, wo keine Meldepflicht besteht. Es wäre gar nicht angängig, daß die Stadtverwaltung Institutionen Empfänge gibt, die im Rahmen ihrer Veranstaltungen gegen die österreichische Bundesregierung Stellung nehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Die Magistratischen Bezirksämter und die zuständigen Magistratsabteilung mögen der Bekämpfung unberechtigter Gewerbeausübung ein besonderes Augenmerk zuwenden und den berechtigten Erwartungen der Bevölkerung entsprechen. Die Geldstrafen sollten dem Vergehen entsprechend verhängt werden und eine abschreckende Wirkung erreichen.

Bei der Verleihung von Konzessionen, insbesondere im Gast- und Schankgewerbe, soll der Bedarf geprüft und die Behörde verpflichtet werden, sich mit den Gutachten der Fachkörperschaften sachlich auseinanderzusetzen und von den Gutachten nur dann abzuweichen, wenn sie auf einer irrigen Beurteilung der Sachlage beruhen.

Der Abteilung für Verkehrsrechtsangelegenheiten kommt mit Rücksicht auf die gewaltige Motorisierung eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses sollten zu einer stärkeren Mitarbeit herangezogen, darüber hinaus ein größerer Kreis von am Verkehr beteiligten Personen zur Stellungnahme eingeladen und eine Art Verkehrsparlament geschaffen werden, wie ein solches zum Beispiel bereits in München existiert. Wichtig wäre vor allem die Lösung des Lärmproblems im Straßenverkehr und die Wiedereinführung des Hupverbotes während der Nachtstunden.

Der Redner kritisiert es, daß Konzessionen für Kraftfahrlinien unter der Bedingung verliehen werden, daß die Linien nur so lange betrieben werden dürfen, als sie die Stadt Wien nicht selbst betreibt und spricht sich für einen rascheren Aktenlauf bei Verpachtungs- und Konzessionsansuchen im Personenfuhrwerks-gewerbe aus.

Die Fraktion der ÖVP begrüßt es mit Genugtuung, daß die Ausrüstung der Feuerwehr mit Fahrzeugen und Geräten nunmehr als abgeschlossen gelten kann. Vor wenigen Wochen wurde auch die automatische Brandmeldeanlage in Betrieb genommen und damit einem bereits wiederholt vorgebrachten Wunsch der ÖVP entsprochen. Unter Hinweis auf eine Aktion in Breitenfurt, wo der Brand wegen Wassermangels nicht gelöscht werden konnte und die Wiener Feuerwehr ohne Tankwagen ausrückte, fragt Redner, ob die Wiener Feuerwehr über genaue Unterlagen verfüge, aus denen die Wasserverhältnisse der Einsatzstellen zu ersehen sind. Er bittet, die freiwilligen Feuerwehren der Randgebiete so wie bisher zu unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Ehrungen für Goldene und Diamantene Hochzeiter sowie für Hausgehilfinnen mit langjähriger Dienstzeit verdienen besondere Anerkennung.

Die statistischen Ziffern über das krasse Mißverhältnis zwischen Geburten- und Todesfällen sind erschreckend. Sie haben bewirkt, daß sich nunmehr auch die Mehrheitspartei dieses Hauses mehr mit diesem Problem befaßt. Das Mißverhältnis kann aber nicht durch den Zuwanderungsüberschuß behoben werden, sondern nur durch eine vernünftige und gerechte Familienpolitik. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP. - GR. Marek, SPÖ: Und die Schaffung eines freien Österreichs in einem freien Europa!) Auch das! Auch da sind wir vollkommen Ihrer Meinung. Schaffung eines Familienlastenausgleiches und von Familienkassen sind hier wesentliche Forderungen der ÖVP. Ein erster Schritt wurde bereits vor wenigen Tagen durch Erleichterungen für Familienerhalter im Rahmen der Einkommensteuer geschaffen. In einer vernünftigen Familienpolitik liegt der Schlüssel für das Wohl und Gedeihen nicht nur unserer Stadt, sondern unseres gesamten Vaterlandes. (Erneuter lebhafter Beifall.)

In dem Statistischen Taschenbuch der Stadt Wien sollten auch Aufzeichnungen über die wichtigsten Kulturdenkmäler- und -ereignisse enthalten sein. Eine der vornehmsten Pflichten des Gemeinderates ist es, die baldige Heimkehr aller Kriegsgefangenen zu fordern. (Beifall.)

GR.Dr. Fiedler schließt mit der Bitte an den Amtsführenden Stadtrat, die Wünsche der ÖVP-Fraktion genau zu prüfen. Seine Fraktion werde den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe

ihre Zustimmung.

GR. Bock (SPÖ) begrüßt die gegenüber früheren Budgetberatungen gebesserte Atmosphäre. Er hätte gerne dem WdU das Sitzenzeugnis ausgestellt "wesentlich gebessert", aber es sei nicht klar, wer dieser Gruppe überhaupt noch angehört. (GR. Wicha (WdU): Das ist auch gar nicht so wichtig! - Lebhaftige Heiterkeit.) Sie sind untereinander abhängig geworden, und wenn dieser Prozeß noch weiter geht, wird die Rathausverwaltung in Verlegenheit kommen, weil sie keine Bänke mehr zur Verfügung hat. GR. Doppler hat heuer auch nicht mehr wie in den letzten Jahren die Forderung aufgestellt, die ausgesprungenen Gemeinderäte des WdU durch Anrufung des Verfassungsgerichtshofes zu eliminieren. Nächstes Jahr werde bei den Wahlen ein höheres Gericht über die Existenz der WdU entscheiden und ein viel eindautigeres Urteil sprechen.

Unter Hinweis auf die Erinnerung verschiedener ÖVP-Politiker an Dr. Karl Lueger erklärt GR. Bock: Niemand in diesem Hause wird die überragende Persönlichkeit Luegers abstreiten wollen. Seine Verdienste auf kommunalem Gebiet reichen zweifellos bis in unsere Zeit. Leider ist sein Grundsatz: zuerst die Allmende, die Allgemeinheit, nicht in allen Belangen bei der Volkspartei zu finden. Zu Luegers Kommunalpolitik Ja sagen heißt aber noch nicht, seinen politischen Auffassungen zustimmen, etwa zu seiner Art von Demokratie, in der es vier Wahlkörper gab, wodurch die Christlichsozialen bei etwa 110.000 Stimmen 135 Gemeinderäte hatten, während die Sozialdemokraten mit 90.000 Stimmen nur sieben Gemeinderäte hatten. So eine Art von Demokratie lehnen wir ab.

Unter Hinweis darauf, daß die von der ÖVP bei der Novellierung der Bauordnung befürchtete Expropriation nicht eingetreten ist und sie selbst es begrüßen würde, wenn das deutsche Baulandbeschaffungsgesetz in die Bauordnung Eingang fände, bittet Redner um Annahme seines Antrages, betreffend Ausarbeitung eines Entwurfes für Enteignungen zum Zwecke der Grundbeschaffung.

GR. Bock erklärt sodann gegenüber der Gemeinderätin Dr. Hiltl, wenn ihr die Konstitutionelle Monarchie lieber sei als die Republik, möge sie in andere Länder gehen. Der vor einigen Tagen vorgebrachten Kritik der Gemeinderätin Dr. Stürzer hält er entgegen, daß der Bilderdienst die Bevölkerung mit den Leistungen der Gemeinde bekannt machen muß. Es mag richtig sein, daß manches Mal zu viele Personen auf den Bildern sind, aber es scheint auch, daß man sich gelegentlich aus Proporzgründen dazustellen.

Je mehr sie uns sekkieren, schließt der Redner, desto mehr werden wir in diesem Haus arbeiten. Und das ist uns genug. (Beifall bei den Sozialisten.)

Amtsführender Stadtrat Afritsch nimmt in seinem Schlußwort zuerst zu der von GR. Dr. Altmann geübten Kritik an der "Rathaus-Korrespondenz" Stellung und erklärt: Viele Länder der Erde wären froh, wenn nicht mehr politische Zensur existieren würde, als bei unserer "Rathaus-Korrespondenz" (Beifall bei der SPÖ). Das Wesentlichste der Diskussionsreden wird aufgenommen, auch die Angriffe gegen die KIBA sind aufgenommen worden.

Zu der Kritik wegen der Empfänge von Delegationen und Kongreßteilnehmern verweist der Stadtrat zunächst darauf, daß sie vielfach nicht mit ordnungsgemäß ausgestatteten Papieren nach Österreich kommen, die Einhaltung der österreichischen Gesetze gefordert werden muß. Im übrigen wurden **einige** Organisationen im Rathaus empfangen.

Die Gemeinde Wien hat insbesondere auch in der Frage der Einbürgerung Toleranz geübt, schon in einer Zeit, in der andere noch nicht dazu entschlossen waren.

Die Gemeinde steht auf dem Standpunkt, daß in jedem Kino ein Buffet eingerichtet sein soll, weil das für die Geschäfte gar keine Konkurrenz bedeute.

Den Beschlußantrag des GR. Dr. Fiedler, betreffend die Wahlpflicht, empfiehlt der Referent zur Ablehnung. Er verweist auf die hohe Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen und erklärt, daß es keinen Sinn hat, Gesetze zu schaffen, die dann zur Farce werden.

Oder wollen Sie, so fragt er, jeden zum Richter schleppen und bestrafen, der seiner Wahlpflicht nicht nachgekommen ist? Die zu wählenden Gemeinderatsmandate werden durch eine Verfügung des Bürgermeisters gleichzeitig mit der Wahlausschreibung neu aufgeteilt.

Zwischen den zuständigen Abteilungen der Gemeinde, den Polizeistellen und allen anderen einschlägigen Ämtern finden ununterbrochene Besprechungen über Verkehrsfragen statt. Dabei wird auch die Frage des Hupverbotes erwogen.

Gewiß ist ein 24-Stundendienst nicht **ideal**, das gilt nicht nur für die Feuerwehr, sondern auch für Polizei, Ärzte, Schwestern usw. Aber der Feuerwehrmann ist doch nicht ständig 24 Stunden wach und nicht immer geht die Alarmglocke. Es gibt auch schwächer beanspruchte Feuerwachen und die Feuerwehrleute werden auch ausgetauscht.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages der Stadt Wien gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Der Antrag der ÖVP wird gegen die Stimmen der ÖVP abgelehnt, der Antrag der SPÖ wird einstimmig der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bilanz und Bedeckung

=====

Als letzter Abschnitt des Voranschlages für die Hoheitsverwaltung gelangen Bilanz und Bedeckung zur Verhandlung.

Amtsführender Stadtrat Resch (SPÖ) spricht zunächst seinen Dank dafür aus, daß die Budgetberatungen bei allen politischen Gegensätzen doch nie vom Boden der Sachlichkeit abgewichen sind. Es wurde eine Fülle von Anregungen gebracht, die nunmehr von der Gemeindeverwaltung beraten und zu entsprechenden Beschlüssen führen werden. Er hebt hervor, daß die Opposition bei diesen Beratungen in ganz anderem Rahmen als in manchen anderen Ländern Gelegenheit gehabt hat, ohne jede Hemmung Kritik zu üben. Sie sollte dies auch anerkennen.

Zu Bilanz und Bedeckung selbst verweist der Redner darauf, daß der Voranschlag in seinem ordentlichen Aufwand mit einem Abgang von 136,308.500 Schilling, in seinem außerordentlichen Aufwand mit einem Abgang von 53,189.000 Schilling, somit also mit einem Gesamtabgang von 189,497.500 Schilling schließt.

Zur Bedeckung dieses Abganges stellt er folgende Anträge:

1. Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1954 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 2.862,780.200 Schilling und Ausgaben von 2.999,088.700 Schilling und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 37,511.000 Schilling und Ausgaben von 90,700.000 Schilling genehmigt.
2. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.
3. Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgegenstände, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

4. Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und sonstige Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen größerer baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes bzw. Teilansatzes oder 5.000 S übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

5. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert."

In der Debatte spricht GR. Dr. Soswinski (LBl), der Kritik an der im 5. Punkt des Antrages enthaltenen Sperrermächtigung des Finanzreferenten übt. In einer ihm sonst bei Ausgaben und Einnahmen nicht eigenen Bescheidenheit habe er erklärt, daß seine Rücklagen bescheiden seien. Bei einem Rechnungsabschluß, der 21 Prozent der Ausgaben aus flüssigen Mitteln gedeckt habe, könne man jedoch nicht von beschränkten Kassenmitteln sprechen. Die Bestimmung sei daher zu streichen.

Stadtrat Resch verweist in seinem Schlußwort darauf, daß diese Bestimmung bereits viele Jahre bestehe. Eine Reserve für knapp zwei Monate sei im Hinblick auf die Unsicherheit der Einnahmen und die Notwendigkeit von Investitionen in der Höhe von Milliardenbeträgen als bescheiden zu bezeichnen und wohl gerechtfertigt.

Einer alten Übung entsprechend und seiner eigenen Neigung nachkommend, dankt der Amtsführende Stadtrat zum Abschluß der Budgetberatungen unter dem lebhaften Beifall des ganzen Hauses allen jenen, die sowohl bei der Beratung wie schon vorher bei der Erstellung des Budgets mitgeholfen und dessen einwandfreie Aufstellung ermöglicht haben.

Er dankt im besonderen dem Bürgermeister als Vorsitzenden des Gemeinderates sowie den übrigen Vorsitzenden für die klaglose Führung der Verhandlungen, den Mitgliedern des Stadtsenates für ihre Mitwirkung an der Budgeterstellung,

den Mitgliedern des Gemeinderates, den Beamten der Magistratsdirektion, Obersenatsrat Dr. Lachs, Kontrollamtsdirektor Dr. Leppa, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Rechnungsamtsdirektor Giller, dem Chef des Budgetreferates, Amtsrat Riedl, der heuer erstmals führend die Aufstellung des Budgets geleitet hat. Er dankt schließlich allen Angestellten des Magistrates, die während des ganzen Jahres, besonders in den letzten Monaten bei der Aufstellung des Budgets mitgeholfen haben, und ersucht den Gemeinderat um die Ermächtigung, ihnen allen im Namen des Gemeinderates den Dank auszusprechen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Finanzreferenten hinsichtlich Bilanz und Bedeckung unverändert gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Damit ist die Beratung des Budgets der Hoheitsverwaltung für das Jahr 1954 beendet.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1954 werden morgen, Samstag, behandelt.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 19. Dezember 1953

Blatt 2332

## Wiener Gemeinderat

=====

19. Dezember (RK) Nach Abschluß der Budgetberatungen für die Hoheitsverwaltung schritt der Wiener Gemeinderat gestern abend noch zur Erledigung der restlichen Tagesordnung.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über einen Antrag, den Beitrag für die Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien bis 31. Dezember 1954 weiterhin in der Höhe von 4.2 Prozent einzuheben. Mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. Juni 1950 wurde der Beitrag mit 4.2 Prozent festgesetzt und in Aussicht genommen, ihn ab 1952 auf 4.1 zu ermäßigen. Dies konnte bisher nicht durchgeführt werden, so daß bereits zweimal die Einhebung des höheren Betrages um ein Jahr verlängert werden mußte. Auch im kommenden Jahr wäre es nicht möglich, mit den verminderten Einnahmen das Auslangen zu finden. Die 4.2 Prozent werden je zur Hälfte von Dienstgeber und Dienstnehmer getragen. Die Stadt Wien gewährt überdies einen Zuschlag von 0.2 Prozent für erweiterte Heilfürsorge; der Dienstnehmer steuert 0.3 Prozent zur Deckung der Wiederaufbaukosten des "Sanatorium Hera" bei. Der Gesamtbeitrag beträgt demnach 4.7 Prozent.

In der Debatte spricht sich GR.Dr. Altmann (LBl.) zwar grundsätzlich für die Berechtigung des Referentenantrages aus, äußerte jedoch Bedenken darüber, daß die Beitragserhöhung neuerlich beschlossen wird, ohne eine grundsätzliche Änderung des Statutes der Krankenfürsorgeanstalt vorzunehmen. Eine Satzungsänderung wurde vom Vorstand bereits beraten, doch wurde sie vom Magistrat offenbar auf die lange Bank geschoben.

GR. Skokan (ÖVP) sagt, daß fast alle Krankenversicherungen notleidend sind. Auch im Fall der Krankenfürsorgeanstalt müssen daher Opfer gebracht werden. Der Redner appelliert an die Bediensteten, Heilmittel nicht zu verschwenden. Der Heilmittel nicht zu verschwenden. Der Heilmittelverbrauch ist um 35 Prozent gestiegen. Durch Einsparungen könnte man dazu beitragen, das Defizit abzubauen. Im übrigen gab er die Zustimmung zu dem Antrag des Referenten.

In seinem Schlußwort sagt Stadtrat Sigmund, auch die Verhältnisse in der Krankenfürsorgeanstalt müßten mit denen der Wirtschaft in Einklang gebracht werden. Die Einsicht dazu ist vorhanden, und man wird versuchen, die Ausgaben den Einnahmen anzugleichen. Hier handelt es sich darum, einen Beschluß, der im Vorstand der Anstalt bereits gefaßt wurde, im Gemeinderat zu vervollständigen. Der Referent ersuchte nochmals um Zustimmung zu seinem Antrag.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten gegen die Stimmen des Linksblock angenommen.

Stadtrat Besch (SPÖ) referiert über die Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 1954. Wie er ausführt, unterliegt die Festlegung der Höhe der Hebesätze im Rahmen der im Finanzausgleichsgesetz festgesetzten Höchstsätze dem freien Beschlußrecht der Gemeinden. Es wird beantragt, die Hebesätze für das Jahr 1954 in der gleichen Höhe zu belassen wie bisher. Sie betragen daher: bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 400 von hundert der Steuermessbeträge, bei der Grundsteuer von den Grundstücken das Doppelte der Erstarrungsbeträge, in gewissen Sonderfällen 408 vom Hundert, sonst 416 vom Hundert der Steuermessbeträge; bei der Gewerbesteuer 300 vom Hundert und bei der Lohnsummensteuer zwei vom Hundert.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) spricht in der Debatte über die Verdienste des Bundeskanzlers und des Finanzministers um das Zustandekommen der Gewerbesteuerreform. Durch den neuen Steuertarif wird das Verhältnis zwischen Einkommen- und Gewerbesteuer annähernd so wie 1945 hergestellt. Mit diesen gesetzlichen Maßnahmen ist ein wirksamer Schritt zur Hilfe für die kleinen Gewerbetreibenden getan worden.

Wenn Stadtrat Resch befürchtet, daß ihm durch das neue Gewerbesteuergesetz Mindererträge Sorgen bereiten werden, sagte der Redner, so glaube ich, daß man doch der optimistischen Einstellung des Finanzministers folgen müßte (Beifall bei der ÖVP). Im übrigen gab er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Antrag des Referenten.

Stadtrat Resch antwortet dem Debattenredner, er wolle seinem Loblied über die Gewerbesteuerreform nichts wegnehmen. Der Referent stellte aber richtig, es sei kein übertriebener Pessimismus, anzunehmen, daß die Einnahmen sinken werden. Das ist in diesem Gesetz eine Selbstverständlichkeit, denn alle Gewerbeerträge bis 72.000 Schilling werden die Steuerermäßigung bekommen. Da diese Beträge in der großen Masse bestehen, so muß der Ertrag der Steuer zwangsläufig sinken. Im übrigen sei er bereit, den kleinen Gewerbetreibenden weitere Ermäßigungen zukommen zu lassen, wenn die Volkspartei zustimmt, daß sie in den oberen Kategorien wieder hereingebracht werden können. Was das Verdienst anlangt, so ist es leicht, die Reform einer Steuer zu beantragen, die einem nicht gehört; die Gewerbesteuer fließt nämlich zur Gänze den Gemeinden zu.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) referiert über einen Antrag, den Wiederaufbau der Schwedenbrücke grundsätzlich zu genehmigen. Augenblicklich ist die Rotundenbrücke in Bau, als nächste soll nun die Schwedenbrücke darankommen. Man hoffte ursprünglich, alte Teile wiederverwenden zu können: es hat sich aber herausgestellt, daß die Brücke vollkommen neu errichtet werden muß. Die voraussichtlichen Kosten betragen 10 bis 12 Millionen Schilling. Um nun sofort nach Fertigstellung der Rotundenbrücke den Wiederaufbau der Schwedenbrücke beginnen zu können, wird beantragt, den Bau zu genehmigen und für die Vorarbeiten einen Betrag von 200.000 Schilling im Budget 1954 sicherzustellen.

GR. Dr. Altmann (LBl) sagt, er hoffe, daß es bei den 200.000 Schilling nicht bleiben wird, die nur knapp für die Ausschreibung und die Entwürfe reichen werden. Wenn die Schwedenbrücke gebaut ist, wird auch das Wesentliche getan

sein, soweit es den Donaukanal betrifft. Der Redner erinnert aber bei dieser Gelegenheit an die Notwendigkeit zum Bau einer neuen Brücke über den Donaustrom. Es wäre dringend notwendig, daß die zuständigen Ämter ernstlich daran gehen, die Projektierung einer solchen Brücke in Angriff zu nehmen.

Stadtrat Thaller verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Honay berichtet über eine Neuregelung der Kindergartenbeiträge. Danach sollen ab 1. Jänner das Besuchsgeld und der Ausspeisungsbeitrag neu festgesetzt werden. Das Besuchsgeld wird in den Säuglings- und Kleinkinderkrippen bei einem Monats-Nettoeinkommen der Eltern bis 1.500 S mit 30 S, bis 2.000 S mit 35 S, bis 2.500 S mit 45 S, bis 3.000 S mit 55 S und über 3.000 S mit 70 S wöchentlich festgesetzt. In den Kindergarten- und Hortabteilungen für Kinder von zwei bis vierzehn Jahren werden die Beiträge bei gleicher Einkommenstaffelung mit 6 S, 9 S, 12 S, 15 S und 20 S festgelegt. Der Ausspeisungsbeitrag erfährt eine Erhöhung von 10 auf 13 S. Mit Ausnahme dieser Erhöhung für den Ausspeisungsbeitrag, die durch Verbesserungen der Speisen und Wegfall von Spenden erforderlich wurde, erfahren die Beiträge für Eltern mit einem Nettoeinkommen bis zu 1.500 S monatlich keine Erhöhung. Bei Familien mit mehr als einem Kind wird das für die Beitragsleistung maßgebende Nettoeinkommen um 300 S je Kind niedriger angesetzt. Nach den bisherigen Erhebungen wird für 59.6 Prozent der Kinder keine Erhöhung eintreten.

Der Referent verweist auf den sozialen Charakter der Staffelung und auf die Notwendigkeit der Erhöhung, die zum Ausbau der Kindergärten beitragen soll.

GR. Lauscher: Die Mehrheit des Hauses spricht von einer Neuregelung und hat offensichtlich nicht den Mut, auszu- drücken, daß es sich in Wirklichkeit um eine Erhöhung der Beiträge handelt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Gemeinde doch ein Interesse daran haben müßte, alle Kinder, die es brauchen, in ihren sozialpädagogischen Einrichtungen zu betreuen.

In der Praxis wird die vorgeschlagene Erhöhung dazu führen, daß Eltern davon abgehalten werden, ihre Kinder diesen sozialpädagogischen Einrichtungen der Gemeinde Wien anzuvertrauen. Deshalb sind wir der Meinung, daß sich die Gemeinde damit begnügen müßte, nur einen Anerkennungsbeitrag einzuheben, um den vorbeugenden Charakter dieser Jugendfürsorge zu erhalten. Die Erhöhung der Auspeisungsbeiträge wird den Lebensunterhalt der Eltern ebenfalls erschweren. Wir können daher der vorliegenden Erhöhung unsere Zustimmung nicht geben.

GR. Kowatsch (ÖVP): Wir wissen, daß es traurig ist, wenn die Mutter, weil sie zum Haushalt beitragen muß, ihr Kind nicht selber betreuen kann und gezwungen ist, es der Kinderkrippe zu übergeben. Wir wissen aber auch, daß wir in unserer jetzigen Situation noch nicht die richtige Abhilfe schaffen können. Darum müssen wir dafür sorgen, daß wenigstens die Kosten für die Betreuung dieser Kinder nicht noch eine schwere Belastung für die Familie bedeuten. Wir sind dafür, daß sozial gestaffelt wird, aber nicht dafür, daß jene gesteigert werden, die das als Härte empfinden müßten. Deshalb freuen wir uns, daß es <sup>uns</sup> gelungen ist, die vorgesehene Steigerung um 50 Prozent herabzudrücken. Leider ist es uns nicht gelungen, eine Ermäßigung bei den Kindergärten durchzusetzen. Wir hoffen aber, daß der amtsführende Stadtrat Honay dafür sorgen wird, daß die beantragte Erhöhung auf Grund der sozialen Familienverhältnisse entsprechend ermäßigt wird. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Honay verweist in seinem Schlußwort darauf, daß in den Säuglingskrippen und Kleinkinderkrippen nur 392 Kinder unter die Skala fallen. Es entspricht dem Wesen der Demokratie, daß Einwendungen, deren Berechtigung anerkannt werden muß, selbstverständlich auch Folge gegeben wird. Der Grund für die Erhöhung liegt nicht darin, daß wir ein neues Prinzip in der Fürsorge schaffen wollen, sondern in der Tatsache, daß jeder nach seiner sozialen Lage verpflichtet werden muß, seinen Beitrag für die Fürsorge zu leisten. Wir sind daran interessiert, daß die Kinder der wirtschaftlich Schwachen die Kindergärten besuchen. Das ist in dieser Vorlage nach Möglichkeit berücksichtigt. Wir werden die sozialen Belange keineswegs vernachlässigen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der WdU und des Linksblocks angenommen.

Von GR. Lauscher und Genossen wurde ein dringlicher Antrag, betreffend Auszahlung einer Weihnachtsunterstützung an alle Dauerbefürsorgten der Stadt Wien, eingebracht. In Begründung der Dringlichkeit erinnert GR. Lauscher daran, daß es schon eine Tradition der Gemeinderäte des Linksblocks sei, jährlich einen solchen Antrag zu stellen. So auch heuer am 30. Oktober. Der Antrag wurde im zuständigen Ausschuß behandelt. Entgegen der bisherigen Behandlung in früheren Jahren anerkannten alle Fraktionen die Berechtigung der Forderung. Auch Vizebürgermeister Honay habe erklärt, es sei notwendig, diesen Ärmsten zu Weihnachten eine zusätzliche Unterstützung zu geben. Als Begründung für die Ablehnung habe er aber angeführt, daß dadurch der Bund in eine schwierige Lage gegenüber den Rentnern der Sozialversicherung käme. In den letzten Tagen hat sich nun die Rentenversicherung der Angestellten entschlossen, ihren Rentnern zusätzlich eine Weihnachtsunterstützung zu geben. Da hier bereits ein Durchbruch erfolgt ist, sollte man sich dieser berechtigten Forderung nicht länger verschließen.

Dem Antrag wird gegen die Stimmen des Linksblocks und **der** WdU die Dringlichkeit nicht zuerkannt und die weitere Behandlung dem Magistrat übertragen.

#### Die USIA-Schulden an die Gemeinde Wien

Auf Verlangen der GR.Dr. Stemmer (SPÖ) und Genossen verlas die Schriftführerin Gemeinderätin Maria Jacobi (SPÖ) die Beantwortung einer Anfrage der GR. Adelpoller (SPÖ) und Genossen, betreffend Strom- und Gasschulden der USIA-Betriebe, durch den Bürgermeister der Stadt Wien.

In dieser Anfragebeantwortung wird festgestellt, daß viele USIA-Betriebe entgegen den festgesetzten Bestimmungen die rechtzeitig gelagten Rechnungen nicht ordnungsmäßig begleichen.

Dieses Verhalten hat dazu geführt, daß die Rückstände an fälligen Strom- und Gasgebühren am 10. Oktober 1953 mit 13,122.345 Schilling den Höchststand erreicht haben.

Ausführlich werden die Bemühungen der Stadtverwaltung geschildert, durch Unterredungen mit russischen Stellen eine Begleichung der Rückstände zu erreichen. Erst gegen Mitte des laufenden Jahres gelang es, zumindest ein Zahlungsübereinkommen als Teillösung zwischen den Wiener Stadtwerken, der USIA-Verwaltung und der Ferngas-A.G. abzuschließen. Dieses Zahlungsabkommen ist zeitlich bis 31. Oktober 1953 beschränkt.

In Auswirkung dieses Übereinkommens betragen laut Bericht der Wiener Stadtwerke die Außenstände der USIA-Betriebe am 24. November 1953 beim Wiener Elektrizitätswerk 5,568.079 Schilling und beim Wiener Gaswerk 2,889.178 Schilling, insgesamt bei den Wiener Stadtwerken 8,457.257 **Schilling**.

An einer Besprechung am 25. November 1953 mit dem Generaldirektor-Stellvertreter der USIA-Betriebe im Trattnerhof hat auch der Leiter der Finanzabteilung des Wiener Magistrates teilgenommen und die Begleichung der mit Stichtag vom 24. August 1953 aufgelaufenen Steuer- und Gebührenschulden in Höhe von 19,713.302 **Schilling** urgirt. Es gibt aber USIA-Betriebe, die sich sogar der Abrechnungspflicht nicht unterwerfen und keine Revision zulassen, sodaß das Ausmaß ihrer Steuerschuld nicht ermittelt werden kann. Die tatsächlichen Rückstände sind daher bei diesen Abgaben noch höher anzunehmen.

Der Generaldirektor-Stellvertreter der USIA-Betriebe hat zugesagt, die berechtigten Forderungen der Stadt Wien zu überprüfen und die Begleichung der Außenstände in die Wege zu leiten.

Die Anfragebeantwortung des Bürgermeisters Jonas schließt: Falls dieser von der Gemeindeverwaltung unternommene letzte Versuch zur Hereinbringung der Außenstände auch ergebnislos bleiben sollte, bleibt dann kein anderes Mittel mehr übrig, als mit einer Abschaltung der säumigen Zahler von Strom und Gas vorzugehen. Die Verantwortung für die Konsequenzen, die sich aus dieser Maßnahme ergeben könnten, hätte die Verwaltung der USIA-Betriebe selbst zu übernehmen.

(Unterbrechung des **Gemeinderatsberichtes**)

Das Gebot der Stunde:Sparen mit Wasser!  
=====

19. Dezember (RK) Wie allgemein bekannt, sind überall nicht nur die Quellschüttungen sondern auch die Grundwasserstände durch die anhaltende Trockenheit in katastrophalem Maße zurückgegangen, sodaß bereits in vielen Orten Österreichs ausgesprochene Wassernot herrscht, wobei bei einsetzendem Frost noch eine weitere Verschärfung zu erwarten ist.

Auch die Quellschüttungen der beiden Hochquellenleitungen und die Grundwasserstände der zugehörigen Schöpfwerke gehen ständig zurück. Bei Einsetzen von Frost ist mit weiteren Rückgängen zu rechnen. Wenn auch die derzeit zur Verfügung stehenden Wassermengen für die Wasserversorgung Wiens noch ausreichen, ist es ein Gebot der Stunde, die Bevölkerung schon jetzt aufzurufen, ihren Wasserbedarf möglichst einzuschränken und mit dem Wasser sparsam umzugehen sowie insbesondere alle Undichtheiten und Gebrechen sofort beheben zu lassen, damit Störungen in der Wiener Wasserversorgung und die Anordnung einschneidender Sparmaßnahmen vermieden werden können.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

19. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 24. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Eichbüchel" gebracht wurden, am Montag, dem 21. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.30 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

19. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2340

Neue Warnsignale

=====

19. Dezember (RK) Nach einer Verlautbarung der Magistratsabteilung 29, Hafenverwaltung, werden ab Mittwoch, den 23. Dezember, 11 Uhr, zwei Kreuzungen der städtischen Hafenbahn Lobau mit der Mühlwasserstraße im 22. Bezirk durch automatische elektrische Warnsignalanlagen gesichert werden.

Die erste Kreuzung befindet sich 250 m östlich der Unterführung der Hafenzufahrtsstraße unter der Ostbahn, die zweite liegt unmittelbar gegenüber der Gastwirtschaft "Blauer Hecht". Die Warnsignale zeigen außer den Warnkreuzen zwei untereinander angeordnete Blinklichter. Weißes Blinklicht, 45mal in der Minute, bedeutet "frei" für Fußgänger und Straßenfahrzeuge; rotes Blinklicht, 90mal in der Minute, heißt "halt!"

Steigendes Interesse für "Das gute Bild für jeden"

=====

19. Dezember (RK) Die in den Räumen der Wiener Secession gezeigte Weihnachtsausstellung "Das gute Bild für jeden", die bekanntlich vom Amt für Kultur und Volksbildung gemeinsam mit allen Wiener Künstlerverbänden veranstaltet wird, erfreut sich eines regen Interesses des Publikums. 20.000 Personen besuchten bereits die Ausstellung, in der Aquarelle mit dem Höchstpreis von 400 S und Graphiken von 300 S käuflich zu erwerben sind und sofort ausgefolgt werden. Bis jetzt wurden 231 Arbeiten zu einem Gesamtbetrage von 57.000 S verkauft.

Die Ausstellung ist bis 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

### Zu Weihnachten: Autobus-Nachtverkehr

=====

19. Dezember (RK) An den Weihnachtsfeiertagen wird in den Nächten von Donnerstag, den 24., auf Freitag, den 25. Dezember, und von Freitag, den 25., auf Samstag, den 26. Dezember, ein Autobus-Nachtverkehr mit der gleichen Linienführung wie in den Nächten von Samstag auf Sonntag geführt.

### 75. Geburtstag von Karl Przibram

=====

19. Dezember (RK) Am 21. Dezember vollendet der Wiener Physiker Prof. Dr. Karl Przibram sein 75. Lebensjahr.

Nach Absolvierung der Hochschulstudien habilitierte er sich 1905 an der Universität seiner Vaterstadt, an der er in der Folge als akademischer Lehrer und Forscher eine rege Wirksamkeit entfaltete. 1920 begann seine Tätigkeit am Institut für Radiumforschung, 1940 ging er nach Belgien, 1946 kehrte er nach Wien zurück und übernahm die Leitung des II. Physikalischen Institutes. Das Lebenswerk Prof. Przibrams, der wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist, betrifft das breite Gebiet der modernen Atomistik, die er durch experimentelle Arbeiten wesentlich gefördert hat. Er entdeckte die Radiophoto-Luminiszenz, deutete Mineralverfärbungen, untersuchte die elektrischen Eigenschaften von Nebeln, Entladungen in Gasen und Flüssigkeiten und behandelte u.a. Fragen der Ionenbeweglichkeit sowie der Kondensation von Dämpfen. Seine Ergebnisse sind in zahlreichen Veröffentlichungen enthalten.

### Pferdemarkt vom 17. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 26 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 25, als Nutztier 1, verkauft. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 7, Niederösterreich 12, Oberösterreich 5, Burgenland 2.

Nach amerikanischem Vorbild:Neue Betonfahrbahn Lerchenfelder Gürtel  
=====

19. Dezember (RK) Gestern wurde, nachdem erst am 11. November mit dem Bau begonnen worden war, die Betonierung der Fahrbahn auf dem Lerchenfelder Gürtel zwischen Kandlgasse und Lerchenfelder Straße beendet.

Die reine Betonierzeit betrug 21 Tage, die Fläche rund 8.000 Quadratmeter und die Tageshöchstleistung 580 Quadratmeter, sie war mehr als 50 Prozent höher als sie bisher im Straßenbau im Sommer erzielt wurde. 80 Arbeiter waren durchschnittlich beschäftigt.

Die Arbeit erfolgte mit allen Vorsichtsmaßnahmen gegen Frost, wie: Strohummüllung des Betons, warmes Wasser, Schotterheizung, Frostschutzmittel und Zusatz von Harzen nach amerikanischem Vorbild, um durch Luftbläschenbildung den Beton geschmeidiger zu machen und so den Bedarf des Betons an dem Schmiermittel Wasser und damit die Frostgefahr herabzusetzen. Statt der für die Erhärtung wichtigen Wasserspritzung wurde eine Abdeckung mit Asphaltpapier vorgenommen um so die Wasserverdunstung des Betons zu verhindern ohne Frostgefährdung für den Beton.

Obwohl zeitweise ziemlich starker Frost herrschte, konnte wegen der technischen Vorkehrung ständig gearbeitet werden. Der in der Kälte dampfende Beton, der von der Betonfabrik am Westbahnhofvorplatz stetig zugeführt wurde, bot ein merkwürdiges winterliches Schauspiel am Gürtel.

Der Versuch, eine Betonfahrbahn im Winter herzustellen, ist gelungen. Die erzielten Festigkeiten werden plattenweise durch Kugelschlagproben kontrolliert und die Fahrbahn dementsprechend freigegeben werden. Die Erfahrungen haben zu weiteren Verbesserungen der Winterbaumethoden für Betonstraßen Anregung gegeben.

## Musikveranstaltungen in der Woche vom 21. bis 27. Dezember

19. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 21. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Franz Litschauer)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Aufführung der Tanzspiele "Der Schulmeister" und "Aschenbrödel - einmal anders" (für Schüler)
Dienstag 22. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
Freitag 25. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Kompositionskonzert Heinrich Strecker (anlässlich seines 60. Geburstages)
Samstag 26. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 6. Nachmittagskonzert; Dirigent Dr. Gustav Koslik (Werke von Brahms, Schumann und Moussorgski-Ravel)
	Mozartsaal (KH) 15.30	Konzert der Konzertvereinigung blinder Künstler

## Die besten November-Plakate

19. Dezember (RK) Die beiden Plakate "Bensdorp das schwere Gewicht", Entwurf Atelier Schaupp und "Fewa die sanfte Wäsche", Entwurf Franz Bloemecke, wurden vom Wertungskollegium der Plakatwertungsaktion des Amtes für Kultur und Volksbildung als die besten Plakate des Monates November ausgewählt.

Die beiden prämierten Plakate werden wieder auf den von der Gewista zur Verfügung gestellten Plakatwänden in der Kärntner Straße (Heinrichshof) und am Stephansplatz gegenüber dem Riesentor der Stephanskirche angeschlagen.

Wirtschaftspläne und Bilanzen der Städtischen Unternehmungen  
=====

Stadtrat Dkfm. Nathschläger berichtet über die Bilanzen des Jahres 1952 und sodann über die Wirtschaftspläne für 1954 der Wiener Stadtwerke und der anderen Städtischen Unternehmungen.

Erstmalig aktive Bilanz der Stadtwerke

Im Jahre 1952 konnten die Wiener Stadtwerke erstmalig seit längerer Zeit mit einem aktiven Abschluß aufwarten. Das E-Werk steigerte den Stromverkauf mit 831 Millionen Kilowattstunden um etwa 4 Prozent gegenüber 1951. Das Gaswerk setzte 318 Millionen Kubikmeter Gas ab und verkaufte 343.000 Tonnen Koks. Die Verkehrsbetriebe beförderten 534 Millionen Fahrgäste. Der Rechnungsabschluß für 1952 schließt bei Ausgaben von 1.913 Millionen und bei Erträgen von 1.915 Millionen mit einem Überschuß von 1,8 Millionen Schilling; veranschlagt war ein Abgang von 20,5 Millionen. Das E-Werk erzielte einen Überschuß von 20 Millionen, das Gaswerk von 10 Millionen, während bei den Verkehrsbetrieben ein Abgang von 28 Millionen festzustellen war. Bei den Stadtwerken trat eine Personalreduktion um 450 Personen auf 19.659 Aktive ein. Der Stand der Pensionsparteien erfuhr jedoch eine Steigerung um 210 auf 17.571. Im einzelnen entfielen im Jahre 1952 auf je 100 Aktive bei den Stadtwerken 89,4 und bei den Verkehrsbetrieben 97,9 Pensionisten. Diese Ziffern, erklärt der Stadtrat, sprechen für sich selbst und erklären unter anderem die besonderen Schwierigkeiten dieser Betriebe, mit denen sie allerdings dauernd zu kämpfen haben.

Das Brauhaus der Stadt Wien schloß 1952 bei Aufwendungen von 46,9 Millionen und Erträgen von 47,2 Millionen mit einem Gewinn von 1/4 Million. Das Ergebnis ist um 1,9 Millionen günstiger als der Voranschlag. Das bessere Resultat ist vor allem auf den erhöhten Absatz mit 138.000 hl Bier zurückzuführen. Gegenüber den Ziffern der privaten Brauereien blieb die Steigerung des Bierabsatzes beim Brauhaus leider beträchtlich zurück.

Die Städtische Bestattung weist für das Jahr 1952 Erträge von 54,9 und Aufwendungen von 54,3 Millionen Schilling auf, sodaß sich ein Gebarungüberschuß von fast 0,6 Millionen ergibt. Auch hier ist der Rechnungsabschluß günstiger als der Voranschlag.

Die Gewista schloß bei Erträgen von 10,2 Millionen und Aufwendungen von 9,9 Millionen mit einem Überschuß von fast 0,3 Millionen. Das auch hier günstigere Ergebnis ist in erster Linie auf eine vermehrte Reklametätigkeit zurückzuführen, die ihre Basis in einer Vergrößerung der für die Werbung zur Verfügung stehenden Flächen hat.

Bei allen sechs Unternehmungen wurden im Jahre 1952 335 Millionen Schilling investiert, gegenüber veranschlagten Investitionen von 295 Millionen und im Jahre 1951 gemachten Anschaffungen von 269 Millionen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, die Vermögensrechnungen und Rechnungsabschlüsse der Unternehmungen zu genehmigen und den Gewinn der Stadtwerke im Jahre 1952 von 1,8 Millionen sowie den Gewinn des Brauhauses von 252.000 S auf neue Rechnung vorzutragen. Vom Jahresgewinn der Städtischen Bestattung in Höhe von 574.000 S sollen 300.000 S an die Stadt Wien abgeführt und der Rest von 274.000 S der allgemeinen Rücklage der Unternehmung zugewiesen werden: der Jahresgewinn der Gewista von 279.000 S soll ebenfalls an die Stadt Wien abgeführt werden.

Sodann gibt Stadtrat Dkfm. Nathschläger seinen Bericht zu den Wirtschaftsplänen der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1954 und betont, daß dieses Budget bei Ausnützung aller sich bietenden Möglichkeiten der Wiener Bevölkerung ein höchstmögliches Ausmaß von Leistungen gewährleistet. Er hebt weiter die Bedeutung der Aufnahme von Krediten hervor, da vor allem die großen Verkehrsprobleme, je eher je besser, in Angriff genommen werden müssen. Darunter figuriert zum Beispiel die Verlängerung der Gürtellinie der Stadtbahn nach Norden und Süden, die Modernisierung des Stadtbahnverkehrs überhaupt, die Verlängerung der Wientallinie zunächst bis Pötzkersdorf,

die allfällige Einbeziehung der Vorortelinie von Hütteldorf bis Heiligenstadt in den städtischen Verkehr, die Anschaffung von Großraumwagen, Autobussen und Obussen und schließlich die Inangriffnahme einer U-Bahn, die für Wien unausbleiblich ist. Das Gaswerk könnte größere Geldmittel für eine Ferngasversorgung nutzbringend verwenden.

Durch die bevorstehende Liberalisierung der Autos wird der motorisierte Verkehr bedeutend zunehmen. Dadurch wird sich in einigen Fällen die Notwendigkeit ergeben, den schienengebundenen Verkehr durch den beweglichen Autobusverkehr abzulösen. Die Straßenbahn ist nach wie vor **das wirtschaftlichste Beförderungsmittel auf der Oberfläche, nichtsdestoweniger kann man nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß sie an vielen Stellen der Stadt bereits zum Verkehrshindernis geworden ist. Eine Untersuchung wird ergeben, ob es im Interesse der Flüssigkeit des Verkehrs Zwischenlösungen geben kann. In Zürich zum Beispiel wurde durch eine Volksbefragung der weitere Ausbau und die Modernisierung des Straßenbahnverkehrs unterbunden. Der Kulminationspunkt in der Entwicklung des Straßenbahnverkehrs scheint jedenfalls bereits überschritten.**

Um den im verstärkten Maß nach Wien kommenden Fremden eine leichtere Orientierung zu ermöglichen, werden im kommenden Jahr an wichtigen Verkehrsknotenpunkten und besonders frequentierten Straßenbahnhaltestellen große Verkehrspläne montiert werden.

Das gemeinsame Strom- und Gasinkasso wird im nächsten Jahr in ganz Wien durchgeführt werden; es ist eine Rationalisierungsmaßnahme, die für die Stadtwerke sehr viel bedeutet und auf die die Bevölkerung außerordentlich günstig reagiert hatte.

Da die Investitionen bei den Städtischen Unternehmungen einen gigantischen Umfang aufweisen, ist es erforderlich, am Sitz der Generaldirektion eine kleine technische Kontrollabteilung zu schaffen, die auch bei strittigen Investitionsfragen eine objektive Beurteilung ermöglicht, um die Mittel am wirtschaftlichsten einzusetzen.

Im Absatz von Gasgeräten über die Gasgemeinschaft ist seit ihrer Errichtung 1949 eine ständige Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Mit einem von den Gaswerken bis September 1953 zur Verfügung gestellten Betrag von rund 36,2 Millionen konnte ein Gasgeräte- und Installationsumsatz von rund 83,1 Millionen erzielt werden. Insgesamt wurden über die Gasgemeinschaft in diesem Zeitraum angeschafft: 35.251 Gasherde, 2.141 Rechauds, 1.084 Bratrohre, 202 Bügeleinrichtungen, 6.116 Wassererhitzer, 2.842 Heizöfen und 87 Kühlschränke. Im Rahmen der sogenannten Badezimmeraktion, die ein ganz großer Erfolg wurde, wurden im Jahre 1952 und in den ersten neun Monaten 1953 insgesamt 677 Badezimmer bestellt, wobei 609 Warmwassergeräte, 60 Heizöfen und 54 Elektrospeicher zur Verwendung gelangten. Daraus geht hervor, daß die Wiener Gaswerke alles tun, um der Hausfrau Hilfe in verschiedener Form zu gewähren. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Wenn nunmehr auch auf dem Stromsektor eine Kreditorganisation zur Finanzierung eines verstärkten Verkaufes von Elektrogeräten für den Haushalt geschaffen werden soll, wird sie die volle Förderung der Wiener Stadtwerke erhalten.

Im Programm der Wiener Gaswerke sind für das nächste Jahr mehrere Projekte berücksichtigt, so eine weitere Etappe im Anschluß von Klosterneuburg, die Versorgung von Traiskirchen aus dem Wiener Netz, weiter von Pfaffstätten, Josefsthäl, Tribuswinkel, Gumpoldskirchen und Baden sowie eines Teiles von Purkersdorf.

Die Städtischen Unternehmungen werden nach Möglichkeit trachten, das Investitionsvolumen des Vorjahres noch zu erhöhen. Sie sind durchaus in der Lage, gemeinsam eine ausgeglichene Erfolgsrechnung zu erstellen, die die Basis für die Konzessionierung von Darlehen größeren Umfanges bieten kann.

Bei den E-Works wird mit einer Steigerung der abgabefähigen Strommenge von 840 Millionen kWh im Voranschlag 1953 auf 872 Millionen kWh gerechnet. Bei den Gaswerken wird die für 1954 veranschlagte verkaufsfähige Gasabsatzmenge mit 316,3 Millionen Kubikmeter gegen 304,9 Millionen Kubikmeter im Erfolgsplan 1953 angenommen.

Bei Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb wird mit 500 Millionen Personen (im Vorjahr 485 Millionen), beim Kraftverkehr mit

34,9 Millionen (31 Millionen), beim Obusbetrieb mit 2,5 Millionen (2,4 Millionen) gerechnet. Das Brauhaus rechnet mit einem unveränderten Bierverkauf von 142 Hektolitern. Dem Koksverkauf der Gaswerke wird ein Quantum von 324.895 Tonnen gegenüber 322.750 Tonnen im Voranschlag 1953 zugrunde gelegt.

Sämtliche sechs Unternehmungen weisen an Erträgen 2.075 Millionen Schilling gegen 2.002 Millionen pro 1953 und Aufwendungen von 2.082 Millionen gegen 2.023 Millionen im Voranschlag 1953 auf. Die Erträge sind gegenüber 1953 um 3,6 Prozent, die Aufwendungen um 2,9 Prozent höher angesetzt worden. Der Gesamt- abgang aller sechs Unternehmungen beträgt 7,4 Millionen. Angesichts des präliminierten geringen Abganges, der nicht einmal ein halbes Prozent erreicht, kann wohl mit Fug und Recht von einem ausgeglichenen Voranschlag gesprochen werden.

Seit langem, allerdings nur mit teilweisen Erfolg, bemüht sich die Verwaltung, die Forderungen an die russische Besatzungsmacht hereinzubringen, bzw. die Außenstände bei den USIA-Betrieben zu reduzieren. Mit Stand vom 31. Juli 1953 belaufen sich die offenen Forderungen der E-Werke, Gaswerke, der Städtischen Bestattung, des Landwirtschaftsbetriebes, der Wiener Lager- und Kühlhaus A.G. und der Wiener Lokalbahnen auf 29,7 Millionen Schilling, während bei den USIA-Betrieben mit Stich- tag vom 24. November d.J. Außenstände in der Höhe von 8,4 Millionen Schilling aufscheinen. Wir wollen hoffen, daß diese nicht unwesentlichen Beträge in nächster Zeit eingehen.

Der Voranschlag für das Personal der Unternehmungen weist insgesamt 20.985 Aktive (21133 im Voranschlag 1953) aus. Der Stand der Pensionsparteien wurde mit 18.562 (18.138) angesetzt. Die erste Etappe der Entnivellierung erforderte für Aktive und Pensionisten ungefähr 46 Millionen Schilling.

Besonderes Augenmerk wurde der Verbesserung der sozialen und hygienischen Einrichtungen gewidmet. Die psychotechnischen Untersuchungen können mit Anfang Jänner 1954 aufgenommen werden. In Hinkunft müssen sich nicht nur die Neuaufgenommenen, sondern auch die bereits länger im Dienst Befindlichen dieser Unter- suchung unterziehen. Infolge Ausschaltung der unfallanfälligen Bediensteten erwartet man sich eine beträchtliche Senkung der Unfallziffer.

Der gesamte Personalaufwand für Aktive und Pensionsparteien ist mit 887,4 Millionen (816 Millionen im Voranschlag 1953) präliminiert.

Der gesamte Investitionsumfang konnte 1954 mit einer bisher noch nicht erreichten Summe von 391,226.500 Schilling gegenüber 356 Millionen für 1953 angesetzt werden. Im einzelnen ergibt sich bei den E-Werken eine Steigerung um 17,3 Millionen, bei den Gaswerken eine Verminderung um 7,9 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben eine Steigerung um 19,8 Millionen, bei der Bestattung um 157.000, beim Brauhaus um 5,2 Millionen und bei der Gewista um 43.500 Schilling. Diese Summen stehen nach Verabschiedung des Budgets sofort zur Verfügung.

Das E-Werk verwendet die ihm zur Verfügung stehenden Beträge vor allem für den Ausbau der Leitungsnetze, dann für die Umschaltung auf Wechselstrom, für Zähler, für Arbeiten im Werk Simmering usw.

Die Gaswerke brauchen u.a. 9,2 Millionen für Simmering, 12,9 Millionen für Leopoldau und für das Straßenrohrnetz 28,3 Millionen Schilling.

Die Bestattung verwendet ihre Investitionen für Depots, für Modernisierung und Erneuerung des Wagenparkes, für Ausrüstungsgegenstände und Uniformen.

Das Brauhaus braucht seine zur Verfügung stehenden Geldmittel für die Modernisierung der Flaschenkellerei sowie für die Anschaffung von Transportgebinden.

Die Gewista wird neue Plakattafeln anschaffen, Rechen- und Schreibmaschinen sowie einen Klein-Lastwagen.

Ausführlich sprach der Referent über das Investitionsprogramm der Verkehrsbetriebe. Für die Straßenbahn stehen 91,9 Millionen zur Verfügung, für die Stadtbahn 45,2 Millionen und dem Autobusbetrieb 11,1 Millionen Schilling. Im Lieferprogramm für 1954 sind 19 Großraumzüge enthalten, das sind 38 Großraumwagen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger betonte, daß nie davon die Rede war, daß diese Wagen heuer schon geliefert werden sollten. Es war lediglich beabsichtigt, einen Musterzug herzustellen, der voraussichtlich im nächsten Monat mit den Probefahrten beginnen können wird. Ferner werden

nächstes Jahr weitere 25 Großraumbeiwagen bestellt. Wenn alle Zusagen eingelöst werden, stehen im nächsten Jahr 63 Großraumwagen auf der Straßenbahn zur Verfügung. Schließlich ist der Aufbau von 46 Triebwagen und 20 Beiwagen in Aussicht genommen. Für die Stadtbahn sind 40 neue Triebwagen und 52 Beiwagen vorgesehen.

An Autobussen sollen 1954 17 Großraumautobusse und fünf kleinere Dieselaubusse dazukommen.

Die Verkehrsbetriebe werden also 1954 seit 1945 insgesamt 413 neue Wagen und 427 neu aufgebaute Wagen, zusammen 840 neue Einheiten besitzen! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Zum Ende des Jahres 1954 werden auf Straßenbahn und Stadtbahn wieder 2.810 betriebstaugliche Wagen gegenüber 845 bei Kriegsende zur Verfügung stehen (Beifall). Seit Beendigung des Krieges sind also nicht weniger als 1.765 betriebs-taugliche Wagen dazugekommen. Nur Übelwollende werden angesichts dieser Ziffern von einem ungenügenden Flickwerk sprechen. Hier wurde vielmehr eine glänzende Leistung erbracht, die allgemeine Anerkennung verdient (Beifall bei ÖVP und SPÖ). Wir können uns mit diesem Wiederaufbauwerk ruhig mit den Leistungen anderer Städte des Auslandes vergleichen. Dabei könnten wir in der Erneuerung des Fahrparkes noch größere Erfolge haben, wenn uns in Österreich die gleiche leistungsfähige Industrie zur Verfügung gestanden wäre, wie im Ausland. Die mangelhafte Erfüllung des Lieferprogrammes für 1953 darf sich nicht mehr wiederholen. Die Stadtwerke stellen pünktlich die Mittel zur Verfügung; an einigen österreichischen Lieferfirmen wird es nun gelegen sein, ob die Wiener Bevölkerung am Jahresende mit ihnen zufrieden sein kann oder nicht.

Unter den projektierten Instandhaltungsarbeiten und Gleisverlegungen erwähnte der Referent die Schleife Troststraße, eine Gleisanlage in der Landstraßer Hauptstraße, die Mittellage der Praterstraße, eine neue Gleisanlage am Schwarzenbergplatz u.a.

Die Beleuchtung der Straßenbahnwagen mit Leuchtstoffröhren ist auf 41 Trieb- und Beiwagen bereits durchgeführt; sämtliche Neuaufbauwagen und neuen Wagen werden mit dieser verbesserten Beleuchtung ausgerüstet. Bei der Stadtbahn ist dies aus technischen Gründen nicht möglich, doch wird die Beleuchtung ebenfalls verstärkt.

Die Arbeiten für Bremsverbesserungen sind 1953 fortgeschritten und werden auch 1954 fortgesetzt. Bis Ende des nächsten Jahres werden 481 Trieb- und Beiwagen mit Schienenbremse ausgerüstet sein, während bei 209 Triebwagen eine sogenannte Batterievorerregung vorhanden sein wird. Zusammen werden Ende 1954 bereits 690 Trieb- und Beiwagen mit verbesserten Brems-einrichtungen in Verkehr sein.

Die Wiederinstandsetzung der Heiligenstädter Linien erfolgt termingemäß, sodaß mit einer Wiederinbetriebnahme im Herbst 1954 zu rechnen ist. Der Referent bedauert es, daß es in Heiligenstadt selbst nicht zu einem Definitivum für die beabsichtigte Verlängerung der Stadtbahn nach Floridsdorf gekommen ist. Er sei nachwievor der Überzeugung, daß das von ihm vertretene Projekt vordringlich ist und so rasch wie möglich gelöst werden muß.

Abschließend zu den Investitionen erinnert der Referent daran, daß vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung nicht nur die 391,2 Millionen an freien Investitionen maßgebend sind, sondern auch der gesamte sogenannte Sachaufwand mit 1.083,5 Millionen. Dieser Summe stehen 2.109,4 Millionen Schilling des gesamten übrigen Hoheitsbereiches der Stadt Wien gegenüber. Der Aufwand für Sachleistungen und Investitionen der städtischen Unternehmungen erreicht somit fast 70 Prozent des Aufwandes der Hoheitsverwaltung.

Sodann sprach Stadtrat Dkfm. Nathschläger den Mitgliedern des Ausschusses, dem Generaldirektor und den Direktoren der Unternehmungen sowie sämtlichen Angestellten und Arbeitern den Dank für ihre Leistungen aus, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigen.

Abschließend erklärte Stadtrat Nathschläger, möchte er noch auf eine Reihe von Leistungen hinweisen, auf die die Stadtwerke ehrlich stolz sein können. Er erinnerte in diesem Zusammenhang u.a. an die Wiederinstandsetzung des Großgasbehälters Leopoldau und des Umspannwerkes Wien-West, an die im Zusammenwirken mit der Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der städtischen Unternehmungen geschaffenen 487 Wohnungen für ihre Bediensteten, an die Modernisierung des E-Werkes, Verbesserungen bei den Verkehrsbetrieben usw.

Der Referent stellte sodann die Anträge, den Wirtschaftsplan der Stadtwerke für 1954 zu genehmigen, den Fehlbetrag des Finanzplanes von 67,3 Millionen Schilling durch eine vorläufige Sperre von Posten des Investitionsplanes auszugleichen und den Stadtrat für Finanzwesen zu ermächtigen, die Sperre der Investitionen ganz oder teilweise aufzuheben. Er ersuchte ferner um die Annahme der Wirtschaftspläne für Brauhaus und Gewista.

(Unterbrechung des Berichtes über die Budgetverhandlungen.)

#### Ein Steinernes Hochzeitsfest im Liebhartstal

=====

19. Dezember (RK) Seit 1945 haben rund 6.000 Wiener Ehepaare das Goldene und 188 das Diamantene Hochzeitsfest gefeiert. 65 Jahre Ehe - bis zur Eisernen - haben nur noch 12 Paare durchgehalten. Das Steinerne Ehejubiläum zu erleben ist aber bis jetzt nur den beiden Ottakringern Karoline und Franz Fux gelungen. Vizebürgermeister Honay begrüßte heute vormittag das körperlich und geistig noch rüstige Paar, um es im Namen der Wiener Stadtverwaltung als ältestes Ehepaar Wiens zum 67½-jährigen Bestand seines Ehebundes zu beglückwünschen. Bei dieser Gelegenheit überreichte er der nun im 87. Lebensjahr stehenden "Steinernen" Braut einen weißen Fliederstrauß, ihrem Gatten ein Diplom und beiden gemeinsam eine Lederkassette mit einer Geldspende der Stadt Wien. Die Glückwünsche der Ottakringer Bezirksvorstehung überbrachten Bezirksvorsteher Scholz und sein Stellvertreter Jung.

Vizebürgermeister Honay gab in seiner Ansprache der Freude Ausdruck, daß er das Jubelpaar genau so vergnügt vor sich sehe wie damals vor 2½ Jahren, als er die Wünsche zum Eisernen Hochzeitstag überbracht hatte.

Es sind nun schon mehr als 80 Jahre her, seitdem der junge Schlosserlehrling Fux aus seiner südböhmischen Geburtsstadt Horazdovice nach Wien gekommen ist. Der Vizebürgermeister vermerkte es als einen sonderbaren Zufall, daß auch der älteste Österreicher, Herr Josef Holub, der vor wenigen Tagen das 102. Lebensjahr überschritten hat, aus der selben Gegend stammt.

Das Ehepaar Fux ist in Ottakring nicht unbekannt. In den Achtzigerjahren hat es sich auf dem Brunnenmarkt einen kleinen Mehlhandel errichtet. Später sind sie in einen Greislerladen in die Koppstraße umgezogen, in dem heute noch ihr ältester Sohn das Fleischhauergewerbe ausübt.

Vizebürgermeister Honay wurde auch schon zum nächsten Familienfest eingeladen, das im Liebhartstal zugleich mit dem 100. Geburtstag von Franz Fux gefeiert wird. Niemand von den zahlreichen Gratulanten, die sich heute in der Wohnung des Steinernen Ehepaares unterhalb der Schloßwiese eingefunden hatten, zweifelt daran, daß Ottakring auch noch dieses Jubiläum erleben wird. Franz Fux nimmt sein hohes Alter ganz einfach nicht zur Kenntnis und arbeitet immer noch fleißig in seinem Obetgarten.

#### Autobuslinien 4 und 5

=====

19. Dezember (RK) Ab Montag, den 21. Dezember, verkehren nach Beendigung der Bauarbeiten am Schwedenplatz die Autobusse der Linie 4 in der Fahrtrichtung zum Stephansplatz wieder ab Praterstraße über Aspernbrücke - Aspernplatz - Franz Josefs-Kai zur Rotenturmstraße und in der Fahrtrichtung vom Stephansplatz ab Rotenturmstraße über Adlergasse - Schwedenplatz - Franz Josefs-Kai - Aspernplatz - Aspernbrücke zur Praterstraße. Vom gleichen Tage an werden die Autobusse der Linie 5 in der Fahrtrichtung vom Stephansplatz ab Rotenturmstraße über Adlergasse - Schwedenplatz - Schwedenbrücke zur Taborstraße und in der Gegenrichtung weiterhin ab Taborstraße über Gredlerstraße - Marienbrücke - Rotenturmstraße zum Stephansplatz geführt.

Vom weihnachtlichen Lebensmittelmarkt:Feiertagsbraten zu unveränderten Preisen  
=====Die ersten Äpfelimporte sind schon eingelangt

19. Dezember (RK) Der heutige Weihnachtsmarkt zeigt in jeder Beziehung eine gute Beschickung auf, so daß eine befriedigende Versorgung des Weihnachtstisches gegeben ist. Die Fleischversorgung ist durchaus günstig, die Preise blieben im allgemeinen unverändert. Das Angebot an Geflügel ist zwar beschränkt, doch ist immerhin die Einfuhr von 150 Tonnen Schlachtgeflügel, und zwar von Gänsen aus Polen, Jugoslawien und Ungarn sowie von Truthühnern aus Jugoslawien und Ungarn zu verzeichnen, wozu noch 11.000 Stück lebende Gänse aus Jugoslawien kommen. Ausreichend wird jedenfalls die Nachfrage nach Fischen befriedigt werden können, stehen doch neben 200 Tonnen Karpfen 440 Tonnen Seefische für den Weihnachtstisch bereit. Bei der starken Zuwendung der Verbraucher zum Seefisch sind besonders diese Anlieferungen, die aus Deutschland und Norwegen kommen, zu begrüßen. Dabei ist erfreulich festzustellen, daß der Verbraucherpreis für norwegische Kabeljaufilets auf 16 Schilling herabgesetzt und damit jenem der deutschen und dänischen Ware angepaßt wurde.

Als Beilage zu Fleisch und Geflügel gibt es Reis in ausreichender Menge. In letzter Zeit wurde aus Italien der Import von 6.500 Tonnen Reis bewilligt. Die Eierversorgung ist dank der angelegten Vorräte und der durchgeführten Importe befriedigend. Die Preislage ist günstig.

Für die Salatbereitung gibt es neben Erdäpfeln, die heuer durch die gute Ernte bedingt, gegenüber dem Vorjahr wesentlich billiger sind, reichlich Chinakohl. Er erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei den Verbrauchern und drängt den Endiviensalat zurück. Dabei ist gegenüber dem Vorjahr ein starker Preisrückgang zu verzeichnen. Zu diesen Salatgemüsen kommen noch Sellerie, Vogerlsalat sowie für den verwöhnten Verbraucher Glassalat. Er ist allerdings teuer, ebenso wie die zur Zeit aus Spanien eingeführten Tomaten. Aus Italien wird fortlaufend Karfiol eingeführt.

Bei der Obstversorgung gab es bei Äpfeln in der letzten

Zeit bei starker Nachfrage nach den besseren Sorten mit Rücksicht auf das durch die ungünstige Ernte hervorgerufene Anziehung der Preise unliebsame Auswirkungen, die man jetzt durch die etwas verspätete Bewilligung von Importen aus Italien (700 Tonnen für ganz Österreich) wenigstens teilweise zu beheben versucht. Die ersten Lieferungen langten bereits ein, Sehr gut ist die Versorgung mit Orangen und Mandarinen, für deren Einfuhr jetzt zirka 240.000 Dollar bereitgestellt wurden. Lieferanten sind Italien, Spanien und Marokko.

Die Wiener Stadtväter überbringen Weihnachtsgrüße  
=====

19. Dezember (RK) Auch heuer werden der Bürgermeister, die beiden Vizebürgermeister, die Stadträte, die Gemeinderäte und die Bezirksvorsteher an Weihnachtsfeiern in städtischen Krankenhäusern und Anstalten teilnehmen. Die Stadtväter werden allen Wienerinnen und Wienern, die Weihnachten nicht im Kreise ihrer Familie verbringen können, die Grüße der Stadt übermitteln.

In mehreren städtischen Anstalten haben Weihnachtsveranstaltungen bereits stattgefunden. Die Stadträte Afritsch und Mandl haben in den vergangenen Tagen an zwölf Weihnachtsfeiern im Altersheim Lainz teilgenommen und allen Pflinglingen die Grüße des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung übermittelt. Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Lakowitsch wohnten den Feiern in der Kinderklinik Glanzing und in der Nervenheilanstalt Rosenhügel bei.

Das Programm des Bürgermeisters ist nun nach Abschluß der Budgetberatungen im Rathaus gleichfalls mit Weihnachtsfeiern in Spitälern und Heimen reich bedacht. Für morgen ist Bürgermeister Jonas zu Weihnachtsfeiern ins Apollo-Kino, in den Kursalon und in das Lehrlingsheim Leopoldstadt eingeladen. Montag wird er im Wilhelminenspital erwartet.

Vizebürgermeister Honay besuchte heute zwei Weihnachtsveranstaltungen in Ottakring und eine weitere im Lehrlings-

heim Augarten. Sonntag nachmittag wird er den Kindern im Schloß Wilhelminenberg die Weihnachtsgrüße überbringen.

Viel Weihnachtsfreude wird es heuer auch in den städtischen Kindergärten und Horten geben. Die Kindergärtnerinnen hatten, unterstützt von der Elternschaft, in den letzten Tagen oft bis in die Nacht hinein gearbeitet und gebastelt, um schöne Spielzeuge und andere Überraschungen herzustellen. Unter den Weihnachtsbäumen in den städtischen Kindergärten und Horten werden sich Montag und Dienstag 14.000 Kinder versammeln.

Auch die städtischen Tagesheimstätten wurden von der Weihnachtsstimmung erfaßt. In einigen Bezirken werden Schulkinder den alten Leuten herzige Weihnachtsgeschenke überreichen. Mit einer ganz großen Überraschung werden aber die Tagesheimstättenbesucher in Floridsdorf und Schwechat aufwarten, indem sie selbst die Rolle des Christkindls übernehmen. Seit Wochen wurden in den Tagesheimstätten verschiedene Stricksachen angefertigt, die nun an 85 bedürftige Kinder verschenkt werden.

Debatte über den Voranschlag der städtischen Unternehmungen

GR. Wicha (WdU) vertritt die Ansicht, daß die Straßenbahntarife zu hoch seien. Es zeige sich aus diesem Grunde bereits eine starke Abnahme der verkauften Straßenbahnfahrtscheine. Durch die Überfüllung der Wagen während der Spitzenverkehrszeiten werden nicht nur die Kleider der Fahrgäste oftmals beschädigt, sondern es ist auch ein viel stärkerer Stromverbrauch zu verzeichnen. Der Redner fordert eine gründliche Reform auf dem Verkehrssektor. Er könne auch dem Stadtrat nicht zustimmen, wenn dieser meinte, daß zum Beispiel die Linie 31 für den Floridsdorfer Verkehr genüge. Die große Zahl der Unglücksfälle führt der Redner zum Teil auf die schlechten Verkehrsverhältnisse zurück. Er tritt auch für gekoppelte Fahrtscheine für Straßenbahn und Autobus ein.

GR. Wicha ersucht den Stadtrat um Aufklärung, ob die Gemeinde ebenfalls ihre Tarife bei den Linien, die als Konkurrenzlinien der Bundesbahn laufen, erhöhen wird. Der Redner regt an, die Grenze für die Kinderfahrtscheine mit dem 14. Lebensjahr festzusetzen und nicht wie jetzt nach der Größe. Er verweist darauf, daß es bei der Badner Bahn weder verbilligte Bäderkarten gibt, noch Sechs-Tage-Rückfahrkarten, auch hier wäre Abhilfe zu schaffen. Der Redner ersucht auch um eine verstärkte Einbeziehung der Randgebiete in die Gasversorgung. Auch das Gas müßte billiger werden, da die Gaswerke durch die vermehrte Inanspruchnahme des Erdgases billigere Gesteungskosten haben. Es zeige sich in letzter Zeit nicht nur eine Verminderung der Gasabnahme, sondern auch eine überaus große Koksanhäufung. Der Redner fragt an, wie der Stadtrat die Auswirkungen der Gasstrahler und der Kochtöpfe - für beide wird augenblicklich große Reklame gemacht - auf die Gaswerke in den Wirtschaftsplänen beurteilt.

Die E-Werke müßten mit gutem Beispiel vorangehen und eine Modernisierung der Haushalte mit Elektrogeräten forcieren. So sollte vor allen Dingen ein Kühlschrank heute kein Luxus mehr sein. Vielleicht wäre es möglich, Kühlschränke und Staubeauger serienmäßig herzustellen und dann ähnliche Aktionen, wie die so befriedigende Badezimmeraktion, zu schaffen.

Zum Kapital Brauhaus könne er nur sagen, daß er eine Umstellung auf die Erzeugung von alkoholfreien Getränken für zweckmäßiger hielte. Man könnte sich hiedurch Ausgaben für die Trinkerheilstätten sparen.

Auf dem Gebiete des Bestattungswesens ist trotz der vollständigen Kommunalisierung keine Preisherabsetzung, außer bei den Särgen, eingetreten. Es sollte hier jedoch nicht um der Kommunalisierung willen kommunalisiert werden sondern im Interesse der Bevölkerung.

GR. Wicha erklärt abschließend, seine Fraktion könne den Ansätzen nicht zustimmen, da wohl verschiedene Reformen im Interesse der Stadtwerke und Unternehmungen durchgeführt wurden, jedoch keine, die der Bevölkerung selbst zugute kämen.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) stellt fest, daß ausschließlich die Bezieher von Gas und Strom sowie die Straßenbahnbenützer zur Verbesserung der Einrichtungen der Wiener Stadtwerke beigetragen haben. Die Kapitalisten und die Höchstverdiener hätten aber keinen zusätzlichen Beitrag hiezu geleistet, obwohl die Unternehmer zum Beispiel darin interessiert sein müßten, daß ihre Arbeiter und Angestellten in modern ausgerüsteten Verkehrsmitteln in die Betriebe kommen. Im Sinne einer richtig geführten Gemeindepolitik wäre es notwendig, die Tarife mehr nach sozialen Gesichtspunkten zu staffeln. Es bedeute kein besonderes Verdienst, sondern es sei eine Selbstverständlichkeit, daß man auch kommunale Betriebe im Laufe der Jahre auf einen modernen Stand bringt.

Seit der im Juli 1953 erfolgten Übergabe der Baustelle in Ybbs-Persenbeug an die Bundesregierung sei jede Ausrede weggefallen, daß der Ausbau des Donaukraftwerkes nicht in Angriff genommen werde. Obwohl die Zeitungen der Regierungsparteien in den Sommermonaten die sofortige Durchführung der Vorbereitungsarbeiten verhießen, sei seither an diesem Werk noch immer nicht gebaut worden.

Die Wiener seien nicht an dem Ausbau der Energiewerke in Vorarlberg oder in Reiback interessiert, es berühre sie nicht so sehr, ob Bonn oder Mailand mit billigem Strom versorgt wird, sondern sie seien in erster Linie an dem Ausbau der Donaukraftwerke interessiert, um billigen Strom für Haushalt, Gewerbe und Industrie zu bekommen.

Man operiere immer wieder mit Hausnummern für die Steuerschulden der USIA. Hätte man in den letzten sieben Jahren diese Betriebe ins Handelsregister eingetragen, so hätte der österreichische Staat auch diese Steuern vorschreiben können. In letzter Zeit treibe man die gleiche Russenhetze mit den Schulden der USIA-Betriebe an die E-Werke und Gaswerke. Einige Großverbraucher hätten mit den Stadtwerken Abkommen über die Abrechnung der Strom- und Gas tarife. Während beispielsweise Wagner-Biró im Sommer eine Schuld beim E-Werk von 7 Millionen Schilling gehabt haben soll, habe der Redner Anfang Dezember in der Buchhaltung dieser Werke feststellen können, daß dieser Betrieb zu diesem Zeitpunkt ein Guthaben bei den Stadtwerken in der Höhe von 1,4 Millionen Schilling aufzuweisen hatte.

Der Redner fordert zusätzliche Autobuslinien in den Randgebieten, unter anderem auch Querverbindungen im 25. Bezirk und die Wiederherstellung der Verbindung zwischen Hütteldorf und Neuwaldegg. Man sollte dabei einen Einheitstarif schaffen. Es wäre notwendig, auch die Straßenbahnbeiwagen zu heizen, weil in den kalten Wintertagen sich alles in die geheizten Triebwagen dränge. Anlässlich der Novellierung der Eisenbahnordnung sollte man auch bei den Wiener Straßenbahnen dazu übergehen, die Kinderfahrtscheine bis zu einem Alter von 14 Jahren gelten zu lassen. In einem Antrag fordert der Redner, die Einführung einer verbilligten Lehrlingswochenkarte auf Straßenbahn und Stadtbahn.

GR. Dr. Soswinski spricht hierauf von einer Verkehrsmisere in Wien und erklärt, die einzig wirkliche Lösung aller Probleme wäre die Erbauung einer Untergrundbahn. Dazu seien lange Vorbereitungen notwendig. Über die Kosten eines solchen Projektes könnte man sich erst nach den Bodenuntersuchungen

und anderen Vorerhebungen klar werden. Den für die Führung der Untergrundbahn benötigten Grund müßte man enteignen, um Bodenspekulationen zu verhindern. GR. Dr. Altmann habe schon 1946 die Aufnahme der Vorbereitungsarbeiten für die U-Bahn verlangt. Wenn die ÖVP heute mit dem Vorschlag komme, mit dem Studium zu beginnen, so handle es sich wahrscheinlich um ein Wahlmanöver. Der Redner bezeichnet das U-Bahnprojekt als einen Wahlschlager der ÖVP. Er hält dem gegenüber ein anderes Projekt, das ohne weiteres verwirklicht werden kann: die Schaffung eines zweiten Stadtbahnringes durch Elektrifizierung der Vorortelinie, der Verbindungsbahn und der Donauländebahn. Dieses Projekt könnte in großen Etappen durchgeführt werden. Den dafür notwendigen Wagenpark könnte man später für die U-Bahn verwenden. Auch müßte ein gemeinsamer Betrieb mit der Bundesbahn möglich sein. Nach den Berechnungen, denen das Projekt zugrundeliegt, würde ein Wagenpark von 15 Zügen genügen, um Verkehrsintervalle von je 10 Minuten zu gewährleisten.

GR. Dr. Soswinski spricht dann über die Vorteile, die die Verwirklichung dieses Projektes mit sich bringen würden. Er erläutert an einzelnen Fällen die Zeitersparnis, die besonders jenen Leuten zugutekäme, die von ihrer Arbeitsstätte weit entfernt wohnen. Die Gesamtkosten für den Bau des neuen Stadtbahnringes veranschlagt der Redner mit 250 Millionen Schilling. Die Aufbringung der Mittel könnte durch eine Anleihe erfolgen, von der die Gemeinde Wien selbst den größten Teil übernehmen sollte. Der Tarif müßte wieder der einheitliche Tarif wie für Straßenbahn und Stadtbahn sein. Der Redner vergleicht in diesem Zusammenhang, wieviel eine Fahrt in New York, Moskau und Wien im Verhältnis zum durchschnittlichen Einkommen eines Arbeiters kostet. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß in New York der 1.800. Teil eines durchschnittlichen Monatslohnes für eine Fahrt auf der U-Bahn ausgegeben werden muß, in Moskau der 2.000. Teil eines unteren Einkommens, in Wien aber der 1.000. Teil oder unter Berücksichtigung der Wochenkarte der 1.400. Teil.

Zusammenfassend stellt GR. Dr. Soswinski den Resolutionsantrag, der Wiener Gemeinderat solle die Vorschläge über einen 2. Stadtbahnring durch Fachleute ehestens prüfen lassen; eine Berichterstattung über das Ergebnis solle noch im ersten Quartal 1954 erfolgen.

GR. Dipl.Ing. Rieger (ÖVP) erinnert sich anlässlich der in den letzten Jahren abgehaltenen Jubiläumsfeiern der Stadtwerke an die Entstehung der einzelnen städtischen Unternehmungen. Dr. Lueger hatte schon lange bevor seine Bestellung zum Bürgermeister bestätigt wurde, Pläne vorliegen, sodaß es ihm leicht war, seine Aufgaben im Interesse der Wiener Bevölkerung rasch durchzuführen. Er schildert die großen Verdienste des Bürgermeisters Dr. Lueger auf dem Gebiete der kommunalen Betriebe und stellt fest, daß seine Taten schon damals von der Bevölkerung mit großer Genugtuung aufgenommen wurden. Er hat damals schon die Basis für unsere heutigen kommunalen Betriebe geschaffen, und auch die Pläne für eine U-Bahn intensivst behandelt. Wäre er nicht allzu früh verstorben, hätten wir uns viele Diskussionen erspart. Bei dem großen Vertrauen, das er genoß, wäre es ihm ein leichtes gewesen, die nötigen finanziellen Mittel für derart großartige Bauvorhaben zu erlangen.

Leider sind noch viele unserer Wünsche unerfüllt, so insbesondere die Verlängerung der Stadtbahn von Heiligenstadt nach Floridsdorf und Stammersdorf. Der Redner setzt sich mit den von sozialistischer Seite dagegen gemachten Einwendungen auseinander und spricht die Hoffnung aus, daß die Mehrheit des Hauses ihre Meinung doch noch einer Revision unterziehen wird. Der Volkspartei geht es darum, daß die in Durchführung begriffenen Bauvorhaben auf dem Heiligenstädter Bahnhof auf derart wirtschaftliche Weise erfolgen, daß niemals der Vorwurf eines verlorenen Bauaufwandes erhoben werden kann.

Es ist etwas verspätet, wenn sich die kommunistische Fraktion heute als Wortführer für die Elektrifizierung eines zweiten Stadtbahnringes aufspielt. Wir machen seit Jahren immer wieder den Vorschlag, nicht nur die Vorortelinien und Verbindungslinien in ein erweitertes Stadtbahnnetz einzubauen, sondern auch die Westbahn, Franz Josefs-Bahn und Südbahn in das Verkehrsnetz der Stadtbahn einzubeziehen. Darüber hinaus ist notwendig, daß als erster Schritt der Schnellbahnverkehr auf

dem derzeit in Betrieb befindlichen Verkehrsnetz aufgenommen wird.

Mit der Planung für die U-Bahn müsse jetzt schon begonnen werden, damit man, sobald die Finanzierung hichergestellt ist, mit dem Bau tatsächlich beginnen kann und die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne schon so erstellt werden, daß durch Neu- oder Umbauten der endgültige Bau nicht verrammelt wird.

Auf Grund ihrer kleinlichen Haltung bei der Ablehnung des Stadtbahnprojektes Floridsdorf-Stammersdorf, der U-Bahn und der Autobahn muß man feststellen, daß die SPÖ als eine kleinliche, eingefrorene, reaktionäre Partei vor den Augen der Bevölkerung dasteht. (Beifall bei der ÖVP.) Die Sozialistische Partei hat nur eine ganz kleine Mehrheit von zwei Mandaten. Diese zwei Mandate werden sie auf die Dauer nicht davor schützen, ihre kleinliche Politik gegen die großen Interessen der Bevölkerung weiter zu betreiben. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.) Erst wenn sie die Mehrheit verloren hat - das ist die traurige Erkenntnis der letzten Jahre - wird es möglich sein, diese Planung in entsprechend kurzer Zeit durchzuführen und für die Finanzierung zu sorgen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein weiterer Wunsch ist die Planung eines Fernheizkraftwerkes und die Entgiftung des Stadtgases.

Als das ernsteste Problem der Wiener Stadtwerke bezeichnet GR. Ing. Rieger die Frage der Tarifierstellung. Die Mehrheit des Hauses behauptet, daß die Strom- und Gastarife nur nach dem Prinzip der Kostendeckung erstellt seien und keinerlei Gewinn erzielen wollen. Nun beträgt aber die Differenz zwischen den Pensionsrückstellungen bei den Stadtwerken und dem Erfordernis für Pensionen 159 Millionen. Nach Ansicht der ÖVP sollte die Gebrauchsgebühr von 47 Millionen Schilling ebenfalls nicht die Stadtwerke belasten. Hingegen sollte die Summe der Abschreibungen um 60 Millionen Schilling erhöht werden. Die Summe der überhöhten Pensionsrückstellungen und der Gebrauchsgebühr, vermindert um 60 Millionen zusätzliche Abschreibungen, ergibt einen zuviel verrechneten Mehraufwand von 146 Millionen Schilling oder von 16 Prozent der Einnahmen der E-Werke und

Gaswerke. Um diesen Betrag könnten die Tarife gesenkt werden, wobei schon die Abschreibungen entsprechend aufgewertet wären. (Beifall bei der ÖVP.) Das Stammkapital der Wiener Stadtwerke ist viel zu gering und sollte aufgestockt werden. Im Sinne seiner Ausführungen stellt der Redner den Antrag, die seit dem Jahre 1951 in Kraft befindlichen Strom- und Gastarife zu senken und ferner große Investitionen künftighin nicht mehr aus den laufenden Einnahmen zu decken, sondern durch Anleihen oder Kreditoperationen zu finanzieren.

In der Begründung wird ausgeführt, daß die Stabilisierung der Wirtschaft und die günstige Lage auf dem Kapitalmarkt die Möglichkeit bieten, größere Investitionen durch öffentliche Anleihen oder durch Kreditoperationen zu decken, in welcher Beziehung sowohl der Bund als auch zahlreiche Gemeinden mit Erfolg schon vorangegangen sind. Unter solchen Umständen die Investitionen bei den städtischen Unternehmungen ausschließlich aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren, erscheint nicht mehr vertretbar und auch nicht notwendig. Investitionen mit größerem Umfang sollten künftig auf den Kreditweg verwiesen werden. Auf diese Weise soll nicht nur der Arbeitsbeschaffungsumfang wie bisher aufrechterhalten werden, sondern es steht zu erwarten, daß einerseits auf Grund gesenkter Tarife der Absatz steigt und ein Teil der Mindereinnahmen wieder wettgemacht wird, und andererseits die Belastung der Bevölkerung aus großen Investitionen auf einen Zeitraum aufgeteilt wird, der ungefähr deren Lebensdauer entspricht.

Auch Dr. Migsch hat als sozialistischer Redner bei der Generaldebatte zum Budget im Parlament darauf hingewiesen, daß die Landesgesellschaften von den Konsumenten Strompreise verlangen, die volkswirtschaftlich in keiner Weise zu rechtfertigen sind. Wir hoffen, daß die Sozialisten dem Rechnungstragen und für unseren Antrag stimmen werden. (Beifall bei der ÖVP.) Dieser Antrag ist kein Versuch einer Lizitationspolitik vor den Wahlen, sondern wir lasten unserem Stadtrat die Verantwortung auf, daß er diese Probleme im Sinne der Bevölkerung Wiens zu einer Lösung bringt. Wir haben bewiesen, daß wir Mut haben, diese Fragen anzuschneiden, nachdem gerade ein Stadtrat unserer Partei diesen Unternehmungen vorsteht. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend dankt der Redner dem Stadtrat und seinen Mitarbeitern in den Unternehmungen sowie allen Angestellten und Arbeitern für ihre aufopferungsvolle Arbeit. Die Volkspartei werde trotz aller Kritik den Wirtschaftsplänen der städtischen Unternehmungen zustimmen, sie erwarte aber, daß die Erstellung der Wirtschaftspläne in den kommenden Jahren gemäß ihren Anregungen durchgeführt werde. Die ÖVP werde den Ansätzen dieser Gruppe zustimmen (Beifall bei der Volkspartei).

GR. Marek (SPÖ) erinnert daran, daß die Errichtung von städtischen Unternehmungen in eine Zeit fiel, in der das **liberale** Bürgertum dem Höhepunkt zustrebte. Vor einem halben Jahrhundert traten damals industrielle Unternehmungen der Stadt in den Konkurrenzkampf mit den privaten Betrieben. Die erzielten Gewinne flossen in die Kassen der Gemeinde. Die sehr bedeutenden Einnahmen wurden zur Bestreitung der Hoheitsverwaltung verwendet. Als nach 1919 zum erstenmal Sozialdemokraten in den Gemeinderat einzogen, vollzog sich eine Änderung. Diese Betriebe wurden nicht mehr als Magistratsabteilungen, sondern als eigene wirtschaftliche Einrichtungen der Gemeinde nach kommerziellen Grundsätzen und nach dem Prinzip der Kostendeckung geführt.

Wenn heute die Opposition Anträge auf Herabsetzung der Tarife stelle, so entspricht dies ihrer politischen Linie. Weniger verständlich ist es aber, daß ein Vertreter einer Partei, mit der wir in der Gemeinde zusammenarbeiten und deren Stadtrat mit der Aufgabe dieses großen Wirtschaftsgebietes betraut ist, heute ebenso kommt und Anträge stellt, die einen Teil der unbedingt notwendigen Investitionen auf den Anlehesektor verweisen. Es ist nicht logisch, einen Antrag einzubringen, wonach unter anderem die Rücklagen der Hoheitsverwaltung den städtischen Unternehmungen zur Bestreitung der Investitionen zugewiesen werden.

Die Wiener Bevölkerung anerkennt die Leistungen der städtischen Betriebe. Es ist immerhin eine Leistung, daß die Tarife für Gas, Strom und Straßenbahn kaum auf das Vierfache des Friedenspreises gekommen sind, während beispielsweise die Preise für Lebensmittel zwischen dem Sechseinhalbfachen und Zehnfachen liegen.

Diese unsere Preispolitik nach 1945 hat wesentlich dazu beigetragen, das Lohn- und Preisgefüge in Ordnung zu halten. Es ist nicht zu groß gesprochen, wenn wir sagen, daß unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere Exportmöglichkeiten auch auf diese billigen Tarife zurückzuführen sind, die wir geschaffen haben. (Beifall bei den Sozialisten.)

Wenn die Stadtwerke eine 5prozentige Stromsteigerung in Erzeugung und Verbrauch pro Jahr annehmen, so entspricht dies einer Folge der Zivilisation, denn man rechnet in Europa damit, daß in den nächsten zehn Jahren die Strommenge verdoppelt wird. Diese Steigerung ist auch ein Beweis einer wirtschaftlichen Gesundung, wenn wir auch noch lange keinen Vergleich mit dem Stromverbrauch anderer Länder standhalten können. In Österreich verbraucht eine vierköpfige Familie rund 230 Kilowattstunden Strom, in der Schweiz jedoch 1.640 und in den Vereinigten Staaten von Amerika sogar 2.018 Kilowattstunden. Die Preispolitik der Stadtwerke trägt den Bedürfnissen der Menschen und den Notwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung.

Der Personalstand ist seit 1945 um 10 Prozent gesunken, dagegen ist der Stand an Pensionisten gestiegen. Den Direktoren der Unternehmungen gebührt dafür Dank, daß sie die Lehrlingseinstellung in wirklich verständnisvoller Weise gefördert haben. (Beifall bei der SPÖ.) 119 Lehrlinge sind eingestellt worden, weitere 100 sollen folgen. Die Entnivellierung bringt eine 9prozentige Steigerung der Personalkosten mit sich. Während 1953 356 Millionen Schilling für Investitionen verwendet wurden, ist die Summe der Investitionen im kommenden Jahre mit 368 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag wird mit dazu beitragen, die Beschäftigung in unserem Lande zu erhalten.

Der Redner lobt das Wirken der Gasgemeinschaft und sagt, es sei erfreulich, daß die Stadtwerke bisher 100 Millionen Schilling für Teilzahlungsgeschäfte zur Verfügung gestellt haben. Er gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, ob es zweckmäßig ist, 120 verschiedene Typen von Heizkörpern in Österreich herzustellen.

Der Redner begrüßt auch, daß nun die Randgemeinden von den Stadtwerken mit Gas beliefert werden.

Die folgenden Ausführungen widmet GR. Marek der Wiener Straßenbahn. Daß der Wiener in den Zeiten des Spitzenverkehrs an der Straßenbahn "hängt" ist keine Wiener Spezialität. Die Frankfurter hängen genau so an ihrer Straßenbahn wie die Kölner und sonst wo in anderen Städten. Eine Verkehrsmisere gibt es eben überall. Es handelt sich hier um ein Gegenwartsproblem, das freilich gelöst werden muß. Das U-Bahnprojekt wird von der SPÖ nicht abgelehnt, sie wolle vielmehr ernstlich darüber sprechen und eine Entscheidung treffen. Das Projekt ist aber weder eine sozialistische Erfindung noch eine Erfindung der ÖVP oder der Volksopposition. Bereits 1910 weilte ein französisches Konsortium in Wien und legte der damaligen Gemeindeverwaltung ein U-Bahnprojekt vor. Die U-Bahn, so meint der Redner, wird sicher gebaut werden, aber zu einer Zeit, in der wir in der Lage sind, das zu tun. Vielleicht werden wir einmal mit Atomkraft unsere städtischen Verkehrsmittel betreiben. Es wäre jedoch abwegig, einen Antrag einzubringen, Stadtrat Nathschläger möge sich jetzt schon den Kopf darüber zerbrechen, wie wir im Jahr 2.000 mit Atomkraft fahren werden. Aber bevor wir mit Atomkraft fahren, werden wir sicher die U-Bahn haben (Beifall bei der SPÖ).

Der Redner behandelt dann die Stellungnahme der ÖVP zu dem Stammersdorfer Projekt, das nach der Meinung der Techniker frühestens in 5 Jahren verwirklicht werden kann. Inzwischen wird aber die Nordbahnbrücke von der Bundesbahn wieder errichtet sein, und damit 30 Prozent der Fahrgäste zur Bundesbahn abwandern. Die Verkehrsbetriebe haben auch schon im nächsten Jahr durch einige Maßnahmen dafür vorgesorgt, damit dem immerhin bestehenden Übelstand abgeholfen werden kann.

Bei der Besprechung der Städtischen Bestattung erwähnt er, daß der spätere Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Novellierung der Gewerbeordnung verlangt hat, nur zu dem Zweck, um die Übelstände der privaten Leichenbestattungen zu beseitigen. Es hat jedoch lange gedauert, bis man die ÖVP dazu gebracht hat, das zu tun, was schon Weiskirchner für richtig gehalten hat.

Zum Brauhaus gab der Redner seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich Dkfm. Nathschläger selbst von der technischen Erneuerung des Betriebes und den Fortschritten überzeugt hat.

Der Redner sprach dann noch zu den Ausführungen des Referenten, daß sich die Wirtschaft von selbst regelt und hält dem seine Meinung entgegen, daß die Wirtschaft sehr wohl zu beeinflussen sei und auch positiv beeinflusst werden muß.

Zur Frage der Kreditbeschaffung für die U-Bahn meint er, daß die Aufnahme eines Kredites erst in einem souveränen Staat möglich sei.

Er wendet sich ferner gegen die Ausführungen des Dr. Soswinski zu der Anfragenbeantwortung des Bürgermeisters wegen der USIA-Schulden. Hier wird keine billige Hetze getrieben, denn diese Schulden sind viel Geld, wie ziffernmäßig festgestellt wurde. Man wollte vielmehr über die Schulden reden, die diese Unternehmungen unter Mißbrauch der Exterritorialität in Österreich begehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend gibt GR. Marek die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe XI und versichert dem Referenten, daß die sozialistischen Gemeinderäte weiterhin im Ausschuß mitarbeiten werden.

In seinem Schlußwort nimmt Stadtrat Dkfm. Nathschläger zunächst zu den Ausführungen des GR. Wicha Stellung und erklärt, daß die Tarife der Straßenbahn lediglich auf das 4.75fache erhöht wurden. Auf der Straßenbahn ist eine gewisse Überfüllung nur noch in den Spitzenzeiten festzustellen, es ist aber im abgelaufenem Jahr einiges geschehen, um Abhilfe zu schaffen. Auf der Stadtbahn ist es darauf zurückzuführen, daß 30 bis 40 Wagen aus dem Verkehr gezogen und umgebaut werden mußten. Es ist klar, daß sich bei der zunehmenden Motorisierung nicht mehr die hohen Frequenzziffern ergeben wie 1946 bis 1948. Immerhin sind 1953 wesentlich mehr Fahrgäste befördert worden, als ursprünglich angenommen wurde. Die Kindertarife sind nachgewiesenermaßen die billigsten in Europa. Der Autobustarif muß derzeit nicht erhöht werden. Es ist nicht richtig, daß im Stadtgas 26 Prozent Erdgas enthalten sind. Der maximale Prozentsatz wird 1954 19 Prozent betragen, wovon wieder nur 14 bis 15 Prozent reines Erdgas sind.

Dem GR. Dr. Soswinski entgegnet er: Ich weiß nicht, wie bei Strom und Gasbezug die Kapitalisten besonders in Anspruch genommen werden sollen. Der Grundtarif ist sowieso nach der Anzahl der Wohnräume gestaffelt, beim Arbeitspreis kann aus rein praktischen Gründen kein Unterschied gemacht werden.

Beim Bau neuer Straßenbahnwagen müssen wir Rücksicht auf das vorhandene Industriepotential nehmen. Wir können dieses nicht willkürlich erweitern, weil das für die weitere Zukunft unwirtschaftlich wäre.

Der Bau von Ybbs-Persenbeug wird 6 Jahre beanspruchen. Sobald die im Gang befindlichen Vorarbeiten beendet sind, werden im Durchschnitt etwa 1.800 bis 2.000 Arbeiter beschäftigt werden.

Die Ausführungen über die Schulden der USIA-Betriebe sind keine Russenhetze, wie es GR. Dr. Soswinski darzustellen versuchte, sondern lediglich notwendige Feststellungen, und es ist zu hoffen, daß diese Beträge, die wir dringend benötigen, möglichst bald eingehen.

Den Antrag auf Einführung einer Lehrlingswochenkarte empfiehlt der Referent im Hinblick auf die Situation der Verkehrsbetriebe zur Ablehnung. Da man alle Verkehrsprobleme sachlich überprüfen soll, möge der Antrag auf Inbetriebnahme eines zweiten Stadtbahnringes dem zuständigen Ausschuß zur Beratung zugewiesen werden.

Die vom GR. Dipl. Ing. Rieger vorgebrachten Anregungen auf Planung einer Schnellbahn nach Floridsdorf und einer U-Bahn sollten wirklich noch einmal geprüft werden. Es ist unverständlich, daß die Mehrheit dieses Hauses das bisher abgelehnt hat.

Zu dem Antrag des GR. Ing. Rieger auf Senkung der Strom- und Gastarife bemerkt der Stadtrat: Wir hatten bisher die Möglichkeit, einen großen, ja gigantischen Betrag für Investitionen aus den laufenden Einnahmen zu decken. Dadurch wird sicherlich die jetzt lebende Bevölkerung mehr belastet. Wenn die Möglichkeit der Aufnahme von Krediten gegeben ist, könnte man sich überlegen, diese Belastung auf mehrere Generationen zu verteilen und große einmalige Investitionen aus Anleihen zu decken.

Persönlich bin ich der Auffassung, daß man gemäß dem Antrag die derzeitigen Tarife überprüfen soll, ob sie auf weite Sicht gesehen gerechtfertigt sind oder ob es Möglichkeiten gibt, eine Entlastung der Bevölkerung vorzubereiten. Davon kann und soll geredet werden, und es ist das demokratische Recht jeder Gruppe, Tarifüberprüfungen zu verlangen. Ich kann heute noch nicht sagen, was bei einer solchen Beratung herauskommen wird, da eine ganze Reihe von Problemen hineinspielt. Man kann daher diesen Antrag ohne weiteres dem Ausschuß zuweisen, damit er dort geschäftsordnungsmäßig behandelt wird.

Der Berichterstatter gibt weiter seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch GR. Marek die Notwendigkeit einer ernstlichen Behandlung des Projektes einer U-Bahn anerkannt hat. Es sei höchste Zeit, sich mit diesem Problem wirklich ernsthaft zu beschäftigen. Es sollte auch in Wien ein Generalverkehrsplan aufgestellt werden, wie dies in anderen Städten geschehen sei.

Die Volkspartei habe sich vor zwei Monaten gegen größere Investitionen beim Brauhaus ausgesprochen, weil eine Verbesserung in dem erwarteten Ausmaße kaum eintreten dürfte. Das Brauhaus werde sich in keinen ernstlichen Konkurrenzkampf mit der übermäßigen privaten Industrie einlassen können.

Hinsichtlich des ersten Großraumzuges der Straßenbahn bemerkt der Redner, daß leider die ihm von zwei Industriefirmen gemachten Zusicherungen nicht eingehalten wurden. Es sei zu hoffen, daß wir den Großraumzug, der schon in Fertigstellung begriffen ist, im nächsten Monat bekommen werden. Hoffentlich werden sich die 19 Großraumzüge und die 25 Großraumbeiwagen im Jahre 1954 optisch ebenso günstig im Wiener Verkehr ausnehmen wie die 140 Wagen der Typen B und b.

Abschließend dankt Stadtrat Nathschläger für die Sachlichkeit der Debatte und für alle Anregungen. Er werde bestrebt sein, zumindest einen Teil davon zu realisieren.

Er bittet auch weiterhin um Unterstützung in dem sicherlich nicht leichten Kampf der Führung der Städtischen Unternehmungen, im besonderen aber des Aufbaues der Wiener Verkehrsbetriebe, die ihm ganz besonders am Herzen liegen (Beifall bei der ÖVP).

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten zu den Bilanzen für 1952 und zu den Wirtschaftsplänen für 1954 der Städtischen Unternehmungen ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Ein Antrag des Linksblockes wird gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU abgelehnt, der zweite Antrag des Linksblockes wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Vor der Abstimmung des Antrages der ÖVP ersucht der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, den Referenten um eine nochmalige Formulierung seiner Empfehlung. Stadtrat Dkfm. Nathschläger teilt mit, er empfehle, die Beratungen über eine Ermäßigung der Tarife im zuständigen Ausschuß aufzunehmen. Der Vorsitzende führt dazu aus, daß diese Empfehlung in einem Widerspruch mit der konkreten Formulierung des Antrages steht, daß die Strom- und Gastarife zu senken sind. Wenn der Antrag in dieser Form angenommen wird, bedeutet dies, daß der Gemeinderat den zuständigen Instanzen einen Auftrag erteilt. Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der ÖVP, des WdU und des Linksblockes abgelehnt.

#### Dank an Oberamtsrat Anton Bentsch

Zum Abschluß der Beratungen ergreift noch einmal Bürgermeister Jonas das Wort. Er spricht allen, die an der verantwortungsvollen Aufgabe mitgewirkt haben, den Haushaltsplan der Stadt Wien für 1954 zu beschließen, seinen Dank aus, besonders Stadtrat Resch und den übrigen Stadträten. Der Bürgermeister dankt ferner den Mitgliedern des Gemeinderates, die den Voranschlag mit großer Sorgfalt behandelt haben und dabei Anregungen und Kritiken vorbrachten, die befruchtend und belebend auf die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung einwirken werden. Unter den Beamten, die sich um die Vorarbeiten besonders verdient gemacht haben, nennt der Bürgermeister Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Amtsrat Riedl und Kontrolldirektor Dr. Leppa sowie deren Mitarbeiter.

Der Bürgermeister würdigt ferner die außerordentliche Leistung der Stenographen, die Tätigkeit der Pressevertreter, der Pressestelle und des Präsidialbüros. Bei dieser Gelegenheit zollt der Bürgermeister Oberamtsrat Anton Bentsch unter allgemeinen starken Beifall besondere Anerkennung. Oberamtsrat Bentsch steht seit 1909 im Präsidialdienst und bearbeitet seit einer langen Reihe von Jahren mit besonderer Gewissenhaftigkeit die Vorlagen für den Stadtsenat, den Gemeinderat und den Landtag. Seine besondere Befähigung und Umsicht kam heuer zum letzten Mal dem geordneten Ablauf einer Budgetverhandlung zugute.

#### Der Dank an die Wiener Bevölkerung

Abschließend sagte der Bürgermeister: Unser Wirken in der Gemeindeverwaltung wäre nie so erfolgreich gewesen, wenn wir nicht hierbei zu jeder Zeit die opferbereite Mitarbeit und die verständnisvolle Unterstützung der Wiener Bevölkerung gefunden hätten. (Allgemeiner Beifall.) Ohne diese Mitarbeit und ohne diese Unterstützung hätte das ~~harte~~ Werk des Wiederaufbaues nicht im entferntesten jene Ergebnisse zeitigen können, die uns heute mit berechtigtem Stolz erfüllen! Auf dieser festen Grundlage wollen wir unermüdlich weiterbauen und uns dabei in gut demokratischem Geiste immer bewußt bleiben, daß wir nicht die Herren, sondern die Diener des Volkes sind! Der Bürgermeister wünschte den Mitgliedern des Gemeinderates und allen Wienerinnen und Wienern ein frohes Weihnachtsfest und vieles Glück im Neuen Jahr!!! Jenen unserer Mitbürger aber, die noch immer als Gefangene in der Fremde festgehalten werden, entbot der Bürgermeister in der Hoffnung auf ihre endliche Heimkehr Grüße ihrer Vaterstadt. (Allgemeiner Beifall)!

Um 16.40 Uhr schließt der Bürgermeister die Sitzung. Die Gemeinderäte erheben sich von ihren Sitzen und die Fraktionsführer der im Gemeinderat vertretenen Parteien, GR. Lötsch für die SPÖ, GR. Mühlhauser für die ÖVP, GR. Lauscher für den Linksblock und GR. Wicha für die WdU, überbringen dem Bürgermeister die Glückwünsche ihrer Parteien.

47.5 Kilometer Budgetdebatte  
=====Statistik der Beratungen über den Voranschlag 1954

19. Dezember (RK) 58 Stunden und 9 Minuten dauerten die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen.

Insgesamt sprachen 59 Redner. Die Referate der 12 Bericht-erstatteer nahmen 21 Stunden und 17 Minuten in Anspruch. In der Debatte sprach ein parteiloser Redner 17 Minuten, 10 Redner der WdU 4 Stunden und 13 Minuten, 13 Redner des Linksblockes 16 Stunden und 9 Minuten, 11 Redner der ÖVP 8 Stunden und 48 Minuten ; und 11 Redner der SPÖ 7 Stunden und 15 Minuten. Die Schlußworte des Bürgermeisters nahmen 10 Minuten in Anspruch. Das kürzeste Referat hielt Stadtrat Koci mit 27 Minuten, das längste Referat entfiel auf Stadtrat Dkfm. Nathschläger mit 115 Minuten. Wie im Vorjahr hält auch heuer Dr. Matejka den Rekord mit der längsten Rede von 152 Minuten zum Kapitel Kultur und Volksbildung. Die kürzeste Rede hielt Dr. Soswinski mit 5 Minuten zu "Bilanz und Bedeckung". Die gesamte Budgetdebatte wurde auch auf Tonband aufgenommen. Die Länge des Tonbandes beträgt 47.5 Kilometer, das entspricht ungefähr der Entfernung Wien - Wiener Neustadt.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 21. Dezember 1953

Blatt 2373

## Weihnachtsgrüße der Wiener Berufsschüler

21. Dezember (RK) Eine Abordnung der Schulgemeinde der Berufsschulen besuchte heute früh Bürgermeister Jonas, um ihm die Weihnachts- und Neujahrsgrüße der Wiener Berufsschüler zu übermitteln. Zwei Mädchen der Berufsschule für das Textilgewerbe aus der Nikolsdorfer Gasse überreichten dem Bürgermeister als Weihnachtsgeschenk einen schönen gemusterten Wandteppich, den die Berufsschülerinnen nach ihren eigenen Entwürfen gewebt haben.

Bürgermeister Jonas dankte für die Wünsche und für das Geschenk. Er bat die jungen Gratulantinnen, in seinem Namen allen Wiener Berufsschülern seine Weihnachtsgrüße zu übermitteln und wünschte ihnen für das kommende Jahr die besten Erfolge in ihrer beruflichen Ausbildung. Landesschulinspektor Herrmann überbrachte dem Bürgermeister die GrüÙe der Lehrerschaft und Heinrich Karesch die der Schulgemeinde.

## Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

21. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 13. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kirchschlag" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 23. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 14.40 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Goldener Sonntag mit Schönheitsfehlern  
=====

21. Dezember (RK) Der Goldene Sonntag verlief heuer in Wien im Zeichen eines Wettersturzes mit starker Glatteisbildung, der die Straßen und Gehsteige in wenigen Minuten unpassierbar machte. Dadurch war auch der erwartete Geschäftsbetrieb stark beeinflusst. Die bei den Wiener Verkehrsbetrieben in allen Bahnhöfen bereitgehaltenen Verstärkungen der Züge und des Personals wurden nicht benötigt. Die Frequenz war sehr mäßig und blieb hinter der des Silbernen Sonntag stark zurück.

Umso lebhafter ging es beim Städtischen Rettungsdienst zu. Im Verlauf des Tages wurden 73 Ausfahrten gezählt. In 23 Fällen wurde gestürzten Straßenpassanten Erste Hilfe geleistet. Ernsthafte Verkehrsunfälle haben sich nicht ereignet. Nur in der Meidlinger Hauptstraße rammte kurz nach Mittag ein ins Gleiten geratener LKW einen Personenwagen und drückte ihn gegen eine Auslage. Die Feuerwehr hat das Verkehrshindernis rasch beseitigt. Ansonsten wurde den ganzen Tag über die Feuerwehr nur einmal alarmiert.

Die für die Straßenpflege zuständige Magistratsabteilung 48 hat sofort bei Beginn des Regens, um 10.20 Uhr, die Wiener Radiosender ersucht, alle Straßenarbeiter, Lenker und Mitfahrer der Abteilung zum Dienstantritt zu berufen. Ein Teil der Mannschaft hatte sich bereits aus eigenem um 10.30 Uhr zum Streudienst an den wichtigsten Übergängen der einzelnen Rayons eingefunden. Zugleich fuhren auch die ersten beladenen Streuautos aus. Schon vorher konnten die Verkehrsposten der Polizei die von der Magistratsabteilung 48 für diesen Zweck vorbereiteten Sandsäcke zur ersten Bestreuung wichtiger Straßenübergänge verwenden.

Gegen 13 Uhr konnte sich in den wichtigsten Verkehrsstraßen der zunächst ziemlich lahmgelegte Auto- und Fußgängerverkehr unter Anwendung entsprechender Vorsicht annähernd normal abwickeln.

Bis mittag waren 1.030 Straßenarbeiter zum Dienst erschienen, die bis in die Abendstunden ununterbrochen arbeiteten. Insgesamt wurden 70 Lastkraftwagen und 19 Pferdefuhrwerke zur Bestreuung der Verkehrsflächen eingesetzt.

Die Gaswerke erwarten ihren 600.000. Kunden  
=====

21. Dezember (RK) Drei würdige Herren in Cut und Zylinder, der mittlere mit einem riesigen Blumenstrauß bewaffnet, blicken seit einigen Tagen erwartungsvoll von einem in den Straßenbahnwagen affichierten Plakat. Die drei Herren, so geht aus dem Text hervor, sind die Repräsentanten der Wiener Gaswerke und erwarten in der nächsten Zeit den 600.000. Gasabnehmer. Das originelle Plakat wurde bei einem Schülerwettbewerb der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt gefunden, den die Gaswerke für diesen Zweck veranstalteten. Das beste Plakat, eben die würdigen Herren, schuf die angehende Graphikerin Fräulein Walenta.

Ende November zählten die Gaswerke bereits ihren 596.697. Kunden. Man rechnet damit, daß in den nächsten Monaten der 600.000. seinen Gasbezug anmeldet. Noch nie seit ihrem Bestehen, hatten die Wiener Gaswerke so viele Kunden. Die Gasabgabe betrug 1952 nicht weniger als 315 Millionen Kubikmeter Leuchtgas. Heuer rechnet man mit einem noch größeren Quantum. Demjenigen Wiener, der sich unter der Nummer 600.000 anmelden wird, erwartet eine hübsche Aufmerksamkeit der Gaswerke, ein besonders schöner, moderner Gasherd, der auch gleich gratis installiert wird, oder ein anderes modernes Gasgerät.

Städtische Bäder in der Weihnachtswoche  
=====

21. Dezember (RK) Die städtischen Bäder sind in der Weihnachtswoche geöffnet: Dienstag, den 22. Dezember, von 13 bis 19 Uhr, Mittwoch, den 23. Dezember von 9 bis 19 Uhr und Donnerstag, den 24. Dezember von 7 bis 17 Uhr.

Freitag, den 25., Samstag, den 26., und Sonntag, den 27. Dezember bleiben sämtliche Bäder geschlossen.

## Ausstellungen in Wien

=====

21. Dezember (RK)

1. Bezirk

- |  |  |  |
|--|--|--|
| Akademie der bildenden Künste<br>Schillerplatz 3   | Gemäldegalerie:<br>3. Sonderausstellung<br>"Kunstwerke des 15. -<br>18. Jahrhunderts"  | tägl. außer Mo<br>10-14 Uhr (ganzj.)                           |
| Artaria<br>Kohlmarkt 9                             | Südtirol-Ausstellung:<br>Robert Zinner   | tägl. außer So<br>9-18 Uhr                                     |
| Atelier Brunner<br>Jasomirgottstraße 6/8           | Atelierschau Magda Brun-<br>ner-Fritz Itzinger   | tägl. 17-19,<br>So 10-13 Uhr<br>(bis 20. Dez.)                 |
| Erzbischöfl. Palais<br>Rotenturmstraße 2           | Dom- und Diözesanmuseum  | Di, Do, So 9-12 Uhr<br>(ganzjährig)                            |
| Figaro-Haus<br>Domgasse 5                          | Mozart-Gedenkstätte  | tägl. außer Mo<br>9-16, So 9-13 Uhr<br>(ganzjährig)            |
| Galerie Würthle<br>Weihburggasse 9                 | Weihnachtsausstellung:<br>Meisterlithographien<br>Beckmann, Corinth, Dix,<br>Heckel, Hofer, Jawlensky,<br>Kircher, Maillol, Nolde,<br>Rouault, Schmidt-Rottluff                                    | Mo-Sa 9-18 Uhr<br>(bis 31. Dez.)                               |
| Hofburg<br>Michaelerplatz<br>Batthiany-Stiege      | Im Rahmen der Theater-<br>sammlung der Österr. Natio-<br>nalbibliothek: Max Reinhardt<br>-Gedenkstätte und Hermann<br>Bahr-Zimmer  | Di, Do, Sa 11-<br>12 Uhr<br>(ganzjährig)                       |
| Hofburg<br>Schweizerhof,<br>Säulenstiege           | Geistliche Schatzkammer  | So und Mi 9-13 <sup>h</sup><br>(ganzjährig)                    |
| Hofburg<br>Michaelerplatz,<br>Feststiege           | Schauräume in der Hofburg  | Mo-Sa 9-16 Uhr<br>So und Feiertag<br>9-13 Uhr (ganzj.)         |
| Kunsthistorisches<br>Museum<br>Maria Theresien-Pl. | Ägyptische Sammlung<br>Antiken Sammlung<br>Gemeinsame Ausstellung der<br>Gemäldegalerie und der Samm-<br>lung für Plastik und Kunst-<br>gewerbe  | Di-Sa 10-15 Uhr<br>So und Feiertag<br>9-13 Uhr<br>(ganzjährig) |
| Künstlerhaus<br>Karlsplatz                         | Münzkabinett<br>Gedächtnisausstellung<br>Anton Faistauer und<br>Herbstausstellung mit<br>Gedächtnisausstellungen<br>Rudolf Hafner, Hans Schachin-<br>ger und Kollektivausstellung<br>Eduard Stella | Do 10-15, So 9-13 Uhr<br>täglich 9-18 Uhr                      |

21. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2377

Kunstverlag Wolfrum Augustinerstraße 10 Eingang Lobkowitzplatz	Internationale Kunst- bücher	Mo, Di, Do, Fr, Sa 9-18, Mi 9-21, So 10-13 Uhr (bis 23. Dez.)
Museum für Völkerkunde Neue Hofburg, Heldenpl.	Kostbarkeiten und wert- volle Sammlungen des Museums für Völkerkunde	Di-Sa 10-13 So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Naturhistorisches Museum Maria Theresien-Platz	Schausammlungen	tägl. außer Di, 9-13 Uhr (ganzj.)
Sammlungen des Kunst- historischen Museums Neue Burg, Heldenpl.	Waffensammlung Sammlung alter Musik- instrumente Museum österreichischer Kultur	Do 10-13, So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Neues Rathaus Lichtenfelsgasse 2 Feststiege	Aus dem Historischen Museum der Stadt Wien - Dritte Auswahl	Di, Do, Sa 9-18, Mi, Fr 9-16 Uhr So und Feiertag 9-13 Uhr (ganzj.)
Neues Rathaus Wiener Stadtbibliothek Felderstraße 1, 4. Stg/I Lesesaal	Ladislav Tuszinsky -- zum 10. Todestag des Illustrators der Kro- nenzeitung	Mo-Fr 9-13.30 Sa 9-12 Uhr (bis 9. Jän.)
Neue Galerie Grünangergasse 1	Alte Hinterglasbilder der Sammlung Satzen- hofen, Burgschleinitz und Neue Hinterglas- malerei	wochentags 10-20 Sa, So 10-18 Uhr
Palais Clary Herrengasse 9	N-Ö. Landesmuseum	Di-Sa 9-17 Uhr So und Feiertag 9-13 Uhr (ganzj.)
Österr. Museum für angewandte Kunst Stubenring 5	Sammlungen des Öster- reichischen Museums	Di-Sa 9-16 So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Österr. Museum für angewandte Kunst Stubenring 5	Sonderausstellung: Internationale Plakat- kunst seit 1945	Di-Sa 9-16 Uhr So 9-13 Uhr
Österr. Museum für angewandte Kunst Stubenring 5	Sonderausstellung: Modernes österrei- chisches Kunstgewerbe	Di-Sa 9-16 So 9-13 Uhr
Pasqualatisches Haus Mölkerbastei 8	Beethoven-Erinnerungs- stätte	Mo geschlossen Di-Sa 9-16 Uhr So 9-13 Uhr (ganzjährig)
Pasqualatisches Haus Mölkerbastei	Adalbert Stifter-Museum	Mo geschlossen Di-Sa 9-16 So 9-13 Uhr
Secession Friedrichstraße	4. Ausstellung: "Das gute Bild für jeden"	tägl. 10-20 Uhr (bis 30. Dez.)

21. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2378

- Secession-Galerie Kollektivausstellung tägl. 10-20 Uhr  
Friedrichstraße 12 Ferdinand Kitt (bis 30. Dez.)
- Strohkoffergalerie Georg Rauch - Zeichnungen tägl. 12-19 Uhr  
Kärntner Straße 10 (bis 1. Jän. 1954)  
(Durchgang)
- Schauräume der Österr. Weihnachts-Verkaufs- Mo-Sa 8-17  
Staatsdruckerei .. ausstellung So 10-13, 15-17<sup>h</sup>  
Wiener Zeitung (bis 31. Dez.)  
Wollzeile 27a
- Vereinigung bilden- Weihnachtsschau: Bilder, tägl. 10-18 Uhr  
der Künstlerinnen Kleinplastik, Kunsthand- (bis 20. Dez.)  
Österreichs werk  
Maysedergasse 2
- Wiener Uhrenmuseum Schausammlungen Di und Sa 10 und  
Schulhof 2 15 Uhr, Mi 10 Uhr  
Führungen  
(ganzjährig)

3. Bezirk

- Konzerthaus-Foyer Johanna Jank-Leden tägl. 10-17 Uhr  
Lothringerstraße 20 (Salzburg)
- Unteres Belvedere Museum mittelalterlicher Di-Sa 10-16 Uhr  
Rennweg 6 österreichischer Kunst So 10-13 Uhr  
Orangerie
- Unteres Belvedere Österreichisches Barock-  
Rennweg 6a museum

4. Bezirk

- Globus-Museum 5.000 Jahre Indien Mi, Sa 15-18 Uhr  
Gußhausstraße 20 So 10-13 Uhr  
(bis 14. Febr. 54)

6. Bezirk

- Haydn-Wohnhaus Haydn-Museum Di, Mi, Do, Fr, Sa  
Haydngasse 19 9-16 Uhr, So 9-  
13 Uhr, Mo geschl.  
(ganzjährig)

7. Bezirk

- Bundesmobilien-Depot Stilmöbel aus dem Besitz Mo-Sa 9-16  
Mariahilfer Straße 88 der Habsburger So 9-12 Uhr  
(ganzjährig)
- Messepalast Leistungsschau der Mit- tägl. auch So  
Messeplatz 1 glieder des Eisenbahn- 10-20 Uhr  
modellklubs
- Messepalast Die Frau und ihre Wohnung tägl. außer Mo  
Mariahilfer Straße 2 11-19 Uhr, So u.  
Feiertag 10-19h

21. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2379

8. Bezirk

Amt für Kultur und Frauen im Dienste der Mo-Fr 9-17  
Volksbildung Wiener bildenden Kunst Sa 9-12 Uhr  
Friedrich Schmidt-Pl. - Erste Folge (Aichenegg, (bis 30. Dez.)  
Biljan-Bilger, Turolt,  
Bucher, Uray, Waldert)

Österreichisches Sonderausstellung: Di-So 9-12 Uhr  
Museum für Volks- Waldviertler Volks-  
kunde kultur  
Laudongasse 15-19

9. Bezirk

Schubert-Geburtshaus Schubert-Museum Di, Mi, Do, Fr, So  
Nussdorfer Straße 54 9-13 Uhr, Sa 9-  
16 Uhr (ganzj.)

13. Bezirk

Sammlung des Kunst- Wagenburg tägl. 10-16 Uhr  
historischen Museums (ganzjährig)  
Schönbrunn

Schloß Schönbrunn Schauräume tägl. 9-12, 13-16<sup>h</sup>  
Schönbrunner Schloßstraße (ganzjährig)

14. Bezirk

Technisches Museum Schausammlungen wochentags 10-12,  
Mariahilfer Straße 212 14-16 Uhr Führung  
So 9-13, 14-16 Uhr  
Führung

23. Bezirk

Fischamend, Heribert Potuznik - Samstag, Sonntag  
im Marktturm Graphiken (Dezember)

Entfallende Sprechstunden

=====

21. Dezember (RK) Donnerstag, den 24. Dezember, und  
Donnerstag, den 31. Dezember, entfallen die Sprechstunden  
bei Stadtrat Dkfm. Nathschläger.

Rinderhauptmarkt vom 21. Dezember  
=====

21. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 15 Ochsen, 4 Stiere, 32 Kühe, 1 Kalbin, Summe 52. Inland Neuzufuhren: 209 Ochsen, 107 Stiere, 596 Kühe, 35 Kalbinnen, Summe 947. Gesamt-auftrieb: 224 Ochsen, 111 Stiere, 628 Kühe, 36 Kalbinnen, Summe 990. Verkauft: 215 Ochsen, 111 Stiere, 622 Kühe, 36 Kalbinnen, Summe 984. Unverkauft: 9 Ochsen, 6 Kühe, Summe 15. Preise: Ochsen 6.30 bis 9.20 S, Extrem 9.30 bis 9.60 S, Stiere 7.70 bis 9.- S, Extrem 9.10 bis 9.50 S, Kühe 6.- bis 7.50 S, Extrem 7.50 bis 8.- S, Kalbinnen 7.- bis 8.50, Extrem 8.60 bis 9.- S, Beinvieh 4.50 bis 6.- S.

Bei äußerst lebhaftem Marktverkehr blieben bei Qualitätsverschlechterung die Preise für Ochsen und Stiere fest behauptet, die Preise für Kühe und Beinvieh behauptet und die Preise für Kalbinnen schwach behauptet.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 22./Dezember 1953

Blatt 2381

## Straßenbahnfahrpreis zu Weihnachten, Neujahr und Dreikönigstag

22. Dezember (RK) Am Freitag, dem 25. Dezember (Christtag), Samstag, den 26. Dezember (Stephanitag), Freitag, den 1. Jänner (Neujahr), und Mittwoch, den 6. Jänner (Dreikönigstag) gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 2.40S im Tarifgebiet I oder II und auf den **Ausnahmestarifstrecken** "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Ebenso gelten alle Wochenkarten, auch die Autobus-(Obus-)Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus-(Obus-)Schülerwochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 1.30 S-Fahrtschein (im Vorverkauf 1.25 S).

Die Vorverkaufsstellen sind am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 6.30 bis 14 Uhr, am Donnerstag, dem 31. Dezember, ganztägig und am Freitag, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet; hingegen bleiben sie am Freitag, dem 25., Samstag, den 26. Dezember, und am Mittwoch, dem 6. Jänner, geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, 6., Rahlgasse 3, ist am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 8 bis 12 Uhr, und am Donnerstag, dem 31. Dezember, von 8 bis 14 Uhr geöffnet, am Freitag, dem 25., Samstag, den 26. Dezember, am Freitag, dem 1., und am Mittwoch, dem 6. Jänner, geschlossen.

### Städtebund begrüßt Schulerrichtungs-Gesetze

---

22. Dezember (RK) Der Österreichische Städtebund hat zu zwei Gesetzentwürfen des Bundesministeriums für Unterricht, und zwar zu dem Entwurf eines Schulerrichtungs-Kompetenzgesetzes und zum Entwurf eines Schulerrichtungs-Grundsatzgesetzes positive Gutachten abgegeben.

Der Österreichische Städtebund begrüßt diese beiden Gesetzentwürfe vor allem deshalb, weil durch ihre Gesetzwerdung endlich ein Zustand der Ungewißheit und der Regellosigkeit beendet wird, der sich hinsichtlich der Verpflichtung zur Errichtung von Pflichtschulen, aber insbesondere in manchen Ländern bei Aufbringung der Erhaltungskosten der Hauptschulen unangenehm ausgewirkt hat. In seinem Gutachten hat der Städtebund allerdings auch einige Mängel der Entwürfe beanstandet, so vor allem die Tatsache, daß im Gesetzestext des Grundsatzgesetzes die Gemeinden mit keinem Wort erwähnt werden, obwohl sie doch in den meisten Fällen als Träger der materiellen Schulverwaltung der Pflichtschulen in Betracht kommen. Auch bezüglich des Verfügungsrechte des Schulerhalters über die Schulen und die Schulräumlichkeiten sind die Bestimmungen des Gesetzentwurfes engherzig und den tatsächlichen Verhältnissen nicht ganz entsprechend. Bei der Ausarbeitung und Beratung der Ausführungsgesetze, die auf Grund dieses Bundesgrundsatzgesetzes nachher von den Ländern zu erlassen sein werden, werden die Gemeinden und ihre Organisationen ihre Interessen mit aller Gründlichkeit wahrnehmen.

### Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge

---

22. Dezember (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 27. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Spital am Semmering" gebracht wurden, am Donnerstag, dem 24. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden ersucht, die Kinder um 11.30 Uhr, vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Die städtischen Museen und Sammlungen zu den Feiertagen  
=====

22. Dezember (RK) Das Historische Museum der Stadt Wien im Rathaus, das Schubertmuseum, 9, Nußdorfer Straße 54, das Haydnmuseum, 6, Haydngasse 19, der Mozart-Erinnerungsraum, 1, Domgasse 5, der Beethoven-Erinnerungsraum, 1, M'lkerbastei 8, bleiben Freitag, den 25. Dezember, und Freitag, den 1. Jänner, geschlossen. An den übrigen Tagen gelten die üblichen Besuchszeiten.

85. Geburtstag von Hedwig Bleibtreu  
=====

22. Dezember (RK) Am 23. Dezember vollendet die Hof- und Kammerschauspielerin Prof. Hedwig Bleibtreu ihr 85. Lebensjahr.

Als Tochter eines Schauspielerehepaares in Linz geboren, erhielt sie nach der Berufsausbildung ihr erste Engagement in Augsburg und trat in der Folge an verschiedenen deutschen Bühnen auf. 1893 wurde sie dem Burgtheater verpflichtet, dem sie seither angehört. Die Künstlerin hat während ihrer 60jährigen Tätigkeit in diesem Verbands mehr als 200 verschiedene Rollen gespielt. Sie begann als Heroine und ging später zu anderen Fächern über, in denen sie ihre reife Meisterschaft bewies. Auch der Film bot ihr Gelegenheit, weite Bevölkerungskreise von ihrem großen Können zu überzeugen. Hedwig Bleibtreu repräsentiert in ihrer Person gleichzeitig die große Tradition des Burgtheaters und die moderne Schauspielkunst. Für ihre Leistungen erhielt sie u.a. das Bürgerrecht und den Ehrenring der Stadt Wien, den Burgtheaterring und den Professortitel. Bei den Jubiläen ihrer Zugehörigkeit zum Burgtheater war sie Gegenstand zahlreicher Ehrungen. Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl haben ihr herzliche Geburtstagswünsche entboten.

## Musikveranstaltungen in der Zeit vom 28.12.1953 bis 10.1.1954

## 22. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 28. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 2.Konzert im Zyklus I; Bach-Abend Jörg Demus (aus dem Wohltemperier- ten Klavier)
Donnerstag 31. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert; Dirigent Clemens Krauss
Freitag 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert; Dirigent Clemens Krauss
Samstag 2. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Wilhelm Backhaus
Sonntag 3. Jän.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 2.Bach-Abend Jörg Demus (Klavier)
Montag 4. Jän.	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 5. Konzertes im Zyklus "Meisterwerke der Kammer- musik" der GdM.; Musikvereinsquar- tett
Dienstag 5. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM.; Wiener Symphoniker, Dirigent Dr. Volkmar Andreae
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 5.Konzert im Zyklus "Meisterwerke der Kammermusik"; Musikvereins- quartett
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 3.Konzert im Zyklus I; Kammerorche- ster der Wr.KHG., Wr. Singakademie, Dirigent Paul Sacher
Mittwoch 6. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr.Symphoniker, Wilhelm Backhaus (Klavier), Dirigent Dr. Volkmar Andreae
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 3.Bach-Abend Jörg Demus (Klavier)

22. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2385

Donnerstag 7. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Wil- helm Backhaus (Klavier), Dirigent Dr. Volkmar Andreae
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt der Stadt Wien: Jugendkonzert (Wiener Symphoniker, Dirigent Prof. Hans Swarowsky)
Freitag 8. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM.; Wiener Symphoniker, Dirigent Dr. Volkmar Andreae
	Gr.K.H.Saal 19.30	Mozartgemeinde Wien: 1.Mozartkonzert; Enrico Mainardi (Cello), Irmgard Seefried (Sopran), Wolfgang Schneiderhan (Violine)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 5.Konzert im Zyklus II; Wiener Oktett; (vorverlegt vom 27. Jänner 1954)
Samstag 9. Jän.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 4.Bach-Abend Jörg Demus (Klavier)
Sonntag 10. Jän.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 7. Sonntag-Nachmittags-Konzert; Dirigent Dr. Volkmar Andreae (Werke von Franz Schubert und Anton Bruck- ner)

Schweinehauptmarkt vom 21. Dezember

22. Dezember (RK) Neuzuführen: 3946 Fleischschweine.  
Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 468. Extrem und 1. Quali-  
tät 17.40 bis 18.- S (Schlachtgewichtspreis), 14.- S (Lebendge-  
wichtspreis), 2. Qualität 13.80 bis 14.- S, 3. Qualität 13.50  
bis 13.70 S, Zuchten 12.- bis 13.60 S, Altschneider 11.50 bis  
12.- S.

Bei lebhaftem Marktverkehr verteuerten sich Extremware,  
1. und 2. Qualität bis zu 30 Groschen und 3. Qualität bis zu  
40 Groschen.

Eine Ehrung verdienter Kleingärtner  
=====

22. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas überreichte heute vormittag in seinem Arbeitszimmer an fünf verdiente Pioniere der Kleingartenbewegung die Goldene Ehrenplakette der Stadt Wien für Kleingärtner. Diese Auszeichnung erhielten Altgemeinderat Karl Hofbauer, Johann Burghäuser, Josef Freihaut, Julius Strauhsghitel und Generalsekretär Franz Staudinger vom Zentralverband.

Bürgermeister Jonas erklärte, daß die Überreichung dieser seltenen Auszeichnung an die Pioniere zugleich auch als Ehrung der gesamten Wiener Kleingärtnerschaft und als Dank der Stadtverwaltung für ihre Leistungen gedacht ist. "Was die Kleingärtner geschaffen haben, zeigten sie erst heuer wieder der Öffentlichkeit in ihrer großen Jubiläumsausstellung im Wiener Rathaus. Der Wiener kannte früher das Wunder der Leberblüte nur aus der Wachau; jetzt erfreut ihn, dank dem Fleiß unserer Kleingärtner, die gleiche Blütenpracht jedes Jahr auch daheim".

An die Würdigung der Bedeutung unserer Kleingartenbewegung knüpfte Bürgermeister Jonas einige Gedanken, die wie er sagte, die Kleingärtner genau so wie die Stadtverwaltung bewegen. "Man fühlt sehr oft, daß die eine oder die andere unserer Kleingartenanlagen manchmal dort steht, wo sie nicht hingehört. Die Mehrzahl der Kleingärtner verschließt sich nicht der Einsicht, daß für den sozialen Wohnungsbau Baugründe gebraucht werden. Auch die Stadtverwaltung ist nicht ohne Gewissenskonflikte, wenn sie Kleingartenanlagen für gemeinnützige Zwecke in Anspruch nehmen muß. Ich kann ihnen aber die Versicherung abgeben, daß die Interessen der Kleingärtnerschaft von der Stadtverwaltung trotzdem nicht vernachlässigt werden!"

Der Präsident des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs, Gemeinderat Fürstenhofen, dankte dem Bürgermeister für das Verständnis, das die Gemeinde Wien der Arbeit der Kleingärtner entgegenbringt und überbrachte ihm mit den Weihnachts- und Neujahrswünschen auch das Geschenk des Zentralverbandes: ein Album mit Aufnahmen aus der heurigen Jubiläumsausstellung im Wiener Rathaus.

430.000 Schilling für Kunstförderung  
=====200.000 Schilling für die Theateraufführungen in den Wiener  
Außenbezirken

22. Dezember (RK) Heute vormittag genehmigte die Wiener Landesregierung auf Antrag von Stadtrat Mandl 200.000 Schilling aus dem Kultur Groschen, die je zur Hälfte für den Ankauf von Werken bildender Künstler und für den Ankauf von Büchern österreichischer Autoren dienen sollen.

Schon 1952 und im Frühjahr dieses Jahres wiederum wurden von der Landesregierung je 100.000 Schilling zum Ankauf von Werken bildender Künstler bewilligt. Die durch Fachorgane der Stadt gekauften Gegenstände werden zum größten Teil als Schmuck in Amtsräumen und Schulen verwendet. Auch heuer will die Stadt Wien auf den verschiedenen Weihnachtsausstellungen durch ihre Ankäufe die bildenden Künstler fördern und auf diese Art die Öffentlichkeit auf sie aufmerksam machen.

Wie für die bildende Kunst wurden auch für die Literatur im vergangenen Jahr und im Frühjahr je 100.000 Schilling zur Literaturförderung durch Buchankäufe bereitgestellt. Dabei handelt es sich um Werke österreichischer, und zwar hauptsächlich Wiener Autoren, die den Städtischen Büchereien, der Zentralbibliothek und auch den Anstaltsbüchereien zur Verfügung gestellt und damit tausenden Lesern zugänglich gemacht werden. Unter anderem wurden Werke von Bednarik, Braun, Eberl, Gertrude Fussenegger, Frieberger, Habek, Alma Holgersen, Erika Mitterer, Muhr, Nabe, Bentz, Simmel, Zand, Bruckner und Leitgeb gekauft. Diese Literaturförderung soll nun durch den neu bewilligten Betrag fortgesetzt werden.

Ebenfalls in der Sitzung der Landesregierung wurden 200.000 Schilling aus dem Kultur Groschen für das künstlerische Experiment des Volkstheaters bewilligt, neues Theaterpublikum in den Außenbezirken zu gewinnen. Die Eintrittspreise werden mit 4, 6 und 8 Schilling äußerst niedrig gehalten. Der technische Apparat für die Aufführungen in den Außenbezirken erfordert auch zusätzliche Mittel. Zur Unterstützung und Förde-

zung dieser überaus begrüßenswerten Aktion soll die bewilligte Summe dienen.

Wie bereits berichtet, will das Volkstheater an 15 Spielstellen außerhalb des Gürtels und des Donaukanals ab Jänner bis April jeden Monat 16 Aufführungen bringen. Der Spielplan für diese Zeit umfaßt die Komödie "Helden" von Bernard Shaw, die Komödie "Der Biberpelz" von Gerhart Hauptmann, die Komödie "Tartuffe" von Molière und das Schauspiel "Kabale und Liebe" von Schiller. Die Stadt Wien hofft, daß der vom Volkstheater beschrittene Weg, zusätzlich Theaterpublikum zu gewinnen und das Theater jenen Bevölkerungsschichten nahezubringen, die aus Bequemlichkeit oder Gewohnheit bisher nur ins Kino gingen, auch bei den anderen Wiener Bühnen eingeschlagen werden wird.

Schließlich genehmigte die Wiener Landesregierung 30.000 Schilling aus dem Kultur Groschen für die gegenwärtig im Künstlerhaus veranstaltete "Gedächtnis-Ausstellung Anton Faistauer".

#### Es wird nasser ...

=====

Was die "städtische Hohe Warte" über die Trockenheit sagt

=====

22. Dezember (RK) Die meisten Wiener wissen nicht, daß die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik auf der Hohen Warte im Wiener Stadtbauamt eine Konkurrenz besitzt. Dr. Rudolf Zawadil ist der städtische Meteorologe, der für die Zwecke des Bauamtes Wetterprognosen ausarbeitet. Über die gegenwärtige Trockenheit weiß die "städtische Hohe Warte" folgendes zu berichten:

Überall in Österreich wird über Trockenheit geklagt. Die Wasserversorgung von Salzburg ist gefährdet, und sogar die Wiener Wasserwerke mahnen bereits zur Sparsamkeit. Der Wasserstand in den Flüssen und in den Brunnen ist tief gesunken. Am Reichsbrückenpegel steht die Donau seit 28. November unter 1 m und erreichte Dienstag, den 22. Dezember, den seit Dezennien tiefsten Stand von 78 cm über dem Pegelnullpunkt, entsprechend einer mittleren Wassertiefe von weniger als 1.5 m. Am 4. November 1947 betrug der jetzt gefallene "Rekord" 81 cm. Die Stromschiffahrt mußte schon vor längerer Zeit eingestellt

werden. Unter 1. m fiel der Wasserstand bloß in den Jahren 1897, 1909, 1947, 1948, 1949.

Wassermangel entsteht erst dann, wenn mehrere Monate hindurch eine unternormale Niederschlagsbilanz eintritt. Seit Jahresbeginn waren der Jänner, April, Juni und Juli etwas zu nass; die restlichen sieben Monate waren zu trocken, besonders der November, der bloß 15 Prozent des langjährigen Durchschnitts erreichte. Am deutlichsten kann man die Niederschlagsbilanz beurteilen, wenn man für jeden Monat die Summe für die 12 verfloßenen Monate bildet. Das hundertjährige Mittel für die Hohe Warte beträgt 650 mm. Heuer im Mai sank die 12monatige Summe schon auf 480 mm und ist auch jetzt noch im November bei 520 mm. Diese abnorm geringen Jahressummen des Niederschlags waren in Wien seit 80 Jahren nur selten anzutreffen: 1874, 1882, 1894, 1918, 1932, 1948.

Solche Trockenzeiten dauern zum Glück im allgemeinen nicht lange. Man kann daher mit großer Wahrscheinlichkeit vorhersagen, daß schon die nächsten Monate reichlichere Niederschläge bringen werden. Wenn man den langwelligen Klimaschwankungen trauen darf, die sich bei mathematischer Analyse ergaben, so ist darüber hinaus mit einer langsamen Zunahme der Niederschläge in den nächsten Jahren überhaupt zu rechnen; der Höhepunkt der Nässeperiode würde dann um 1970 bis 1980 liegen. Eine Gewissheit gibt es für derartige Langfristprognosen jedoch nicht, weil die unperiodischen Störungen die rechnerisch ermittelten Rhythmen erheblich stören. Was die gegenwärtige Wetterlage betrifft, so ist mit der Abschwächung des russischen Hochdruckgebietes zu rechnen, sodaß vom Ozean feuchtmilde Luftmassen im Gebirge die ersehnten Schneefälle spätestens zwischen Weihnachten und Neujahr in größerem Ausmaß bringen dürften. Die tiefen Lagen müssen allerdings tagsüber mit Tauwetter rechnen.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 23. Dezember 1953

Blatt 2390

## Weihnachtswünsche für unsere Stadtväter

=====

23. Dezember (RK) Heute früh sah man kleine Buben und Mädels, zum Teil mit Musikinstrumenten unter dem Arm, zum Rathaus eilen. Im Roten Salon nahmen die Kinder auf vorbereiteten Stühlen Platz und entpuppten sich als das Kinderorchester des Konservatoriums der Stadt Wien und der Kinderchor der Stadt Wien, die Bürgermeister Jonas die Weihnachtswünsche der musizierenden Wiener Jugend überbrachten. Unter der Leitung ihrer Professorinnen Luise Bilek und Susanne Frieser spielten und sangen die Kleinen Weihnachtsmusik und Weihnachtslieder. Der Direktor des Konservatoriums, Regierungsrat Lustig-Prean übermittelte dem Bürgermeister die Weihnachts- und Neujahrsgrüße der Lehrer und der Schüler. Bürgermeister Jonas ließ die Kinder mit kleinen Gaben beschenken und sagte, er freue sich, daß er sehen und hören könne, wie gut in der gemeinsamen musikalischen Arbeit der Kleinen der große Zusammenklang der Gemeinschaft spürbar werde.

Nach ihnen wünschten fünf kleine Knirpse das Stadtoberhaupt zu sprechen. Es waren fünf Mädels, die Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Honay die Glückwünsche aller Kinder aus den städtischen Kindergärten und Horten übermitteln wollten. Sie wurden empfangen und nachdem sie couragiert ihr umfangreiches Weihnachtsliederrepertoire vorgetragen hatten, schenkten sie den beiden Stadtvätern eine Kollektion von in städtischen Kindergärten und Horten gebastelten Geschenken, darunter auch ein Lebzelt haus, mit dem heuer die Kindergärtnerinnen und die Wärterinnen eines städtischen Kindergartens im 14. Bezirk ihre Lieblinge überraschten. Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Honay

revanchierten sich für die vielen Überraschungen mit Schokolade und Bäckereien. Sie hörten dabei vieles von den großen Weihnachtsbäumen und den schönen Sachen, die die kleinsten Wiener in den letzten Tagen bei den Weihnachtsfeiern in "ihren" Kindergärten von den braven Tanten geschenkt bekommen haben. Die Weihnachts- und Neujahrsgrüße des Personals der städtischen Kindergärten und Horte übermittelte Zentralinspektor Dr. Kothbauer. Buben und Mädels aus einem städtischen Kindergarten in Hietzing vergaßen auch heuer ihren Onkel Wachmann nicht. Zum Dank für die tägliche Betreuung bei der Überquerung der gefährlichen Kreuzung überhäufteten sie ihn wieder mit kleinen Geschenken.

Anschließend erschien im Bürgermeisteramt, begleitet von Stadtrat Mandl, eine Abordnung aus der Modeschule der Stadt Wien. Mit den Glückwünschen der Schülerinnen überreichten die Vertreterinnen der Spezialklassen Leder und Email Bürgermeister Jonas eine Ledermappe. Die Wünsche der Lehrerschaft übermittelte Prof. Liewehr, die der Angestellten Sekretär Waldhauser. Bürgermeister Jonas dankte den Modeschülerinnen für das praktische Geschenk und wünschte ihnen, sie mögen in der Modeschule der Stadt Wien alles erlernen, was sie als tüchtige Wienerinnen im Leben brauchen werden. Eine Einladung zur Besichtigung der neuen Kollektionen der Modeschule nahm er dankend entgegen.

#### Fritz Rojka zum Gedenken

=====

23. Dezember (RK) Am 24. Dezember wäre der Wiener Maler Fritz Rojka 75 Jahre alt geworden.

Er studierte an der Akademie der bildenden Künste und betätigte sich auf allen Gebieten der Ölmalerei. Von ihm stammen Bildnisse, Landschaften, Interieurs, Ansichten und Stillleben. Der Künstler starb am 14. März 1939. Das Historische Museum der Stadt Wien hat in seinen Sammlungen mehrere Werke von ihm aufbewahrt.

50. Todestag von Karl Blumauer  
=====

23. Dezember (RK) Auf den 25. Dezember fällt der 50. Todestag des Malers, Zeichners und Illustrators Karl Blumauer.

Am 8. September 1816 in Vöcklabruck geboren, war er ursprünglich Gold- und Silberarbeiter, verdiente aber seinen Unterhalt als Illustrator verschiedener Zeitschriften. Als Landschaftsmaler hat er seinen Namen durch seine enge Berührung mit Adalbert Stifter der Nachwelt erhalten. Beide waren in der Malerei Autodidakten und befruchteten sich gegenseitig so, daß manche ihrer Arbeiten bis heute nicht eindeutig voneinander getrennt werden können.

Rindernachmarkt vom 23. Dezember  
=====

23. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt 9 Ochsen, 6 Kühe, Summe 15. Neuzufuhren 7 Stiere, 5 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 15. Gesamtauftrieb 9 Ochsen, 7 Stiere, 11 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 30. Verkauft wurden 7 Ochsen, 7 Stiere, 9 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 26. Unverkauft 2 Ochsen, 2 Kühe, Summe 4. Kontumazanlage 6 Rinder. Markt lebhaft, Hauptmarktpreise.

Schweinenachmarkt vom 23. Dezember  
=====

23. Dezember (RK) 19 Fleischschweine. Alles verkauft.

"Der Kaiser tanzt" und "Der weiße Schatten"

=====

Die Preisträger aus dem Film- und Operettenwettbewerb der Stadt  
Wien

23. Dezember (RK) Heute vormittag lud Stadtrat Mandl die Preisträger aus dem Film- und Operettenwettbewerb der Stadt Wien in das Kulturamt ein, um ihnen die Preise und Anerkennungsdiplome zu überreichen. Für den Filmwettbewerb wurden nicht weniger als 922 Einsendungen gemacht. Der Operettenwettbewerb brachte 59 Libretti. Zweck der Wettbewerbe war, eine Übersicht über die Möglichkeiten zu bekommen, neue Filmideen zu verwirklichen und neue Operetten aufzuführen.

Am 11. Dezember fällte das Preisgericht für den Filmwettbewerb die Entscheidung. Es hat keinen ersten Preis verliehen, weil die drei in Konkurrenz stehenden Werke als nahezu gleichwertig betrachtet wurden. Statt dessen wurden drei zweite Preise zu je 2.000 Schilling, ein dritter Preis zu 1.000 Schilling sowie sechs Anerkennungspreise zu 600 Schilling vergeben.

Die Preisträger sind: Dr. Reginald Földy, Wien, mit der Filmidee "Der weiße Schatten", ein Film im Ärztemilieu; ferner Gottfried Ortner, Graz, ("Die Fuchsjagd") sowie Helene Grünberger, Wien, ("Freundschaft fürs Leben"). Den dritten Preis erhielt Dr. Herbert Hentschel, Salzburg, ("Fallschirmabsprung ins andere Leben"). Anerkennungspreise wurden Benno Cermak, Wilhelm Guha, Gusty Mundt, Marie Pirkhert, Rudolf Schneeweiss und Friedrich Wanek zugesprochen.

Die Jury des Operettenwettbewerbes traf am 17. Dezember ihre Entscheidungen. Sie stellte übereinstimmend fest, daß die mit Preisen ausgezeichneten Werke sich formal und thematisch im konventionellen Stil halten, also nicht geeignet sind, der Wiener Operette neue Wege zu weisen. Die Werke sind jedoch jederzeit für eine Bühnenaufführung geeignet. Den ersten Preis von 5.000 Schilling erhielt Camillo Faust, Wien, für die Operette "Der Kaiser tanzt". Leider ist der erste Preisträger, der das Libretto zusammen mit dem dritten Preisträger geschrieben hatte, im November gestorben. Den zweiten Preis von 3.000 Schilling erhielt Karl Nástlberger, Wien, für die Operette ("Trauben für

die Kaiserin"). Der dritte Preis von 2.000 Schilling wurde Dr. Johannes Brandt, Wien, ("Der große Komödiant") zugesprochen.

Anerkennungsdiplome bekamen Dr. Wilhelm Steiner und Ernst Stefan Niessner.

Alle Einsender werden aufmerksam gemacht, daß die Einsendungen bis zum 28. Februar 1954 abgeholt werden können und für den Filmideen-Wettbewerb: bei der Gesellschaft der Filmfreunde, Wien 1, Teinfaltstraße 4, für den Operettenlibretto-Wettbewerb: beim Amt für Kultur und Volksbildung, Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, 2. Stock, Zimmer 88. Werden die Einsendungen bis zum Ablauf der Frist nicht behoben, so werden die Arbeiten den Preis-ausschreibungsbedingungen gemäß amtlich vernichtet.

#### Wiener Fremdenverkehr im November

=====

23. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im Monat November. Darnach hielten sich im Berichtsmonat 27.531 Fremde in Wien auf, darunter 9.083 Besucher aus dem Ausland. Insgesamt wurden 80.124 Übernachtungen gezählt.

Die meisten Ausländer kamen aus Deutschland, nämlich 1.622. Aus den Vereinigten Staaten kamen 1.418, aus Italien 915 und aus der Schweiz 788. Im Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf waren 797 Jugendliche, darunter 112 Ausländer einquartiert.

Die letzte Dachgleiche:

Ein erfolgreiches Baujahr geht zu Ende ...  
=====

Gute Aussichten für Bauarbeiter und Bauwirtschaft

23. Dezember (RK) Heute nachmittag wurde auf der städtischen Baustelle Ettenreichgasse in Favoriten die Dachgleiche erreicht. Die Gemeinde Wien errichtet hier den zweiten Bauteil einer Wohnhausanlage mit 118 Wohnungen.

Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller konnte bei der Dachgleichenfeier, die die letzte im heurigen Jahr ist, einen erfreulichen Rückblick auf die Bautätigkeit der Gemeinde Wien in den vergangenen zwölf Monaten machen. Im heurigen Jahr wurden 7.913 städtische Wohnungen begonnen, um 1.463 mehr als die Stadtverwaltung versprochen hatte. 6.707 städtische Wohnungen wurden hevor fertiggestellt und dem Wohnungsamt übergeben. Mit der Intensivierung der Bautätigkeit ist auch der Beschäftigtenstand auf den städtischen Baustellen bedeutend gestiegen. Noch am 18. Dezember waren allein beim Stadtbauamt 18.726 Bauarbeiter beschäftigt, das sind um 3.274 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Trotz der fortgeschrittenen Jahreszeit sind beim Straßenbau derzeit noch 1.590 Arbeiter beschäftigt, gegenüber 544 im Dezember 1953.

Stadtrat Thaller dankte allen Wiener Bauarbeitern für ihre vollbrachten Leistungen und wünschte ihnen ein frohes Weihnachtsfest. Das Baubudget der Stadt Wien für das kommende Jahr, das zum ersten Mal die Milliardengrenze überschreitet, bedeutet für die Bauarbeiter und die gesamte Bauwirtschaft das schönste Weihnachtsgeschenk und eröffnet somit freudige Perspektiven für die neue Bausaison.

Zusammenstoß bei der Philadelphiabrücke  
=====

23. Dezember (RK) Heute vormittag, um 10.16 Uhr, kam es bei der Philadelphiabrücke zu einem Zusammenstoß, bei dem ein Beiwagen erheblich, zwei Triebwagen leicht beschädigt wurden. Der von der Brücke kommende Zug der Linie 62 fuhr in den zweiten Beiwagen eines in die Eichenstraße einbiegenden Zuges der Linie 8. Durch den Anprall ist der Beiwagen entgleist und stieß mit der vorderen Triebwagenplattform eines in der Haltestelle "Eichenstraße - Meidlinger Hauptstraße" stehenden Zuges der Linie 62 zusammen.

Die Schaffnerin des gerammten Beiwagens, Franziska Moser, wurde beim Zusammenstoß leicht verletzt. Sie erlitt einen Nervenschock und wurde vom Städtischen Rettungsdienst in ihre Wohnung gebracht.

Der entgleiste Beiwagen wurde von der Rüstwagenmannschaft und der Feuerwehr wieder eingegleist, mußte aber wegen Achsbruch eingezogen werden. Die Wageneinrichtung, die Bremsen sowie die Sandstreuer wurden in Ordnung befunden. Der Unfall verursachte eine halbstündige Verkehrsstörung.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 24. Dezember 1953

Blatt 2397

## Die Hilfsplätze des Wintersport-Unfalldienstes

=====

24. Dezember (RK) Die Arbeitsgemeinschaft des Wintersport-Unfalldienstes (WUD) wird an Schneesonntagen wie alljährlich ihre Hilfsstellen, die von jedermann bei Unglücksfällen in Anspruch genommen werden können, an folgenden Punkten im Wiener Wald errichten:

<u>Hilfsplatz</u>	<u>Standort</u>
<u>Ab Nußdorf</u> (Straßenbahn D): Eiserne Hand	Gasthaus Hölzl
<u>Ab Grinzing</u> (Straßenbahn 38): Häuserl am Berg Krapfenwaldl	Gasthaus Schluche Offener Posten, Streifendienst
<u>Ab Sievering</u> (Straßenbahn 39): Jägerwiese Rohrerwiese Dreimarkstein Weidlingbach	Gasthaus Gasthaus "Grüß di a Gott-Wirt" Gasthaus "Häuserl am Roan" Offener Posten Streifendienst
<u>Ab Neuwaldegg</u> (Straßenbahn 43): Hameau Rohrerhütte Schottenhof Sophienalpe	Gasthaus Gasthaus Gasthaus Gasthaus
<u>Ab Ottakring</u> (Straßenbahn J): Jubiläumswarte	Gasthaus

Ab Hütteldorf (Straßenbahn 49, 52, Stadtbahn):

Rieglerhütte	Gasthaus
Weidlingau-Sprungschanze	Gasthaus Jäger
Mostalpe	Gasthaus
Augustinerwald	Gasthaus Mauerbachstraße

Ab Ober-St. Veit (Straßenbahn 58):

Auerhütte	Gasthaus Auerhütte
Himmelhof	----
Roter Berg	Eigene Stelle

Ab Mauer (Straßenbahn 60):

Laab im Walde	Gasthaus
Roppersberg	Offener Posten Streifendienst
Jäger von Dopplerwiese	Offener Posten Streifendienst
Rother Stadl	Offener Posten Streifendienst

Ab Rodaun (Straßenbahn 360):

Bierhäuslberg	Gasthaus Franz Senn
Kugelwiese	Gasthaus Beran

Ab Bahnstation Kaltenleutgeben:

Talstation (Tel. 17)	Gasthaus Arbeiter-Heim
Wiener Wiese (Tel. 17)	Gasthaus
Gaisberg (Tel 17)	Gasthaus
Neuweg	Gasthaus Sporer
Gießhübl	Gasthaus Schmiedel
Langerwiese	Gasthaus
Norwegerwiesee	Offener Posten Streifendienst
Biermaier	Gasthaus

Ab Unter-Tullnerbach (Westbahn):

Troppberg	Gasthaus
-----------	----------

Ab Purkersdorf (Westbahn):

Hochramalpe	Gasthaus
-------------	----------

Ab Strebersdorf (Straßenbahn 132):

Bisamberg	Gasthaus Gamshöhe
-----------	-------------------

Ab Simmering - Favoriten:

Laaer Berg	Offener Posten Streifendienst
------------	-------------------------------

Die Arbeitsgemeinschaft ersucht die Wintersportler, durch gegenseitige Rücksichtnahme und diszipliniertes Fahren, besonders auf stark besuchten Wiesenhängen, zur Unfallverhütung beizutragen.

Die Stadtkassen zwischen den Feiertagen  
=====

24. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten an den Werktagen vom 31. Dezember bis einschließlich 8. Jänner 1954 für den Parteienverkehr geschlossen. Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird vorgesorgt, sodaß die Einzahlung von Abgaben nicht unterbrochen ist.

Albert Schäffle zum Gedenken  
=====

24. Dezember (RK) Auf den 25. Dezember fällt der 50. Todestag des bedeutenden Nationalökonomen und Sozialpolitikers Albert Eberhard Friedrich Schäffle.

Am 24. Februar 1831 zu Nürtingen in Württemberg geboren, wollte er den geistlichen Beruf ergreifen und trat 1848 in das Stift Tübingen ein, verließ es aber nach den Revolutionsereignissen und wurde Redakteur des Schwäbischen Merkur. Gleichzeitig betrieb er als Autodidakt juristische, ökonomische und philosophische Studien und erwarb das Doktorat der Staatswissenschaften. 1860 wurde er zum ordentlichen Professor für politische Ökonomie an der Universität Tübingen ernannt, und gehörte mehrere Jahre dem württembergischen Abgeordnetenhaus an. 1868 wurde er als Ordinarius an die Wiener Universität berufen und übernahm 1871 im Kabinett Hohenwarth das Handelsministerium. Nach dem Scheitern des böhmischen Ausgleichs und der Auflösung des Kabinetts verließ er Wien, dessen Börsenkrach er vorausgesehen hatte und kehrte nach Deutschland zurück, um sich ausschließlich als Privatgelehrter und Publizist zu betätigen. Nach 30 zumeist in Schwaben zugebrachten Jahren fruchtbarer wissenschaftlicher Tätigkeit starb er am 25. Dezember 1903 in Stuttgart. Schäffle war in allen Wirtschaftswissenschaften und in der Soziologie führend. Auch für die Staatslehre hatte er große Bedeutung. Seine historische Leistung liegt auf dem Gebiete der Sozialpolitik, insbesondere der Sozialreform. Besonders heftig wandte er sich gegen die während seiner Wiener Wirksamkeit sehr übersteigerte Börsenspekulation. Große Anerkennung fanden auch seine Arbeiten auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft.

Koch-, Näh-, Vorspeisen- und Servierkurse  
 =====

24. Dezember (RK) Die Stadt Wien veranstaltet an den Städtischen Lehranstalten für Frauenberufe Kurzkurse, beginnend Mitte Jänner, und zwar, 6., Brückengasse 3, Telephon B 25-4-19 und 15., Sperrgasse 8-10, Telephon R 38-4-57 achtwöchige Nachmittags- und Abend-Nähkurse; 9., Wilhelm Exner-Gasse 34, Telephon A 18-4-85 achtwöchige Kurse in Kochen für Anfänger, Kleidernähen für Anfänger und Fortgeschrittene, einen Servierkurs an drei und einen Kalte Platten- und Vorspeisenkurs an vier Abenden.

Nähere Auskünfte erteilen die Schulleitungen täglich von 8 bis 16 Uhr, Samstag bis 13 Uhr. Rasche Anmeldung erforderlich, da beschränkte Teilnehmerzahl.

Hans Hirsch zum Gedenken  
 =====

24. Dezember (RK) Am 27. Dezember wäre der Historiker Prof. Dr. Hans Hirsch 75 Jahre alt geworden.

In Zwettl geboren, studierte er an der Wiener Universität und wurde am Institut für Geschichtsforschung von Engelbert Mühlbacher zur Diplomatie ausgebildet. Nach wiederholten Studienaufenthalten in Rom, Berlin und in Frankreich wurde er Mitarbeiter, später Abteilungsleiter der Monumenta Germaniae (Diplome der Salier). 1918 ordentlicher Professor in Prag, wirkte er seit 1926 als Ordinarius für Hilfswissenschaften und Geschichte des Mittelalters in Wien, wo er am 20. August 1940 starb. Prof. Hirsch, der wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften war, bildete die Methode der Hilfswissenschaften erfolgreich weiter und erreichte eine Synthese der Urkundenlehre und Verfassungsgeschichte. Als hervorragender Lehrer hat er eine große Zahl von Schülern herangebildet und die Bedeutung des Instituts für Geschichtsforschung, dessen Vorstand er war, gehoben.

Weihnachtsgrüße von der Baumgartner Höhe  
=====

24. Dezember (RK) Wie alljährlich hatte Bürgermeister Jonas auch heuer am frühen Morgen des 24. Dezembers einen lieben Besuch. Zwei kleine Patienten von der Baumgartner Höhe, Hannelore und Heinz, überbrachten ihm ein Geschenk und die Weihnachtsgrüße der Lungenheilstätte. Die Glückwünsche der Ärzte, des Pflegepersonals und der Bediensteten übermittelten die Oberin Glötz und die Oberschwester David. Der Bürgermeister benützte die Gelegenheit, um dem Pflegepersonal für die aufopfernden Dienste, die sie den Kranken erweisen, zu danken. Er bat sie, allen seine herzlichsten Grüße zu übermitteln. Den Patienten auf der Baumgartner Höhe wünschte er die baldige Genesung und Rückkehr zu ihren Familien. Auch heuer wurden die Kinder der Baumgartner Höhe vom Bürgermeister mit vielen schönen Büchern beschenkt.

Die Wiener Stadtväter nahmen in den letzten Tagen an einer Reihe von Weihnachtsfeiern in den städtischen Krankenhäusern und Anstalten teil. Bürgermeister Jonas besuchte das Wilhelminenspital und das Floridsdorfer Krankenhaus, Vizebürgermeister Honay Kinderheime und Tagesheimstätten, Vizebürgermeister Weinberger war im Krankenhaus Lainz, im Preyer'schen Kinderspital und in anderen Anstalten. Auch die Stadträte, Gemeinderäte und Bezirksvorsteher besuchten die Spitäler und Anstalten, um allen Wienerinnen und Wienern, die das Weihnachtsfest nicht zu Hause feiern können, die Grüße der Stadtverwaltung zu überbringen.

Bürgermeister Jonas bei den Opfern der MödlingerVerkehrskatastrophe

24. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas begab sich heute vormittag nach Mödling, um der Witwe des am Mittwoch bei einem Autozusammenstoß in der Badgasse tödlich verunglückten Gemeinbediensteten Hermann Mayer sein Beileid auszudrücken. Anschließend besuchte er in Begleitung von Bezirksvorsteher Deutsch das Mödlinger Krankenhaus und erkundigte sich nach dem Befinden des Gemeinbediensteten Franz Eidler, der bei der Verkehrskatastrophe gleichfalls erhebliche Verletzungen davontrug. Der Bürgermeister wünschte ihm baldige Genesung.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Montag, 28./Dezember 1953

Blatt 2403

## Die Wiener Bevölkerung im November

=====

### Mehr Geburten als im November des Vorjahres

28. Dezember (RK) Mit 860 im November registrierten Eheschließungen blieb die Heiratsfrequenz bei seit Ende Juli fallender Tendenz um 138 Eheschließungen hinter der Novemberzahl des Vorjahres zurück. Dagegen überschritt die Zahl der Lebendgeburten bereits in ihrem vorläufigen Ergebnis (948 Lebendgeborene) in geringem Umfange die Zahl der im November des Vorjahres Geborenen (918). Die Sterbenshäufigkeit war im Berichtsmontat fast gleich groß wie im November 1952. Den 1976 im November des heurigen Jahres Gestorbenen stehen 1998 Gestorbene im vorjährigen November gegenüber. 45 je 100 der männlichen Gestorbenen und 60 je 100 der weiblichen Gestorbenen erreichten ein Alter von 70 und mehr Jahren. Unter den Gestorbenen des weiblichen Geschlechtes befand sich auch eine ledige Hundertjährige.

Das Ausmaß der Säuglingssterblichkeit betrug (auf die letzten 12 Monate berechnet) 4.3 Prozent.

Die durch Fortschreibung ermittelte Einwohnerzahl Wiens ergab für Anfang November 1,762.326; davon entfielen 770.060 auf das männliche und 992.266 auf das weibliche Geschlecht. Die Zahl der im November Gestorbenen überstieg die der Lebendgeborenen um 1.028 und die Zahl der Zugewanderten die der Abgewanderten um 268. Der Bevölkerungsstand Wiens war somit Ende November um 760 Personen geringer als zu Beginn des Monats.

Bedenken des Städtebundes gegen Grundverkehrsgesetz  
=====

28. Dezember (RK) In seiner Stellungnahme zum Entwurf eines neuen Grundverkehrsgesetzes hat der Österreichische Städtebund gegen mehrere Bestimmungen ernste Bedenken geäußert. Vor allem erhebt der Städtebund dagegen Einwendungen, daß nach dem neuen Gesetz die Stellung der Gemeinden, insbesondere aber die Städte, in Grundverkehrsangelegenheiten ungünstiger sein würde als nach der jetzt geltenden Rechtslage. Dies muß nach der Erklärung des Österreichischen Städtebundes nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden, sondern vor allem auch deshalb, weil die Interessen der Gemeinden besonders hinsichtlich der ihnen obliegenden Ordnung des Gemeinderumes gefährdet erscheinen. Der Städtebund lehnt insbesondere die Fassung jener Bestimmungen des Gesetzentwurfes ab, welche den Gemeinden die Beschaffung von Grund und Boden für städtebauliche Zwecke erschweren würden, und er verlangt in seinem Gutachten, daß die Gemeinden bei der Zusammensetzung der mit dem Vollzug von Grundverkehrsakten betrauten Gerichte wie bisher auch im neuen Gesetz berücksichtigt werden.

Die Weihnachtsfeiertage in Ziffern  
=====

28. Dezember (RK) Die fast grünen Weihnachten verliefen heuer noch ruhiger als in den vergangenen Jahren. Bei der Feuerwehr der Stadt Wien wurden die drei Feiertage beinahe zu Ruhetagen und auch die Bilanz der wenigen Ausfahrten verzeichnet nichts Außergewöhnliches. Am Weihnachtsabend ging wieder einmal nach vielen Jahren ein Christbaum in Flammen auf. In einer anderen Wohnung begann durch eine umgekippte Kerze ein Fensterpolster zu brennen. Die 32 Wiener Feuerwachen sind im Laufe der Feiertage, dem Weihnachtsabend eingeschlossen, nur 28mal ausgerückt.

Mehr beschäftigt war der in voller Bereitschaft gehaltene städtische Rettungsdienst. Die Zahl der Ausfahrten blieb aber

auch hier eher unter dem Durchschnitt, Einschließlich des Weihnachtsabends ist der städtische Rettungsdienst über die Feiertage 250mal ausgefahren.

Weihnachten ohne Schnee und größere Sportveranstaltungen stellen die Wiener Verkehrsbetriebe vor keine besonderen Probleme. In den Mittagsstunden des 24. Dezember setzte ein verstärkter Verkehr zu den Friedhöfen ein, der heuer bis in die Abendstunden anhielt. Der Ausflugsverkehr an den folgenden drei Feiertagen war schwächer als in den vergangenen Jahren. Eine Ausnahme war der Stefanietag, an dem rund eine Million Fahrgäste befördert wurden. Auch an diesem Tag wurde ein stärkerer Verkehr zu den Wiener Friedhöfen verzeichnet. Die schwächste Frequenz brachte der Sonntag mit rund 800.000 Fahrgästen. Der Betrieb brachte keine Spitzenverkehrszeiten und wurde glatt bewältigt. Insgesamt haben die Wiener Verkehrsbetriebe an den drei Feiertagen rund 2,700.000 Personen befördert.

"Das gute Bild für jeden" - nur mehr kurze Zeit  
=====

28. Dezember (RK) Die erfolgreiche Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die vom Amt für Kultur und Volksbildung gemeinsam mit allen Wiener Künstlerverbänden in den Räumen der Wiener Secession, Wien 1, Friedrichstraße 12, veranstaltet wurde, ist nur mehr bis einschließlich 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen. Bis jetzt wurde die Ausstellung von 29.000 Personen besucht. 300 Arbeiten mit einem Gesamtbetrag von 74.000 Schilling wurden bereits verkauft.

Pferdemarkt vom 22. Dezember  
=====

28. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 195 Pferde. hievon 38 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 178, als Nutztiere 3, verkauft. Unverkauft blieben 14. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 10, Niederösterreich 104, Oberösterreich 45, Steiermark 4, Burgenland 20, Salzburg 11, Kärnten 1.

### Dank an geistliche Krankenschwestern

=====

28. Dezember (RK) Anlässlich der Weihnachtsfeier in der 1. Chirurgischen Abteilung im Krankenhaus Lainz der Stadt Wien dankten der Primarius derselben und der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen den Anfang des neuen Jahres aus der Abteilung ausscheidenden Schwestern für ihre jahrzehntelange, zum Teil seit Bestand des Spitals geleisteten Dienste. Prof. Dr. Kunz und Vizebürgermeister Weinberger erklärten in ihren Ansprachen, daß die geistlichen Krankenschwestern der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung vorbildliche und nur schwer ersetzbare Dienste geleistet hätten. Im Krankenhaus Lainz und vor allem an der chirurgischen Abteilung aber waren sie ganz besonders verdienstvoll und beispielhaft tätig. Auch jetzt noch richteten sie ihre Nachfolgerinnen, weltliche Schwestern, mit einer selbstverständlichen Bereitwilligkeit und Liebe ab, die man sonst nicht oft antrifft.

### Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

=====

28. Dezember (RK) Für die am Freitag, dem 1. Jänner, um 20 Uhr, am Platz des Wiener Eislaufvereines, 3, Am Heumarkt, stattfindende geschlossene Vorstellung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten "Wünsch Dir was" sind noch Karten in mehreren Preislagen im Bildungsreferat der Gewerkschaft, 9, Maria Theresien-Straße 11, 6.Stock, erhältlich.

### Ferkelmarkt vom 23. Dezember

=====

28. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 47 Ferkel, verkauft wurden 38. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 256 S, 7 Wochen 280 S, 8 Wochen 311 S, 10 Wochen 410 S. Der Marktbetrieb war mäßig.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 29. Dezember 1953

Blatt 2407

## Silvester- und Neujahrsansprache des Bürgermeisters

=====

29. Dezember (RK) Anlässlich des Jahreswechsels spricht Bürgermeister Jonas am Silvesterabend um 18.45 Uhr über den Sender Wien I und am Neujahrstag um etwa 12.15 Uhr - in der Pause des großen Neujahrskonzertes der Wiener Philharmoniker - über den Sender Rot-Weiß-Rot.

## Silvester-Turmblasen vom Rathaus

=====

29. Dezember (RK) Auch in diesem Jahr wird am Silvesterabend festliche Fanfarenmusik als Gruß der Stadt Wien an die Bevölkerung erklingen. Von 18.10 bis 18.45 Uhr wird der Trompeterchor der Stadt Wien auf der Loggia des Rathhausturmes Bläserchoräle von Wolfgang Amadeus Mozart, Ludwig van Beethoven, Richard Strauß u.a. sowie Weihnachtschoräle und Lieder zu Gehör bringen.

Im Anschluß an das Konzert wird die Silvesterrede, die Bürgermeister Jonas um 18.45 Uhr über den Sender Wien I hält, auf den Rathausplatz übertragen.

Alle Wienerinnen und Wiener sind herzlich eingeladen, an dieser beliebten und traditionellen Veranstaltung auf dem Rathausplatz teilzunehmen.

Silvester-Nachtverkehr auf der Straßenbahn  
=====

29. Dezember (RK) In der Silvesternacht wird wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis beträgt für jede Person 2.60 Schilling. Tagesfahrtscheine, Kinderfahrtscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit.

Rinderhauptmarkt vom 28. Dezember  
=====

29. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 2 Ochsen, 2 Kühe, Summe 4. Neuzufuhren: 360 Ochsen, 172 Stiere, 726 Kühe, 47 Kalbinnen, Summe 1305. Gesamtauftrieb: 362 Ochsen, 172 Stiere, 728 Kühe, 47 Kalbinnen, Summe 1309. Verkauft wurden: 317 Ochsen, 172 Stiere, 722 Kühe, 47 Kalbinnen, Summe 1258. Unverkauft blieben: 45 Ochsen, 6 Kühe, Summe 51. Preise: Ochsen 6.50 bis 9.60, Extrem 9.70 bis 9.90 S (4 Stück); Stiere 7.80 bis 9.50, Extrem 9.60 bis 9.70 S (10 Stück); Kühe 6.30 bis 7.70 S, Extrem 7.80 bis 8.- S (6 Stück); Kalbinnen 7.50 bis 9.- S, Extrem 9.10 bis 9.50 S (2 Stück); Beinvieh 5.- bis 6.30 S.

Bei zeitweise lebhaftem Marktverkehr verteuerten sich Ochsen bis zu 30 Groschen, Kühe und Beinvieh um 30 Groschen, Kalbinnen um 50 Groschen. die Preise für Stiere blieben fest behauptet.

Vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen  
=====

29. Dezember (RK) Vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen müssen nach den gesetzlichen Bestimmungen spätestens drei Werktage vorher angemeldet werden. In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag, dem 2. Jänner, im Referat Vergnügungs- und Getränkesteuer, wie auch in den meisten anderen Abteilungen des Magistrates, dienstfrei ist.

Schweinehauptmarkt vom 28. Dezember  
=====

29. Dezember (RK) Neuzufuhren aus dem Inland: 7269 Stück. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 400 Stück. Preise: Extrem und 1. Qualität 17.40 bis 18.50 S (Schlachtgewichtspreis), 1. Qualität 14.- S (Lebendgewichtspreis), 2. Qualität 13.90 bis 14.- S, 3. Qualität 13.50 bis 13.80 S, Zuchten 12.50 bis 13.50 S, Altschneider 11.50 bis 12.50 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr verteuerte sich Extremware und 1. Qualität bis zu 40 Groschen, die Preise für 2. Qualität notierten fest behauptet, für 3. Qualität behauptet.

Ein Geschenk aus Biedermansdorf  
=====

29. Dezember (RK) Zehn Buben aus der städtischen Erziehungsanstalt in Biedermansdorf besuchten mit ihren Erziehern heute vormittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus, um ihm ein ganz besonderes Neujahrgeschenk zu überreichen: ein bis ins letzte Detail naturgetreu gebasteltes Modell ihrer Anstalt. An diesem Modell im Ausmaß von etwa 5 Quadratmetern haben 50 Buben der Gruppen V und VII volle vier Monate, oft unter Verzicht auf Schwimmen und Fußballspiel gearbeitet, um es "termingerecht" dem Bürgermeister noch vor dem Neujahrstag ins Rathaus bringen zu können. Das Gemeinschaftswerk der beiden Gruppen würde auch Fachleuten Ehre machen. Der Maßstab 1 : 50 wurde bei der Nachbildung der Gebäude und der Garten- und Sportanlagen genau eingehalten. Kein noch so unscheinbares Detail entging der Aufmerksamkeit der kleinen Bastler aus Biedermansdorf. Besonders stolz sind die Buben auf die gelungene Ausführung der Inneneinrichtung. Jedes einzelne Möbelstück ist sorgfältig nachgebildet und in den Schlafräumen wurden nicht einmal die Polster und Decken vergessen. Jeder Raum hat seine Deckenbeleuchtung, die beim Einschalten auch tatsächlich funktioniert, wie sich Bürgermeister Jonas persönlich überzeugen konnte.

Der beschenkte Bürgermeister brachte seine Freude über das gelungene Werk der Biedermansdorfer Buben zum Ausdruck und ließ sich jede Einzelheit sowie den Arbeitsfortgang ausführlich schildern. An die Anerkennung für das mit viel Eifer und Geduld gebastelte Modell knüpfte er seinen Dank an alle, die mitgearbeitet haben. Den anwesenden Direktor, Schulrat Maresch, und die Erzieher bat er, den Kindern in Biedermansdorf seine Grüße zu übermitteln.

Diplomfeier im Preyer'schen Kinderspital  
=====

29. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Preyer'schen Kinderspital der Stadt Wien die diesjährige Diplomfeier der dortigen Kinderkrankenschwesternschule statt. Wie immer war diese Feier besonders festlich gestaltet und umrahmt. Namens der Stadt Wien nahmen Vizebürgermeister Lois Weinberger, Stadtrat Sigmund und Bezirksvorsteher Wrba an der Feier teil. Eine große Anzahl von Angehörigen der Schwestern und Freunde der Anstalt wohnten ebenfalls dem Festakt bei. Nach der Begrüßung durch den Direktor des Kinderspitals und den Leiter der Krankenschwesternschule, Primarius Dr. Konrad Eberle, beglückwünschte der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, im Namen der Stadtverwaltung die jungen Schwestern, verwies darauf, daß gerade die Pflege von Säuglingen und Kindern eine wahrhafte Berufung voraussetze und den idealsten Beruf einer Frau darstelle. Die jungen Schwestern seien nun aufgerufen zum Dienste an den Kindern. Sie seien Vertreterinnen der Mütter aber auch des Volkes und des Schöpfers, dessen Ebenbilder auch die jüngsten Menschankinder schon sind.

Die Gentzgasse wurde umgebaut  
=====

29. Dezember (RK) Die Gentzgasse im 18. Bezirk wurde vom Gürtel bis zum Aumannplatz von der Gemeindeverwaltung vollkommen neu gebaut. Die Gentzgasse ist vor allem für den Autoverkehr sehr wichtig. Sie kann ab 31. Dezember wieder befahren werden.

Kurze Stromstörung

=====

29. Dezember (RK) Heute vormittag um 11.17 Uhr schalteten sich infolge eines Defektes an einem 28.000 Volt Spannungswandler im Umspannwerk Michelbeuern die anspeisenden Kabeln automatisch ab. Dadurch wurde die Stromversorgung der von diesem Umspannwerk versorgten Gebiete gestört. Nach Vornahme von Umschaltungen konnte die Inbetriebnahme der Anlage bereits wieder um 11.25 Uhr erfolgen und die Stromversorgung der gestörten Netzteile voll aufgenommen werden. Von dieser Störung waren auch die Stadtbahn auf der Strecke Burggasse-Friedensbrücke sowie die Straßenbahn im Gebiete Döbling betroffen.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ.

---

Mittwoch, 30. Dezember 1953

Blatt 2413

## Silvester in Wien

=====

30. Dezember (RK) Für den 31. Dezember wurden schon vor Weihnachten beim Referat Vergnügungs- und Getränkesteuer zahlreiche Silvesterfeiern angemeldet, darunter mehrere größere Veranstaltungen. Man rechnet damit, daß auch heuer in Wien einschließlich der Randgebiete mehr als 700 Silvesterfeiern stattfinden werden.

Als Auftakt zur Wiener Ballsaison findet bereits am Neujahrstag im Sophiensaal eine Großveranstaltung der Polizeimusik Wien statt. Bis zum 24. Dezember wurden im Rathaus 182 repräsentative Ballveranstaltungen angemeldet. Der Wiener Fasching kommt heuer schon in der ersten Jännerwoche mit etwa einem Dutzend größerer Bälle in vollen Schwung. Auch die Philharmoniker haben ihren traditionellen Ball im Musikvereinsaal heuer schon für den 11. Jänner angesetzt.

## Gustav Walker zum Gedenken

=====

30. Dezember (RK) Auf den 1. Jänner fällt der 10. Todestag des bedeutenden österreichischen Juristen Prof. Dr. Gustav Walker.

Am 21. April 1868 in Wien geboren, wandte er sich nach Abschluß seiner Studien dem richterlichen Beruf zu und begann schon frühzeitig mit seiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Sein besonderes Interesse galt den Fragen des internationalen Rechtes, denen auch vorwiegend seine späteren Arbeiten gewid-

met sind. 1898 erfolgte seine Habilitierung. Von 1907 bis 1909 wirkte er als Professor für zivilgerichtliches Verfahren, Handels- und Wechselrecht an der Universität Innsbruck. Dann kehrte er nach Wien zurück und trat in den Dienst des Justizministeriums, wo er die Abteilung für internationales Recht leitete und den Rang eines Sektionschefs erreichte. Gleichzeitig setzte er seine Lehrtätigkeit fort. Die wesentlichste Leistung aus dieser Zeit war die Vorbereitung eines Gesetzes über das internationale Privatrecht, das veraltete Bestimmungen des ABGB ablösen sollte. Die Vorarbeiten gediehen infolge des ersten Weltkrieges nur bis zu einem Herrenhausentwurf, der als der "Walkersche Entwurf" bezeichnet wird und für die Entwicklung des internationalen Privatrechtes im Ausland große Bedeutung hatte. Nach dem Weltkrieg wurde Walker zum Präsidenten des Abrechnungsgerichtshofes, 1924 zum Ordinarius der Wiener Universität ernannt. Weiter gehörte er der Akademie der Wissenschaften, dem Verfassungsgerichtshof und dem Staatsrat an. Walker war in allen Fragen des zivilgerichtlichen Verfahrens und besonders auf dem Gebiete des internationalen Privatrechtes eine Autorität. Sein Hauptwerk "Internationales Privatrecht", 1921 in der ersten Auflage erschienen, gilt noch immer als Standardleistung.

Wollen die Kinobesucher Modeschauen sehen?  
=====

30. Dezember (RK) Diese Frage wird oft gestellt und deshalb hat zum Beispiel das Flotten-Kino schon im November eine Befragung der Kinobesucher durchgeführt, die zu Gunsten der Modeschauen ausgefallen ist. Ein solches Experiment wurde nun auch am 26. Dezember, am zweiten Weihnachtsfeiertag, im Forum-Kino unternommen. Es handelte sich um die Vorstellung um 20.30 Uhr, die vollkommen ausverkauft war. Auf dem Programm stand "Die goldene Nixe". Jeder Besucher bekam einen Zettel, der die Frage enthielt: Wünschen Sie die Vorführung der Modeschau? Ein Abschnitt für Ja oder Nein mußte abgerissen werden, sodann wurden die Zettel von den Billeteuren wieder eingesammelt. Die Abstimmung ergab folgendes Bild: von den 1.147 Besuchern stimmten 934 für die Modeschau, 127 gegen die Modeschau, 12 Zettel waren ungültig und 74 Zettel wurden nicht abgegeben.

Zum 100. Geburtstag von Bürgermeister Reumann  
=====

30. Dezember (RK) Am 31. Dezember wäre Jakob Reumann, der erste sozialdemokratische Bürgermeister Wiens, hundert Jahre alt geworden.

Reumann, ein gelernter Drechsler, wurde bereits im Jahre 1900 von der Arbeiterkurie Favoriten in den Wiener Gemeinderat gewählt. Von da an gehörte er bis zu seinem Tode im Jahre 1924 ohne Unterbrechung dieser Körperschaft an. Er galt als einer der besten Kenner der Wiener Gemeindeverwaltung. Besonders hervorzuheben sind seine Leistungen für die Lebensmittelversorgung der Stadt während des ersten Weltkrieges. Im Jahre 1918 wurde er von dem damals gebildeten provisorischen Gemeinderat, dem 60 Sozialdemokraten angehörten, zum Vizebürgermeister gewählt. Als die Sozialdemokratische Partei bei den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes von den 165 Gemeinderatsmandaten 100 gewann, wurde Jakob Reumann zum Bürgermeister gewählt. Im Jahre 1923, im 70. Lebensjahr stehend, legte er die Bürgermeisterstelle zurück, blieb aber bis zu seinem Tode Mitglied des Gemeinderates.

Reumann hat als Bürgermeister in den Jahren 1919 bis 1923 die Vorarbeiten geleistet, die später das große Aufbauwerk des neuen Wien ermöglichten.

- . -

An der Grabstätte des Bürgermeisters Jakob Reumann im Krematorium liegt seit heute mittag ein Kranz der Stadt Wien. Das Präsidium der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion hat heute nachmittag ebenfalls einen Kranz niedergelegt.

Ausländische Schachspieler im Rathaus  
=====

30. Dezember (RK) Dreißig Meister des königlichen Spiels aus den Städten Antwerpen, Belgrad, München, Zürich, Salzburg und Wien, die gegenwärtig an dem großen Internationalen Wiener Schachturnier teilnehmen, wurden heute mittag von Stadtrat Mandl in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus empfangen und begrüßt. Stadtrat Mandl gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß Wien wieder zum Treffpunkt der europäischen Schach-Elite gewählt wurde. Er übermittelte den Turnierteilnehmern die besten Wünsche für das Gelingen des Wettkampfes und die Einladung, recht bald wieder nach Wien zu kommen.

Im Namen der Gäste dankte der Obmann des Schachklubs "Hietzing", Alexa, für die freundliche Einladung ins Rathaus.

"Frauen im Dienste der Wiener bildenden Kunst" - verlängert  
=====

30. Dezember (RK) Die Ausstellung des Amtes für Kultur und Volksbildung "Frauen im Dienste der Wiener bildenden Kunst - Erste Folge", in der Aufträge der Stadt Wien und Entwürfe für Plastiken und Sgraffiti gezeigt werden, ist bis 15. Jänner verlängert worden. Sie ist an Wochentagen von 9 bis 17 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr, bei freiem Eintritt im Ausstellungsraum, Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, zu besichtigen.

Operettenlibretto-Wettbewerb der Stadt Wien  
=====

30. Dezember (RK) Über Ersuchen von Herrn Karl Nästlberger gibt das Amt für Kultur und Volksbildung der Stadt Wien bekannt, daß Frau Dr. Carola Koblitz Mitautorin des mit dem 2. Preis bedachten Operettenlibrettos "Trauben für die Kaiserin" ist.

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 31./Dezember 1953

Blatt 2417

## Glückwünsche der Stadt Wien an den Bundespräsidenten =====

31. Dezember (RK) Heute vormittag begaben sich Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger in die Präsidentschaftskanzlei, wo sie Bundespräsident Dr. h. c. Körner die Glückwünsche der Stadt Wien für das neue Jahr überbrachten.

Um 8 Uhr früh versammelten sich die leitenden Beamten des Wiener Magistrates und der städtischen Unternehmungen im Roten Salon des Wiener Rathauses, um Bürgermeister Jonas ihre Neujahrsglückwünsche zu übermitteln. Im Namen der Beamtenschaft sprach Magistratsdirektor Dr. Kinzl.

## Flamingos und Rehe als Silvestergeschenk =====

31. Dezember (RK) Ein von den städtischen Gärtnern seit langem gehegter Wunsch ging noch am letzten Tag des Jahres in Erfüllung: die Stadtgardendirektion ist im Besitz einer prachtvollen Flamingofamilie. Die eleganten rosaroten Stelzvögel wurden sofort nach ihrer Ankunft in Wien in die Winterquartiere auf die Hohe Warte gebracht, wo sie sich auf ihre große Premiere für den Stadtparkteich vorbereiten werden. Das Stadtgartenamt konnte am Silvestertag noch eine zweite freudige Überraschung erleben, nämlich die Ankunft eines Rehepaares, das für den Türkenschanzpark bestimmt ist. Ein eigenes Gehege für die Rehe wird nächst der Milchtrinkhalle vorbereitet. Eine angenehme Nachricht dürfte auch die Errichtung von modernen "Wetterstationen" im Stadtpark und im Rathauspark sein.

## Gedenktage für Jänner

=====

## 31. Dezember (RK)

- |   |              |
|---|--------------|
| 1. Hofrat Gustav Walker, em. Prof.f.zivilgerichtliche Verfahren und bürgerliches Recht                            | 10. Tod.Tag  |
| 5. Dr. Wilhelm Havers, Univ.Prof. f.indogermanische Sprachwissenschaft  | 75. Geb.Tag  |
| 8. Gustav Maran, Schauspieler (+ 19.5.1917)   | 100. Geb.Tag |
| 8. Leopold Oerley, Prof.a.d.Techn.Hochschule, bedeutender Fachmann des Eisenbahn- und Straßenbaues (+ 27.12.1936) | 75. Geb.Tag  |
| 11. Johann Paul Kaltenbäck, Geschichtsforscher  | 150. Geb.Tag |
| 17. Josefina Glöckner, verheiratete Kramer, Schauspielerin  | 80. Geb.Tag  |
| 20. Dr.phil., Dr.jur.h.c. Oswald Redlich, Hofrat em. Prof.d.Geschichte und der historischen Hilfswissenschaft     | 10. Tod.Tag  |
| 21. Hermann Romberg, Schauspieler (Burgtheater) 1913-1923, dann im Theater i.d.Josefstadt                         | 25. Tod.Tag  |
| 21. Moritz von Schwind, Maler   | 150. Geb.Tag |
| 22. Franz Martin Haberditzl, Kunsthistoriker, ehem. Dir.d.Österr. Galerie, Hofrat                                 | 10. Tod.Tag  |
| 23. Maximilian Korn, Hofschauspieler  | 100. Tod.Tag |
| 28. Karl Emil Franzos, Schriftsteller   | 50. Tod.Tag  |
| 29. Dr. Robert Lach, Univ.Prof., Komponist, Musikwissenschaft   | 80. Geb.Tag  |

## Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner

=====

31. Dezember (RK) Im Jänner sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Getränkesteuer für Dezember,  
Gefrorenessteuer für Dezember,  
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember,  
Ankündigungsabgabe für Dezember;
14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember;
15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember;
25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.

Neujahrsempfang im Wiener Rathaus:

Der Wiederaufbau Wiens vor dem Abschluß - Unverrückbares Festhalten an der Demokratie - Ein gesundes Wien bedeutet ein gesundes Österreich - Dank an die Wiener Bevölkerung

31. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute mittag in seinem Arbeitszimmer die Mitglieder des Wiener Stadtsenates zu dem traditionellen Neujahrsempfang. Dabei gaben Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger im Namen ihrer Fraktionen anläßlich des Jahreswechsels grundsätzliche Erklärungen ab.

Vizebürgermeister Honay führte aus:

"Als ich am 31. Dezember 1947 zum ersten Male im Auftrage der sozialistischen Mitglieder des Stadtsenates dem damaligen Bürgermeister Körner, unserem gegenwärtigen Staatsoberhaupt, den Neujahrswunsch entbot, da konnte ich mit Recht sagen, daß Wien wieder in das Blickfeld der Welt gerückt ist; jedoch nicht mehr nur als Objekt des Mitleides, sondern nunmehr auch wieder als Stätte anerkannter, aufbauender und schöpferischer Arbeit. Ich verwies damals auf den großen Erfolg der von der Stadtverwaltung veranstalteten Ausstellung "Wien baut auf", jener ersten Leistungsschau der Bundeshauptstadt nach dem zweiten Weltkrieg, die eine Übersicht über unsere in schwerster Zeit unter schwierigsten Verhältnissen vollbrachte kommunale Arbeit zeigte.

Wir hatten an dieser Jahreswende unter unsäglichen Mühen endlich die Straßen von dem Bombenschutt gereinigt - es waren rund 900.000 Kubikmeter - wir hatten uns darüber gefreut, daß den Hausfrauen täglich durch zehn Stunden Gas geliefert werden konnte und wir bezeichneten die Ausgabe von zwanzig Deka Frischfleisch zu den Weihnachtsfeiertagen als eine "erfreuliche Besserung unserer Ernährungslage!"

Die Grundsteinlegung zur ersten großen städtischen Siedlungsanlage, der Per Albin Hansson-Siedlung in Favoriten, wurde von mir als die Wiederaufnahme der sozialen Wohnbautätigkeit, die im Jahre 1934 wirtschaftliche Engstirnigkeit

und politische Kurzsichtigkeit jäh unterbrochen hatte, gefeiert. Wie hat sich das Bild unserer Stadt seither verändert! Welch gewaltige Kraftquellen wurden erschlossen! Welche Wandlung zum Besseren hat sich vollzogen!

Heute wird mir zum siebenten Male die ehrende Aufgabe zuteil namens meiner Kollegen Dolmetsch der Gefühle zu sein, die uns am Ende eines, wie ich wohl mit Recht sagen darf, von harter Arbeit erfüllten Jahres, beseelen. Wir können aber auch auf ein erfolgreiches Arbeitsjahr zurückblicken. Ich stelle fest, daß die großen Leistungen, die von der Stadtverwaltung auf allen Gebieten im Jahre 1953 vollbracht worden sind, nicht möglich gewesen wären, hätte nicht das Volk von Wien verständnisvoll diese Arbeit unterstützt, eine Arbeit, die letzten Endes doch wieder jeden einzelnen Bewohner unserer Stadt zugute kommt. Es kann als gutes Zeichen für die demokratische Reife der Wiener gewertet werden, daß sie auch den Beschlüssen der Mehrheit des Wiener Landtages oder Gemeinderates Verständnis entgegengebracht haben, die der Bevölkerung mehr oder minder fühlbare Belastungen auferlegten. Am sichtbarsten ist dies bei den Februarwahlen zum Ausdruck gekommen, bei denen die Wiener Sozialisten mehr als 590.000 Stimmen erhalten haben. Auch diese von keiner Seite bestrittenen freien Wahlen zum Nationalrat erbrachten den untrüglichen Beweis, daß nach wie vor unsere Stadt in jedem Sinne Vorposten und Bollwerk der Demokratie zugleich ist!

Wir Sozialisten in der Wiener Stadtverwaltung halten unverrückbar an der Demokratie fest. Wir bejahen auch die weitere Zusammenarbeit mit der Volkspartei, obwohl sich diese unserer Meinung nach im abgelaufenen Jahre leider nicht immer an die Spielregeln einer demokratischen Verwaltung gehalten hat. Wir denken dabei keineswegs auch nur an die geringste Einschränkung der politischen Aktionsfreiheit unseres Koalitionspartners. Wir sind jedoch der Meinung, daß die gemeinsame Arbeit in der Verwaltung nicht wegen vermeintlicher oder wirklicher politischer Vorteile aufs Spiel gesetzt werden darf! Dies umsomehr als die Bevölkerung weiß, daß die Sozialistische Partei die Hauptlast der Verwaltung zu tragen hat.

Spätestens im Herbst 1954 müssen Wiener Landtag und Gemeinderat neu gewählt werden. Die Wiener Volkspartei hat diese Wahlen bekanntlich schon heuer im Februar durchführen

wollen. Für uns Sozialisten hatte die Ablehnung dieses Verlangens der Volkspartei keine politischen Motive. Für uns galt es, ein der Wählerschaft im Wahlkampf des Jahres 1949 gegebenes feierliches Versprechen einzulösen. Damals hatten wir dem Volk von Wien ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm vorgelegt. Es war auf die gesetzlich vorgesehene Funktionsdauer des Wiener Gemeinderates, also auf fünf Jahre, aufgebaut. Was an Leistung in fünf Jahren versprochen, konnte nicht in drei Jahren vollbracht werden. Heute, nach etwas mehr als vier Jahren, ist dieses Programm in seinen wesentlichen Teilen erfüllt; vielfach, wie im sozialen Wohnbau und in der sozialen Fürsorge, wurden größere Leistungen erzielt, als zugesagt worden war! Die Sozialisten haben also ihr dem Wiener Volk im Jahre 1949 gegebenes Versprechen schon jetzt nahezu restlos eingelöst. Sie sehen in dem Bewußtsein treu erfüllter Pflicht den kommenden Neuwahlen entgegen. Sie werden wieder der Wählerschaft ein Programm vorlegen, das der Wirtschaft der Stadt neue Impulse geben wird, ein Programm, das in seinen Grundzügen wesentlich zur Bekämpfung des Erdübels der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der Arbeitslosigkeit, beitragen wird. Schon jetzt kann gesagt werden, daß in diesem Programm der soziale Wohnhausbau als Hauptfaktor der Arbeitsbeschaffung mit in erster Reihe stehen wird. Allen Menschen in unserer Stadt Arbeit und Brot, soziale Sicherheit und ein wohnliches Heim zu geben, ist das Ziel unserer Arbeit. Die Keimzelle des Volkes, die Familie zu schützen, die Zukunft der Jugend zu sichern, das kulturelle Leben zu befruchten, all das betrachten wir als heilige Verpflichtung!

Trotz den großen finanziellen Opfern, die der Bund heuer dem Land und der Gemeinde Wien auferlegt hat, ist es in Wien, als dem einzigen Land der Republik, dank einer klugen Wirtschafts- und Finanzpolitik gelungen, die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Selbstverständlich ist Wien bereit, dem Bund zu geben, was ihm gebührt. Aber wir werden im kommenden Jahr keineswegs zulassen, daß Wien bei der Erstellung des neuen Finanzausgleiches ungebührlichen Belastungen ausgesetzt wird. Wien ist und bleibt das Zentrum des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Republik. Wer Wien schädigt, versündigt sich am Gesamtstaat. Ein gesundes Wien bedeutet ein gesundes Österreich.

Vertrauend auf das so oft in schwerster Zeit bewiesene

Verständnis des Wiener Volkes, bauend auf seine Lebenskraft, beseelt von dem reinen Willen für dieses so hart geprüfte Volk das Beste zu schaffen, wollen wir unsere Arbeit mit Ihnen, Herr Bürgermeister, auch im neuem Jahr fortsetzen.

Wir wollen nichts anderes sein als treue Diener dieser Stadt, die wir so sehr lieben und der wir daher unser Bestes zu geben jederzeit bereit sind. Dieses Gelöbnis verbinden wir mit den herzlichsten Neujahrswünschen an die Bevölkerung unserer Stadt, ihr zugleich dankend für ihre Arbeit. Möge das Jahr 1954 endlich unserer Republik die so lange versprochene Freiheit bringen!"

Vizebürgermeister Weinberger sagte:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auch heuer wünsche ich Ihnen, Herr Bürgermeister, allen Wienern und Wienerinnen, besonders auch allen Beamten, Angestellten und Arbeitern unserer Stadt namens der Fraktion der ÖVP ein gutes und glückliches Neues Jahr.

Wenn wir auch im abgelaufenen Jahr in gemeinsamer Arbeit manches wiederaufbauen und auch vorwärts- und weiterbringen konnten, so danken wir das nicht nur der weitgehend konsolidierten Lage in ganz Österreich, sondern vor allem unserer Bevölkerung, die durch ihre Steuern und Abgaben das Geld für alle unsere Leistungen nicht immer gerne aber doch zur Verfügung gestellt hat.

Wir würden sehr wünschen, daß es uns durch Umstellungen in der Finanzierung, vor allem außerordentlicher und auf weite Zeit wirkender Investitionen und Anlagen gelingt, die derzeit sehr starke Belastung wenigstens einigermaßen von der jetzt lebenden Generation zu nehmen und auf längere Zeiträume und Geschlechter zu verteilen. Dieser Grundsatz ist besonders dann wichtig, wenn man wie wir einen sehr großzügigen Wiederaufbau und Ausbau der Stadt Wien wünscht. Jeder, der moderne Städte kennt und den modernen Verkehr bedenkt, weiß, daß z.B. eine U-Bahn auch für Wien dringend notwendig und einfach unvermeidlich ist. Wir alle glauben auch, daß unsere Stadt einen modernen Flugplatz, einen ordentlichen Hafen, Schnellbahnen und noch eine Reihe anderer großer Anlagen usw. braucht, die viel Geld kosten und die naturgemäß nicht von der derzeit lebenden Generation allein bezahlt werden können.

Wir haben während der Budgetdebatte für den Haushalt des Jahres 1954 Gelegenheit gehabt, nicht nur unseren Anteil an der gemeinsamen Verwaltung aber auch am Wiederaufbau und an neuen Schöpfungen in unserer Stadt, sondern auch unsere besondere Meinung zu bestimmten grundsätzlichen und besonders wichtigen Fragen und Problemen bekanntzugeben und auszusprechen. Wir haben dem, was wir im Wiener Gemeinderat schon feststellten, heute nichts hinzuzufügen.

Daß uns das Volkssterben besonders bedrückt und daß wir entschlossen sind, alles zu tun, um ihm Einhalt zu gebieten und die Freude am Kinde über alle Möglichkeiten, besonders

aber eine umfassende und gesunde Familienpolitik zu stärken, ist ganz selbstverständlich. Es ist ebenso klar, daß es uns sehr am Herzen liegt, die Übermacht auch der städtischen Verwaltung und aller ihrer Einrichtungen nicht über die Menschen hinauswachsen und sie von ihr erdrücken zu lassen, sondern dafür einzustehen, daß auch in unserer Stadt, die die Freiheit immer besonders geliebt und viele Opfer dafür gebracht hat, der persönliche Mensch und seine Freiheit und Würde endlich wieder und immer stärker zur Geltung kommt. Je mehr Sicherheit und je mehr Recht der einzelne Mensch, die einzelnen Familien wieder erhalten, desto geringer werden die Mittel sein müssen, die der Staat und die Stadt an zusätzlichen Leistungen zu erbringen haben.

In diesem Zusammenhang bekommt die Bildung von Eigentum eine ganz besondere Bedeutung. Wir haben immer auch für die Gemeindehäuser gestimmt und werden auch weiterhin dafür eintreten. Wir bleiben aber bei unserer Meinung, daß das Bauen im Wohnungseigentum fortschrittlicher, sozialer, familiengerechter und auch geistig richtiger ist. Wir sind gegen jeden massierten Kapitalismus, auch gegen den des Staates oder einer Stadt. Er bedrückt die Menschen immer und in jeder Form und Ausgabe. Wir glauben, daß das Kapital, das Eigentum und damit auch die Sicherheit und die Freiheit so breit als möglich verteilt werden sollen. Auch und gerade in den Wohnungen! Es ist ja das einzige Stück Heimat, das wir den Großstädtern geben können, weil der Platz für Einfamilienhäuser leider zu knapp und die Mittel dazu zu gering sind.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir auch weiterhin bemüht bleiben werden, die derzeit gefährlichste körperliche Krankheit unseres Volkes, den Krebs, zu bekämpfen. Wir sind glücklich darüber, daß die ehemalige "Wiener Krankheit" tbc fast niedergedrungen werden konnte, daß die Säuglingssterblichkeit entscheidend zurückging, daß die Geschlechtskrankenseuchen fast erloschen sind und wir wollen und werden auch den Krebs vor allem durch vorbeugende und vorsorgende Maßnahmen weiter bekämpfen und einmal hoffentlich auch überwinden.

Wir haben uns bei aller kritischen Stellungnahme und bei aller Verschiedenheit unserer Weltauffassung und unserer Ansichten über den letzten Sinn des Lebens und der menschlichen Gemeinschaften doch stets zur gemeinsamen Arbeit und Verantwortung bekannt. Wir glauben, daß wir diese gemeinsame Arbeit

und Verant-

wortung auch weiterhin und auch in Wien brauchen. Schon aus diesem Grunde wünschen wir, daß die Wahlen im kommenden Jahr keine Schlacht, sondern eine, wenn auch harte, so doch faire demokratische Konkurrenz werden. Die Demokratie soll und muß auch nach demokratischen Wahlen weiterleben. In ihrem Rahmen bleibt für jede sachliche und auch für ganz ernste Auseinandersetzungen genügend Raum.

So darf ich mit dem Wunsche schließen, daß die Arbeit für unsere Stadt und damit für Österreich und wohl auch für Europa auch im kommenden Jahr gut weitergehe und daß sie gesegnet werde. Ich darf allen Wienern und Wienerinnen nochmals ein recht gutes und glückliches Jahr 1954 wünschen. Alle guten Geister dieser Stadt, nicht zuletzt auch unser aller und lieber Stephansdom werden uns auch weiterhin behüten. Wir müssen der Bundeshauptstadt Österreichs aus der Kraft ihrer stolzen Vergangenheit und aus unserer eigenen zähen und unermüdlichen Arbeit wieder ein Gesicht und eine Stellung verschaffen, die ihrer würdig ist und die dem zweifellos auch heute noch bestehenden Auftrag Wiens innerhalb des Kontinents entspricht!"

In seiner Antwortrede sprach Bürgermeister Jonas folgendes:

"Die Erfolge des heurigen Jahres und der gut ausgewogene und gesicherte Haushaltsplan für das Jahr 1954 geben mir den Mut, zu sagen, daß eine der entscheidendsten Epochen in der Geschichte unserer Stadt zu Ende geht. Ich meine nämlich, daß der Wiederaufbau der kriegszerstörten öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde Wien, die der ganzen Bevölkerung zugute kommen, in greifbare Nähe gerückt ist. Das ist meiner Meinung nach für uns selber, wie auch für die ganze Wiener Bevölkerung eine sehr tröstliche Kunde. Wenn heute die Schulen und die Spitäler, die soziale Fürsorge für jung und alt, die Volksbildung, der Sport und die Erholung; die Straßen und das Verkehrswesen, die Gas-, Strom- und Wasserversorgung und viele andere Einrichtungen der Bevölkerung wieder uneingeschränkt zur Verfügung stehen, ja auf manchen Gebieten in einem Umfang wie nie zuvor, so darf das uns und die ganze Wiener Bevölkerung wirklich mit stolzem Bewußtsein erfüllen. Wenn man dazu noch bedenkt, daß seit Jahren der soziale Wohnhausbau auf vollen Touren läuft, und daß bereits mehr als

20.000 neue Wohnungen gebaut wurden und der Bevölkerung übergeben werden konnten, dann dürfen wir, ohne daß<sup>wir</sup> uns den Vorwurf der Überheblichkeit zuziehen, doch sagen, daß dies eine stolze Leistung ist. Dieses Bewußtsein darf umso höher gewertet werden, als wir sagen können, daß wir alle diese Leistungen aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe vollbracht haben. Ich möchte dabei in Erinnerung rufen, daß diese Leistungen der Bevölkerung und der Gemeinde Wien vom Ausland von berufener Seite wirklich anerkannt wurden. Wir haben heuer während des Internationalen Städtetages dieses Zeugnis von Fachmännern zu hören bekommen.

Beim Wiederaufbau der Kriegszerstörungen wäre vielleicht auch eine andere Methode möglich gewesen, nämlich die, daß wir, um die Belastungen der Bevölkerung zu verkleinern, den Wiederaufbau verlängert hätten. Die Methode, die heute in schon etwas glücklicherer Zeit vorgeschlagen wird, Kredite aufzunehmen, wäre damals nicht gangbar gewesen, weil niemand da war, der uns Kredite gegeben hätte. Auch derzeit ist, wie wir gehört haben, an diese Möglichkeit noch nicht zu denken.

Wenn wir also die praktizierte Methode gewählt haben, so bedeutet dies, daß wir damit den Wiederaufbau verkürzt, in kürzerer Zeit durchgeführt haben und so in Wirklichkeit die Entbehrungen, die aus den Kriegsfolgen für die Bevölkerung erwachsen sind, verkürzt haben. Wir sind alle zusammen rascher in den Genuß des wiederaufgebauten Werkes gekommen, als es sonst anderwärts möglich gewesen wäre. Und was getan werden muß, soll rasch getan sein! Ich glaube, die Bevölkerung hätte ein Recht darauf, zu klagen, wenn ihr mehr Entbehrungen und Folgen von Kriegszerstörungen zugemutet worden wären, als es tatsächlich geschehen ist. Ich weiß, daß es nicht immer leicht war, aber die Bevölkerung hat diese beschleunigte Wiederaufbautätigkeit auf sich genommen und hat der Gemeinde an Mitteln gegeben, was notwendig ist. Ich bin überzeugt, daß es der Bevölkerung leichter gefallen ist, diese Leistungen auf sich zu nehmen, weil sie die Erfolge an sichtbaren neuen und wiederaufgebauten Objekten selber kontrollieren kann.

Nachdem im Jahre 1945 in das Wiener Rathaus wieder die Demokratie eingezogen ist, ist die Bevölkerung sicher, daß ihr Geld rein verwaltet wird, daß es keine Geheimnisse oder Unsauherkeiten in der Finanzverwaltung gibt, wie es in den beiden faschistischen Systemen der Fall war. Jetzt kann gut demokra-

tisch kontrolliert und kritisiert werden.

Die Wiener Gemeindeverwaltung hat schon in der ersten Republik und vielleicht noch mehr in der zweiten Republik einen elementaren Grundsatz der neuen Kommunalpolitik eingeführt, der seinerzeit revolutionierend gewirkt hat, und zwar den Grundsatz, daß die Sicherheit der Existenz für alle arbeitenden Menschen geschaffen werden muß: für die Jungen und Gesunden möglichst die Arbeitsbeschaffung, für die Kranken und Alten die soziale Fürsorge. Erst mit der Durchsetzung dieses Grundsatzes haben hunderttausende Wiener wirtschaftliche Sicherheit und damit Freiheit und Würde des Menschen gewonnen. Beide Faschismen haben im Leben unseres Volkes eine tiefe Zäsur hinterlassen. In diesen Zeiten waren Freiheit und Würde einen Pfifferling wert. Wie wesensfremd die Regierungssysteme der Gewalt unserem Volke sind, beweist der Umstand, daß ihnen niemand nachtrauert, und daß Wien heute eines der besten Bollwerke der europäischen Demokratie ist. Die tiefe demokratische Überzeugung und der Lebensmut der Wiener Bevölkerung sind unserer Meinung nach die beste Gewähr für den Wiederaufstieg Wiens. Wenn wir trotz der bisherigen Enttäuschungen in der internationalen Politik an unsere Zukunft glauben, so deshalb, weil wir der Hoffnung sind, daß die Vernunft und die tiefe Friedenssehnsucht der Völker sich doch durchsetzen werden und daß in absehbarer Zeit unserer Republik der Staatsvertrag und damit die Freiheit gegeben wird. Solange Österreich die Freiheit nicht gegeben wird, werden wir nie aufhören darüber zu sprechen.

Ich danke Ihnen, meine sehr geehrten Herren, für die Glückwünsche, die Sie mir überbracht haben. Ich gebe sie an Sie zurück, weil ich weiß, daß das Werk, das wir selber mit gutem Grund als ein gelungenes bezeichnen, zum sehr großem Teil von Ihrer Wirksamkeit, von Ihrem Fleiß, von Ihrer Hingabe, von Ihrer Geduld abhängt. Ich glaube aber auch, daß Sie gleich mir mit großer Genugtuung und Freude an diesem Tage der Wiener Bevölkerung gedenken, die trotz großer Schwierigkeiten und manchmal hoffnungsloser Situationen die Arbeit an der Zukunft nicht aufgibt, sondern fleißig und unbeirrt weiterarbeitet. Dafür will ich im Namen der Gemeindeverwaltung, im Namen des Wiener Stadtsenates, heute der Wie-

ner Bevölkerung Dank sagen. Ich möchte aber auch in anerkennenden Worten von der Tätigkeit aller unserer Bediensteten, Angestellten und Beamten sprechen, die unverdrossen daran sind, den für uns so notwendigen Kontakt zwischen Bevölkerung und Gemeindebehörde herzustellen. Ich glaube, daß Sie mir beipflichten, wenn ich sage, wir werden uns alle bemühen, daß dieser Kontakt noch besser und inniger werde, weil beide Seiten, sowohl Gemeindeverwaltung wie auch Bevölkerung, auf ein gutes Zusammenarbeiten, auf ein gutes Verständnis angewiesen sind.

Das letzte Wort in diesem Zusammenhang - ich nehme da Ihr Einverständnis vorweg - gilt unseren Mitbürgern, unseren Wienern und unseren Österreichern, die neun Jahre nach Kriegsende noch immer in einem fremden Lande in Unfreiheit schmachten müssen. Wir wissen, wieviel menschliches Leid damit verbunden ist, und wir empfinden es auch persönlich als unser Leid, daß Menschen, die soviel an Entbehrungen und an schweren Lebensbedingungen mitmachen müssen, noch immer in einem fremden Lande sind und ihrer Familie vorenthalten werden. Wir haben keine technischen Mittel, um ihnen unsere Grüße zu übermitteln, aber wir wollen ihrer herzlich gedenken und wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie recht bald ihren Familien, ihrer Heimatstadt und uns allen zurückgegeben werden.

Und so danke ich auch Ihnen, meine Herren, für die bisherige Mitarbeit und erbitte Sie mir selbstverständlich auch für das kommende Jahr. Ich hoffe, daß die günstigen Aussichten, die sich heute am letzten Tag des Jahres zeigen, ungestört von irgendwelchen anderen Einflüssen innen- oder außenpolitischer Natur für das ganze kommende Jahr wirken werden und uns so ein erfolgreiche und hoffnungsvolle Arbeit gewährleisten, die es uns dann ermöglicht, vielleicht noch bessere Bedingungen vorzubereiten für die Arbeit der Gemeindeverwaltung im Jahre 1955!"

Wiens jüngster Hundertjähriger  
=====

31. Dezember (RK) Als einziger Mann neben neun Frauen wurde Zentralinspektor i.R. Johann Zierhut am heutigen Silvestertag das jüngste Mitglied im Kreise unserer Wiener Hundertjährigen. Mit der stattlichen Zahl seiner Nachkommen freute sich über diesen seltenen Geburtstag ein großer Freundeskreis, und wie die vielen Geschenke beweisen, auch die Umgebung des Südtiroler Platzes, wo das greise Geburtstagskind nun schon seit fast fünfzig Jahren wohnt.

Als Bürgermeister Jonas in Begleitung von Bezirksvorsteher Ramel heute vormittag die Wohnung des Jubilars betrat, um ihm die Wünsche der Stadtverwaltung zu überbringen, begrüßte ihn ein noch erstaunlich rüstiger Mann. Erst seine Familienangehörigen mußten bezeugen, daß er wirklich der Jubilar ist. Johann Zierhut, der ehemalige Beamte der Konprinz-Rudolf-Bahn und spätere Regierungsrat und Zentralinspektor im Wiener Eisenbahnministerium, hat es schwarz auf weiß, daß er am Silvester 1853 als Kind eines Wiener Klaviermachers geboren wurde.

Der derzeit älteste Wiener blickt auf ein mit viel Arbeit, Sorge und auch Freude ausgefülltes Leben zurück. Zweimal war er verheiratet. Zwei von seinen vier Töchtern hat er verloren. Er blieb ein unbeirrbarer Apostel der Mäßigkeit; er trank keinen Alkohol, rauchte nicht und war Liebhaber von einfachen Speisen. Seit seiner Jugend ist er begeistert Naturfreund. Seine körperliche Rüstigkeit steht heute noch in vollem Einklang mit der Frische seines Denkens. Als eifriger Zeitungsleser nimmt er regen Anteil an allem, was in der Welt geschieht, und besonders das Schicksal Österreichs liegt ihm am Herzen. Er vergleicht die Gegenwart mit den großen Ereignissen seiner Jugendjahre und erinnert sich u.a. auch an die Friedensverhandlungen des Jahres 1866. "Damals in Nikolsburg hat es allerdings nicht so lange gedauert mit dem Friedensvertrag. In vier Monaten war alles erledigt!"

Der alte Herr Regierungsrat erwiderte die ihm namens der Wiener Bevölkerung durch den Bürgermeister übermittelten Geburtstagsgrüße mit dem aufrichtigen Wunsch an alle Wienerin-

31. Dez. 1953

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2430

nen und Wiener, im kommenden Jahr die endgültige Befreiung der Heimat zu erleben. Das liebenswürdige Geburtstagskind zeigte sich von seiner schönsten Seite, als es den Bürgermeister bat, den ihm als Festgeschenk der Stadtverwaltung überreichten Geldbetrag für wohltätige Zwecke zu verwenden. Bürgermeister Jonas dankte für diese Großherzigkeit und wünschte dem hundertjährigen Silvesterkind noch viele zufriedene Jahre im Kreise seiner blühenden Enkel und Urenkel.



60984 81800



2011

